hallesaale

BETEILIGUNGSBERICHT 2010
der Stadt Halle (Saale)

hallesaale

Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Die Oberbürgermeisterin
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

hallesaale

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	**EINLEITUNG**	**7**
	Vorwort	8
2.0	**GRUNDINFORMATIONEN**	**9**
2.1	**AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES**	**10**
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	**ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN**	**14**
	Übersicht über den Stand der Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2010	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	**UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG**	**19**
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	22
2.4	**BETEILIGUNGSPOLITIK**	**23**
2.5	**ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBS-WIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN**	**25**
	Finanzbeziehungen 2010 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	26
	Geschäfts- und Ertragslage	33
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010	33
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009	36
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008	39

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	43
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	49
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	54
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	55
	Stadtwerke Halle GmbH	56
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	67
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	68
	A/V/E GmbH	78
	Cives Dienste GmbH	84
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	90
	EVH GmbH	101
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	114
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	119
	Hafen Halle GmbH	128
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	134
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	145
	IT-Consult Halle GmbH	152
	M-Exchange AG	158
	RAB Halle GmbH	163
	RPL Recyclingpark Lochau GmbH	169
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	173
	WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	178
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	184

3.3	**VERKEHR**	**190**
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	191
	Hallesche Verkehrs-AG	196
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	207
	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	219
	Saalebus GmbH	225
	Servicegesellschaft Saale mbH	228
3.4	**WOHNUNGSWIRTSCHAFT**	**234**
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	235
	Eigen**B**etrieb **Z**entrales **G**ebäude**M**anagement der Stadt Halle (Saale)	241
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	250
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	267
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	288
3.5	**WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG**	**291**
	Bio-Zentrum Halle GmbH	292
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	304
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	312
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	318
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	330
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	349

3.6	**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT**	**363**
	ARGE SGB II Halle GmbH	364
	Bäder Halle GmbH	371
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	377
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	386
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	394
	EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	407
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	412
	Maya mare GmbH & Co. KG	418
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	424
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	428
	Serva GmbH	435
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	438
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	442
3.7	**KULTUR**	**446**
	Stiftung Händel-Haus	447
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	457
	Zoologischer Garten Halle GmbH	471
3.8	**BETEILIGUNGSMANAGEMENT**	**476**
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	477

1.0 EINLEITUNG

Vorwort der Oberbürgermeisterin

Kommunale Unternehmen sind für unsere Stadt und die gesamte Region unerlässliche Partner und zusätzlich Motor für eine erfolgreiche Wirtschaft. Sie bieten für die Bürgerinnen und Bürger, ansässige Unternehmen und Institutionen einen umfangreichen Leistungskatalog und unterstützen die Stadt Halle in ihrer angespannten Haushaltssituation.

Die städtischen Beteiligungen setzen anspruchsvolle interne Projekte zur Effizienzsteigerung um. Ziel ist es, den Herausforderungen der demografischen Entwicklungen in allen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge erfolgreich zu begegnen und die Attraktivität unserer Stadt weiter zu erhöhen.

Mit der Übertragung von insgesamt sechs Frei- und Hallenbädern übernimmt der Stadtwerke-Konzern weitere Verantwortung für die städtische Freizeitlandschaft. Damit wird auch zukünftig der Betrieb gesichert und ein vielfältiges Angebot an öffentlichen Bädern vorgehalten.

In den nächsten Jahren werden wir die Vorteile unseres „Konzern Stadt Halle an der Saale“, also die Kernverwaltung und die städtischen Beteiligungen, noch stärker zu nutzen wissen. Durch „Shared Services“ (gemeinsam erbrachte Dienstleistungen) wollen wir Synergieeffekte erzielen und den Nutzen für die Stadt erhöhen.

Ich danke den Geschäftsleitungen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beteiligungen für ihr Engagement, die hervorragende Arbeit und die erreichten außergewöhnlichen Ergebnisse im Geschäftsjahr 2010.

Einmal mehr gilt ein besonderer Dank der BMA BeteiligungsManagementAnstalt der Stadt für die professionelle Beratung und Unterstützung städtischer Entscheidungsträger in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2011

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand der Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterung betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Die Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2009, zuletzt geändert am 20. Januar 2011, verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 118 Abs. 2 GO-LSA hat eine Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2010 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 3 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 43 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist Gewährsträger einer Anstalt öffentlichen Rechts.

Diese 52 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen rund 6.600 Mitarbeitern und 260 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2010 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Ebenso richtet sich der Report an alle Interessenten für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort im Zentrum Mitteldeutschlands. Sie sind bei der Mitwirkung am eingeleiteten Veränderungsprozess jederzeit und gerne willkommen.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2009 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisiert erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
b) Besetzung der Organe
c) Beteiligungen
d) Geschäftsentwicklung
   aa) Bilanzdaten
   bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
   cc) Kennzahlen zur Ertragslage
   dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
   ee) Leistungsdaten
e) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle in der Gemeindeordnung geforderten Informationen sind enthalten.

Der Leitfaden Nr. 3 „Inhalt eines Beteiligungsberichtes“, herausgegeben im Januar 2005 vom Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt, wurde der Konzeption dieses Reports zugrunde gelegt.

2.2 Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2010

STADT HALLE (SAALE)

	PRIVATRECHTLICHE UNTERNEHMEN		EIGEN-BETRIEBE		KOMMUNALE STIFTUNGEN o.ä.	
1. Unternehmens-zusammenschluss						
	Stadtwerke Halle GmbH					
	100,0%	30.000 TEUR				
2. Ver- und Entsorgung						
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau					
	100,0%	30 TEUR				
	A/V/E GmbH					
	23,9%	550 TEUR				
	EVH GmbH					
	100,0%	10.250 TEUR				
	Energieversorgung Halle Netz GmbH					
	100,0%	25 TEUR				
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH					
	50,0%	25 TEUR				
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH					
	75,5%	127.823 TEUR				
	Hafen Halle GmbH					
	100,0%	512 TEUR				
	Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH					
	100,0%	10.000 TEUR				
	Cives Dienste GmbH					
	100,0%	25 TEUR				
	Maya mare GmbH & Co. KG					
	12,5%	10.226 TEUR				
	WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH					
	60,0%	256 TEUR				
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH					
	100,0%	26 TEUR				
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH					
	50,0%	300 TEUR				
	IT-Consult Halle GmbH					
	100,0%	250 TEUR				
	M-Exchange AG					
	7,0%	100 TEUR				
	RAB Halle GmbH					
	100,0%	300 TEUR				
	RPL Recyclingpark Lochau GmbH					
	75,1%	51 TEUR				
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH					
	100,0%	26 TEUR				
3. Verkehr						
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin					
	41,1%	1.000 TEUR				
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH					
	12,5%	74 TEUR				
	Hallesche Verkehrs-AG					
	100,0%	51.200 TEUR				
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH					
	11,0%	74 TEUR				
	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH					
	33,0%	30 TEUR				
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH					
	1,7%	74 TEUR				
	Saalebus GmbH					
	50,0%	25 TEUR				
	Servicegesellschaft Saale mbH					
	51,0%	50 TEUR				
4. Wohnungswirtschaft						
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH					
	100,0%	12.782 TEUR				
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH					
	100,0%	256 TEUR				
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH					
	100,0%	102.259 TEUR				
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG					
	99,9%	10 TEUR				
			EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)			
			100,0%	25 TEUR		
5. Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung						
	Bio-Zentrum Halle GmbH					
	51,0%	26 TEUR				
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG					
	100,0%	25 TEUR				
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH					
	100,0%	25 TEUR				
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH					
	100,0%	25 TEUR				
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH					
	55,0%	25 TEUR				
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH					
	60,0%	26 TEUR				
6. Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport						
	ARGE SGB II Halle GmbH		Bäder Halle GmbH		Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	
	50,4%	25 TEUR	100,0%	300 TEUR	100,0%	25 TEUR
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH		FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH		Eigenbetrieb Kindertagesstätten	
	16,0%	30 TEUR	100,0%	26 TEUR	100,0%	0 TEUR
			Maya mare GmbH & Co. KG			
			82,4%	10.226 TEUR		
					Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	
					100,0%	287 TEUR
					Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	
					100,0%	12.629 TEUR
					EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	
					72,5%	100 TEUR
					Serva GmbH	
					100,0%	26 TEUR
					Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	
					100,0%	12.372 TEUR
					Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	
					100,0%	344 TEUR
7. Kultur						
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle				Stiftung Händel-Haus	
	100,0%	25 TEUR			100,0%	6.454 TEUR
	Zoologischer Garten Halle GmbH					
	100,0%	26 TEUR				
8. Beteiligungs-management					BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	
					100,0%	10 TEUR

Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
M-Exchange AG	100	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	51	75,10
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
3. VERKEHR		
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	23,96
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	30	33,00
Saalebus GmbH	25	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	50	51,00
4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT		
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
Eigen**B**etrieb **Z**entrales **G**ebäude**M**anagement der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90
5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG		
Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
ARGE SGB II Halle GmbH	25	50,40
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	25	100,00
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	100	72,50
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	287	100,00
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.629	100,00
Serva GmbH	26	100,00
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.372	100,00
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	100,00
7. KULTUR		
Stiftung Händel-Haus	6.454	100,00
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8. BETEILIGUNGSMANAGEMENT		
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2009 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Stadtwerke Halle GmbH hat einen 50 % Anteil an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH an die VNG Verbundnetz Gas AG mit Vertrag vom 28.09.2009 veräußert. Am 08.02.2010 sind die aufschiebenden Bedingungen des Vertrages eingetreten.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat ihren Anteil an der GISA GmbH in Höhe von 25,1 % an die envia Mitteldeutsche Energie AG verkauft. Der Vertrag ist am 03.03.2010 mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2010 geschlossen worden. Die GISA GmbH und ihre direkten Beteiligungen SASKIA Informations-Systeme GmbH, ICS adminservice GmbH und G.P.A. Gesellschaft für Personalabrechnung und -verwaltung mbH gehören nicht mehr zum Beteiligungsportfolio der Stadt Halle (Saale).

Mit Vertrag vom 09.03.2010 und wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2010 hat die Stadtwerke Halle GmbH den 30 % Geschäftsanteil an der EVH GmbH von der envia Mitteldeutsche Energie AG erworben. Die Stadtwerke Halle GmbH hält damit 100 % der Geschäftsanteile an der EVH GmbH.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat von der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH mit Notarvertrag vom 14.04.2010 den Geschäftsanteil an der Public Services GmbH in Höhe von 51 % und den Kommanditanteil an der Public Services Management GmbH & Co. KG erworben. Am 20.07.2010 hat die Stadtwerke Halle GmbH die Kommanditanteile an der Public Services Management GmbH & Co. KG in die Public Services GmbH eingebracht. Als Gesellschafter der Public Services Management GmbH & Co. KG ist nur die Public Services GmbH verblieben. Die Public Services Management GmbH & Co. KG ist beendet worden. Die Umfirmierung der Public Services GmbH in Bäder Halle GmbH erfolgte am 20.07.2010.

Mit notariellem Vertrag vom 03.09.2010 haben die Stadt Halle (Saale), der Hallesche Fußballclub e.V. und die Stadion Halle GbR, mit ihren Gesellschaftern GP Papenburg Hochbau GmbH und Beton & Rohrbau C.-F. Thymian GmbH & Co. KG, zum Betrieb des neuen Stadions „Erdgas Sportpark“ die Stadion Halle Betriebs GmbH errichtet. Die Geschäftstätigkeit nimmt die Stadion Halle Betriebs GmbH erst mit Fertigstellung des Fußballstadions auf. Eine Berichterstattung erfolgt im Beteiligungsbericht 2010 deshalb nicht.

Am 28.09.2010 sind die Meter1 GmbH & Co. KG und als Komplementärin der Gesellschaft die Meter1 Verwaltung GmbH durch die Stadtwerke Leipzig GmbH, die Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH und die EVH GmbH gegründet worden. Im Rumpfgeschäftsjahr 2010 ist keine operative Geschäftstätigkeit ausgeführt worden. Eine Berichterstattung erfolgt im Beteiligungsbericht 2010 nicht.

Die Stadtwerke Halle GmbH hat mit Gesellschaftsvertrag vom 14.12.2010 die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH gegründet. Mit Datum vom 27.12.2010 ist die Eintragung ins Handelsregister erfolgt. Eine Berichterstattung erfolgt im Beteiligungsbericht 2010 nicht, da im Rumpfgeschäftsjahr 2010 keine operative Geschäftstätigkeit ausgeführt worden ist.

Über die Beteiligung der Stadtwerke Halle GmbH an der Trianel GmbH gehören ab dem Berichtsjahr 2010 die Gesellschaften Netzleitung Lünen GmbH, Trianel Erdgasförderung Nordsee GmbH & Co. KG, Trianel Erdgasförderung Nordsee Verwaltungs GmbH und Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH zum städtischen Beteiligungsportfolio. Eine Berichterstattung im Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2010 erfolgt nicht, da die Beteiligungsquoten unterhalb von 5 % liegen.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) nach den Veränderungen im Beteiligung-Portfolio nunmehr an drei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Für eine Anstalt öffentlichen Rechts, die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), ist die Stadt Gewährsträgerin.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapitalgesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten der Ver- und Entsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs.

Das Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2.2. (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 9 GO-LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Umwandlung des Zwecks, die Zusammenlegung und Aufhebung von Stiftungen sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 11 GO-LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat nach der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO-LSA) die Aufgabe, das Beteiligungsmanagement durch eine fachlich geeignete Stelle zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen Gewinnoptimierung und Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Mit dem neuen strategischen Ansatz **„Shared Services“** (gemeinsam erbrachte Dienstleistungen) werden die Vorteile des „Konzern Stadt Halle an der Saale“, also die Kernverwaltung und die städtischen Beteiligungen, stärker genutzt. Im Ergebnis entstehen Synergieeffekte und ein erhöhter Nutzen für die Stadt.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

Finanzbeziehungen 2010 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2010 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

Angaben in TEUR

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.10)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.10)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
1.	**UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS**	**1.300**						**71.597**	**73.000**		
	Stadtwerke Halle GmbH	1.300[1)]						71.597[2)]	73.000		
2.	**VER- UND ENTSORGUNG**						**24.266**			**9.294**	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau										
	A/V/E GmbH										
	Cives Dienste GmbH										
	Energieversorgung Halle Netz GmbH							(1.673[3)])			
	EVH GmbH							(22.959[3)])		9.294*	
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH										

* an die Stadt gezahlt als Abschlag für das Jahr 2010 (TEUR 7.294) und als Endabrechnung für 2009 (TEUR 2.000); die bei der EVH periodengerecht ermittelte Konzessionsabgabe beträgt 8.914 TEUR (gemäß Pachtvertrag über die Energieversorgungsnetze in Halle (Saale) zwischen EVH und EHN werden die zu zahlenden Konzessionsabgaben an die EHN weiterberechnet)

1) Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG

2) nicht liquiditätswirksame Buchgewinne aus Verschmelzung der SWH auf die VVV

3) quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung

	Ertrags-zuschüsse	Verlust-ausgleich	Investi-tions-zuschüsse	Kapital-zuführung	Stand Darlehen (31.12.10)	Stand Bürg-schaften (31.12.10)	nicht ausge-schüttete Gewinne	Gewinn-abführung o.ä.	Kon-zessions-abgaben	Rück-zahlung von Darlehen
VER- UND ENTSORGUNG										
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH										
Hafen Halle GmbH						3.354				
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH						20.912	(6.341[3)])			
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH							(313[3)])			
IT-Consult GmbH							(1.148[3)])			
M-Exchange AG										
RAB Halle GmbH										
RPL Recyclingpark Lochau GmbH										
TELONON Abwasserbehandlung GmbH							(14[3)])			
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH										
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH							(329[3)])			

[3)] quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.10)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.10)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
3.	**VERKEHR**	**4.129**		**1.873**		**20**	**13.978**	**26**			**19**
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin					20	33				19
	Hallesche Verkehrs-AG	3.109[4)]		1.873			13.945	(140[3)])			
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.020									
	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis mbH										
	Saalebus GmbH							23[3)]			
	Servicegesellschaft Saale mbH							3[3)]			

[3)] quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung
[4)] Zuschuss Rosengarten

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.10)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.10)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
4.	**WOHNUNGSWIRTSCHAFT**	**1.277**				**308**		**2.073**	**15.900**		**147**
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH							(50[3)])			
	Eigen**B**etrieb **Z**entrales **G**ebäude**M**anagement der Stadt Halle (Saale)	1.277**						1			
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							1.987	5.100***		
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH					308		85	10.800***		147
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

[3)] quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung
** davon 1.027 TEUR Aufwandszuschuss
*** Ausschüttung erfolgte anteilig aus dem Bilanzgewinn 2009

		Ertrags-zuschüsse	*Verlust-ausgleich*	*Investi-tions-zuschüsse*	*Kapital-zuführung*	*Stand Darlehen (31.12.10)*	*Stand Bürg-schaften (31.12.10)*	*nicht ausge-schüttete Gewinne*	*Gewinn-abführung o.ä.*	*Kon-zessions-abgaben*	*Rück-zahlung von Darlehen*
5.	**WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG**	**1.201**		**7.580**	**2.000**			**140**			**400**
	Bio-Zentrum Halle GmbH							45[3)]			
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG			7.580[5)]							
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH										
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	90			2.000[6)]						
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.111									
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH							95[3)]			400

[3)] quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung
[5)] Der Eigenmittelanteil der Stadt Halle (Saale) beträgt 793 TEUR. Der Gesamtbetrag der Investitionszuschüsse wird sich inklusive bereits weitergeleiteter Fördermittel und noch abzurechnender Fördermittel auf 9,1 Mio. EUR belaufen.
[6)] Umwandlung des Darlehens in einen Eigenkapitalzuschuss

		Ertrags-zuschüsse	Verlust-ausgleich	Investi-tions-zuschüsse	Kapital-zuführung	Stand Darlehen (31.12.10)	Stand Bürg-schaften (31.12.10)	nicht ausge-schüttete Gewinne	Gewinn-abführung o.ä.	Kon-zessions-abgaben	Rück-zahlung von Darlehen
6.	**GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT**	**26.792**		**3.990**		**1.341**	**11.616**	**93**			**92**
	ARGE SGB II Halle GmbH										
	Bäder Halle GmbH	2.300									
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	2.351		24							
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	22.141[7)]		3.966[8)]				93			
	EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH										
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH										
	Maya mare GmbH & Co. KG										
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung										
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					1.341	7.625				92
	Serva GmbH							(1[3)])			

[3)] quotaler Gewinn vor Ergebnisverwendung
[7)] zzgl. 2.246 TEUR periodenfremd im Haushalt 2011
[8)] im Wesentlichen von der Stadt weitergeleitete Finanzmittel aus dem Konjunkturpaket II

		Ertrags-zuschüsse	Verlust-ausgleich	Investi-tions-zuschüsse	Kapital-zuführung	Stand Darlehen (31.12.10)	Stand Bürg-schaften (31.12.10)	nicht ausge-schüttete Gewinne	Gewinn-abführung o.ä.	Kon-zessions-abgaben	Rück-zahlung von Darlehen
	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT										
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)						3.991				
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										
7.	**KULTUR**	**40.391**		**1.246**			**11.086**				
	Stiftung Händel-Haus	2.151									
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	34.700[9)]		615							
	Zoologischer Garten Halle GmbH	3.540		631			11.086				
8.	**BETEILIGUNGSMANAGEMENT**	**770**		**33**					**138**		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	770		33					138		
	SUMME	**75.860**		**14.722**	**2.000**	**1.669**	**60.946**	**73.929[10)]**	**89.038**	**9.294**	**658**

[9)] davon 100 TEUR für Altforderungen des Regiebetriebes Oper aus dem Jahr 2008
[10)] davon 71.597 TEUR nicht liquiditätswirksame Buchgewinne aus Verschmelzung der SWH auf die VVV

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	25.930	0	4.659	310.180	184.415	62.245	165.284	53,3	23	
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	9.274	7.158	1.651	70.165	1.260	0	3.123	4,5	63	6
A/V/E GmbH	20.368	19.900	616	5.422	1.193	344	2.163	39,9	249	12
Cives Dienste GmbH	769	731	20	87	1	1	25	28,7	43	
Energieversorgung Halle Netz GmbH	138.165	135.232	2.853	51.361	904	758	25	0,0	57	5
EVH GmbH	446.872	418.045	25.359	356.283	236.821	14.574	77.917	21,9	497	48
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-107	227	0	0	172	75,7	0	
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	43.533	39.171	2.710	139.303	132.678	11.975	105.566	75,8	226	8
Hafen Halle GmbH	3.345	2.441	-1.171	17.206	15.280	1.183	731	4,2	23	1
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	117.410	111.018	-2.483	436.346	399.477	16.948	68.898	15,8	663	72
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	77.210	69.307	4.112	46.333	9.981	3.283	11.904	25,7	0	
IT-Consult Halle GmbH	12.863	12.466	1.212	6.828	583	504	522	7,6	102	
M-Exchange AG	827	790	102	363	188	122	82	22,5	2	
RAB Halle GmbH	3.868	3.846	102	5.176	3.065	3.140	1.708	33,0	1	
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	4	0	1.902	202	0	0	114	56,4	0	
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.167	3.167	15	452	0	0	26	5,7	0	
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	243	206	40	789	0	0	681	86,3	2	
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.062	3.952	351	1.016	238	72	225	22,1	54	6

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*										
Hallesche Verkehrs-AG	48.511	36.575	-11.508	339.047	311.654	26.754	83.583	24,7	777	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH**	908	371	0	1.478	367	65	461	31,2	26	1
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	11.779	10.625	-100	10.778	8.241	845	4.620	42,9	110	
Saalebus GmbH	1.700	1.698	-14	273	0	0	82	30,1	30	
Servicegesellschaft Saale mbH	1.413	1.334	23	263	101	69	112	42,7	51	
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.880	6.909	147	2.092	160	101	526	25,1	44	1
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)**	37.658	34.645	1	31.435	914	107	1.587	5,0	253	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH**	46.553	45.083	2.928	334.934	303.174	13.973[1)]	166.025	49,6	104	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	83.907	78.125	9.227	521.434	466.507	26.530[2)]	242.638	46,5	218	15
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.982	5.976	6	77.609	77.597	0	10	0,0	0	
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.660	1.741	53	11.949	10.375	1.003	6.353	53,2	3	
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	551	413	-181	19.085	0	1	16.802	88,0	2	
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	58	0	5	122	1	0	60	48,9	0	
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH**	1.161	833	-601	29.166	27.681	43	7.690	26,4	7	
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.775	581	1	242	22	1	107	44,4	24	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.013	3.456	208	40.533	36.682	2.609	14.124	34,8	6	

* Ein festgestellter Jahresabschluss 2010 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.
** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.
[1)] inkl. Instandsetzung und Instandhaltung
[2)] vor Abzug von Zuschüssen (989 TEUR)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
ARGE SGB II Halle GmbH***										
Bäder Halle GmbH	2.747	441	20	4.698	254	264	326	6,9	31	
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.787	6.182	302	22.916	17.389	484	5.985	26,1	79	
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**	7.675	4.596	0	6.202	28	24	37	0,6	461	
Eigenbetrieb Kindertagesstätten**	31.438	30.700	1.672	43.065	34.846	6.242	21.555	50,1	654	
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	885	868	62	9.430	9.053	3	2.501	26,5	0	
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	6	6	1	57	0	0	46	80,4	0	
Maya mare GmbH & Co. KG	5.018	4.112	-656	14.532	14.083	282	3.739	25,7	116	16
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	15	0	18	536	287	0	536	100,0	0	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	17.980	16.359	134	53.352	49.959	550	16.200	30,4	400	7
Serva GmbH	303	299	10	125	4	3	81	64,5	21	
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)**	5.365	3.997	3	32.169	27.654	883	18.869	58,7	41	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	10	0	12	503	344	0	503	100,0	0	
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.882	63	717	26.356	8.781	143	25.910	98,3	24	1
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	37.799	37.466	-107	30.921	28.628	1.804	28.127	91,0	575	14
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.679	1.205	-1.480	31.895	31.107	444	6.031	18,9	73	9
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	807	0	78	455	184	45	143	31,4	7	0

** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.
*** Ein geprüfter Jahresabschluss 2010 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	73.575	0	144.597	337.637	152.614	35.687	233.625	69,2	23	
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.292	6.498	3.316	77.809	1.260	0	8.668	11,1	57	6
A/V/E GmbH	19.206	18.671	652	5.288	1.428	421	2.199	41,6	240	12
Cives Dienste GmbH	452	409	3	52	1	0	18	35,0	30	
Energieversorgung Halle Netz GmbH	106.442	105.303	1.673	37.950	451	262	25	0,1	47	3
EVH GmbH	402.947	376.028	22.959	343.418	247.955	15.467	76.736	22,3	515	44
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-25	291	0	0	279	95,9	0	
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	44.238	40.316	1.267	138.792	130.067	11.487	102.856	74,1	240	10
Hafen Halle GmbH	2.157	1.228	-1.259	16.876	14.876	1.793	727	4,3	17	1
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	113.799	108.529	6.341	437.593	408.909	15.914	68.898	15,7	660	67
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	75.039	70.343	313	19.570	2.707	579	741	3,8	0	
IT-Consult Halle GmbH	10.753	10.426	1.148	6.156	360	211	522	8,5	91	
M-Exchange AG	689	648	60	251	87	42	0	0,0	1	
RAB Halle GmbH	6.507	6.419	69	958	0	0	606	63,2	0	
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	68	20	-121	2.031	0	0	0	0,0	0	
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.138	3.138	14	594	0	0	25	4,1	0	
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	343	297	59	812	1	0	701	86,3	2	
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.912	3.811	329	902	222	59	225	24,9	55	5

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	691	567	95	2.201	2.070	48	214	9,7	8	
Hallesche Verkehrs-AG	49.653	37.270	140	318.941	308.141	10.300	83.583	26,2	799	31
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.333	326	0	1.506	621	344	461	30,6	26	1
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	11.048	10.020	-438	11.153	8.550	1.414	4.720	42,3	119	
Saalebus GmbH	1.721	1.715	47	302	0	0	96	31,8	30	
Servicegesellschaft Saale mbH	1.299	1.254	6	271	53	62	89	32,9	51	
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.055	4.646	50	1.783	93	43	526	29,5	54	
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	37.588	36.710	1	28.285	1.036	166	1.534	5,4	257	
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.888	45.136	7.653	345.213	308.602	13.785[1)]	167.704	48,6	108	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	84.595	79.547	11.678	517.911	451.687	12.451[2)]	244.111	47,1	217	18
HWG Wohnungsverwaltungs GmbH & Co. KG	6.068	6.068	-4	79.872	78.958	0	4	0,0	0	
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.823	1.686	89	13.262	9.958	8	6.300	47,5	4	
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	509	95	-149	20.929	0	0	16.983	81,1	3	
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	49	0	2	93	2	0	55	59,0	0	
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.313	936	-501	31.008	29.028	47	6.291	20,3	8	
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.635	420	-35	274	32	5	107	38,9	26	
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.861	3.456	158	44.468	38.479	1.789	13.915	31,3	8	

[1)] inkl. Instandsetzung und Instandhaltung
[2)] vor Abzug von Zuschüssen (395 TEUR)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2009

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
ARGE SGB II Halle GmbH	12.702	0	0	310	67	38	25	8,1	455	
Bäder Halle GmbH (ehem. Public Services GmbH)	3	0	0	33	0	0	30	91,2	0	
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.396	5.800	222	24.025	17.694	520	5.682	23,7	77	
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	7.326	6.036	0	3.831	12	4	37	1,0	435	
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	29.797	5.831	93	37.929	29.592	2.153	19.883	52,4	655	
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	888	880	57	9.607	9.229	5	2.439	25,4	0	
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	7	7	2	54	0	0	44	82,1	0	
Maya mare GmbH & Co. KG	4.687	3.902	-489	16.003	15.161	442	4.396	27,5	89	14
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	16	0	22	518	287	0	518	100,0	0	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	17.490	15.615	308	54.787	51.239	377	16.066	29,3	357	6
Serva GmbH	264	264	1	142	0	0	81	56,8	18	
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	5.430	4.098	66	30.235	28.211	861	18.867	62,4	38	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	13	0	14	491	344	0	491	100,0	0	
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	5.182	16	1.171	26.536	8.830	1.591	25.809	97,3	18	
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	22.511	22.124	-513	34.660	28.460	870	28.233	81,5	597	10
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.495	1.350	-1.859	34.915	34.307	297	7.512	21,5	73	10
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	834	0	138	492	170	11	62	12,6	6	

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	12.351	72	7.016	96.500	77.117	20.853	89.028	92,3	0	
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	11.138	6.695	3.885	80.336	1.260	0	5.352	6,7	56	8
A/V/E GmbH	18.434	18.067	963	6.459	1.577	643	2.511	38,9	243	11
Cives Dienste GmbH	277	249	2	41	2	2	15	37,1	17	
Energieversorgung Halle Netz GmbH	112.048	110.920	1.015	35.585	347	261	25	0,1	43	1
EVH GmbH	434.925	408.121	8.705	348.558	259.309	14.755	76.736	22,0	525	42
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-12	309	0	0	304	98,4	0	
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	39.870	35.111	240	135.656	127.837	6.915	101.588	74,9	248	12
Hafen Halle GmbH	2.008	1.592	-891	15.615	13.833	3.227	727	4,7	14	1
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	87.986	82.093	6.536	425.533	400.276	18.554	62.007	14,6	312	21
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	93.783	89.838	327	18.502	2.645	1	741	4,0	0	
IT-Consult Halle GmbH	10.148	10.018	1.503	5.376	343	223	522	9,7	86	
M-Exchange AG	671	633	35	227	63	16	0	0,0	1	
RAB Halle GmbH	7.334	7.303	-256	1.594	0	0	162	10,1	0	
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	474	378	-40	1.990	0	0	0	0,0	0	
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	2.988	2.988	15	593	0	0	25	4,1	0	
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	473	318	123	819	2	0	692	84,4	2	
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	3.764	3.651	336	946	218	64	225	23,7	57	

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	716	564	73	2.266	2.136	45	119	5,2	7	
Hallesche Verkehrs-AG	47.688	33.694	506	334.852	319.149	12.100	83.583	25,0	825	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.426	317	0	1.451	485	202	400	27,6	26	
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	10.398	9.382	-97	11.533	8.511	3.036	5.158	44,7	124	
Saalebus GmbH	1.647	1.640	8	245	0	0	50	20,2	29	
Servicegesellschaft Saale mbH	1.143	1.132	24	261	35	14	107	41,2	49	
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.922	6.479	6	1.637	77	15	526	32,1	60	
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	40.469	37.857	0	29.617	1.113	77	1.534	5,2	268	
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	47.449	45.496	8.855	351.107	308.095	11.089[1)]	168.630	48,0	118	6
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	88.079	76.795	13.712	534.462	449.269	24.724[2)]	247.019	46,2	231	17
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	3.091	3.091	-2	80.350	80.319	81.000	7	0,0	0	

[1)] inkl. Instandsetzung und Instandhaltung
[2)] vor Abzug von Zuschüssen (13 TEUR)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.783	1.638	106	13.724	11.976	1.410	6.212	45,3	4	
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	763	0	-403	17.608	0	0	17.131	97,3	2	
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	49	0	-259	75	2	3	53	70,6	0	
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	2.218	906	-399	32.925	30.348	253	6.793	20,6	5	
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.615	380	6	343	39	9	141	41,2	22	
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	3.572	2.817	160	47.832	44.173	5.512	13.783	28,8	8	
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
ARGE SGB II Halle GmbH	12.050	0	0	232	44	38	25	10,8	461	
Bäder Halle GmbH (ehem. Public Services GmbH)	3	0	1	32	0	0	30	91,2	0	
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	5.925	5.397	-22	24.515	17.941	302	5.460	22,3	75	
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	6.944	5.426	0	3.676	11	4	37	1,0	525	
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	25.926	5.059	50	36.879	29.711	4.501	19.370	52,5	613	
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	864	779	38	9.758	9.403	46	2.382	24,4	0	
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	7	6	2	51	0	0	43	83,7	0	
Maya mare GmbH & Co. KG	4.875	3.706	-145	17.551	16.263	305	4.887	27,8	91	14
Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	127	0	94	508	287	0	508	100,0	0	
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	16.570	15.486	-575	56.059	52.420	451	15.758	28,1	331	6
Serva GmbH	15	0	3	101	0	0	80	79,5	0	
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	5.658	4.231	147	30.892	29.053	2.450	18.800	60,9	48	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	13	0	-20	478	344	0	478	100,0	0	

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2008

	Gesamt-leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres-ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage-vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	5.065	4	1.565	27.469	7.353	7.451	26.776	97,5	18	
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	100	0	5	530	0	0	30	5,7	0	
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.502	1.328	109	38.166	37.188	1.498	9.371	24,6	74	10
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	783	0	87	484	202	42	62	12,9	6	

2.6 Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Cashflow (Berechnung)

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Sonderverlustkonto

Regelung gemäß § 17 Abs. 4 DM-Bilanz-Gesetz im Zusammenhang mit der Bilanzerstellung in den neuen Bundesländern nach der Währungsumstellung: Bei erstmaliger Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bildenden Rückstellungen auf der Aktivseite in einem Sonderverlustkonto gesondert ausgewiesen. Der dort aktivierte Betrag wurde/wird in den Folgejahren in dem Umfang abgeschrieben, in dem Aufwendungen zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtungen entstehen.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Durch den Verlustvortrag können die im Verlustentstehungsjahr nicht anrechnungsfähigen Verluste in den folgenden Veranlagungszeiträumen als Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Negative Einkünfte (Verluste) können bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens abgezogen werden (Verlustabzug). Dadurch wird verhindert, dass die Steuerpflichtigen Einkommensteuer auf ihre Gewinne aus einer ihrer Tätigkeiten zahlen müssen, wenn sie die entsprechenden Beträge in Wahrheit längst durch eine andere Betätigung verloren haben und deshalb über gar keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mehr verfügen, die sie zur Steuerzahlung befähigen können. Verluste aus einer Einkunftsart sind zunächst vorrangig mit Gewinnen aus derselben Einkunftsart zu saldieren (sog. horizontaler Verlustausgleich). Soweit hiernach noch Verluste nicht berücksichtigt worden sind, sind sie mit den Einkünften aus anderen Einkunftsarten zu verrechnen (vertikaler Verlustausgleich). Bleibt auch nach diesem Verrechnungsschritt noch ein Verlustüberhang übrig, findet ein Ausgleich mit dem Einkommen des vorigen Veranlagungszeitraums statt (Verlustrücktrag) und, wenn auch dann noch Verluste nicht ausgeglichen werden konnten, kommt es zur Verrechnung mit dem Einkommen folgender Jahre (Verlustvortrag).

(Quelle: Gabler-Wirtschafts-Lexikon, 16. Auflage 2004, Wiesbaden: Gabler)

2.7 Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung x 100}}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage
Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses, Steuern und außerordentlicher Positionen dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft
Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung x 100}}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

Kennzahlen-Aussage
Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft
Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

Cashflow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cashflow

Kennzahlen-Aussage
Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft
Die für den Cashflow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage
Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft
Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\begin{array}{l}\text{Umsatzerlöse} \\ +/- \text{ Bestandsveränderungen} \\ + \text{ aktivierte Eigenleistungen} \\ + \text{ sonstige betriebliche Erträge}\end{array}}$$

Kennzahlen-Aussage
Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft
Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

$$\frac{\text{Sachanlagen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage
Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft
Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage
Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft
Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{\text{(Bilanzsumme-bilanzielles Eigenkapital) x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage
Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft
Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Bildung, Soziales und Sport

Kultur

Beteiligungsmanagement

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH

Firma:

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	30.000

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafenbetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Klose, Wilfried	(bis 31.12.2010)
		Girard, Francois	
		Lux, Matthias	
		Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	
	Arbeitsdirektor	Walther, René	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
		Böcker, Udo	
		Bönisch, Bernhard	

Aufsichtsrat:

Gärtner, Steffen
Junghans, Torsten
Kley, Gerry
Kocian, Burkhard
Koppitz, Erhard
Krause, Johannes
Lange, Hendrik
Mahlert, Eckard
Müller, Raik
Nagel, Elisabeth
Richter, Ulrich
Weihrich, Dietmar

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	29	46	20

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Energieunion AG	150	3,41
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.	8	30,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	150	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
M-Exchange AG	7	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RPL Recyclingpark Lochau GmbH	38	75,10
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH	317	1,75

mittelbar	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka ebusiness GmbH	1	0,50
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (BEKA) mbH	2	0,63
Energiefinanz GmbH	27	3,41
energieGUT GmbH	1	0,14
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und der Kommunalen Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
Gesellschaft bürgerlichen Rechts bestehend aus der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH und der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH		41,36
HAL-Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Halle (Saale) i. L.	8	30,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	11,51
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,06
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	10	33,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
Trianel Energie B.V.	1	1,75
Trianel Erdgasförderung Nordsee GmbH & Co. KG		0,50
Trianel Erdgasförderung Nordsee Verwaltungs GmbH	0	1,75
Trianel Finanzdienste GmbH	44	1,75
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,11
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,75
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG	23	0,31
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,75
Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,75
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,11
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,75
Trianel Service GmbH	2	0,35
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,05
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,75
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	184.415	59	152.614	45	77.117	80	31.801	21
Umlaufvermögen	125.626	41	184.791	55	19.382	20	-59.165	-32
Rechnungsabgrenzungsposten	139	0	232	0			-92	-40
Bilanzsumme	**310.180**	**100**	**337.637**	**100**	**96.500**	**100**	**-27.457**	**-8**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	165.284	53	233.625	69	89.028	92	-68.341	-29
Rückstellungen	8.014	3	7.580	2	784	1	435	6
Verbindlichkeiten	136.882	44	96.433	29	6.687	7	40.450	42
Bilanzsumme	**310.180**	**100**	**337.637**	**100**	**96.500**	**100**	**-27.457**	**-8**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse			72
sonstige betriebliche Erträge	25.930	73.575	12.280
Personalaufwand	2.822	2.206	
Abschreibungen	87	70	
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.512	5.071	227
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	26.586	27.519	13.749
Erträge aus Beteiligungen	8.002	1.039	
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	150	85	
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.482	1.329	580
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	15.162	1.259	
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	28.986	83.444	19.365
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.219	1.509	463
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.362	9.989	6.625
außerordentliche Erträge		140.014	
außerordentliche Aufwendungen	1.075	1.117	
außerordentliches Ergebnis	-1.075	138.896	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.825	4.175	-391
sonstige Steuern	803	114	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.659	144.597	7.016
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	144.597	7.016	5.406
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	71.597	7.016	5.406
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.659	144.597	7.016
Ausschüttung	73.000		

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:			9.753,76	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,90	162,42	8,55	%
Cash-Flow:	33.731	228.111	26.381	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.127	3.199		T€
Personalaufwandsquote:	10,88	3,00		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,17	0,13		%
Eigenkapitalquote:	53,29	69,19	92,26	%
Fremdkapitalquote:	46,71	30,81	7,74	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Das Geschäft der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) ist auf die strategische Steuerung, Beratung und Koordination der Tochter- und Beteiligungsunternehmen aus den Bereichen der Ver- und Entsorgung, der Informationstechnologie, der Logistik sowie aus dem Bereich Verkehr gerichtet. Das Beteiligungsportfolio der Stadtwerke gliedert sich in die Geschäftsfelder Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft/Logistik, Services sowie Verkehr.

Die Organisation der SWH gliedert sich in die Struktureinheiten Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Finanzen/Cash Pool), Recht, Personal, Konzernkommunikation, Konzernentwicklung, Projektentwicklung und Konzernrevision. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren 23 Mitarbeiter beschäftigt.

1. Wesentliche Veränderungen des Unternehmens

1.1 Beteiligungsportfolio

Zu Beginn des Geschäftsjahres wurden 50 % der Geschäftsanteile an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) an die VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig, (VNG) veräußert. Infolge dessen wurde der Ergebnisabführungsvertrag zwischen KWT und SWH fristlos mit Wirkung zum 1. Januar 2010 steuerunschädlich gekündigt. Im Zuge der mit der Veräußerung eingeleiteten Partnerschaft zwischen VNG und Stadtwerke konnten die geplanten Maßnahmen zur Ertüchtigung der Altanlagen des Kraftwerkes in Angriff genommen werden. Die Bestellungen wurden im Verlaufe des Geschäftsjahres 2010 ausgelöst, sodass die modernisierte Anlage ihren Dauerbetrieb voraussichtlich im April 2012 aufnehmen kann.

Einen weiteren Meilenstein in der Entwicklung des Beteiligungsportfolios stellte der Erwerb der restlichen außenstehenden Anteile an der EVH GmbH dar. Neben der durch die 100%ige Gesellschafterstellung der SWH ermöglichten besseren Konzernsteuerung waren die zukünftigen Ergebnispotenziale der EVH für den Konzern ausschlaggebend für den Erwerb.

Im Zuge des vorgenannten Anteilserwerbs trennte sich die SWH von ihren Anteilen an der GISA GmbH, Halle, und konnte so die Zielstellung der Konzentration auf die Kerngeschäftsfelder des Konzerns weiter umsetzen.

Daneben gründete die SWH im Geschäftsjahr 2010 die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH als alleinige Gesellschafterin. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Stadtbeleuchtung. Die Gesellschaft nahm ihren operativen Geschäftsbetrieb zum 1. Januar 2011 auf.

Zum 1. Mai 2010 übernahm die Public Services GmbH zu einem symbolischen Kaufpreis drei Freibäder und drei Hallenbäder von der Stadt Halle (Saale). Zur Sicherstellung der Finanzierung der Betriebsführung und insbesondere der Investitionen wurde ein Bäderfinanzierungsvertrag mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossen, demzufolge nach aktuellem Kenntnisstand die zukünftigen Liquiditätsbedarfe der Gesellschaft gedeckt werden können. Die Gesellschaft trägt seit August 2010 die Firma „Bäder Halle GmbH“.

Infolge der Einstellung des operativen Geschäftsbetriebes der RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L. wurde durch die Gesellschafterinnen SWH und Fehr Umwelt Ost GmbH die Auflösung der Gesellschaft mit Ablauf des 31. Dezember 2010 beschlossen. Die Auflösung wurde bereits im Handelsregister eingetragen.

Zum Jahresende 2010 ist der Vorsitzende der Geschäftsführung, Herr Wilfried Klose, aus der Geschäftsführung ausgeschieden. Zum Vorsitzenden der Geschäftsführung wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2011 Herr Matthias Lux bestellt.

1.2 Konzernoptimierung

Mit dem Ziel der weiteren Effizienzsteigerung durch Zusammenfassung von Querschnittsfunktionen im Konzern konnten im Geschäftsjahr 2010 die Vorbereitungen zur Bündelung der bisher bei EVH GmbH und Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) dezentral erbrachten Abrechnungsleistungen in der Tochter IT-Consult Halle GmbH (ITC) abgeschlossen werden. Mit Beginn des neuen Geschäftsjahres 2011 gingen die Mitarbeiter der Abrechnungsbereiche von EVH und HWS auf die ITC über.

Ebenfalls wurde die Zentralisierung von konzerninternen Telekommunikationsdienstleistungen abgeschlossen und durch Personalübergang auf die ITC dort gebündelt. Die Versorgung der SWH und ihrer Tochterunternehmen mit Telekommunikationsdiensten erfolgt seitdem auf Basis bilateraler Verträge durch die ITC.

Ebenfalls unter der Zielstellung der Zentralisierung von Querschnittsfunktionen im Konzern übernahm die HWS die Aufgabe, ein zentrales Fuhrparkmanagement aufzubauen. Bis Ende 2011 soll ein entsprechendes Konzept aus zentraler Planung, Verwaltung und Steuerung der Fahrzeuge in der Stadtwerke-Gruppe implementiert sein.

Zum weiteren Ausbau des Aufgabenbereiches des Arbeitsdirektors und insbesondere zur Vorbereitung weiterer Effizienzmaßnahmen im Konzern wurde die Übertragung des bereits im Jahr 2007 in der EVH konzernweit zentralisierten Personalbereichs auf die SWH abgeschlossen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 gingen 12 Mitarbeiter auf die Holding über. Hiermit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um in einem weiteren Schritt auch die personalwirtschaftlichen Aufgaben der HAVAG in den Konzernverbund einzubeziehen.

2. Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Nach dem Krisenjahr 2009 konnte die Wirtschaftsleistung Deutschlands in allen Quartalen des Jahres 2010 deutlich gegenüber den Vorjahreswerten zulegen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2010 um 3,6 % (nach -4,7 % im Vorjahr). Dieses in mancher Hinsicht überraschend hohe Wachstum war vor allem auf den starken Anstieg des Außenhandels und der Binnennachfrage zurückzuführen.

Die Wirtschaft Ostdeutschlands konnte dabei nicht so stark zulegen wie der Rest Deutschlands. Während das Wirtschaftswachstum Westdeutschlands im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um preisbereinigt 3,2 % anzog, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands in diesem Zeitraum um 2,2 %. Auch die entsprechenden Halbjahreswerte für unser Bundesland Sachsen-Anhalt deuten auf ein leichtes Hinterherhinken im Jahr 2010 hin, da die Wirtschaft Sachsen-Anhalts in diesem Zeitraum um real 1,3 % zulegte.

2.2 Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt führte die positive wirtschaftliche Entwicklung zu einer weiteren Verbesserung. Während die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt um 0,5 %-Punkte abnahm, war der Rückgang in Ostdeutschland und in Sachsen-Anhalt deutlich spürbarer ausgefallen. In Ostdeutschland verringerte sich die Arbeitslosenquote von 13,0 % in 2009 auf 12,0 % in 2010. In Sachsen-Anhalt führte die wirtschaftliche Belebung zu einer Absenkung der Arbeitslosenquote um 1,1 %-Punkte auf 12,5 %.

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Für die Unternehmen der Stadtwerke stellt die Bevölkerungsentwicklung im Stammmarkt Halle (Saale) einen nicht zu unterschätzenden Parameter in Bezug auf die Auslastung der für die Ver- und Entsorgung sowie für den Verkehr vorgehaltenen Infrastrukturen dar. Erfreulicherweise wies die Bevölkerungsentwicklung in Halle ein positives Vorzeichen auf. Mit 230.831 Einwohnern (Vorjahr: 230.377) verzeichnete die Stadt erstmals seit vielen Jahren wieder einen Zuwachs.

2.4 Umfeldentwicklungen

Die Unternehmen der SWH agieren zwar in sachlich und zum Teil auch räumlich unterschiedlichen Märkten, als gemeinsames Merkmal wiesen diese jedoch fortgesetzt eine hohe Wettbewerbsintensität, steigenden Erlös- und Kostendruck und zunehmende Qualitätsanforderungen auf.

Durch aktuelle und auch ältere Änderungen in der Rahmengesetzgebung sowie durch fachgesetzliche Spezialregelungen in den jeweiligen Tätigkeitsfeldern bestanden in den Geschäftsbereichen weiterhin hohe Wettbewerbsintensitäten bzw. gestiegene Anforderungen an das Kostenmanagement. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang etwa die im Dezember 2009 in Kraft getretene EU-Verordnung zur Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen, das 3. Binnenmarktpaket zur Strom- und Gasmarktliberalisierung sowie die Auswirkungen des zurückliegenden Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes auf die Kapazitäten und Preise für die Abfallbehandlung. Weiterhin sorgten die zurückliegenden Regulierungen des Netzzuganges und der Netzentgelte für einen erleichterten Marktzugang und belebten so den Wettbewerb.

Bezugsseitig behielten die Preisentwicklungen für Energien, Wasser und Kraftstoffe weiterhin eine hohe Evidenz für die Kostenpositionen der Tochterunternehmen bei wettbewerbsbedingt geringeren Preiswälzungsspielräumen.

Neben den vorgenannten Entwicklungen hatte die SWH auch die gestiegenen Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin zu beachten, die auf eine vollständige Deckung der Zuschuss- und Verlustbetriebe durch Eigenmittel der SWH hinausliefen.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Stadtwerke Halle GmbH schließt das Geschäftsjahr 2010 mit einem Jahresüberschuss von 4,7 Mio. € ab. Unter Ausschaltung von Einmal- und Sondereffekten lag das Ergebnis über den Erwartungen.

3.1 Sonder- und Einmaleffekte

Die Veräußerungen der Anteile an der GISA GmbH (25,1 %) und an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (50,0 %) führten bei der SWH zu beachtlichen Veräußerungsgewinnen.

Mit dem Kauf der restlichen Anteile an der EVH GmbH erwarb die SWH zugleich auch das Gewinnbezugsrecht (Ausgleichszahlungsanspruch) vom außenstehenden Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2009, welches bei Vertragsabschluss im Jahr 2010 noch nicht ausgezahlt war. Da die SWH nach Maßgabe des Ergebnisabführungsvertrages mit der EVH die Ausgleichszahlung an den Drittgesellschafter zu leisten hat, wurde im Abschluss 2009 der SWH eine entsprechende Verbindlichkeit eingestellt. In Folge des Miterwerbs des Ausgleichszahlungsanspruches wurde diese Verbindlichkeit im Geschäftsjahr 2010 ertragswirksam ausgebucht.

Des Weiteren wurden Rückstellungen, insbesondere infolge der Verjährung grunderwerbsteuerlicher Altvorgänge, ertragswirksam aufgelöst.

Die vorgenannten Sondereffekte führten insgesamt zu einmaligen Erträgen von 24,2 Mio. € aufwandswirksame und Ergebnis mindernde Effekte.

Aufwandswirksame bzw. Ergebnis mindernde Sondereffekte resultierten aus Rückstellungsbildungen und außerplanmäßigen Abschreibungen bei der Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) und bei der HWS. Über die bestehenden Ergebnisabführungsverträge wirkten sich diese auch unmittelbar auf die SWH aus. Im Einzelnen:

Die HWS bildete in Folge der strategischen Personalanpassungsplanung im Geschäftsjahr 2010 Rückstellungen für Altersteilzeit und für Abfindungen in Höhe von zusammen 3,9 Mio. €. Zudem führte die Neuausrichtung der Reservekapazitäten des Wasserwerkes Beesen zu außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in Höhe von 6,6 Mio. € (netto, d. h. nach ertragswirksamer Auflösung korrespondierender Sonderposten für Investitionszuschüsse). Infolge der vorgenannten Maßnahmen erzielt die HWS im Geschäftsjahr einen Verlust von -2,5 Mio. €, welcher nach Maßgabe des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages von der SWH durch Zahlung auszugleichen ist. Da die HWS ohne diese Maßnahmen ein Jahresergebnis von rd. 8 Mio. € abgeführt hätte, entstand für die SWH somit eine Ergebnisbelastung aus Verlustausgleich und Minderergebnis von zusammen 10,5 Mio. €.

Bei der HAVAG wurden im Zuge von betrieblichen Optimierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen Rückstellungen für Altersteilzeit und Abfindungen in Höhe von 8,5 Mio. € gebildet. Zudem wurden durch Rückstellungsbildung in Höhe von ca. 3 Mio. € drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Jahresabschluss 2010 adaptiert. Bedingt durch diese Operationen erzielte die HAVAG einen handelsrechtlichen Verlust von -11,5 Mio. €. Dieser Verlust ist durch die Stadtwerke Halle im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages durch Zahlung auszugleichen.

Zusammengenommen führten die Maßnahmen bei der HWS und bei der HAVAG auf Ebene der SWH zu einer einmaligen Ergebnisbelastung von etwa 22 Mio. €.

3.2 Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte keine Umsatzerlöse. Die sonstigen betrieblichen Erträge - sowohl die des Geschäftsjahres 2010 als auch die des Vorjahres 2009 - waren weit überwiegend geprägt durch einmalige Veräußerungserlöse in Folge von Beteiligungsabgängen. Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassten ansonsten die im Vergleich zu den Vorjahren typischen Weiterberechnungen an die Tochterunternehmen u. a. für Mieten und Versicherungen.

Der leichte Anstieg des Personalaufwandes der Holding war im Wesentlichen Folge der erstmals ganzjährigen Erfassung der Bezüge der Geschäftsführung und der Zuführungen zur Altersteilzeitrückstellung.

Die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen betrafen die Geschäftsausstattung der Holding und lagen nur unwesentlich über dem Wert des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich im Vorjahresvergleich um rd. 0,5 Mio. € hauptsächlich durch rückläufige Rechts- und Beratungskosten.

Durch die erstmalige Gewinnausschüttung der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) verbesserten sich die Erträge aus Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr um knapp 7 Mio. €. Die Gewinnausschüttung der AWH fiel höher als erwartet aus, wird aber in den Folgejahren entsprechend der Erwartungen niedriger ausfallen.

Die durch Gewinnabführungsverträge erzielten Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2010 auf 26,6 Mio. €, welche somit um 0,9 Mio. € unter den entsprechenden Erträgen des Vorjahres lagen. Dass die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen trotz der Ergebnisbelastung aus Sondereffekten bei der HWS dennoch so vergleichsweise hoch ausfielen, war im Wesentlichen begründet durch ein fortgesetzt gutes Ergebnis der EVH, welches zudem infolge der Aufstockung der Anteile an der EVH auf 100 % vollständig durch die SWH vereinnahmt werden konnte.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens betrafen die HAVAG und die AWH. Die von den Stadtwerken als verdeckte Einlage in die HAVAG geleisteten Betriebskostenzuschüsse wurden in voller Höhe abgeschrieben. Hervorzuheben ist, dass dieser Betriebskostenzuschuss an die HAVAG erstmals vollständig aus Eigenmitteln der SWH finanziert wurde.

Zudem wurde durch Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der AWH berücksichtigt, dass die Gesellschaft der Dauer nach und die Gewinnentnahmemöglichkeiten der Höhe nach begrenzt sind. Die Abschreibung erfolgte deshalb in Höhe der auf den Erwerbsstichtag abgezinsten Gewinnausschüttung (auf Basis des beim Kauf unterlegten Kalkulationszinses).

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultierten aus der Übernahme der Verluste der Hafen Halle GmbH, der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Hallesche Verkehrs-AG jeweils in Anwendung der bestehenden Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge.

Bei den Ertragsteuern war zu berücksichtigen, dass in Anwendung des § 8 Abs. 8 Satz 2 KStG i. d. F. des JStG 2009 die Tätigkeiten im Organkreis in zwei Sparten (steuerlicher Querverbund, übrige Tätigkeiten) zuzuordnen waren und Verluste sowie Verlustvorträge seither nicht mehr spartenübergreifend verrechnet werden konnten. Der Rückgang der Ertragsteuerbelastung war Folge des im Vorjahresvergleich gesunkenen Jahresüberschusses.

3.3 Vermögenslage und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Stadtwerke verringerte sich im Vorjahresvergleich um rd. 27,5 Mio. €.

Hierbei stieg das Anlagevermögen hauptsächlich in der Position Finanzanlagen, welche durch den Erwerb von Geschäftsanteile an der EVH angestiegen waren.

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen hauptsächlich die Forderungen auf Ergebnisabführungen gegen die in die ertragsteuerliche Organschaft einbezogenen Tochterunternehmen.

Die Bankguthaben umfassten die zum Stichtag bestehenden Cash Pool-Guthaben der im Cash Pool einbezogenen Tochterunternehmen und der Holding. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr war überwiegend Folge der Ausschüttung des Vorjahresgewinnes an die Stadt Halle (Saale).

In Folge der teilweisen Gewinnausschüttung verringerte sich das Eigenkapital der Gesellschaft, wobei die Gewinnrücklagen der Gesellschaft aufgestockt werden konnten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten durch planmäßige Tilgungsleistungen um knapp 3,3 Mio. € gesenkt werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen umfassten die zum Stichtag bei der Holding gebündelten Cash Pool-Bestände der Tochterunternehmen, die hierüber jederzeit verfügen können, sowie die Verlustausgleichspflichten der Holding gegenüber dem Hafen, der HWS und der HAVAG. Im Vergleich zum Vorjahr war der Anstieg in dieser Position hauptsächlich durch die bei HWS und HAVAG entstandenen Verluste infolge von Sondermaßnahmen sowie durch die gestiegenen Cash Pool-Guthaben der beteiligten Tochterunternehmen entstanden.

Der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft um rd. 8,4 Mio. € war überwiegend Folge der Neuordnung des umsatzsteuerlichen Organkreises sowie der Vereinigung von 100 % der Anteile an der EVH, in deren Folge die Ausgleichszahlungen an die außenstehende Gesellschafterin der EVH entfielen.

Die Eigenkapitalquote der Stadtwerke verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr von 69,2 % auf 53,3 %. Maßgeblich hierfür war die im Geschäftsjahr geleistete Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin sowie die in den Verbindlichkeiten ausgewiesenen Verlustausgleichsverpflichtungen und die Cash Pool-Guthaben der Tochterunternehmen.

Im Wesentlichen bedingt durch die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin sowie durch die Auszahlung zum Erwerb des 30%igen Geschäftsanteils der EVH und die in die HAVAG geleisteten Betriebskostenzuschüsse verminderte sich der Finanzmittelfonds gegenüber dem Vorjahr um 88 Mio. €. Gleichzeitig verminderte sich das Netto-Geldvermögen von 113 Mio. € um 102 Mio. € auf 11 Mio. €.

4. Finanz- und Risikomanagement

Die Gesellschaft hat sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzerneinheitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

Bei den Stadtwerken kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch des Cash Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt. Bankenausfälle, wie sie im Zuge der Finanzkrise 2008 zu verzeichnen waren, würden insofern das Risiko eines vorübergehenden Liquiditätsausfalles (bis zur Ersatzleistung durch die Sicherungsfonds) bergen. Zur Minderung dieses Risikos erfolgte seit 2008 - so auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 - eine breitere Streuung der Geldanlagen zu jeweils geringeren Anlagebeträgen.

In das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH sind alle wesentlichen Beteiligungsgesellschaften einbezogen. Die Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Überwachung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zur Risikobegegnung erfolgen nach einem einheitlichen System.

Gegenwärtig bestehen keine, den Bestand der SWH gefährdenden Risiken.

5. Chancen, Risiken und Ausblick

Die Gesellschaft ist über die Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge mit den Chancen und Risiken der Tochterunternehmen mittelbar verbunden. Insofern könnten als finanziell wirksame Risiken entstehende Verlustausgleichspflichten oder unzureichende Erträge aus Ergebnisabführungen in Betracht kommen, welche einzeln oder zusammen die Finanzierungskraft der Stadtwerke belasten könnten.

Vermittelst der gegebenen personellen Verzahnung der Geschäftsführungen der SWH und der großen Tochterunternehmen sowie durch das bestehende Berichtswesen ist eine frühzeitige Kenntnisnahme und Reaktion auf derartige Entwicklungen gewährleistet.

Die Geschäftsführung geht auch in Zukunft von einem weiterhin steigenden Ertrags- und Kostendruck aus, der alle Geschäftsbereiche betreffen dürfte. Als Triebkräfte hierfür wurden insbesondere die weiterhin negativen Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung, die für die gesamten Geschäftsbereiche erwarteten zunehmenden Wettbewerbsintensitäten, die wieder anziehenden Rohstoffpreise sowie die Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin identifiziert.

Der energiewirtschaftliche Rechtsrahmen und die damit intendierte Absenkung der Marktzutrittsbarrieren bietet sowohl Chancen für das eigene überregionale Geschäft als auch Risiken aus einem erleichterten Markteintritt von Mitbewerbern im Stadtgebiet Halle (Saale).

Für die Geschäftsbereiche Wasser/Abwasser und Entsorgung ist sowohl durch die Diskussionen auf europäischer und auf Bundesebene eine Liberalisierung dieser Märkte über kurz oder lang nicht auszuschließen. Auch hieraus lässt sich ein beachtlicher Druck auf die Ertrags- und Kostensituation ableiten. Zudem könnten die Preisbeobachtungen seitens der Kartellbehörden kurzfristigen Handlungsdruck erzeugen.

Die Zulässigkeit von öffentlichen Zuschüssen und von Inhouse-Geschäften sowie bestehende beihilferechtliche Regelungen implizieren ebenso wie die europäische Marktöffnung im ÖPNV-Bereich Wettbewerbsrisiken, die eine frühzeitige Anpassung der Kostenstrukturen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau weiterhin erforderlich machen.

Die Hafen Halle GmbH und ihre Gesellschafterin SWH prüfen derzeit die gemeinschaftsrechtliche Relevanz der an den Hafen geleisteten Finanzströme.

Die das Marktumfeld der SWH prägenden volatilen Märkte können zu ungeplanten Abweichungen der Erträge der SWH führen und somit die auf Planwerten beruhenden Finanzzusagen der SWH gefährden.

Die Stadtwerke beabsichtigen deshalb auch zukünftig Maßnahmen zu ergreifen, die zur Steigerung der Effizienz mit dem Ziel des weiteren Ausbaus der Wettbewerbsfähigkeit des Beteiligungsportfolios beitragen. Hierzu zählen sowohl konzerninterne Projekte und Maßnahmen als auch externe Kooperationen und Anteilserwerbe.

Die Geschäftsführung geht davon aus, im Geschäftsjahr 2011 sämtliche defizitären Bereiche der Stadtwerke-Gruppe aus Eigenmitteln, d. h. ohne Verwendung städtischer Haushaltsmittel, decken zu können. In Folge dessen wird ein Jahresüberschuss von unter einer Million Euro erwartet.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	30	

Gesellschafter:		**T€**	**%**
	Stadtwerke Halle GmbH	30	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abfallbeseitigung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Arndt, Michael	(seit 01.04.2010)
	Klose, Wilfried	

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
	Böcker, Udo
	Bönisch, Bernhard
	Gärtner, Steffen
	Junghans, Torsten
	Kley, Gerry
	Kocian, Burkhard
	Koppitz, Erhard
	Krause, Johannes
	Lange, Hendrik
	Mahlert, Eckard
	Müller, Raik
	Nagel, Elisabeth
	Richter, Ulrich
	Weihrich, Dietmar

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	0	9	9

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.260	2	1.260	2	1.260	2	0	0
Umlaufvermögen	68.884	98	76.518	98	79.055	98	-7.634	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	21	0	31	0	20	0	-11	-34
Bilanzsumme	**70.165**	**100**	**77.809**	**100**	**80.336**	**100**	**-7.645**	**-10**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.123	4	8.668	11	5.352	7	-5.545	-64
Rückstellungen	65.954	94	67.754	87	71.678	89	-1.800	-3
Verbindlichkeiten	1.084	2	1.357	2	3.306	4	-273	-20
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	30	0			-26	-89
Bilanzsumme	**70.165**	**100**	**77.809**	**100**	**80.336**	**100**	**-7.645**	**-10**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	7.158	6.498	6.695
sonstige betriebliche Erträge	2.116	3.795	4.444
Materialaufwand	197	193	129
Personalaufwand	2.541	2.403	2.435
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.289	7.523	6.440
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.312	2.880	2.781
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	315	19	407
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27	21	54
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.218	3.014	4.454
außerordentliche Aufwendungen	299		
außerordentliches Ergebnis	-299		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	251	-319	553
sonstige Steuern	16	17	17
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.651	3.316	3.885
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.651	3.316	3.885

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	23,07	51,03	58,03	%
Eigenkapitalrentabilität:	112,20	61,95	264,74	%
Cash-Flow:	1.966	3.335	4.292	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	147	181	199	T€
Personalaufwandsquote:	27,40	23,35	21,86	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,80	1,62	1,57	%
Eigenkapitalquote:	4,45	11,14	6,66	%
Fremdkapitalquote:	95,55	88,86	93,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Abfallmenge	1.348.353,00	1.252.216,00	1.170.243,00	Mg
Durchschnittserlöse	2,65	2,82	3,09	EUR/Mg

e) Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2010 war das fünfte volle Geschäftsjahr in der Stilllegungsphase der Deponie Halle-Lochau, die am 1. Juni 2005 begann.

Rückwirkend zum 1. Januar 2009 erfolgte ein Gesellschafterwechsel bei der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH). Die AWH, die bis dato eine 100%-ige Tochter der Stadt Halle (Saale) war, ist damit nunmehr ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH (SWH).

Mit Gesellschafterbeschluss vom 28. Januar 2010 wurde der Gesellschaftsvertrag der AWH neu gefasst. Das Stammkapital der Gesellschaft wurde auf EUR 30.000 erhöht. Wirksam wurde diese Kapitalerhöhung mit Eintragung in das Handelsregister am 3. März 2010. Zudem wurde der Sitz der Gesellschaft mit Halle (Saale) neu bestimmt. Die neue Geschäftsanschrift lautet nun: Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Bornknechtstraße 5, 06108 Halle (Saale).

Weiterhin wurde der Gegenstand des Unternehmens weiter gefasst und enthält neben der Stilllegung und Nachsorge der Deponie nun auch die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums. Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein eigener Aufsichtsrat ist für die AWH nicht vorgesehen, die Aufgaben werden vom Aufsichtsrat der SWH wahrgenommen.

Die Deponie Halle-Lochau ist eine Deponie in der Stilllegungsphase. Rechtliche Grundlage für die Deponiestilllegung ist die am 1. August 2002 in Kraft getretene Deponieverordnung (DepV). Die DepV stellt u. a. zusammen mit der Abfallablagerungsverordnung und Teilen der Verwaltungsvorschrift „Technische Anleitung Siedlungsabfall“ die Umsetzung der europäischen Deponierichtlinie in nationales Recht dar. In dieser Verordnung wird die Errichtung von Deponien, der Betrieb von Deponien und erstmalig die Stilllegung und Nachsorge von Deponien geregelt. Danach unterteilt sich der Deponiebetrieb in die Ablagerungsphase und in die Stilllegungsphase. An die Stilllegungsphase schließt sich eine Nachsorgephase an, die vom Verordnungsgeber für 30 Jahre vorgesehen ist.

Die Stilllegungsphase der Deponie Halle-Lochau begann mit Beendigung der Ablagerungsphase am 1. Juni 2005, d. h. mit der Beendigung der Annahme und des Einbaus von Abfällen zur Beseitigung. In der Stilllegungsphase werden alle Maßnahmen durchgeführt, die zur umweltgerechten, nachhaltigen Sicherung des Standortes notwendig sind, wie z. B. Anlagenbetrieb zur Sickerwasser- und Deponiegasfassung, geotechnische Sicherung des Deponiekörpers, Rekultivierungs- und Rückbaumaßnahmen sowie Monitoring. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Deponie nach der endgültigen Stilllegung in die Nachsorgephase übergehen kann. In der Nachsorgephase, die nach jetziger Planung 2022 beginnen soll, wird durch ein umfangreiches Umweltmonitoring der Erfolg dieser Maßnahmen kontrolliert. Wird anhand der Monitoringergebnisse nachgewiesen, dass kein Risiko für die Schutzgüter mehr besteht, erfolgt durch die zuständigen Behörden auf Antrag der AWH die Entlassung aus der Nachsorge. Erst dann ist die Gesellschaft aus der umweltrechtlichen und finanziellen Verantwortung für den Standort entlassen.

Mit Stilllegungsanzeige an das Landesverwaltungsamt (LVwA) vom 1. September 2004 hat die AWH als Betreiber der Deponie Halle-Lochau gegenüber der zuständigen Genehmigungsbehörde angezeigt, dass die Deponie den Abfallablagerungsbetrieb zum 31. Mai 2005 einstellt und ab dem 1. Juni 2005 mit dem Deponiestilllegungsbetrieb beginnt.

Aufgrund von geologischen und anderen Besonderheiten der subaquatischen Deponie Halle-Lochau waren die Regelanforderungen an die Stilllegung einer Deponie gemäß deponierechtlichen Vorgaben auf die Deponie Halle-Lochau nicht übertragbar. Aus diesem Grund wurde die AWH im September 2002 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt beauftragt, im Rahmen eines Forschungsvorhabens nachhaltig wirksame, technisch machbare, genehmigungsfähige und kostenoptimierte Lösungen zur Stilllegung der Deponie Halle-Lochau sowie vergleichbarer Deponien zu erarbeiten.

Dieses BMBF-Forschungsvorhaben wurde im März 2007 beendet. Im Mai 2007 wurden die Ergebnisse durch die Umweltministerin des Landes Sachsen-Anhalt auf einer Pressekonferenz vorgestellt und als Langfassung und Kurzfassung in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

Die im Rahmen dieses Projektes erarbeiteten Ergebnisse waren Grundlage für das beim LVwA im Rahmen der Stilllegungsanzeige am 1. September 2004 eingereichte Stilllegungskonzept. Die Beantragung der Stilllegung erfolgte auf der Grundlage des § 14 Abs. 6 der Deponieverordnung (Abweichung von den Regelanforderungen).

Auf Basis des Stilllegungskonzeptes hat die AWH eine Decklungsrechnung (Kosten- und Erlöskalkulation) für den Stilllegungsbetrieb und die Nachsorgephase der Deponie vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Dezember 2051 erarbeitet. Die Kalkulation stellt die aus heutiger Sicht und heutigen Nominalwerten durch die Sanierung der Deponie entstehenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse (z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) dar und bildet damit die Grundlage für die Bewertung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Im Mai 2005 wurde erstmalig die Decklungsrechnung durch die Gesellschaft beim LVwA eingereicht.

Am 13. März 2008 wurde der AWH der dritte Entwurf der Rekultivierungsanordnung übermittelt. In einem Anhörungsverfahren am 18. März 2008 erklärten die am Verwaltungsverfahren Beteiligten ihre grundsätzliche Zustimmung zu diesem Entwurf. Mit Datum vom 5. Juli 2008 liegt nunmehr der AWH die rechtskräftige Rekultivierungsanordnung vor. Die Rekultivierungsanordnung ist unter dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen ergangen. Im August 2008 erfolgte durch die AWH die Anpassung der Decklungsrechnung an die Rekultivierungsanordnung. Diese angepasste Decklungsrechnung wurde einer erneuten Plausibilitätsprüfung bezüglich der Kosten- und Erlöskalkulation durch einen externen Gutachter unterzogen.

Das LVwA vertrat die Auffassung, dass auch ohne vorliegenden bestandskräftigen Rekultivierungsbescheid auf Basis des Stilllegungskonzeptes der Gesellschaft und der eingereichten Kosten- und Erlöskalkulation der Betrag einer Sicherheitsleistung für die Rekultivierung und Nachsorge, im Sinne einer oberen Begrenzung der geforderten Sicherheitssumme festzulegen ist. Am 18. Dezember 2006 erging entsprechend der „Bescheid zur oberen Begrenzung der geforderten Sicherheitssumme“. In dem Bescheid wird die erforderliche Sicherheitsleistung für die Kosten der Stilllegung auf Mio. EUR 129 festgesetzt sowie eine Sicherheitsleistung für die Nachsorge unter dem Vorbehalt der späteren Neufestsetzung auf vorläufig Mio. EUR 12,3 eingefordert. Dabei wurde seitens der Behörde festgestellt, dass die AWH zum 31. Dezember 2005 bereits einen Betrag in Höhe von Mio. EUR 77,9 nachgewiesen hat. Der Restbetrag war vorbehaltlich einer anderweitigen Festsetzung des objektiven Sicherungsbedarfes regelmäßig aufzustocken. In der Bescheidbegründung wird diesbezüglich ausgeführt, dass die gemäß Kosten- und Erlöskalkulation (Decklungsrechnung) im Rahmen der Stilllegung zu erwirtschaftenden Mittel unmittelbar für die Rekultivierung eingesetzt werden sollen und so den objektiven Sicherungsbedarf verringern. Gemäß Bescheid kann die Sicherheit wie bisher durch „erstklassige Bürgschaften“ erbracht werden; es können aber auch andere zugelassene Sicherungsmittel, z. B. die insolvenzfeste Verpfändung von Wertpapieren, zugelassen werden. Diese Möglichkeit machte die Konkretisierung des Bescheides vom 18. Dezember 2006 erforderlich. Der Bescheid selbst sah zu diesem Zweck den Abschluss einer Verpfändungsvereinbarung zwischen der AWH und dem Land Sachsen-Anhalt vor.

Im August 2007 wurde zwischen der AWH und dem Land Sachsen-Anhalt eine Verpfändungsvereinbarung abgeschlossen, mit der die AWH ihre für die Stilllegung und Nachsorge gehaltenen Wertpapiere zugunsten des Landes verpfändet und zwar in der Weise, dass die Ansprüche auf Auszahlung, die sich bei einer Verwertung der Wertpapiere im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge ergeben, dem Land Sachsen-Anhalt zustehen. Von dieser Vereinbarung nicht berührt sind die Zinserträge, die mit den Wertpapieren verbunden sind; diese verbleiben, nach Maßgabe des genannten Bescheides vom 18. Dezember 2006, bei der AWH. Ausgenommen hiervon ist gemäß dem oben genannten Bescheid der Eintritt des Sicherungsfalles. Eventuelle Kursgewinne der Wertpapiere sind zweckgebunden für die Stilllegung und Nachsorge der Deponie einzusetzen.

Die Übergabe der Wertpapiere wurde 2008 durch eine gemeinschaftliche Erklärung der AWH und des Landes Sachsen-Anhalt an die wertpapierverwahrenden Banken ersetzt, in dem die Banken verpflichtet werden, die Verwahrung nunmehr für das Land Sachsen-Anhalt vorzunehmen.

Mit Datum vom 16. November 2010 liegt nunmehr der sechste Änderungsbescheid zum oben genannten Bescheid vom 18. Dezember 2006 und zur Verpfändungsvereinbarung vom 28. August 2007 vor. Hierin wird insbesondere die geforderte Sicherheit in Höhe von EUR 65.260.554 neu festgelegt.

Das Geschäftsjahr 2010 war bezüglich der Annahme von Abfällen für den Einsatz als Deponiebaustoff sehr erfolgreich. Der AWH gelang es, durch sehr flexibles Reagieren auf Marktbedingungen und offensives Herangehen an potentielle Kunden sich im Wettbewerb weiter zu qualifizieren und insbesondere das große Mengendefizit hervorragend auszugleichen. Gleichzeitig musste den strikten Auflagen der Genehmigungsbehörde bezüglich Qualitätssicherung und Nachweis der Qualitätssicherung des eingebauten Abfalls in den unterschiedlichen Deponiebereichen, der hohen Eigenkontrollverantwortlichkeit der AWH bezüglich der Annahme von Abfällen, ihrer chemischen und bodenmechanischen Eignung sowie der notwendigen Transparenz des abfallrechtlichen Nachweisverfahrens und der Rechtssicherheit der AWH bei der Umsetzung mittelbar geltender Verordnungen Rechnung getragen werden.

Seit 1. Februar 2007 ist die Verordnung zur Umsetzung der EU-Ratsentscheidung vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren für die Annahme von Abfällen auf Abfalldeponien vom 13. Dezember 2006 in Kraft getreten. Diese Verordnung enthält neue Regelungen u. a. bezüglich der „grundlegenden Charakterisierung“ des Abfalls, der Festlegung von Schlüsselparametern für Kontrolluntersuchungen, deren Häufigkeit und Änderung bezüglich chemischer Parameter. Mit dieser Verordnung ist wiederum eine Zunahme des Kontrollaufwandes und des chemischen Analyseumfangs verbunden. Die AWH hat sich langfristig auf die Änderungen im Ergebnis dieser Verordnung vorbereitet, sodass eine zeitnahe betriebliche Umsetzung erfolgen konnte. Gleichzeitig trat am 1. Februar 2007 die neue „Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen“ vom 20. Oktober 2006 in Kraft sowie die Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Am 16. Juli 2009 trat die Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts in Kraft. Sie schreibt u.a. in § 26 den Bestandsschutz für diejenigen Altdeponien, die sich bereits in der Stilllegung befinden und für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung eine rechtsgültige Rekultivierungsanordnung vorlag, fest. Mit der vorliegenden Verordnung einher gingen eine weitere Verschärfung der Eigenkontrollverantwortung der Deponiebetreiber sowie der Ausbau der Verantwortung und Kontrollpflicht der Deponiebetreiber gegenüber den Abfallerzeugern. Mit dieser Verordnung sollte das historisch zersplitterte Deponierecht zu einer übersichtlichen Regelung zusammengefasst und gleichzeitig an den Stand der Technik angepasst werden.

Um weiterhin Rechtssicherheit in Bezug auf Abfallannahme und Abfallverwertung im Unternehmen zu gewährleisten und die innerbetrieblichen Abläufe mit der notwendigen Transparenz für die Kontrollbehörde deutlich zu machen, erfolgte eine Anpassung der diesbezüglichen Ablauforganisation in dem dafür zuständigen Hauptbereich USICO.

Zurzeit befindet sich ein neuer Entwurf zur Novellierung der Deponieverordnung im Notifizierungsverfahren der Europäischen Union.

Dieser Entwurf sieht eine weitere Verschärfung der Kontrollpflicht der Deponiebetreiber vor. Parallel dazu wird ebenfalls in Umsetzung europäischen Rechts an einer Strafrechtsverschärfung gearbeitet, die momentan als Referentenentwurf vorliegt.

Weiterhin liegt als Arbeitsentwurf eine Mantelverordnung vor, die den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe außerhalb des Deponierechts regeln soll (Ersatzbaustoffverordnung) sowie Regelungen zum Grundwasserschutz (Grundwasserverordnung) und Bodenschutz (Bundesbodenschutzverordnung) beinhaltet.

In den Erarbeitungsprozess dieser Verordnungen brachte und bringt sich die AWH durch ihre Mitarbeit in den einschlägigen Fachverbänden ein.

Grundlage für die 2010 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen ist der im Juni 2008 durch das LVwA erlassene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF - Forschungsvorhabens der AWH basiert.

Im Rahmen der Stilllegungsmaßnahme der geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers werden geeignete Abfälle zur Verwertung in den unterschiedlichen Bereichen des Deponiekörpers eingebaut mit dem Ziel, das Durchströmungsverhalten im Deponiekörper hydraulisch zu optimieren und somit eine langzeitlich wirksame und nachhaltige Reduzierung des Stoffaustrages aus dem Deponiekörper zu gewährleisten. Im Geschäftsjahr 2010 wurden im Rahmen dieser Maßnahmen 1.348.353 Mg Abfall als Deponiebaustoff eingebaut und daraus Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 3.567 erzielt.

Zur Reduzierung der Menge des in den Deponiekörper eindringenden Niederschlagswassers und somit zur Reduzierung des Stoffaustrages aus dem Deponiekörper wird eine 1,5 m mächtige Wasserhaushaltsschicht aufgebaut und anschließend auf einer Fläche von ca. 100 ha aufgeforstet. Die Art und Beschaffenheit der Wasserhaushaltsschicht sowie die geeignete Vegetation zur Reduzierung der Niederschlagsinfiltration ist durch Modellprognoserechnungen belegt und muss regelmäßig nachgewiesen werden. Die Verringerung des Niederschlagseintrages in den Deponiekörper erfolgt im Wesentlichen durch die hydraulische Entlastung über eine Drainageschicht in einem dann angestauten Wasserkörper durch die Wasserspeicherung in der Wasserhaushaltsschicht und Evapotranspiration durch den dafür vorgesehenen Wald. Die genehmigungsrechtliche Antragstellung dieser Maßnahme durch die AWH erfolgte schrittweise seit 2005. In den Jahren 2008 bis 2010 erfolgte zunächst ein Probebetrieb auf 5 ha Deponiefläche, mit dem der Nachweis erbracht werden konnte, dass die anspruchsvollen chemischen und bauphysikalischen Zuordnungspunkte eingehalten werden können. Für drei Hektar dieser Probefläche erfolgte 2010 die behördliche Endabnahme. Seit Oktober 2010 erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Forst des Landesverwaltungsamtes die Aufforstung von der zunächst 3 ha fertig gestellten Wasserhaushaltsschicht. Im März 2010 erfolgte die Antragstellung für weitere 16 ha bei der Genehmigungsbehörde, eine Bescheidung steht noch aus, gleichwohl wurde der AWH dass Aufbringen der Drainageschicht in diesem Bereich von der Genehmigungsbehörde vorab gestattet.

Die Annahme von Abfällen zum Einsatz für die geotechnische Sicherung als auch für den Aufbau der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht unterliegen einer komplexen Kontrolle der chemischen Zusammensetzung und der bodenphysikalischen Eigenschaften sowie einer engmaschigen Überwachung im eingebauten Zustand.

Durch kontinuierliche Kontrollmessungen im Deponiebereich Süd wurde 2007 ein Methangehalt größer 50 % im Deponiegas festgestellt. Deponiegas mit einem Methangehalt dieser Größenordnung ist ordnungsgemäß zu fassen und schadlos zu beseitigen. Im August 2008 wurden durch die AWH die Genehmigungsunterlagen für den Bau einer Gasfassungs- und Gasverwertungsanlage für den Deponiebereich Süd bei der zuständigen Behörde eingereicht.

Im April 2009 lag der AWH die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vor, im Juni 2009 die abfallrechtliche Genehmigung. Nach Durchführung einer beschränkten Ausschreibung mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb erfolgte im August 2009 der Baubeginn, im Dezember 2009 die Inbetriebnahme und im Frühjahr 2010 die VOB-Abnahme nach erfolgreich abgeschlossenem Probebetrieb. Durch diese Anlage wurde 2010 ein zusätzlicher Gaserlös von ca. TEUR 675 erzielt. Des Weiteren wurde 2010 die Maßnahme zur Ertüchtigung des Deponiegasfassungssystems im Mittelstraßenbereich weitergeführt. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme resultiert aus Abrissen der Gasleitungen durch Setzungen und Sackungen im Deponiekörper, die eine Verminderung der Gasfassung und somit der Gasverwertung zur Folge haben und u. a. zu wesentlichen Erlösschmälerungen führen. Die Kosten dieser Ertüchtigungsmaßnahme beliefen sich 2010 auf ca. TEUR 124. Insgesamt konnten jedoch die für 2010 geplanten Deponiegaserlöse von TEUR 2.189 mit TEUR 1.961 nicht vollständig realisiert werden, da insbesondere die Leistungsfähigkeit der Gasbrunnen im nördlichen Deponiebereich infolge von Wasseransammlungen kontinuierlich abnimmt. Momentan ist die AWH zusammen mit den Planern dabei durch die Ausarbeitung technischer Lösungen diesem Trend entgegenzuwirken.

Eine andere im Geschäftsjahr 2008 begonnene Maßnahme, die Errichtung des ersten Baufeldes der Sickerwasserinfiltration im Rahmen der biochemischen Inertisierung, konnte im Berichtsjahr mit dem geplanten zweiten Baufeld nicht weitergeführt werden, weil eine beabsichtigte Fördermittelbeantragung nicht erfolgen konnte. Entgegen der ursprünglichen Zusage der Investitionsbank wurde der Erlass der Durchführungsbestimmungen zur Antragstellung immer wieder zeitlich verschoben, liegt aber nunmehr seit dem 1. März 2010 vor. Die AWH reichte im Juni 2010 den Fördermittelantrag bei der Investitionsbank ein, der bis jetzt nicht beschieden ist. Gleichwohl wurde für diese Maßnahme im August 2010 der Genehmigungsantrag bei der Behörde eingereicht, auch hier steht eine Bescheidung noch aus.

Mit der Maßnahme der Sickerwasserinfiltration ist beabsichtigt, durch die Einstellung eines optimalen Wassergehaltes im Deponiekörper die Mineralisierung in der Deponie zu beschleunigen und in einem übersehbaren Zeitraum die Emission zu minimieren. Die bereits bestehende Anlage ist kombiniert mit kiesgefüllten Infiltrationssäulen und Infiltrationsrigolen und versickert zurzeit ca. 3.600 m^3 Sickerwasser im Monat. Die umfangreiche Datenerfassung und wissenschaftliche Auswertung erfolgt durch die AWH. Die bisherigen Ergebnisse entsprechen den Erwartungen und Prognosen des Forschungsvorhabens und sind Grundlage für die Vorgaben für den Regelbetrieb und die Planung des darauf folgenden Bauabschnittes.

In Vorbereitung für die zum Ende der Stilllegung geplante Flutung des sogenannten Drehpunktbereiches des Tagebaurestloches ist es notwendig, die Böschungen in diesem Bereich standsicher zu gestalten sowie Schnittstellen zum Deponiekörper und zum Westschlauch geotechnisch und hydrogeologisch zu sichern.

Im Vorfeld hierfür sind umfangreiche Arbeiten notwendig (Standsicherheitsnachweise, hydraulische und limnologische Gutachten, hydrogeologische Gutachten u. a.), die in einem mit den zuständigen Behörden abgestimmten Planungskonzept zusammengefasst sind. Im Jahr 2010 wurden mehrere Varianten der Böschungsgeometrie erarbeitet, die sich noch im Stadium der geotechnischen und abfallrechtlichen Prüfung bzw. wirtschaftlichen Bewertung befinden.

Eine weitere Maßnahme 2010 war die Einführung einer neuen Waagedatensoftware, deren Notwendigkeit sich aus der Anpassung an die in den letzten 10 Jahren erfolgten Änderungen im Deponierecht ergab, aber auch aus der Notwendigkeit, das veraltete DOS-Betriebssystem, das nicht mehr kompatibel, mit Hardware der neuen Generation war, durch ein Windows-Betriebssystem zu ersetzen. Parallel wurde eine Oracle-Datenbank installiert, die die Anwendungsmöglichkeiten erweitert und eine hohe Sicherheit bietet.

Weitere Maßnahmen im Jahr 2010 betrafen die Bereiche Erkundung, Umweltcontrolling und Monitoring. So wurde in Vorbereitung auf die spätere Seenflutung ein System einer flächenhaften Setzungsmessung mittels Laserscanning installiert. Die Ergebnisse dieser Messungen gestatten konkretere Aussagen bezüglich erforderlicher Maßnahmen zur Gestaltung der Deponiewestböschung in Bezug auf die Standsicherheit.

Im Jahr 2010 erhöhten sich die Kosten der Deponiesickerwasserentsorgung gegenüber dem Wirtschaftsplan 2010 um TEUR 820. Hiervon entfallen TEUR 137 auf eine seit Oktober 2010 wirksame Preiserhöhung und TEUR 683 resultieren aus einem Mehranfall von Deponiesickerwasser.

Diese Sickerwassermengen resultieren u. a. aus den Starkniederschlagsereignissen 2010, regional zu verzeichnendem Grundwasseranstieg sowie Havarien im Bereich der Vorfeldentwässerung.

Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2010 eine Gesamtleistung von Mio. EUR 9,3 erzielt werden (Vj.: Mio. EUR 10,3).

Der gesamte betriebliche Aufwand unter Einbeziehung des außerordentlichen Aufwandes des Geschäftsjahres 2010 belief sich auf Mio. EUR 9,3 (Vj.: Mio. EUR 10,1). Davon entfallen Mio. EUR 7,5 auf die Kosten des Stilllegungsbetriebes. Die im Rahmen des Stilllegungsbetriebes erzielten Umsatzerlöse und sonstigen Erträge betragen für 2010 Mio. EUR 5,7.

Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d. h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos von Mio. EUR 1,8 entsprechende Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge verbucht.

Es ist vorgesehen, aus dem sich nach Steuern ergebenden Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 (TEUR 1.651), der letztlich u. a. aus den Wertpapiererträgen resultiert, TEUR 1.000 in das neue Geschäftsjahr vorzutragen und TEUR 651 an den Gesellschafter SWH auszuschütten. Die Geschäftsführung wird sicherstellen, dass die Ausschüttung in Einklang mit dem vom LVwA beschiedenen Sicherungsbetrag (geforderte Sicherheit für die Rekultivierung der Deponie) steht.

Im Geschäftsjahr 2010 bestanden grundsätzlich durch den vom LVwA genehmigten Verkauf von Wertpapieren keine Liquiditätsprobleme.

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2010 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit für die Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb vom EdDE bestätigt. Im September 2010 wurde durch ZER-QMS das jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung.

Weiterhin fand im September und Dezember 2009 die Überwachungsbegutachtung zur Laborakkreditierung statt, in dessen Ergebnis das Labor der AWH wiederum den Nachweis als Prüflabor erbrachte.

Ausblick

Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen weiter einzugrenzen und eine Umsetzung unter genau definierten Rahmenbedingungen zu erreichen, sind weiterhin konkretisierende, wissenschaftlich fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. durch Systemmonitoring ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu verifizieren und darauf aufbauend die bisher aufgestellten Prognosen im Sinne der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit fortzuentwickeln und weitergehend untersetzen zu können.

Diese Untersuchungen dienen im Wesentlichen der Bemessung und Optimierung von Maßnahmen, sodass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können.

Die Kosten- und Erlöskalkulation (Decklungsrechnung) für den Zeitraum vom 1. Juni 2005 bis 31. Dezember 2051 wird von der AWH ständig fortgeschrieben. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den nach der geplanten Ausschüttung an den Gesellschafter verfügbaren Mitteln eine Rekultivierung der Deponie wie geplant möglich ist. Zum 31. Dezember 2010 sind hierfür Rückstellungen in Höhe von Mio. EUR 65,0 gebildet. Wertpapiere sind mit einem Buchwert zum 31. Dezember 2010 in Höhe von Mio. EUR 64,9 ausgewiesen.

Die Geschäftsführung der AWH geht jedoch nach wie vor davon aus, dass aufgrund der langfristigen Sanierungszeiträume auch unter Einbeziehung der Wertpapiererträge und eventueller Kursgewinne kurzfristig oder anhaltend Fehlbeträge bei der Decklungsrechnung eintreten können (Differenz zwischen den tatsächlich anfallenden Stilllegungs- und Nachsorgekosten, abzüglich zu erzielender Erlöse, und den durch die AWH zu finanzierenden Mittel). Es ist dann notwendig, in der Decklungsrechnung enthaltene Aufwendungen weiter zu minimieren oder die Einnahmesituation zu verbessern. Grundsätzlich hat die Geschäftsführung gegenwärtig keine Anhaltspunkte für wesentliche Über- und Unterschreitungen der in der Decklungsrechnung ausgewiesenen Positionen. Insofern kann nach den Festlegungen des LVwA zur Sicherstellung der Finanzmittel für Sanierungsleistungen verfahren werden. In der Decklungsrechnung wurden bisher nicht berücksichtigt mögliche finanzielle Potentiale aus der Beantragung von Förder- und Zuschussmitteln aus verschiedenen landes- bzw. europaweiten Fördermittelpositionen. Dies würde eine Deckung von eventuellen Mehrkosten ermöglichen, gleichermaßen wie eine kritische Minimierung der bisher geplanten Aufwendungen insbesondere in den Jahren zwischen 2016 und 2021.

Die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der durchzuführenden Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen und ihrer Finanzierung sind sorgfältig eingeschätzt, aber durch die Langfristigkeit und verbleibenden Innovationsrisiken nicht vollständig kalkulierbar. Der Fortbestand der AWH ist bedroht, wenn die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge durchzuführenden Maßnahmen und ihrer Finanzierung nicht eintreten. Dies kann u. a. durch Mehrkosten, die eventuell im Rahmen von Genehmigungsanordnungen für die einzelnen Maßnahmen entstehen könnten, eine sich ändernde Rechtslage (insbesondere in Bezug auf EU-Vorgaben), Kosten- und Preissteigerungen, höher als geplante Steuer(nach)zahlungen und geringere als geplante Erlöse verursacht sein. Des Weiteren ist zu beachten, dass Teile des vom LVwA vorgegebenen Stilllegungskonzeptes auf modelltheoretischen Ansätzen basieren, deren Bestätigung in der Praxis noch nicht gesichert ist und bei denen die Auswirkungen auf den tatsächlichen Sanierungsprozess noch nicht eingeschätzt werden können. Dies könnte die Fortsetzung des Sanierungsprozesses beeinflussen und Auswirkungen auf die Gesamtsanierungsaufwendungen nach sich ziehen.

Hinsichtlich möglicher Risiken aus künftigen finanzamtlichen Außenprüfungen ist zu beachten, dass die bisherigen Betriebsprüfungen die Decklungsrechnung (Kosten- und Erlöskalkulation), die als Basis zur Berechnung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge dient, noch keiner abschließenden Prüfung unterzogen haben. Der Kosten- und Erlösplan ist Basis für die Bildung und Bewertung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die von der AWH gehaltenen Wertpapiere neben Chancen einer überdurchschnittlichen Performance auch Kurs- Teilungs- (Tranchen-) und Wertschwankungsrisiken unterliegen, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Finanzkrise. Die zusätzlich zum Verkauf der Wertpapiere zu erzielenden (und sich im Zeitablauf mit Fortschreiten der Sanierungsarbeiten und damit Abbau des Wertpapierbestands verringernden) Wertpapiererträge (nach Steuern) die nicht Bestandteil der Decklungsrechnung sind, dienen vorrangig dazu, mögliche Kosten- und Preissteigerungen der Sanierung zu kompensieren. Sie stehen insoweit für Ausschüttungen nicht zur Verfügung.

Die Geschäftsführung hat die Manager der Wertpapierfonds angewiesen, bei den Wertpapieranlagen dafür Sorge zu tragen, dass im Jahre 2013 die Entscheidung getroffen werden kann, teilweise oder vollständig auf die Wertpapierfonds zu verzichten und die dann verfügbaren Cash-Mittel zur Sanierung nur als (Termin-)Geldanlage einzusetzen. Die abschließende Entscheidung ist unter Berücksichtigung der Performance der Wertpapieranlagen in den Jahren 2011 bis 2013 zu treffen.

Im Jahr 2011 ist unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingungen (u. a. steigendes Druckpotenzial der Grundwasserleiter) die Prognose des künftig zu erwartenden Sickerwasseranfalls und der hydraulischen Flurstände im Deponiekörper zu aktualisieren und Maßnahmen zu ergreifen, um eventuell drohenden Kostensteigerungen der Deponiesickerwasserentsorgung entgegenzuwirken. Um einen Entsorgungsnotstand entgegenzuwirken, für den Fall, dass das Klärwerk Nord aus kapazitiven oder genehmigungsrechtlichen Gründen nicht mehr die volle Menge des Deponiesickerwassers aufnehmen kann, werden im Jahr 2011 die genehmigungsrechtlichen und vertraglichen Voraussetzungen geschaffen, um zwei weitere Ausgänge für das Deponiesickerwasser zu schaffen.

Unabhängig davon ist nach Vorliegen der genehmigungsrechtlichen Voraussetzung 2011 der 2. Bauabschnitt der Sickerwasserinfiltration vorgesehen.

Des Weiteren werden zusammen mit Planern der AWH mögliche technische Maßnahmen zur Stabilisierung der Deponiegasfassung im nördlichen Deponiebereich entwickelt und realisiert, um die geplanten Erlöse der Deponiegasverstromung im Jahr 2011 zu erreichen.

Parallel zur weiteren geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers erfolgt nach vorliegender behördlicher Anordnung der Aufbau des 2. Bauabschnittes der Wasserhaushaltsschicht.

Ein weiterer Schwerpunkt ist ein mit der Behörde abzustimmendes Konzept der Böschungsgestaltung im Drehpunktbereich. Nach Vorliegen dieses Konzeptes müssen zeitnah die weiteren gutachterlichen Maßnahmen laut Planungskonzept erfolgen um den bereits entstandenen Zeitverzug für diese Maßnahmen wieder einzuholen.

Die Unternehmenskonzeption der AWH sieht neben der Durchführung des Stilllegungs- und Nachsorgebetriebes den Ausbau des Standortes Halle-Lochau zu einem Abfallwirtschaftszentrum vor, das auch weitere (nicht nur durch die AWH betriebene) Anlagen zur Stoffkonditionierung für den Stilllegungsbetrieb vorsieht bzw. Flächen für andere Ansiedlungen anbietet. Dazu wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Gesellschafter Stadt Halle (Saale) und dem Landkreis Saalekreis zur Entwicklung eines Kreislaufwirtschafts-Parks geschlossen. Ein dazu erforderlicher Bebauungsplan ist von der AWH vorbereitet und befindet sich in der Endphase der Bestätigung durch die Gemeinde Schkopau.

Bestandteil der vorgesehenen innovativen Maßnahmen ist u. a. auch die Entwicklung des Geschäftsfeldes „Bodenbörse“, welche am Standort Halle-Lochau vorgesehen ist und sowohl zur Gewinnung von Deponiebaustoffen für die Drainageschicht dient, als auch eine neue wettbewerbsbezogene Marktposition mit zusätzlichen Ergebnismöglichkeiten erschließt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wird sich dazu am 24. März 2011 abschließend positionieren.

Im Jahre 2010 sind außerplanmäßige Aufwendungen entstanden für die Reinigung des anfallenden Sickerwassers in der Deponie. Die Geschäftsführung der AWH GmbH geht davon aus, dass die an die LMBV gestellten Schadenersatzforderungen in Höhe von über TEUR 300 geleistet werden. Nach Auffassung der AWH ist ein Teil des erhöhten Sickerwasseranfalls in der Deponie durch eine ungenügende Funktion der Oberflächenwasserhaltung, die sich noch im Besitz der LMBV befindet, begründet.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hatte im Jahre 2009 beschlossen, einen revolvierenden Fonds zu bilden mit der Bezeichnung „Zukunftsfonds Entsorgungswirtschaft“. Inhalt dieser Entscheidung war die vollständige Einbindung aller im Land Sachsen-Anhalt bis 2013 aus EU-Mitteln verfügbaren Fördermittel für Abfall in diesen Fonds. Die Eigenkapitalbereitstellung dazu war (mit Beschluss des Aufsichtsrates) über eine zeitweilige Bereitstellung von Rückstellungsmitteln der AWH GmbH vorgesehen. Durch diese Lösung wäre eine über das Jahr 2013 hinaus gehende Mitfinanzierung von Entsorgungsmaßnahmen durch das Land Sachsen-Anhalt auch zugunsten der AWH möglich gewesen.

Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die zeitweilige Anleihe von 6,7 Mio. Euro voraussichtlich nicht erforderlich wird, weil das Eigenkapital anstelle der AWH durch das Land Sachsen-Anhalt bereitgestellt werden soll. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass damit die beschlossenen Maßnahmen zur Finanzbereitstellung durch die AWH entfallen können.

Der Aufsichtsrat der AWH GmbH hatte im Jahre 2009 die Geschäftsführung beauftragt, unverzüglich Verhandlungen mit der LMBV darüber aufzunehmen, unter welchen Bedingungen eine Übertragung des bisherigen Grundstückseigentums an der Deponie von der LMBV an die AWH möglich ist. Da entsprechend dem Gutachten eine kostenlose Eigentumsrückübertragung des jetzigen Deponiegeländes an die AWH/Stadt Halle (Saale) nicht möglich ist, andererseits aber das Interesse des Gesellschafters besteht, das ca. 350 ha große, später sanierte Gelände in das Eigentum der AWH/Stadt Halle (Saale) zu überführen, wurden entsprechende Verhandlungen, unter Mitwirkung der Aufsichtsratsvorsitzenden der SWH eingeleitet.

Ein zwischenzeitlich erarbeitetes Wertgutachten zum Grundstück wurde von beiden Partnern grundsätzlich anerkannt und bildet die Basis für die weiteren Verhandlungen. Die LMBV geht davon aus, dass eine Eigentumsrückübertragung ohne jahrelange Rechtsstreitigkeiten nur möglich ist, wenn sich beide Partner im Sinne eines Vergleichs einigen. Die Geschäftsführung der AWH hat einen Forderungskatalog aufgestellt, der im März 2011 der LMBV übergeben wird, in dem alle finanziellen und materiellen Voraussetzungen beinhaltet sind, die vor einem Eigentumserwerb durch die AWH von der LMBV zu erfüllen sind.

Die AWH wird die Entwicklung auf den Finanz- und Wirtschaftsmärkten verfolgen müssen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass grundsätzlich die im Wirtschaftsplan 2011 festgeschriebenen Mengen und Erlöse aus der Annahme von Abfällen zur Verwertung eingehalten werden können.

Nach Einbindung der AWH in den Verbund der Stadtwerke Halle GmbH wird 2011 weiter untersucht, wie Effizienzsteigerungen aus Synergieeffekten erschlossen werden können, um die zukünftigen Entwicklungserfordernisse zu unterstützen.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:

	T€	%
enviaM Beteiligungsmanagement GmbH	281	51,00
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.

(2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

(3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 116 GO-LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arnold, Andrea

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.193	22	1.428	27	1.577	24	-234	-16
Umlaufvermögen	4.229	78	3.860	73	4.882	76	369	10
Bilanzsumme	**5.422**	**100**	**5.288**	**100**	**6.459**	**100**	**135**	**3**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.163	40	2.199	42	2.511	39	-36	-2
Rückstellungen	2.063	38	1.645	31	2.399	37	418	25
Verbindlichkeiten	1.196	22	1.444	27	1.549	24	-248	-17
Bilanzsumme	**5.422**	**100**	**5.288**	**100**	**6.459**	**100**	**135**	**3**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	19.900	18.671	18.067
sonstige betriebliche Erträge	468	535	367
Materialaufwand	4.890	4.615	4.523
Personalaufwand	11.502	11.064	10.498
Abschreibungen	578	500	303
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.992	2.027	2.204
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	17	128
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61	5	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.360	1.011	1.031
außerordentliche Erträge	36		
außerordentliches Ergebnis	36		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	780	359	67
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	616	652	963
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	616	652	963

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,09	3,49	5,33	%
Eigenkapitalrentabilität:	39,80	42,14	62,26	%
Cash-Flow:	1.194	1.152	1.267	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	82	80	76	T€
Personalaufwandsquote:	56,47	57,61	56,95	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	9,15	11,19	4,64	%
Eigenkapitalquote:	39,89	41,59	38,87	%
Fremdkapitalquote:	60,11	58,41	61,13	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsentwicklung

A/V/E - Abschluss, Vertrauen, Erfolg. Auch dafür können die drei Buchstaben unseres Unternehmens stehen, wenn wir das Jahr 2010 Revue passieren lassen.

2009 war das Jahr, in dem zahlreiche neue Wettbewerber auf den Markt drängten. 2010 dagegen war von einer diesbezüglichen Stagnation gekennzeichnet. Neue Wettbewerber wurden nicht wahrgenommen. A/V/E konnte 2010 ihre Marktposition halten und scheinbar sogar leicht ausbauen. Genaue Marktdaten liegen allerdings nicht vor.

Die Wirtschaftskrise ging, bis auf einen spürbaren Rückgang der Guthabenverzinsung, an A/V/E weitestgehend spurlos vorbei. Das Umsatzwachstum in 2010 resultiert vor allem aus dem stärkeren Wettbewerb unserer Auftraggeber um Kunden (einhergehend mit Produkteinführungen, ausführlicheren Beratungen und Mailingaktionen), aus der Umsetzung gesetzlich vorgeschriebener Anforderungen und der immer weiter steigenden Sensibilität der Endkunden. Die Qualität des direkten Kundenservices und die damit verbundene Erreichbarkeit und Reaktionsgeschwindigkeit ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Energieversorger. So mussten mehr Kundennachfragen bearbeitet und mehr Beratungsleistungen erbracht werden.

Genau diese Entwicklung, verbunden mit einer sehr hohen Qualität der Dienstleistung, war eine echte Chance für die A/V/E. Die Gesellschaft stellte sich dieser Herausforderung und entwickelte neue, dem Markt angepasste, Produkte. Es wurde ein neuer Dienstleistungskatalog entsprechend der vier Marktrollen: Netzbetreiber, Messstellenbetreiber, Messdienstleister und Lieferant erstellt und auf der E-World mit dem Leitmotiv des „Marktrollenkompass“ dem Publikum transparent vorgestellt.

An der grundsätzlichen Einstellung vieler Einkäufer, dass Qualität eine Selbstverständlichkeit und der Preis einer Dienstleistung grundsätzlich zu hoch sind, hat sich nichts geändert. Gleichwohl kann für 2010 rückblickend nicht von einer weiteren Verschärfung des Preisdrucks gesprochen werden. Preisverhandlungen werden aber immer detaillierter und anspruchsvoller. Kalkulationen werden hinterfragt und immer mehr Sicherheiten werden verlangt.

Für A/V/E steht die Qualität an erster Stelle, um Auftraggeber und Endkunden zufrieden zu stellen. Immer öfter erwarten die Auftraggeber die Leistungserbringung quasi auf Zuruf und ohne Vorlaufzeit. Die Anforderungen an das Qualitäts- und Programmmanagement der A/V/E steigen stetig. Damit verbundene Beratungsleistungen nahmen deutlich zu und führten auch schon zu Ablehnungen von Aufträgen, wenn sich die Anforderungen eines potenziellen Auftraggebers und die Qualitätsansprüche der A/V/E nicht vereinen ließen.

Die strategische Ausrichtung der A/V/E, neben dem Full-Service ihren Auftraggebern auch die Möglichkeit der Beauftragung kundenindividueller Einzelleistungen anzubieten, hat sich auch in diesem Jahr als die richtige Entscheidung erwiesen. Das so genannte Cafeteria-Prinzip hat sich bewährt. Kunden überzeugten sich von der Qualität der A/V/E-Leistungen in kleineren Projekten und beauftragten dann größere Nachfolgeprojekte.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Auch in diesem Jahr sieht die Gesellschaft die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stabil und positiv.

Das Investitionsvolumen fiel im Geschäftsjahr 2010 geringer aus als im Vorjahr. Das Anlagevermögen verminderte sich um 235 T€ bzw. 16,4%. Gleichzeitig führten die in den vergangenen Geschäftsjahren vorgenommenen Investitionen im Informations- und Telekommunikationsbereich sowie die Anschaffung neuer Büromöbel zu einem Anstieg der Abschreibungen um 78 T€.
Das Umlaufvermögen stieg stichtagsbedingt um 367 T€. Der Zuwachs entfiel insbesondere auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Das Eigenkapital sank durch den geringeren Jahresüberschuss 2010 sowie der Berücksichtigung der Gewinnausschüttung für das vorangegangene Geschäftsjahr um 36 T€ auf 2.163 T€. Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 39,9% (Vorjahr 41,6%).

Die Entwicklung der Passiva ist vor allem durch den Zuwachs bei Rückstellungen um 418 T€ geprägt. Ursache dafür ist der Anstieg von 394 T€ der Steuerrückstellungen (im Wesentlichen für das Berichtsjahr und zu erwartende Steuernachzahlungen aus der noch nicht abgeschlossenen Betriebsprüfung des Finanzamtes für 2004 bis 2008) sowie die Erhöhung von Rückstellungen für Altersvorsorgepläne von 148 T€. Mindernd wirkte sich erneut die Herabsetzung der Rückstellung für Altersteilzeit aus (117 T€).
Die Verbindlichkeiten nahmen gegenüber den Vorjahr um 140 T€ ab.

Der Umsatz konnte gegenüber 2009 um 6,6% auf 19.900 T€ gesteigert werden, jedoch sank die Umsatzrendite auf 3,1% (Vorjahr 3,5%).

Die betrieblichen Aufwendungen sind im Verhältnis zum Umsatz unterproportional gestiegen.

Im Finanzergebnis waren im Jahr 2010 weiterhin die Folgen der Banken- und Weltwirtschaftskrise spürbar. Die Guthabenverzinsung sank auf 9 T€ (im Vorjahr 16 T€).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich um 349 T€.

Die im außerordentlichen Ergebnis zusammengefassten Auswirkungen der geänderten gesetzlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften ("BilMoG") betrugen 36 T€ und beeinflussten die Ertragslage nicht wesentlich.

Der Rückgang des Jahresüberschusses gegenüber 2009 um 36 T€ auf 616 T€ ist ausschließlich auf periodenfremde Steueraufwendungen (284 T€) zurückzuführen.

Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war jederzeit gewährleistet.

Personal- und Sozialwesen

Die Umsatzsteigerung im Jahr 2010 war mit einem Anstieg von Beschäftigung verbunden. Der Personalbestand der A/V/E hat sich zum Vorjahresstichtag um 24 Mitarbeiter auf insgesamt 273 Mitarbeiter erhöht, davon entfallen 13 auf Auszubildende.

A/VE ist es gelungen, zum 01.04.2010 mit der Gewerkschaft ver.di ein zukunftsfähiges und marktgerechtes Tarifwerk zu verhandeln. Es wurde ein hauseigener Mantel- und Vergütungstarifvertrag abgeschlossen. Ein wichtiger und bisher einmaliger Meilenstein in der Geschichte der A/V/E wurde erreicht. Dieses neue Tarifwerk ermöglichte A/V/E, mehr eigene Mitarbeiter in der Gesellschaft direkt einzustellen. Die Gesellschaft konnte hier ihrer sozialen Verantwortung für die Region voll gerecht werden.

Aber auch sonst war das Jahr 2010 sehr von Mitarbeiterbetreuung geprägt. Gesundheitsmanagement und die Verhütung von Arbeits- und Wegeunfällen stand im Mittelpunkt der Personalarbeit. Führungskräfte wurden für diese Themen sensibilisiert und Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Ergebnisse aus der Mitarbeiterbefragung wurden in konkreten Maßnahmen umgesetzt, um die Zufriedenheit der Mitarbeiter mit Ihrem Arbeitsplatz weiter zu steigern.

Das Thema der Personalgewinnung stellte die Gesellschaft auch im Jahr 2010 vor hohe Herausforderungen. Qualifiziertes Personal zu finden, wird zunehmend schwieriger und die Investition in Schulungsmaßnahmen wird dadurch immer höher. Deshalb hatte die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte auch in 2010 für A/V/E eine große Bedeutung. Die Ausbildungsquote betrug 2010 weiter 5%. Die insgesamt 13 Azubis wurden in den Ausbildungsberufen Bürokaufmann/frau und Kaufmann/frau für Dialogmarketing ausgebildet. Die Auswahl der neuen Auszubildenden für das Ausbildungsjahr 2011 hat bereits stattgefunden. Der Pool an potenziellen Auszubildenden hat sich zu den Vorjahren deutlich verringert.

Risiko-Management

Risiko-Management und Controlling sind bei A/V/E eng verbunden. Die quartalsweise identifizierten und bewerteten Risiken werden mit dem Controlling abgestimmt und finden Eingang in die Kostenrechnung. Soweit handelsrechtlich zulässig, findet auch eine Überleitung in die Bilanz statt.

Im Risiko-Management-Prozess werden nicht nur Risiken, sondern auch Chancen erfasst und gegeneinander abgewogen. A/V/E setzt damit auf eine umfassende vorausschauende Zukunftseinschätzung.

Die neuen Verordnungen zur Liberalisierung des Zähl- und Messwesens wurden durch die A/V/E kritisch verfolgt und in strategische Betrachtungen aufgenommen. Schon im Jahr 2009 hatte A/V/E die strategische Entscheidung getroffen, sich als kompetenter und erfahrener Dienstleister für die zwei neuen Marktrollen Messdienstleister und Messstellenbetreiber aufzustellen. Das Leistungsspektrum wurde ausgebaut und neue Produkte wurden entwickelt. Die Rahmenbedingungen haben sich allerdings im Jahr 2010 nicht wesentlich zum Vorjahr verändert. Die Dienstleistungen werden noch nicht massiv nachgefragt. Die Gesellschaft ist aber auf ein schnelles Reagieren vorbereitet.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt A/V/E das Verhalten von Vertriebsgesellschaften und das Reagieren der Netzbetreiber auf gesetzlich veränderte Vorgaben und Rahmenbedingungen und konzentriert sich dann entsprechend auf die Anpassung des eigenen Leistungsportfolios.

Chancen, Aussichten und Strategie

Mit der Positionierung als Marktrollen-Dienstleister kann A/V/E nicht nur erhebliche Potenziale heben, sondern auch weitere Marktchancen finden. Neue Kunden können, unabhängig von Art und Umfang der zu vergebenden Dienstleistung und ihrer Marktrolle, aus dem modular aufgebauten Full-Service-Angebot Dienstleistungen auswählen und beauftragen.

Die Strategie der Nutzung mehrerer Abrechnungssysteme (Unabhängigkeit in der Wahl des Abrechnungssystems für den Kunden) erwies sich im Jahr 2010 als sehr erfolgreich. Die Fähigkeit, in und mit allen marktüblichen Abrechnungssystemen fallabschließend zu arbeiten, ist am Markt ein derzeit immer noch einmaliges Leistungsangebot. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um ein Angebot im Rahmen eines Application Service Providing (ASP) oder eines Business Service Providing (BSP) handelt. Die damit gelebte Systemunabhängigkeit eröffnet der A/V/E auch zukünftig Chancen am Markt.

Das von A/V/E entwickelte Schulungsprogramm „TÜV zertifizierter Mitarbeiter im Kundenservice“ hat sich auch 2010 weiter am Markt etabliert. Nicht nur A/V/E setzt auf die hierdurch nachgewiesene Einzelqualifikation der im Kundenservice eingesetzten Mitarbeiter, sondern zahlreiche Wettbewerber erheben den gleichen Anspruch. Der von A/V/E gesetzte Standard setzt sich im Markt weiter durch und bietet zusätzliche Chancen. Energieversorgungsunternehmen nutzen immer mehr die Qualität der Dienstleistung im Kundenservicebereich, um sich von anderen Wettbewerbern selbst abgrenzen zu können. A/V/E ist hier ein sehr zuverlässiger Partner.

Um die Beratungsqualität der Mitarbeiter der A/V/E weiter zu steigern, wurde im Jahr 2010 der eigene webbasierte Produkt- und Tarifrechner TA/V/EX weiterentwickelt. Noch schneller und übersichtlicher werden sämtliche Tarife und Produkte eines Lieferanten, unter Einbeziehung einer vorgeschalteten Kundenbedarfsanalyse (Preis, Mehrwert, Sicherheit, Laufzeiten), dem Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Bei solchen Weiterentwicklungen wird sehr stark auf die Kreativität der Mitarbeiter gesetzt, die täglich diese Anwendung nutzen. Eine hohe Akzeptanz und Anwenderfreundlichkeit wirkt sich dann direkt auf eine hohe Beratungsqualität aus.

Mit der Liberalisierung des Zähl- und Messwesens hat A/V/E ihr Leistungsspektrum erweitert. Die Gesellschaft steht nun auch den Marktrollen Messdienstleister und Messstellenbetreiber der Branchen Energie, Wasser und Abwasserentsorgung als kompetenter Partner zur Seite

Ausblick

Die Regulierung der Energiewirtschaft bietet für die A/V/E vielfältige Chancen. Es ist voraussehbar, dass der Wettbewerb weiter zunehmen wird. A/V/E hat alle Voraussetzungen geschaffen, bei der Konsolidierung des Marktes eine wesentliche Rolle zu spielen.

Die steigende Anzahl der Vertriebsgesellschaften, die sich aus Kostengründen einem Outsourcing oder einer dauerhaften Kooperation nicht verschließen können, und der immer besser funktionierende Wettbewerb der Versorgungswirtschaft, lassen die A/V/E positiv in die Zukunft blicken. Gleichwohl wird A/V/E sich keine Ruhe gönnen und weiterhin individuell und sehr reaktionsschnell ihre Bestandskunden betreuen und neue Kunden dazu akquirieren. Demzufolge erwartet A/V/E, dass sich Umsatz und Ergebnis 2011 auf ähnlichem Niveau bewegen und mittelfristig weiter positiv entwickeln.

A/V/E war in der Vergangenheit **a**ktiv, **v**ital und **e**nergisch und wird es auch bleiben.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzender	Misch, Werner
stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten
	Böcker, Udo
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar
	Hildebrandt, Roland
	Krause, Johannes
	Nebelung, Barbara
	Neumann, Wolfram
	Philipp, Lothar
	Raab, Katja
	Sieber, Olaf
	Weiland, Mathias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1	1	1	2	2	4	-0	-33
Umlaufvermögen	86	99	51	98	39	96	35	70
Bilanzsumme	**87**	**100**	**52**	**100**	**41**	**100**	**35**	**67**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25	29	18	35	15	37	7	37
Rückstellungen	26	30	24	46	12	30	2	8
Verbindlichkeiten	36	41	10	19	13	33	26	266
Bilanzsumme	**87**	**100**	**52**	**100**	**41**	**100**	**35**	**67**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	731	409	249
sonstige betriebliche Erträge	38	42	28
Materialaufwand	10	7	17
Personalaufwand	702	401	224
Abschreibungen	1	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	35	40	32
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20	3	2
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	13		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	7	3	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7	3	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,75	0,76	0,91	%
Eigenkapitalrentabilität:	110,01	20,59	17,56	%
Cash-Flow:	21	4	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	18	15	16	T€
Personalaufwandsquote:	91,35	88,75	81,14	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,96	2,42	4,11	%
Eigenkapitalquote:	28,71	35,05	37,09	%
Fremdkapitalquote:	71,29	64,95	62,91	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Als Dienstleister der Daseinsvorsorge in der Stadt Halle (Saale) ist für die Cives Dienste GmbH ein erfolgreiches Agieren am hohen Serviceniveau und der quantitativen Stabilität zu messen. Insbesondere die angespannte Haushaltslage der Kommune sucht nach innovativen Ideen und optimierten Dienstleistungsangeboten. Zahlreiche Aufgaben der Stadt konnten in den letzten Jahren durch die Gesellschaft übernommen werden und haben somit zur Entlastung der Gebietskörperschaft beigetragen.

Für die im Jahr 2009 gegründete Theater, Oper und Orchester Halle GmbH übernimmt die Cives Dienste GmbH nunmehr die Gebäudeinnenreinigung der Objekte. Insbesondere die Stellung im Konzernverbund der Stadtwerke Halle GmbH konnte die Cives Dienste GmbH im letzten Geschäftsjahr festigen und teilweise sogar ausbauen. Eine wesentliche Rolle dabei spielt die Flexibilität der Gesellschaft, mit ihren Mitarbeitern auf die Anforderungen des Umfeldes sofort und in angemessenem Maß reagieren zu können.

Über die kommunalen Aufgaben hinaus ist die Cives Dienste GmbH stets bestrebt, sich mit ihrem Dienstleistungsangebot zu präsentieren und neue Aufträge zur effektiven Auslastung der Ressourcen zu akquirieren. Ziel ist dabei die Unterstützung beziehungsweise die Komplettübernahme von Teilleistungen für Unternehmen der halleschen Stadtwerkegruppe. Die Struktur des Unternehmens konnte dabei in bewährter Form beibehalten werden. Um sich in der angestrebten Neustrukturierung des Konzerns etablieren zu können, bekennt sich die Cives Dienste GmbH als kooperativer Partner. Dabei steht nicht nur die Leistungsübernahme im Fokus, sondern gleichfalls die Bereitschaft, die notwendigen Einheiten im Verbund zu suchen. Dieser Grundauffassung folgend wird die umfassende Vernetzung der administrativen und kaufmännischen Aufgaben dem Shared-Services-Gedanken unterstellt.

Tätigkeit der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr

Sparte Gebäudereinigung

Die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH konnte im Geschäftsjahr 2010 ausgebaut werden. Bei den Gebäudereinigungsleistungen zeigte sich gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Erweiterung. Mit 40.103 operativen Einsatzstunden ist dies ein Zuwachs um 17,9 % zum Jahr 2009, welcher zugleich über den gestellten Erwartungen liegt. Einerseits begründet sich die Steigerung in der Tätigkeit für die Theater, Oper und Orchester Halle GmbH und andererseits in der Aufnahme zusätzlicher Objekte von Tochterunternehmen des Stadtwerkekonzerns in die Betreuung.

Unterschiedliche Anforderungen der Kunden beziehungsweise quantitative Anpassungen sind dabei von der Gesellschaft mit entsprechenden Personalanpassungen verfolgt worden. Ausdruck dessen ist die Leistungsanpassung der Industriereinigung, welche aufgrund von Konzeptionsänderungen beim Auftraggeber reduziert werden musste. Somit stellt sich die Mitarbeiterzahl im Jahresverlauf in der Sparte Gebäudereinigung recht uneinheitlich dar. Zahlreiche eigenständige Neuorientierungen ehemaliger Mitarbeiter machten unternehmensgetriebene Personalanpassungen obsolet und zeigen gleichfalls für die Zukunft Steigerungspotenzial auf. Im Jahresdurchschnitt waren 32 Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger (dies entspricht 23 Vollbeschäftigteneinheiten) für die Gesellschaft tätig. Zum 1. August 2010 wurde auf eine konzernweite Initiative hin eine langzeitarbeitslose Mutter in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen. Diese in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit geplante und umgesetzte Maßnahme ist ein Beispiel für die engagierte und angesichts der demographischen Entwicklung besondere moralische Verantwortung. Die somit gebotene berufliche Zukunft eines Elternteils soll die Bedeutung und den späteren Einstieg der Kinder in das Berufsleben stärken.

Sparte Logistikleistung für den Entsorgungsbereich

Eine vollständig neue Aufgabe, welche die Gesellschaft zum 1. Januar 2010 übernommen hat, ist die Logistikleistung für die Entsorgung der Leichtstoffverpackungen in der Stadt Halle. Als Subauftragnehmer für die Gesellschafterin sind zehn Fahrer und Lader in der Behälterentsorgung der sogenannten ‚Gelben Tonne' eingestellt und im Einsatz. Diese sich fortsetzende Zusammenarbeit unterstützt die Muttergesellschaft im Markt gegenüber den privaten Mitkonkurrenten. Bedingt durch die Aufnahme der Dienstleistung mussten im abgelaufenen Jahr zahlreiche Abstimmungen zwischen den Leistungspartnern getroffen werden, die teilweise zur Optimierung als auch zur geringeren Nachfrage der Einsatzkräfte führte. Eine minimale Unterschreitung des Planniveaus kann die erfolgreiche Gesamteinschätzung der Sparte Transportleistung mit 16.166 operativen Einsatzstunden nicht trüben. Grundsätzlich konnte die Cives Dienste GmbH ihre Eignung und Zuverlässigkeit in dieser Dienstleistungsart zeigen und sich darüber hinaus als Partner für den weiteren Ausbau anbieten.

Mit beiden Sparten zielt die Gesellschaft auf ein spezialisiertes Geschäftsmodell, um mit dem Ergebnis die Erwartungen des Gesellschafters zu erfüllen und darüber hinaus mit der Ergebnisabführungsverpflichtung positive Impulse zu setzen.

Ertragslage

Abgesehen von den unterjährig gegenläufigen Geschäftsentwicklungen ergibt sich in der Gesamtjahresbetrachtung eine erhebliche Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 731. Getrennt betrachtet konnten die Gebäudereinigungsleistungen (ohne Industriereinigung und Winterdienst) im Vorjahresvergleich um 27,8 % und die Logistikleistungen durch die Neuaufnahme generell die gestellten Erwartungen übertreffen.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge ist in der Reduzierung der arbeitspolitischen Unterstützung begründet und ein Ausdruck, dass die Gesellschaft im zweiten kompletten Geschäftsjahr den erfolgreich begonnenen Weg nahezu selbstständig fortsetzen kann. Letztmalig konnten im Jahr 2010 Erträge aus dem Aufwendungsausgleichsgesetz geltend gemacht werden.

Der variable Aufwand resultiert ausschließlich auf dem Materialbezug und ist durch die Erweiterung analog zum Dienstleistungsumfang gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Wie für die Rohmarge so auch für den Deckungsbeitrag zeigt sich eine positive Entwicklung. Der Deckungsbeitrag stieg gegenüber dem Jahr 2009 um TEUR 309 auf TEUR 749 und ist im Vergleich zum Plan um TEUR 100 höher.

Aus den umfangreicheren Beschäftigtenzahlen resultieren die gestiegenen Personalkosten. Während in der Sparte Gebäudereinigung keine Vollzeitstellen angestrebt sind, ergeben die durchweg Vollzeitstellen der Sparte Transport im Jahresvergleich die Steigerung des Personalaufwandes auf TEUR 702.

Da im Geschäftsjahr 2010 nur Investitionen in geringwertige Wirtschaftsgüter getätigt wurden, sind lediglich Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 1 angefallen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entsprechen dem Volumen der Gesellschaft und sind hauptsächlich in Prüfungs- und Steuerberatungskosten, den Shared-Services-Leistungen und den Beiträgen und Abgaben begründet. Das Betriebsergebnis in Höhe von TEUR 11 zeigt die korrespondierende Relation zwischen Umsatz und Aufwand und gibt die mögliche Ergebnisstruktur der Gesellschaft ohne außerordentliche Effekte wieder.

Ein vernachlässigbares Finanzergebnis beeinflusst das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft nur bedingt. Bei gegebener Liquidität geben die Erträge aufgrund des konstant niedrigen Zinssatzes am Finanzmarkt keinen zusätzlichen Ergebnisbeitrag.

Das Neutrale Ergebnis trägt durch die Auflösung von Rückstellungen zur Ergebnissteigerung bei. Diese für die Cives Dienste GmbH maßgeblichen Effekte beziehen sich auf die am Ende des ersten Geschäftsjahres vorsichtig eingeschätzten und zunächst als notwendig erachteten Rückstellungssachverhalte.

Nach Berücksichtigung aller Geschäftsvorfälle weist das Unternehmen ein Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von TEUR 20 aus und übertrifft sowohl die Erwartung um TEUR 18 als auch den Vorjahreswert um TEUR 17.

Zum Stichtag 31. Dezember 2010 sind in der Cives Dienste GmbH 42 Mitarbeiter (33,9 VbE) beschäftigt.

Finanzlage

Mit Wirkung zum 1. Dezember 2007 wurde zwischen der SWH und der Cives Dienste GmbH eine Cash Pool-Vereinbarung getroffen. Mit dieser Vereinbarung wurde der Gesellschaft eine Kreditlinie in Höhe von TEUR 50 eingeräumt. Aufgrund der Cash Pool-Vereinbarung war die Liquidität der Gesellschaft im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gesichert. Aus dem Cash Pool ergibt sich zum 31. Dezember 2010 eine Forderung in Höhe von TEUR 28.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft entwickelt sich entsprechend des beschriebenen Geschäftsverlaufes und zeigt auf der Aktivseite gegenüber dem Vorjahr einen um TEUR 22 höheren Forderungsbestand gegenüber verbundenen Unternehmen und einen um TEUR 13 höheren Forderungsbestand gegenüber Dritten. Insgesamt beträgt das Umlaufvermögen TEUR 86.

Auf der Passivseite geben die Ergebnisverwendung 2009 durch Verringerung des Verlustvortrages und das beachtliche Ergebnis 2010 ein erheblich verbessertes Eigenkapital wieder. Unter Berücksichtigung einer Ergebnisabführung an die HWS in Höhe von TEUR 13 ergibt sich ein Eigenkapital von TEUR 25. Dies wird in den nächsten Jahren aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages konstant bleiben.

Die Rückstellungen von TEUR 26 beschränken sich auf die pflichtgemäßen Notwendigkeiten und sind dennoch leicht gestiegen. Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beruht auf der in 2010 erstmalig vorzunehmenden Ergebnisabführung (nach Ausgleich des Verlustvortrags) von TEUR 13.

Insgesamt weist die Cives Dienste GmbH eine stabile Wirtschaftslage auf, welche sukzessive ausgebaut werden soll.

Risikobericht

Die Abhängigkeit von der HWS in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen wird generell als Risiko gesehen, ist jedoch im Hinblick auf die erneute Steigerung der Umsatzleistung im Geschäftsjahr als nicht bestandsgefährdend einzuordnen. Dennoch soll dem latenten Risiko durch die Gewinnung neuer Kunden und die Optimierung der Kosten-/Leistungssituation entgegengewirkt werden.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Zukünftige Entwicklung

Ein wie im Jahr 2010 realisierter Leistungssprung ist im Folgejahr vorerst nicht geplant. Auf der hohen Servicequalität aufbauend, strebt die Cives Dienste GmbH einem positiven Ergebnis in Höhe von TEUR 2 vor Gewinnabführung an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH entgegen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen fortzusetzen, um zusätzlichen Umsatz zu generieren.

Zur Fortsetzung der erfolgreichen Entwicklung stützt sich die Gesellschaft wiederholt auf die Strategie, mit ihren Konditionen, stets über dem Mindestlohn der privaten Anbieter, gut motivierte Mitarbeiter an das Unternehmen zu binden. Nur so kann die sichere Daseinsvorsoge wie gefordert umgesetzt, aber auch kostengünstig erbracht werden. Diese Herausforderung wird das Agieren im Jahr 2011 weiterhin bestimmen und den marktwirtschaftlichen Fortschritt sichern. Auch für das Jahr 2012 wird eine Entwicklung analog zum Jahr 2011 erwartet.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	25	

Gesellschafter:

	T€	%
EVH GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und Telekommunikationsanlagen und sonstige Anlagen zur Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen für elektrische Energie-, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf dem Gebiet der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Göpfert, Heike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	904	2	451	1	347	1	453	100
Umlaufvermögen	43.761	85	32.317	85	32.376	91	11.444	35
Rechnungsabgrenzungsposten	6.696	13	5.182	14	2.862	8	1.514	29
Bilanzsumme	**51.361**	**100**	**37.950**	**100**	**35.585**	**100**	**13.410**	**35**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25	0	25	0	25	0	0	0
Rückstellungen	24.830	48	19.545	52	17.359	49	5.285	27
Verbindlichkeiten	19.874	39	13.229	35	15.368	43	6.645	50
Rechnungsabgrenzungsposten	6.632	13	5.152	14	2.832	8	1.481	29
Bilanzsumme	**51.361**	**100**	**37.950**	**100**	**35.585**	**100**	**13.410**	**35**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	135.232	105.303	110.920
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	429	11	-9
sonstige betriebliche Erträge	2.504	1.127	1.137
Materialaufwand	110.125	81.525	92.581
Personalaufwand	3.679	2.722	2.477
Abschreibungen	97	145	182
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.107	17.634	15.489
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	503	31	9
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens		13	47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	531	6	112
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.129	4.428	1.170
außerordentliche Erträge	133	2.366	12.566
außerordentliche Aufwendungen	331	5.080	12.709
außerordentliches Ergebnis	-199	-2.715	-144
sonstige Steuern	77	40	11
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	2.853	1.673	1.015
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,11	1,59	0,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	11.413,86	6.691,12	4.060,55	%
Cash-Flow:	2.950	1.831	1.244	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	2.424	2.265	2.606	T€
Personalaufwandsquote:	2,66	2,56	2,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,24	0,05	0,06	%
Eigenkapitalquote:	0,05	0,07	0,07	%
Fremdkapitalquote:	99,95	99,93	99,93	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	724,00	0,00	0,00	GWh
Netznutzung Gas	1.349,00	1.174,00	1.139,00	GWh
Netznutzung Strom	819,00	789,00	791,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1 Rahmenbedingungen

Nach dem Krisenjahr 2009 konnte die Wirtschaftsleistung Deutschlands in allen Quartalen des Jahres 2010 deutlich gegenüber den Vorjahreswerten zulegen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2010 um 3,6 Prozent (nach -4,7 Prozent im Vorjahr). Dieses in mancher Hinsicht überraschend hohe Wachstum war vor allem auf den starken Anstieg des Außenhandels und der Binnennachfrage zurückzuführen.

Die Wirtschaft Ostdeutschlands konnte dabei nicht so stark zulegen wie der Rest Deutschlands. Während das Wirtschaftswachstum Westdeutschlands im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um preisbereinigt 3,2 Prozent anzog, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands in diesem Zeitraum um 2,2 Prozent. Auch die entsprechenden Halbjahreswerte für unser Bundesland Sachsen-Anhalt deuten auf ein leichtes Hinterherhinken im Jahr 2010 hin, da die Wirtschaft Sachsen-Anhalts in diesem Zeitraum um real 1,3 Prozent zulegte.

Auf dem Arbeitsmarkt führte die positive wirtschaftliche Entwicklung zu einer weiteren Verbesserung. Während die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt um 0,5 Prozent-Punkte abnahm, war der Rückgang in Ostdeutschland und in Sachsen-Anhalt deutlich spürbarer ausgefallen. In Ostdeutschland verringerte sich die Arbeitslosenquote von 13,0 Prozent in 2009 auf 12,0 Prozent in 2010. In Sachsen-Anhalt führte die wirtschaftliche Belebung zu einer Absenkung der Arbeitslosenquote um 1,1 Prozent-Punkte auf 12,5 Prozent.

Auch im abgelaufenen Jahr 2010 zeigte die Bevölkerungsentwicklung in Halle (Saale) einen besseren Verlauf, als in Langzeitstudien vorgezeichnet wurde. Mit 230.831 Einwohnern (Vorjahr 230.377) verzeichnete die Stadt erstmals seit vielen Jahren wieder einen Zuwachs.

1.2 Branchenentwicklung

Durch die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Am 27. Februar 2010 trat die Ausführungsverordnung der Bundesnetzagentur zur Ausgleichsmechanisierungsverordnung (AusglMechV) für EEG-Strom in Kraft. Die EEG-Ausgleichsverordnung regelt die Wälzung der EEG-Strommengen neu. Auf Basis dieser Verordnung erfolgte seit Januar 2010 nur noch ein rein finanzieller Ausgleich für den EEG-Strom. Bislang waren die nach dem EEG vergüteten Strommengen in einem aufwändigen Verfahren auf alle Stromvertriebsunternehmen in Deutschland verteilt worden.

Die AusglMechV verpflichtet die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (50Hertz, Amprion, EnBW Transportnetze, Tennet), den gesamten EEG-Strom an der Strombörse zu verkaufen. Die an der Börse erzielten Einnahmen reichen nicht aus, die Ausgaben für die im EEG festgelegten Vergütungen und die sogenannten Profilservicekosten des EEG-Stroms zu decken. Den prognostizierten Fehlbetrag geben die Übertragungsnetzbetreiber in Gestalt der EEG-Umlage an die Stromlieferanten weiter. Im Oktober 2010 veröffentlichten die vier Übertragungsnetzbetreiber die EEG-Umlage für 2011. Dies bedeutet eine Belastung von 3,53 Cent/kWh für Stromkunden. Im Jahr 2010 lag die Umlage bei 2,047 Cent/kWh.

Mit einer Sofortmaßnahme will die Bundesnetzagentur die Kosten für Regelenergie im Gasmarkt reduzieren. Dazu hat sie am 24. März 2010 eine neue Mitteilung zur Umsetzung der Gasbilanzierungs- und Ausgleichsregeln (GABi Gas) veröffentlicht. Die Beschlusskammer 7 der Regulierungsbehörde schlägt unter anderem vor, die Spreizung zwischen den Preisen für den An- und Verkauf von Ausgleichsenergie zu ändern. Demnach werden Marktgebietsbetreiber ab dem 1. April 2010 Ausgleichsenergie zum 1,2-fachen des zweithöchsten Preises aus einem Korb von Day-Ahead-Preisen an der TTF in Zeebrugge, am NCG-VP (NetConnect Germany Virtueller Handelspunkt H-Gas) sowie am Gaspool VP verkaufen. Ankaufen werden sie unverändert zum 0,9-fachen des zweitniedrigsten Preises aus dem Preiskorb. In dem Preiskorb wurde der Preis am englischen NBP durch den Preis am Gaspool VP ersetzt. Dadurch soll sich die Spreizung der Preise verringern. Die zweite Maßnahme betrifft die teilweise Abrechnung von Netzkonten. Auf Netzkonten werden die Differenzen zwischen allokierten und gemessenen Mengen gebucht. Hohe Mengen auf den Netzkonten sind ein Indiz für schlecht oder falsch angewandte Standardlastprofile. Daher wird ein Ampelsystem eingeführt: Liegt der Stand des Netzkontos zwischen zwei und drei Prozent des Bezugswertes (die gesamte Ausspeisemenge im Gaswirtschaftsjahr), muss der Ausspeisenetzbetreiber die Abweichungen analysieren. Zudem müssen der Netzagentur die Daten des Netzkontos übermittelt werden. Bei einem Netzkontostand von mehr als drei Prozent des Bezugswertes wird das Netzkonto abgerechnet, der Netzbetreiber wird auf einer „Prangerliste“ veröffentlicht.

Die Bundesnetzagentur ordnete im März die deutschlandweite Einführung eines Netzregelverbunds an. Zum 1. Mai 2010 wurde dieser realisiert. Die vier Übertragsnetzbetreiber verpflichten sich zu einer intensiveren Zusammenarbeit bei der Ausregelung der deutschen Stromnetze. Ziel des Netzregelverbundes ist es, das Gegeneinanderregeln der vier Regelzonen aufzuheben und Effizienzen zu bergen. Leistungsungleichgewichte der einzelnen Regelzonen werden saldiert. Nur der noch verbleibende Saldo muss dann durch Regelenergie ausgeglichen werden.

Die Bundesregierung beschloss im Mai dieses Jahres die Neufassung der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV), welche am 9. September 2010 in Kraft trat. Die drei wesentlichen Änderungen gegenüber der bisherigen Fassung der GasNZV sind hierbei die Reduzierung der Marktgebiete von sechs auf höchstens zwei bis zum Jahr 2013, die Erleichterung des Zugangs zu Transportkapazitäten durch diskriminierungsfreie Versteigerung sowie die Begrenzung des Reservierungsrechts für Betreiber von Gaskraftwerken auf maximal drei Jahre. Die Änderungen der GasNZV sollen insbesondere eine Verstärkung des bundesweiten Wettbewerbs bei der Belieferung von Letztverbrauchern bewirken.

Die Bundesnetzagentur veröffentlichte am 9. September 2010 die Festlegung zur Standardisierung von Verträgen, Geschäftsprozessen und Datenformaten im Messwesen. Die Umsetzung der vorgegebenen Wechselprozesse im Messwesen und Datenformate soll bis zum 1. Oktober 2011 erfolgen. Zudem hat die Bundesnetzagentur Standardverträge für die Geschäftsverhältnisse des Netzbetreibers zum Messstellenbetrieb und zur Messstellendienstleistung festgelegt. Für Neuverträge gilt die Änderung seit 15. Oktober 2010. Altverträge müssen bis 1. Februar 2011 umgestellt werden. Aufgrund dessen können Unternehmen künftig unter erleichterten Rahmenbedingungen bundesweit in Wettbewerb zu den Netzbetreibern treten und intelligente Strom- und Gaszähler anbieten.

Am 28. September 2010 wurde durch die Bundesregierung das Energiekonzept sowie ein 10-Punkte-Sofortprogramm beschlossen und am 28. Oktober 2010 vom Bundestag bestätigt. Mit dem Energiekonzept soll eine zuverlässige, sichere, kostengünstige Energieversorgung auf Basis der erneuerbaren Energien geschaffen werden. Es geht um die Entwicklung und Umsetzung einer bis 2050 reichenden Gesamtstrategie. Dafür wurden konkrete Ziele formuliert. Treibhausgasemissionen sollen bis 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 85 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken. Mit dem Konzept will man weiterhin erreichen, dass bis 2050 der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung 80 Prozent beträgt. Weiterhin soll der Primärenergieverbrauch bis 2050 um 50 Prozent gegenüber 2008 sinken.

Das 10-Punkte-Sofortprogramm beinhaltet Maßnahmen, die bis Ende 2011 realisiert werden sollen. Das Programm umfasst beispielsweise die Weiterentwicklung einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eingerichteten Netzplattform als permanentes Forum, eine Markttransparenz-stelle für den Großhandel mit Strom und Gas um den Wettbewerb zu stärken, die deutschlandweite Netzausbauplanung, ein fünf Millionen Kreditprogramm für die Offshore-Windenergie, die Befreiung neuer Speicherkraftwerke von den Netzentgelten.

Mit dem Energiekonzept wurde auch das Atomgesetz novelliert und die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke beschlossen. Die Kernenergie stellt eine Brückenfunktion dar und sichert die Finanzierung für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Durch die Laufzeitverlängerung generieren die Stromkonzerne höhere Gewinne. Das Gesetz verpflichtet die Betreiber, feste Abgaben an den Bund zu zahlen, welche in einen Energie- und Klimafonds des Bundes fließen. Außerdem müssen die Energieversorger ab 2011 auf den Verbrauch von Kernbrennstoff Steuern zahlen. Die Gelder werden für den Ausbau der regenerativen Energien genutzt.

Im Juni 2009 verabschiedete der Europäische Rat das 3. Binnenmarktpaket zur Strom- und Gasmarktliberalisierung, welches im September 2009 in Kraft trat. Die Verordnungen gelten ab März 2011. Mit dem Paket werden die Strom- und Erdgasbeschleunigungsrichtlinien aus dem Jahr 2003 fortgeschrieben. Ziel des Paketes ist unter anderem eine effektive Trennung des Netzbetriebes von der Erzeugung. Zudem sollen die Befugnisse der Regulierungsbehörden gestärkt, ein diskriminierungsfreier Zugang zu Übertragungs- und Fernleitungsnetzen sowie Speicher- und LNG-Anlagen ermöglicht und die Verbraucherrechte erweitert werden.

Nachdem 2009 der EU-Rechtsrahmen für die Energieversorgung mit dem 3. Binnenmarktpaket Strom und Gas umfangreich geändert wurde, soll nun das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) angepasst werden. Dazu hatte das Bundeswirtschaftsministerium ein Eckpunktepapier zur EnWG-Novelle 2011 vorgelegt, welches Schwerpunkte zum Thema Entflechtung aber auch zum Verbraucherschutz enthält.

Im November stellte die EU-Kommission in der Mitteilung „Energie 2020“ die Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie vor. Darin enthalten ist auch das Energie-Infrastrukturpaket. Mit dem Programm setzt die EU Prioritäten in der Energiepolitik bis 2020 und später. Demnach soll das Paket den europaweiten Netzausbau voranbringen und die Lücken im europäischen Strom- und Gasnetz schließen.

Am 12. November 2010 trat das neue Energiedienstleistungsgesetz (EDL-Gesetz) in Kraft. Damit hat Deutschland die EU-Energiedienstleistungsrichtlinie vollständig umgesetzt. Durch das Gesetz sind Energieversorger verpflichtet, Endkunden über Energiedienstleistungen, Energieaudits, Energieberatungen oder Energieeffizienzmaßnahmen zu informieren. Ferner soll der Energieeinsparrichtwert erreicht werden, der bis 2017 neun Prozent Endenergie im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 vorsieht.

Das Haushaltsbegleitgesetz 2011 wurde am 14. Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt verkündet und tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Die in dem Gesetz enthaltenen Maßnahmen sollen eine Entlastung des Bundeshaushaltes bewirken. Änderungen ergaben sich vor allem beim Luftverkehrssteuergesetz, beim Energie- und Stromsteuergesetz, bei der Insolvenzordnung, bei den Sozialgesetzen sowie der Bundeshaushaltsordnung. Die Energiebranche trifft vor allem die Novellierung des Energie- und Stromsteuergesetzes, in dem unter anderem der Wegfall der steuerlichen Begünstigung für Fernwärmeerzeugung beschlossen wurde.

1.3 Geschäft

Die Gesellschaft ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Das Unternehmen erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz in Höhe von 135,2 Millionen Euro, der sich überwiegend aus der Vereinnahmung der Netznutzungserlöse sowie aus der Abwicklung der Erfordernisse des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWK-G) zusammensetzte.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist Netzbetreiber im Sinn des Energiewirtschaftsgesetzes und damit zur Einhaltung aller Anforderungen der Entflechtung im Sinne § 6-10 EnWG verpflichtet.

Infolge der hierzu notwendigen Umgestaltungen waren vielfältige Maßnahmen zu ergreifen, die den Auslegungsgrundsätzen der BNetzA vom 1. März 2006 und den Konkretisierungen der Auslegungsgrundsätze vom 21. Oktober 2008 entsprechen. Im Ergebnis der Auswertung der Arbeiten der vergangenen zwei Jahre zeigte sich eine Fortschreibung der Auslegungsgrundsätze auch für den Netzbereich Fernwärme als sinnvoll.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist seit 1. Januar 2010 Pächter des Fernwärmenetzes der EVH GmbH. Dazu wurden die Aufgaben der Grundsatzplanung und Netzstrategie, die Verantwortung für die Führung der Netzleitstelle sowie die Netzwirtschaft und Netznutzung mit Hilfe einer Projektstruktur in die Netzgesellschaft überführt. Die detaillierten Rahmenbedingungen sind in Pachtvertrag und Geschäftsbesorgungsverträgen geregelt.

Die Richtlinie 2009/72/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt verpflichtet die Mitgliedsstaaten, im Rahmen der wirtschaftlichen Vertretbarkeit und der technischen Machbarkeit sicherzustellen, dass bei allen Kunden sogenannte intelligente Zähler (Smart Meter) eingebaut werden, die eine Steuerung des Verbrauchsverhaltens ermöglichen. Mit der Neufassung des § 21b EnWG und dessen Inkrafttreten am 9. September 2008 wurde die Umsetzung der Inhalte der EU-Richtlinie eingeläutet. Messstellenbetreiber (MSB) müssen ab dem 1. Januar 2010 bei Neubau oder größeren Renovierungen Messeinrichtungen einbauen, die dem Anschlussnutzer (AN) den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit widerspiegeln.

Auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 und der Anreizregulierungsverordnung vom 29. Oktober 2007 wurde mit einem Schreiben vom 2. September 2008 von der Bundesnetzagentur für die 1. Regulierungsperiode ein unternehmensspezifischer Effizienzwert für die beeinflussbaren Kostenbestandteile der Netzentgelte Strom von 95,7 Prozent festgelegt, der bis zum 31. Dezember 2018 gültig ist. Die Erlösobergrenze für Strom wurde mit Schreiben vom 6. Januar 2009 der Energieversorgung Halle Netz GmbH mit Gültigkeit bis 31. Dezember 2013 mitgeteilt.

Für den Bereich des Verteilnetzes Gas wurde mit Schreiben vom 10. Dezember 2008 und einer Gültigkeit bis 31. Dezember 2017 von der Landesregulierungsbehörde Magdeburg ein unternehmensspezifischer Effizienzwert von 82,2 Prozent festgelegt. Mit gleichem Schreiben wurde auch die Erlösobergrenze für Gas mitgeteilt, welche bis 31. Dezember 2012 gültig ist.

Eine Anpassung der Erlösobergrenze kann jährlich zum 1. Januar des Folgejahres lt. Anreizregulierungsverordnung (ARegV) erfolgen. Anpassungsrelevante Faktoren sind die Entwicklung des Verbraucherpreisindexes oder nicht beeinflussbare Kostenanteile, wie z. B. vorgelagerte Netzkosten oder Kosten der vermiedenen Netznutzung.

Im Jahr 2009 genehmigte die BNetzA die ersten Investitionsbudgets im Zusammenhang mit der Anreizregulierung. Investitionsbudgets können von den Netzbetreibern für bedeutende Vorhaben beantragt werden. Dabei geht es um Investitionen, die notwendig sind, um die Versorgungsqualität der Energienetze aufrechtzuerhalten, neue Kraftwerke anzuschließen und die Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Auf Grundlage der erteilten Genehmigungen können die Netzbetreiber ihre Erlösobergrenzen ab dem Jahr 2010 anpassen. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH hatte zum 30. Juni 2008 einen Antrag auf Investitionsbudget für die Maßnahmen Stadtumbau „Ost“ für das Netzgebiet Halle gestellt. Dem Antrag wurde durch die Beschlusskammer 4 der BNetzA am 3. März 2010 stattgegeben.

Im März dieses Jahres wurde bei der BNetzA die Erlösobergrenze Strom für 2010 beantragt. Bisher liegt noch keine Bestätigung vor. Die Erlösobergrenze Gas für 2010 wurde durch die Landesregulierungsbehörde mit Schreiben vom 1. Februar 2010 in dem beantragten Umfang genehmigt.

Zur Ermittlung der Höhe der Mehrerlösabschöpfung Strom hat die BNetzA einen Erhebungsbogen erstellt, der dieser am 19. August 2009 übersandt worden ist. Der auf der Basis des Bescheides zur Mehrerlösabschöpfung vom 27. November 2009 durch die BNetzA ermittelte Wert der Mehrerlösabschöpfung Strom der Jahre 2005 bis 2007 wurde als Rückstellung eingestellt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 wird diese zu je einem Viertel in Anspruch genommen. Nach der Inanspruchnahme im Jahr 2010 verbleibt eine Rückstellung in Höhe von 7 Millionen Euro.

Die Landesregulierungsbehörde hat bisher darauf verzichtet, für Gas eine Mehrerlösabschöpfung für die Jahre 2005 bis 2007 zu berechnen. Da ungewiss ist, ob die Landesregulierungsbehörde zu einem späteren Zeitpunkt doch eine Mehrerlösabschöpfung erheben wird, wurde auf der Basis des Erhebungsbogens Gas der BNetzA die Mehrerlösabschöpfung Gas ermittelt und eine Rückstellung gebildet, die im Geschäftsjahr 2010 einen Bestand von 3 Millionen Euro hat.

Für die Jahre 2007 und 2008, die vor dem Beginn der 1. Anreizregulierungsperiode lagen, mussten Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen nach § 11 Satz 1 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) beziehungsweise § 10 der Gasnetzentgeltverordnung (GasNEV) nach Abschluss einer Kalkulationsperiode die Differenz zwischen den Erlösen ermitteln, die sie in dieser Periode aus den Netzentgelten erzielt haben, sowie den für die Periode kalkulierten Netzkosten. Für diese Differenz muss eine Rückstellung gebildet werden, die sogenannte Periodenübergreifende Saldierung (PÜS). In den Jahren 2009 bis 2011 ist die Periodenübergreifende Saldierung des Jahres 2007 Bestandteil der genehmigten Erlösobergrenzen für Strom und Gas. In den Jahren 2010 bis 2012 kommt die PÜS 2008 zum Ansatz.

Mit Beginn der 1. Anreizregulierungsperiode sind die Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen nach § 5 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) verpflichtet, ein Regulierungskonto zu führen. Inhaltliche Schwerpunkte des Regulierungskontos bilden die Differenz zwischen den zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielten Erlösen - inhaltlich mit der Periodenübergreifenden Saldierung (PÜS) vergleichbar -, sowie die Differenz aus den tatsächlich entstandenen Kosten und den in der Erlösobergrenze zum Ansatz gebrachten Kosten der dezentralen Einspeisung und des vorgelagerten Netzes.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist seit März 2010 Mitglied in der Fernwärmegemeinschaft im Verband der Energiegemeinschaft Halle Saale e. V. Die Fernwärmegemeinschaft unterstützt den Erfahrungsaustausch zwischen dem Installations- und Schornsteinfegerhandwerk, Fachhandel und Herstellern von Anlagen und Bauteilen sowie deren Anwendern wie Wohnungsunternehmen, Planungsbüros, örtlicher Energieversorgung und Netzbetreiber. Durch die Hilfe bei der fachgerechten und sicheren Ausführung und Modernisierung aller Kundenanlagen entsprechend den Vorschriften, technischen Regeln sowie den gültigen Normen wird eine Steigerung der Fachkompetenz und des Ansehens des Fernwärmehandwerkes erreicht.

Am 17. Juni 2010 haben sich die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die EVH GmbH erfolgreich einer Zwischenprüfung der Fern- und Nahwärme im Rahmen des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) gestellt. Die Arbeitsgemeinschaft für Wärme- und Heizkraftwirtschaft (AGFW) bescheinigte beiden Unternehmen auch nach der Verpachtung der Wärmesparte von der EVH GmbH an die Netzgesellschaft Halle einen sehr guten Stand bei der Arbeits- und Organisationssicherheit. Das TSM-Zertifikat aus dem Jahr 2008 wurde für beide Unternehmen bis 2013 verlängert.

1.4 Kommunikation

Der Gesellschafter der Netzgesellschaft Halle wurde durch schriftliche und mündliche Berichte der Geschäftsführung regelmäßig über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Wichtige Geschäftsvorgänge, die Geschäftsentwicklung, die finanzielle Lage der Gesellschaft und die Ergebnissituation sowie alle Maßnahmen, die nach den Regelungen der Satzung der Zustimmung des Gesellschafters bedürfen, wurden eingehend beraten.

2. Ertragslage

2.1 Absatz/Umsatz

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrugen die Gesamtumsatzerlöse aus Netznutzung 96,2 Millionen Euro, im Vorjahr waren es 72,5 Millionen Euro.

Netznutzung Strom
Im Netzgebiet der Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden im Jahr 2010 819 GWh (Vorjahr: 791 GWh) Strom ausgespeist. Die Umsätze in diesem Zusammenhang betrugen 50,6 Millionen Euro. Dies ist ein Anstieg von 2,2 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Zum einen wurden höhere Umsätze aufgrund des gestiegenen Absatzes generiert. Zum anderen wirkte sich die Inanspruchnahme der Mehrerlösabschöpfung in Höhe von 2,5 Millionen Euro positiv auf den Umsatz aus. Negativen Einfluss hatte der im Jahr 2010 in das Regulierungskonto eingestellte Betrag.

Netznutzung Gas
Der Durchsatz im Erdgasnetz der Gesellschaft betrug 1.349 GWh (Vorjahr: 1.174 GWh). Der Umsatz in diesem Segment belief sich auf 22,7 Millionen Euro (Vorjahr: 24,1 Millionen Euro). Die Ursache für den geringeren Erlösausweis liegt in den gegenüber dem Vorjahr abweichenden Ausweis auf dem Regulierungskonto. Dieses wurde in 2009 dem Außerordentlichen Aufwand und nicht den Umsatzerlösen zugeordnet.

Netznutzung Fernwärme
Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist seit 1. Januar 2010 Pächter des Fernwärmenetzes der EVH GmbH. In Anlehnung an die Berechnungsmethodik der Netznutzungsentgelte für Strom und Gas wurden auch die Entgelte für Wärme kalkuliert. Das Unternehmen setzte 724 GWh Wärme ab und erzielte 22,9 Millionen Euro Umsatzerlöse aus Netznutzung Wärme. Von den Umsatzerlösen wurde die Einstellung in das Regulierungskonto Wärme abgesetzt.

Umsatzerlöse Strom
Das KWK-G sieht vor, dass der von dezentralen KWK-Anlagen erzeugte Strom vom Netzbetreiber aufgenommen werden muss. Der im Kraftwerk Dieselstraße erzeugte Strom wird von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH an die Netzgesellschaft verkauft und zum gleichen Verrechnungspreis an die EVH GmbH weiterverkauft. Somit wurden in den Umsatzerlösen aus Strom in Höhe 22,9 Millionen Euro (Vorjahr: 20,4 Millionen Euro) die eingespeisten Strommengen dezentraler KWK-Anlagen ausgewiesen. Dieser Strom wurde an die EVH GmbH weiterverkauft. Die Gegenposition ist in Höhe von 22,9 Millionen Euro im Strombezug enthalten.

Weiterhin wurden Erlöse für Ausgleichsenergie aus der Bilanzkreisabrechnung des Übertragungsnetzbetreibers erzielt. Diese sind weitestgehend ergebnisneutral. In der Position Strombezug ist der Aufwand für Unterspeisung aus der Bilanzkreisabrechnung enthalten.

Sonstige Umsatzerlöse
Die Energieversorgung Halle Netz GmbH erzielte mit Servicedienstleistungen einen Umsatz in Höhe von 1,6 Millionen Euro. Bestandteil dieser Position waren vor allem die Erlöse aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH GmbH, welcher Energiedienstleistungen für Nahwärme, Facility Management und Kraftwerke für die EVH GmbH beinhaltet. Ferner enthielt diese Position Erlöse für Servicedienstleistungen, vor allem aus Umverlegungsarbeiten für Kundenanschlüsse. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 0,5 Millionen Euro geringere Erlöse für Servicedienstleistungen generiert.

Weitere Sonstige Umsatzerlöse beliefen sich auf 11,7 Millionen Euro (Vorjahr: 10,1 Millionen Euro). Diese Position enthielt überwiegend die Erlöse aus Zuschlägen gemäß § 7 KWK-G in Höhe von 9,4 Millionen Euro. Die Erlöse berücksichtigten die im Kraftwerk Dieselstraße per Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte und gemäß KWK-Gesetz geförderte Strommenge. Die Gegenposition ist im Aufwand für KWK enthalten.

Außerdem enthalten waren die vom regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber Vattenfall Europe Transmission GmbH gezahlten Vergütungen für die eingespeisten KWK-Strommengen kleiner dezentraler Einspeiser sowie für die nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien geförderten, vom Netzbetreiber aufgenommenen Strommengen.

Auch beinhalteten die Sonstigen Umsatzerlöse die Weiterberechnung der Reservenetzkapazität an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH in Höhe von 1,4 Millionen Euro.

2.2 Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Energieversorgung Halle Netz GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 110,1 Millionen Euro an. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 28,6 Millionen Euro.

Bezug Strom
Die KWK-Strombezugskosten aus der Einspeisung dezentraler Erzeuger entsprechen mit 22,9 Millionen Euro den ausgewiesenen Umsatzerlösen aus Strom. Im Vorjahr wurden hierfür 20,4 Millionen Euro aufgewandt.

KWK-Aufwand
Der KWK-Aufwand belief sich im Geschäftsjahr 2010 auf 9,9 Millionen Euro (Vorjahr: 9,3 Millionen Euro). Dieser Sachverhalt resultierte zum einen aus der Vergütung der KWK-Förderung an die zuschussberechtigten Stromeinspeiser und zum anderen aus dem im Netznutzungsentgelt als Letztverbraucherzuschlag enthaltenen KWK-Belastungsausgleich.

Netzverluste/Betriebsverbrauch/Regelenergie
Weiterhin bezog die Energieversorgung Halle Netz GmbH Strom in Höhe von 5,0 Millionen Euro (Vorjahr: 3,3 Millionen Euro) zur Deckung der Netzverluste, des Betriebsverbrauchs und der Regelenergie für das Stromnetz sowie 0,2 Millionen Euro (Vorjahr: 0,4 Millionen Euro) für den Bezug von Kommunalgas für das Gasnetz. Zur Deckung der Netzverluste für das Fernwärmenetz wandte die Gesellschaft 5,2 Millionen Euro auf.

Bezogene Leistungen
Für bezogene Leistungen fielen im abgelaufenen Geschäftsjahr 64,6 Millionen Euro (Vorjahr: 46,6 Millionen Euro) an. Der Aufwand für die Nutzung des vorgelagerten Stromnetzes der envia Verteilnetz GmbH ist aufgrund der geänderten Preisgestaltung gestiegen. In den bezogenen Leistungen sind ebenfalls die gesonderten Kosten des vorgelagerten Gasnetzes von ONTRAS enthalten. Eine weitete Position ist das Pachtentgelt für die von der EVH GmbH gepachteten Energieversorgungsnetze sowie für die von der EVH GmbH erbrachten kaufmännischen und technischen Dienstleistungen im Rahmen der Geschäftsbesorgung durch die EVH GmbH.

2.3 Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2010 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH 60 Mitarbeiter und 6 Auszubildende.

Der Personalaufwand beträgt 3,7 Millionen Euro. Diese Steigerung um 35,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Übernahme zusätzlicher Aufgaben und die damit verbundenen Betriebsübergänge von der EVH GmbH sowie auf Neueinstellungen zurückzuführen. So wechselten zu Jahresbeginn 9 Mitarbeiter per Betriebsübergang zur Energieversorgung Halle Netz GmbH. Insgesamt beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH zum Jahresende 2010 damit 14 Mitarbeiter und 2 Auszubildende mehr als noch zum Ende des Jahres 2009.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 42 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 17 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH stellt sich der demographischen Entwicklung und deren Auswirkungen durch eine verstärkte Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen bzw. die Gewinnung von Hochschulabsolventen. So werden Auszubildende in dualen Studiengängen eingestellt und verstärkt Diplomanden-, Praktikanten- und Traineestellen angeboten. Zum 31. Dezember 2010 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH zwei Trainees.

2.4 Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtszeitraum 21,1 Millionen Euro und fielen mit 3,5 Millionen Euro höher aus als im Vorjahr. Die Abweichungen resultierten hauptsächlich aus den höheren Aufwendungen für Instandhaltung und Abrüstung der Netze. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Übernahme der Fernwärmenetzbetreiberfunktion zum 1. Januar 2010 zurückzuführen. Weitere wesentliche Bestandteile dieser Position waren die Aufwendungen für die Konzessionsabgabe Strom und Gas sowie der Gestattungsvertrag Fernwärme in Höhe von 9,2 Millionen Euro (Vorjahr: 8,9 Millionen Euro) und die Kosten für Abrechnungsdienstleistungen und DV-Dienstleistungen.

2.5 Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2010 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf -0,2 Millionen Euro. Grund für die Veränderung zum Vorjahr in Höhe 2,5 Millionen Euro war im Wesentlichen die geringere Rückstellungsbildung für Mehrerlösabschöpfung im Jahr 2010.

2.6 Ergebnisverwendung

Die Gesellschaft führt den Jahresüberschuss in Höhe von 2,9 Millionen Euro an die EVH GmbH aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages ab.

3. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung weist im Geschäftsjahr einen Zahlungsmittelzufluss von 7,7 Millionen Euro aus, der aus dem Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 10,0 Millionen Euro, dem Cash Outflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 0,6 Millionen Euro und der Ergebnisabführung in Höhe von 1,7 Millionen Euro resultiert.

Wie die Kapitalflussrechnung zeigt, erhöhte sich der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit um 8,0 Millionen Euro.

Die Steigerung des Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit beruht im Wesentlichen auf dem verbesserten Jahresergebnis vor Ergebnisabführung (Zunahme 1,2 Millionen Euro) sowie der Entwicklung der Verbindlichkeiten und der Rückstellungen. Gegenläufig wirkte die Veränderung der Forderungen.

Aufgrund der Zahlungsmittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und unter Berücksichtigung des Cash-Outflows aus der Investitionstätigkeit (0,6 Millionen Euro) sowie der Abführung des Vorjahresergebnisses (1,7 Millionen Euro) ergibt sich insgesamt ein Finanzmittelbestand in Höhe von 11,2 Millionen Euro (Vorjahr: 3,5 Millionen Euro).

Dies entspricht einer Verbesserung des Finanzmittelbestandes um 7,7 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.

Der Finanzmittelbestand wird täglich dem Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH zugeführt und dort angemessen verzinst.

4. Vermögenslage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist mit der EVH GmbH über einen Pachtvertrag verbunden, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Das Unternehmen tätigte im Geschäftsjahr 2010 Investitionen in Höhe von 0,8 Millionen Euro, welche hauptsächlich für die Beschaffung von spezieller Hard- und Software ausgegeben wurden.

Die Bilanzsumme des Unternehmens erhöhte sich um 13,4 Millionen Euro auf 51,4 Millionen Euro. Das Eigenkapital belief sich auf 25 Tausend Euro.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Energieversorgung Halle Netz GmbH notwendig machen würden.

6. Risikobericht

Basierend auf den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich bildet das Risikomanagementsystem der Energieversorgung Halle Netz GmbH einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH führt jährlich zusammen mit der EVH GmbH eine Chancen- und Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. Ziel ist es, möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und Chancen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen zu gewinnen, die Erkenntnisse fortlaufend in unternehmerische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen und gegenüber den Gesellschaftern kontinuierlich zu kommunizieren.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschläge vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld.

Im Rahmen der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass von allen Unternehmen eine Effizienzsteigerung zu erbringen ist. In den ersten fünf Jahren müssen die Netzbetreiber einen jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1,25 Prozent und in den zweiten fünf Jahren von 1,5 Prozent erzielen. Das bedeutet für die Gesellschaft, dass sie ihre Netzentgelte am günstigsten vergleichbaren Unternehmen ausrichten und dessen Niveau spätestens nach zehn Jahren erreichen muss.
Daraus ergibt sich eine Unsicherheit bezüglich des Preisniveaus des Nutzungsentgeltes für Strom und Gas.

BNetzA und Bundeskartellamt (BKartA) veröffentlichten im Dezember 2010 einen gemeinsamen Leitfaden zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen und zum Wechsel des Konzessionsnehmers. Darin stellt die BNetzA und das BKartA ihre Rechtsposition zu teils umstrittenen Rechtsfragen klar.

Zum 31. Dezember 2012 laufen die Konzessionsverträge für Strom und Gas mit der Stadt Halle aus. Die Stadt Halle muss nun in einem wettbewerblichen Auswahl- und Konzessionierungsverfahren nach § 46 Energiewirtschaftsgesetz einen neuen Netzbetreiber für die nächsten 20 Jahre auswählen.

Bislang war die EVH GmbH Konzessionsnehmer, die Netzbetreiberaufgaben für das Strom- und das Gasnetz sind mit Gründung der Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Januar 2007 übergegangen. Ein Wegfall der Konzessionen für das Strom- und Gasnetz kann eine nachhaltige Gefährdung ab 2013 bedeuten.

Die EVH GmbH hat sich fristgerecht auf die Ausschreibung der Konzessionen beworben und geht davon aus, auch weiterhin mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH, die im Angebot die Funktionen des Netzbetreibers übernimmt, Netzbetreiber der Stadt Halle sein zu können.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

7. Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenoptimierung, insbesondere im Bereich Instandhaltung und Ersatzinvestition, mittelfristig eine Verbesserung der Effizienzwerte einstellen wird.

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Energieversorgung Halle Netz GmbH entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Übertragungs- und Verteilleitungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Fachsparten Strom, Erdgas, Fernwärme, Leittechnik, Passivnetze und Zähler.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Gewerke Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Die bereits im Jahr 2009 begonnenen und mittelfristig weiterzuführenden Maßnahmen im Schutzrohrauswechslungsprogramm, zur Neugestaltung des Schalthauses Gimritzer Damm, beim Umbau der Kettenpaartrafostationen und der Ersatz von Fernwärmeprimär- und -sekundärleitungen führen zum einen zur Optimierung im Bereich der Investition und zeigen andererseits Kostensenkungspotenziale der Betriebs- und Instandhaltungskosten.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleich bleibenden Strommengenaufkommen im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Gesellschaft geht in 2011 von Investitionen in Höhe von 1,5 Millionen Euro aus. Hauptsächlich wird in den Kauf bzw. Ersatz von Hard- und Software investiert.

In Umsetzung des Konzernprojekts zur Schaffung einer konzerneinheitlichen und konzerninternen Abrechnungslösung gehen zum 1. Januar 2011 alle Funktionen der Netzabrechnung Strom, Gas und Fernwärme an die IT-Consult Halle GmbH über. Die Aktivitäten werden über Dienstleistungsverträge abgerechnet.

Der Personalbereich der EVH GmbH geht zum 1. Januar 2011 mittels Personalübergang an die Stadtwerke Halle GmbH über. Entsprechende Personaldienstleistungen für die Energieversorgung Halle Netz GmbH werden nun von der Stadtwerke Halle GmbH übernommen und die entsprechenden Rahmenbedingungen durch Dienstleistungsverträge geregelt.

Für das Geschäftsjahr 2011 erwartet die Energieversorgung Halle Netz GmbH ein positives Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 3,6 Millionen Euro. Für 2012 plant die Gesellschaft nach den derzeit bekannten Rahmenbedingungen ein Ergebnis von 2,8 Millionen Euro.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 10.250

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen, die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Müller-Urlaub, Berthold	
		Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	1. stellv. Vorsitzender	Giesting, Carl-Ernst	(bis 27.05.2010)
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard	
		Bauersfeld, Martin	
		Birth, Siegfried	
		Dr. Auerbach, Andreas	(bis 27.05.2010)
		Dr. Schweer, Adolf	(bis 27.05.2010)
		Felke, Thomas	(seit 28.05.2010)
		Gabrysch, Hubert	(seit 28.05.2010)
		Gärtner, Steffen	
		Hajek, Andreas	
		Knöchel, Swen	(seit 28.05.2010)
		Krause, Johannes	
		Neumann, Lutz	
		Paulsen, Oliver	(seit 28.05.2010)

Aufsichtsrat:

Philipp, Lothar
Schramm, Rudenz
Schüssler, Armin (bis 27.05.2010)
Wolter, Tom

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	25	24	24

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	236.821	66	247.955	72	259.309	74	-11.134	-4
Umlaufvermögen	118.447	33	87.703	26	87.693	25	30.744	35
Rechnungsabgrenzungsposten	1.015	0	7.761	2	1.556	0	-6.746	-87
Bilanzsumme	**356.283**	**100**	**343.418**	**100**	**348.558**	**100**	**12.865**	**4**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	77.917	22	76.736	22	76.736	22	1.182	2
Sonderposten mit Rücklagenanteil	9.549	3	10.784	3	12.350	4	-1.235	-11
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	24.423	7	28.896	8	32.979	9	-4.473	-15
Rückstellungen	52.724	15	51.256	15	46.655	13	1.468	3
Verbindlichkeiten	184.566	52	167.415	49	176.081	51	17.151	10
Rechnungsabgrenzungsposten	7.104	2	8.333	2	3.757	1	-1.228	-15
Bilanzsumme	**356.283**	**100**	**343.418**	**100**	**348.558**	**100**	**12.865**	**4**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	452.339	409.097	443.919
Stromsteuer/Erdgassteuer	-34.294	-33.068	-35.798
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-13	-39	16
andere aktivierte Eigenleistungen	1.843	2.158	2.251
sonstige betriebliche Erträge	26.997	24.799	24.537
Materialaufwand	328.687	271.830	319.233
Personalaufwand	27.675	26.837	26.764
Abschreibungen	23.616	26.031	24.383
sonstige betriebliche Aufwendungen	38.343	49.716	37.035
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2.853	1.673	1.015
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	798	347	1.097
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	0	114	412
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.397	4.277	5.069
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.805	26.163	24.141
außerordentliche Erträge	60	4.305	63
außerordentliche Aufwendungen	1.444	5.952	14.555
außerordentliches Ergebnis	-1.384	-1.646	-14.492
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	623	350
sonstige Steuern	1.062	935	594
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	25.359	22.959	8.705
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,07	6,11	2,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	32,55	29,92	11,34	%
Cash-Flow:	48.975	49.104	33.500	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	899	782	828	T€
Personalaufwandsquote:	6,19	6,66	6,15	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	66,25	71,54	73,80	%
Eigenkapitalquote:	21,87	22,34	22,02	%
Fremdkapitalquote:	78,13	77,66	77,98	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Absatz Erdgas	3.221,00	2.910,00	2.980,00	GWh
Absatz Strom	1.577,00	1.339,00	1.557,00	GWh
Absatz Wärme	958,00	753,00	719,00	GWh

e) Lagebericht

1 Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1 Rahmenbedingungen

Nach dem Krisenjahr 2009 konnte die Wirtschaftsleistung Deutschlands in allen Quartalen des Jahres 2010 deutlich gegenüber den Vorjahreswerten zulegen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2010 um 3,6 Prozent (nach -4,7 Prozent im Vorjahr). Dieses in mancher Hinsicht überraschend hohe Wachstum war vor allem auf den starken Anstieg des Außenhandels und der Binnennachfrage zurückzuführen.

Die Wirtschaft Ostdeutschlands konnte dabei nicht so stark zulegen wie der Rest Deutschlands. Während das Wirtschaftswachstum Westdeutschlands im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um preisbereinigt 3,2 Prozent anzog, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands in diesem Zeitraum um 2,2 Prozent. Auch die entsprechenden Halbjahreswerte für unser Bundesland Sachsen-Anhalt deuten auf ein leichtes Hinterherhinken im Jahr 2010 hin, da die Wirtschaft Sachsen-Anhalts in diesem Zeitraum um real 1,3 Prozent zulegte.

Auf dem Arbeitsmarkt führte die positive wirtschaftliche Entwicklung zu einer weiteren Verbesserung. Während die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt um 0,5 Prozent-Punkte abnahm, war der Rückgang in Ostdeutschland und in Sachsen-Anhalt deutlich spürbarer ausgefallen. In Ostdeutschland verringerte sich die Arbeitslosenquote von 13,0 Prozent in 2009 auf 12,0 Prozent in 2010. In Sachsen-Anhalt führte die wirtschaftliche Belebung zu einer Absenkung der Arbeitslosenquote um 1,1 Prozent-Punkte auf 12,5 Prozent.

Auch im abgelaufenen Jahr 2010 zeigte die Bevölkerungsentwicklung in Halle (Saale) einen besseren Verlauf, als in Langzeitstudien vorgezeichnet wurde. Mit 230.831 Einwohnern (Vorjahr 230.377) verzeichnete die Stadt erstmals seit vielen Jahren wieder einen Zuwachs.

1.2 Branchenentwicklung

Durch die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Im Juni 2009 verabschiedete der Europäische Rat das 3. Binnenmarktpaket zur Strom- und Gasmarktliberalisierung, welches im September 2009 in Kraft trat. Die Verordnungen gelten ab März 2011. Mit dem Paket werden die Strom- und Erdgasbeschleunigungsrichtlinien aus dem Jahr 2003 fortgeschrieben. Ziel des Paketes ist unter anderem eine effektive Trennung des Netzbetriebes von der Erzeugung. Zudem sollen die Befugnisse der Regulierungsbehörden gestärkt, ein diskriminierungsfreier Zugang zu Übertragungs- und Fernleitungsnetzen sowie Speicher- und LNG-Anlagen ermöglicht und die Verbraucherrechte erweitert werden.

Nachdem 2009 der EU-Rechtsrahmen für die Energieversorgung mit dem 3. Binnenmarktpaket Strom und Gas umfangreich geändert wurde, soll nun das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) angepasst werden. Dazu hatte das Bundeswirtschaftsministerium ein Eckpunktepapier zur EnWG-Novelle 2011 vorgelegt, welches Schwerpunkte zum Thema Entflechtung, aber auch zum Verbraucherschutz enthält.

Am 27. Februar 2010 trat die Ausführungsverordnung der Bundesnetzagentur zur Ausgleichsmechanisierungsverordnung (AusglMechV) für EEG-Strom in Kraft. Die EEG-Ausgleichsverordnung regelt die Wälzung der EEG-Strommengen neu. Auf Basis dieser Verordnung erfolgte seit Januar 2010 nur noch ein rein finanzieller Ausgleich für den EEG-Strom. Bislang waren die nach dem EEG vergüteten Strommengen in einem aufwändigen Verfahren auf alle Stromvertriebsunternehmen in Deutschland verteilt worden.

Die AusglMechV verpflichtet die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (50Hertz, Amprion, EnBW Transportnetze, Tennet) den gesamten EEG-Strom an der Strombörse zu verkaufen. Die an der Börse erzielten Einnahmen reichen nicht aus, die Ausgaben für die im EEG festgelegten Vergütungen und die sogenannten Profilservicekosten des EEG-Stroms zu decken. Den prognostizierten Fehlbetrag geben die Übertragungsnetzbetreiber in Gestalt der EEG-Umlage an die Stromlieferanten weiter. Im Oktober 2010 veröffentlichten die vier Übertragungsnetzbetreiber die EEG-Umlage für 2011. Dies bedeutet eine Belastung von 3,53 Cent/kWh für Stromkunden. Im Jahr 2010 lag die Umlage bei 2,047 Cent/kWh.

Im Juli 2010 wurde die Novellierung des EEG 2009 im Bundesrat beschlossen. Das geänderte Gesetz trat im August in Kraft. Mit der Novelle wurde einer deutlich schnelleren Absenkung der Solarstromförderung zugestimmt. Im Jahr 2010 erfolgte rückwirkend zum 1. Juli eine Senkung um 13 Prozent, zum 1. Oktober noch einmal um weitere drei Prozent. In 2011 wird es weitere Senkungen geben, die sich nach der Marktentwicklung richten.

Die Bundesregierung beschloss im Mai dieses Jahres die Neufassung der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV), welche am 9. September 2010 in Kraft trat. Die drei wesentlichen Änderungen gegenüber der bisherigen Fassung der GasNZV sind hierbei die Reduzierung der Marktgebiete von sechs auf zwei bis zum Jahr 2013, die Erleichterung des Zugangs zu Transportkapazitäten durch diskriminierungsfreie Versteigerung sowie die Begrenzung des Reservierungsrechts für Betreiber von Gaskraftwerken auf maximal drei Jahre. Die Änderungen der GasNZV sollen insbesondere eine Verstärkung des bundesweiten Wettbewerbs bei der Belieferung von Letztverbrauchern bewirken.

Am 28. September 2010 wurden durch die Bundesregierung das Energiekonzept sowie ein 10-Punkte-Sofortprogramm beschlossen und am 28. Oktober 2010 vom Bundestag bestätigt. Mit dem Energiekonzept soll eine zuverlässige, sichere, kostengünstige Energieversorgung auf Basis der erneuerbaren Energien geschaffen werden. Es geht um die Entwicklung und Umsetzung einer bis 2050 reichenden Gesamtstrategie. Dafür wurden konkrete Ziele formuliert. Treibhausgasemissionen sollen bis 2020 um 40 Prozent, bis 2030 um 55 Prozent, bis 2040 um 70 Prozent und bis 2050 um 80 bis 85 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken. Mit dem Konzept will man weiterhin erreichen, dass bis 2050 der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung 80 Prozent beträgt. Weiterhin soll der Primärenergieverbrauch bis 2050 um 50 Prozent gegenüber 2008 sinken.

Das 10-Punkte-Sofortprogramm beinhaltet Maßnahmen, die bis Ende 2011 realisiert werden sollen. Das Programm umfasst beispielsweise die Weiterentwicklung einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eingerichteten Netzplattform als permanentes Forum, eine Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas, um den Wettbewerb zu stärken, die deutschlandweite Netzausbauplanung, ein fünf Millionen Kreditprogramm für die Offshore-Windenergie sowie die Befreiung neuer Speicherkraftwerke von den Netzentgelten.

Mit dem Energiekonzept wurde auch das Atomgesetz novelliert und die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke beschlossen. Durch die Laufzeitverlängerung generieren die vier großen Stromkonzerne höhere Gewinne. Das Gesetz verpflichtet die Betreiber, feste Abgaben an den Bund zu zahlen, welche in einen Energie- und Klimafonds des Bundes fließen. Außerdem müssen die Energieversorger ab 2011 auf den Verbrauch von Kernbrennstoff Steuern zahlen. Durch die Laufzeitverlängerung könnte es zu einer Verzögerung des Wettbewerbs auf dem Strommarktes kommen. Durch den ausbleibenden Wettbewerb werden die Marktpositionen der großen Stromkonzerne gestärkt.

Im November stellte die EU-Kommission in der Mitteilung „Energie 2020“ die Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie vor. Darin enthalten ist auch das Energie-Infrastrukturpaket. Mit dem Programm setzt die EU Prioritäten in der Energiepolitik bis 2020 und später. Demnach soll das Paket den europaweiten Netzausbau voranbringen und die Lücken in den europäischen Strom- und Gasnetzen schließen.

Am 12. November 2010 trat das neue Energiedienstleistungsgesetz (EDL-Gesetz) in Kraft. Damit hat Deutschland die EU-Energiedienstleistungsrichtlinie vollständig umgesetzt. Durch das Gesetz sind Energieversorger verpflichtet, Endkunden über Energiedienstleistungen, Energieaudits, Energieberatungen oder Energieeffizienzmaßnahmen zu informieren. Ferner soll der Energieeinsparrichtwert erreicht werden, der bis 2017 neun Prozent Endenergie im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2005 vorsieht.

Das Haushaltsbegleitgesetz 2011 wurde am 14. Dezember 2010 im Bundesgesetzblatt verkündet und tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Die in dem Gesetz enthaltenen Maßnahmen sollen eine Entlastung des Bundeshaushaltes bewirken. Änderungen ergaben sich vor allem beim Luftverkehrssteuergesetz, beim Energie- und Stromsteuergesetz, bei der Insolvenzordnung, bei den Sozialgesetzen sowie der Bundeshaushaltsordnung. Die Energiebranche trifft vor allem die Novellierung des Energie- und Stromsteuergesetzes, in dem unter anderen der Wegfall der steuerlichen Begünstigung für Fernwärmeerzeugung beschlossen wurde.

Im Dezember fand der Klimagipfel in der mexikanischen Küstenstadt Cancún statt. Ziel war es, nach Auswegen aus der globalen Klimakrise zu suchen. Es wurde ein Paket von Maßnahmen beschlossen mit dem Ziel, dass die globale Temperatur nicht mehr als zwei Grad ansteigen soll. Die Kyoto-Industriestaaten und die USA legten ihre nationalen Treibhausgas-Reduktionsziele fest. Es wurden weiterhin ein globales Waldschutzprogramm und ein „grüner Fonds“ zur Unterstützung ärmerer Länder für Klimaschutzmaßnahmen beschlossen.

Die Leipziger Energiebörse European Energy Exchange (EEX) und die Terminbörse Eurex erweitern ihr Angebot zum Emissionshandel. Am 30. Juni begannen die beiden Börsen den Handel mit EUA-Futures, die ab der dritten Handelsperiode des europäischen Emissionshandelssystems (EU ETS) fällig werden. Die dritte Handelsperiode beginnt am 1. Januar 2013.

Die EEX hat neben dem Stromhandel nun auch den Erdgashandel ausgebaut. Dazu werden ab Januar 2011 die börslichen Handelszeiten am Spot- und Terminmarkt für Erdgas erweitert sowie ein neuer Gaspreisindex für den deutschen Markt eingeführt. Für Mai 2011 plant die Börse den Einstieg in den 24-Stunden-Handel auf dem Gasspotmarkt für den kurzfristigen Bedarf.

1.3 Geschäft

Die Stadtwerke Halle GmbH hat den 30 Prozent Anteil an der EVH GmbH erworben. Damit befindet sich die EVH GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2010 zu 100 Prozent im Konzernverbund der Stadtwerke Halle GmbH.

Die EVH GmbH verpachtet seit 1. Januar 2010 ihr Fernwärmenetz an die Energieversorgung Halle Netz GmbH. Dazu wurden die Aufgaben der Grundsatzplanung und Netzstrategie, die Verantwortung für die Führung der Netzleitstelle sowie die Netzwirtschaft und Netznutzung in die Netzgesellschaft überführt. Die detaillierten Rahmenbedingungen sind in einem Pachtvertrag sowie durch Geschäftsbesorgungsverträge geregelt.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2010 wurde ein neuer Dienstleistungsvertrag zwischen der EVH GmbH und der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH abgeschlossen. Der Vertrag beinhaltet die Übertragung der kaufmännischen und technischen Betriebsführung für das Heizkraftwerk Halle-Trotha an die EVH GmbH.

Die Richtlinie 2009/72/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt verpflichtet die Mitgliedsstaaten, im Rahmen der wirtschaftlichen Vertretbarkeit und der technischen Machbarkeit sicherzustellen, dass bei allen Kunden sogenannte intelligente Zähler (Smart Meter) eingebaut werden, die eine Steuerung des Verbrauchsverhaltens ermöglichen. Mit der Neufassung der §§ 21b und 40 EnWG und deren Inkrafttreten am 9. September 2008 wurde die Umsetzung der Inhalte der EU-Richtlinie eingeläutet. Messstellenbetreiber müssen ab dem 1. Januar 2010 bei Neuanschluss oder im Rahmen von größeren Renovierungen Messeinrichtungen einsetzen, die den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit erfassen und anzeigen. Aus den gesetzlichen Vorgaben heraus haben am 28. September 2010 die Stadtwerke Leipzig GmbH, die Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH und die EVH GmbH eine gemeinsame Smart Metering Gesellschaft mit dem Namen „Meter1 GmbH & Co. KG“ gegründet. Die Gesellschaft hat ihren Hauptsitz in Halle (Saale). Damit kooperieren die drei Energiedienstleister nun auf dem Gebiet von Messstellenbetrieb und Messdienstleistung. Ziel der Meter1 GmbH & Co. KG ist es, das Geschäftsfeld des Smart Metering wirtschaftlich effizient zu entwickeln, damit die beteiligten Unternehmen ihren Kunden auf dieser Basis moderne Produktvarianten rund um die „intelligenten Zähler“ anbieten können. Diese neue Zähler-Generation soll die bessere Kontrolle des Verbrauchs und damit die Ermittlung von Energieeinsparpotenzialen ermöglichen.

Am 14. Dezember 2010 wurde die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, eine 100-prozentige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH, gegründet. Die kaufmännische und technische Dienstleistung sowie die Belieferung mit Strom für diese Gesellschaft übernimmt die EVH GmbH. Des Weiteren werden Mitarbeiter der EVH GmbH über einen Arbeitnehmerüberlassungsvertrag in die neu gegründete Gesellschaft übergehen. Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH ist für die Betriebsführung, Instandhaltung und Energiebelieferung aller sich im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen sowie den Ersatz und die Optimierung unwirtschaftlicher Beleuchtungsanlagen verantwortlich.

Die Rohölpreise sind zum Ende des Jahres 2010 gestiegen. Die Preise erreichten zum Jahresende 90 Dollar pro Barrel. Grund dafür war die Konjunkturverbesserung. Weiterhin führte die Staatsschuldenkrise in der EU (Griechenland und Irland) zu einer deutlichen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, was zu einer weiteren Verteuerung in der Euro-Zone führte. Da auch im Jahr 2011 mit einem Aufschwung der Wirtschaft zu rechnen ist, werden, auch unter Berücksichtigung der derzeit herrschenden Konflikte in Nordafrika, Kosten in Höhe von 100 Dollar pro Barrel Rohöl prognostiziert.

Im Vergleich zum Dezember 2009 stieg der VIK-Strompreisindex zum Dezember 2010 leicht um 2,41 Punkte (+ 1,6 Prozent). Der Index spiegelt die Entwicklung des Strompreises für große Kunden wider und basiert auf der Börsenpreisentwicklung und den Netzentgelten. Grund für die Entwicklung sind die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen höheren Spotmarktpreise auf den Großhandelsmärkten und die sich fortsetzende konjunkturelle Erholung. Trotz des Absinkens der Preise an der EEX im vierten Quartal 2010 wurde das niedrige Niveau von 2009 nicht erreicht.

Der Monitoringbericht der Bundesnetzagentur zeigt eine Abschwächung des Wettbewerbsdrucks am Strommarkt im Vergleich zum Vorjahr auf. Grund dafür soll die Trägheit der Verbraucher sein. Dieser Trend ist bei der EVH GmbH nicht zu verzeichnen. Der Wettbewerb im Netzgebiet Halle ist intensiv. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen, wobei der Direktvertrieb durch sogenannte Haustürgeschäfte am weitesten verbreitet ist. Diese Vermittler überreden teilweise mit unlauteren Mitteln Kunden zum Wechsel des Energielieferanten. Gegen solche Unternehmen wurden juristische Schritte in die Wege geleitet.

Der Wettbewerb am deutschen Gasmarkt gewann 2010 an Intensität. Nach einer Marktanalyse von toptarif.de hatten Ende 2010 die Verbraucher in Deutschland die Wahl zwischen durchschnittlich 41 Gasanbietern. Ende 2009 lag die Zahl der Anbieter noch bei 19.

Die aktuellen Marktaktivitäten verdeutlichen, dass sich die EVH GmbH auf eine weitere Intensivierung des Wettbewerbs um Endkunden einstellen muss.

Die EVH GmbH engagiert sich im Markt für Elektromobilität. Seit April verleiht die Gesellschaft 50 Elektrofahrräder an hallesche Vereine, Institutionen und Einrichtungen. Weiterhin kooperieren die EVH GmbH, die Stadt Halle und die Hallesche Verkehrs-AG auf dem Gebiet der Elektromobilität. Dazu wurde die Interessengemeinschaft AG elmo Mitteldeutschland ins Leben gerufen. Ziel ist die Förderung und Unterstützung des Ausbaus der Elektromobilität in Mitteldeutschland. Dazu sollen gemeinsame Standards z. B. im Bereich Anmeldung, Infrastruktur, Bau, Sicherheit usw. entwickelt und vorgegeben sowie Informationen über aktuelle politische, technische und soziale Entwicklungen zur Verfügung gestellt werden. Im Auftrag verschiedener Stadtwerke sowie der EVH GmbH übernahm die Trianel GmbH einen Projektentwicklungsauftrag „Elektrische Mobilität & Kommunale Unternehmen“. Dieser umfasst u. a. die Analyse der Marktentwicklung, die Vorbereitung des Markteinstieges und die Untersuchung der Machbarkeit von Vertriebs- und Demonstrationsprojekten. Als Benefit können Angebote und Produkte zu besonderen Konditionen durch die Einkaufsgemeinschaft bezogen werden. Damit trägt das Unternehmen zu Klimaschutz und Luftverbesserung in der Saalestadt bei.
Des Weiteren legt das Unternehmen Wert auf eine Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Die EVH GmbH installierte auf dem Dach des Verwaltungsgebäudes an der Spitze sowie in Halle-Trotha (Technischer Betriebshof, Kraftwerksgelände) und auf dem Gelände des ehemaligen Umspannwerkes in der Köthener Straße Photovoltaikmodule.

Um die Kundenbindung zu verbessern, werden immer wieder neue Dienstleistungen oder Produkte entwickelt. Mit dem Produkt „Halplus GrünAnlage“, konnten die EVH-Kunden in Zusammenhang mit den Investitionen in Photovoltaik-Anlagen einen Sparbrief erwerben. Bis zu 5.000 Euro konnten mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei der Saalesparkasse angelegt werden. Unter der Voraussetzung, dass ein Stromliefervertrag mit der EVH GmbH besteht, wurde ein Zinsaufschlag von 1,65 Prozent p. a. von der EVH gewährt, sodass eine Gesamtverzinsung von 3 Prozent p. a. ermöglicht wurde. Innerhalb von 4 Wochen war das Volumen ausgeschöpft. Damit wurde eine langfristige Bindung zu den beteiligten Kunden aufgebaut.

Seit 1. Juli 2010 wird das Produkt Halplus Erdgas Bio+ angeboten. Es ist ein Produkt zur Lieferung von 100-prozentigen Bioerdgas. Das bezogene Biogas wird auf Basis von nachwachsenden Rohstoffen gewonnen. Der umweltfreundliche Anbau und die modernste Technik zur Gewinnung des Gases sind durch Zertifikate belegt.

Am 17. Juni 2010 haben sich die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die EVH GmbH erfolgreich einer Zwischenprüfung der Fern- und Nahwärme im Rahmen des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) gestellt. Die Arbeitsgemeinschaft für Wärme und Heizkraftwirtschaft (AGFW) bescheinigte beiden Unternehmen auch nach der Verpachtung der Wärmesparte von der EVH GmbH an die Netzgesellschaft einen sehr guten Stand bei der Arbeits- und Organisationssicherheit. Das TSM-Zertifikat aus dem Jahr 2008 wurde für beide Unternehmen bis 2013 verlängert.

Die Gesellschaft engagiert sich seit 2004 stark für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In der Zielvereinbarung zur Re-Auditierung „berufundfamilie 2010“ bildete das betriebliche Gesundheitsmanagement einen Schwerpunkt. Den Mitarbeitern an allen Standorten der EVH GmbH wurden die vielfältigsten Angebote zur Gesundheitsvorsorge unterbreitet, z. B. Grippeschutzimpfung, Rückenschule und Massage am Arbeitsplatz. Im Mai 2010 gewann das Unternehmen auf der 4. Gesundheitskonferenz der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) den 2. Preis für ihr Gesundheitsmanagement.

Für das Projekt „wikiwiki mamokupuni“ wurde der EVH GmbH am 28. Oktober 2010 der Ethikpreis 2010 der Wirtschaftsakademie Sachsen-Anhalt verliehen. Damit würdigte die Wirtschaftsakademie im Rahmen ihrer zweiten Ethik-Konferenz erstmalig unternehmerisches Engagement im Einklang mit Ethik, nachhaltiger Entwicklung und gesellschaftlich verantwortlichem Handeln im Unternehmen.

2 Ertragslage

2.1 Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Das Ergebnis der EVH GmbH entwickelte sich positiv. Im Geschäftsjahr 2010 erwirtschaftete das Unternehmen einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 25,4 Millionen Euro. Das ist ein Anstieg von 2,4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr.

2.2 Erzeugung

In diesem Geschäftsjahr produzierte die EVH GmbH 226 GWh Wärme (Vorjahr: 160 GWh). Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Wärmeproduktion im Heizwerk Dieselstraße war zum einen auf die kühlere Witterung und zum anderen auf die Umverlagerung der Produktion von der an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH verpachtete Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) des Heizkraftwerkes Dieselstraße zurückzuführen.

Das Unternehmen führte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Betriebsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH durch. Diese erzeugte 663 GWh Strom (Vorjahr: 661 GWh) und 736 GWh Wärme (Vorjahr: 693 GWh). Die Produktion erfolgte in den Heizkraftwerken Dieselstraße und Halle-Trotha im umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungsprozess.

2.3 Absatz/Umsatz

Strom
Die EVH GmbH belieferte zum 31. Dezember 2010 über 145.400 Kunden mit Strom. Im Vorjahr waren es noch ca. 151.800 Kunden. Der Rückgang ist dem intensiven Wettbewerb im Netzgebiet von Halle geschuldet.

Der Absatz im Stromsegment betrug 1.577 GWh und lag mit 238 GWh über dem Vorjahreswert.

Die Absatzmenge im Netzgebiet Halle ist um insgesamt 49 GWh zurückgegangen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Netzverluste Strom mehr an die Energieversorgung Halle Netz GmbH verkauft. Der Rückgang war außerdem auf den sich weiter verschärfenden Wettbewerb im Endkundensegment sowie auf das Verbrauchsverhalten der Kunden zurückzuführen.

Außerhalb des Netzgebietes von Halle konnten 71 GWh mehr abgesetzt werden. Grund hierfür war die Ausweitung des Geschäfts in diesem Bereich.

Durch Kraftwerksvermarktung und Bilanzkreisoptimierung wurden 622 GWh abgesetzt. Das waren 216 GWh mehr als im Vorjahr. Durch die erstmalige Portfoliotrennung Kraftwerk/Vertrieb erfolgte der komplette Verkauf der im Kraftwerk Dieselstraße erzeugten Strommenge am Markt. Die Gegenposition ist im Strombezug enthalten.

Im Geschäftsjahr 2010 erzielte die EVH GmbH aus dem Stromverkauf 178,3 Millionen Euro. Dies sind 21,7 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (156,6 Millionen Euro).

Wärme
Im Jahr 2010 betrug der Wärmeabsatz 958 GWh. Dies waren 205 GWh mehr als im Vorjahr (753 GWh). Durch die Verpachtung des Fernwärmenetzes an die Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden die Netzverluste verkauft. Zum anderen konnte aufgrund der kühlen Witterung ein höherer Absatz erzielt werden. Die Umsatzerlöse betrugen 61,1 Millionen Euro. Dies ist ein Anstieg von 2,9 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr (58,2 Millionen Euro).

Erdgas
Die EVH GmbH lieferte im Berichtsjahr 2010 an mehr als 37.500 Kunden 1.429 GWh Erdgas. Im Vergleich zum Vorjahr (1.153 GWh) stieg der Erdgasabsatz aufgrund der kühlen Witterung sowie durch höhere Akquisition von Kunden außerhalb des Netzgebietes von Halle um 276 GWh.

Das Unternehmen verkaufte an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 1.791 GWh Gas (Vorjahr: 1.757 GWh). Grund für den Anstieg im Vergleich zum Vorjahr waren zum einen die kühle Witterung und zum anderen die Wärmeproduktionsverlagerung von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH zur EVH GmbH im Zusammenhang mit dem Ausfall der GuD-Anlage im Jahr 2009.

Im Geschäftsjahr 2010 konnten 109,3 Millionen Euro Umsatz generiert werden. Dies ist ein Anstieg von 1,3 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr (108,0 Millionen Euro). Grund hierfür war der höhere Absatz.

Sonstige Umsatzerlöse
Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen im Wesentlichen Erlöse aus der Verpachtung der Energieversorgungsnetze und der GuD-Anlage des Heizkraftwerkes Dieselstraße in Höhe von 32,0 Millionen Euro (Vorjahr: 23,8 Millionen Euro) sowie Erlöse aus Geschäftsbesorgungen/Dienstleistungen von 33,0 Millionen Euro (Vorjahr: 25,1 Millionen Euro). Der Anstieg in dieser Position ist auf die Verpachtung des Fernwärmenetzes der EVH GmbH zum 1. Januar 2010 an die Energieversorgung Halle Netz GmbH zurückzuführen.

2.4 Bezug

Strom
Im Geschäftsjahr 2010 bezog die EVH GmbH 1.584 GWh Strom (Vorjahr: 1.349 GWh) auf dem Wege der strukturierten Strombeschaffung sowie von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Für den Bezug von Strom wandte das Unternehmen 91,9 Millionen Euro auf.

Wärme
Von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH wurden 736 GWh Wärme bezogen (Vorjahr: 693 GWh). Das waren 43 GWh mehr als im Vorjahr, was auf die kühle Witterung zurückzuführen war. Der Aufwand in diesem Segment betrug 24,6 Millionen Euro.

Erdgas
Für den Kommunalgasabsatz und für die Belieferung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH sowie für eigene Zwecke (Brennstoffeinsatz, Eigenverbrauch) bezog die EVH GmbH insgesamt 3.494 GWh Erdgas, 388 GWh mehr als im Vorjahr. Die Bezugskosten lagen somit 2,0 Millionen Euro über dem Vorjahreswert (79,5 Millionen Euro). Grund dafür waren die höheren Bezugsmengen durch die kühlere Witterung.

EEG-Umlage
Der finanzielle Ausgleich für den EEG-Strom (EEG-Umlage) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 19,1 Millionen Euro.

Bezogene Leistungen
Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen 103,7 Millionen Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (73,9 Millionen Euro) waren das 29,8 Millionen Euro mehr. Durch den höheren Absatz in den Segmenten Strom und Gas sowie durch die Verpachtung der Fernwärmenetze fielen höhere Netznutzungsentgelte an.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2010 beschäftigte die EVH GmbH 493 Mitarbeiter und 54 Auszubildende. Das sind 14 Personen weniger als im Vorjahr. Der Personalaufwand betrug 27,7 Millionen Euro und ist damit um 3,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies ist einerseits auf die mit dem Tarifabschluss 2010 verbundene Einmalzahlung und andererseits auf die Anhebung der betriebsüblichen Arbeitszeit von 36 auf 37 Wochenstunden zurückzuführen.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug zum Geschäftsjahresende 43, die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit 20 Jahre.

Die EVH muss sich den Herausforderungen des demographischen Wandels stellen. Neben der weiteren Optimierung des Personalaufwandes liegt daher das Augenmerk besonders auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch Berufsausbildung bzw. der Gewinnung von Hochschulabsolventen. So werden Jungfacharbeiter längerfristig bzw. unbefristet übernommen, Diplomanden, Praktikanten und Trainees sollen durch Ausbau der Hochschulkontakte und die Präsenz auf Messen gewonnen werden. Zum 31. Dezember 2010 beschäftigte die EVH GmbH 5 Trainees.

2.6 Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2010 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf -1,4 Millionen Euro und lag damit ungefähr auf Vorjahresniveau.

3. Finanzlage

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug zum Bilanzstichtag 50,6 Millionen Euro (Vorjahr: 44,5 Millionen Euro).

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit reichte aus, um sowohl den Finanzierungsbedarf für die Tilgung der laufenden Kredite (13,9 Millionen Euro) als auch die Ergebnisabführung in Höhe von 23,0 Millionen Euro zu decken.

Die Verbesserung des Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit um 6,1 Millionen Euro auf 50,6 Millionen Euro (Vorjahr: 44,5 Millionen Euro) ist maßgeblich auf das um 2,4 Millionen Euro (25,4 Millionen Euro, Vorjahr: 23,0 Millionen Euro) verbesserte Jahresergebnis unter Berücksichtigung der Entwicklung der Rückstellungen (Zunahme 2,9 Millionen Euro; Vorjahr: Abnahme 0,6 Millionen Euro) zurückzuführen.

Der Finanzmittelbestand der EVH GmbH belief sich am 31. Dezember 2010 auf insgesamt 51,0 Millionen Euro und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

Der Cash Outflow aus der Investitionstätigkeit betrug 10,9 Millionen Euro. Die Finanzierung der langfristigen Investitionen erfolgte im Berichtsjahr 2010 über einen EIB-Fördermittelkredit in Höhe von 6,35 Millionen Euro und ein Investitionsdarlehen in Höhe von 7,25 Millionen Euro.

Im stichtagsbezogenen kurzfristigen Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva ./. kurzfristige Schulden) ergab sich eine Unterdeckung von 7,3 Millionen Euro (Vorjahr: Unterdeckung 20,3 Millionen Euro). Der aus dem Bestand an kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen resultierende zukünftige Zahlungsmittelabfluss kann bei Ausbleiben entsprechender Zahlungsmittelflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit zu einer Belastung der Liquidität führen mit der Folge, dass die derzeit von der SWH genutzte Cash Pool-Kreditlinie in Anspruch genommen werden müsste. Die Liquidität war während des Jahres 2010 gegeben und wird auch im Geschäftsjahr 2011 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

4. Vermögenslage

Im Berichtsjahr 2010 tätigte die EVH GmbH Investitionen in Höhe von 14,5 Millionen Euro. Schwerpunkte waren die Sanierung, Anpassung und Erweiterung des Fernwärmenetzes im Stadtgebiet Halle, die Ablösung des Schalthauses in der Turmstraße, der Ersatz von Trafokettenpaarstationen, die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern von Gebäuden der EVH GmbH, der Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, die Erweiterung und der Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, der Neubau von Wärmeerzeugungsanlagen sowie die Erschließung von Wohngebieten.

Die Bilanzsumme des Unternehmens erhöhte sich um 12,9 Millionen Euro auf 356,3 Millionen Euro. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 111,9 Millionen Euro. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 31,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich diese um 1,3 Prozentpunkte.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2010 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die EVH GmbH notwendig machen würden.

6. Risikomanagement

Die EVH GmbH betreibt ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, um dem sich fortwährend ändernden Umfeld zu entsprechen und den wachsenden gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Deshalb führt die EVH GmbH jährlich eine Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. In die Früherkennung werden alle Unternehmensbereiche einbezogen.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Festpreisein- und verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Im Rahmen des Risikomanagements für Energiebeschaffung und Vermarktung erfolgten für die Jahre 2011 und 2012 Geschäfte, um die geplanten Deckungsbeiträge der Stromproduktion des Heizkraftwerkes Dieselstraße abzusichern. Für das Jahr 2011 beträgt der Absicherungsgrad nahezu 100 Prozent sowie 81 Prozent für 2012.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Stromhandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limite fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner. Diese Limite werden jährlich durch den Aufsichtsrat bestätigt.

Auf dem Absatzmarkt besteht im Allgemeinen ein erhöhtes Insolvenzrisiko und damit einhergehend ein erhöhtes Forderungsausfallrisiko. Die Creditreform Halle Balles Schurk KG entwickelte einen Privatschuldenindex. Er wird gebildet aus einer Indikatorenkombination von harten und weichen Merkmalen wie Zahlungsstörungen, Kreditausfällen, Abgabe von eidesstattlichen Erklärungen usw. in ausgewählten Großstädten. Für Halle (Saale) ist dieser Index in den letzten Jahren gestiegen und damit schlechter geworden. Von insgesamt 413 untersuchten Städten ist die Stadt Halle (Saale) auf dieser Rangliste auf Platz 398. Um dem Risiko entgegen zu wirken, wird auf eine Erschließung überregionaler Märkte verstärkt Augenmerk gelegt.

Die EVH GmbH behielt die Beschaffungsstrategie für den Kommunalgasbezug bei. Es erfolgte eine Streuung der Preis- und Mengenrisiken durch die Aufteilung der Gesamtbeschaffung auf mehrere Lieferanten. Risiken bestehen hier auch in den Mindestabnahmeverpflichtungen für Kommunal- und Kraftwerksgas z. B. bei milder Witterung.

Es besteht ein Risiko aus einem Liefervertrag über eine Winterbandlieferung vom 1. November 2010 bis 31. März 2014 mit ölgebundenem Gas. Der Vertrag wurde im Juni 2009 verhandelt und bezuschlagt. Seitdem hat es im Gasmarkt eine Verschiebung von ölgebundenen Gasprodukten zu Gasangeboten auf TTF-Preisniveau gegeben. Durch diese Veränderungen ist davon auszugehen, dass die daraus entstehenden Gasbezugskosten nicht durch entsprechende Erlöse aus dem Endkundenmarkt abgedeckt werden können. Zum Bilanzstichtag wurde unter Berücksichtigung des möglichen Absatzpotenzials sowie der Marktpreisentwicklung ein zu erwartender Verlust aus diesem Vertrag über die Gesamtlaufzeit ermittelt und eine Rückstellung in Höhe von 2,6 Millionen Euro gebildet. Der Rückstellungsbetrag wurde auf Grundlage eines Mittelwertes zukunftsbezogener Marktpreise ermittelt, was die prognostizierten Marktpreise aus Sicht der Geschäftsführung am besten widerspiegelt. Abhängig von der derzeit sehr volatilen Marktentwicklung können die Verluste höher oder niedriger ausfallen, sodass eine Anpassung der Rückstellung in künftigen Perioden gegebenenfalls notwendig wird.

Ab 2013 besteht das Risiko verminderter Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der Stromerzeugung des Heizkraftwerkes Dieselstraße aufgrund der gegenwärtigen Marktpreissituation.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in zwei Fällen die Rechtsprechung zu Preisanpassungsklauseln präzisiert, bei denen die Preise an die Entwicklung für Heizöl gekoppelt sind. Die Rechtsprechung in diesem Bereich entwickelt sich weiter und wurde als Position in die Chancen- und Risikoinventur aufgenommen.

Zum 31. Dezember 2012 laufen die Konzessionsverträge für Strom und Gas mit der Stadt Halle aus. Die Stadt Halle muss nun in einem wettbewerblichen Auswahl- und Konzessionierungsverfahren nach § 46 Energiewirtschaftsgesetz einen neuen Netzbetreiber für die nächsten 20 Jahre auswählen.

Bislang war die EVH GmbH Konzessionsnehmer, die Netzbetreiberaufgaben für das Strom- und das Gasnetz sind mit Gründung der Energieversorgung Halle Netz GmbH zum 1. Januar 2007 übergegangen.

Die EVH GmbH hat sich fristgerecht auf die Ausschreibung der Konzessionen beworben und geht davon aus, auch weiterhin mit der Energieversorgung Halle Netz GmbH, die im Angebot die Funktionen des Netzbetreibers übernimmt, Netzbetreiber der Stadt Halle sein zu können.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses liegt eine Auskunft der Stadt Halle vor, gemäß der sich keine weiteren Bieter am Ausschreibungsverfahren beteiligt haben.

Im Rahmen des Stadtumbaus in der Stadt Halle (Saale) ist nicht auszuschließen, dass zukünftig weitere Aufwendungen (erhöhte Abschreibungen aufgrund Verkürzung von Nutzungsdauern von Vermögensgegenständen, außerplanmäßige Abschreibungen und Verluste aus Anlagenabgängen, Rückbauverpflichtungen, Stilllegungskosten etc.) auf die EVH GmbH zukommen werden.

Das Umweltministerium des Landes plant die Einführung der Umweltzone in Halle. Sie soll in zwei Phasen eingeführt werden. Zum 1. September 2011 dürfen nur noch Autos mit grüner und gelber Plakette die Umweltzone befahren. Ab 2013 soll die Einfahrt dann nur noch mit der grünen Plakette oder einer Ausnahmegenehmigung möglich sein. In diesem Zusammenhang müssen neue Fahrzeuge beschafft werden.

7. Prognosebericht

Nach Einschätzung der Norddeutschen Landesbank stieg das Wirtschaftswachstum 2010 in Sachsen-Anhalt um 2,2 Prozent und liegt dabei deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 3,7 Prozent. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) prognostiziert für 2011 ein Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent und für 2012 einen Anstieg um 1,7 Prozent.

Die demographischen Rahmenbedingungen (weiterer prognostizierter Bevölkerungsrückgang) in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom, Erdgas und Fernwärme im Netzgebiet der EVH GmbH.

Die Energieeffizienz von Neubauten steigt aufgrund gesetzlicher Vorgaben. Derzeit gilt die Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009. Für 2012 wird eine Novellierung mit einer weiteren Verschärfung der Anforderungen um ca. 30 Prozent gerechnet. Die EU hat unlängst eine neue Gebäuderichtlinie beschlossen, welche 2012 in nationales Recht umzusetzen ist. Danach sind ab 2021 alle Neubauten als sogenannte Niedrigstenergiegebäude zu bauen. Niedrigstenergiegebäude sind Gebäude mit einer sehr hohen Gesamtenergieeffizienz. Der verbleibende sehr geringe Energiebedarf soll zum wesentlichen Teil durch Energie aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Gefordert ist außerdem eine Pflicht für den Einsatz erneuerbarer Energien bei Änderungen von Bestandsgebäuden, ohne dass jedoch in der Richtlinie ein genauer Mindestsatz festgelegt wurde.

Nah- und Fernwärmesysteme werden für Neubauten dann häufiger nachgefragt werden, wenn diese einen günstigen Primärenergiefaktor (PEF) beispielsweise bei Systemen mit Kraft-Wärme-Kopplung aufweisen. Für Bauherren besteht bei Anschluss an ein System mit einem PEF deutlich <1 der Vorteil, dass damit die zumeist kostenintensive Raumwärmebereitstellung durch erneuerbare Energien ggf. entfallen kann. Der sehr niedrige PEF des Fernwärmesystems der EVH GmbH von 0,065 kann sich positiv auswirken.

Die Bundesregierung will im Jahr 2011 über die weitere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung entscheiden. Trotz der seit mehreren Jahren stagnierenden KWK-Quote hält die Regierung am Ziel fest, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent auszubauen.

Im Rahmen des beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms plant das Unternehmen mittelfristig den Ausbau seiner regenerativen Erzeugungskapazitäten, um seiner klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Der Bau der Wasserkraftwerke (Pulverweiden und Papiermühle Kröllwitz) wird weiter verfolgt und ist im Investitionsplan der EVH GmbH fest verankert. Des Weiteren wird durch Investitionen in den Bau von Photovoltaikanlagen der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert.

Ab 2011 übernimmt die EVH GmbH die Belieferung des Krankenhauses Martha-Maria in Halle-Dölau mit Strom, Wärme und Kälte. Es werden insgesamt 1,4 Millionen Euro in eine moderne, umweltschonende Versorgungslösung investiert.

Weitere Investitionen wird es in den Folgejahren bei den Netzen geben, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Wärmenetz. Mittelfristig soll der Neubau der chemischen Wasseraufbereitung im Heizkraftwerk Dieselstraße folgen.

Die EVH GmbH will ihre Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle verstärken. Auf Grund dessen sind erhöhte Investitionen in den Bau von Gaskesselanlagen sowie die Errichtung von Hausanschlussstationen geplant.

In Umsetzung des Konzernprojekts zur Schaffung einer konzerneinheitlichen und konzerninternen Abrechnungslösung gehen zum 1. Januar 2011 alle Funktionen der Abrechnung Strom, Gas und Fernwärme auf die IT-Consult Halle GmbH über. Die Aktivitäten werden über Dienstleistungsverträge abgerechnet.

Weiterhin geht der Personalbereich zum 1. Januar 2011 mittels Personalübergang an die Stadtwerke Halle GmbH über. Die entsprechenden Rahmenbedingungen werden mit Dienstleistungsverträgen geregelt.

In der Gesellschafterversammlung der EVH GmbH vom 25. November 2010 sowie in der Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Halle GmbH vom 2. Dezember 2010 wurde beschlossen, dass die Geschäftsführung der EVH GmbH eine Netzbetreibergesellschaft für das Industriegebiet A14 gründen wird.

Die EVH GmbH plant für das Jahr 2011 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung von rund 23,0 Millionen Euro, im Geschäftsjahr 2012 wird von einem gleich bleibenden Niveau ausgegangen.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	13	50,00
Stadtwerke Halle GmbH	13	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Gaudig, Lutz
Störzner, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	0	50,00
GbR MIDEWA-Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	0	82,72

mittelbar	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	
Umlaufvermögen	227	100	291	100	309	100	-64	-22
Bilanzsumme	**227**	**100**	**291**	**100**	**309**	**100**	**-64**	**-22**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	172	76	279	96	304	98	-107	-38
Rückstellungen	55	24	5	2	5	2	50	1.029
Verbindlichkeiten			7	2			-7	-100
Bilanzsumme	**227**	**100**	**291**	**100**	**309**	**100**	**-64**	**-22**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	0	0	
sonstige betriebliche Aufwendungen	106	19	21
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-104	-18	-12
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3	7	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-107	-25	-12
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-107	-25	-12

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-38,37	-8,21	-3,77	%
Cash-Flow:	-107	-25	-12	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	75,66	95,88	98,38	%
Fremdkapitalquote:	24,34	4,12	1,62	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	0,00	m³

e) Lagebericht

Entwicklung

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner und Herr Dr. Lutz Gaudig.

Die FSA hält eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 % über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht. Darüber hinaus besitzt die FSA einen Auskehrungsanspruch aus der Auflösung der „Kleinen GbR“ zwischen der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) und der Mitteldeutschen Wasser und Abwasser GmbH i. L., deren einziger Vermögenswert eine 24,5%ige Beteiligung an der FWV ist. Der FSA steht ein Auskehrungsanspruch auf Übertragung eines FWV-Geschäftsanteiles in Höhe von 20,2664 % zu. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ und somit die Vermögensauseinandersetzung wurde und wird nicht mehr vollzogen.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 107,0 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2010 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Im Geschäftsjahr wurde durch das Finanzamt Halle (Saale)-Nord der Vorsteuerabzug aus Eingangsrechnung seit dem Jahr 2008 und für zukünftige Veranlagungszeiträume untersagt. Grund dafür war die seit Ende 2007 ausschließlich bestehende Geschäftstätigkeit im Halten der mittelbaren Beteiligung an der FWV. Das Halten von Beteiligungen stellt keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG dar, die allerdings Voraussetzung für den Vorsteuerabzug ist.

Beteiligungen

Die FSA besitzt Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau. Diese Anteile an der FWV werden über Beteiligungen an zwei Gesellschaften bürgerlichen Rechts gehalten. Die sogenannte „Große GbR“, die 51 % der Geschäftsanteile der FWV hält, wird jeweils zu 50 % von der KWL und der FSA gehalten. An der sogenannten „Kleinen GbR“, die 24,5 % an der FWV besitzt, hat die FSA gemäß Geschäftsanteils- und Abtretungsvertrag einen Auskehrungsanspruch auf Übertragung eines FWV Geschäftsanteiles in Höhe von 20,2664 %. Eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung der „Kleinen GbR“ erfolgt aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in vier GbR-Sitzungen am 23. Februar 2010, 6. Mai 2010, 14. Juli 2010, 5. November 2010, und in drei Aufsichtsratssitzungen der FWV am 10. Juni 2010, 1. September 2010 und am 9. Dezember 2010 und einer Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der „Großen GbR“ durch Herrn Wilfried Klose, den Vorsitzenden der Geschäftsführung der SWH, und die Geschäftsführer der FSA, Herrn Uwe Störzner und Herrn Dr. Lutz Gaudig, wahrgenommen. Mit der Neuwahl am 14. Mai 2009 arbeiten im Aufsichtsrat der FWV seitens der FSA Herr Uwe Störzner als stellvertretender Vorsitzender, Herr Wilfried Klose und Herr Dr. Lutz Gaudig mit.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Damit wird es zu einer Neuverteilung der Geschäftsanteile an der FWV kommen, sodass die Beteiligung der FSA an der FWV unmittelbar berührt wird. Das BVerwG hat die von der FWV wahrgenommene Fernwasserversorgung - die Beschaffung, Heranleitung und Verteilung von Fernwasser bis auf die Gemeindeebene - nach der Kompetenzzuordnung des Grundgesetzes der kommunalen Selbstverwaltung zugeordnet.

Nachdem sich die Situation der Neuzuordnung von 2005 bis 2008 nicht wesentlich geändert hatte, waren die Voraussetzungen für eine Neuverteilung der FWV-Geschäftsanteile durch das zuständige Bundesamt im Jahr 2009 gegeben. So hat u. a. die Mittelrheinische Treuhand GmbH im Auftrag der FSA eine Bescheinigung der Zuordnung der Fernwasserbezugsmengen des Monats Oktober 1990 im ehemaligen Versorgungsgebiet der Mitteldeutschen Wasser und Abwasser GmbH i. L. als Zuordnungsgrundlage der FWV-Geschäftsanteile erstellt. Analoge Unterlagen liegen für den Fernwasserbezug der ehemaligen Wasserunternehmen MAWAG und WAB Leipzig vor.

Mit Schreiben vom 30. September 2009 informierte das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen alle Antragsteller und Beteiligte über einen beabsichtigten Bescheid zur Vermögenszuordnung der Geschäftsanteile der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH und leitete gleichzeitig eine Anhörung ein. Mit diesem Schreiben erhielten Antragsteller und Beteiligte die Gelegenheit, Einwände oder Ergänzungen zum beabsichtigten Vermögenszuordnungsbescheid tatsächlicher oder rechtlicher Art schriftlich bis zum 15. Januar 2010 beim zuständigen Bundesamt geltend zu machen.

Mit Bescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) vom 30. Juli 2010 wurde zunächst der Erlass eines rechtmäßigen Quotierungsbescheides bezüglich der Anteile der FWV an die Kommunen erlassen. In einem zweiten Schritt ist auf dieser Grundlage geplant, einen Bescheid mit einer rechtmäßigen Anteilsübertragung mit dinglicher Wirkung zu erlassen.

Die FSA hat gegen diesen Bescheid fristgerecht Klage zur Aufhebung dieses Bescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin (AZ.: K 295/10) erhoben, da eine vollständige Neuzuordnung der Anteile an der FWV auf die Kommunen dazu führen würde, dass die FSA mit Rechtskraft eines Zuordnungsbescheides kraft Gesetzes entschädigungslos ihre zum Gesamthandvermögen der großen GbR gehörende Beteiligung an der FWV verlieren würde. Die FSA hält eine Zuordnung der Geschäftsanteile an der FWV auf die Kommunen und damit auch den Erlass des vorausgehenden Quotierungsbescheids für rechtswidrig, soweit die von der großen GbR gehaltene Beteiligung an der FWV betroffen ist. Vor dem Hintergrund laufender Vergleichsgespräche zwischen allen Beteiligten hat die FSA ihre Klage zum Zeitpunkt des Jahresabschlusses noch nicht begründet. Darüber hinaus gibt es 18 weitere Klagen von sächsischen und sachsen-anhaltinischen Gemeinden sowie der BvS.

Es ist heute davon auszugehen, dass sowohl der Auskehrungsanspruch der FSA an der „Kleinen GbR“ wie auch der von der „Großen GbR“ an der FWV gehaltene Anteil auf die anspruchsberechtigten Kommunen übertragen wird. Ein konkreter Zeitpunkt und die Art einer Neuzuordnung sind gegenwärtig noch offen.

Im Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag zur Veräußerung der FSA zwischen dem TSB-LSA und dem Konsortium MIDEWA/SWH sind für den Kommunalisierungsfall Regelungen für den Verlust von Geschäftsanteilen bis zum Rücktrittsrecht festgeschrieben. Mit Schreiben vom 29. Oktober 2008 an den Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt hat die FSA ihren Rücktritt vorsorglich angekündigt.

Mit dem TSB und dem MLU-LSA wurden in 2010 weitere intensive Gespräche und verschiedener Schriftverkehr zur weiteren Verfahrensweise der Vertragsrückabwicklung im Rahmen der zu erwartenden Kommunalisierung der FWV-Anteile geführt. Konkrete Ergebnisse liegen bisher nicht vor. Zuletzt wurde seitens der FSA diesbezüglich ein LOI angeboten, um konkrete Schritte festzuschreiben. Auch hier steht eine Antwort aus.

Ausblick

Die Aufgabe der FSA bis zu einer Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „Große GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Besondere Beachtung gilt der konstruktiven Begleitung und Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und des Unternehmensoptimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“. Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA schließen nicht aus, sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zu engagieren. Eine konkrete Umsetzung bzw. eine geplante Bündelung von Geschäftsanteilen kann erst nach der Neuzuordnung der Geschäftsanteile an die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden durch das zuständige Bundesamt erfolgen.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:

	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR MIDEWA-Mitteldeutsche Wasser und Abwasser GmbH i. L. / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	31.317	24,50
Stadt Leipzig	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung: Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung: Dr. Michalik, Peter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Rahmen, Josef	
stellv. Vorsitzender	Störzner, Uwe	
	Dallhammer, Wolf-Dieter	
	Dr. Gaudig, Lutz	
	Dr. Schirmer, Andreas	(bis 24.02.2010)
	Heininger, Klaus	(bis 24.02.2010)
	Henning, Burkhard	
	Kirst, Gerald	
	Klose, Wilfried	
	Müller, Annerose	
	Müller, Volkmar	(seit 09.04.2010)

Aufsichtsrat: Prigge, Rainer (seit 09.04.2010)
Schlicke, Friedhelm
Wenzel, Christian

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	30	36	31

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	132.678	95	130.067	94	127.837	94	2.611	2
Umlaufvermögen	6.548	5	8.629	6	7.745	6	-2.081	-24
Rechnungsabgrenzungsposten	77	0	96	0	73	0	-19	-19
Bilanzsumme	**139.303**	**100**	**138.792**	**100**	**135.656**	**100**	**511**	**0**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	105.566	76	102.856	74	101.588	75	2.710	3
Sonderposten für Investitionszulagen	286	0	336	0	402	0	-49	-15
Empfangene Ertragszuschüsse	320	0	335	0	307	0	-15	-4
Rückstellungen	7.203	5	8.848	6	10.071	7	-1.645	-19
Verbindlichkeiten	25.929	19	26.419	19	23.287	17	-490	-2
Rechnungsabgrenzungsposten					0	0	0	
Bilanzsumme	**139.303**	**100**	**138.792**	**100**	**135.656**	**100**	**511**	**0**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	39.171	40.316	35.111
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-7	7
andere aktivierte Eigenleistungen	2.660	2.610	2.047
sonstige betriebliche Erträge	1.701	1.319	2.704
Materialaufwand	14.619	16.938	14.006
Personalaufwand	12.487	12.439	12.124
Abschreibungen	9.240	8.825	9.051
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.123	3.877	3.661
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	159	158	292
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.082	902	927
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.140	1.416	393
außerordentliche Aufwendungen	262		
außerordentliches Ergebnis	-262		
sonstige Steuern	167	148	153
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.710	1.267	240
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.710	1.267	240

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,92	3,14	0,68	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,63	1,25	0,24	%
Cash-Flow:	11.950	10.093	9.292	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	193	184	161	T€
Personalaufwandsquote:	28,68	28,12	30,41	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,13	92,54	93,40	%
Eigenkapitalquote:	75,78	74,11	74,89	%
Fremdkapitalquote:	24,22	25,89	25,11	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	173.500,00	173.500,00	173.500,00	m³
Fernleitungsnetz	721,00	717,50	712,00	km
Trinkwasserverkauf	78,09	76,50	77,50	Mio. m³

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

In Deutschland ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Trinkwasser 24 Stunden am Tag in gewünschter Menge und hoher Qualität allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Stellung zur Verfügung steht. Gleiches gilt für alle anderen Verbraucher.

Als einer der großen Wasserversorger leistet die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH mit ihrer zentralen Lage im mitteldeutschen Raum dafür einen bedeutenden Beitrag.

Alle Kunden konnten sich auch 2010 auf die Leistungsfähigkeit des Unternehmens verlassen. Als wichtiger Vorlieferant und Partner kommunaler Zweckverbände, Wasserversorgungsunternehmen, Stadtwerke und auch wichtiger Industrieunternehmen sorgt die Fernwasserversorgung für das Funktionieren dieses lebensnotwendigen Teiles der Infrastruktur in weiten Teilen der Bundesländer Sachsen-Anhalt, Sachsen und in Randbereichen Nordthüringens.

Die für die Trinkwasseraufbereitung genutzten Ressourcen im Elbtal bei Torgau und das in der Rappbodetalsperre gespeicherte Wasser stellen auch in Zukunft eine hervorragende Ausgangsbasis für die Erfüllung dieser Kernaufgabe des Unternehmens dar. Die Erhaltung der nachhaltigen Ressourcenverfügbarkeit ist mithin eine zentrale Aufgabe, der verschiedenste Aktivitäten gewidmet sind.

Aufgabe der heute Verantwortung Tragenden ist es, sowohl die Erhaltung der Ressourcen als auch die Systementwicklung so zu gestalten, dass ein sicherer und wirtschaftlicher Betrieb auch künftigen Generationen ermöglicht wird.

Dabei sind die auf das Unternehmen wirkenden äußeren Rahmenbedingungen in Form der demografischen Entwicklung, sich ändernder klimatischer Verhältnisse oder wirtschaftlicher Einflüsse fortlaufend zu aktualisieren und die in den letzten Jahren erarbeiteten konzeptionellen Grundlagen zu prüfen und ggf. weiter zu entwickeln oder anzupassen.

Die Analyse der genannten Randbedingungen, insbesondere unter Auswertung der Lage in der durch wirtschaftliche Rezession geprägten Jahre 2008 und 2009, war Grundlage für die Absatz- und Wirtschaftsplanung des Jahres 2010.

Mit einem Absatz von 78,1 Mio. m³ Trinkwasser konnte sowohl der geplante Wert um ca. 3 Mio. m³ als auch der Vorjahreswert (2009) um 1,6 Mio. m³ überschritten werden. Diese positive Entwicklung ist einerseits auf eine erfreulich rasche Erholung der Wirtschaft zurück zuführen - so stieg der Wasserverkauf an direkt versorgte Industriekunden im Vergleich zu 2009 um 7,8 % - andererseits sorgte der Witterungsverlauf für vergleichsweise hohe Verkaufszahlen. Hervorzuheben sind die Sommermonate Juni und Juli, die sich durch anhaltend hohe Temperaturen mit geringen Niederschlägen auszeichneten.

Die damit einhergehende stärkere Nachfrage konnte durch das Fernwassersystem ohne Probleme abgedeckt werden. Mit 279,8 Tm³/d wurde am 10. Juli 2010 die höchste Tagesleistung bereitgestellt. Die durchschnittliche Tagesabgabe betrug 215,1 Tm³/d, woraus sich ein Spitzenfaktor von 1,3 ermitteln lässt.

Allerdings bleibt bei Betrachtung des hydrologischen/meteorologischen Jahresverlaufes 2010 auch festzuhalten, dass sehr niederschlagsreiche Phasen (Monat Mai und ab August) zu deutlichen Rückgängen in der Wasserlieferung führten.

In den letzten 5 Monaten des zurückliegenden Jahres fiel in weiten Teilen des Versorgungsgebietes die doppelte Niederschlagsmenge im Vergleich zum langjährigen Mittelwert.

Aus dem o.g. positiven Geschäftsverlauf resultieren Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 36,4 Mio. €. Diese liegen 2,1 Mio. € über dem Vorjahreswert und 1,2 Mio. € über der geplanten Größe. Das in den ab 2007 neu abgeschlossenen Wasserlieferverträgen angewandte Preissystem konnte auch bei der Auswertung und Abrechnung der Liefermengen in 2010 einschließlich der hohen Tagesmengen in den Sommermonaten praktikabel und einvernehmlich mit den jeweiligen Geschäftspartnern umgesetzt werden.

Daher bildete es auch die Grundlage für die Vertragsverhandlung von neuen Anschlussverträgen für die Wasserlieferung, die erfolgreich für vier Kunden zum Abschluss gebracht werden konnten.

Die bei der Vertragsgestaltung und -umsetzung gesammelten Erfahrungen wurden in die Gespräche mit den Kunden bei der vorzunehmenden Analyse der jeweiligen Verbrauchssituation einschließlich der Prognosebetrachtungen ergebnisorientiert eingebracht.

Die in den zurückliegenden Monaten vorgenommenen Investitionen in Anlagen zur Erzeugung von regenerativer Energie schlagen sich durch eine Erlössteigerung um ca. 500 T€ auf 718 T€ in 2010 im Vergleich zum Vorjahr erstmals signifikant nieder. Durch die Fertigstellung weiterer Investitionen in dem Segment der EEG-Stromproduktion Ende 2010/Anfang 2011 sollen diese Erlöse auf über 1,1 Mio. €/a künftig steigen.

Nicht direkt beeinflussbar sind die Erlöse aus Umverlegungsleistungen zur Sicherung des Netz- und Anlagenbestandes im Zusammenhang mit Aktivitäten Dritter (Straßenbau, Deicherneuerungen etc.). 2010 betrugen die diesbezüglichen Umsatzerlöse 1,9 Mio. €, denen jedoch äquivalente Aufwendungen für Material- und Fremdleistungen gegenüberstehen.

Mit Dienstleistungen, die für andere Versorgungsunternehmen oder gewerblichen Einrichtungen in Form von Laborarbeiten oder Bau- und Montageleistungen erbracht wurden, wurden Erlöse in Höhe von 0,2 Mio. € erzielt.

Der Dämpfung der Personalaufwendungen als eine wesentliche Kostenposition waren und sind auch zukünftig mehrere Aktivitäten gewidmet.

Die Umsetzung des Unternehmensprojektes zur Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation wurde in Form von mehreren Teilprojekten fortgeführt. Damit wurden die Voraussetzungen sowohl für die Erschließung weiterer Potentiale bei der Erbringung von Eigenleistungen in der Instandhaltung und bei der Investitionsrealisierung als auch für die weitere sozialverträgliche Reduzierung der Mitarbeiterzahl geschaffen. Letzteres wird vornehmlich über den Abschluss neuer Altersteilzeitverträge (ATZ) umgesetzt. Nachdem in 2009 diese Verträge für den Jahrgang 1952 abgeschlossen wurden, erfolgte in 2010 für 19 weitere Mitarbeiter der Jahrgänge 1953/54 die Vertragsunterzeichnung.

Um die damit einhergehende weitere Verringerung der Mitarbeiterzahl mit den künftigen Leistungsanforderungen abzugleichen bzw. den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf herauszuarbeiten, wurde im Verlaufe des Jahres 2010 ein bis in das Jahr 2020 reichendes Personalentwicklungskonzept erarbeitet. Dieses stellt die Basis für die personalwirtschaftliche Arbeit des Unternehmens in den nächsten Jahren dar.

Die Ergebnisse wurden sowohl dem Aufsichtsrat vorgestellt und von diesem zustimmend zur Kenntnis genommen als auch in Betriebsversammlungen der Belegschaft umfassend erläutert. In diesem Zusammenhang wurde auch der Beitrag der Mitarbeiter zur wirtschaftlichen Konsolidierung hervorgehoben, welcher sich in Form der Unterstützung der eingeleiteten Veränderungsprozesse sowie in der Zustimmung zum Abschluss des Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrages und seiner Anwendung dokumentiert. Einschließlich der vorgesehenen Verlängerungsoption ist die dort getroffene Regelung zur Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich noch bis 2012 praktizierbar.

Weitere Fortschritte konnten im Verlaufe des Jahres 2010 auch in der Unternehmenskommunikation erreicht werden - sowohl in der Außendarstellung als auch intern. So wurde der jährlich herausgegebene Trinkwasserjahresbericht in einer neuen Qualität als Unternehmensbroschüre erstellt und in einer Informationsveranstaltung am 22. März 2010 anlässlich des Tages des Wassers interessierten Vertretern der Umwelt- und Gesundheitsbehörden der Länder und Landkreise des Versorgungsgebietes vorgestellt.

Die jährliche Kundenveranstaltung stand 2010 unter dem Titel „Herausforderungen des Klimawandels in Mitteldeutschland“. Durchgeführt wurde sie in Bernburg, um den teilnehmenden Vertretern aus dem Kundenkreis der Fernwasserversorgung die Möglichkeit zur Besichtigung des Fernwasserleitungsbaus im Raum Güsten einzuräumen.

Eine gewisse Bewegung war in 2010 auch auf dem Weg der Neuordnung des Gesellschafterkreises der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zu verzeichnen.

Gemäß dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20. Januar 2005 sind die Geschäftsanteile der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH zu kommunalisieren. Die seit diesem Zeitpunkt vorgenommenen weiteren rechtlichen Verfahrensschritte mündeten in einem Quotierungsbescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) vom 30. Juli 2010. Wesentlicher Inhalt ist die Quotierung der Anteile auf die anspruchsberechtigten Kommunen. Gegen diesen Bescheid konnte beim Verwaltungsgericht Berlin Klage erhoben werden, wovon mehrere Verfahrensbeteiligte Gebrauch machten. Die weiteren Verfahrensschritte, insbesondere der Vollzug der Anteilszuordnung auf die berechtigten Kommunen, stehen noch aus. Eine Abschätzung des weiteren Ablaufes dieses Prozesses, insbesondere der Dauer des Verfahrens, ist derzeit nicht möglich.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Aufgrund des erfolgreichen Geschäftsverlaufes im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein positives Ergebnis vor Steuern von 2,88 Mio. € erarbeitet. Nach Abzug von Steuern beläuft sich der Jahresüberschuss auf 2,71 Mio. €.

Die sich aus dem Wasserverkauf ergebenden Erlöse beliefen sich auf 36,4 Mio. €. Die sonstigen Umsatzerlöse, die im Jahresvergleich insbesondere durch die von Dritten veranlassten Umverlegungen stark schwanken, betrugen im Geschäftsjahr 2010 2,8 Mio. €, davon 0,7 Mio. € für die Vergütung der in das Netz der regionalen EVU eingespeisten regenerativen Energie. Die sonstigen Umsatzerlöse machten 7,2 % am Gesamtumsatz aus (Vorjahr: 15,0 %).

Durch die weitere Verbesserung der Organisation des Mitarbeitereinsatzes konnten gegenüber dem Vorjahr die erbrachten Eigenleistungen nochmals gesteigert werden. Schwerpunkt der aktivierten Eigenleistungen in Höhe von 2,7 Mio. € war die Fortsetzung des parallelen Leitungsbaus im Bereich der Ostharzleitung im Raum Güsten-Bernburg.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen die Erstattung der Stromsteuer und die Abarbeitung von Sanierungs- und Rückbaurückstellungen durch eigenes Personal. In 2010 wurden zusätzlich ca. 0,7 Mio. € dieser Rückstellungen erfolgswirksam aufgelöst, da ein nicht mehr benötigter Wasserwerksstandort veräußert werden konnte.

Die Aufwandsseite der FWV wird durch die Positionen Material-, Personal- und Abschreibungsaufwendungen dominiert, die in Summe ca. 90 % des Gesamtaufwandes betragen.

Die Bemühungen zur Kostendämpfung für die eingesetzten Aufbereitungschemikalien (BtH-Material) wurden weiter konsequent fortgesetzt. Die Aufwendungen hierfür konnten auf dem niedrigen Vorjahresniveau von 0,5 Mio. € gehalten werden.

Die Energiekosten als weiterer wesentlicher Kostenblock erfahren auch weiterhin eine besondere Analyse, die sich zum einen auf die Erhöhung der Energieeffizienz richtet und zum anderen die Energiebeschaffung betrifft. Trotz großer Anstrengungen konnte der Kostenanstieg infolge der gestiegenen Strompreise nicht verhindert werden. Im Vergleich zu 2009 stiegen die Energiekosten recht deutlich um 0,5 Mio. € auf 4,3 Mio. €.

Im Rahmen der Erneuerung der baulichen Hülle der Filterhalle im Wasserwerk Torgau-Ost fielen Demontagekosten in Höhe von 0,5 Mio. € an.

Trotz erheblicher Tarifsteigerung bewegen sich die Personalkosten auf Vorjahresniveau. Berücksichtigt wurden in den Personalaufwendungen (in Höhe von 12,5 Mio. €) zusätzlich notwendig gewordene Rückstellungen für neu abgeschlossene ATZ-Verträge. Die Bewertung sämtlicher ATZ- und Pensionsrückstellungen erfolgte unter Berücksichtigung der Vorgaben des BilMoG.

Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € auf 9,2 Mio. €. Grund hierfür ist die verstärkte Investitionstätigkeit der letzten beiden Jahre und die außerordentliche Abschreibung des Restwertes der demontierten Filterhalle im Wasserwerk Torgau-Ost.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten deutlich gegenüber dem Vorjahr auf 3,1 Mio. € gesenkt werden. Schwerpunkte der Optimierungen waren die Reduzierung externer Beraterleistungen und die EDV-Ausgaben.

Finanzlage

Die Finanzkrise und deren Auswirkungen auf den Kapitalmarkt hatten keine Einflüsse auf die Finanzlage des Unternehmens, die notwendige Liquidität zur Wahrnehmung aller Geschäftsaufgaben war jederzeit gegeben.

Der Cash Flow der laufenden Geschäftstätigkeit konnte nochmals gegenüber dem Vorjahr auf 9,3 Mio. € verbessert werden. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit umfasst -11,8 Mio. € bzw. 1,4 Mio. €.

Aufgrund der Beruhigung an den Finanzmärkten und der weiteren Refinanzierbarkeit technischer Projekte wurde der Liquiditätsbestand gegenüber dem Vorjahr weiter reduziert. Am 31. Dezember 2010 standen dem Unternehmen liquide Mittel in Höhe von 2,8 Mio. € zur Verfügung. Unter Nutzung der günstigen Zinssituation in 2010 wurde eine Optimierung der Kreditkonditionen vorgenommen, wobei Kreditaufnahmen in Höhe von 4,3 Mio. € und Tilgungen in Höhe von 2,9 Mio. € erfolgten.

Vermögenslage

In 2010 wurden ca. 12,0 Mio. € in das Anlagevermögen investiert. Davon entfielen 0,1 Mio. € auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 2,2 Mio. € auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten. Der Großteil davon wurde für die Erneuerung der Filterhalle im Wasserwerk Torgau-Ost eingesetzt. 6,8 Mio. € wurden in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,5 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. In Höhe von 2,5 Mio. € wurden Anzahlungen geleistet bzw. befinden sich Anlagen noch im Bau.

Die Investitionsschwerpunkte bildeten 2010:

- die Verstärkung der Ableitung des Trinkwassers aus dem WW Wienrode in Richtung des Versorgungsschwerpunktes Halle zur weiteren Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes (FEK); In 2010 konnten die Abschnitte zwischen Güsten und Ilberstedt planmäßig fertig gestellt und bereits versorgungsrelevant in das Fernwassersystem eingebunden werden. Die Gesamtmaßnahme soll bis Mitte 2012 abgeschlossen werden
- die Erneuerung der Bausubstanz der Filterhalle im WW Torgau-Ost
- die Komplettierung der Trinkwasseraufbereitung im WW Wienrode sowie
- die bereits genannten Aktivitäten zur Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von regenerativer Energie (Turbinen im Ableitungssystem des WW Wienrode und Photovoltaikanlage im WW Torgau-Ost).

Die Finanzanlagen verminderten sich im Berichtsjahr durch planmäßige Tilgungen.

Zum 31. Dezember 2010 betrug die Eigenkapitalquote 75,8 %. Der Deckungsgrad des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital verbesserte sich leicht auf 99,8 %.

3. Risiken der künftigen Entwicklung

Die FWV hat ein umfangreiches Risikomanagementsystem installiert. Die Risikopotentiale werden zweimal jährlich geprüft und weiter fortgeschrieben. Die identifizierten Risiken werden sowohl hinsichtlich ihrer Relevanz für die Geschäftstätigkeit des Unternehmens bewertet als auch mit Gegenmaßnahmen zur Verringerung bzw. Vermeidung des Risikos versehen. Das Risikomanagementsystem entspricht den gesetzlichen Anforderungen nach § 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG.

Das wesentlichste Risiko für die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH besteht in der weiteren rückläufigen Absatzentwicklung im Versorgungsgebiet. Berücksichtigt werden müssen hierbei die demographische Entwicklung in Mitteldeutschland und der gewerbliche Kundensektor. Neben der kaum beeinflussbaren Bevölkerungsentwicklung ist die verstärkte Nutzung von kundeneigenen Anlagen teilweise zu beobachten. Nach der Wirtschaftskrise konnte bereits in 2010 eine Belebung der gewerblichen Abnahmen festgestellt werden. Mittelfristig ist hier mit einer weiteren Erholung zu rechnen.

Mit Risiken aus Forderungsausfällen im nennenswerten Umfang ist nicht zu rechnen. Dies betrifft gleichermaßen die Forderungen aus der Trinkwasserlieferung wie die sonstigen Umsatzerlöse aus Umverlegungen bzw. der Einspeisung des erzeugten EEG-Stromes. Eine langfristige Forderung wurde abgezinst.

Das umfangreiche Qualitätsmanagement des Unternehmens gewährleistet die stabile Verfügbarkeit der Rohwasserbasis sowie die sichere Versorgung unserer Kunden mit Trinkwasser. Maßnahmen zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Gewinnungs- und Aufbereitungsanlagen und des Verteilnetzes spielen auch zukünftig eine wichtige Rolle im Investitionsgeschehen der FWV.

Langfristige Prognosen für meteorologische und klimatische Verhältnisse in der mitteldeutschen Region gehen von einer Zunahme extremer Witterungslagen aus. Alle bisherigen Erfahrungen belegen, dass mit den Kapazitäten des Unternehmens sowohl anhaltende trockene Hitzeperioden als auch Hochwasserereignisse sicher beherrscht werden.

Die Refinanzierungen der Jahre 2009 und 2010 belegen, dass sich die Finanzkrise nicht auf das Unternehmen ausgewirkt hat. Aufgrund der im Rahmen der Wirtschaftskrise angebotenen Konjunkturmittel und der positiven Kapitalstruktur sowie der Überschusserwartungen der Gesellschaft konnten günstige Zinskonditionen mittelfristig gesichert werden. Durch die Verfügbarkeit von Kreditmitteln konnte und kann auch zukünftig die Liquiditätsvorhaltung weiter reduziert werden. Die Liquiditätsüberwachung und -planfortschreibung erfolgt täglich. Entsprechende Entwicklungen werden dadurch rechtzeitig erkannt. Bei dem Großteil der Kreditverbindlichkeiten wurden längerfristige Zinsfestschreibungen vereinbart. In einem Fall erfolgte durch einen Zins-Swap die Absicherung eines Kreditgeschäftes.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde nach umfangreicher Analyse eine Optimierung und Modernisierung des Versicherungsschutzes der Gesellschaft vorgenommen. So konnten die Versicherungskonditionen weiter verbessert und gleichzeitig das Gesamtprämienaufkommen für die Folgejahre reduziert werden.

4. Ausblick/Prognosebericht

Ausgehend von der Entwicklung im Geschäftsjahr 2010 wird insbesondere für den gewerblichen Sektor von einer weiteren Stabilisierung der Absätze ausgegangen. Trotz dieses positiven Effektes ist der langfristige Trend der Absatzprognose anhaltend rückläufig. Die negativen Faktoren aus der demografischen Entwicklung dominieren die Prognoserechnungen.

Bereinigt um die witterungsbedingten Mehrabsätze, wie sie in den Sommermonaten Juni/ Juli 2010 registriert wurden, und in Auswertung aller vorliegenden Erkenntnisse wird für 2011 ein Absatz von 75,9 Mio. m³ erwartet, womit Umsatzerlöse aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 35,1 Mio. € erzielt werden sollen. Mittelfristig, d. h. bis 2015, wird die Wasserlieferung nach derzeitigen Hochrechnungen auf 73 Mio. m³/p. a. zurückgehen.

Deutlich höhere Erlöse gilt es ab 2011, wie zuvor bereits angemerkt, durch die Einspeisung des produzierten regenerativen Stromes zu generieren. Die Ende 2010/Anfang 2011 fertig gestellten Anlagen sind in der Fahrweise so zu optimieren, dass jährlich Einnahmen von ca. 1,1 bis 1,2 Mio. € erzielt werden.

Für investive Maßnahmen sieht die Planung 2011 10 Mio. € vor.

Der Schwerpunkt wird die Fortführung des Leitungsbaus zur Verstärkung der Ableitung aus dem WW Wienrode (Ostharzleitung) im Raum Bernburg sein. Dieser Maßnahmekomplex ist wesentlicher Bestandteil der FEK-Umsetzung, die bis auf Restarbeiten in 2011 realisiert wird. Zur Vorbereitung der im FEK herausgearbeiteten Versorgungsumstellung auf dem sogenannten Nordring sind weiterhin Umbauarbeiten an den großen Verteilerstationen Heideberg, Reuden und Ostrau vorgesehen.

Kernstück der Versorgungsumstellung ist die in Reservestellung des WW Sachau, die je nach Abarbeitungsfortschritt der genannten Maßnahmen, dem Ergebnis der Abstimmungen mit den betroffenen Kunden und dem Jahresverlauf insgesamt Ende 2011/Anfang 2012 erfolgen soll. Das WW Sachau wird im genannten Zeitfenster seine Trinkwasserproduktion einstellen und so konserviert, dass es in einem überschaubaren Zeitraum von ca. sechs bis neun Monaten im Bedarfsfall wieder an das Netz gehen kann. Eine abschließende Entscheidung zur Zukunft des WW Sachau hängt von mehreren Faktoren, wie z. B. Herstellung eines stabilen Netzbetriebes auf dem Nordring, vertrieblichen Aktivitäten, Optimierung des Betriebs der verbleibenden Kapazitäten und Netzanalysen ab.

Abschließende Entscheidungen werden in Auswertung der genannten Punkte nicht vor 2015/16 getroffen werden können. Zur Sicherung des Status quo, auch hinsichtlich der Wasserrechte und der Schutzzonenausgrenzung, werden Gespräche mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde des Landkreises Wittenberg geführt.

Waren in den letzten Jahren der Bau der parallelen Ostharzleitung, die Erneuerung der Bausubstanz und die technologische Komplettierung der Wasseraufbereitung im WW Wienrode und die Installation der Anlagen zur EEG-Stromerzeugung (Turbinen, Photovoltaik) Investitionsschwerpunkte, so werden sich diese in den nächsten Jahren in die verbleibenden Wasserwerke der Elbaue und in die Sanierung der Verteilungsanlagen wie Hochbehälter sowie die Netzerhaltung verschieben.

Insbesondere die Arbeiten zur Ertüchtigung des Fernleitungssystems machen nicht zuletzt unter dem Aspekt des starken Rückganges der zu verteilenden Wassermengen grundsätzliche Überlegungen zur künftigen Gestaltung des Netzbetriebes erforderlich. Dabei gilt es die Fragen der Versorgung unter Beachtung der Punkte:

- Mengen und Druck
- Qualitätssicherung des bereitzustellenden Trinkwassers
- Versorgungssicherheit und
- Wirtschaftlichkeit

gleichrangig zu betrachten.

Hierzu werden gegenwärtig erste konzeptionelle Überlegungen angestellt, die in den nächsten Jahren weiter zu entwickeln sind und ihren Niederschlag in der Investitionsplanung finden werden. Teilweise sind angestrebte Optimierungen im Netzbetrieb nur unter aktiver Einbindung der jeweils betroffenen Kunden und Beachtung ihrer Schwerpunkte und technischen Gegebenheiten möglich. Auch hierzu laufen erste Gespräche.

Zur Unterstützung der geplanten Investitionsvorhaben ist vorgesehen, im Geschäftsjahr 2011 einen Kredit von 2 Mio. € aufzunehmen. Gleichzeitig sollen Tilgungen bestehender Darlehen in Höhe von 2,1 Mio. € vorgenommen werden.

Bei Erreichen der geplanten positiven Ergebnisentwicklung und dem vorgesehenen Abbau der Verbindlichkeiten wird sich die Eigenkapitalquote auf 77 % verbessern.

Die Liquidität des Unternehmens für 2011 ist gesichert.

Trotz energieoptimierter Fahrweisen im Fernwassersystem und der optimierten Beschaffung von Energie sind weitere Stromkostensteigerungen gegenüber dem Vorjahr nicht zu vermeiden. Mit einem erwarteten Aufwand von 4,6 Mio. € liegt dieser 0,3 Mio. € über dem Vorjahreswert. Neben den allgemeinen Energiekostensteigerungen wirkt sich insbesondere die deutlich gestiegene EEG-Umlage aus.

Für das Jahr 2011 werden Personalkosten von 12,2 Mio. € erwartet. Berücksichtigt wurden der Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe und die vertraglich vereinbarte 7,5%ige Arbeitszeitverkürzung ohne Lohn- bzw. Gehaltsausgleich. Durch die in den letzten beiden Jahren abgeschlossenen ATZ-Verträge wird es auf Basis des in 2010 erstellten langfristigen Personalentwicklungskonzeptes möglich sein, die Mitarbeiterzahlen auch zukünftig sozialverträglich zu reduzieren.

Die in den letzten Jahren erzielten wirtschaftlichen Ergebnisse werden bei Eintritt der erwarteten Absatzzahlen auch 2011 fortgeschrieben werden können. Für die folgenden Geschäftsjahre 2011 und 2012 erwartet das Unternehmen ein positives Jahresergebnis nach Steuern von 1,4 Mio. €/a.

Vorgänge mit besonderer Bedeutung lagen nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Hafen Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Saalehafen 1
06118 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 512

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	512	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Betrieb und die Unterhaltung eines oder mehrerer Binnenschifffahrtshäfen im Gebiet der Stadt Halle und im Saalkreis, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die dem Hafenbetrieb in Halle und im Saalkreis dienen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Die Hafen Halle GmbH ist der einzige Binnenschiffahrtshafen in der Region. Durch ihn wird die Versorgung einzelner Unternehmen sichergestellt. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Lindemann, Dirk

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
	Böcker, Udo
	Bönisch, Bernhard
	Gärtner, Steffen
	Junghans, Torsten
	Kley, Gerry
	Kocian, Burkhard
	Koppitz, Erhard
	Krause, Johannes
	Lange, Hendrik
	Mahlert, Eckard
	Müller, Raik
	Nagel, Elisabeth
	Richter, Ulrich
	Weihrich, Dietmar

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva	2010 T€	%	2009 T€	%	2008 T€	%	Veränderungen T€	%
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	53	0	74	0	45	0	-21	-29
Anlagevermögen	15.280	89	14.876	88	13.833	89	404	3
Umlaufvermögen	1.841	11	1.923	11	1.733	11	-82	-4
Rechnungsabgrenzungsposten	32	0	3	0	4	0	29	989
Bilanzsumme	**17.206**	**100**	**16.876**	**100**	**15.615**	**100**	**330**	**2**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	731	4	727	4	727	5	4	1
Sonderposten mit Rücklagenanteil			4	0	4	0	-4	-100
Sonderposten für Investitionszulagen	5.280	31	5.561	33	4.905	31	-280	-5
Rückstellungen	30	0	749	4	90	1	-720	-96
Verbindlichkeiten	11.165	65	9.835	58	9.889	63	1.330	14
Bilanzsumme	**17.206**	**100**	**16.876**	**100**	**15.615**	**100**	**330**	**2**

bb) GuV

	2010 T€	2009 T€	2008 T€
Umsatzerlöse	2.441	1.228	1.592
andere aktivierte Eigenleistungen	9	8	9
sonstige betriebliche Erträge	896	921	407
Materialaufwand	1.517	582	892
Personalaufwand	832	585	498
Abschreibungen	740	660	484
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.156	685	770
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	261	245	244
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.160	-599	-880
außerordentliche Aufwendungen		650	
außerordentliches Ergebnis		-650	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	11	11	11
Erträge aus Verlustübernahmen	1.171	1.259	891
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-47,97	-102,55	-55,96	%
Eigenkapitalrentabilität:	-160,14	-173,23	-122,60	%
Cash-Flow:	-431	-599	-407	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	145	125	149	T€
Personalaufwandsquote:	24,88	27,14	24,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,38	88,01	88,40	%
Eigenkapitalquote:	4,25	4,31	4,65	%
Fremdkapitalquote:	95,75	95,69	95,35	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Hafenbahn	442.260	219.460	325.987	t
Straßengüterverkehr	698.404	429.499	634.614	t
Güterverkehrsleistung gesamt	1.140.664	648.959	960.601	t
Containerumschlag	63.403	26.639	45.642	TEU

e) Lagebericht

Nach dem rezessionsbedingten deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2009 wuchs das BIP im Jahr 2010 preisbereinigt um 3,6 %. Hierfür kamen neben dem traditionell starken Außenhandelsbeitrag auch überdurchschnittliche Wachstumsimpulse aus der Inlandsnachfrage; so stiegen zum Beispiel die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresvergleich um 9,4 %.

Für die wirtschaftliche Entwicklung nach Bundesländern liegen derzeit nur Halbjahreswerte vor. Auf die Halbjahressicht bezogen lag das BIP in Ostdeutschland mit 2,2 % unter dem Bundesdurchschnitt (3,1 %). Auch in Sachsen-Anhalt fiel der Zuwachs mit 1,3 % unterdurchschnittlich aus, wobei anzumerken ist, dass der Rückgang im ersten Halbjahr 2009 unter dem Bundesdurchschnitt lag.

Nach vorläufigen Zahlen ist die im Güterverkehr transportierte Tonnage im Jahr 2010 um 3,1 % wieder gewachsen (nach 11,2 % Rückgang in 2009). Um 7,2 % noch stärker wuchs die tonnenkilometrische Leistung (Produkt aus Tonnage und Transportentfernung). Dabei konnten die Verluste des Vorjahres aber noch nicht wieder vollständig ausgeglichen werden: sowohl die beförderte Tonnage als auch die Beförderungsleistung lagen noch unter den Werten des Jahres 2008. Ein im Jahresvergleich etwa gleichgroßes Wachstum der Transportmenge erzielten die Eisenbahn und die Binnenschifffahrt mit 13,9 % bzw. 14,0 %, während das Wachstum des Lkw-Verkehrs nur 1,2 % erreichte.

In den Mitgliedshäfen des Bundesverbandes der öffentlichen Binnenhäfen (BÖB) wurden nach vorläufigen Zahlen bis November 2010 insgesamt 58,9 Mio. Tonnen Schiffsgüter umgeschlagen (Vorjahr: 71,7 Mio. Tonnen). Im Eisenbahngüterverkehr schlugen die öffentlichen Binnenhäfen in den ersten elf Monaten 2010 insgesamt 27 Mio. Tonnen und damit 3,9 Mio. Tonnen bzw. 17,1 % mehr als im Vorjahr um.

Der Schiffsumschlag in den Häfen des Landes Sachsen-Anhalt ging per Oktober 2010 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % auf insgesamt 5,91 Mio. Tonnen nur geringfügig zurück. Während bei der mengenmäßig größten Güterhauptgütergruppe Steine und Erden ein deutlicher Transportrückgang um 9,0 % zu verzeichnen war, nahm die Transportmenge landwirtschaftlicher Erzeugnisse geringfügig (+1,4 %) und die von Düngemitteln signifikant (+24,7 %) zu.

Die Gesamtverkehrsleistung im Hafen Halle belief sich 2010 auf 1.140.664 Tonnen und nahm damit im Jahresvergleich um 491.705 Tonnen bzw. 75,8 % zu. 442.260 Tonnen bzw. fast 39 % der Gesamttonnage entfielen dabei auf bahnseitige Transporte. Nach einem rezessionsbedingt deutlichen Rückgang im Vorjahr konnte im KV-Umschlag das bislang beste Jahresergebnis erreicht werden: mit 63.403 TEU und 595.108 Tonnen nahm das Aufkommen im Jahresvergleich um 138 % (TEU) bzw. 106 % (Tonnen) zu und lag um fast 39 % über der bislang höchsten Umschlagsmenge im Geschäftsjahr 2008 (45.642 TEU). Auch in 2010 war aufgrund widriger Bedingungen auf der Saale kein Schiffsumschlag im Hafen zu verzeichnen.

In dem Mitte 2009 durch die OTD Oil Trading Deutschland GmbH - Tochter der Gulf Oil Nederland B. V. - erworbenen Biodieselwerk im Hafen erfolgte in 2010 die Produktion im Probebetrieb auf niedrigem Niveau. Im März 2010 wurde die vormals auf Erbbaupacht-Basis genutzte Grundstücksfläche des Biodieselwerkes (15.000 m²) an die OTD Oil Trading Deutschland GmbH verkauft. Die Gesellschaft erzielte hieraus einen Buchgewinn von TEUR 314.

Die OTD Oil Trading Deutschland GmbH erhielt im Oktober 2010 vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt (LVwA LSA) die Baugenehmigung nach § 34 BauGB für die Errichtung des Tankmischlagers im Hafen. Mit Abschluss der derzeit laufenden Gespräche zu Finanzierungs- und Fördermittelbelangen soll nach Aussagen der Investoren im Frühjahr 2011 mit der Anlagenerrichtung begonnen werden. Die Betriebsaufnahme ist für Ende 2011 vorgesehen, sodass Mitte 2012 der Betrieb in Volllast erwartet werden kann.

Im Januar 2011 erhielt die Firma Pyrolyx vom Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt (LVwA LSA) die Baugenehmigung für ihre im Hafen geplante Pyrolyse-Anlage. Der Zeitverzug von über acht Monaten ergab sich durch eine Klage von Bürgern gegen das LVwA LSA, die eine Baugenehmigung für Pyrolyx verhindern wollten. Die Betriebsgenehmigung ist noch nicht erteilt worden, investorenseitig erwartet man diese bis Ende April 2011. Derzeit werden in den Niederlanden die Reaktoren für die Anlage produziert und im August 2011 nach Halle geliefert. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen die baulichen Anlagen (Hallen) fertiggestellt sein. Die Inbetriebnahme soll im November 2011 erfolgen; im März 2012 könnte die Anlage dann unter Volllast produzieren.

Im Rahmen der Vollendung des Saaleausbaus mit der raumordnerischen Vorzugsvariante eines (ortsferneren) Saalekanals zwischen Calbe und der Elbe bei Barby erfolgten durch die zuständige Wasser- und Schifffahrtsbehörde erste vorbereitende Schritte für die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens. Aufgrund der angespannten Haushaltslage des Bundes wurden durch das Bundesverkehrsministerium neue Bewertungskriterien für durchzuführende Maßnahmen aufgestellt, die nunmehr zu einer erneuten Diskussion über das Projekt geführt haben. Auch aus diesem Grund hat sich Landesverkehrsminister Dr. Daehre Anfang 2011 in einem offenen Brief an den Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer gewandt, die wirtschaftliche Nutzung der Bundeswasserstraßen Elbe bzw. die Schaffung wirtschaftlicher Schifffahrtsbedingungen auf der Saale zu befördern. Sollte das Projekt weiterverfolgt werden, ist aber selbst bei einem optimistischen Ansatz des weiteren Vorhabenablaufs eine Vollendung des Saaleausbaus nicht vor Ende 2017/2018 zu erwarten.

Die Hafen Halle GmbH erzielte im Geschäftsjahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 2.441 (Vorjahr: TEUR 1.228). Hauptumsatzträger bei den typischen Hafenleistungen waren mit TEUR 1.413 die Erlöse aus Umschlags- und mit TEUR 574 die Erlöse aus Hafenbahnleistungen.

Die Betriebsaufwendungen sind überproportional um TEUR 1.566 (62,5 %) angestiegen. Das betrifft den Materialaufwand/bezogene Leistungen (TEUR 935) und Personalkosten (TEUR 247), da aufgrund der positiven Umsatzentwicklung ein Fremdbezug von Leistungen und die Neueinstellung von Mitarbeitern notwendig waren. Die Übrigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um TEUR 303, davon sind um TEUR 213 höhere Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden einschließlich Überhängen aus 2009 für die Anschaffung von zwei nach § 32 EBO betriebsfertig zugelassenen Großdiesellokomotiven zum Bilanzstichtag TEUR 1.183 Investitionen realisiert. Die Gesamtinvestition für die beiden Dieselloks beläuft sich nach erfolgter Endabrechnung auf TEUR 1.801 (Plan: TEUR 1.920). In Höhe von TEUR 1.835 wurden Darlehen zur Finanzierung der Investitionen für die beiden Dieselloks aufgenommen.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2010 durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 4.000 im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag gegeben.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 absolut um TEUR 330 und relativ um 2,0 % auf TEUR 17.206 erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens belief sich am Bilanzstichtag auf 88,8 % der Bilanzsumme.

Einschließlich der Zurechnung des Sonderpostens beläuft sich das wirtschaftliche Eigenkapital auf TEUR 6.011 und beträgt 34,9 % der Bilanzsumme. Bei Bankdarlehen über TEUR 6.546 ist das Anlagevermögen der Gesellschaft (TEUR 15.280) zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 zu 79,4 % durch lang- und mittelfristiges Eigen- und Fremdkapital (TEUR 12.131) gedeckt.

In dem beim Landgericht Halle seit August 2004 geführten Rechtsstreit wegen mangelhafter Planungsleistungen gegen die Firma H.P. Gauff Ingenieure GmbH & Co. KG wurden durch den vom Gericht im März 2009 bestellten neuen Sachverständigen in 2010 zwei Vorort-Termine im Hafen zur Befragung beider Seiten anberaumt. Ein neues Gutachten liegt noch nicht vor.

Der aus dem Jahr 2009 anhängige Rechtsstreit aus einem Mietverhältnis der Jahre 2005 bis 2007, in dem die Gesellschaft bei einem Dritten Liegenschaften angemietet und an ein Industrieunternehmen weitervermietet hat, wurde im Mai 2010 durch einen außergerichtlichen Vergleich zwischen den drei Beteiligten beigelegt. Der Gesellschaft entstanden daraus im Berichtsjahr Aufwendungen in Höhe von TEUR 52.

Entsprechend der Regelungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurden durch die Gesellschaft auch in 2010 die wesentlichen Risikofelder identifiziert und einer Bewertung unterzogen sowie die erforderlichen Schritte zur Schaffung eines adäquaten Risikomanagement- und Früherkennungssystems erfolgreich realisiert. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die für die Gesellschaft relevanten Risikofelder einer laufenden Bewertung und Kontrolle unterliegen sowie wesentliche Instrumente der Risikoerkennung und -bewertung installiert sind.

Die Hafen Halle GmbH und ihre Gesellschafterin SWH prüfen derzeit die gemeinschaftsrechtliche Relevanz der an den Hafen geleisteten Finanzströme.

Ausblick

Der Ertragswert der Sparten „Schiffsverkehr“ und „Ansiedlung“ ist gemäß den aktuellen Planungsrechnungen weiterhin nachhaltig negativ. Nach den im Jahr 2009 verzeichneten rezessionsbedingten Rückgängen zeigt die Sparte „Bahn- und Straßenverkehr“, und hier insbesondere der KV-Umschlag, mittelfristig eine positive Entwicklung. Der Schwerpunkt der weiteren Entwicklung liegt daher unverändert auf dem Container-Verkehr und dem Eisenbahnbereich. Gerade im Containerverkehr wird es darauf ankommen, die seit der Einführung unserer Marke „CTHS - **C**ontainer **T**erminal **H**alle **S**aale“ am Markt bereits zu spürende positive Wahrnehmung dieser Leistung des Hafens Halle weiter auszuschöpfen. Ebenso wird der Focus auf der Stabilisierung und dem weiteren Ausbau des Eisenbahnbereiches insbesondere bei der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen (Traktionen) liegen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass das Ansiedlungsvorhaben Tankmischlager zum Ende des Jahres seinen Betrieb aufnimmt und damit erste für 2011 geplante Hafenbahnleistungen umgesetzt werden.

Aufgrund der guten Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr erwarten wir für 2011 im KV-Geschäft ein stabiles, leicht steigendes Verkehrsaufkommen. Ungeachtet dessen wird die weitere Ausweitung der Geschäfte im KV-Bereich einen wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2011 darstellen. Weiter ausgebaut werden soll auch das Geschäftsfeld der dispositiven speditionellen Leistungen mit kompletten Container-Transport-Läufen Seehafen-Kunde-Seehafen sowie der Zug-Traktionsleistungen für Dritte. Hierbei soll auch die neue Sparte „LKW-Verkehr“ (Straßentransport im KV-Verkehr mit anfangs angemieteten Zugmaschinen und eigenen Chassis) beitragen.

Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft im Bereich Ansiedlungen wird es in 2011 sein, die beiden im Hafen begonnenen Ansiedlungsprojekte in der Umsetzung bis hin zur Betriebsaufnahme zu begleiten. Vor dem Hintergrund einer mittelfristig verbesserten Erlössituation der Gesellschaft vor allem im Bahnsektor wird die Gesellschaft weiterhin versuchen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gebietskörperschaften weitere Grundstücksflächen im engeren Hafenumfeld einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Damit soll auch ein Beitrag zur Entwicklung des Hafengebietes sowie des Wirtschaftsstandortes Halle (Saale) insgesamt geleistet werden.

Im investiven Bereich sind insbesondere Maßnahmen zur Erweiterung und Sicherung der Geschäfte im Bahn- und Container-Verkehr geplant. Neben dem Neubau des Gleisanschlusses für einen Neuansiedler im Hafen ist zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Betriebsabläufe auch der Ersatzneubau der technischen Sicherungsanlagen an den Bahnübergängen der Gleisanlage „Saalebahn“ geplant. Hier hoffen wir auf den zeitnahen Abschluss der bereits seit Ende 2007 diskutierten Kreuzungsvereinbarungen mit der Stadt Halle (Saale). Im Zusammenhang mit dem Neubau der bahnseitigen Hafenanbindung im sogenannten „Nördlichen Ringschluss“ sowie für den Neubau eines KV-Terminals sollen die Planungen soweit vorangebracht werden, dass Anfang 2012 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden kann.

Für das Geschäftsjahr 2011 sind ein Umsatz von TEUR 4.305 und ein Ergebnis von TEUR -210 geplant.

Die zukünftige Ertrags- und Finanzlage des Hafens ist neben politischen Entscheidungen zur Saaleschifffahrt entscheidend davon abhängig, dass die Akquisitionsaktivitäten erfolgreich verlaufen, die für eine langfristig positive Entwicklung des Hafenbetriebs (einschließlich Bahn- und Straßenverkehr) erforderlichen Investitionen realisiert werden sowie der Hafenbetrieb und die zur Ansiedlung hergerichteten Flächen signifikant besser ausgelastet sind.

Die Zahlungsfähigkeit und der Fortbestand der Gesellschaft sind auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH - im Wege des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH - abhängig.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 10.000

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Vorsitzender	Lux, Matthias
		Dr. Gaudig, Lutz
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Misch, Werner
	stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten
		Böcker, Udo
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar
		Hildebrandt, Roland
		Krause, Johannes
		Nebelung, Barbara
		Neumann, Wolfram
		Philipp, Lothar
		Raab, Katja
		Sieber, Olaf
		Weiland, Mathias

	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€
Aufsichtsrat	21	8

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	399.477	92	408.909	93	400.276	94	-9.432	-2
Umlaufvermögen	35.920	8	27.734	6	24.262	6	8.185	30
Rechnungsabgrenzungsposten	949	0	949	0	996	0	-0	-0
Bilanzsumme	**436.346**	**100**	**437.593**	**100**	**425.533**	**100**	**-1.247**	**-0**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	68.898	16	68.898	16	62.007	15	0	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	8.023	2	8.380	2	8.763	2	-357	-4
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	47.794	11	48.421	11	49.321	12	-628	-1
Rückstellungen	18.097	4	14.174	3	9.746	2	3.923	28
Verbindlichkeiten	285.448	65	291.507	67	290.534	68	-6.059	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	8.086	2	6.212	1	5.162	1	1.874	30
Bilanzsumme	**436.346**	**100**	**437.593**	**100**	**425.533**	**100**	**-1.247**	**-0**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	111.018	108.529	82.093
andere aktivierte Eigenleistungen	270	389	425
sonstige betriebliche Erträge	6.122	4.881	5.468
Materialaufwand	26.050	23.455	16.411
Personalaufwand	29.637	29.822	15.679
Abschreibungen	25.942	18.761	16.683
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.868	21.504	18.998
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	365	329	336
Erträge aus Beteiligungen	26	30	
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	71	91	597
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12.361	12.638	13.923
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.014	8.071	7.224
außerordentliche Aufwendungen	4.359	1.435	644
außerordentliches Ergebnis	-4.359	-1.435	-644
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	139	294	45
Erträge aus Verlustübernahmen	2.483		
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		6.341	6.536
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-2,24	5,84	7,96	%
Eigenkapitalrentabilität:	-3,60	9,20	10,54	%
Cash-Flow:	23.458	25.102	23.219	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	177	172	282	T€
Personalaufwandsquote:	25,24	26,21	17,82	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	91,21	93,10	93,82	%
Eigenkapitalquote:	15,79	15,74	14,57	%
Fremdkapitalquote:	84,21	84,26	85,43	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	9.323,00	9.450,00	9.623,00	Tm³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	16.527,00	16.413,00	16.851,00	Tm³
Abwassereinleitung Kläranlagen	19.339,00	15.835,00	16.157,00	Tm³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	6.747,00	6.910,00	0,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	37.169,00	37.543,00	0,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	153.132,00	153.627,00	0,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	72.957.791,00	71.308.614,00	0,00	m²
Hausanschlüsse	49.283,00	49.077,00	48.961,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung	310.968,26	326.285,00	0,00	km²

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach dem Krisenjahr 2009 konnte die Wirtschaftsleistung Deutschlands in allen Quartalen des Jahres 2010 deutlich gegenüber den Vorjahreswerten zulegen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2010 um 3,6 % (nach -4,7 % im Vorjahr). Dieses in mancher Hinsicht überraschend hohe Wachstum war vor allem auf den starken Anstieg des Außenhandels und der Binnennachfrage zurückzuführen.

Die Wirtschaft Ostdeutschlands konnte dabei nicht so stark zulegen wie der Rest Deutschlands. Während das Wirtschaftswachstum Westdeutschlands im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um preisbereinigt 3,2 % anzog, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands in diesem Zeitraum um 2,2 %. Auch die entsprechenden Halbjahreswerte für unser Bundesland Sachsen-Anhalt deuten auf ein leichtes Hinterherhinken im Jahr 2010 hin, da die Wirtschaft Sachsen-Anhalts in diesem Zeitraum um real 1,3 % zulegte.

Auf dem Arbeitsmarkt führte die positive wirtschaftliche Entwicklung zu einer weiteren Verbesserung. Während die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt um 0,5 %-Punkte abnahm, war der Rückgang in Ostdeutschland und in Sachsen-Anhalt deutlich spürbarer ausgefallen. In Ostdeutschland verringerte sich die Arbeitslosenquote von 13,0 % in 2009 auf 12,0 % in 2010. In Sachsen-Anhalt führte die wirtschaftliche Belebung zu einer Absenkung der Arbeitslosenquote um 1,1 %-Punkte auf 12,5 %.

Auch im abgelaufenen Jahr 2010 zeigte die Bevölkerungsentwicklung in Halle (Saale) einen besseren Verlauf, als in Langzeitstudien vorgezeichnet wurde. Mit 230.831 Einwohnern (Vorjahr 230.377) verzeichnete die Stadt erstmals seit vielen Jahren wieder einen Zuwachs.

Produktveränderungen, Kundenorientierung

Das Produktportfolio im Geschäftsfeld Abwasser wurde im vergangenen Geschäftsjahr um den Service der **Entsorgung von Kleinkläranlagen** in der Stadt Halle (Saale) erweitert. Das Unternehmen erhielt den Zuschlag in der öffentlichen Ausschreibung und führt diese Dienstleistung ab dem 1. Januar 2010 für zunächst drei Jahre durch.

Die Kundenorientierung zählt in der HWS zu einem der wichtigsten Ziele und wird kontinuierlich optimiert. In diesem Rahmen konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr das bereits umfangreiche und etablierte Angebot an **Produkten des Haupt-Wertstoffmarktes** Äußere Hordorfer Straße auf die zwei weiteren Wertstoffmärkte des Unternehmens ausgedehnt werden.

Parallel dazu wurde zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 ein neuer **Online-Kundenservice** auf der Homepage des Unternehmens implementiert. Den Kunden der HWS ist es nunmehr möglich, ihren individuellen Entsorgungskalender abzurufen.

Für einen weiteren Online-Kundenservice wurden im vergangenen Geschäftsjahr ebenfalls die Voraussetzungen geschaffen. Künftig sollen Schachtscheine, Planauskünfte und Stellungnahmen der einzelnen Tochterunternehmen des Stadtwerkekonzerns zentral erfasst und verwaltet werden. Dafür wurde eine neue **Internetplattform** erstellt. Den Kunden der HWS und des Stadtwerkekonzerns wird damit die Möglichkeit geboten, ihre Anträge zentral zu stellen und Auskünfte direkt über die Plattform abzurufen.

Die durchweg positive und große Resonanz auf den bereits in Jahr 2006 ins Leben gerufenen **Altpapier-Sammelwettbewerb** für Schulen und Kindertagesstätten in der Stadt Halle (Saale) trug auch im Jahr 2010 sowohl durch die gesammelte Menge, als auch durch die Teilnehmeranzahl zur Erhaltung des Altpapiermengenstromes aus Halle (Saale) bei.

Die HWS nutzt seit 2010 die Produktmarke „Standort Service Plus“. Entwickelt von kommunalen Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen beteiligen sich zunehmend mehr lokale kommunale Entsorgungsunternehmen an dem Konzept mit bundesweiter Ausdehnung. Die Marke steht für qualitativ hochwertige Servicedienstleistungen in der Entsorgung von Großwohneinheiten. Die HWS ist das erste Unternehmen aus Sachsen-Anhalt, das sich an diesem Konzept beteiligt und die qualitativen Voraussetzungen für das Führen der Marke erfüllt.

Abfall-Logistik und -Behandlung, Reinigungslogistik

E-Mobilität ist vor dem Hintergrund von Umweltzonen und der Reduzierung von Feinstaub- und CO_2-Emissionen eine der Zukunftstechnologien sowohl im Straßenverkehr als auch im innerstädtischen Nahverkehr.

Um die Alltagstauglichkeit der heute verfügbaren Fahrzeuge bei Einsatzprofilen der HWS zu testen, sind bereits ein Kleintransporter seit 2010 und seit Beginn 2011 zwei weitere Fahrzeuge mit Elektroantrieb im Einsatz. Aus den Vorjahren verfügt der Fuhrpark der HWS bereits über zehn durch Erdgas angetriebene Fahrzeuge.

Auch im Bereich des Hochleistungszählzentrums für Einweggetränkeverpackungen wurde im vergangenen Jahr eine Optimierung des Produktionsprozesses durchgeführt. Herkömmlich erfolgte die Erfassung der entwerteten PET-Verpackungseinheiten in einem gewöhnlichen Abrollcontainer. Dieser wurde durch einen **Presscontainer** mit einer größeren Aufnahmekapazität ersetzt. Die Stillstandzeiten der Zählanlage konnten dadurch erheblich reduziert werden.

Produktions- und Behandlungskapazitäten

Die HWS stellt ihren Kunden Trinkwasser von unverändert hervorragender Qualität zur Verfügung. Insgesamt wurden 18.430 Tm^3 Trinkwasser zur Versorgung bereitgestellt, davon 14.573 Tm^3 im Versorgungsgebiet der Stadt Halle (Saale) und des Wasserzweckverbandes „Saalkreis“.

Bei einer zum Vorjahr leichten Steigerung der Einwohnerzahl in der Stadt Halle sowie einer insbesondere in den Sommermonaten höheren Wasserbereitstellung lag das Wasseraufkommen auf Vorjahresniveau und mit 3,5 Prozent über dem Planansatz.

Die Absatzmenge Trinkwasser gesamt lag leicht über dem Vorjahreswert und deutlich über den Erwartungen. Beim Schmutzwasser war ein moderater Rückgang im Vorjahresvergleich festzustellen.

Die Wasserverluste wurden mit 10,3 Prozent ermittelt, was einer Senkung von 0,7 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Durch die zu Beginn des Jahres rückläufigen Preise für die Papier-Pappe-Kartonagen-Fraktion (PPK) und aufgrund des dadurch bedingten nicht kostendeckenden Anlagenbetriebes der **mechanischen Sortieranlage für PPK**, wurde die Anlage zu Beginn des abgelaufenen Geschäftsjahres stillgelegt und PPK unsortiert weitergegeben. Dennoch behielt sich das Unternehmen vor, die zeitweise Wiederinbetriebnahme der Anlage vorzunehmen, um flexibel auf entsprechende Spotmarktpreise reagieren zu können. Erstmals wurde die Anlage Anfang des Jahres 2011 zeitweise wieder in Betrieb genommen.

Die Auslastung der **Zählanlage** für Getränkeeinwegverpackungen ist weiterhin hoch. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Anzahl der gezählten Gebinde konstant gehalten werden.

Optimierung der Beschaffung

Ebenfalls zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren des Unternehmens zählt eine **optimierte Beschaffung** von Verwertungs- und Behandlungskapazitäten bzw. diesbezüglicher Nachunternehmerleistungen für die verschiedenen Abfallarten und Klärschlamm. Diese permanente Optimierungsaufgabe konnte auch im Geschäftsjahr 2010 erfolgreich erledigt werden. So gelang es mit Wirkung für 2011 insbesondere für die Fraktion der Schadstoffe, biologisch behandelbare Abfälle aus Haushalten und Altholz neue Verträge zu günstigeren Konditionen abzuschließen. Dabei ist es weiterhin gelungen, Abhängigkeiten von Nachunternehmern dadurch zu vermeiden, dass in der Regel bei jeder Abfallart mehr als ein Nachunternehmer für das Unternehmen tätig ist.

Organisationsveränderungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr begann das Unternehmen mit der Entwicklung eines langfristigen **Strategiekonzeptes „HWS 2020“**. Das Konzept dient der Entwicklung zukunftsfähiger Geschäftsfeld- und Produkterweiterungen auf allen Geschäftsfeldern des Unternehmens und wird 2011 fertiggestellt.

Im Rahmen der Zentralisierung bestimmter konzerninterner Leistungen übernahm die HWS die Aufgabe, ein zentrales Fuhrparkmanagement für die SWH-Gruppe aufzubauen. Bis Ende 2011 soll das dafür erforderliche Konzept vollständig umgesetzt sein und eine zentrale Planung, Verwaltung und Steuerung der Fahrzeuge der SWH-Gruppe bestehen.

Zu den wesentlichen Projekten der SWH-Gruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr gehörte die Zentralisierung aller Abrechnungsdienstleistungen bei Standard- und Massenprodukten in der IT-Consult Halle GmbH, einer Schwestergesellschaft der HWS. Innerhalb der HWS wurden die dafür erforderlichen Vorbereitungen im Jahr 2010 abgeschlossen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 gingen die Abrechnungsprozesse für Trinkwasserversorgung, Schmutz- und Niederschlagswasserentsorgung sowie Abfallentsorgung auf die IT-Consult über. Die Mitarbeiter der HWS gingen z. T. im Rahmen eines Betriebsüberganges und z. T. im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages über. Mittelfristig erwartet die HWS eine Senkung der Kosten für diese (nunmehr konzernintern bezogene) Leistung.

Beim Transport von gefährlichen Abfällen war in der Abfallwirtschaft bisher das Begleitscheinverfahren vorgeschrieben. Die elektronische Nachweisführung wurde vom Gesetzgeber mit der Novelle der Nachweisverordnung, die am 1. Februar 2007 in Kraft trat, vorbereitet. Am 1. April 2010 wurde die **elektronische Nachweisführung** bei der Entsorgung gefährlicher Abfälle für alle Entsorger verbindlich. Anstelle des Begleitscheines trat ein elektronisches Dokument, welches mit Signaturkarte und PIN signiert werden muss. Schon seit Ende 2009 wurden in der HWS die Voraussetzungen für die Umsetzung der Forderungen des Gesetzgebers geschaffen, um stichtagsgenau die ersten elektronischen Begleitscheine erstellen, signieren und versenden zu können.

Für das Unternehmen bedeutete die Einführung dieses Verfahrens im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Reduzierung des Zeitaufwandes sowie eine Vereinfachung des Verfahrens im Nachweiswesen.

Personal

Der prognostizierte Rückgang der Schulabgängerzahlen in den östlichen Bundesländern veranlasst die HWS, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um den erwarteten Auswirkungen entgegenwirken zu können. Kontinuierlich und planmäßig steigert das Unternehmen die Anzahl der **Ausbildungsplätze** auf 81 (Vorjahr: 76). Das Unternehmen beabsichtigt mit dieser speziellen Maßnahme, dem möglichen Fachkräftemangel vor allem in den produktiven/technischen Bereichen des Unternehmens zu begegnen und frühzeitig den Aspekt der Mitarbeiterbindung zu berücksichtigen. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Kfz-Mechatroniker/-in, Berufskraftfahrer/-in, Anlagenmechaniker/-in, Elektroniker/-in für Betriebstechnik, Chemielaborant/-in, Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik und Gebäudereiniger/-in sowie Bürokauffrau/-mann, Industriekauffrau/-mann und duale Studiengänge.

Zum Stichtag 31. Dezember 2010 waren im Unternehmen 661 Mitarbeiter (Vorjahr: 665) beschäftigt. Zudem waren neben 81 Auszubildenden 21 Praktikanten für das Unternehmen tätig.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurde ein umfangreiches und kontinuierliches Weiterbildungsprogramm für die logistischen Bereiche des Unternehmens begonnen. Mit der **Weiterbildung für Berufskraftfahrer** nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz (BKrFQG) kommt das Unternehmen dem Anspruch des Gesetzgebers nach Verbesserung insbesondere im Bezug auf die Sicherheit im Straßenverkehr durch die Vermittlung besonderer tätigkeitsbezogener Fertigkeiten und Kenntnisse nach. Im Jahr 2010 nahmen bereits 211 Mitarbeiter des Unternehmens teil.

Ergänzend dazu startete bereits Ende des Jahres 2009 erstmals ein eineinhalbjähriges Ausbildungsprogramm für 8 Fachkräfte mit Führungsaufgaben des Unternehmens zum **Fachwirt für Einkauf und Logistik**. Die HWS verbindet mit dieser Ausbildung das Ziel der Optimierung im Zusammenhang der komplexen betriebswirtschaftlichen und logistischen Prozesse im Unternehmen.

Parallel dazu wurde das **Führungskräftenachwuchsprogramm** im Bereich Technik im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter fortgeführt. Neben der rechtzeitigen fachlichen Heranführung von Nachwuchskräften an Führungsaufgaben lag der Schwerpunkt des Schulungszyklusses im Jahr 2010 auf dem Erwerb von sozialen Kompetenzen.

Im abgelaufenen Jahr beteiligte sich das Unternehmen erstmalig an einem **Modellversuch „Produktiven Lernens in Schule und Betrieb“** des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt. 24 Schülerinnen und Schüler nahmen an dem Angebot der HWS zu dieser Thematik teil. Vier der Teilnehmer können nun in Folge dessen ein berufsförderndes Praktikum im Unternehmen absolvieren. Das Unternehmen verbindet mit der Teilnahme an diesem Modellversuch nicht nur die Vermittlung von Berufsvorstellungen und die Darstellung möglicher Ausbildungsberufe in der HWS, sondern auch die Absicht der frühzeitigen Bindung von Auszubildenden bzw. Mitarbeitern in gewerblichen Berufszweigen des Unternehmens.

Um das **sicherheitsbewusste Handeln** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Bereiche des Unternehmens zu verstärken und kontinuierlich Impulse für noch intensiveres arbeitsschutzrechtliches Verhalten zu setzen, wurde auch im abgelaufenen Jahr 2010 der unternehmensinterne Wettbewerb „Schmerzfreie Zone“ durchgeführt.

Investitionstätigkeit

Die **Investitionen des Geschäftsjahres 2010** der HWS hatten einen Gesamtumfang von insgesamt TEUR 15.881 (Vorjahr: TEUR 15.127) Beträge jeweils ohne kostenlose Übernahmen). Auf den Abwasserbereich entfielen dabei Investitionen von TEUR 8.158 (Vorjahr: TEUR 8.137), auf den Trinkwasserbereich TEUR 5.192 (Vorjahr: TEUR 4.606) und auf den Bereich Entsorgung TEUR 1.883 (Vorjahr: TEUR 1.949).

In den leitungs- bzw. kanalnetzgebundenen Geschäftsfeldern der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung wurden insbesondere Projekte zur Verbesserung der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in Kooperation mit der Stadt Halle (Saale) und mit der konzernzugehörigen HAVAG - Hallesche Verkehrs AG realisiert.

Investitionsschwerpunkte waren im Geschäftsjahr 2010 für die Sparten Wasser und Abwasser neben der Mitwirkung an komplexen Straßenbaumaßnahmen wie zum Beispiel der Delitzscher Straße, Beesener Straße, Mansfelder Straße, Große Märkerstraße/Sternstraße, Berliner Straße und dem Erschließungsgebiet an der A 14 auch folgende Projekte im **Abwasserbereich**:

- die Weiterführung der abwassertechnischen Erschließung städtischer Außenbereiche in den Stadtteilen Dölau und Kröllwitz sowie der Abschluss der Ersterschließung in Wörmlitz;
- die Sanierung/Auswechslung besonders störanfälliger Kanalabschnitte, beispielsweise in der Apoldaer Straße, der Freiimfelder Straße (2. BA) und im Weinbergweg;
- Sanierung der überbauten Gerbersaale.

Im Bereich der **Trinkwasserinvestitionen** lagen die Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr auf folgenden Projekten:

- Sanierung der Großrohrleitungen z. B. Kantstraße (1. Bauabschnitt)
- Maßnahmen zur Senkung/Stabilisierung von Wasserverlusten durch Ersatz von besonders schadensanfälligen Leitungen; z. B. Elsterdüker Döllnitz und im Auftrag des Wasserzweckverbandes „Saalkreis“ anlässlich verschiedener Straßenbaumaßnahmen
- Erneuerung von Versorgungsleitungen beispielsweise im Paulusviertel, im Enzian- und Bergschänkenweg, in der Kaiserslauterer Straße und am Steintor.

Die Investitionen des Geschäftsjahres 2010 im Unternehmensbereich Entsorgung waren im Wesentlichen auf die Erhaltung der bestehenden Logistik und Behandlungskapazitäten ausgerichtet.

Wirtschaftliche Entwicklung

Umsatzerlöse und Aufwendungen

In der HWS wurden im Berichtsjahr Umsatzerlöse von TEUR 111.018 erwirtschaftet. Dieser Wert bedeutet im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum um TEUR 2.489 und liegt deutlich über den Erwartungen. Im Einzelnen entwickelten sich die Geschäftsfelder wie folgt:

Trinkwasserlieferung	TEUR 31.608 (Vorjahr TEUR 30.977)
Abwasserentsorgung	TEUR 41.874 (Vorjahr TEUR 41.303)
Abfallentsorgung/Reinigung	TEUR 24.715 (Vorjahr TEUR 25.034)
Sonstige Umsatzerlöse	TEUR 12.821 (Vorjahr TEUR 11.215)

Der Erlösanstieg in der Trinkwassersparte ist bei ca. konstantem Absatz im Gebiet der Stadt Halle und des WZV Saalkreis auf den Anstieg der durchschnittlichen Trinkwasserpreise zurückzuführen. Bei unverändertem mengenabhängigem Arbeitspreis ist dies eine Folge des nur teilweise mengenabhängigen Grundpreises bzw. der Struktur der Grundpreise. Der Trinkwasserabsatz an MIDEWA war von einer Erhöhung der Absatzmenge geprägt. Die moderate Erlössteigerung in der Sparte Abwasserentsorgung trat infolge des Anstiegs der Kosten ein. Der Preis für die Abwasserentsorgung blieb im Berichtszeitraum konstant.

In der Entsorgungssparte ist insgesamt ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Dieser ist im Wesentlichen auf die Stilllegung der Sortieranlage für Papier, Pappe und Kartonagen und die damit fehlenden Erlöse aus Sortierleistungen bzw. den geringeren Erlös für unsortiertes PPK zurückzuführen. Demgegenüber konnte für die Leistungen Winterdienst, Entsorgung und Verwertung sowie Behälter-, Container- und Sammelleistungen im Vorjahresvergleich eine Steigerung erzielt werden.

Eine deutliche Erhöhung zum Vorjahr war bei den sonstigen Umsatzerlösen mit TEUR 12.821 zu verzeichnen. Die Steigerung wurde im Wesentlichen aus erhöhten Leistungen bei Betriebsführungsverträgen und Betriebsdienstleistungen sowie der Abwasser- und Deponiesickerwasserübernahmen von Dritten erreicht.

Die Personalaufwendungen lagen mit TEUR 29.637 sowohl deutlich unter den Erwartungen als auch unter dem Vorjahresniveau. Diverse Maßnahmen zur strategischen Personalentwicklung wurden zielgerichtet weitergeführt und spiegeln sich in gesunkenen Beschäftigtenzahlen sowie reduzierten Personalkosten wider.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 21.868 ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Diese Entwicklung ist insbesondere auf notwendige Reparaturen an Gebäuden und Anlagen zurückzuführen.

Der Materialaufwand betrug TEUR 26.049 und lag damit deutlich über Vorjahresniveau. Hauptursachen für diese Entwicklung sind höhere Wasserbezugsmengen bei gestiegenen Bezugspreisen vom Vorlieferanten, Aufwendungen für Sanierung und Instandhaltung von Anlagen sowie zusätzliche Transportaufwendungen für Deponiesickerwasser infolge einer mit den Umsatzerlösen korrespondierenden Mengensteigerung.

Die Abschreibungen stiegen mit TEUR 25.942 gegenüber dem Vorjahr an. Ursache hierfür sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen.

Die außerordentlichen Aufwendungen lagen mit TEUR 4.359 über dem Vorjahr. Sie betreffen Aufwendungen (Zuführung zu Rückstellungen) für zukünftige Personalanpassungsmaßnahmen (TEUR 3.907) sowie Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) (TEUR 429).

Infolge eines anhaltenden niedrigen Zinsniveaus sowie Maßnahmen eines aktiven Zinsmanagements sind Zinsaufwendungen unter Vorjahresniveau zu verzeichnen.

Ergebnis

Das Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2010 ist maßgeblich beeinflusst durch eine Rückstellungsbildung für Personalanpassungsmaßnahmen und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen. So wurden, bedingt durch die Neuausrichtung der Reservekapazitäten des Wasserwerkes Beesen, außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von TEUR 7.248 vorgenommen. Dem gegenüber steht eine damit in Verbindung stehende außerplanmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 686. Infolge dieser außerplanmäßigen Abschreibung vermindern sich die planmäßigen Abschreibungen der Folgejahre entsprechend.

Darüber hinaus betrugen die außerordentlichen Aufwendungen für die Umsetzung der strategischen Personalanpassung in Form von Abfindungen und Altersteilzeit zusätzlich TEUR 3.907.

Bereinigt um die vorgenannten Effekte hätte die HWS ein Jahresergebnis von TEUR 7.986, welches deutlich über den Erwartungen liegt, erreicht.

Unter Berücksichtigung der genannten Maßnahmen (außerplanmäßige Abschreibung und Rückstellung für Personalanpassung) erzielte die HWS jedoch einen Jahresfehlbetrag von TEUR 2.483 vor Verlustübernahme durch die Stadtwerke Halle GmbH.

Wesentliche Bilanzposten

Die Bilanzsumme der HWS nahm in Vergleich zum Vorjahr (TEUR 437.593) um TEUR 1.247 auf TEUR 436.346 ab.

Eine deutliche Verminderung auf TEUR 399.478 (Vorjahr: TEUR 408.909) war im Anlagevermögen zu verzeichnen. Diese ist vor allem in der außerplanmäßigen Abschreibung des Wasserwerkes Beesen in Höhe von TEUR 7.248 begründet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände als wesentliche Bestandteile des Umlaufvermögens lagen mit TEUR 35.005 deutlich über den Werten des Vorjahres (TEUR 26.331) Diese Erhöhung resultiert vor allem aus der Erhöhung der Forderungen aus dem Cash Pool und Forderungen aus dem Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft SWH.

Das bilanzielle Eigenkapital unterlag im Geschäftsjahr 2010 keinen Veränderungen.

Die sonstigen Rückstellungen übersteigen den Vorjahreswert um TEUR 4.045. Die Erhöhung liegt maßgeblich in der Rückstellungsbildung für Personalanpassungsmaßnahmen begründet.

Die zur Finanzierung, insbesondere der Anlageinvestitionen, aufgenommen Darlehen bei Kreditinstituten reduzierten sich infolge planmäßiger Tilgungen auf TEUR 276.074 (Vorjahr: TEUR 277.733).

Die HWS erwirtschaftete im Jahr 2010 einen Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 25.559. Zur Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit sowie der Zwischenfinanzierung von Investitionen steht neben den liquiden Mitteln ein Cash Pool-Guthaben in Höhe von TEUR 17.453 verbunden mit einer Kreditlinie von TEUR 10.000, zur Verfügung.

Management

Mit dem Übergang der Abrechnungsleistung zur Konzernschwester IT-Consult wurden die vormals zwei **Vertriebsbereiche** (Vertrieb Wasser/Abwasser und Vertrieb Entsorgung) zu einem Vertriebsbereich zusammengelegt.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2011 wurde der Vorsitzende der Geschäftsführung der HWS, Herr Matthias Lux, zum **Vorsitzenden der Geschäftsführung der Konzernholding** - Stadtwerke Halle GmbH - berufen.

Qualitätsmanagement, Zertifizierungen

Neben der im Jahr 2009 erfolgreich absolvierten **Zertifizierung** im Technischen Sicherheitsmanagement (TSM) im Unternehmensbereich Wasser/Abwasser, erfolgte im September 2010 erneut die jährliche Überprüfung der HWS - Unternehmensbereich Entsorgung - zum **Entsorgungsfachbetrieb** sowie im **Qualitäts- und Umweltmanagement**. Ebenfalls erfolgte die Zertifizierung des Zählzentrums nach der Zertifizierungsrichtlinie der Deutschen Pfandsystem GmbH.

Forschung und Entwicklung

Um die Qualität des Trinkwassers trotz des erhöhten Spülaufwandes, gerade in Stadtrandgebieten bedingt durch die sinkenden Verbrauchszahlen weiter gewährleisten zu können, erprobte die HWS im vergangenem Jahr ein neues innovatives Spülverfahren. Die **Wasser-Saug-Spülung** stellt eine optimierte Wasserspülung dar und bietet sich als Verfahren für die flächendeckende Rohrnetzpflege an. Computergestützt können effektiv große Netzlängen gereinigt werden. Bei diesem neuartigen Verfahren wird mittels einer variabel einstellbaren Pumpe eine festgelegte Wassermenge aus dem Netz gesaugt. Dabei wird gezielt eine vorher bestimmte Schleppspannung des bewegten Wasserstroms aufgebaut. Durch die Kraftwirkung auf die Rohrinnenwand werden effektiv Ablagerungen abgelöst und ausgetragen. Kontrolliert wird das Verfahren über Trübungsmessungen und eine rechnergestützte Online-Auswertung der Spülung.

Ein besonderes Forschungs- und Entwicklungsprojekt der HWS mit dem Deutschen Biomasseforschungszentrum (DBFZ) aus Leipzig wurde offiziell im Dezember 2010 gestartet. Geführt wird dieses Projekt unter dem offiziellen Titel „Integrierte Verwertungsanlage und Strategie für kommunale Biomasse - HTC Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft“. Bei der HTC, der **hydrothermalen Carbonisierung**, werden biologische Abfälle unter Druck und Temperatur carbonisiert. Das Produkt ist eine Substanz, deren Eigenschaften mit Braunkohle vergleichbar sind, man spricht daher auch von Biokohle oder grüner Kohle. Im Projekt soll in Zusammenarbeit mit dem DBFZ die Anwendbarkeit der HTC auf die Abfallstoffe Grünschnitt sowie Gärreste erprobt und bewertet werden. Mit diesem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben verfolgt die HWS das ehrgeizige Ziel, auch zukünftig innovative und sinnvolle Verwertungsmethoden für anfallende Reststoffe zu erschließen und die Wertschöpfungstiefe zu steigern.

Im Jahr 2007 begann die HWS mit einem langfristig angelegten Pilotprojekt- Kurzumtriebsplantagen mit schnellwachsenden sog. Balsampappeln auf innerstädtischen Flächen - zur energetischen Nutzbarmachung bestimmter biologischer Abfallarten um der stetig wachsenden Bedeutung von **Biomasse als Energieträger** gerecht zu werden. Das Unternehmen intensivierte seine Ziele seit Beginn des Pilotprojektes durch die Pflanzung von **drei innerstädtischen Kurzumtriebsplantagen**. Im Februar des abgelaufenen Geschäftsjahres konnte planmäßig die erste Ernte der in 2007 angelegten Kurzumtriebsplantage erfolgen. Die geerntete, im Vergleich zu landwirtschaftlichen Nutzflächen, geringe Menge von 3 Tonnen Brennholz konnte nach entsprechender Aufbereitung einem Biomasseheizkraftwerk als Energieträger zur Verfügung gestellt und so als Rohstoff nutzbar gemacht werden.

Beteiligungsbereich

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der W + H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale). Die W + H realisiert die Bewirtschaftung der Wasserzähler und Wasserzählerstandrohre im Versorgungsgebiet der HWS und Drittgeschäfte.

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbringt für die HWS Dienstleistungen im Bereich der Gebäudereinigung und Logistikdienstleistungen und trägt damit langfristig zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Geschäftsfeld bei.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile der WER - Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen im Bereich der Altglaserfassung, -sammlung und -verwertung.

Darüber hinaus hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft betreibt das Spaßbad „Maya mare“ auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen.

Risikomanagement, Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem der HWS benennt für das Jahr 2010 keine den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken.

Das Risikomanagement der HWS umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die eine frühzeitige Erkennung bestandsgefährdender Entwicklungen ermöglichen. Die Unterlagen des betrieblichen Risikomanagements werden regelmäßig aktualisiert. Dabei stehen insbesondere die Auswirkungen eines landesweiten Preisvergleichsverfahrens der Landeskartellbehörde Sachsen-Anhalt und eines daraus sich ergebenden möglichen Prüfungsverfahrens hinsichtlich einer marktbeherrschenden Stellung in Bezug auf die Trinkwasserpreise für das Unternehmen im Mittelpunkt der betrieblichen Aufmerksamkeit.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die HWS nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich auf dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Bestehende Risiken werden mit den folgenden Maßnahmen gemindert:

- Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschläge in Höhe des voraussichtlichen Leistungsumfangs vereinbart und eingezogen. Zudem ist ein funktionsfähiges Mahnwesen eingerichtet.
- Betreffend Zahlungsstromrisiken aus Finanzverbindlichkeiten (Zins- und Tilgungsleistungen) erfolgt ein aktives Zinsmanagement (fest vereinbarte Zinssätze, Sicherung variabler Zinssätze) sowie die grundsätzlich langfristige Vereinbarung von Tilgungsplänen.
- Abschluss langfristiger Verträge zum Ausschluss von Preisänderungsrisiken.

Branchen- und Unternehmensausblick

Für das kommende Geschäftsjahr 2011 erwartet die HWS eine Gesamtleistung von Mio. EUR 112,6 und einen Jahresüberschuss von Mio. EUR 5,7 vor Ergebnisabführung. Im Rahmen des geplanten Personalanpassungsprojektes strebt die HWS einen Personalbestand von 636 Mitarbeitern auf Vollzeitbasis an. Investitionen sind in Höhe von Mio. EUR 16,5 geplant. Die Preise für die Trinkwasserversorgung können für die Jahre 2011 und 2012 konstant gehalten werden. Der Preis für die Schmutzwasserentsorgung wird für 2011 konstant gehalten. Für 2012 ist eine Erhöhung geplant und kalkuliert. Der Preis für Niederschlagswasserbeseitigung wird für 2011 und 2012 leicht gesenkt. Die Kosten- und Preisentwicklung in der Abfallentsorgung ermöglicht es, die städtischen Gebühren für die Abfallentsorgung für 2011 und 2012 leicht unter dem Niveau von 2010 zu halten.

Die HWS verfolgte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 das Ziel, die wesentlichen Dienstleistungen Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland und private und gewerbliche Auftraggeber nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen.

Angesichts des Umstandes einer langfristig rückläufigen Bevölkerungszahl im Marktgebiet und eines durch sparsames Verbrauchsverhalten erzeugten langfristig rückläufigen Bedarfs an Trinkwasser und Aufkommens an Abwasser und Abfall war das Hauptziel, durch konsequentes Kostenmanagement die Wirtschaftlichkeit auf dem Niveau der Vergangenheit zu halten.

Im Geschäftsfeld Abwasserentsorgung und bei Laborleistungen ist es gelungen, Kunden auch bei Auslaufen der bisherigen Verträge zu halten. Im Geschäftsfeld Gebäudereinigung könnte mit der städtischen Theater-, Oper- und Orchester-GmbH ein weiterer Kunde gewonnen werden.

In den Geschäftsfeldern Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung unterstützt die HWS weiterhin die Stadt Halle bei ihren Ansiedlungsaktivitäten, um zukünftig weitere Absatz- und Kundenpotenziale zu erschließen. So beginnt die HWS schrittweise das Schmutzwasser- und Trinkwassernetz auf dem städtischen neu erschlossenen Industriegebiet an der Autobahn A 14 weitgehend unentgeltlich zu übernehmen.

Der Markt für Abfallentsorgungsleistungen ist unverändert von konjunkturell stark schwankenden Wertstoff- und Entsorgungspreisen geprägt. Bemerkenswert ist der Trend eines zunehmenden Wandels der Abfallwirtschaft zur Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft. Die Unternehmensfunktion der Stoffstromwirtschaft erlangt damit zunehmend an Bedeutung und wird seit einigen Jahren in der HWS weiter entwickelt.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	150	50,00
VNG Verbundnetz Gas AG	150	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.

(2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung: Burkhardt, André (seit 25.02.2010)

Technische Geschäftsführung: Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	9.981	22	2.707	14	2.645	14	7.274	269
Umlaufvermögen	36.352	78	16.863	86	15.857	86	19.489	116
Rechnungsabgrenzungsposten					1	0	0	
Bilanzsumme	**46.333**	**100**	**19.570**	**100**	**18.502**	**100**	**26.763**	**137**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	11.904	26	741	4	741	4	11.162	1.506
Rückstellungen	8.815	19	5.346	27	887	5	3.469	65
Verbindlichkeiten	25.614	55	13.482	69	16.874	91	12.132	90
Bilanzsumme	**46.333**	**100**	**19.570**	**100**	**18.502**	**100**	**26.763**	**137**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	69.307	70.343	89.838
sonstige betriebliche Erträge	7.903	4.696	3.945
Materialaufwand	63.549	65.888	88.664
Personalaufwand	10	13	19
Abschreibungen	1.103	1.391	1.511
sonstige betriebliche Aufwendungen	6.789	7.348	3.029
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	85	20	197
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.692	380	365
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.523	25	13
sonstige Steuern	57	42	25
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		313	327
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.112	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.112	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,93	0,45	0,36	%
Eigenkapitalrentabilität:	52,78	42,26	44,14	%
Cash-Flow:	5.216	1.704	1.839	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,01	0,02	0,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,54	13,83	14,29	%
Eigenkapitalquote:	25,69	3,79	4,01	%
Fremdkapitalquote:	74,31	96,21	95,99	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Absatz Fernwärme	736,00	693,00	738,00	GWh
Absatz Strom	663,00	661,00	729,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen und Geschäft

1.1 Rahmenbedingungen

Nach dem Krisenjahr 2009 konnte die Wirtschaftsleistung Deutschlands in allen Quartalen des Jahres 2010 deutlich gegenüber den Vorjahreswerten zulegen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2010 um 3,6 % (nach -4,7 % im Vorjahr). Dieses in mancher Hinsicht überraschend hohe Wachstum war vor allem auf den starken Anstieg des Außenhandels und der Binnennachfrage zurückzuführen.

Die Wirtschaft Ostdeutschlands konnte dabei nicht so stark zulegen wie der Rest Deutschlands. Während das Wirtschaftswachstum Westdeutschlands im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um preisbereinigt 3,2 % anzog, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands in diesem Zeitraum um 2,2 %. Auch die entsprechenden Halbjahreswerte für unser Bundesland Sachsen-Anhalt deuten auf ein leichtes Hinterherhinken im Jahr 2010 hin, da die Wirtschaft Sachsen-Anhalts in diesem Zeitraum um real 1,3 % zulegte.

Auf dem Arbeitsmarkt führte die positive wirtschaftliche Entwicklung zu einer weiteren Verbesserung. Während die Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt um 0,5 %-Punkte abnahm, war der Rückgang in Ostdeutschland und in Sachsen-Anhalt deutlich spürbarer ausgefallen. In Ostdeutschland verringerte sich die Arbeitslosenquote von 13,0 % in 2009 auf 12,0 % in 2010. In Sachsen-Anhalt führte die wirtschaftliche Belebung zu einer Absenkung der Arbeitslosenquote um 1,1 %-Punkte auf 12,5 %.

Auch im abgelaufenen Jahr 2010 zeigte die Bevölkerungsentwicklung in Halle (Saale) einen besseren Verlauf, als in Langzeitstudien vorgezeichnet wurde. Mit 230.831 Einwohnern (Vorjahr: 230.377) verzeichnete die Stadt erstmals seit vielen Jahren wieder einen Zuwachs.

1.2 Geschäft

Die Stadtwerke Halle GmbH und die VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft sind zu gleichen Teilen Gesellschafter der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Die Stadtwerke Halle GmbH kündigte am 23. Februar 2010 den Gewinnabführungsvertrag aufgrund der im Berichtsjahr erfolgten Anteilsübertragung an die VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft.

Zum 1. Januar 2010 wurde ein neuer Dienstleistungsvertrag zwischen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH und der EVH GmbH zur technischen Betriebsführung für das Heizkraftwerk Halle-Trotha sowie zur kaufmännischen Betriebsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH geschlossen. Die Aufhebung des alten Betriebsführungsvertrags erfolgte mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2010.

Weiterhin übertrug die Gesellschaft am 13. Oktober 2010 die Dienstleistung der Portfoliobewirtschaftung für das Heizkraftwerk Halle-Trotha an die Energieunion Aktiengesellschaft. Der Dienstleistungsvertrag beinhaltet ein Risikodokument, welches grundlegende Anforderungen, Regeln, Steuerungs- und Überwachungssysteme sowie die Zieldeckungsbeitragsabsicherung des Heizkraftwerks Halle-Trotha definiert.

Am 13. Oktober 2010 schlossen die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH und die VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft einen Gasliefervertrag für das Heizkraftwerk Halle-Trotha.

Ebenso unterschrieben am 13. Oktober 2010 die Vertragspartner Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH und die EVH GmbH einen Wärmelieferungsvertrag für die Anlage Trotha. Der Vertrag beginnt am 1. Juli 2011 mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Im Gegenzug erfolgte die Aufhebung des Strom- und Wärmelieferungsvertrags für die Anlage Trotha zum 30. Juni 2011.

Die Gas- und Dampfturbinenanlage des Kraftwerks Dieselstraße ist weiterhin Pachtgegenstand der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Hintergrund ist die Konzentration der Erzeugungsaktivitäten sowie des Emissionszertifikatehandels in einer Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2010 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße vorwiegend im Grundlastbetrieb Strom und Fernwärme. Für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße ergab sich für das Geschäftsjahr 2010 ein Brennstoffnutzungsgrad von 89,1 Prozent. Er lag somit über dem Vorjahreswert von 88,1 Prozent.

In den Monaten Januar und Februar 2010 produzierte das Heizkraftwerk Halle-Trotha im Grundlastbetrieb Strom und Fernwärme. Außerhalb dieser Zeiten erzeugte die Spitzenkesselanlage je nach Bedarf Fernwärme. Für die Gas- und Dampfturbinenanlage ergab sich im oben genannten Zeitraum ein Brennstoffnutzungsgrad von 79,1 Prozent. Er lag somit 2,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Projekt Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha

Die Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Trotha ging am 5. März 2010 endgültig außer Betrieb. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses vom 1. Februar 2010 erfolgte im Geschäftsjahr die Veräußerung der alten Gasturbine und des nicht mehr verwendbaren Zubehörs.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 25. Februar 2010 wurde die Geschäftsführung ermächtigt, die Modernisierung der Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Trotha mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von bis zu 23,5 Millionen Euro durchzuführen. Am 15. September erfolgte der Abruf der KfW-Mittel bei der Commerzbank AG für die Investitionsmaßnahmen in Höhe von 10,0 Millionen Euro. Im Dezember 2010 wurde eine Kapitalzuführung durch die Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH und die VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft in Höhe von 7 Millionen Euro durchgeführt.

2. Ertragslage

2.1 Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Das Ergebnis vor Steuern für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH beläuft sich auf 5,6 Millionen Euro. Davon entfielen 0,3 Millionen Euro auf die vertraglichen Regelungen der Strom- und Wärmelieferungsverträge und 5,3 Millionen Euro wurden dem Projekt Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha zugeordnet.

Ertragsteuern sind in Höhe von 1,5 Millionen Euro angefallen, sodass sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 4,1 Millionen Euro ergab.

2.2 Erzeugung

Die Gesellschaft produzierte im abgelaufenen Geschäftsjahr 736 GWh Fernwärme. Die Überschreitung von 43 GWh im Vergleich zum Vorjahr resultierte hauptsächlich aus der kühlen Witterung im Geschäftsjahr 2010.

Im Berichtszeitraum erzeugte das Unternehmen im umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess 663 GWh Strom und lag damit auf Vorjahresniveau.

2.3 Absatz/Umsatz/Erträge

Fernwärme
Die Umsatzerlöse im Segment Fernwärme betrugen 25,4 Millionen Euro und wurden an den Kunden EVH GmbH geliefert. Im Vergleich zum Vorjahr (22,3 Millionen Euro) war dies ein Anstieg von 3,1 Millionen Euro.

Strom
Im Geschäftsjahr 2010 erzielte die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH aus dem Stromverkauf 28,0 Millionen Euro. Dies waren 2,6 Millionen Euro weniger als im Vorjahr (30,6 Millionen Euro).

Sonstige Umsatzerlöse
Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen vor allem Erlöse aus vermiedener Netznutzung und Erlöse aus dem Zuschlag für produzierten Strom im Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess. Mit 15,8 Millionen Euro wurde der Vorjahreswert um 1,6 Millionen Euro unterschritten.

Sonstige betriebliche Erträge
Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 3,2 Millionen Euro auf 7,9 Millionen Euro gestiegen. Sie enthielten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erträge aus der Fixkostenbeteiligung und vor allem die Zuschreibung des Anlagevermögens.

2.4 Bezug/Aufwendungen

Bezug
In den Gas- und Dampfturbinenanlagen Halle-Trotha und Dieselstraße sowie in der Spitzenkesselanlage Halle-Trotha wurden für die Strom- und Fernwärmeerzeugung insgesamt 1.791 GWh Erdgas verbraucht. Dafür musste das Unternehmen 45,8 Millionen Euro aufwenden.

Aufwendungen für bezogene Leistungen
Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betrugen 16,9 Millionen Euro nach 17,1 Millionen Euro im Vorjahr.

Sonstige betriebliche Aufwendungen
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 6,8 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert von 7,3 Millionen Euro. Sie beinhalteten im Wesentlichen den Verbrauch von CO_2-Emissionszertifikaten und Aufwendungen für Instandhaltung.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH beschäftigt kein eigenes Personal. Die technische und kaufmännische Betriebsführung erfolgt durch die EVH GmbH.

3. Finanzlage

Das Finanzergebnis der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH belief sich auf -0,1 Millionen Euro. Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Rahmen einer Cash Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt. Den Finanzbedarf für die Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha sicherte die Gesellschaft durch die Kapitalzuführung der Gesellschafter und Darlehensaufnahmen.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 46,3 Millionen Euro und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 26,8 Millionen Euro erhöht.

Der Anstieg war auf der Aktivseite hauptsächlich auf folgende Effekte zurückzuführen:

Im Geschäftsjahr 2010 erhöhte sich das Anlagevermögen der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH um 7,3 Millionen Euro. Die Erhöhung war überwiegend auf die Investition in das Heizkraftwerk Halle-Trotha zurückzuführen. Die Vorräte beinhalteten den Zugang von CO_2-Emissionszertifikaten und somit einen Wertzuwachs von 3,7 Millionen Euro. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände bildeten mit 25,1 Millionen Euro den größten Posten auf der Aktivseite und lagen somit 9,5 Millionen Euro über dem Vorjahreswert. Die liquiden Mittel erhöhten sich auf 6,3 Millionen Euro.

Auf der Passivseite war der Anstieg der Bilanzsumme im Wesentlichen auf die erhöhten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und die Kapitalzuführung von Gesellschaftern zurückzuführen.

Das Eigenkapital erhöhte sich auf Grund der Kapitalzuführung durch die Gesellschafter (7,0 Millionen Euro) und des 2010 erzielten Jahresüberschusses (4,1 Millionen Euro) um 11,2 Millionen Euro. Die Rückstellungen beliefen sich auf 8,8 Millionen Euro und enthielten Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (1,0 Millionen Euro), ausstehende Eingangsrechnungen (0,6 Millionen Euro) und Rückstellungen für Verbindlichkeiten gegenüber Dritten (5,6 Millionen Euro). Die Verbindlichkeiten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 12,1 Millionen Euro an und resultierten vorwiegend aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (10,0 Millionen Euro).

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2010 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH notwendig machen würden.

6. Risikobericht

Ausfallrisiken beim Forderungsbestand bestehen aufgrund der Kundenstruktur nicht. Die Gesellschaft ist in das konzerninterne Cash-Management-System der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen bestehen insofern nicht.

Für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße besteht das Risiko, dass durch die Verzahnung des Hilfsgetriebes verursachte Schäden bzw. Ausfallkosten nicht mehr durch Versicherungen abgedeckt werden können.

Ab 2012 besteht das Risiko verminderter Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der Stromerzeugung des Heizkraftwerkes Halle-Trotha aufgrund der gegenwärtigen Marktpreissituation.

Im Jahr 2013 beginnt für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Demzufolge wird es für die Stromproduktion keine kostenfreien Emissionsberechtigungen mehr geben. Für die Wärmeerzeugung wird es weiterhin kostenfreie Zuteilungen geben, die anhand von gemeinschaftsweiten, einheitlichen und produktbezogenen Benchmarks erfolgen werden. Sobald die europäischen Zuteilungsregeln feststehen, erfolgt die Umsetzung im Rahmen einer Rechtsverordnung in Deutschland. Für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH besteht somit die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Nach unserer Einschätzung bestehen keine für die Gesellschaft schwerwiegenden Risiken, die mit einer wesentlichen Wahrscheinlichkeit den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

7. Prognosebericht

Vom Jahresüberschuss der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH des Geschäftsjahrs 2010 in Höhe von 4,1 Millionen Euro sollen 3,8 Millionen Euro den Gewinnrücklagen zugeführt und 0,3 Millionen Euro an die Gesellschafter ausgeschüttet werden.

Am 14. Februar 2011 wurde Herr André Burkhardt als Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle Trotha GmbH abberufen. Am 15. Februar 2011 wurde Herr Dr. Stephan Krein als weiterer Geschäftsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bestellt.

Für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße ist eine Produktion von 570 GWh Strom und 576 GWh Fernwärme geplant. In den Sommermonaten 2011 sind Anpassungsmaßnahmen an den Abhitzekesseln vorgesehen. Zu diesem Zweck ist ein Stillstand von etwa einem Monat je Block notwendig.

Mit der Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha leisten die Stadtwerke Halle GmbH und die VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft einen weiteren Grundstein für die wirtschaftliche und umweltfreundliche Produktion von Strom und Wärme in der Stadt Halle. Die modernisierte Anlage soll ihren Dauerbetrieb im April 2012 aufnehmen. Die dann installierten Leistungsparameter werden sich auf ca. 55 MW elektrisch und ca. 40 MW thermisch belaufen. Die Modernisierung hat ein Gesamtvolumen von ca. 23,5 Millionen Euro.

Aufgrund der Lieferverpflichtungen aus dem Wärmelieferungsvertrag und der zeitversetzten Inbetriebnahme des Heizkraftwerks Halle-Trotha wird für die kommenden Geschäftsjahre 2011 und 2012 ein negatives Betriebsergebnis erwartet.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 250

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Siebenhüner, Jörg
		von der Heyde, Axel
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
		Böcker, Udo
		Bönisch, Bernhard
		Gärtner, Steffen
		Junghans, Torsten
		Kley, Gerry
		Kocian, Burkhard
		Koppitz, Erhard
		Krause, Johannes
		Lange, Hendrik
		Mahlert, Eckard

Aufsichtsrat:

Müller, Raik
Nagel, Elisabeth
Richter, Ulrich
Weihrich, Dietmar

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	583	9	360	6	343	6	223	62
Umlaufvermögen	6.012	88	5.647	92	4.871	91	364	6
Rechnungsabgrenzungsposten	233	3	149	2	162	3	84	56
Bilanzsumme	**6.828**	**100**	**6.156**	**100**	**5.376**	**100**	**671**	**11**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	522	8	522	8	522	10	0	0
Rückstellungen	2.559	37	2.726	44	2.215	41	-167	-6
Verbindlichkeiten	3.648	53	2.814	46	2.554	48	834	30
Rechnungsabgrenzungsposten	99	1	95	2	85	2	4	4
Bilanzsumme	**6.828**	**100**	**6.156**	**100**	**5.376**	**100**	**671**	**11**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	12.466	10.426	10.018
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	144	131	-8
sonstige betriebliche Erträge	253	196	137
Materialaufwand	4.280	3.148	2.505
Personalaufwand	5.521	4.861	4.457
Abschreibungen	272	194	156
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.445	1.420	1.662
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27	20	137
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.312	1.149	1.504
außerordentliche Aufwendungen	99		
außerordentliches Ergebnis	-99		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-1	-0
sonstige Steuern	1	1	2
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.212	1.148	1.503
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	9,72	11,01	15,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	232,41	220,16	288,06	%
Cash-Flow:	1.485	1.342	1.659	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	126	118	118	T€
Personalaufwandsquote:	42,92	45,21	43,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,52	5,13	5,99	%
Eigenkapitalquote:	7,64	8,47	9,70	%
Fremdkapitalquote:	92,36	91,53	90,30	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Ziele und wirtschaftliches Umfeld

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- Optimale Versorgung der Stadt Halle (Saale) und der Stadtwerke Halle mit allen Dienstleistungen der Informationstechnologie
- Angebot von IT-Dienstleistungen für Kunden aus dem kommunalen Sektor, für Stadtwerkeunternehmen und mittelständische Unternehmen, speziell bei der Nutzung von Standardsoftware (SAP), der Internet- und Intranettechnologie und der geografischen Informationsverarbeitung
- Angebot von E-Government-Lösungen.

Die anhaltend schwierige Situation der Haushaltslage der Kommunen lässt wenig Spielraum für die Entwicklung ihrer DV-Infrastruktur, jedoch muss durch den Rationalisierungsdruck in der öffentlichen Verwaltung und durch die hohen Anforderungen der Unternehmen und Bürger an die zu erbringenden Dienstleistungen (Stichwort: E-Government) die DV-Infrastruktur den Erfordernissen angepasst werden.

Der anhaltende Kostendruck in den Unternehmen der Stadtwerke und die sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft (Stichwort: Unbundling, elektronischer Datenaustausch) bedingten eine Vielzahl von neuen DV-Projekten, die zur Erfüllung der sich daraus ergebenen Aufgaben dienten.

In diesem Umfeld positioniert sich die IT-Consult mit ihrem Angebotsspektrum und sieht ein Marktpotenzial, das für eine weitere Expansion gute Voraussetzungen mit sich bringt.

Geschäftsentwicklung und Schwerpunktaufgaben 2010

Der Gesellschaft ist es gelungen, den Umsatz um fast 20 % (TEUR 2.040) gegenüber dem Jahr 2009 zu steigern. Dies wurde im besonderen Maße durch die Erweiterung unseres Dienstleistungsangebotes für die Stadtwerkeunternehmen, durch die Vermarktung unserer Produkte, die Erbringung von DV-Dienstleistungen für Dritte und durch zusätzliche Projekte erreicht. Insgesamt erzielte die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 12.466, davon TEUR 8.194 (Vj.: TEUR 7.167) aus DV-Dienstleistungen.

Die betrieblichen Aufwendungen stiegen insgesamt um TEUR 1.993. Neben den um TEUR 870 deutlich gestiegenen Aufwendungen für kundenbezogene Hard- und Software und gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen (TEUR 264) wirkten sich der Anstieg der Personalaufwendungen (TEUR 659), insbesondere bedingt durch eine höhere durchschnittliche Anzahl von Mitarbeitern im Berichtsjahr sowie Aufwendungen für Altersteilzeitverpflichtungen aus. Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind dank einer strengen Kostenkontrolle nur um insgesamt TEUR 25 gestiegen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg aufgrund der aufgezeigten Entwicklungen um TEUR 163 auf TEUR 1.312. Das über Plan erzielte Jahresergebnis in Höhe von TEUR 1.212 (Vj.: TEUR 1.148) wird im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die SWH abgeführt.

Die Übernahme der TK-Dienstleistungen und weiterer DV-Dienstleistungen für die Stadtwerkeunternehmen, Projekte bei den Unternehmen der Stadtwerke, bei Kommunen und Landes- und Bundeseinrichtungen, die hohen Anforderungen der Umgestaltung der Datenverarbeitung in der Stadt Halle (Saale) und der Aufbau weiterer SAP-Kompetenz erforderte eine Personalübernahme aus der EVH GmbH und der Energieversorgung Halle Netz GmbH und Neueinstellung von insgesamt neun Mitarbeitern.

Wesentliche Schwerpunkte der Arbeit waren die Übernahme des Abrechnungssystems der EVH GmbH von einem anderen Dienstleister, die Übernahme aller TK-Dienstleistungen der EVH GmbH einschließlich des Personalüberganges der mit diesen Aufgaben betrauten Mitarbeiter, der Relaunch unserer Produktgruppe KomGIS®+ und die weitere Realisierung von Aufgaben für das Vorhaben zur Erneuerung der Datenverarbeitung der Stadt Halle (Saale). Weiterhin wurden im Rahmen des e-Government Masterplanes der Stadt Halle Teillösungen im Umfeld verschiedener Fachverfahren implementiert.

Die Akquisition von langfristigen Aufgaben der DV-Betriebsführung und Abarbeitung von Aufträgen zur Sicherung der finanziellen Basis der Gesellschaft, die weitere Anpassung der betrieblichen Organisation zur Optimierung der betrieblichen Geschäftsprozesse und eines effektiven Qualitätsmanagements waren weitere wesentliche Schwerpunktaufgaben. Die Gesellschaft absolvierte 2010 mit Erfolg die Rezertifizierung für die DIN EN ISO 9001:2008.

Im Jahr 20I0 wurde unser Angebot an innovativen Eigenentwicklungen erweitert und weiterentwickelt. Dazu zählen IWS (Integriertes Workflowsystem) und KomGIS®+ Schachtschein und CMS 2.0 (Content Management System). Aufgrund der Weiterentwicklung des CMS konnte im Dezember 2010 die neue Webpräsenz der Stadt Halle erfolgreich in Betrieb genommen werden.

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist der führende kommunale IT-Dienstleister in Mitteldeutschland und Initiator der eGovernment-Initiative „Kommunales Kompetenzzentrum für Mitteldeutschland“ - *KomKomM®*. Mit kompetenten Partnern, wie z. B. Dresden-IT, BSYS, MakeIT und der Hochschule Harz werden integrierte Lösungen für Kommunen angeboten. Regelmäßige Arbeitstreffen des KomKomM® bieten die Plattform, um kommunale Entscheidungsträger bei der Entwicklung von Städten, Landkreisen und Gemeinden zu modernen Dienstleistern für Bürger und Unternehmen zu unterstützen.

Die IT-Consult Halle GmbH konnte auf dem IT-Markt besonders in Sachsen-Anhalt, aber auch außerhalb der Landesgrenzen, ihre Wettbewerbsposition stärken. In mehreren anspruchsvollen Vergabeprozessen konnte sich die ITC gegen namhafte Mitbewerber behaupten und aufgrund der qualifizierten Konzepte, der Referenzen im öffentlichen Sektor und der Leistungsfähigkeit überzeugen. Beleg dafür sind die mehr als 27 gewonnenen Neukunden vorrangig aus dem Bereich der Bundes- und Landeseinrichtungen und Kommunalverwaltungen. So erhielt die ITC unter anderem den Auftrag zur Einführung des doppischen Finanzwesens für den Salzlandkreis und die Outsourcingaufträge für die Städte Raguhn und Calbe.

Die mit der KID GmbH gebildete ARGE „Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)“ arbeitet erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister zu führen. Die ITC hostet diese Anwendung in ihrem Rechenzentrum.

Im Jahr 2010 beteiligte sich die ITC an zehn Messen, Fachtagungen begleitenden Ausstellungen mit eigenem Präsentationsstand, Fachvorträgen sowie acht selbst initiierten Veranstaltungen. Darunter waren produktbezogene Workshops, Anwendertreffen und eine Hausmesse zu aktuellen kommunalen Themen (Finanzwesen, Geografische Informationssysteme, EU-DLR, Personalwesen, IT-Sicherheit).

2010 wurden Investitionen im Umfang von TEUR 504, davon TEUR 478 in Hard- und Software zur Ausstattung der Mitarbeiterarbeitsplätze, durchgeführt sowie ein zweites Rechenzentrum am Standort Kraftwerk Dieselstraße zur Realisierung der innerbetrieblichen Geschäftsprozesse und für Hosting-Dienstleistungen installiert. Diese Investitionen konnten ohne die Aufnahme von Fremdmitteln erfolgen.

Insgesamt kann die finanzielle Lage des Unternehmens als stabil bewertet werden. Die IT-Consult Halle GmbH nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Dadurch ist auch für 2011 die Liquidität des Unternehmens gegeben.

Die Gesellschaft führt jährlich eine Risikoinventur durch. Maßnahmen zur Risikoerkennung und -überwachung bzw. zur Risikobegegnung sind in einer Riskmap festgelegt. Umfangreiche Sicherungsmechanismen minimieren mögliche Risiken, die mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH eingebunden, die ebenfalls eine umfangreiche Risikovorsorge betreibt.

Ausblick

Für das Jahr 2011 sind folgende Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit zu nennen:

- Qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Firmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS;
- Aufbau der DV- und TK-Infrastruktur für die Bäder Halle GmbH;
- Realisierung des Projektes „Doppisches Finanzwesen“ des Salzlandkreises;
- Übernahme der kompletten DV-Dienstleistungen der Stadtwerkeunternehmen HAVAG und AWH;
- Errichtung der technischen Infrastruktur für das Projekt „D 115“ bei der Stadt Halle;
- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- Erweiterung der Outsourcing-Kapazitäten im SAP-Umfeld;
- Weiterer Ausbau der Kapazitäten auf dem Gebiet des Geschäftsprozessmanagements und Projektmanagements durch zertifizierte PMP®-Berater;
- Vermarktung von komplexen Lösungen der Elektronischen Archivierung und Vorgangsbearbeitung im Rahmen einer Business-Partnerschaft mit einem führenden Anbieter von Lösungen zur Automation Dokumenten basierter Prozesse;
- Vermarktung und Weiterentwicklung unseres Produktes EnTIS+ ein energietechnisches Informationssystem für Stadtwerke, Elektromontagefirmen und Bauämter;

- Erweiterung der KomGIS®+-Suite mit einem Modul zur Gebührenberechnung;
- die weitere Umsetzung des Projektes zur Einführung eines neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen bei der Stadt Halle (Saale) - Doppikeinführung. Die Aktivitäten liegen dabei bei der Vorbereitung und Durchführung des Produktivstarts für die Planung und Bewirtschaftung des doppischen Buchungssystems durch die Ämter und Dezernate der Stadtverwaltung. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Durchführung von System- und Integrationstests, die Anwenderschulungen sowie die Erfassung und Bewertung des kommunalen Anlagevermögens für die Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Halle (Saale). Beginn der Erfassung von Daten zur Haushaltsplanung 2011 wird im Juni sein;
- die weitere bundesweite Vermarktung der Produktfamilie KomGIS+ in der Version 3.0;
- Ausbau der Kompetenz und der Kapazitäten für Beratungs-, Betreuungs- und Schulungsleistungen im Bereich kommunaler Fachverfahren (openProsoz, MESO, AUSO, Session);
- Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (Outsourcing);
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet werden weitere vermarktungsfähige Lösungen geschaffen und vermarktet;
- die Entwicklung spezieller E-Commerce/E-Government Lösungen für Kommunen, Stadtwerke und mittlere und kleinere Unternehmen;
- ISO 27001-Zertifizierung auf der Basis von IT-Grundschutz.

Im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten im Jahr 2011 steht der Abschluss von IT-Dienstleistungsverträgen mit Kommunen und Unternehmen öffentlicher Träger für komplette Übernahme der DV-Dienstleistungen sowie die Vermarktung eigener Produkte und spezieller DV-Dienstleistungen.

Durch weitere innovative Produkte und Lösungen, die weitere Qualifikation der Mitarbeiter und ein ausgeprägtes Qualitätsmanagement wird die IT-Consult Halle GmbH ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem hart umkämpften IT-Markt verbessern.

Für das Geschäftsjahr 2011 wird ein Jahresergebnis (vor Ergebnisabführung) von ca. Mio. EUR 0,9, für das Geschäftsjahr 2012 von ca. Mio. EUR 1,0 erwartet.

M-Exchange AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Haus Sülz 6
53797 Lohmar

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:

	T€	%
WV Energie AG Frankfurt	93	93,00
Stadtwerke Halle GmbH	7	7,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Aufbau, Betrieb und Betreuung von elektronischen Marktplätzen im Internet, die Vermarktung und Vermittlung von IT-Dienstleistungen aller Art, sowie die Erbringung von Informationstechnologischen Diensten, Beratungs- und Programmierdienstleistungen mit Schwerpunkt auf die Versorgungs- und Verkehrswirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen betreibt und betreut elektronische Marktplätze im Internet. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung zu sehen, da auch örtliche Unternehmen von dem Vorhandensein dieser elektronischen Marktplätze profitieren.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Berner, Manfred

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Zimmermann, Felix
	Gieske, Hartmut
	Heinze, Harald
	Helbig, Andreas
	Müller-Urlaub, Berthold
	Thielmann, Fred

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	13	13	13

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	188	52	87	35	63	28	101	116
Umlaufvermögen	164	45	142	57	84	37	22	15
Rechnungsabgrenzungsposten	11	3	1	0			10	1.000
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			21	8	80	35	-21	-100
Bilanzsumme	**363**	**100**	**251**	**100**	**227**	**100**	**112**	**44**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	82	23					82	
Rückstellungen	77	21	83	33	58	25	-6	-8
Verbindlichkeiten	204	56	168	67	169	75	36	22
Bilanzsumme	**363**	**100**	**251**	**100**	**227**	**100**	**112**	**44**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	790	648	633
sonstige betriebliche Erträge	37	41	38
Materialaufwand	85	54	98
Personalaufwand	171	126	106
Abschreibungen	21	18	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	440	421	410
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7	11	12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	102	60	35
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0		-0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	102	60	35
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-121	-180	-5.115
Ertrag aus Kapitalherabsetzung			-4.900
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-19	-121	-180

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,95	9,22	5,51	%
Cash-Flow:	123	78	48	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	413	689	671	T€
Personalaufwandsquote:	20,69	18,31	15,81	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,64	1,43	1,48	%
Eigenkapitalquote:	22,54	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	77,46	100,00	100,00	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Der Jahresabschluss 2010 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 102.326,26 € aus. Erstmals wurde ein Bilanzgewinn erzielt und zwar in Höhe von 81.723,69 €. Das M-Exchange Geschäft entwickelte sich damit 2010 deutlich besser als erwartet und ist das beste Ergebnis seit Bestehen des Unternehmens. Die Planung wird um 38% übertroffen und das Jahresergebnis von 2009 um 71%.

Auch in der Langfristplanung hält M-Exchange den Kurs. Im 5-Jahresplan von 2006 wurde das Ergebnis von 2010 mit 89 T€ geplant und jetzt deutlich übertroffen. Dies ist eine weitere Bestätigung des Geschäftsmodells der M-Exchange AG.

Die Umsatzrendite hat sich von 9,2% in 2009 auf 12,9% in 2010 verbessert und ist für die Branche e-Procurement sehr gut. Sie zeigt, dass die M-Exchange Strategie erfolgreich ist.

Der Umsatz konnte gegenüber 2009 um 21,9% gesteigert werden, das EBITDA um ca. 50%.

Der Bereich „eProcurement“ entwickelte sich positiv. Der Abschluss neuer Kunden und die umgesetzten Kundenprojekte haben sich in 2010 sehr zufriedenstellend entwickelt. Die Bestandskundenbasis konnte 2010 ebenso wie in 2009 weiter stabilisiert werden. Darüber hinaus wurden mehrere Neukunden gewonnen, die zu erfreulichen Projekteinnahmen beitrugen und die zukünftige Entwicklung positiv beeinflussen werden.

Mit dem Aufbau einer Energiedaten-Management-Plattform (EDM) in 2007 hat M-Exchange das neue Geschäftsfeld „Energiemanagement“ beschritten. Das Geschäftsfeld trägt 2010 bereits deutlich zum Ertrag bei und wächst gegenüber 2009 um etwa 80%. M-Exchange ist in diesem Geschäftsfeld z.T. Subunternehmer der WV Energie AG, Geschäftsbereich WV-EM.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die hauptsächlich aus den IT-Kosten und dem Verwaltungsaufwand bestehen, sind gegenüber 2009 auf ca. 440 T€ gestiegen. Damit reflektieren sie die Ausdehnung des Geschäftsvolumens.

Die mit der S’IT GmbH in 2003 erworbene IT-Plattform Commerce One konnte auch in 2010 erfolgreich bei M-Exchange Kunden und der PSG GmbH eingesetzt werden. M-Exchange profitiert über eine Nutzungsgebühr, die sie von PSG einnimmt.

Die WV Energie AG gewährte der M-Exchange seit 2002 ein Darlehen mit Rangrücktritt in Höhe von 300 Tsd. Euro zur Finanzierung des Geschäftsbetriebes. In 2010 wurde eine Tilgung des Darlehens in Höhe von 30 Tsd. Euro vorgenommen. Dieses Darlehen ist zum Jahreswechsel 2010/2011 mit 70 Tsd. Euro in Anspruch genommen. Das Darlehen wurde von WV Energie AG verlängert. Der von der WV Energie AG erklärte Rangrückritt dient der Beseitigung der Folgen einer Überschuldung.

Die Bilanz weist ein positives Eigenkapital in Höhe von 81.723,69 Euro aus und somit erstmalig, seit Ihrem Bestehen, keinen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag.

Der Sitz der Gesellschaft wurde 2010 von Frankfurt nach Lohmar verlegt. Seit mehreren Jahren wurden die operativen Geschäftsfunktionen sukzessive nach Lohmar verlegt um größtmögliche Synergien mit der Schwestergesellschaft PSG GmbH zu erzielen. Eine Sitzverlegung war deshalb folgerichtig.

Ausblick 2011: Die positive Tendenz aus 2010 wird sich voraussichtlich 2011 fortsetzen. In 2010 gewonnene Neukunden sowohl im Bereich e-Procurement als auch im Bereich Energiemanagement werden 2011 zur Ertragssteigerung beitragen. Insbesondere wird 2011 erstmals die Energieabrechnungsplattform in Betrieb genommen, die Erträge mit WV Energie AG bringen sollte. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von vielversprechenden Akquisefällen, die 2011 zum Abschluss kommen sollten. Der Vorstand rechnet daher im kommenden Geschäftsjahr wiederum mit einer Umsatz- und Ertragssteigerung. Die M-Exchange Position am Markt ist gefestigt und das Unternehmen ist für ein mittelfristig zu erwartendes Marktwachstum gut positioniert.

Über das bestehende, mit 70 Tsd. Euro valutierende, Gesellschafterdarlehen in Höhe von 300 Tsd. Euro sind keine weiteren Darlehen nach heutiger Einschätzung erforderlich. Die Finanzierung ist deshalb für 2011 gesichert.

Bestandsgefährdende Risiken sind nach heutiger Einschätzung nicht gegeben. Die Positionierung des Unternehmens als individueller Plattformanbieter im Bereich der elektronischen Beschaffung und des Energiemanagements für Versorgungs- und Verkehrsunternehmen bietet mittelfristig das Potenzial für ein marktgerechtes Wachstum.

Schlusserklärung des Vorstandes zum Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

„Ich erkläre, dass die Gesellschaft bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften im Geschäftsjahr 2010 nach den Umständen, die mir in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, jeweils eine angemessene Gegenleistung erhalten hat.“

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Arndt, Michael

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
	Böcker, Udo
	Bönisch, Bernhard
	Gärtner, Steffen
	Junghans, Torsten
	Kley, Gerry
	Kocian, Burkhard
	Koppitz, Erhard
	Krause, Johannes
	Lange, Hendrik
	Mahlert, Eckard
	Müller, Raik
	Nagel, Elisabeth
	Richter, Ulrich
	Weihrich, Dietmar

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	3.065	59					3.065	
Umlaufvermögen	2.111	41	958	100	1.594	100	1.153	120
Bilanzsumme	**5.176**	**100**	**958**	**100**	**1.594**	**100**	**4.218**	**440**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.708	33	606	63	162	10	1.102	182
Rückstellungen	89	2	29	3	96	6	60	205
Verbindlichkeiten	3.380	65	323	34	1.336	84	3.057	946
Bilanzsumme	**5.176**	**100**	**958**	**100**	**1.594**	**100**	**4.218**	**440**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.846	6.419	7.303
sonstige betriebliche Erträge	22	88	30
Materialaufwand	3.395	6.236	7.435
Personalaufwand	20	11	2
Abschreibungen	75		
sonstige betriebliche Aufwendungen	227	197	197
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	6	43
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	140	69	-256
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	38	-0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	102	69	-256
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	102	69	-256

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,65	1,08	-3,51	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,35	12,87	-61,27	%
Cash-Flow:	177	69	-256	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	3.868			T€
Personalaufwandsquote:	0,51	0,17	0,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	59,22		0,00	%
Eigenkapitalquote:	33,00	63,25	10,15	%
Fremdkapitalquote:	67,00	36,75	89,85	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	59.938,00	61.696,00	61.777,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

e) Lagebericht

1. Rechtliche Grundlagen

Die RAB Halle GmbH, Halle (Saale) (im Folgenden: RAB) wurde am 19. Dezember 2003 gegründet. Anfangs wurden 74,9 % ihrer Gesellschaftsanteile durch die AGR Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH, Herten, und 25,1 % ihrer Gesellschaftsanteile durch die Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale), (im Folgenden: SWH) gehalten. Nach der Übernahme der AGR-Gesellschaftsanteile an der RAB am 16. Juni 2008 durch die SWH ist die Gesellschaft zu 100 % Tochterunternehmen und vollständig im Konzernverbund integriert.

Zudem wurde im Jahr 2008 der Unternehmensgegenstand der RAB geändert. Demnach ist dieser die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen und Abfällen aus der mechanischen Behandlung, die der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger überlassen werden.

Wesentliche Geschäftsgrundlage bildet das Vertragsverhältnis zur Stadt Halle (Saale), welches die Verwertung von überlassungspflichtigen Abfällen regelt. Dieser Vertrag vom 19. Dezember 2003 wurde durch den Änderungsvertrag vom 2. Februar 2010 ergänzt und regelt den kommunalen Auftrag im Geschäftsjahr 2010.

2. Rahmen- und Marktbedingungen

Durch die zunehmende Rohstoffknappheit wird nach Lösungen gesucht und diese werden im Recycling von Abfall gefunden. Insbesondere der kommunale Siedlungsabfall enthält eine große Zahl von wiederverwertbaren Materialien. Immer mehr wird deshalb bei Abfall aus Haushalten von einem Wirtschaftsgut gesprochen. Um diese Ressourcen nicht in den Behandlungsanlagen der zumeist thermischen Verwerter zu vernichten, muss der Restabfall aus der ‚Grauen Tonne' sortiert werden. Als Zwischenstufe vorgeschaltet, können mit unterschiedlichen Sortierschritten die angesprochenen Bestandteile aufgefangen werden. Demzufolge hat sich das lukrative Geschäft mit dem Recycling als eine der stärksten Wachstumsbranchen in Deutschland im Jahr 2010 herausgebildet. Ein weiterer Ausdruck dessen ist der Anstieg des Rohstoffpreisindexes der Bundesbank.

Der Ansatz der Bundesregierung, die erwähnte Ressourcennutzung zu ermöglichen, liegt in der Einführung eines zusätzlichen Behältersystems. Die sogenannte Wertstofftonne soll neben den Verpackungen die stoffgleichen Abfälle wie Spielzeug, Radios und Textilien erfassen.

Schlussendlich liegt hinter beiden Ansätzen ein gemeinsamer kommunaler Grundgedanke, dass mit der Vermarktung der werthaltigen Abfallbestandteile die Müllgebühr insgesamt stabil gehalten werden soll.

Die RAB hat seit Juni 2005 die kommunalen Stoffströme komplett einer thermischen Verwertung zugeführt. Zusätzlich konnte in den letzten fünf Jahren ein enormer Preisverfall für die Verbrennungskapazitäten beobachtet werden, da besonders in Mitteldeutschland zahlreiche thermische Behandlungsanlagen ihren Betrieb aufgenommen haben. Gegenüber dem Stand des Jahres 2005, wo eine Knappheit der Anlagenkapazität herrschte, ist heute eine Überkapazität vorhanden.

Aufgrund dieser Entwicklung hat die Gesellschaft konsequenterweise im Jahr 2008 vom geplanten Bau einer Verbrennungsanlage Abstand genommen und verfolgt seitdem den Auf- und Ausbau von Sortierkapazität. Somit soll für die umliegenden Verbrennungsanlagen ein qualifizierter Stoffstrom erzeugt werden, der jedoch keine recycelbaren Bestandteile enthält. Das Ziel der RAB ist dabei, beide beschriebenen Grundrichtungen der Abfallwirtschaft, das Aussortieren der werthaltigen Materialien und die thermische Verwertung des Reststromes, unter aufwandsoptimierten Aspekten sinnvoll miteinander zu kombinieren.

Zu diesen beschriebenen ökonomischen Vorteilen kommen bei der Wiedergewinnung von Metall, Holz und anderen Rohstoffen zusätzliche ökologische Vorteile zum Tragen. Mit den Sekundärrohstoffen lässt sich die Nachfrage nach Primärrohstoffen verringern. Versorgungsrisiken können gesenkt werden und letztendlich wird dem weltweiten Transportaufwand entgegengewirkt. In der Summe liegt das Hauptaugenmerk der RAB als kommunales Unternehmen stets auf dem Bürgerinteresse und damit ganz im Sinn des Citizen Value. Bei der Aufgabe der Daseinsvorsorge geht es um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Gemeinwohl und Umweltschutz. Demzufolge liefert die Gesellschaft mit ihrer Anlage einen aktiven Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz und stabilisiert darüber hinaus mit den zusätzlichen Vermarktungserlösen der werthaltigen Stoffströme die Gebühr der öffentlichen Abfallentsorgung in der Stadt Halle.

3. Bericht über wichtige Projekte und Vorhaben

Im Jahr 2009 hatte die RAB ihre Tonnagen mit einer kurzen Laufzeit europaweit ausgeschrieben und damit auf dem sogenannten Spotmarkt günstigere Verbrennungspreise erzielt. Der Umstand entlastet 2010 den Gebührenhaushalt der öffentlichen Abfallentsorgung und ist ein für die folgenden Jahre aufgestellter Referenzpreis. Deshalb ist die Gesellschaft angehalten, die Sortierung insgesamt sowie die einzelnen Sortierschritte separat nach den Auswirkungen auf die Müllgebühr zu prüfen.

Um die dargestellte Sortierleistung umsetzen zu können, hat die RAB eine Anlage am Standort Halle-Lochau erworben. Nach der Übernahme im Oktober 2010 wurde die Anlage auf die geplante Sortierung um- und ausgebaut. Bei dieser Anpassung wurden mögliche Ausbauoptionen beachtet, um in den nächsten Jahren die Sortiertiefe erweitern zu können. Unter Beachtung der aktuellen Vermarktungspreise können profitable Stoffströme separiert werden. Die Gesamtinvestitionen des Jahres 2010 belaufen sich über alle Bereiche auf TEUR 3.140. Konsequent setzt die Gesellschaft damit ihren Weg fort, mit einer effektiven Sortierung die kommunale Aufgabe der Abfallentsorgung zu unterstützen. Darüber hinaus stellt sich das Unternehmen mit seinem Geschäftsmodell dem Wettbewerb der reinen Abfallverbrennung gegenüber und zielt auf eine Konkurrenzfähigkeit ab.

Nach dem Erwerb und der Anpassung der Sortieranlage galt es die wesentlichen Outputstoffströme der Anlage wettbewerblich am Markt zu vergeben. Auf Grundlage einer europaweiten Ausschreibung der Verwertungsleistung im dritten Quartal 2010 konnten die Sita Deutschland GmbH und die C.A.R.E. GmbH für das Jahr 2011 gebunden werden. Eine längerfristige Vergabe, unter zusätzlicher vorgeschalteter Trocknung des Abfalls, ist aufgrund der Unwirtschaftlichkeit der Angebote durch die RAB aufgehoben worden. Seit dem Anlagenstart zum 3. Januar 2011 produziert die Gesellschaft für die Verwertungspartner eine mittelkalorische Fraktion für die thermische Verwertung und eine nativorganische Fraktion für die Vergärung. Zudem ist mit der Realisierung der Sortierkapazität am Standort Halle-Lochau die Bedeutung des Kompetenzzentrums der Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt zusätzlich gefördert.

Zur steten Bindung geeigneter Verwertungspartner formuliert die Unternehmensleitung derzeit ein Modell, welches die mittelfristige Ausrichtung der Sortierleistung beschreibt und die Grundlage für die erneute Ausschreibung im zweiten Quartal darstellt.

4. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Im Jahr 2010 hat die RAB eine Tonnage von 59.938 Mg entsprechend des kommunalen Entsorgungsvertrages übernommen und der Verwertung zugeführt. Der Tonnagerückgang gegenüber dem Vorjahr 61.696 Mg ist in der konsequenten Ausrichtung auf die beiden haushaltsnah erfassten Siedlungsabfälle Restabfall und Sperrmüll zurückzuführen. Im Jahr 2009 hat die RAB zusätzlich Baustellenabfälle in ihrer Mengenbilanz aufgeführt, welche im Jahr 2010 von der Schwestergesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zur Verwertung übergeben wurden. Dieser Leistungsrückgang ist für das Geschäftsjahr prognostiziert worden und führt demzufolge zur Bestätigung der insgesamt geplanten Mengen. Aus dieser Leistungsbetrachtung resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 3.846, welche aufgrund des kalkulierten aber wesentlich geringen Leistungspreises gegenüber 2009 gesunken sind.

Gegenüber dem Plan fallen die verminderten Umsatzerlöse ebenso ins Gewicht wie die verminderten Materialaufwendungen. Die variablen Aufwendungen für die Verwertung der Stoffströme berücksichtigen das Ausschreibungsergebnis für den betreffenden Leistungszeitraum. Der Materialaufwand in Höhe von TEUR 3.395 konnte um TEUR 2.841 gegenüber dem Vorjahr TEUR 6.236 gesenkt werden. Mit der Ausschreibung wurde ein neuer Verwertungspartner gefunden, welcher die Transporte eigenständig organisierte. Deshalb sind im Jahr 2010 keine Transportaufwendungen in der Gesellschaft angefallen. Zudem wirken sich die seit Oktober 2009 niedrigeren Subunternehmerpreise vollständig im Geschäftsjahr aufwandsmindernd aus. Diese gegenüber dem Jahr 2009 veränderten Rahmenbedingungen entwickelten den Deckungsbeitrag auf TEUR 451 und damit eine Steigerung von TEUR 268 (Vorjahr: TEUR 183).

Durch Einstellung eines Anlagenleiters für die entstandene Sortieranlage verzeichnet die Gesellschaft einen Anstieg des Personalaufwandes.

Erstmalig weist die Gesellschaft Abschreibungen auf Sachanlagen aus. Sowohl die Anlagenübernahme zum 1. Oktober 2010 als auch die bis zum Jahresende sukzessiv aktivierten Ausbaumodule bestimmen die Abschreibungen in Höhe von TEUR 75.

Die Entwicklung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 227, Vorjahr: TEUR 197) sind dem Geschäft der RAB angemessen und in der Erweiterung des Geschäftsbetriebes begründet. Insbesondere technische Ingenieurleistungen, vorgeschriebene Prüfaufträge und notwendige Beratungs-leistungen bei der europaweiten Ausschreibung bestimmen diese Aufwandsposition.

Mit TEUR 133 (Vorjahr. TEUR -23) erzielte die Gesellschaft ein positives Betriebsergebnis und kann somit erstmalig ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen.

Das Finanzergebnis TEUR -11 ist durch die Fremdfinanzierung der Sachanlagen bestimmt und kann trotz guter Liquidität, aufgrund des niedrigen Kapitalmarktzinsniveaus, nicht durch Zinserträge aufgefangen werden.

Geringfügig verbessern Sachverhalte aus vergangenen Perioden im Neutralen Ergebnis TEUR 18 (Vorjahr: TEUR 86) den Erfolg der RAB im Geschäftsjahr 2010.

Abschließend zeigt die Erfolgsrechnung des Unternehmens ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von TEUR 140 und kann damit den Vorjahreswert verdoppeln. Selbst das gesteckte Ziel konnte leicht übertroffen werden.

Am 30. Juni 2008 wurde mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zwischen der SWH und der RAB eine Cash Pool-Vereinbarung getroffen. Mit dieser Vereinbarung wurde der Gesellschaft eine Kreditlinie in Höhe von TEUR 650 eingeräumt. Auf der Grundlage der Cash Pool-Vereinbarung und der guten Finanzlage der Gesellschaft war die Liquidität im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gesichert. Aus dem Cash Pool ergibt sich zum 31. Dezember 2010 eine Forderung in Höhe von TEUR 1.546.

Der Anstieg auf der Aktivseite begründet sich hauptsächlich in den durchgeführten Investitionen in das Sachanlagevermögen und einer Zunahme der Cash Pool-Forderungen. Durch die Kapitaleinlage (TEUR 1.000) des Gesellschafters und das positive Jahresergebnis stieg das Eigenkapital auf TEUR 1.708. Insbesondere die Verbindlichkeiten aus der langfristigen Fremdfinanzierung sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen führen zu einem Anstieg der Bilanzsumme von TEUR 958 auf TEUR 5.176 auf der Passivseite. Insgesamt ergibt sich damit eine Eigenkapitalquote von 33,0 %.

Zum 31. Dezember 2010 lag die Beschäftigung in der RAB bei einer Vollzeitbeschäftigteneinheit und ist mit dem Aufbau der operativen Leistung begründet. Zudem sind einige Zeitarbeitskräfte beschäftigt.

5. Risikobericht

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB, trotz des leichten Mengenrückganges zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit können die eingesetzten Kapazitäten besser ausgelastet werden und machen die Gesellschaft insgesamt von Einwohnerrückgang und vom Verbraucherverhalten unabhängiger. Für die bevorstehende Ausschreibung schätzt die Gesellschaft die gegebene Marktlage ausgeglichen und stabil ein und rechnet mit Ergebnissen auf dem Niveau von 2010. Mit umfangreichen Erweiterungen der Löschtechnik stellt sich die Gesellschaft der Brandgefahr bei der Behandlung von Abfällen entgegen. Umsichtige Mitarbeiter, die gut geschult einen ersten Löschangriff vornehmen können, sollen das Risiko von Sachschäden minimieren.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine weiteren den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

6. Ausblick

Für den Jahresverlauf 2011 geht die Gesellschaft von einem konstanten Mengenstrom aus. Entsprechend der Wirtschaftsplanung erwarten wir die Fortsetzung der positiven Unternehmensentwicklung und zielen zum Abschluss des Geschäftsjahres 2011 auf einen Jahresüberschuss von TEUR 128. Für die Folgejahre wird von ähnlichen Ergebnissen ausgegangen.

RPL Recyclingpark Lochau GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Berliner Straße 100
06258 Schkopau, OT Döllnitz

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 51

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	38	75,10
Fehr Umwelt Ost GmbH	13	24,90

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb von Recycling- und Abfallentsorgungsanlagen, insbesondere der Betrieb von Anlagen zur Kompostierung von Bioabfällen, zur Aufbereitung von Baustellenmischabfällen und Gewerbeabfällen, der Bau und Betrieb von Anlagen zur Klärschlammbehandlung und -verwertung, zur Verwertung von Sickerwasser, Deponie- und Biogas sowie zur thermischen Abfallbehandlung.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Querg, Detlef

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
	Böcker, Udo
	Bönisch, Bernhard
	Gärtner, Steffen
	Junghans, Torsten
	Kley, Gerry
	Kocian, Burkhard
	Koppitz, Erhard
	Krause, Johannes
	Lange, Hendrik
	Mahlert, Eckard
	Müller, Raik
	Nagel, Elisabeth
	Richter, Ulrich
	Weihrich, Dietmar

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	202	100	242	12	322	16	-40	-16
Rechnungsabgrenzungsposten			0	0	0	0	-0	-100
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			1.788	88	1.668	84	-1.788	-100
Bilanzsumme	**202**	**100**	**2.031**	**100**	**1.990**	**100**	**-1.829**	**-90**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	114	56					114	
Rückstellungen	82	41	12	1	12	1	70	588
Verbindlichkeiten	6	3	2.019	99	1.977	99	-2.013	-100
Bilanzsumme	**202**	**100**	**2.031**	**100**	**1.990**	**100**	**-1.829**	**-90**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse		20	378
sonstige betriebliche Erträge	4	48	96
Materialaufwand	1	15	313
Personalaufwand	10	61	81
sonstige betriebliche Aufwendungen	27	43	54
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	72	72	72
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-105	-121	-40
außerordentliche Erträge	2.085		
außerordentliche Aufwendungen	21		
außerordentliches Ergebnis	2.064		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	57	-1	-0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.902	-121	-40
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.902	-121	-40

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:		-617,56	-10,59	%
Cash-Flow:	1.902	-121	-40	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	273,79	89,99	17,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	56,38	0,00	0,00	%
Fremdkapitalquote:	43,62	100,00	100,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Kompostierung	0,00	460,00	20.069,00	Mg

e) Lagebericht

Die operative Geschäftstätigkeit der RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L. (RPL) wurde zum 31. Dezember 2009 eingestellt. Umsatzerlöse wurden somit im Geschäftsjahr 2010 nicht mehr erzielt.

Betriebliche Aufwendungen fielen in Höhe von TEUR 38 an.

Gesellschaftsrechtlich halten weiterhin die Stadtwerke Halle GmbH 75,1 % und die Fehr Umwelt Ost GmbH 24,9 % der Anteile der Gesellschaft.

Die Gesellschafter haben zum Ende des Geschäftsjahres einen Forderungsverzicht betreffend ihre an die RPL ausgereichten Darlehen einschließlich aufgelaufener Zinsen (insgesamt TEUR 2.085) erklärt.

Der hieraus resultierende außerordentliche Ertrag hat dazu geführt, dass die bestehende bilanzielle Überschuldung (31. Dezember 2009: TEUR 1.789) beseitigt wurde.

Am 30. Dezember 2010 beschlossen die Gesellschafter, dass die RPL mit Ablauf des 31. Dezember 2010 aufgelöst wird. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde daher in Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Derzeit läuft die steuerliche Betriebsprüfung für die Jahre 2003 bis 2008. Das Risiko zusätzlicher hieraus resultierender Steuerzahlungen schätzt der steuerliche Berater der RPL aufgrund der mit der Betriebsprüfung erfolgten unverbindlichen Abstimmung über die steuerlichen Konsequenzen aus der Liquidation der Gesellschaft als eher gering ein.

Der zum Liquidator bestellte Geschäftsführer der Gesellschaft geht davon aus, dass die Gesellschaft für die Verwaltungsaufgaben bis zu ihrer Abwicklung noch über ausreichend Kapital und liquide Mittel verfügt.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Zum Teich 6
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Rausch, Werner

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
	Böcker, Udo
	Bönisch, Bernhard
	Gärtner, Steffen
	Junghans, Torsten
	Kley, Gerry
	Kocian, Burkhard
	Koppitz, Erhard
	Krause, Johannes
	Lange, Hendrik
	Mahlert, Eckard
	Müller, Raik
	Nagel, Elisabeth
	Richter, Ulrich
	Weihrich, Dietmar

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	452	100	594	100	593	100	-142	-24
Bilanzsumme	**452**	**100**	**594**	**100**	**593**	**100**	**-142**	**-24**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	26	6	25	4	25	4	1	4
Rückstellungen	5	1	6	1	6	1	-1	-11
Verbindlichkeiten	421	93	564	95	562	95	-142	-25
Bilanzsumme	**452**	**100**	**594**	**100**	**593**	**100**	**-142**	**-24**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.167	3.138	2.988
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	1.943	1.907	1.756
Personalaufwand	7	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.200	1.209	1.217
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18	16	17
sonstige Steuern	2	2	2
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	14	14	15
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,49	0,44	0,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	63,02	56,13	60,46	%
Cash-Flow:	15	14	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,22	0,23	0,23	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	5,66	4,13	4,14	%
Fremdkapitalquote:	94,34	95,87	95,86	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
behandeltes Mischwasser	23,90	19,10	18,90	Mio. m³
Klärgas	2,40	2,30	2,30	Mio. m³
Klärschlamm	18.244,00	17.791,00	18.900,00	t
Stromerzeugung	4,79	4,74	4,93	Mio. kWh

e) Lagebericht

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch.

Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden. Der Betriebsdienst wird von der HWS ordnungsgemäß durchgeführt.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es im Geschäftsjahr 2010 nicht.

Im Jahr 2010 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 23,90 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2009 = 19,11 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 52.965 m³/d (2009 = 42.343 m³/d).

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Anstieg hängt mit den hohen Niederschlagsmengen und dem erhöhten Grundwasserstand in der Region zusammen. Dadurch lässt sich die Trockenwetterzulaufmenge zu den letzten Jahren nicht vergleichen. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall an. Durch den Rückgang der Einwohnerzahl und des Trinkwasserverbrauchs in der Stadt Halle wird sich dieser Trend weiter fortsetzen.

Durch die Überleitung der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus einigen Gemeinden des Saalekreises weiter erhöhen.

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern.

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich den gesamten Anfall an Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2010 wurden 178.798 m³ Sickerwasser (2009 = 118.290 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2010 im Allgemeinen stabil eingehalten. Es kam jedoch kurzzeitig zu einer Überschreitung der vorgegebenen Überwachungswerte. Grund war eine nicht genehmigte Fremdeinleitung im Rahmen einer Baumaßnahme in der Stadt Halle.

Im Jahr 2010 wurden 47,05 t Rechengut und 648,86 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 18.244 t Klärschlamm an, die durch die SUC GmbH, Abfallbehandlung Döllnitz entsorgt wurden.

Der Klärschlamm wurde zum Teil verbrannt bzw. in Kompostierungsanlagen weiter verarbeitet. Dieser Entsorgungsweg kann auch in den kommenden Jahren weiter genutzt werden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,39 Mio. m³) wurden im Jahr 2010 in den Blockheizkraftwerken ca. 4,79 Mio. kWh Strom erzeugt (2009: 4,74 Mio. kWh).

Insgesamt wurden im Jahr 2010 48 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2010 betrug diese Menge 20.666 m³ (2009: 23.074 m³).

In der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der Kläranlage Halle-Nord gab es im Jahr 2010 keine Probleme.

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2010 ordnungsgemäß erfüllt.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2010 wurde eingehalten. Es wurde ein positives Ergebnis erzielt.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH in den nächsten Jahren nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

Zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens gibt es keine Veränderung.

Der Jahresabschluss 2011 wird in ähnlicher Höhe wie im Jahr 2010 erwartet. Auch für das Jahr 2012 wird eine Entwicklung analog zu den Vorjahren erwartet.

WER-Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Äußere Hordorfer Straße 12
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	153	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Winter, Thomas

Handlungsbevollmächtigter: Günther, Peter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Misch, Werner
stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten
	Böcker, Udo
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar
	Hildebrandt, Roland
	Krause, Johannes
	Nebelung, Barbara
	Neumann, Wolfram
	Philipp, Lothar
	Raab, Katja
	Sieber, Olaf
	Weiland, Mathias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0	0	1	0	2	0	-1	-60
Umlaufvermögen	788	100	805	99	812	99	-18	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	6	1	6	1	-4	-76
Bilanzsumme	**789**	**100**	**812**	**100**	**819**	**100**	**-23**	**-3**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	681	86	701	86	692	84	-20	-3
Rückstellungen	90	11	86	11	104	13	5	5
Verbindlichkeiten	17	2	25	3	24	3	-8	-30
Bilanzsumme	**789**	**100**	**812**	**100**	**819**	**100**	**-23**	**-3**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	206	297	318
sonstige betriebliche Erträge	37	46	155
Materialaufwand	76	151	145
Personalaufwand	19	26	28
Abschreibungen	1	1	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	106	79	132
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	3	27
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		8	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46	82	193
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	23	70
sonstige Steuern			0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	40	59	123
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	40	59	123

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	19,23	19,93	38,77	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,16	9,23	21,70	%
Cash-Flow:	40	60	124	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	121	172	236	T€
Personalaufwandsquote:	7,70	7,57	6,03	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,04	0,11	0,20	%
Eigenkapitalquote:	86,33	86,34	84,45	%
Fremdkapitalquote:	13,67	13,66	15,55	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.601,24	3.644,95	3.816,15	Mg

e) Lagebericht

1. Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Die Entsorgungswirtschaft und insbesondere die Sekundärrohstofferfassung des Altglases blicken auf ein Jahr mit einem insgesamt konstanten Mengenaufkommen zurück. Trotz teilweise erheblicher Kundenwanderung liegt die Tonnage an Altglas im Bundesgebiet nur knapp unter der des Vorjahres. Zunehmend wird der Markt durch die unterschiedlichen Mengenmeldungen der dualen Systembetreiber an die Clearingstelle beeinflusst. Auf der Lizenzseite erfolgt der Mengenabgleich sehr undurchsichtig und führt in immer stärkerem Maße zu Fehleinschätzungen und Diskussionen. Die Vorgehensweise der neun Systembetreiber untereinander ist nicht nachvollziehbar und beunruhigt landesweit die Unternehmen, welche mit der Sammlung und der Verwertung beauftragt sind. Eine Initiative, die auf Stabilität und Plausibilität gerichtet ist, wird damit seit Jahren verhindert.

Trotz der erschwerenden Bedingungen im operativen Geschäft hat sich die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2010 den Herausforderungen gestellt und zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst. Das Bemühen der Gesellschaft ist dabei stets auf die Wahrung der Entsorgungssicherheit auf einem qualitativ hohen Niveau ausgerichtet. Diesem Leitbild konnte das Unternehmen im gesamten Jahr 2010 folgen und es erfolgreich umsetzen.

Die zunehmende Diskussion um die Einführung der Wertstofftonne, eine gemeinsame haushaltsnahe Erfassung aller verwertbaren Siedlungsabfälle, führt die WER Halle GmbH gemeinsam mit ihrem Gesellschafter der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Obwohl das Kerngeschäft des Unternehmens mit der Erfassung des Getrenntglases in der Gesamtdebatte nur eine Schattenrolle spielt, kann es langfristig die Stoffströme beeinflussen. Bislang rechtfertigen technische Schwierigkeiten die Beibehaltung der separaten Glaserfassung. Aufmerksam verfolgt die Unternehmensleitung die von der Bundesregierung angestrebte Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Im Jahr 2010 wurde über den Referentenentwurf debattiert und um mögliche Interpretationen und Auslegungsansätze gerungen. Die sich aus der europäischen Gesetzgebung ergebenen Definitionen orientieren sich auf die reinen stofflichen Eigenschaften. In der Glaserfassung wird, wie in keinem anderen System, bereits heute ein hoher Erfassungsgrand bei geringer Fehlwurfrate umgesetzt. Dennoch bleibt die Nutzung jedes einzelnen Bürgers auf ein neu präsentiertes Sammelsystem abzuwarten.

Alle bundesweit agierenden Systembetreiber sind in Sachsen-Anhalt lizenziert. Somit stehen mit der DSD GmbH, der EKO-Punkt GmbH, der Landbell AG, der ISD Interseroh Dienstleistungs GmbH, der Belland Vision GmbH, der Redual GmbH, der Zentek GmbH, der VfW und der Veolia neun Auftraggeber der WER Halle GmbH gegenüber. Einzig die Veolia konnte sich im Jahresverlauf nicht durchgängig als Marktteilnehmer behaupten. Für diese neun Partner des dualen Systems war die Gesellschaft mit der Umsetzung der Leistungsverträge beauftragt.

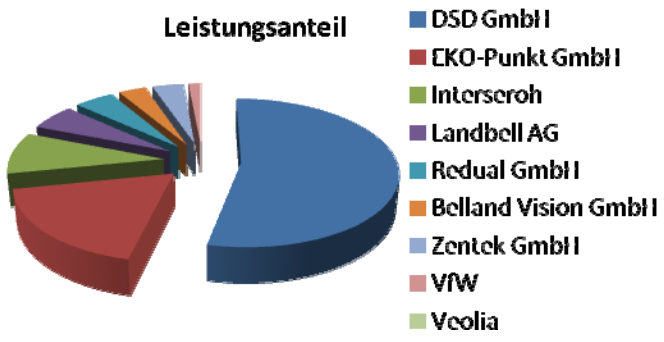
2. Veränderungen in der Gesellschaft

Mit Beginn des Jahres 2010 begann ein neuer Vertragszeitraum für die Glaserfassung im Rahmen des Dualen Systems. Damit konnte sich die Gesellschaft seit Anbeginn des Dualen Systems immer wieder behaupten.

Wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei die konsequente Anpassung der Entsorgung an die sinkenden Erfassungsmengen. Der jahrelange stete Rückgang aufgrund der sinkenden Einwohnerzahl ist im abgelaufenen Jahr 2010 nur noch gering ausgefallen, sodass gegenüber dem Vorjahr nur eine Mengenminderung von 44 Mg (ca. 1 %) zu verzeichnen war. Die Optimierung der operativen Leistung muss sich durch das gesamte Unternehmen fortsetzen, denn nur so können bei wettbewerblichen Vergaben konkurrenzfähige Angebote abgegeben werden.

Ein zweiter Erfolgsfaktor sind die ca. 1.300 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung ausgestellt sind. Diese überaus große Anzahl stellt bei einer Vertragslaufzeit von vier Jahren für die Konkurrenzunternehmen eine zusätzliche Aufwandsposition dar. Dieser Umstand hindert die WER Halle GmbH wiederum an der regionalen Erweiterung des Geschäftes.

Vertragspartner	Input [Mg/a]
DSD GmbH	1.929,79
EKO-Punkt GmbH	656,39
Interseroh	330,05
Landbell AG	203,61
Redual GmbH	172,37
Belland Vision GmbH	120,22
Zentek GmbH	135,24
VfW	51,74
Veolia	1,83
Sammelleistung 2010	**3.601,24**



Nach der Sammelleistung im Stadtgebiet erfolgt entlang der Stoffstromkette die Aufbereitung beziehungsweise die Verwertung. Mit dem Vertragswechsel haben sich die Verwertungsgesellschaften in einem wesentlichen Umfang geändert. So konnte sich ein in den letzten Jahren bedeutender Verwerter in Velten (Brandenburg) nicht mehr durchsetzen, sodass für die WER Halle GmbH der Transportauftrag entfallen ist. Im Gegensatz dazu hat der Verwertungspartner in Bennstedt (Sachsen-Anhalt) die Zahl der Systemverträge ausbauen können und die WER Halle GmbH mit dem Transport beauftragt. Aufgrund der regionalen Nähe ist der Umsatz der Transportleistungen insgesamt rückläufig. Ein zweiter Verwertungspartner besitzt einen eigenen Fuhrpark und transportiert seine Tonnagen konsequent in Eigenregie.

3. Berichte über wichtige Projekte und Vorhaben

Zur Verbesserung des Unternehmensimage ist die Gesellschaft bestrebt, ihre Depotcontainer in einem ansprechenden Zustand zu halten. Leider kommt es immer wieder zu Sachschäden durch Vandalismus. Mit einer umfangreichen Instandhaltungsmaßnahme zielt das Unternehmen auf die Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes und die unfalltechnische Unbedenklichkeit. Diese im Jahr 2010 initiierte Maßnahme wird im Jahr 2011 umgesetzt. Die Gesellschaft hat dafür TEUR 25 eingeplant. Ebenfalls positiv wurde die umfangreiche Behälterwäsche in der Bevölkerung zur Kenntnis genommen, sodass hier ebenfalls eine Wiederholung geplant ist.

Im Vertragsgebiet Halle wurden im Geschäftsjahr 2010 3.601 Mg Glas eingesammelt. Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. So ist im Jahr 2010 ein Standplatz im Stadtgebiet entstanden und die Gesamtzahl auf 315 Standplätze gestiegen.

Zertifizierung

Die jährliche externe Zertifizierung des Entsorgungsfachbetriebes wurde im Februar erfolgreich durchgeführt. Am 22. Februar 2010 stellte sich die WER Halle GmbH der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland, um somit ihren hohen Qualitätsanspruch zu beweisen und sich gleichfalls für die Fortentwicklung der Gesellschaft zu rüsten.

Risikomanagement

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf einem aktuellen Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Wirtschaftliche Lage

Nach Beginn der neuen Ausschreibungsperiode von 2010 bis 2013 weist die WER Halle GmbH einen Rückgang der Umsatzerlöse auf TEUR 206 zum Jahresende aus. Einerseits begründet sich dieser Rückgang in den geringeren Tonnagen und andererseits hat die Gesellschaft sich zur Wahrung des Auftrages in der Stadt Halle den wettbewerblichen Rahmenparametern angepasst. Zur Sicherung des Jahresergebnisses muss der Aufwand ebenfalls die geltenden Marktbedingungen wiedergeben. So stellt der variable Aufwand gegenüber dem Vorjahr eine Halbierung auf TEUR 76 dar. Nicht nur die Sammelleistung, vielmehr die Transportleistungen mussten den Marktverhältnissen und Transport-wegen angepasst werden. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind TEUR 58 (Vj.: TEUR 10) für Zuführungen zu Rückstellungen enthalten, davon TEUR 25 für die im Geschäftsjahr 2011 geplanten Instandhaltungsmaßnahmen. Einsparungen bei anderen Aufwendungen konnten den Mehraufwand dämpfen. Prinzipiell umfasst der sonstige Geschäftsbetrieb nur die notwendigen Sachverhalte und orientiert sich an dem minimalen Aufwand der Vorjahre.

Aufgrund des anhaltend niedrigen Kapitalzinsniveaus erzielt die Gesellschaft trotz gegebener Kapitalausstattung Zinserträge in Höhe von TEUR 1.

Das Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von TEUR 46 kann nur bedingt mit dem Vorjahresergebnis verglichen werden, denn im Geschäftsjahr 2010 führten nur geringere aperiodische Effekte zur Ergebnisverbesserung. Dennoch wertet die WER Halle GmbH das Jahresergebnis als Erfolg, zumal die gestellten Erwartungen wesentlich übertroffen werden konnten. Abschließend sieht die Unternehmensleitung darin einen Beweis der hohen Wirtschaftlichkeit und ein gutes Zeugnis des Geschäftsmodells.

Nennenswerte Bewegungssachverhalte auf der Aktivseite der Bilanz zeigen sich in dem reduzierten Forderungsbestand aufgrund der geringeren Umsatzerlöse. Die weiterhin komfortable Liquidität konnte nochmals leicht auf TEUR 733 gesteigert werden. Auf der Passivseite verringerte sich das Eigenkapital aufgrund der Ausschüttung des Jahresüberschusses des Vorjahres um TEUR 20.

Die notwendigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 91 und Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 17 bilden zusammen mit dem Eigenkapital die Bilanzsumme von TEUR 789.

Personal

Zum 31. Dezember 2010 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und entspricht damit dem Plan. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung geplant ist, beschränkt sich der Personaleinsatz auf die administrativen Tätigkeiten.

Branchen- und Unternehmensausblick

Mit Beginn des neuen Jahres fand leider die Uneinigkeit in Bezug auf die Lizenzmengenanteile zwischen den dualen Systembetreibern ihre Fortsetzung. Bereits im Jahr 2010 haben die ungewissen Mengenanteile die reibungslose operative Mengenstromlenkung immer wieder behindert. Erstmalig waren für das erste Quartal 2011 bis zum heutigen Tag keine Mengenanteile bekannt, sodass die Stoffströme zum Verwerter nur vorläufig disponiert werden konnten.

Durch den frühzeitigen Beginn der Winterperiode konnte die Gesellschaft eine lange geplante umfangreiche Überarbeitung der Depotcontainer nicht fortsetzen. Diese soll unmittelbar, wenn es die Witterungsverhältnisse zulassen, realisiert werden. Zahlreiche Depotcontainer werden mit einer neuen Farbgebung versehen und insgesamt werden die aufgeklebten Informationen aktualisiert. Zusätzlich wird eine Behälterwäsche der Depotcontainer im Frühjahr 2011 wiederholt und abschließend beabsichtigt die WER Halle GmbH, die Sicherheit an den Einwurfschächten durch Austausch von Verschleißteilen zu verbessern.

Die Fortsetzung der Geschäftstätigkeit ist mit der Vertragslaufzeit bis zum 31. Dezember 2013 gesichert. Ebenfalls findet die bewährte Vergabe der operativen Tätigkeiten im Berichtsjahr 2011 ihre Fortsetzung und der Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH ist für die Sammel- und Transportleistungen gebunden. Dementsprechend ist das Investitionsvolumen des Unternehmens diesen Überlegungen angepasst und für das Geschäftsjahr 2011 keine Erweiterung der Sachanlagen geplant.

Für die Gesellschaft liegt das Hauptaugenmerk auf der frist- und vertragsgerechten Umsetzung der Verträge. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle sucht die Wertstofferfassung und Recycling Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle gefestigt oder gar gesteigert werden.

Für das Geschäftsjahr 2011 plant die Wertstofferfassung Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 3. Auch für das Jahr 2012 wird eine ähnliche Entwicklung erwartet.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Liebenauer Straße 130
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Gaudig, Lutz

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Misch, Werner
stellv. Vorsitzender	Junghans, Torsten
	Böcker, Udo
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar
	Hildebrandt, Roland
	Krause, Johannes
	Nebelung, Barbara
	Neumann, Wolfram
	Philipp, Lothar
	Raab, Katja
	Sieber, Olaf
	Weiland, Mathias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	238	23	222	25	218	23	17	8
Umlaufvermögen	755	74	654	73	699	74	101	15
Rechnungsabgrenzungsposten	23	2	26	3	29	3	-3	-12
Bilanzsumme	**1.016**	**100**	**902**	**100**	**946**	**100**	**115**	**13**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	225	22	225	25	225	24	0	0
Rückstellungen	229	23	192	21	195	21	36	19
Verbindlichkeiten	563	55	485	54	527	56	78	16
Bilanzsumme	**1.016**	**100**	**902**	**100**	**946**	**100**	**115**	**13**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.952	3.811	3.651
sonstige betriebliche Erträge	110	102	113
Materialaufwand	1.277	1.191	1.197
Personalaufwand	2.023	2.001	1.838
Abschreibungen	56	56	61
sonstige betriebliche Aufwendungen	346	329	331
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	360	336	343
außerordentliche Aufwendungen	2		0
außerordentliches Ergebnis	-2		-0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	7	7	8
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	351	329	336
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,89	8,64	9,20	%
Eigenkapitalrentabilität:	156,39	146,59	149,50	%
Cash-Flow:	407	385	396	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	75	71	66	T€
Personalaufwandsquote:	49,80	51,14	48,83	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	23,46	24,58	23,09	%
Eigenkapitalquote:	22,10	24,91	23,74	%
Fremdkapitalquote:	77,90	75,09	76,26	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	8.728,00	10.150,00	9.980,00	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	8.813,00	10.700,00	11.000,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	899,00	1.140,00	1.020,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	8.049,00	8.450,00	8.500,00	Anzahl

e) Lagebericht

1 Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit dem Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet.

Sie ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) und nahm am 1. Januar 1999 ihre operative Tätigkeit mit einem Meister und 9 gewerblichen Mitarbeitern der ehemaligen Zählerwerkstatt der Halleschen Wasser und Abwasser GmbH (HWA) auf. Am 1. Juli 2000 stellte die W + H 15 ehemalige Mitarbeiter der Energie- und Haustechnik GmbH ein. Entsprechend einer Vereinbarung vom 1. Dezember 2003 wurden beginnend mit dem 1. Dezember 2003 stufenweise 14 Mitarbeiter der HWA übernommen. Am 1. Dezember 2003 und am 1. März 2004 übernahm die W + H jeweils 6 Mitarbeiter der HWA, nunmehr HWS.

Der Sitz der Gesellschaft ist:	Liebenauer Str. 130 06110 Halle/S.
Niederlassungen:	Lange Str. 17 06110 Halle/S. Harzgeroder Str. 57 06124 Halle/S. Kaiserslauterner Str. 06132 Halle/S.
Gegenstand:	Beschaffung, Eichung und Prüfung sowie Installation und Wechsel von Haus- und Wohnungswasserzählern. Die Gesellschaft kann ferner Wasserzählerdaten erfassen, aufbereiten und an den Wasserversorger übermitteln. Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparaturen von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Die HWS und die W + H haben mit Wirkung vom 1. Januar 2000 für einen Zeitraum von fünf Jahren einen Rahmenvertrag über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS abgeschlossen. Der Rahmenvertrag wurde in 2003 neu gefasst. Mit Datum vom 20. Dezember 2005 wurde einer Verlängerung des Rahmenvertrages bis zum 31. Dezember 2011 zugestimmt.

Entsprechend der Vereinbarung vom 25. Juni/4. Juli 2003 zwischen der HWS und der W + H wurden die mit der Bewirtschaftung der Standrohre verbundenen Geschäftsaktivitäten ab 1. Juli 2003 auf unbestimmte Zeit von der HWS auf die W + H übertragen.

Gemäß dem am 11. Dezember 2003 zwischen HWS und W + H unterzeichneten Rahmenvertrag erstellt die W + H für die HWS ab 1. Januar 2004 auch Trinkwasserhausanschlüsse.

Zwischen der W + H und der HWS besteht seit dem 1. Januar 1999 auf unbestimmte Zeit ein Dienstleistungsvertrag über die kaufmännische Betriebsführung der W + H. Dieser Vertrag wurde in 2003 neu gefasst und stetig fortgeschrieben.

Seit dem 13. Oktober 2006 ist die W + H als DVGW Fachunternehmen Gruppe W3:pe Wasserleitungen zertifiziert.

Am 8. April 1999 erfolgte die Eintragung in die Handwerksrolle als Installateur und Heizungsbauer. Dadurch ist das Unternehmen in die Lage versetzt worden, seine Leistungen auch gegenüber Drittkunden als Fachbetrieb anzubieten.

Die Geschäftsfelder der W + H Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle der Stadt Halle (Saale) sowie die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH und einer Reihe von Wohnungsunternehmen wurden erfolgreich in das Unternehmen integriert.

Im Mai 2010 wurde mit der Bäder Halle GmbH (BHG) ein Betriebsführungsvertrag geschlossen, der im August 2010 präzisiert und neu gefasst wurde. Dieser Vertrag beinhaltet die Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der technischen Anlagen der BHG. Die Koordinierung aller Maßnahmen sowie der Techniker der BHG erfolgt ebenfalls über die W + H.

Das Risikomanagement der W + H ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert.

2 Geschäftsverlauf und Geschäftslage

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2010

- Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS (49.283 Stück)
  ca. 8.049 Stück turnusmäßiger Zählerwechsel
  ca. 899 Stück operative Zählerwechsel

- Regenerierung von Großwasserzählern
  Qn 15 - Qn 150
  (82 Stück)

- Bewirtschaftung des Standrohrbestandes der HWS

- Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60 für die HWS
  (8.728 Stück)

- Befundprüfung von Wasserzählern
  (103 Stück)

- Installationsleistungen Wasser für Drittkunden (Kundenanlagen)

- Jahresstichtagsablesung von 8.813 Zählern November/Dezember für die HWS

- Bewirtschaftung von ca. 5.711 Stück Zählern für Abwassergebührenminderung der HWS

- Sammelkanal Bewirtschaftung

- Fernwärmeservice Neubau (8 HAST, 9 Übergabestellen, 8 Primär-Anschluss, 6 WÜST-Umbau, WWZ 24, Heizungs-Umbau 11, 2 Umbau Messstrecke, 2 Strangsanierung)

- Fernwärmeservice Bewirtschaftung (702 HAST)

- Installationsleistungen Warmwasser/Heizung für Drittkunden (Kundenanlagen)

- Errichtung von Hausanschlüssen Wasser sowie Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze im Auftrag der HWS

- Koordinierung bzw. Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen der Bäder Halle GmbH

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Gegenüber 2009 sind die Umsatzerlöse um TEUR 142 auf TEUR 3.952 gestiegen.

Die Umsatzsteigerung im Geschäftsjahr 2010 resultiert vor allem aus den Umsätzen auf Basis des Betriebsführungsvertrages mit der Bäder Halle GmbH und den Mehrerlösen im Bereich Haustechnik.

Die Umsatzerlöse mit Dritten betrugen TEUR 1.272 und lagen damit um TEUR 196 unter dem Vorjahresniveau.

Investitionen

In 2010 wurden Investitionen (insgesamt TEUR 73) vor allem in mobile Technik getätigt.

Finanzlage der Gesellschaft

Im Jahr 2010 konnte ein Jahresergebnis von TEUR 351 erwirtschaftet werden. Dieses Ergebnis wird in voller Höhe an die HWS abgeführt.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 394 (Vj.: TEUR 355). Der kurzfristige Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva - kurzfristige Schulden) hat sich im Vorjahr um TEUR -13 auf TEUR -18 verschlechtert.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

Personal

Zum 1. Januar 2010 trat eine Tariferhöhung von 2,7 % in Kraft.

3 Nachtrags- und Prognosebericht

Das positive Jahresergebnis 2010 zeigt, dass die Geschäftstätigkeit der W + H im Jahr 2010 erfolgreich war.

Um die positive Geschäftsentwicklung auch im Jahr 2011 und in den folgenden Jahren fortzusetzen, muss sich das Unternehmen weiter stabilisieren und auf dem Markt expandieren. Dafür sollen die Aktivitäten im Bereich Haustechnik, aber vor allem im Bereich der Bäderlandschaft weiter verstärkt werden.

Zur Stabilisierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft trägt weiterhin der im Dezember 2005 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W + H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS bei. Das Ende der Vertragslaufzeit wurde auf den 31. Dezember 2011 festgesetzt. Hier sind Anfang 2011 Verhandlungen mit der HWS zur Weiterführung des Vertrages aufzunehmen.

Um die bis zum heutigen Zeitpunkt entwickelte Leistungsfähigkeit der Gesellschaft weiter zu verbessern und sich weiterhin am Markt zu behaupten, wurde der am 11. November 1999 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der W + H und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste - Transport und Verkehr - Kreisverwaltung Halle/S. abgeschlossene Tarifvertrag mit den wesentlichen Bestandteilen der leistungsbezogenen Entlohnung (80 % bis 110 %), flexibler Arbeitszeitregelung sowie einer Jahressonderzahlung für jeden Mitarbeiter bei Übererfüllung der Planvorgaben geändert. Mit Wirkung vom 1. Januar 2006 wurde mit der Ver.di ein neuer Tarifvertrag geschlossen. Ab diesem Zeitpunkt gilt eine einheitliche Vergütungstabelle ohne automatische Steigerungsmöglichkeiten aufgrund der Betriebszugehörigkeit sowie eine geänderte leistungsbezogene Entlohnung (80 % bis 115 %). Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 trat ein neuer Änderungsvertrag mit Ver.di in Kraft, der eine Tarifsteigerung von 5 % für 2009 und 2,7 % für 2010 vorsah.

Für das Jahr 2011 ist ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 340 geplant. Auch für das Jahr 2012 wird eine analoge Entwicklung erwartet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ereignet.

4 Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor.

2.2 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Verkehrslandeplatz
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:

	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg, OT Oppin	14	1,40
Gemeinde Petersberg, OT Brachstedt	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Scherbel, Renate

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dr. Pohlack, Thomas	
	Bauersfeld, Martin	
	Bichoel, Knut	
	Eigenwillig, Steffen	
	Frischmuth, Bernd	(seit 26.05.2010)
	Kleine, Gabriele	
	Krause, Hans-Jürgen	
	Müller, Peter	
	Nölle, Ludger	
	Sitte, Hugo	(bis 25.05.2010)

* Ein festgestellter Jahresabschluss 2010 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2009.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2009		2008	
Aktiva	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	2.070	94	2.136	94
Umlaufvermögen	130	6	129	6
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0
Bilanzsumme	**2.201**	**100**	**2.266**	**100**

Passiva	T€	%	T€	%
Eigenkapital	214	10	119	5
Sonderposten mit Rücklagenanteil	711	32	764	34
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	194	9	196	9
Rückstellungen	18	1	17	1
Verbindlichkeiten	1.061	48	1.168	52
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	2	0
Bilanzsumme	**2.201**	**100**	**2.266**	**100**

bb) GuV

	2009	2008
	T€	T€
Umsatzerlöse	567	564
andere aktivierte Eigenleistungen	10	
sonstige betriebliche Erträge	114	152
Personalaufwand	247	250
Abschreibungen	110	106
sonstige betriebliche Aufwendungen	183	225
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	53	56
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	101	79
sonstige Steuern	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	95	73
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	95	73

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	16,70	12,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	79,56	160,30	%
Cash-Flow:	204	179	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	102	T€
Personalaufwandsquote:	35,75	34,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,97	94,17	%
Eigenkapitalquote:	9,70	5,25	%
Fremdkapitalquote:	90,30	94,75	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Flugbewegungen	26.898,00	24.789,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	3,44	3,71	EUR
Kraftstoffverkauf	669.000,00	688.000,00	Liter

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Die Allgemeine Luftfahrt (General Avitation) mit einem nicht unbedeutenden Aufkommen an Geschäftsflügen hat einen bedeutenden Anteil am deutschen und europäischen Luftverkehr. Hierzu zählen neben dem zunehmend bedeutsamer werdenden Geschäftsreiseflugverkehr unter anderem die Luftrettung, die Schul- und Trainingsflüge und der Werksflugverkehr. Angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen gewinnt die schnelle Erreichbarkeit entfernter Ziele künftig an Bedeutung. Somit steigt der Einfluss des Luftverkehrs auf die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen.

Trotz Wirtschaftskrise und schlechter Prognosen für das Jahr 2009 kann für die Entwicklung der Allgemeinen Luftfahrt am Flugplatz Halle/Oppin insgesamt eine positive Bilanz gezogen werden. Die Monate Januar und Februar 2009 wiesen witterungsbedingt zwar schlechte Flugbewegungszahlen aus, jedoch wurden die Rückstände im Verlauf des Jahres aufgeholt und zum Jahresende rund 2.100 Flugbewegungen mehr erreicht wie im Vorjahr. Dies liegt hauptsächlich in der Zunahme der gewerblichen Schulflüge begründet. Die leicht veränderte Strukturierung des registrierten Luftverkehrs führte zwar ebenfalls zu einer Steigerung der Erlöse aus Landegebühren, diese steht jedoch nicht im gleichen Verhältnis zur Steigerung der Flugbewegungszahlen. Auswirkungen derartiger Strukturveränderungen sind auch im Kraftstoffverkauf zu registrieren. Da u. a. die Zahl der Streckenflüge abgenommen hat, sank der Kraftstoffverkauf um ca. 19.000 l und damit die Provision aus Kraftstoffverkäufen um rund 2.700 Euro. Insofern waren Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch am Flugplatz Halle/Oppin zu spüren.

Die am Flugplatz ansässigen Firmen arbeiten weiter stabil. Bemühungen der Firmen ADAC-Luftfahrttechnik GmbH und Air Lloyd Deutsche Helicopter Flugservice GmbH zum Ausbau ihrer Standorte wurden seitens der Flugplatzgesellschaft unterstützt und mit konkreten Verhandlungen bzw. Vereinbarungen untermauert. Dementsprechend begann Ende Februar 2010 nunmehr die Sanierung des Wartungshallenbereiches der ADAC-Luftfahrttechnik GmbH. Die Gespräche mit der Firma Air Lloyd zum Kauf eines Grundstückes wurden fortgeführt und sollen im Jahr 2010 mit dem Grundstücksverkauf bzw. dem Bau eines Bürotraktes abgeschlossen werden.

Mit diesen Entwicklungen wird für alle beteiligten langfristig eine sichere Basis für die Arbeit am Standort Oppin geschaffen und der Flugplatz gewinnt für den mitteldeutschen Raum weiter an Bedeutung.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Eine wichtige Einnahmequelle war auch im Jahr 2009 die Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien. Auf der Basis lang- und mittelfristiger Verträge sind die vorhandenen Objekte weitestgehend vermietet bzw. verpachtet.

Die für 2009 vorgesehene Schaffung von Bürokapazitäten im Westanbau des Verwaltungsgebäudes wurde realisiert. Der Ausbau erfolgte überwiegend durch die beschäftigten Betriebshandwerker. Die Vermietung konnte ab August 2009 beginnen.

Zunehmend schwieriger gestaltet sich die Vermietung der Wohnungen des Wohnblocks. Ende des Jahres waren 4 Wohnungen frei, davon eine seit April die anderen seit Dezember. Für das Jahr 2010 liegen zwischenzeitlich 4 weitere Kündigungen vor, welche im 2. Quartal wirksam werden. Auf Grund derzeit mangelnder Nachfrage muss davon ausgegangen werden, dass im Jahr 2010 Mietausfälle von ca. 10 T€ eintreten werden.

Die ansässige Gaststätte „Schnitzel-Tower“ arbeitet weiter stabil und bringt dem Flugplatz durch ihren guten Ruf einen regen Kundenzulauf.

Die Energie und vor allem Gaskosten sind im Jahr 2009 stabil auf hohem Niveau geblieben und haben den Haushalt und damit die liquide Situation entsprechend belastet. Die Betriebskostenvorauszahlungen der Mieter wurden auf Basis der Jahresabrechnung 2009 für das Jahr 2010 angepasst.

Durch die Bereitstellung von Fördermitteln über das Verkehrsministerium Sachsen-Anhalt im Jahr 2009 konnten folgende Maßnahmen realisiert werden:

- Abriss Fallschirmtrockenturm,
- Bau von 10 Parkplätzen.

Der Umfang dringend erforderlicher Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen ist weiterhin groß und kann nur über die Sicherung stabiler Einnahmen und mit viel Eigenleistung planmäßig abgearbeitet werden.

Die Tilgung der von den Gesellschaftern Stadt Halle und Saalekreis zum 30.09.2008 jeweils in Höhe von 60 T€ gewährten Darlehen verläuft planmäßig. Per 31.12.2009 waren insgesamt rund 42 T€ (von 120 T€) also 35 % getilgt.

Positive Ergebnisse konnten mit Unterstützung der Gesellschafter auch in den Verhandlungen mit dem Abwasser-Zweck-Verband Saalkreis-Ost zum Regenrückhaltebecken erzielt werden. Eine entsprechende Vereinbarung wurde im Dezember 2009 abgeschlossen. Der notarielle Vertrag ist in Bearbeitung.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass die Entwicklung der Gesellschaft zwar stabil verläuft, jedoch durch hohe Zins- und Tilgungsleistungen, die liquide Situation weiter angespannt ist. Eine Verbesserung der Umsatzerlöse ist deshalb als vordringliche Aufgabe zu sehen.
Strengste Sparsamkeit in den Kosten ist auch weiterhin oberstes Gebot.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

Im Jahr 2009 wurden intensive Verhandlungen sowohl zur Belegung der vorhandenen Dächer mit Photovoltaikanlagen - um die Instandsetzung der Dächer zu ermöglichen - als auch zur Belegung möglicher Freiflächen geführt.

Auf der Basis des vorliegenden Angebotes und nach entsprechender Abstimmung der Gesellschafter wurde mit dem Investor der Firma Brandenburger Energiehöfe GmbH zu Beginn des Jahres 2010 ein Nutzungsvertrag zur Belegung der Dächer abgeschlossen. Für die Belegung eventuell möglicher Freiflächen laufen derzeit noch umfangreiche Untersuchungen durch diese Firma.

Seitens des TÜV bestehen Auflagen zur Sanierung der Flächen im Tankstellenbereich. Hier wurde mit der Firma Total eine Übernahme der Gesamtkosten in Höhe von ca. 110 T€ verhandelt. Die Arbeiten werden voraussichtlich im 1. Halbjahr 2010 durchgeführt. Da während der Bauarbeiten die Tankstelle teilweise oder auch ganz geschlossen werden muss, könnten Ausfälle in der Kraftstoffprovision, schätzungsweise bis 5 T€ eintreten.

Die in den vergangenen Jahren hohe Nachfrage nach Hallenabstellplätzen hat sich relativiert, da sich diese potenziellen Kunden zwischenzeitlich anderweitig orientiert haben. Somit wäre ein Hallenbau derzeit nicht realistisch. Perspektivisch sollte bei verbesserter wirtschaftlicher Gesamtsituation der Gesellschaft ein Hallenbau aber durchaus noch einmal in Betracht gezogen werden.

Der Eintritt eines Mitarbeiters der Luftaufsicht ab Februar 2009 in den Ruhestand wurde dazu genutzt die Personalstruktur den Erfordernissen weiter anzupassen und auch die Gesetzlichkeiten der Arbeitszeitregelungen herzustellen. So sind im Bereich Luftaufsicht nun zwei vollbeschäftigte und zwei geringfügig beschäftigte Mitarbeiter tätig. Die mit 30 Stunden wöchentlich beschäftigte Sachbearbeiterin ging im September 2009 in den Mutterschutz und nimmt voraussichtlich am 01. Mai 2010 die Arbeit wieder auf. Die Vertretung wurde mit 25 Stunden wöchentlich eingestellt, bestimmte Arbeiten während der Vertretungszeit, wie Monatsabschluss und Lohn-/Gehaltsabrechnung werden von der Geschäftsführung übernommen. Eine weitere Reduzierung der vorhandenen 7,25 Planstellen ist aus Sicht der Geschäftsführung nicht möglich.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach dem Abschlussstichtag nicht vor.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Freiimfelder Straße 74
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 51.200

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Technischer Vorstand: Pietsch, René

Kaufmännischer Vorstand: Girard, Francois

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Geier, Egbert
stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich
	Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
	Haupt, Hanna
	Heft, Frank Uwe
	Menn, Christoph
	Philipp, Lothar
	Sänger, Frank
	Thielemann, Dirk

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
Aufsichtsrat	16	15	14

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (BEKA) mbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	10	33,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00

mittelbar	T€	%
beka ebusiness GmbH	1	0,50
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	0	0,56

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	311.654	92	308.141	97	319.149	95	3.513	1
Umlaufvermögen	26.950	8	10.449	3	15.214	5	16.501	158
Rechnungsabgrenzungsposten	250	0	351	0	489	0	-100	-29
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	192	0					192	
Bilanzsumme	**339.047**	**100**	**318.941**	**100**	**334.852**	**100**	**20.106**	**6**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	83.583	25	83.583	26	83.583	25	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	200.858	59	199.112	62	208.008	62	1.746	1
Rückstellungen	18.051	5	7.147	2	8.654	3	10.904	153
Verbindlichkeiten	31.906	9	21.904	7	26.461	8	10.002	46
Rechnungsabgrenzungsposten	4.649	1	7.195	2	8.147	2	-2.547	-35
Bilanzsumme	**339.047**	**100**	**318.941**	**100**	**334.852**	**100**	**20.106**	**6**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	36.575	37.270	33.694
andere aktivierte Eigenleistungen	253	143	202
sonstige betriebliche Erträge	11.684[1)]	12.241	13.792[2)]
Materialaufwand	24.621	25.230	23.059
Personalaufwand	30.350	30.102	31.752
Abschreibungen	9.500	8.743	9.835
Zuschüsse Gesellschafter	25.342	23.492	25.980
sonstige betriebliche Aufwendungen	11.918[3)]	8.422	8.218[4)]
Erträge aus Beteiligungen	0	13	42
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	141	174	205
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.055[5)]	49	264
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	771	677	740
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.113	207	575
außerordentliche Erträge	85		
außerordentliche Aufwendungen	9.421[6)]		
außerordentliches Ergebnis	-9.336		
sonstige Steuern	59	66	68
Erträge aus Verlustübernahmen	11.508		
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		140	506
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

[1)] inkl. Erträge aus vorzeitiger Auflösung der Cross-Border-Leasingtransaktion (1.091 T€)

[2)] ohne Auflösung von Zuschüssen für nicht aktivierungsfähige Folgekosten von Verkehrsbaumaßnahmen (239 T€)

[3)] inkl. Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (3.336 T€)

[4)] ohne Aufwendungen für nicht aktivierungsfähige Folgekosten von Verkehrsbaumaßnahmen (239 T€)

[5)] inkl. Erträge aus der Aufzinsung für Restrukturierungsmaßnahmen und Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (1.035 T€)

[6)] inkl. Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen (9.200 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-31,47	0,38	1,50	%
Eigenkapitalrentabilität:	-13,77	0,17	0,61	%
Cash-Flow:	-2.008	8.884	10.341	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	62	62	58	T€
Personalaufwandsquote:	62,56	60,62	66,58	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,68	94,75	93,48	%
Eigenkapitalquote:	24,65	26,21	24,96	%
Fremdkapitalquote:	75,35	73,79	75,04	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Beförderte Personen	55.565,76	54.840,72	55.357,25	in 1.000
Fahrplan-km	9.308,00	9.363,51	9.449,15	in 1.000
Nutz-Wagen-km	11.121,52	11.203,40	11.275,35	in 1.000
Personen-km	343,21	342,10	347,02	in Mio.
Platz-km	1.327,05	1.327,92	1.351,46	in Mio.

e) Lagebericht

1. Geschäftstätigkeit

a) Rahmenbedingungen - Wirtschaftliches Umfeld

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildete auch im Jahr 2010 der mit der Stadt Halle (Saale) und der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV) (durch Verschmelzung mit der Stadtwerke Halle GmbH seit 21.09.2009 Stadtwerke Halle GmbH) bis zum Jahr 2012 fortgeschriebene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag (VBFV), welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) weiter untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten ÖPNV unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, die am 03. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, wurde ein neuer Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen. Während die beihilferechtlichen Vorgaben der neuen Verordnung ab sofort anzuwenden sind, gilt bei der Vergabe eine Übergangsphase bis maximal 2019. Während dieses Übergangszeitraumes müssen die Mitgliedsstaaten Maßnahmen treffen, um die Regelungen zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge schrittweise anzuwenden und umzusetzen. Der deutsche Gesetzgeber hat das deutsche Personenbeförderungsrecht bisher nicht der neuen Verordnung (EG) 1370/2007 angepasst. Damit ist die Rechtsanwendung erschwert und teilweise ungeklärt.

Der VBFV fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des VBFV entsprechen den Anforderungen der neuen Verordnung (EG) 1370/2007. Das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen muss gemäß Anhang Punkt 7 einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier anspruchsvollen Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen sicher.

Trotz der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen (Reduzierung der Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG, witterungsbedingte Steigerungen der Energiekosten, Kostensteigerungen bei den Fremdleistungen usw.) wäre der für das Jahr 2010 geplante Zuschussbedarf von T € 25.342 erreicht worden; einmalige Sondereffekte (saldiert ca. T € 12.877) führten zu einer Überschreitung des geplanten Ergebnisses. Im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß VBFV wurde auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2010 ein Verlust in Höhe von T € 11.508 ermittelt, welcher über den mit der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag ausgeglichen wird.

Von wesentlicher Bedeutung ist jedoch, dass die im VBFV für das Jahr 2010 vereinbarten Sollkosten, die denen eines „durchschnittlich gut geführten“ Unternehmens gemäß des 4. Kriteriums des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 entsprechen, unter Berücksichtigung exogener Kostensteigerungen im Ist deutlich unterschritten wurden.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungsunternehmen Saalebus GmbH, und Servicegesellschaft Saale mbH verlief im Geschäftsjahr 2009 positiv. Die wirtschaftliche Entwicklung der OBS GmbH verlief zufriedenstellend.

b) Angebots- und Nachfrageentwicklung

Gegenüber dem Vorjahr ist für das Jahr 2010 eine Leistungssteigerung im Straßenbahnbereich um +116 Tsd. Nutz-Zug-km (+2,1 %) bzw. um +90 Tsd. Nutz-Wagen-km (+1,2 %) zu verzeichnen. Diese ist im Wesentlichen auf die Umleitungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Baustelle „Klausbrücke“ und die Fertigstellung bzw. Inbetriebnahme des Streckenabschnitts „Freiimfelder Straße - Grenzstraße“ zurückzuführen. Der Rückgang der Nutz-Wagen-km im Busbereich gegenüber dem Jahr 2009 um -172 Tsd. (-4,6%) ist mit dem Wegfall der baustellenbedingten Bus-Linienverlängerungen bzw. zusätzlichen Schienenersatzverkehrsleistungen des Vorjahres zu begründen.

Im Geschäftsjahr 2010 ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Fahrgastzahlen um 0,7 Mio. auf 55,6 Mio., welche im Wesentlichen mit einer deutlichen Nachfragesteigerung durch die Studenten sowie witterungsbedingten Beförderungszuwächsen im ersten und vierten Quartal 2010 begründet ist. Außerdem hat sich die auf einer Verkehrserhebung aus dem Jahr 2008 basierende Neubemessung der Übersteigerzahlen positiv auf die Entwicklung der Fahrgastzahlen ausgewirkt.

Für die Erbringung der Leistungen im ÖPNV standen im Jahr 2010 durchschnittlich 213 Straßenbahntrieb- und -beiwagen sowie 62 Omnibusse (44 eigene und 18 Subunternehmerfahrzeuge) zur Verfügung.

c) Investitionstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2010 sind, unter Verwendung von € 13,9 Mio. Fördermitteln des Landes und des Bundes sowie Zuweisungen nach dem ÖPNV-Gesetz, investive Maßnahmen/Vorhaben in Höhe von € 26,7 Mio. abgerechnet worden.

Im Jahr 2010 konnte die 1. Anzahlungsrate für den Kauf von 12 Niederflurstraßenbahnen des Typs MGTK realisiert werden.

Da vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr entgegen der ursprünglichen Planung statt € 3,8 Mio. jetzt € 5,5 Mio. (Vorziehen von Fördermitteln aus dem Jahr 2014) zur Anteilfinanzierung bereitgestellt wurden, konnte die Rate an den Fahrzeughersteller Bombardier auf € 13,7 Mio. erhöht werden. Damit konnte dem Liefervertrag entsprochen werden, welcher eine Lieferung der Fahrzeuge vom Jahr 2012 bis Anfang des Jahres 2013 mit einer Schlusszahlung im Jahr 2013 vorsieht.

In Folge dessen wurde der Investitionsplan im Dezember des Berichtsjahres mit einer Erhöhung des investiven Aufwandes vom Aufsichtsrat neu bestätigt.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit des Unternehmens waren im Berichtszeitraum wiederum die Gleisbauvorhaben wie:

- der Ausbau der Mansfelder Straße „Ost“ und der Beesener Straße „Süd“ (1. Bauabschnitt) als Komplexmaßnahmen Stadt Halle / HAVAG / Versorgungsunternehmen € 3,2 Mio.,
- die Weiterführung des Straßenbahnprojektes Halle/Neustadt - Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf mit der Finanzierung von Restleistungen des BA 12A und die Fertigstellung des BA 12B (Höhe Kanenaer Weg bis Knoten Grenzstraße/HES) sowie Leistungen in den Bauabschnitten 13, 14 und 15 (ergänzender Gleisbau im Bereich Knoten Grenzstraße) mit € 2,7 Mio.

Außerdem wurden für die Neuverlegung von Bahnstromkabeln, die Erneuerung von Fahrleitungen, optische Fahrgastinformationssysteme (Halle/Neustadt und Hallmarkt) sowie den Neubau des Bahnstromunterwerkes (26) € 1,2 Mio. aufgewendet.

Darüber hinaus haben wir mit der Einführung eines Digitalfunksystems begonnen, welches zukünftig durch die SWH mitgenutzt und erweitert werden kann. Hierfür erfolgten erste Anzahlungen in Höhe von € 1,2 Mio.

Weitergeführt wurde auch im Jahr 2010 die Umgestaltung der Außenanlagen im Betriebshof Freiimfelder Straße u. a. mit Leistungen für die unterirdische Infrastruktur und Leistungen im Außenbereich der Abstellhalle für Straßenbahnen. Diese wurde im Dezember 2010 fertig gestellt und in Betrieb genommen. Ebenso erfolgte die Installation des 2. und letzten Teilabschnittes einer Photovoltaikanlage auf der Dachfläche der Halle.

Die Finanzierung der Leistungen im Betriebshof Freiimfelder Straße in Höhe von € 3,0 Mio. erfolgte teilweise (€ 1,0 Mio.) mit Zuweisungen nach dem ÖPNV-Gesetz, die Finanzierung der Photovoltaikanlage unter Verwendung eines Kredites.

Für den Ersatz, die Erweiterung und die Modernisierung stationärer Technik (Videoschutz in Straßenbahnen, Maschinen/Ausrüstungen, Hard und Software, Betriebsaustattungen) innerhalb des eigenen Anlagevermögens wurden € 0,6 Mio. verwendet.

d) Personal

Der sozialverträglich durchgeführte Personalabbau wurde im Berichtsjahr 2010 weiter fortgesetzt.

Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens (Altersteilzeit- und Abfindungsmodelle) konnte der Personalbestand stichtagsbezogen zum 31. Dezember 2010 um 19 Personen inkl. Auszubildende (-2,3 %) gegenüber dem Vorjahresstichtag weiter reduziert werden. Die folgende Übersicht zeigt die Beschäftigtenzahlen jeweils zum Jahresende:

	31.12.2010	31.12.2009
Produktionspersonal	575	590
Verwaltungs- und sonstiges Personal	195	199
Auszubildende	34	34
	804	**823**

Die Anzahl der Vollbeschäftigten (VbE) - ohne Auszubildende - ist gegenüber dem Vorjahr stichtagsbezogen um 15,2 VbE gesunken. Das Arbeitszeitvolumen reduzierte sich gegenüber dem Jahr 1991 damit um 60,6 %.

Die Fluktuationsrate lag im Jahr 2010 bei 3,7 %.

Zehn Auszubildende beendeten im Jahr 2010 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten davon neun Auszubildende in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Im Jahr 2010 betrug das Durchschnittsalter der Mitarbeiter /-innen 47,6 Jahre und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 24,9 Jahre.

Der Krankenstand von durchschnittlich 7,4 % hat sich im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % -Punkte vermindert.

Zur Erreichung der zukünftigen Unternehmensziele wurde im Jahr 2008 ein Spartentarifvertrag für Nahverkehrsbetriebe in Sachsen-Anhalt verhandelt und abgeschlossen.

Der Entgelttarifvertrag wurde im Jahr 2010 neu verhandelt. Im Ergebnis wurden moderate Tarifsteigerungen bis Ende des Jahres 2013 vereinbart.

Die Tarifverträge zur Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für alle Beschäftigungsgruppen werden bis zum Jahr 2012 fortgeführt.

Während der Laufzeit des Spartentarifvertrages (TV-N LSA), aber auch während der Laufzeit der Tarifverträge zur Arbeitszeit, sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen.

e) Forschung und Entwicklung

Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg beteiligt sich die HAVAG am Forschungsprojekt Galileo. Mit dem Galileo-Testfeld Sachsen-Anhalt wird ein Forschungsumfeld aufgebaut, das Galileo / Satellitengestützte Anwendungen im Verkehrs-, Mobilitäts- und Logistikbereich ermöglicht. Ein Ziel ist es dabei, intelligente Navigations- und Kommunikationssysteme zu entwickeln, mit denen Verkehr und Logistik künftig leistungsfähiger, umweltverträglicher und sicherer gestaltet werden können.

Die HAVAG leitet innerhalb des „Galileo Testfeldes Sachsen-Anhalt“ den Schwerpunkt Navigation und Verkehr. Innerhalb des Forschungsprojektes sichert die HAVAG damit die Interessen des ÖPNV ab. Insbesondere sollen die Grundlagen für die spätere Nutzung des Galileo-Satellitensystems im Zusammenhang mit dem ÖPNV geschaffen werden.

Zu diesem Zweck wurde im Februar 2010 eine Galileo-Straßenbahn der HAVAG, die mit hochwertigen Komponenten zur Ortung ausgestattet ist, während einer Veranstaltung durch den Verkehrsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Karl-Heinz Daehre, in Betrieb genommen. Neben der herkömmlichen ITCS-Ausrüstung besitzt diese Straßenbahn hochwertige Navigationstechnik, die z. B. auch beim US-Militär zum Einsatz kommt. Mit dieser Straßenbahn werden GPS-Daten erhoben, um diese später in ein Rechenmodell (Galileo-Simulation) einzuspeisen.

Weiterhin wurden Vorbereitungen getroffen, auch einen sogenannten Galileo-Bus aufzurüsten, um die Ergebnisse auch für die Logistikbranche (Paketdienste etc.) zur Verfügung zu stellen. Außerdem wird eine Test-Lichtsignalanlage auf dem Betriebsgelände der HAVAG errichtet, um Erkenntnisse über die Satellitenortung und die Ansteuerung von Lichtsignalanlagen zu sammeln.

Das Projekt der HAVAG löste weltweite Aufmerksamkeit aus. Über das Projekt wurde in sechs Sprachen in den Fachmedien berichtet. Das gesamte Vorhaben wird zu 100% vom Land Sachsen-Anhalt über die Otto- von Guericke-Universität Magdeburg gefördert.

f) Umweltschutz

Die HAVAG bietet der Bevölkerung der Stadt Halle mit ihrem leistungsstarken, attraktiven Nahverkehrsangebot eine umweltverträgliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV). Öffentliche Verkehrsmittel bündeln die Verkehrsströme und helfen mit modernster Technik, Emissionen zu senken.

Jeder, der die öffentlichen Verkehrsmittel nutzt, trägt zum Umweltschutz bei.

Mit der Einführung der elektronischen „UmweltCard Gold“ für Abonnenten in den Zonen Halle und Leipzig im Jahr 2009 und der im Jahr 2010 vollzogenen Ausweitung auf das gesamte Verbundgebiet wird das Engagement der HAVAG, der Verbundgesellschaft MDV und auch der einzelnen Abonnenten für den Klimaschutz deutlich zum Ausdruck gebracht. Mit dem Namen „UmweltCard Gold“ soll darauf verwiesen werden, dass sich unsere Abo-Stammkunden umweltfreundlich verhalten, weil sie den ÖPNV dem Auto vorziehen.

Auch mit der Entwicklung und Umsetzung von neuen, intelligenten Lösungen im Verkehrsmanagement im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsprojekte MOSAIQUE und GALILEO leistet die HAVAG zugleich einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz. Der Umweltgedanke spiegelt sich insbesondere auch in der Verknüpfung des ÖPNV mit anderen Verkehrsarten wider. Mit der Einführung eines automatisierten Park-an-Ride-Managementsystems in Kröllwitz werden die Verkehrsteilnehmer frühzeitig über Staugefahren im Stadtgebiet von Halle und die Anzahl freier Parkplätze informiert. Durch die Empfehlung zielgerichteter Ausweichruten bzw. des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel soll das Verkehrsaufkommen in Halle entlastet, die Qualität des Verkehrsablaufs erhöht und Emissionen reduziert werden.

Das besondere Engagement der HAVAG zur Verbesserung der Umweltsituation, zur Senkung des Energieverbrauchs, zur Reduzierung der Schall- und Abgasemission und zur Weiterentwicklung des Umweltbewusstseins im Unternehmen zeigt sich aber auch in zahlreichen anderen Aktivitäten und Maßnahmen, wie z. B.:

- Betrieb einer modernen Photovoltaikanlage mit einer Nutzfläche von 1.800 qm und einer Nennleistung von 241,5 kWp auf dem Dach der neuen Straßenbahnabstellhalle,
- Einsatz umweltfreundlicher Farben und Lacke in der Fahrzeuglackierung und eines biologischen Reinigungsmittels (E55) in den Bereichen Fahrzeug- und Haltestellenreinigung,
- Einsatz und Neubeschaffung moderner Niederflurfahrzeuge mit Fahrstromrückspeisung,
- Ausrüstung elektrischer Weichenheizungen mit witterungsabhängigen, intelligenten Steuerungen,
- Einbau vibrationsgeschützter Gleise (zum Teil Rasengleise) auf allen Straßenbahnneubaustrecken,
- Neubau von Gleisschmieranlagen bzw. Ersatz durch effizientere Technik,
- Installation von Oberleitungsnetzen mit zweiseitiger Speisung (effizientere Nutzung zurück gespeister Bremsenergie),
- Intelligent vernetzte Signalanlagen zur Reduzierung der Standzeiten des motorisierten Individualverkehrs an den Ampelanlagen,
- Erfüllung der EURO 4 - Abgasnorm durch Ausrüstung aller Neufahrzeuge im Busbereich mit einem CRT-Filtersystem,
- Einsatz von umweltfreundlichen Erdgasbussen,
- Schulung der Fahrpersonale im Hinblick auf eine energiesparende und wirtschaftlichere Fahrweise.

2. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung der Erträge

	2010	2009	Veränderungen	
	T€	T€	T€	%
Erlöse aus Straßenbahn- und Busbetrieb	30.687	30.015	672	2,2
Ausgleichszahlungen nach § 45a PbefG und Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX	3.824	5.327	-1.503	-28,2
Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen	958	763	195	25,6
Erhöhtes Beförderungsentgelt / Sonstige Erlöse Linienverkehr	590	613	-23	-3,8
Summe Erlöse Linienverkehr	**36.059**	**36.718**	**-659**	**-1,8**
Übrige Umsatzerlöse / Erlöse aus Vermietung von Werbeflächen	516	552	-36	-6,5
Umsatzerlöse	**36.575**	**37.270**	**-695**	**-1,9**
Andere aktivierte Eigenleistungen	253	143	110	76,9
Übrige Erträge *	11.844	12.476	-632	-5,1
Zahlungen des Gesellschafters zur Abdeckung der Aufwendungen (Betriebskostenzuschüsse)	25.342	23.492	1.850	7,9
Betriebliche Erträge	**74.014**	**73.381**	**633**	**0,9**
Ohne Betriebskostenzuschüsse	48.672	49.889	-1.217	-2,4

* inkl. einmalige Erträge aus der vorzeitigen Auflösung der Cross-Border-Leasingtransaktionen

Die Betrieblichen Erträge der HAVAG - ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse - sind gegenüber dem Vorjahr um T € 1.217 bzw. 2,4 % gesunken.

Aufgrund von Mehrbelastungen, die von der HAVAG nicht zu vertreten sind (witterungsbedingte Kostensteigerungen, Preissteigerungen beim Dieselkraftstoff, Kostensteigerungen bei den Fremdleistungen, Tarifsteigerungen im Personalbereich, reduzierte Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG usw.), sowie einmaliger Sondereffekte ist der Zuschussanspruch gegenüber dem Gesellschafter gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr planmäßig um T € 1.850 bzw. 7,9% gestiegen.

Insgesamt wurden im Jahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von T € 36.575 (Vorjahr: T € 37.270) erwirtschaftet. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr um T € 695 bzw. 1,9 % ist im Wesentlichen auf die Positionen Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG und § 148 SGB IX (T € -1.503 bzw. -28,2%) zurückzuführen.

Diese Entwicklung ist insbesondere damit zu begründen, dass zum Jahresabschluss 2010 das Testat für den betriebsindividuell ermittelten Schwerbehindertenquotienten noch nicht vorlag und deshalb der Pauschalwert des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2009 (2,54%) in die Berechnung des voraussichtlichen Erstattungsanspruchs nach § 148 SGB IX einbezogen wurde. Im Jahr 2009 wurde diesbezüglich der im Jahr 2008 betriebsindividuell ermittelte und testierte Schwerbehindertenquotient von 6,82% bzw. 5,97% (nach Kürzung um ein Drittel des pauschalen Vom-Hundertsatzes des Landes Sachsen-Anhalt) zum Ansatz gebracht.

Aufgrund der im Rahmen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifanpassungen zum 01.08.2009 bzw. 01.08.2010 sowie der Steigerung der Zahl der beförderten Personen um 0,7 Mio. sind die Erlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb gegenüber dem Vorjahr um T € 672 (+2,2 %) gestiegen.

In Bezug auf die gegenüber dem Vorjahr ausgewiesene Steigerung der Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen um T € 195 (+25,6%) ist zu beachten, dass im Vorjahr in dieser Position Rückführungen in Höhe von T € 195 verbucht wurden, die das Jahr 2008 betrafen.

Der Rückgang der übrigen Erträge um T € -632 (-5,1%) ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr verminderten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T € -2.141) zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Ertragssteigerungen in den Positionen Erträge aus Materialverkäufen (T € +194), Erträge aus Vermietungen (T € +206) sowie Erträge für Straßenbahnleistungen im Saalekreis (T € +260). Im Zusammenhang mit der vorzeitigen Auflösung der Cross-Border-Leasingtransaktionen entstanden im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr erhöhte Erträge von T € +1.091.

b) Kostensituation und Finanzlage der Gesellschaft

Wesentliche einmalige Sonderbelastungen (Rückstellungen für geplante Restrukturierungsmaßnahmen im Personalbereich sowie zur Abdeckung von Risiken aus der Änderung tariflicher Rahmenbedingungen und Drohverlusten, außerplanmäßige Abschreibungen) haben im Jahr 2010 zu einer deutlichen Steigerung des Gesamtaufwandes gegenüber dem Vorjahr geführt.

Der Kostendeckungsgrad konnte trotz der genannten schwierigen äußeren Rahmenbedingungen auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der Erträge aus Verlustübernahme sowie wesentlicher periodenfremder bzw. einmaliger Sondereffekte (Erträge und Kosten) beträgt die dann vergleichbare Kostendeckung 66,8 % (Vorjahr 66,7%).

Der Gesamtaufwand hat sich ohne Berücksichtigung der genannten einmaligen Sonderbelastungen gegenüber dem Vorjahr um T € 601 erhöht, was im Wesentlichen auf Aufwandssteigerungen bei den Fremdleistungskosten (T € 1.221), dem Personalaufwand (T € 248) und diversen anderen Positionen (T € 230) zurückzuführen ist. Dem gegenüber stehen Aufwandsreduzierungen beim sonstigen Materialverbrauch (T € -705), den Abschreibungen (T € -199) sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T € -187).

Die Liquidität der Gesellschaft war durch die stetige monatliche Bereitstellung der Mittel durch den Gesellschafter, der Ausgleichszahlungen gemäß § 45a PBefG und § 148 Abs. 5 SGB IX sowie der Investitionszuschüsse jederzeit gesichert. Seit dem 01.06.2010 ist die HAVAG außerdem in das gemeinsame Cash-Pooling-System der Stadtwerke Halle GmbH eingebunden. Die kurzfristigen Finanzbedarfe und -überschüsse der beteiligten Unternehmen werden innerhalb des Konzerns ausgeglichen und Zinsvorteile erwirtschaftet. Die Möglichkeiten für die Steuerung der Geldflüsse sind dadurch erheblich größer.

3. Risikomanagementsystem

Die HAVAG betreibt ein ganzheitliches und strategisch ausgerichtetes Risikomanagementsystem, welches der systematischen Erfassung und Steuerung aller Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen dient, das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen fördert und damit § 91 Abs. 2 AktG entspricht.

Durch die regelmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung bzw. Überarbeitung des Risikohandbuches in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird gewährleistet, dass Risiken frühzeitig erkannt, rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen eingeleitet und sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent genutzt werden können.

Neben der kontinuierlichen Überwachung der Einhaltung der Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung durch die interne Revision ist die monatliche Komplexanalyse, in der die Kosten-, Ertrags- und Erfolgsentwicklung des Unternehmens zeitnah und transparent dokumentiert wird, und auf deren Basis entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden, das wichtigste Instrument zur unterjährigen Überwachung und Kontrolle der laufenden wirtschaftlichen Risiken.

Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Planung der HAVAG werden die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und der Finanzierung des ÖPNV sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen beachtet, systematisiert und bewertet.

Als bestandsgefährdende Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- bzw. Ertragslage des Unternehmens werden auch zukünftig Risiken, wie die europäische Marktöffnung sowie die ungünstige allgemeine tarifliche Entwicklung gegenüber Mitbewerbern eingestuft.

Um den genannten Finanzierungs- und Wettbewerbsrisiken wirksam zu begegnen, wurden im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung BbA - Dr. Bruns & Fetzer wesentliche Restrukturierungsmaßnahmen und -ziele erarbeitet und mit deren Umsetzung begonnen.

Im Jahr 2010 wurden die Cross-Border-Leasingtransaktionen HK- und HF-Trust vorfristig aufgelöst. Das verbleibende Geschäft wird im Rahmen des Risikomanagements aktiv überwacht.

4. Ausblick

Die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2011 sieht einen Betriebskostenzuschuss von vorläufig € 24,5 Mio. vor. Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für das Wirtschaftsjahr 2011 und die Folgejahre besteht darin, durch konsequente Umsetzung des Restrukturierungskonzeptes eine weitere deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Maßstab zu sichern. Durch die im Jahr 2010 durch entsprechende Rückstellungsbildungen getroffenen Vorsorgemaßnahmen sollen die jährlichen Betriebskostenzuschüsse so schnell wie möglich auf € 20,0 Mio. reduziert werden. Diesbezüglich wird eine Anpassung der mittelfristigen Planung erfolgen.

Nach derzeitigem Planungstand werden die Investitionen im Geschäftsjahr 2011 eine Höhe von ca. € 20,0 Mio. erreichen. Zentrales Vorhaben ist dabei weiterhin die Ersatzbeschaffung von Niederflurstraßenbahnen mit der Finanzierung der 2. Anzahlungsrate in Höhe von € 5,7 Mio.

Planmäßig sollen dafür Fördermittel des Landes (€ 2,2 Mio.) und Zuweisungen nach dem ÖPNV-Gesetz zur Verfügung stehen.

Neben den genannten Aufwendungen für die Straßenbahnen sind für Investitionen in das eigene Anlagevermögen weitere € 5,0 Mio. geplant.

Zu nennen sind, die Umstellung des Betriebsfunks von analogem auf digitalen Betrieb (Einführung Digitalfunk einschl. der Fahrzeugfunkgeräte) sowie die Ausstattung von Fahrzeugen (Bus und Bahn) mit ITCS- Bordrechnern (€ 1,3 Mio.) und die Weiterführung der Bauleistungen im Außenbereich des Betriebshofes Freiimfelder Straße (€ 2,5 Mio.).

Schwerpunkte der Investitionen in die Infrastruktur im Geschäftsjahr 2011 sind:

- die Fertigstellung und in Betriebnahme (vsl. April 2011) der Gleisanlagen in der Mansfelder Straße Ost (€ 1,0 Mio.) und die Weiterführung des Ausbaus der Gleisanlagen in der Beesener Straße mit dem Beginn des 3. Bauabschnittes (von Bugenhagenstraße bis Knoten Huttenstraße), als Komplexmaßnahmen mit der Stadt Halle (€ 2,8 Mio.),
- die Weiterführung des Straßenbahnprojektes, 3. Hauptabschnitt Delitzscher Straße, mit den Bauabschnitten 13A und 14D von der Grenzstraße bis F.-Schulze-Str. mit der Teilinbetriebnahme der Haltestelle und die Fertigstellung der Gleisbauarbeiten im Bereich der Haupterschließungsstraße (HES) Knoten Grenzstraße mit € 3,6 Mio.,
- die bauliche Fertigstellung des Bahnstromunterwerkes (26) in der Delitzscher Straße/Hochweg zur Bahnenergieversorgung der Straßenbahngleisverlängerung bis Büschdorf mit € 0,8 Mio.,
- die Erneuerung von Fahrleitungen, Bahnstrom und- Kabelanlagen (€ 1,1 Mio.) sowie die Ausstattung weiterer Haltestellen im Stadtgebiet mit optischen Fahrgastinformationssystemen (€ 0,3 Mio.).

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HAVAG und der Beteiligungen von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Prager Straße 8
04103 Leipzig

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 74

Gesellschafter:

	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH	12	15,92
Stadt Leipzig	12	15,92
Stadt Halle (Saale)	9	12,45
Hallesche Verkehrs-AG	8	10,95
DB Regio Aktiengesellschaft	4	5,99
Burgenlandkreis	3	3,54
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,99
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	2	2,52
GbR der Verkehrsunternehmen Omnibus- und Reiseverkehr Heinz Wittig (LVW), Omnibusverkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG, Schmidt-Reisen und Döllnitzbahn GmbH	1	1,70
GbR der Verkehrsunternehmen PVG Muldental mbH, Bus- und Reiseunternehmen Alberto Ludwig, Reise- und Omnibusunternehmen Volker Kaltofen, Omnibusnahverkehr Runge und dem Omnibus-Reiseunternehmen Naundorf	1	1,70
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold OHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,70
LEOBUS GmbH	1	1,70
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	1	1,70
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,70
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	1	1,70
Regionalverkehrsgesellschaft Weißenfels GmbH	1	1,70
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Landkreis Mittelsachsen	1	1,02

** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.

Gesellschafter:

Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02
Thüsac Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Verkehrsgesellschaft Döbeln mbH	1	1,02
Veolia Verkehr GmbH	0	0,41

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Lehmann, Steffen	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	zur Nedden, Martin	
	1. stellv. Vorsitzender	Girard, Francois	
	2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
		Däumler, Lutz	
		Dr. Graetz, Manfred	
		Dr. Kisabaka, Linda	(seit 16.11.2010)
		Dr. Pohlack, Thomas	
		Glowienka, Andreas	
		Hahn, Michael	(bis 16.11.2010)
		Handschak, Hartmut	
		Harbig, Dietmar	
		Heepen, Volker	
		Heft, Frank Uwe	
		Herrmann, Jens	(seit 21.01.2010)
		Hoffmann, Joachim	
		Hörl, Martin	
		Juhrs, Ronald	
		Kern, Dietmar	(seit 21.01.2010)
		Klemens, Holger	
		Malter, Klaus Rüdiger	
		Naacke, Christoph	
		Parnow, Wolfgang	(bis 21.01.2010)
		Pietsch, René	
		Pohl, Anja	(bis 21.01.2010)

Aufsichtsrat:		Reiche, Harri	
		Riese, Lothar	
		Runge, Wilfried	(bis 31.12.2010)
		Stoye, Angelika	
		Wigger, Stephan Georg	
		Zielke, Andreas	
	beratendes Mitglied	Arndt, Eberhard	(bis 31.03.2010)
	beratendes Mitglied	Dr. Rohde, Bernd	(bis 31.12.2010)
	beratendes Mitglied	Fahsel, Karl-Hermann	(seit 12.04.2010)
	beratendes Mitglied	Hummel, Hans-Jürgen	

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	3	3

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	367	25	621	41	485	33	-254	-41
Umlaufvermögen	1.101	74	878	58	958	66	223	25
Rechnungsabgrenzungsposten	10	1	7	1	8	1	3	43
Bilanzsumme	**1.478**	**100**	**1.506**	**100**	**1.451**	**100**	**-28**	**-2**
Treuhandvermögen	2.000		2.831		5.268		-831	-29
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	461	31	461	31	400	28	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	301	20	545	36	416	29	-244	-45
Rückstellungen	138	9	103	7	173	12	35	34
Verbindlichkeiten	386	26	385	26	437	30	1	0
Rechnungsabgrenzungsposten	192	13	12	1	25	2	180	1.600
Bilanzsumme	**1.478**	**100**	**1.506**	**100**	**1.451**	**100**	**-28**	**-2**
Treuhandverbindlichkeiten	2.000		2.831		5.268		-831	-29

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	371	326	317
sonstige betriebliche Erträge	537	1.007	1.109
Materialaufwand	1.293	1.552	1.746
Personalaufwand	1.241	1.221	1.206
Abschreibungen	228	208	172
Zuschüsse Gesellschafter	2.232	2.120	2.177
sonstige betriebliche Aufwendungen	382	480	501
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	8	32
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	228	208	172	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	35	51	55	T€
Personalaufwandsquote:	136,75	91,59	84,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	6,79	8,86	9,15	%
Eigenkapitalquote:	31,22	30,64	27,60	%
Fremdkapitalquote:	68,78	69,36	72,40	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Fahrgastaufkommen	174,30	171,90	169,20	Mio.

e) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von sechs Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Die Gesellschaftsstruktur ist zum 31. Dezember 2010 unverändert. Mit einem Anteil von 51 % halten die 11 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 14 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüsse gehalten.

Mit dem Beschluss des Kreistages Mittelsachsen vom 7. Oktober 2009 und der Verbandsversammlungen des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) am 1. Dezember 2009 und des Zweckverbandes Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS) am 4. Dezember 2009 sowie der Genehmigung durch die Landesdirektion Leipzig gehört der ehemalige Landkreis Döbeln ab dem 1. Januar 2010 zum Verbandsgebiet des ZVMS. Im Ergebnis dessen hat der Landkreis Mittelsachsen am 8. Juni 2010 seinen Austritt aus dem MDV zum 31. Dezember 2010 erklärt. Mit Beschluss der Gesellschafter des MDV werden die Geschäftsanteile zum 1. Januar 2011 auf den Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) übertragen. Der entsprechende Kaufvertrag wurde notariell geschlossen, die Genehmigung der Landesdirektion Leipzig liegt vor. Der Anteilsübergang wird nach erfolgter Kaufpreiszahlung wirksam. Als wirtschaftlicher Übergang ist der 1. Januar 2011 vereinbart.

Mit dem Ausscheiden des ehemaligen Landkreises Döbeln (Nachfolger: Landkreis Mittelsachsen) als Gesellschafter des MDV zum 31. Dezember 2010 hat auch die Geschäftsführung der Verkehrsgesellschaft Döbeln gegenüber dem MDV seine Kündigung des Gesellschafterverhältnisses aus wichtigem Grund zum 31. Juli 2011 angezeigt. Die Geschäftsanteile sollen an ein Verkehrsunternehmen des SPNV übertragen werden.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2010

Trotz der weiterhin ungünstigen Rahmenbedingungen mit rückläufiger Einwohnerentwicklung (mit Ausnahme der Städte Halle (Saale) und Leipzig) sowie insgesamt sinkenden Auszubildendenzahlen konnte im Verbundgebiet gegenüber dem Vorjahr erneut eine Steigerung bei den **Tarifeinnahmen** erzielt werden. Sie lagen mit 162,2 Mio. EUR um 3,6 % über dem Vorjahresergebnis.

Das **Verkehrsaufkommen** im MDV stieg um 1,4 % auf 174,3 Mio. Fahrgäste im Jahr 2010. Allerdings verläuft die Entwicklung räumlich differenziert. Während die Fahrgastzahlen in Halle (+2,0 %) und Leipzig (+4,9 %) stiegen, war das Verkehrsaufkommen in den Landkreisen rückläufig (-3,4 %). Negativ wirkten sich insbesondere die sinkenden Auszubildendenzahlen aus. Bereinigt um das Aufkommen im Zeitkartenbereich für Auszubildende hätte sich insgesamt ein Fahrgastzuwachs von 3,2 % ergeben.

Auch im Jahr 2010 wurde der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen **fortgeschrieben**. Die geplante Tarifanpassung wurde zum 1. August 2010 umgesetzt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt im Jahr 2010 war die Vorbereitung der tariflichen Weiterentwicklung ab dem Jahr 2011. Als Grundlage diente dabei eine umfassende **Tarifmarktforschung**, bei der folgende Ziele verfolgt wurden:

- im Abo-Segment (Stammkunden):
  - Differenzierung zur Ausschöpfung von Zahlungsbereitschaften
  - Stärkung des Abo-Segments
- bei Einzel-/Mehrfahrtenkarten (Gelegenheitskunden):
  - Vereinfachung zur Reduzierung von Zugangshemmnissen
- Marktakzeptanz und Attraktivitätsgewinn für den Nahverkehr
- Berücksichtigung unterschiedlicher Interessenlagen der Verkehrsunternehmen
- höhere Umsätze bei mindestens stabilen oder steigenden Fahrgastzahlen.

Nicht Bestandteil der Untersuchung waren Schüler, Auszubildende und Studenten. Diesen Themen wird sich der MDV im Nachgang annehmen.

In der Hauptuntersuchung wurden mehr als 5.000 ÖPNV-Nutzer zu ihrem jetzigen und zukünftigen Kaufverhalten befragt. Untersuchungsinhalte waren:

- Flexibilisierung der Zeitkarten
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtung verschiedener Kurzstreckenszenarien
- Neustrukturierung der Talzeitangebote (Zeiten geringer Nachfrage)
- Abo-Differenzierung
- Einführung von Seniorentickets.

Diese Untersuchung wurde im November 2010 abgeschlossen.

Während mit den gleitenden Tages- und Wochenkarten bereits ein Teil der untersuchten Maßnahmen im Jahr 2011 umgesetzt wird, findet hinsichtlich der Umsetzung weiterer Bestandteile derzeit noch eine Erörterung und Bewertung in den Arbeitsgremien des MDV statt.

Durch die Integration des früheren Landkreises Döbeln in den neuen Landkreis Mittelsachsen wurde die SPNV - Aufgabenträgerschaft für das ehemalige Kreisgebiet zum 1. Januar 2010 dem Zweckverband Mittelsachsen (ZVMS) übertragen. In diesem Zusammenhang hat der Landkreis Mittelsachsen beschlossen, die Mitgliedschaft in bisher zwei Verkehrsverbünden nicht fortzuführen. Unter Zugrundelegung von Einwohnerdaten, Fahrgastströmen und verkehrlichen Verflechtungen wurde eine Integration des bisherigen Landkreises Döbeln in den Verkehrsverbund Mittelsachsen (VMS) präferiert. Damit den bisherigen Pendlern zwischen Döbeln und dem übrigen MDV-Gebiet keine Nachteile entstehen, wurden im Jahr 2010 die Verhandlungen mit dem Verkehrsverbund Mittelsachsen aufgenommen, um bei einem MDV-Austritt des ehemaligen Landkreises Döbeln einen **Übergangstarif** anzubieten. Zur Umsetzung dieses Übergangstarifs ab dem 1. August 2011 wurde am 21. April 2011 eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH (VMS GmbH), dem MDV und den betroffenen Verkehrsunternehmen abgeschlossen.

Mit der Eröffnung der Tropenerlebniswelt Gondwanaland als Teil des Zoos Leipzigs beabsichtigt die Stadt Leipzig die ÖPNV-Nutzung bei Zoobesuchern zu erhöhen. Hierzu soll ein Kombiticket angeboten werden, welches die ÖPNV-Nutzung und die Eintrittskarte integriert. Die dazu notwendigen Verhandlungen zwischen den Verkehrsunternehmen, dem Zoo Leipzig, der Stadt Leipzig und dem MDV wurden 2010 begonnen. Die Einführung des **Kombitickets Zoo Leipzig** ist für Mitte 2011 geplant.

Um die Attraktivität der **MDV-Job-Tickets** zu erhöhen, wurde in 2010 eine Fortschreibung der Regelungen beschlossen. Das neue Job-Ticket-Modell, welches zum 1. Januar 2011 startet, beinhaltet eine (zeitliche eingeschränkte) Übertragbarkeit, eine geringere Mindestabnahme sowie eine Vereinfachung der Rabattstaffelung.

Der Studentenrat der Universität Leipzig hat im Jahr 2010 Interesse an einer neuen Urabstimmung zur Einführung eines verbundweit gültigen **Semestertickets** geäußert. Dementsprechend wurden die Verhandlungen zwischen Verkehrsunternehmen, Uni Leipzig und MDV aufgenommen. Da die Ende 2010 durchgeführte Urabstimmung keine eindeutige Mehrheit ergab, kommt es zu einer Stichwahl Anfang 2011. Die Abstimmung an der Universität Leipzig ist bereits erfolgt. Die Studenten entschieden sich mit einer knappen Mehrheit gegen das MDV-Angebot.

Die Aufgaben im Vertriebsbereich konzentrierten sich 2010 insbesondere auf die **Weiterentwicklung des eTicketing (Chipkarten)** und das **handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystem (easy.GO).**

Die Chipkarte ist bei LVB und HAVAG in den Tarifzonen 110 und 210 bereits seit 2009 im Einsatz. Derzeit sind über 140.000 Karten im Umlauf für Abonnenten, Jahreskartennutzer, Studenten in Halle und Schüler in Leipzig (Schülermobilcard als LVB-Angebot). Mit der Ausgabe von Chipkarten für verbundweite Relationen durch die HAVAG im Herbst 2010, die LVB ab Februar 2011 und die DB Regio voraussichtlich ab Juli 2011 werden verbundweit Chipkarten von den drei größten ABO-Kundenvertragspartnern ausgegeben.

Zur verbundweiten Kontrolle der Chipkarten, Online- und Handytickets (easy.GO) wurde die Entwicklung der entsprechenden Prüfsoftware für die Einfachprüfgeräte zum Einsatz bei den regionalen Verkehrsunternehmen grundsätzlich abgeschlossen. Die hierfür notwendigen Kontrollhandys wurden den regionalen Verkehrsunternehmen und der Mitteldeutsche Regiobahn ebenfalls übergeben. Hierfür wurden intensive Schulungen durchgeführt.

Des Weiteren arbeitete die Verbundgesellschaft mit Unterstützung externer Berater gemeinsam mit DB Regio an der Einführung des eTicketing für die Abonnenten der DB Regio. Die besondere Herausforderung bestand in der Einbindung der technischen Systeme in die Gesamtkonzernstruktur der Deutschen Bahn. Hier ist unter anderem noch im Jahr 2010 die Anbindung der Systeme der DB Regio an das zentrale Berechtigungssystem des MDV realisiert worden, um die Ausgabe der verbundweiten Chipkarten durch DB Regio sicherzustellen. Dies erfolgt mit Unterstützung von Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaats Sachsen.

Die Konzeption und Ausarbeitung der technischen und organisatorischen Grundlagen für ein Regionales eTicketing-System (ReTSy) bei den regionalen Verkehrsunternehmen wurde unter der Federführung des MDV in Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen in der Projektgruppe ReTSy dynamisch fortgesetzt, sodass im Ergebnis ein gemeinsam abgestimmtes Lastenheft für kommende Ausschreibungen erarbeitet wurde und Anfang 2011 fertiggestellt werden soll.

Das im Projekt MOSAIQUE entwickelte handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystem (easy.GO) wurde im Februar 2010 als Großer Feldversuch in Halle und Leipzig gestartet. Bis Ende 2010 haben mehr als 17.000 Kunden easy.GO auf ihr Handy geladen. Die meisten Anwender nutzen die Verbindungsauskünfte und Abfahrtstafeln. Im Dezember wurden mehr als 5.500 Tickets über easy.GO verkauft.

Die verbundweite Einführung von easy.GO erfolgt entsprechend der Beschlussfassung der 41. Aufsichtsratssitzung stufenweise. Dabei sind zwei Umsetzungsstufen vorgesehen. Mit der Umsetzungsstufe 1 wurden am 10. November 2010 folgende Erweiterungen umgesetzt:

- verbundweite Verbindungsauskunft und Abfahrtstafeln,
- teilregionenübergreifende Anwendung,
- Beauskunftung aller Verkehrsmittel,
- adressscharfe Auskunft,
- Einführung des 2D-Barcodes als Sicherheits- und Prüfmerkmal,
- Ermittlung von Haltestellen in der Umgebung bei Mobiltelefonen mit GPS-Funktion,
- Erweiterung des Ticketings auf die umliegenden Tarifzonen von Halle und auf die Zugrelation Halle-Leipzig,
- Erweiterung Fahrkartensortiment um Tageskarte Gruppe.

Mit der Umsetzungsstufe 2, welche derzeit für das 1. Halbjahr 2011 vorgesehen ist, wird die vollständige verbundweite Einführung mit folgenden Erweiterungen abgeschlossen:

- verbundweiter Fahrkartenverkauf,
- Erweiterung des Payment-Moduls (u. a. Realisierung von Rabattaktionen),
- Einbindung des neu zu entwickelnden Redaktionssystems für Störungsmeldungen und Neuigkeiten,
- funktionale Erweiterung der Schnittstelle zu INSA,
- Realisierung des Teilregionenkonzepts.

An der Vorbereitung der verbundweiten Einführung arbeiten derzeit mehrere Arbeitsgruppen. Die Inbetriebnahme der Umsetzungsstufe 2 soll durch umfangreiche Marketingmaßnahmen begleitet werden.

Zur Weiterführung der Ergebnisse des Projektes MOSAIQUE wurde im Jahr 2010 die **Kooperationsvereinbarung „Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland“** mit den folgenden Partnern abgeschlossen:

- Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)
- Stadt Leipzig
- Stadt Halle (Saale)
- Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH
- Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG)
- Landesbetrieb Bau Sachsen-Anhalt
- Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA).

Hauptziele der Kooperation sind die Weiterführung der entwickelten technischen Systeme sowie die Aufrechterhaltung des gebildeten Verkehrsmanagement-Netzwerkes. In enger Abstimmung mit den Partnern wurden Arbeitsgruppen gebildet, die sowohl kurzfristig realisierbare Projekte als auch strategische Themen bearbeiten sollen.

Die Überwachung der in MOSAIQUE realisierten prototypischen Datendrehscheibe wurde durch den MDV vom ifak übernommen. Das System läuft seit diesem Zeitpunkt stabil. Ebenfalls stabil läuft das in MOSAIQUE entwickelte RBL bei SaxBus und VGD sowie die parallel aufgestellten DFI-Anzeigen an den vier Verknüpfungsstellen. Umzugsbedingte Probleme bei der Datenversorgung wurden kurzfristig behoben.

Darüber hinaus wurden die Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt bei der Umsetzung der besonderen tariflichen Regelungen für die landesbedeutsamen Linien auf den Bordrechnern unterstützt. Hierfür wurde ein neues Produkt „Einzelfahrkarte Bahncard“ eingeführt.

Eine umfangreiche fachübergreifende Aufgabe in den ersten Monaten war die **Durchführung der Jahresrechnung Einnahmeaufteilung 2009**, in deren Ergebnis sich wesentliche Veränderungen in den Einnahmeansprüchen ergaben. In Folge dessen wurden von zwei Verkehrsunternehmen die Abführungsverpflichtung aus der Jahresrechnung vertragswidrig nicht erfüllt und keine laufenden Abführungen im Jahr 2010 mehr geleistet. Nach Mahnungen und umfangreichen Gesprächen mit diesen Unternehmen wurde durch die Geschäftsführung am 3. Januar 2011 eine entsprechende Klage beim Landgericht Leipzig eingereicht, die mit Urteil vom 12. April 2011 zu Gunsten des MDV entschieden wurde.

Um künftig auf größere Veränderungen der **Einnahmeansprüche** im Rahmen der Jahresrechnung besser vorbereitet zu sein, baten die Verkehrsunternehmen eine unterjährige **Prognose** für das Jahr 2010 zu erstellen. Dafür wurden durch die Verbundgesellschaft im Herbst 2010 verschiedene Varianten geprüft und den Unternehmen im November 2010 die Ergebnisse aus zwei Ansätzen vorgestellt. Im Jahr 2011 soll das Verfahren weiter qualifiziert werden.

Für die im Rahmen der Einnahmeaufteilung eingesetzten Automatischen Fahrgastzählsysteme ist bei einer Erweiterung oder bei einer Änderung im EAV-Rahmenpapier geregelt, dass der Nachweis der Zählgenauigkeit durch Vergleichszählungen zu erfolgen hat. Um diese Vergleichszählungen zukünftig sowohl zeitlich als auch finanziell besser planen zu können, wurde im Jahr 2010 ein Rahmenvertrag ausgeschrieben und abgeschlossen.

Die im Jahr 2009 ausgeschriebene Messe-Erhebung wurde wie geplant im Jahr 2010 durchgeführt. Die neu ermittelten Verteilungsquoten für die Tarifeinnahmen gingen in die Jahresrechnung 2010 ein.

Die **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** dient dazu, den ÖPNV - ausgehend von den Rechten und Pflichten der beiden Partner und entsprechend der Zielstellungen der Gesellschafter bzw. Verbandsmitglieder - gemeinsam weiterzuentwickeln und auszugestalten. Im Rahmen dieser Vereinbarung führt der MDV ausgewählte Aufgaben insbesondere der integrierten Planung im Auftrag des Zweckverbandes durch. Der Vertrag wurde in 2010 für eine Laufzeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2014 erneuert.

In 2010 wurden im Auftrag des ZVNL die folgenden Untersuchungen bearbeitet:

- Verkehrsuntersuchung für den S-Bahn-Einzugsbereich Markkleeberg (Fortsetzung aus 2009)
- Untersuchung zur Bemessung des Busbahnhofs in Oschatz (Fortsetzung aus 2009)
- Verkehrsuntersuchung für die Verknüpfungsstelle Großbothen Bahnhof
- Verkehrsuntersuchung für die Verknüpfungsstelle Dahlen Bahnhof
- Entwicklung für ein Konzept für ein Netz regional bedeutsamer Buslinien im ZVNL
- Betreuung und Umsetzungsvorbereitung des verbundweiten Vorhabens zur dynamischen Anschlusssicherung und Fahrgastinformation an zentrale Verkehrsleitstelle.

Weitere Aufgaben im Rahmen der Kooperationsvereinbarung (kontinuierlich):

- Aufbereitung und Auswertung von SPNV-Leistungsdaten
- Kontinuierliche Information der Busunternehmen zu Änderungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)/Bereitstellung Baustellenkalender
- Vorbereitung und Durchführung Fahrplankonferenz
- Maßnahmenabstimmung und Umsetzungskontrolle Schienenersatzverkehre.

Ein Schwerpunkt der originären Verbundtätigkeiten 2010 war die Fortführung des Projekts: **Integriertes, intermodales Verkehrskonzept** für den MDV (Integriertes Netz) mit den folgenden Themen:

- Durchführung einer Strukturanalyse
- Entwicklung einer Produkthierarchie im Bussektor analog SPNV
- Definition von ca. 30 potenziellen MDV-bedeutsamen Buslinien inkl. Kriterien
  - Angebotsüberprüfung
  - Erstellung von Musterfahrplänen
  - Abstimmung mit Projektpartner
- Identifizierung von touristischen Schwerpunkten
- Identifizierung von Räumen mit Potenzial für ÖPNV in der Schwachverkehrszeit.

Im Rahmen der **AG Verbundverkehrsplanung** wurden in 2010 die Leitlinien für die Einführung und den Betrieb flexibler Bedienformen und für das betriebliche Leistungsangebot überarbeitet.

Für die Prüfung einer Verbunderweiterung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in den sachsen-anhaltischen Raum (Stadt Dessau-Roßlau, Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg) wurden Grundlagen erarbeitet.

Außerdem wurde die Erarbeitung des Nahverkehrsplans für den Landkreis Burgenlandkreis in 2010 abgeschlossen.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Die bewährte **MDV-Basiskommunikation**, bestehend aus den Tarifpublikationen und den Fahrplanbüchern für die einzelnen Verbundregionen, wurde fortgeführt. Im Bereich des ehemaligen Muldentalkreises wurden in der Fahrplankommunikation jedoch neue Wege beschritten: Im Hinblick auf rückläufige Vertriebszahlen der Fahrplanbücher wurde zum Fahrplanwechsel im Sommer auf die Herausgabe eines herkömmlichen Heftes verzichtet und stattdessen **Einzellinienflyer** produziert. Für Kunden, die an einer Gesamtübersicht interessiert sind, wurde zudem eine **CD-Version** mit allen Fahrplänen der Region angeboten.

Weitere Elemente der Basiskommunikation waren die Herausgabe der **MDV-Kundenzeitung** Nahverkehr Mitteldeutschland, die MDV-Internetpräsenz sowie der Einsatz des Infomobils. Ergänzend zu dessen turnusmäßigen Wochenmarktpräsenzen in der Region wurden andere Einsatzgebiete weiter ausgebaut. Dazu zählen die verstärkte Teilnahme an größeren öffentlichen Veranstaltungen und spezielle Beratungstermine bei Vereinen und Verbänden. Die dabei gewonnenen guten Erfahrungen bilden die Basis für ein erweitertes Einsatzkonzept, das ab 2011 umgesetzt werden soll.

Über **zielgerichtete Kampagnen** wurden verschiedene Themen kommuniziert. Zu Beginn des Jahres wurde gemeinsam mit LVB und HAVAG die Einführung des handybasierten Informations- und Ticketsystems easy.GO in Leipzig und Halle kommunikativ begleitet. Im Mai startete die Freizeitkommunikation mit den Publikationen Fahr Rad, Wanderlust und Stadtbummel inklusive flankierender Werbemaßnahmen, die sich bis in den Sommer erstreckten. Das Schülerferienticket wurde mit einer direkten Bewerbung/Information an den Schulen intensiv kommuniziert. Im Herbst bereitete der MDV die Basis für eine Werbekampagne zur Gewinnung neuer Abonnenten vor, die von den sachsen-anhaltischen ÖSPV-Unternehmen umgesetzt wurde und bis zum März 2011 andauert.

Gemeinsam mit der NASA wurde die **Weiterentwicklung des Fahrplanauskunftssystems** INSA vorbereitet. Dazu zählen die technische Umstellung der MDV-Tarifauskunft im Zuge der Einführung einer landesweiten Tarifauskunft für Sachsen-Anhalt, die Anzeige von IST-Daten im Auskunftssystem sowie die Bereitstellung von Daten für Abfahrtsmonitore, die in Einrichtungen Dritter zum Einsatz kommen sollen.

Im Herbst wurde mittels einer Agenturausschreibung die Basis für die im Jahr 2011 vorgesehene Kommunikationskampagne zur verbundweiten Einführung von **easy.GO** gelegt und mit den Mobilfunkprovidern abgestimmt.

Das 2005 begonnene **Forschungs- und Entwicklungsvorhaben MOSAIQUE** konnte Anfang 2010 mit der Fertigstellung der Abschlussberichte abgeschlossen werden.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2010

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2010 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 26. November 2009 beschlossen. Er enthielt den Übertrag von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2009 in Höhe von TEUR 75. In der Gesellschafterversammlung am 24. Juni 2010 wurde zusätzlich beschlossen, von den übrigen nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2009 (TEUR 182) TEUR 163 ins Jahr 2010 und TEUR 19 in die Jahre 2011 und 2012 zu übertragen. Auf dieser Basis erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 durch Abschlagszahlungen der Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages sowie durch Fördermittel des Freistaates Sachsen, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL und der Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2010/2011 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus der Vereinbarung zum easy.GO-Projekt, die Vergütung für die Bearbeitung des Nahverkehrsplans für den Burgenlandkreis und erstmals Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.143 Erträge einschließlich Fördermittel von TEUR 911 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus dem Vorjahr übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.415 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.232 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 183 wurde passiviert.

Die Gesellschafterversammlung hat bereits am 25. November 2010 beschlossen, Mittel in Höhe von TEUR 119 für die Weiterentwicklung der automatischen Fahrgastzählsysteme, die DTV-Revision sowie für die Verkehrserhebung zur Konzeption integriertes Netz nach 2011 zu übertragen.

Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 64 werden die Gesellschafter entscheiden. TEUR 45 betreffen Eigenmittel für Maßnahmen im Rahmen des easy.GO-Projekts, die sich nach 2011 verschoben haben, sowie TEUR 3 Eigenmittel für die Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement, die nach Beschluss der Kooperationsversammlung im Folgejahr verwendet werden sollen. Die Geschäftsführung empfiehlt, den verbleibenden Betrag von TEUR 16 ebenfalls auf das Folgejahr zu übertragen, wovon TEUR 8 für den nichtinvestiven Teil im Zusammenhang mit der Anschaffung einer neuen technischen Lösung für die Datendrehscheibe (Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 24. März 2011) zu verwenden wären.

Das MOSAIQUE-Projekt wurde in 2010 abgeschlossen. Die tatsächliche Belastung für die Gesellschafter betrug über die Laufzeit des Projektes statt der geplanten TEUR 50 nur TEUR 37. Von den zusätzlichen Mitteln der sachsen-anhaltischen Gesellschafter wurden ein Restbetrag von TEUR 4 als Rückzahlungsverpflichtung passiviert. Dieser soll nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung den Gesellschaftern zurückgezahlt werden.

Die deutliche Minderung der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen für bezogene Leistungen resultiert aus der Beendigung des MOSAIQUE-Projektes.

Die Bilanzsumme von TEUR 1.478 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.506) um 1,9 % gesunken. Auf der Aktivseite sinken abschreibungsbedingt und durch den Abgang der Verkehrslage Halle das Anlagevermögen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände. Demgegenüber steht der Anstieg der liquiden Mittel durch die nicht verbrauchten Projektzuweisungen für easy.GO und Verkehrsmanagement. Auf der Passivseite resultiert die Abnahme im Wesentlichen aus dem Posten Sonderposten für Investitionszuschüsse - durch Auflösung und den Abgang des Betrages für die Verkehrslage Halle. Diese Abnahme übersteigt den Anstieg des passiven Rechnungsabgrenzungspostens.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2015 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 wurde von der Gesellschafterversammlung am 25. November 2010 beschlossen.

Ausblick auf 2011 und 2012

Voraussichtlich ab Juli 2011 soll die **Chipkarte** verbundweit durch LVB, HAVAG und DB Regio ausgegeben werden, sodass alle Fahrgäste des MDV, insbesondere auch die Pendler in den Vorzug der Nutzung dieses modernen Vertriebsmediums kommen. Vorerst werden Chipkarten für Stammkunden ausgeben. Weitere Unternehmen folgen je nach gegebenen technischen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen.

Neben der verbundweiten Fahrplaninformationen soll über das **handybasierte Auskunfts- und Ticketingsystem (easy.GO)** voraussichtlich zum Ende des II. Quartals 2011 dem Fahrgast auch der Kauf verbundweit gültiger Fahrkarten im Bartarif ermöglicht werden.

Für die im Jahr 2010 ausgeschriebene Neuanschaffung von Bordrechnern für OBS und PNVG, für die das Land Sachsen-Anhalt Fördermittel bereitstellen wird, wurde im II. Quartal 2011 der Auftrag erteilt. Aktuell wird das Pflichtenheft erarbeitet, wobei die Verbundgesellschaft unterstützend tätig wird. Damit sollen den Unternehmen OBS und PNVG noch im Jahr 2011 neue Bordrechner zur Verfügung stehen werden. Mit diesen Geräten kann sowohl die Chipkartenfunktionalität als auch die Anbindung an das Regio-Info-System der NASA und somit verbunden eine Echtzeitfahrplanauskunft realisiert werden.

Entsprechend werden in Sachsen die Verkehrsunternehmen im Landkreis Nordsachsen und voraussichtlich auch im Landkreis Leipzig sowie der MDV einen **Antrag auf Förderung im EFRE-Telematik-Projekt** stellen. Die Umsetzung dieses Projektes ist bis 2013 geplant. Die Verbundgesellschaft wird dabei die Koordinierungsfunktion übernehmen. Damit sollen auch in Sachsen die folgenden technischen Voraussetzungen geschaffen werden:

- Neubeschaffung von Bordrechnern für eTicketing und RBL
- Ermittlung von Echtzeitinformationen für Auskunftssysteme im MDV
- Einbindung in das RBL
- Beschaffung neuer DFI-Anlagen
- Austausch der Datendrehscheibe
- Beschaffung des einheitlichen Hintergrundsystems aller Regionalverkehrsunternehmen zur Verwaltung von ABO- und Schülerdaten unter eTicketing-Rahmenbedingungen (ReTSy)
- Ausgabe von Chipkarten an Stammkunden.

Schwerpunkt im Bereich der **Einnahmeaufteilung** wird die **Fortschreibung des aktuellen Rahmenpapiers** sein, das die konkrete Umsetzung des Einnahmeaufteilungsverfahrens regelt. Die fachlichen Diskussionen, die intensive Auseinandersetzung mit der Jahresrechnung 2009 und das aktuelle Verständnis zum neuen Einnahmeaufteilungsverfahren haben deutlich gemacht, dass eine Modifizierung der Anlagen des Vertrages in einigen Punkten diskussionswürdig ist. Außerdem wurde angeregt zu prüfen, ob die aktuellen Verfahrensregelungen im Vertrag ausreichend sind. Dazu sind zunächst im Rahmen einer Arbeitsgruppe die konkreten Notwendigkeiten der Modifizierung und darauf aufbauend Vorschläge für die Fortschreibung herauszuarbeiten. Der notwendige Handlungsbedarf und dafür geeignete Lösungsvorschläge sollten dann bis zum Sommer 2011 in einem entsprechenden Diskussionspapier für die MDV-Gremien zusammengefasst werden. Die Arbeitsgruppe wird aus Unternehmensvertretern der einzelnen Sparten sowie einem Aufgabenträgervertreter bestehen.

Das Verkehrsunternehmen Runge hat im Zusammenhang mit o. g. Auseinandersetzungen zum Einnahmeaufteilungsverfahren mit Schreiben vom 23. November 2010 die Kündigung des Einnahmeaufteilungsvertrages erklärt. Da eine außerordentliche Kündigungsmöglichkeit nicht gegeben ist, könnte diese frühestens zum 31. Dezember 2011 wirksam werden. Aktuell gilt die Kündigung als ausgesetzt.

Für die laufende Einnahmeaufteilung ist im Jahr 2011 eine neue Erhebung der Schüleranteile im regionalen Busverkehr zur Fortschreibung der Schülerkorrekturwerte notwendig. Hierzu wurden bereits im Jahr 2010 die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Der Schwerpunkt im Bereich **Marktforschung und Qualitätsmanagement** wird im Jahr 2011 die weitere Diskussion und Umsetzung der Ergebnisse aus der **Tarifmarktforschung** des Jahres 2010 sein. Die Einführung neuer bzw. veränderter Produkte ist dann für 2012 geplant.

Für 2011 sind folgende Schwerpunkte der **verkehrsplanerischen Aufgaben** gesetzt:

- Die Untersuchung zur Bemessung des Busbahnhofes in Oschatz wird in 2011 fortgeführt.
- Untersuchung zum Fahrgastpotenzial am zukünftigen S-Bahnhof Taucha
- Mitwirkung bei einer prinzipiellen strategischen Ausrichtung zu Verbunderweiterungsmöglichkeiten
- Weiterführung der Arbeiten am Projekt „Integriertes Netz“
  - Fortführung der Abstimmung mit Verkehrsunternehmen und Landkreisen über die Umsetzung eines MDV-bedeutsamen Busliniennetzes
  - Durchführung von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen
  - Konzeption von Maßnahmen im Freizeitverkehr, Stadtverkehr und Schwachverkehrszeit
  - Umsetzungshorizonte für einzelne Maßnahmen
- Fortschreibung des integrierten Verkehrsmodells unter VISUM für MDV (durch externes Büro).

Im Jahr 2011 erfolgt die konzeptionelle Weiterentwicklung der Kooperation **Intermodales Verkehrsmanagement Mitteldeutschland**. Neben der Entwicklung einer neuen, industriellen Datendrehscheibe wurden für 2011 mehrere zentrale Arbeitsthemen festgelegt:

- Bereitstellung der MIV-Verkehrslage für Verkehrsunternehmen
  Es werden Möglichkeiten zur Nutzbarmachung der Verkehrslagesysteme Leipzig und Halle für LVB und HAVAG entwickelt.

- Strategien zur intensiveren Nutzung der dWiSta-Tafeln im Raum Leipzig-Halle
  Für die dWiSta-Tafeln werden Steuerungsstrategien entwickelt, mit denen auf Basis der aktuellen Verkehrslage Verkehrsströme besser gelenkt bzw. auf andere Verkehrsträger verlagert werden können.

- Verkehrslage/Mobilitätsplattform Mitteldeutschland
  Es wird an der Konzeption einer gemeinsamen, internetbasierten Plattform für verkehrsrelevante Informationen und Services gearbeitet.

- Information der Fahrgäste mit Ist-Daten
  Es erfolgt die Konzeption für die Ausweitung von DFI-Standorten und anderen Auskunftsmedien und deren Versorgung mit Echtzeitdaten. Wesentliche Voraussetzung ist dabei eine optimale Datenlage, die über die neue Datendrehscheibe erreicht werden soll.

Die Themen im Bereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** werden 2011 stark unter dem Fokus des 10-jährigen Bestehens des Verbundtarifes in Mitteldeutschland stehen. Deshalb werden alle MDV-Kommunikationsmedien mit einem Störer „10 Jahre mobil im Verbund“ gebrandet und einige spezielle Aktionen innerhalb des Jubiläumsjahres initiiert. So soll im Sommer eine „Verbundrallye“ durch das gesamte MDV-Gebiet führen und den Verbundnutzen medienwirksam veranschaulichen. Zur internen Würdigung des in den letzten zehn Jahren Erreichten gibt es eine offizielle Festveranstaltung, zu der neben der Bundes- und Landespolitik und den Verbundgesellschaftern auch Vertreter anderer deutscher Verkehrsverbünde eingeladen werden. Geplant ist zudem eine Dankeschönveranstaltung für die MitarbeiterInnen aller Verbundpartner, die in ihren Häusern mit dem Thema MDV befasst sind.

Außerdem werden die in 2010 vorbereiteten Erweiterungen der INSA-Funktionalitäten zur Fahrplan- und Tarifauskunft sukzessive umgesetzt. Die Vermarktungskampagne für die verbundweite Einführung von easy.GO wird in der zweiten Jahreshälfte starten.

Mit der Einführung neuer Tarifprodukte wird deren Kommunikation im Jahr 2012 einen weiteren Schwerpunkt im Bereich Öffentlichkeitsarbeit bilden.

Für das Wirtschaftsjahr 2011 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt wird. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch wurde zum 17. Oktober 2005 in Kraft gesetzt.

OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kaolinstraße 12
06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:

	T€	%
Abellio Beteiligungsgesellschaft mbH	10	34,00
Hallesche Verkehrs-AG	10	33,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	10	33,00

Gegenstand des Unternehmens:

I. Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere die Durchführung von Linien-, Gelegenheits- und Schülerverkehr.

II. Gegenstand der Gesellschaft sind weiter die Planung, Effizienzprüfung und die Gestaltung eines kundenorientierten und wirtschaftlich Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alle mit der Durchführung der Verkehrsleistungen im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, wie auch das Erbringen von Kraftfahrzeuginstandsetzungsleistungen, Nutzfahrzeugserviceleistungen sowie entsprechenden Serviceleistungen.

III. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen im Inland errichten, erwerben und sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Vetter, Wolfdietrich

Beirat:

Vorsitzender	Eigenwillig, Steffen
	Bedemann, Lutz
	Dr. Feicht, Hans-Jörg
	Kupski, Christian
	Rotzsch, Nicole
	Scheuerle, Georg
	Wurzel, Udo
beratendes Mitglied	Dressel, Uwe

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	1,70

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	8.241	77	8.550	77	8.511	74	-309	-4
Umlaufvermögen	2.523	23	2.591	23	3.017	26	-68	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	12	0	5	0	2	17
Bilanzsumme	**10.778**	**100**	**11.153**	**100**	**11.533**	**100**	**-375**	**-3**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.620	43	4.720	42	5.158	45	-100	-2
Sonderposten für Investitionszulagen	2.011	19	2.411	22	2.359	21	-400	-17
Rückstellungen	36	0	86	1	42	0	-50	-58
Verbindlichkeiten	4.101	38	3.927	35	3.954	34	174	4
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	9	0	20	0	1	11
Bilanzsumme	**10.778**	**100**	**11.153**	**100**	**11.533**	**100**	**-375**	**-3**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	10.625	10.021	9.382
sonstige betriebliche Erträge	1.154	1.027	1.016
Materialaufwand	6.302	5.717	5.239
Personalaufwand	3.477	3.603	3.592
Abschreibungen	1.154	1.152	1.027
sonstige betriebliche Aufwendungen	753	833	554
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	29	53
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	37	37	37
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	160	164	112
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-91	-429	-110
sonstige Steuern	9	9	-13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-100	-438	-97
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-535	-97	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-635	-535	-97

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,94	-4,38	-1,04	%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,90	-8,34	-1,85	%
Cash-Flow:	1.054	714	930	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	107	93	84	T€
Personalaufwandsquote:	29,52	32,61	34,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,32	76,40	73,30	%
Eigenkapitalquote:	42,87	42,32	44,73	%
Fremdkapitalquote:	57,13	57,68	55,27	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Fahrplan-km	4.276.000	4.266.000	4.209.000	km

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf/Rahmenbedingungen

Im Zuge der Durchsetzung des Verkehrskonzeptes wurden im Jahr 2010 rd. 4.276.000 Fahrplankilometer angeboten (Vj.: 4.266.000 Fahrplankilometer).

Im Jahr 2010 wurde die Geschäftstätigkeit der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH wesentlich durch die Vorbereitung auf die Teilnahme am Genehmigungswettbewerb des Saalekreises zur Erlangung eigenwirtschaftlicher Verkehrsleistungen für die Jahre 2011 bis 2019 geprägt.

Die Teilnahme an diesem Wettbewerb, welcher nahezu die bisherige Gesamtleistung des Unternehmens betraf, war für den Fortbestand der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH entscheidend. Das Verkehrskonzept der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH hatte Erfolg, zum 24. November 2010 wurden die Genehmigungen für zwei Linienbündel mit einer Laufzeit vom 1. Mai 2011 bis 30. April 2019 erteilt. Daraus ergibt sich eine durch die Finanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis gewährleistete mittelfristige Planungssicherheit.

Im Zusammenhang mit der Genehmigung der Gesellschafter der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH für die Teilnahme am Genehmigungswettbewerb bekundete der Gesellschafter Abellio das Interesse am Verkauf seiner Geschäftsanteile. Die Gesellschafter HAVAG und Vetter GmbH übernahmen die Anteile auf der Grundlage eines Anteilskaufvertrages. Der Gesellschafterwechsel wurde in 2011 wirksam. Künftig halten die HAVAG 51 % und die Vetter GmbH 49 % der Geschäftsanteile an der OBS. Gleichzeitig wurde der Gesellschaftsvertrag an die neuen Gegebenheiten angepasst. Die OBS firmiert nunmehr als OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit des Unternehmens wurde durch den Zugang von insgesamt 7 neuwertigen Fahrzeugen im Geschäftsjahr 2010 weitergeführt.

Im August 2010 wurden drei gebrauchte Niederflurfahrzeuge mit Erdgasantrieb erworben, die 2006 und 2008 vom Land Sachsen-Anhalt gefördert worden waren. Somit erhöht sich der Bestand an Erdgasfahrzeugen auf 16. Im Dezember 2010 erwarb das Unternehmen zwei Niederflurfahrzeuge mit Dieselantrieb der Baujahre 2006 und zwei weitere Dieselfahrzeuge Irisbus Axer. Insgesamt betrug das Gesamtvolumen der Fahrzeuganschaffungen im Geschäftsjahr 2010 TEUR 801. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen durch die Aufnahme von Krediten. Zur Finanzierung von zwei Neufahrzeugen wurde der Gesellschaft 2010 ein Investitionszuschuss in Höhe von TEUR 175 bewilligt, der im Dezember ausgezahlt wurde. Beide KOM der Marke Irisbus wurden im März 2011 ausgeliefert.

Die Wertberichtigungsquote für KOM reduzierte sich aufgrund der genannten Anschaffungen an Fahrzeugen von rd. 64 % im Jahr 2009 auf rd. 61 % im Geschäftsjahr 2010.

Zum 31. Dezember 2010 verfügt das Unternehmen über 96 Omnibusse.

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2010 verminderte sich die Bilanzsumme des Unternehmens im Vergleich zu 2009 um TEUR 374. Da die Lieferungen von vier Omnibussen am Jahresende erfolgte, besteht daraus eine Forderung aus abzugsfähiger Vorsteuer. Insgesamt bestehen Forderungen an das Finanzamt in Höhe von TEUR 143.

Passivisch verminderten sich trotz Investitionskreditaufnahmen in Höhe von insgesamt TEUR 612 aufgrund der erfolgten Tilgungen von TEUR 746 die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern.

Die Fremdkapitalquote erhöhte sich im Wirtschaftsjahr auf 38,5 % (Vj.: 36,1 %).

Liquidität

Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2010 beträgt TEUR 1.398 (Vj.: TEUR 1.142). Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2010 jederzeit gegeben. Dazu trug auch der Verkauf von KOM bei, aus dem TEUR 134 zugeflossen sind, die in gleicher Höhe ergebniswirksam wurden.

Zur Finanzierung der Investitionen nahm die Gesellschaft neue Darlehen über TEUR 612 auf, TEUR 746 betrugen die Tilgungsleistungen. Im Geschäftsjahr 2011 werden die Tilgungsleistungen voraussichtlich TEUR 970 betragen.

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2010 verbessert.

Die Umsatzerlöse - vor Betriebskostenzuschuss - sind um rund TEUR 266 gestiegen. In Höhe von TEUR 914 (Vj.: TEUR 781 zzgl. TEUR 133 von Mitgliedsunternehmen) sind Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen durch den Landkreis Saalekreis und das Land Sachsen-Anhalt ausgewiesen.

Die durch das Unternehmen erzielten Fahrscheinerlöse erhöhten sich im Geschäftsjahr 2010 vor allem durch die Veränderungen im Tarif des MDV um rd. 3,6 %, was eine Stabilisierung der unterjährigen Liquidität der Gesellschaft bewirkte.

Gegenläufig ist vor allem der Aufwand für Material und bezogene Leistungen (10,2 %) gestiegen.

Der Aufwand für Material erhöhte sich infolge der im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhten Preise für Treibstoffe um insgesamt TEUR 152. Außerdem stieg der Aufwand für bezogene Leistungen im Wirtschaftsjahr 2010 um TEUR 433.

Für zusätzliche Leistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG wurden verstärkt Fahrzeuge aus dem Fuhrpark der HAVAG angemietet, wodurch Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 211 im Vergleich zu 2009 entstanden. Für Fremdpersonal zur Absicherung der zusätzlichen Leistungen entstand ein Mehraufwand von TEUR 351. Dem gegenüber stehen geringere Aufwendungen für Subunternehmer (TEUR 243), da der Einsatz eigener Mitarbeiter optimiert werden konnte.

Gegenüber der Steigerung im Bereich Fremdpersonal reduzierte sich der Aufwand für eigenes Personal um TEUR 126 (3,5 %). Der Mitarbeiterbestand verringerte sich im Jahresdurchschnitt um neun Mitarbeiter.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 9,6 % gesunken, sie reduzieren sich im Vergleich zu 2009 um TEUR 80. Die Versicherungsaufwendungen verminderten sich vor allem aufgrund eines günstigeren Schadensverlaufs. Der Instandhaltungsaufwand sank um TEUR 52, Maßnahmen zur Fahrbahnerneuerung/Hofbefestigung wurden 2010 nicht durchgeführt. Aufgrund der notwendigen Unterstützung im Genehmigungswettbewerb durch ein Ingenieurbüro ergibt sich gegenläufig eine Erhöhung der Beratungsaufwendungen um rd. TEUR 45.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens in den einzelnen Sparten stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2010 TEUR	2009 TEUR
Gesamtumsatz	10.625	10.021
Jahresergebnis nach Sparten		
Regionalverkehr	-143	-626
davon Buchgewinne	(134)	(17)
Stadtverkehr für HAVAG	4	1
Mietwagen-/Gelegenheitsverkehr	17	150
davon Buchgewinne	(0)	(40)
Technischer Bereich/Handelsware/Vermietung	22	37

Die Ergebnisverbesserung der Sparte Regionalverkehr ergibt sich im Wesentlichen aus dem im Vergleich zum Vorjahr im Ergebnis mit dem Landkreis geführter Verhandlungen über den kostenbedingten Ausgleich von Mehrbelastungen deutlich höheren Betriebskostenzuschuss des Landkreises (+ TEUR 338) sowie die Verminderung der Verwaltungskostenumlage durch die Auflösung der im Vorjahr erforderlichen Rückstellung für Steuern (TEUR 51).

Im Geschäftsjahr 2010 konnten in der Sparte Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG durch die Übernahme zusätzlicher Leistungen höhere Umsätze erzielt werden, daher konnte das ausgeglichene Ergebnis des Vorjahres trotz Reduzierung der vertraglichen Subunternehmerleistungen gehalten werden.

Ein weiterer Beitrag zur Deckung der Unternehmens-Gemeinkosten konnte durch den verstärkten Einsatz im Schienenersatzverkehr für die Deutsche Bahn erzielt werden. Der Umsatz konnte hier um TEUR 74 erhöht werden.

Risiken

Wirtschaftliche Risiken ergeben sich für das Jahr 2011 insbesondere aus der allgemeinen Kostenentwicklung für die Herstellung von Leistungen des ÖPNV.

Durch eine Dieselpreisbindung ab Februar 2011 bis Jahresende wurde die Unsicherheit der Entwicklung des Ölmarktes und des Dieselpreises minimiert. Die Auswirkungen des Anstieges des nicht besicherten Gaspreises an der Erdgastankstelle der VNG-Erdgastankstellen GmbH belasten dagegen die wirtschaftliche Situation, da 17 % des Fuhrparks bereits aus Gasfahrzeugen bestehen.

In den Haustarifverhandlungen konnte nach Ablauf des alten Tarifes ein Neuabschluss mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012 erfolgen. Für die Gesamtlaufzeit ist ein Lohnanstieg von 1,4 % vereinbart worden. Der Tarifabschluss begrenzt die Wirkungen von Lohnkostensteigerungen auf das Betriebsergebnis.

Diese Maßnahmen und weitere organisatorische Schritte zur Kostendämpfung im Unternehmen führten jedoch nicht zu einem positiven Ergebnis im I. Quartal 2011.

Die allgemeine Kostenentwicklung beinhaltet auch das Risiko der Erhöhung der Kilometerpreise von Subunternehmerleistungen für die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH. Vor diesem Hintergrund ist bei gleichbleibender Entwicklung ein negatives Ergebnis der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH von TEUR 200 zu erwarten.

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH wird auf der Grundlage ihrer Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Finanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis einen Antrag auf kostenbedingten Ausgleich der Mehrbelastungen stellen. Wird dem Antrag gemäß § 11 der Finanzierungssatzung entsprochen, rechnet das Unternehmen mit einem geringfügig positiven Betriebsergebnis für das Geschäftsjahr 2011.

Grundsätzlich wird die wirtschaftliche Lage der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH in den Jahren bis 2019 auch weiterhin maßgeblich von der notwendigen Erneuerung des Fuhrparks und deren Finanzierung geprägt. Diese Erneuerung ist sowohl zur technischen Gewährleistung der Betriebspflicht als auch durch die qualitativen Anforderungen des Genehmigungswettbewerbes an das Alter des Fuhrparks objektiv vorgegeben. Damit sind steigende Abschreibungen und Zinsaufwendungen verbunden.

Saalebus GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Freiimfelder Straße 74
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	13	50,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	13	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung von Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie im Gelegenheitsverkehr und Reiseverkehr.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Menzel, Doris
Schlicht, Rüdiger

Aufsichtsrat: Vorsitzender Girard, Francois
Dr. Vetter, Wolfdietrich
Pietsch, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	
Umlaufvermögen	273	100	302	100	245	100	-29	-10
Bilanzsumme	**273**	**100**	**302**	**100**	**245**	**100**	**-29**	**-10**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	82	30	96	32	50	20	-14	-15
Rückstellungen	43	16	54	18	44	18	-11	-20
Verbindlichkeiten	148	54	152	50	151	62	-4	-3
Bilanzsumme	**273**	**100**	**302**	**100**	**245**	**100**	**-29**	**-10**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.698	1.715	1.640
sonstige betriebliche Erträge	3	6	7
Materialaufwand	481	482	484
Personalaufwand	816	786	716
sonstige betriebliche Aufwendungen	434	400	450
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-32	54	-2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	20	4
sonstige Steuern	-14	-13	-14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-14	47	8
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-14	47	8

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,83	2,72	0,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	-14,61	94,04	18,08	%
Cash-Flow:	-14	47	8	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	57	57	57	T€
Personalaufwandsquote:	48,02	45,65	43,49	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	30,10	31,80	20,21	%
Fremdkapitalquote:	69,90	68,20	79,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Fahrplan-km	800.422,00	809.215,00	815.032,00	km
Platz-km	64.792.713,00	60.691.125,00	61.128.000,00	km

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Große Ulrichstraße 57
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 50

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	26	51,00
Leipziger Servicebetriebe GmbH	25	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Beförderungsleistungen aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken, soweit sie nicht unter das Personenbeförderungsgesetz und das Luftverkehrsgesetz fallen
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Milewski, Thomas

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Girard, Francois
stellv. Vorsitzender	Rensmann, Kai
	Pietsch, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	101	38	53	19	35	13	48	91
Umlaufvermögen	101	39	199	73	224	86	-98	-49
Rechnungsabgrenzungsposten	54	20	19	7	1	1	35	181
Aktive latente Steuern	7	3					7	
Bilanzsumme	**263**	**100**	**271**	**100**	**261**	**100**	**-8**	**-3**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	112	43	89	33	107	41	23	26
Sonderposten mit Rücklagenanteil					32	12	0	
Rückstellungen	102	39	132	49	79	30	-30	-22
Verbindlichkeiten	24	9	29	11	21	8	-4	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	21	8	21	8	21	8	0	0
Passive latente Steuern	3	1					3	
Bilanzsumme	**263**	**100**	**271**	**100**	**261**	**100**	**-8**	**-3**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.334	1.254	1.132
sonstige betriebliche Erträge	79	45	11
Materialaufwand	179	97	64
Personalaufwand	924	898	820
Abschreibungen	21	21	22
sonstige betriebliche Aufwendungen	260	252	204
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	3	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30	34	37
außerordentliche Aufwendungen		21	
außerordentliches Ergebnis		-21	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5	5	11
sonstige Steuern	2	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23	6	24
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	23	6	24

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,73	0,50	2,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	25,77	7,47	29,12	%
Cash-Flow:	44	27	46	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	28	25	23	T€
Personalaufwandsquote:	65,35	69,11	71,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	37,75	18,97	12,99	%
Eigenkapitalquote:	42,71	32,94	41,18	%
Fremdkapitalquote:	57,29	67,06	58,82	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	3,00	2,71	3,26	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	26,16	22,39	21,79	TEUR

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Im Wirtschaftsjahr 2010 hat sich die gesamtwirtschaftliche Lage, vor allem durch den starken Konsum und Export insgesamt positiv entwickelt und somit die Finanzkrise des letzten Jahres etwas abgefangen. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird voraussichtlich bei 3,6% liegen, worin sich die positive Entwicklung widerspiegelt, dies ist der stärkste Aufschwung seit der Wiedervereinigung. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) warnt angesichts des Rekordwachstums denn auch vor Euphorie. Gleichzeitig rutschte Deutschland im vergangenen Jahr jedoch noch tiefer in die roten Zahlen: Das Staatsdefizit lag im vergangenen Jahr bei 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies wird sich auf die Länder- und Kommunalhaushalte entscheidend auswirken. Dadurch wird weiter der bestehende Konsolidierungsdruck auf den Hauptauftraggeber die Geschäfte der Gesellschaft prägen.

2. Leistungsbereiche, Umsatz und Auftragsentwicklung

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2010 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.334 (Vorjahr T€ 1.254) verzeichnen. Davon entfielen T€ 638 (Vorjahr T€ 671) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 579 (Vorjahr T€ 530) auf die Reinigung und T€ 117 (Vorjahr T€ 53) auf den Winterdienst. Die Veränderung im Winterdienst ist durch eine Auftragserweiterung zu erklären sowie den extremen Wetterlagen zu Beginn und Ende des Wirtschaftsjahres. Im Bereich der Reinigung konnten zusätzliche Umsätze mit der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) sowie Dritten realisiert werden. In der Fahrausweisprüfung ist ein leichter Rückgang im Drittgeschäft zu verzeichnen, insgesamt konnte dem Absinken der Umsätze entgegengewirkt werden.

3. Beschaffung und Investitionen

Die wesentlichen Aufwandspositionen entfallen im Geschäftsjahr auf Materialaufwand (Streumittel, Fahrzeugkosten, Leasing und Tanken), Miete und Telekommunikation. Dabei wurden bestehende Rahmenverträge bzw. Konditionen anderer Unternehmen genutzt. Investitionen wurden in Höhe von T€ 69 getätigt. Der Hauptteil fällt dabei auf die Beschaffung eines Spezialfahrzeuges für den Winterdienst sowie der weiteren Ausrüstung des Mehrzweckgeräteträgers, der somit neben der Reinigung und Winterdienst auch in der Vegetationspflege eingesetzt wird.

Insbesondere der Aufwand für Materialien im Bereich Winterdienst liegt deutlich über Vorjahresniveau. Ursache dafür ist, die kostenintensive Beschaffung von Streumitteln während der langen und extremen Winterdienstmonate des vergangenen Jahres. Des Weiteren wurden Subunternehmer in den Bereichen Reinigung und Fahrausweisprüfung eingesetzt, um die Leistungsspitzen abzufangen.

4. Finanzierungsmaßnahmen

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden durch die laufende Geschäftstätigkeit und dem Abbau der Finanzmittel finanziert. Die liquiden Mittel werden auf dem Geschäftskonto gehalten.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 51 Arbeitnehmer beschäftigt, zum 31. Dezember 2010 waren es 52.

Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug T€ 924. Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgt nach einer firmeninternen Arbeitsvertragsrichtlinie. Ausgaben für Aus- und Weiterbildung im Geschäftsjahr betrugen T€ 3,2.

Unterweisungen zum Arbeitsschutz erfolgten entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Die Gesellschaft hat dafür einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Berufskrankheiten und schwere Arbeitsunfälle sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Den extremen Wetterlagen geschuldet, kam es im zurückliegenden Geschäftsjahr temporär zu einem veränderten Einsatz der Straßenbahnen, wodurch sich für die Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) das Arbeitsaufkommen verschoben hat. Diesem konnte personalseitig durch flexible Arbeitszeitregelung (Stundenkonto) sowie durch zusätzliche Aufträge entgegengewirkt werden.

Zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Fahrzeugreinigung sowie Glas- und Gebäudereinigung wurden die Vorgabenprogramme weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst.

Die in 2009 begonnene Einführung des E-Tickets in den Tarif der HAVAG wurde im laufenden Jahr fortgesetzt. Dies bedeutet für die SGS eine fortlaufende Anpassung der Arbeitsabläufe der Fahrausweisprüfung, was auch zu einer Veränderung der Ergebnisse der Fahrausweisprüfung führte.

Die Fahrausweisprüfung konnte aufgrund der guten Leistungen und der weiteren Erfahrungen ihre Kontrolltätigkeiten weiter verbessern und somit alle Auftraggeber des Vorjahres weiter bedienen.

Die im vorangegangen Jahr beauftragte Vandalismusbeseitigung im Bereich der Fahrzeugreinigung wurde erweitert und beinhaltet nunmehr auch die Beseitigung von Vandalismusschäden im Haltestellennetz der HAVAG.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Liniennetz der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die fertig gestellten Haltestellen sowie weiteren Liegenschaften der HAVAG und Drittkunden erweitert, die in Eigenregie beräumt werden. Dies ist vor allem durch die Anschaffung eines weiteren Spezialfahrzeuges möglich, wodurch die Quantität sowie die Qualität der Leistung verbessert werden konnten.

Im Juli, August und Oktober wurde die SGS wiederholt von der Stadtwirtschaft Halle GmbH für Grund- und Glasreinigungen in Schulen und Kindergärten beauftragt. Der auf einer Ausschreibung beruhende Auftrag ist zur vollsten Zufriedenheit des Auftraggebers durchgeführt worden.

In der Gesellschafterversammlung vom 29. April 2010 wurde der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2009 festgestellt. Das Ergebnis wurde in Höhe von T€ 6 der Gewinnrücklage zugeführt. Des Weiteren wurde die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 beschlossen.

Am 09. September 2010 wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung die Planung für das Geschäftsjahr 2011 bestätigt sowie die Mittelfristplanung bis 2015 zur Kenntnis genommen. Des Weiteren wurde die Lohnanpassung, an den ab 01.01.2011 aus dem Arbeitnehmerentsendegesetzgeltenden (AEntG) geltenden Ecklohn, beschlossen. Dies führte zu einer Änderung der Arbeitsvertragsrichtlinie, welche zum 01.01.2011 in Kraft trat.

Im Dezember 2010 wurden alle Baumaßnahmen an den zwei Mietobjekten in der Freiimfelder Straße abgeschlossen, welche die SGS über Eigenmittel finanziert hat. Es entstand zum einen ein Büro und Lagerraum sowie eine überdachte Abstellfläche für Fahrzeuge.

Die SGS wird in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen. Die SGS wird dabei voll konsolidiert. Eine umsatzsteuerliche Organschaft besteht seit 01.01.2006 mit der HAVAG.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2010 beträgt T€ 101 (Vorjahr T€ 53). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 55, darin enthalten ist ein Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 38, der verauslagte Investitionskosten auf zwei Mietobjekte beinhaltet, die durch eine Verrechnung der Mietzahlungen mit den Mietkosten rückerstattet werden.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 112 (Vorjahr T€ 89). Dies sind 43 % (Vorjahr 33 %) der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen ist damit zu 112 % (Vorjahr 168 %) durch Eigenkapital finanziert.

2. Finanzlage

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2010 belaufen sich auf T€ 50 (Vorjahr T€ 156). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 25 (Vorjahr T€ 29). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 200 % (Vorjahr 538 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert.

3. Ertragslage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 30 (Vorjahr T€ 13). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 2,3 % (Vorjahr 1,1 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 23 (Vorjahr T€ 6). Dies entspricht einer Netto-Umsatzrendite von 1,8 % (Vorjahr 0,5 %).

In den folgenden Jahren wird bei stetigen Umsätzen eine Fortführung des Unternehmenserfolges angestrebt.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Als wesentliches Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Vertragslage und der von den Gesellschaftern getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage, über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH ist eine wesentliche Chance für Gesellschaft. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften können durch die Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen und Synergieeffekte realisiert werden. Daher wird intensiv an einem speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auf auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS.

Die Gesellschaft wird weiterhin aktiv an der Generierung von Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Des Weiteren wird somit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gestärkt. Um dies zu erreichen, wird angestrebt in die Leistungen im Bereich der Haltestellenreinigung zu erweitern sowie weitere Spezialleistungen anzubieten. Dadurch soll der Umsatz in diesem Bereich gesteigert sowie eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet werden.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird in monatlich stattfindenden Beratungen mit Hilfe einer Soll-Ist Analyse ausgewertet. Eine Vorschau der wirtschaftlichen Entwicklung wird vierteljährlich für das Geschäftsjahr und jährlich im Rahmen der mittelfristigen Planung aktualisiert. Die Liquidität wird permanent überwacht.

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft wurde weiterentwickelt. Im Geschäftsjahr wurden die Risiken im Rahmen der jährlichen Risikoinventur neu eingeschätzt, Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten neu bewertet und Frühwarnindikatoren angepasst. Es erfolgt monatlich eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

2.3 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kaolinstraße 4
06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:

	T€	%
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Damm, Bert

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	160	8	93	5	77	5	67	72
Umlaufvermögen	1.896	91	1.642	92	1.500	92	253	15
Rechnungsabgrenzungsposten	36	2	48	3	61	4	-12	-25
Bilanzsumme	**2.092**	**100**	**1.783**	**100**	**1.637**	**100**	**309**	**17**
Treuhandvermögen	7	0	7	0	7	0	-0	-0
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	526	25	526	29	526	32	0	0
Rückstellungen	983	47	912	51	753	46	72	8
Verbindlichkeiten	583	28	346	19	358	22	237	68
Bilanzsumme	**2.092**	**100**	**1.783**	**100**	**1.637**	**100**	**309**	**17**
Treuhandverbindlichkeiten	7	0	7	0	7	0	-0	-0

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.909	4.646	6.479
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1.075	373	-631
sonstige betriebliche Erträge	46	35	75
Materialaufwand	3.564	2.709	3.108
Personalaufwand	1.520	1.511	1.554
Abschreibungen	34	26	29
sonstige betriebliche Aufwendungen	619	773	1.233
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	19	14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	152	56	12
sonstige Steuern	5	6	7
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	147	50	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			-231
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
Ausschüttung			231

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,13	1,07	0,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	27,97	9,48	1,12	%
Cash-Flow:	181	76	35	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	134	94	99	T€
Personalaufwandsquote:	25,85	29,89	26,24	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	7,66	5,22	4,64	%
Eigenkapitalquote:	25,13	29,47	32,10	%
Fremdkapitalquote:	74,87	70,53	67,90	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1 Darstellung des Unternehmens

Als 100%iges Tochterunternehmen der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (im Weiteren GWG genannt) war die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (im Weiteren BHT genannt) mit folgenden Struktureinheiten tätig:

- ✓ Dachdecker,
- ✓ Elektro,
- ✓ Haustechnik (Heizung / Lüftung / Sanitär),
- ✓ Maler- / Bodenleger- / Innenausbau,
- ✓ Maurer- / Fliesenlegerarbeiten und
- ✓ Schlüsseldienst.

Inhaltlich wurden wie bisher Leistungen für Sanierungen von Gebäuden der Wohnungswirtschaft erbracht sowie Gewerbeimmobilien modernisiert bzw. saniert. Schwerpunkt bildete dabei die Sanitärstrecke, die den so genannten kritischen Weg darstellte. Bei den komplexen Maßnahmen der Modernisierung bzw. Sanierung bildeten die Gewerke Fliesenleger / Maurer, Elektro, Maler, Fußbodenleger und Innenausbau die Schwerpunkte der Tätigkeiten. Für die technischen Gewerke - Haustechnik und Elektro - ist festzustellen, dass inhaltlich das laufende Servicegeschäft mit der GWG den Kern dieser Tätigkeiten darstellt. Insbesondere wurden Serviceleistungen / Reparaturen und Wartungsarbeiten - auch kurzfristig - umgesetzt. Wie in den zurück liegenden Jahren wurde ein erheblicher Teil an Kapazitäten der BHT für die komplexe Sanierung / Teilmodernisierung bei Ausbauwohnungen eingesetzt.

Die BHT realisierte außerhalb des Leistungsanteiles für die GWG auch Leistungen am freien Markt.

2 Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

2.1 Rahmenbedingungen

Das durch die Gesellschafterin seit 2008 forcierte In-House-Geschäft mit der BHT wurde im Geschäftsjahr 2010 weiter ausgebaut. Der Leistungsanteil für die GWG liegt 2010 bei 90 %. Aufgrund der Tatsache, dass der kapazitive Einsatz des BHT-Arbeitsvermögens vorwiegend im In-House-Geschäft zum Tragen kam, liegen wenige Erfahrungen der BHT zum Einsatz am freien Markt vor. Eine fundierte Einschätzung der Entwicklung des Bauwesens und damit verbundener eventueller Probleme kann somit nicht gegeben werden.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Weiterentwicklung des In-House-Geschäftes zwischen GWG und BHT erfolgte auf der Grundlage von Aufgabenzuordnungen von den zu realisierenden Baumaßnahmen der GWG. Die Übertragung der Bauleistungen an die BHT wurde durch eine Vergabekommission autorisiert. Die Umsetzung der Baumaßnahmen erfolgte in Eigenleistung durch die BHT. Leiharbeitskräfte waren, wie bisher, nur mit einer Stelle tätig. Der notwendige Bedarf an Fremdleistungen erfolgte durch Bindung von Subunternehmern, die somit im Vertragsverhältnis mit der BHT fungiert haben.

Im Notdienstmanagement der Muttergesellschaft, insbesondere zum Jahresende, konnte unproblematisch auf das Tochterunternehmen durch die Muttergesellschaft zurückgegriffen werden. Somit sind im Mutter-Tochter-Verhältnis folgende Vorteile für die Muttergesellschaft genutzt worden:

- o sofortige Verfügbarkeit von Baukapazitäten für Notdienstleistungen und andere spontane Bedarfssituationen bei der GWG;
- o Nutzung der umsatzsteuerlichen Organschaftsmöglichkeiten für das Mutterunternehmen;
- o Nutzung und Anwendung des hohen Insiderwissens des BHT-Unternehmens im Immobilienbestand des Unternehmens.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde die Tätigkeit der BHT im Rahmen des In-House-Geschäftes gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 weiter intensiviert. Wie in den zurückliegenden Jahren war die Struktureinheit Dachdecker zum überwiegenden Teil am freien Markt tätig.

Grundlage für den gesamten Geschäftsablauf war eine zu Jahresbeginn erstellte Ablaufplanung, welche auf dem Investitionsprogramm der GWG basierte. Es hat sich als richtig herausgestellt, einen Kapazitätsabgleich der BHT mit dem Bauaufkommen des Stammhauses durchzuführen und somit eine gewisse Planmäßigkeit in der Bauabwicklung zu erreichen.

Im Vergleich zwischen Leistungen für die Muttergesellschaft und für Dritte ergibt sich 2010 folgender Stand:

Umsatzerlöse für die Muttergesellschaft GWG	T € 6.193 (90 %),
Umsatzerlöse für Dritte	T € 716 (10 %).

Das erreichte Betriebsergebnis ist als positiv einzuordnen; die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gewährleistet.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden wie im Vorjahr zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt. Diese beinhalteten Qualifizierungsmaßnahmen bei handwerklichen Mitarbeitern als auch bei Führungskräften. Ebenso wurde erfolgreich die Ausbildung eines Azubis fortgeführt.

Die Tätigkeit der Struktureinheit Dachdecker wurde per 31.12.2010 eingestellt.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T € 2.092 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.783) um 17,3 % erhöht. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 309 gestiegene Bilanzsumme, hat sich die Eigenkapitalquote auf 25,1 % verringert.

Bezogen auf die Bilanzstruktur, ergaben sich auf der Aktivseite Veränderungen, insbesondere durch die Erhöhung der Forderungen (insgesamt um T€ 265), eine Erhöhung des Anlagevermögens um T€ 67 sowie eine Erhöhung der Vorräte um T€ 41, gegenüber steht eine Verringerung des Finanzmittelfonds um T€ 47. Auf der Passivseite wurde die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen durch die um T€ 237 gestiegenen Verbindlichkeiten sowie die um T€ 72 gestiegenen sonstigen Rückstellungen verursacht.

In Bezug auf die Liquidität wurden alle Investitionen aus eigenen Mitteln getätigt. Der Cashflow liegt bei T€ 181; der Finanzmittelfond der BHT beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 1.390.

Die Entwicklung der Ertragslage der Gesellschaft ist als absolut positiv zu bewerten. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr von T€ 56 auf T€ 152. Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Ergebnis von T€ 147 wird unter Beachtung des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

3 Weitere Entwicklung

3.1 Prognose

Die bisherige Geschäftstätigkeit der BHT mit den eigenen Kapazitäten wird sich weiter an den Aufgaben der Muttergesellschaft ausrichten. Das In-House-Geschäft mit der Muttergesellschaft wird sich in der Zielstellung für das Geschäftsjahr 2011 weiter auf ca. 90 % des möglichen Arbeitsaufkommens einpegeln. Inhaltlich bedeutet dies, dass sich die Ablaufplanung für das Geschäftsjahr 2011 auf der Grundlage der Investitionsplanung sowie der Instandhaltungs- und Wartungsplanung der GWG ausrichtet. Kapazitive Anpassungen des Arbeitsaufkommens der BHT sind unter Beachtung des gesamten Bauprogramms erst nach Vorliegen einer entsprechenden Ablaufplanung zu definieren.

3.2 Chancen der künftigen Entwicklung

Die im zurückliegenden Jahr begonnene Neuausrichtung mit Teilleistungen wie Beseitigung von Graffitischäden im Bereich der Fassaden des Immobilienbestandes der GWG, Fugenabdichtungsarbeiten sowie Leistungen zur Schadensbeseitigung von Durchfeuchtungen von Außenwänden sind weiter zu entwickeln. Dazu sind im Zusammenwirken mit der Muttergesellschaft entsprechende Abstimmungen notwendig.

Speziell im Bereich von Instandhaltungs- und Wartungsleistungen der GWG bieten sich Ansatzpunkte zur Übernahme, zumindest von Teilleistungen, für die Kapazitäten der BHT an.

3.3 Risiken der künftigen Entwicklung

Das seit Beginn des Geschäftsjahres 2008 konsequent durchgeführte Rapportsystem zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft ist unbedingt beizubehalten. Über diese Maßnahme wird das innerbetriebliche Liquiditätsmanagement der BHT kontinuierlich auf den Prüfstand gestellt; Probleme der aktuellen Entwicklung werden somit früh erkannt. Als sehr konstruktiv hat sich zur Gegensteuerung von Fehlentwicklungen die Einbeziehung der BHT in die Innenrevision der GWG erwiesen. In diesem Zusammenhang wurden zum Beispiel zentrale Unterweisungen in Bezug auf präventives Handeln zur Verhinderung von Korruption, aber auch zur Gewährleistung des Datenschutzes, realisiert.

Als risikobehaftet ist für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 die Kategorie BHT-Arbeitskräfteressourcen - gewerbliche Mitarbeiter aber auch Verwaltung - anzusehen. Dies hängt damit zusammen, dass sich einerseits das zentrale Bauaufkommen des Stammhauses reduziert, aber gleichzeitig die vorhandenen Kapazitäten unter Beachtung des Punktes 3.1 so zu qualifizieren sind, dass ein möglichst hoher Anteil des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials weiterhin im Unternehmen BHT tätig sein kann. Ebenso, wie für den zurückliegenden Berichtszeitraum erwähnt, ist der ständige Prozess der Qualifizierung von konzeptionellen Arbeiten mit Schwerpunkt Arbeits- und Ablauforganisation sowie Verbesserung der Lagerwirtschaft kontinuierlich zu bewerten. Die Geschäftstätigkeit für 2011 wird insgesamt als positiv verlaufend eingeschätzt, es wird weiterhin ein positives Ergebnis vor Gewinnabführung erwartet.

EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Stadion 5
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: Eigenbetrieb
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Der Zweck des Eigenbetriebes ist die Erbringung gebäudewirtschaftlicher Leistungen zum Raum-, Bewirtschaftungs-, Sanierungs-, Modernisierungs- und Unterhaltungsbedarf an städtischen und städtisch angemieteten Gebäuden einschließlich Neu- und Erweiterungsbau. Die Leistungserbringung erfolgt auf der Basis von Serviceverträgen/-vereinbarungen bezogen auf die dem Verwaltungsvermögen zugeordneten Grundstücke und Gebäude in seiner Gesamtheit.

(2) Zweck des Eigenbetriebes ist ferner die bedarfsgerechte Steuerung der Versorgung der Organisationseinheiten der Stadtverwaltung mit Gebäuden und Räumen und den dazugehörigen Grundstücken im Rahmen der Serviceverträge und -vereinbarungen.

(3) Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung wird der Eigenbetrieb als ganzheitlicher Dienstleister in folgenden Bereichen tätig:

- Finanzen, Buchhaltung, Controlling;
- Verträge, Ausschreibung, Vergabe;
- Neu- und Erweiterunqsbau, Projektplanung;
- Instandhaltung (Bauunterhaltung/Reparaturen), Instandsetzung (Modemisierung)
- Umbau und Verbesserung;
- Flächenmanagement und Betreuung des Mieter-Vermietermodells;
- Vorbereitung Abriss und Vermarktung;
- Energiemanagement;
- Bewirtschaftung;
- Beschaffung von Leistungen und Waren für die Gebäudebewirtschaftung;
- Gebäudeverwaltung einschließlich der Verwaltung von Leerstandsobjekten;
- Pflege und Unterhalt der Außenanlagen für Grundstücke;
- Umzugsmanagement.

(4) Der Eigenbetrieb kann mit Leistungen nach Absatz 1 auch für städtische Eigenbetriebe, Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen tätig werden. Bei Maßnahmen, in die städtische Mittel einfließen, ist die Leistungsübernahme in Form von Betreuung und Kontrolle durch den Eigenbetrieb erforderlich.

** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.
(Die Schlussberichterstattung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt steht noch aus.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Das Unternehmen zeichnet sich für die Betreuung von Immobilien anderer städtischer Unternehmen verantwortlich.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung:		Bielecke, Bernd
Betriebsausschuss:	Vorsitzender	Dr. Pohlack, Thomas
		Hopfgarten, Klaus
		Kohlberg, Uwe
		Menn, Christoph
		Röhr, Christine
		Schramm, Rudenz
		Sprung, Michael
		Wildgrube, Martina
		Wolter, Tom

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	0	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	914	3	1.036	4	1.113	4	-122	-12
Umlaufvermögen	30.516	97	27.205	96	28.478	96	3.311	12
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	44	0	26	0	-39	-89
Bilanzsumme	**31.435**	**100**	**28.285**	**100**	**29.617**	**100**	**3.150**	**11**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.587	5	1.534	5	1.534	5	53	3
Sonderposten für Investitionszulagen	380	1	440	2	511	2	-60	-14
Rückstellungen	4.204	14	4.715	17	4.886	17	-511	-11
Verbindlichkeiten	25.218	80	21.528	76	22.640	76	3.690	17
Rechnungsabgrenzungsposten	46	0	68	0	46	0	-22	-32
Bilanzsumme	**31.435**	**100**	**28.285**	**100**	**29.617**	**100**	**3.150**	**11**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	34.645	36.710	37.857
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-289	-1.817	-628
sonstige betriebliche Erträge	3.302	2.694	3.340
Materialaufwand	21.782	21.713	23.473
Personalaufwand	10.247	10.149	11.001
Abschreibungen	225	241	269
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.160	5.449	5.951
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31	67	230
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	169	7	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	106	95	105
außerordentliche Aufwendungen	15		
außerordentliches Ergebnis	-15		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	10	15
sonstige Steuern	89	84	90
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,05	0,04	0,03	%
Cash-Flow:	225	242	270	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	149	146	151	T€
Personalaufwandsquote:	27,21	27,00	27,12	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,87	3,61	3,72	%
Eigenkapitalquote:	5,05	5,43	5,18	%
Fremdkapitalquote:	94,95	94,57	94,82	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Mietfläche Anmietung Stadt	16.453,00	16.580,00	17.733,00	m²
Mietfläche Drittvermietung	83.112,00	72.684,00	74.853,00	m²
Mietfläche Vermietung an die Stadt	369.939,00	387.498,00	421.236,00	m²

e) Lagebericht

1. Darstellung der Geschäftsfelder und des Geschäftsverlaufes

Die Vermietung von Mietflächen in städtischen Gebäuden basiert seit 2004 auf dem Vermieter-Mieter-Modell. Auf Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 sind alle städtischen Objekte, die bis dahin im Sondervermögen des EB ZGM ausgewiesen wurden, in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 rückübertragen worden.

Die Rückübertragung hatte weitreichende Folgen für das bestehende Vermieter-Mieter-Modell. Die Vertragsverhältnisse und die Zahlungsmodalitäten waren anzupassen, da nur die Stadt Halle (Saale) als Eigentümerin Mieten von den Ämtern und Drittnutzern verlangen kann. Aus diesem Grund wurde eine Servicevereinbarung abgeschlossen, die die Erbringung der Dienstleistungen des EB ZGM an den Grundstücken und dazu gehörigen Gebäuden zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Eigenbetrieb regelt. Der EB ZGM ist seitdem weiterhin ganzheitlicher Dienstleister im Sinne einer Verwaltungsgesellschaft. Zu den Aufgaben des EB ZGM gehören die Verwaltung der Mietverträge für die Ämter und Dritte, die Koordinierung und Verrechnung der Betriebskosten, das Flächenmanagement, Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen und die Realisierung von investiven Maßnahmen. Der Eigenbetrieb erhält dafür ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis zum Abschluss der Servicevereinbarung vereinbarten Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten, die weiterhin durch den EB ZGM erfasst und den einzelnen Objekten zugeordnet werden. Gegenstand der Servicevereinbarung ist die vollständige Leistungserbringung an den bebauten städtischen Grundstücken.

Die Realisierung von Investitionsmaßnahmen erfolgte, wie in den Wirtschaftsjahren zuvor, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen mittelverantwortlichen Ämtern bzw. Einrichtungen. Durch Leistungsvereinbarungen wurde der Umfang der Tätigkeiten (i. d. R. Bauherrenvertretung bis zur Baufertigstellung und Objektübergabe) geregelt. Dem EB ZGM wurden die Investitionsmittel für die Ausführung der bautechnischen Maßnahmen von den mittelbewirtschaftenden Ämtern zur Verfügung gestellt. 2010 sind vorwiegend Investitionen realisiert worden, die im Rahmen der Konjunkturpakete 1 und 2 gefördert werden.

Die Gebäudemanagementdienstleistungen für Ämter und Einrichtungen der Stadt Halle wurden auf der Grundlage von Service- bzw. Leistungsvereinbarungen erbracht und in den Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen erfasst. Die Nichtgebäudemanagementdienstleistungen (z. B. Telekommunikation, Post- und Kopierdienst, Fuhrpark, Zentraler Einkauf) wurden im vereinbarten Rahmen und Umfang erbracht und in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen erfasst.

Der Mitarbeiterbestand im Eigenbetrieb reduzierte sich von 256 Mitarbeitern per 31. Dezember 2009 auf 251 Mitarbeiter per 31. Dezember 2010. Hauptgrund hierfür sind Renteneintritte und der Vollzug von Altersteilzeitmodellen. Von den 251 beschäftigten Mitarbeitern per 31. Dezember 2010 standen dem EB ZGM lediglich 228 Arbeitskräfte zur Verfügung. Grund dafür sind u. a. die Inanspruchnahme von Altersteilzeitmodellen (16 MA Altersteilzeit-Freizeitphase), Abordnungen und die befristeten Erwerbsunfähigkeitsrenten (3 MA).

Im Wirtschaftsjahr 2010 erfolgten drei Neueinstellungen.

2. Vermögens- und Finanzlage

Jahresabschlussanalyse - Vergleich Vermögenslage - Aktiva -

	31.12.2010		31.12.2009		Verände-rung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Aktiva Anlagevermögen = Langfristig gebundenes Vermögen	915	2,9	1.036	3,7	-121
Vorräte	19.442	61,8	19.702	69,6	-260
Forderungen/RAP	9.894	31,5	6.785	24,0	3.109
Flüssige Mittel	1.184	3,8	762	2,7	422
Kurzfristig gebundenes Vermögen	30.520	97,1	27.249	96,3	2.803
	31.435	**100,0**	**28.285**	**100,0**	**3.150**

Hauptbestandteil des Vermögens des EB ZGM bildete bis zum 1. Januar 2008 das sogenannte Sondervermögen, das sich fast ausschließlich aus dem Immobilienvermögen zusammensetzte. Aufgrund von Auflagen des Landesverwaltungsamtes und Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 erfolgte die Rückübertragung der städtischen Objekte zur Stadtverwaltung Halle (Saale). Das gesamte **Immobilienvermögen** (Sondervermögen des EB ZGM) ist zum Stichtag 1. Januar 2008 aus der Bilanz des Eigenbetriebes abgegangen.

Der Eigenbetrieb hat auch im Wirtschaftsjahr 2010 gemäß Satzung (§ 2 Zweckbestimmung) an den rückübertragenen städtischen Gebäuden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen einschließlich Neu- und Erweiterungsbau durchgeführt. An folgenden Gebäuden wurden 2010 Baumaßnahmen in großem Umfang vorgenommen:

	TEUR
Berufsfeuerwehr Süd	1.399
Grundschule Büschdorf	1.251
Gymnasium Cantor	829
Kommunales Bildungszentrum	734
Gymnasium Wolff	386
	4.599

Im Wirtschaftsjahr 2010 konnte gegenüber 2009 eine Steigerung der verwendeten Investitionsmittel verzeichnet werden. Damit konnte der Vermögensverzehr zumindest für die o. g. Objekte aufgehalten werden. Dies ist allerdings im Wesentlichen auf einen Einmaleffekt durch das Konjunkturpaket II zurückzuführen.

Mit zwei Konjunkturpaketen hat die Bundesregierung im Winter 2008/2009 auf die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Vorgesehen waren bis Ende 2010 rund 10 Milliarden Euro für Investitionen der Kommunen und Länder und 4 Milliarden für Bundesinvestitionen. Die Finanzierung erfolgt zu 75 % durch den Bund, 25 % tragen die Länder. Investitionsschwerpunkte sind der Bildungsbereich, insbesondere Kindergärten, Schulen, Hochschulen und die Infrastruktur, insbesondere Verkehr, sowie Krankenhäuser, Städtebau und Informationstechnologie. Der EB ZGM verfügt durch den seit 2004 vollzogenen erheblichen Personalabbau nur über eingeschränkte Personalressourcen. Trotzdem wurden für Vorhaben, die sowohl aus dem Konjunkturpaket 1 als auch aus dem Konjunkturpaket 2 gefördert wurden, in größerem Umfang Leistungen erbracht.

Die Vorräte des Betriebes betreffen im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Betriebskosten in Höhe von TEUR 18.930 (Vorjahr: TEUR 19.219).

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2010 ständig und uneingeschränkt gesichert. Ausdruck dafür ist der ausgewiesene Bestand an Liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 1.184 (Vorjahr: TEUR 762) sowie Forderungen an die Stadt Halle (Saale) aus Cash Pool in Höhe von TEUR 7.154 (Vorjahr: TEUR 4.402).

Jahresabschlussanalyse - Vergleich Vermögenslage - Passiva -

	31.12.2010		**31.12.2009**		**Verände-rung**
	TEUR	**%**	**TEUR**	**%**	**TEUR**
Passiva					
Eigenkapital	1.587	5,0	1.534	5,4	53
Sonderposten für Investitionszuschüsse	380	1,2	440	1,6	-60
Langfristige Rückstellungen und Verbindlich-keiten	2.298	7,3	2.807	9,9	-509
Langfristig verfügbare Mittel	**4.265**	**13,5**	**4.781**	**16,9**	**-516**
Kurzfristige Rückstellungen	1.926	6,1	1.967	7,0	-41
Kurzfristige Verbindlichkeiten/RAP	25.244	80,4	21.537	76,1	3.707
Kurzfristig verfügbare Mittel	**27.170**	**86,5**	**23.504**	**83,1**	**3.666**
	31.435	**100,0**	**28.285**	**100,0**	**3.150**

Zum Bilanzstichtag beträgt die allgemeine Rücklage TEUR 1.561.

Die Rückstellungen entwickelten sich im Wirtschaftsjahr 2010 wie folgt:

	01.01.2010	Inan-spruch-nahme	Auflö-sung	Zuführung	Umglie-derung in Verbind-lichkeiten	31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		TEUR
Steuerrückstellungen	10	0	9	0	0	1
Altersteilzeit (ATZ) und Rentenmodell	3.650	758	56	1.187	937	3.086
Abschluss- und Prüfungskosten	40	36	0	32	0	36
Urlaub, Mehrstunden und Jubiläen	267	211	38	179	0	197
Ungewisse Verbindlichkeiten aus An- und Vermietung	277	0	0	0	0	277
Rückstellungen für ausstehende Betriebskostenrechnungen (Anmietung)	364	341	0	401	0	424
Rückstellungen für sonstige un-gewisse Verbindlichkeiten	107	0	0	76	0	183
	4.715	**1.346**	**103**	**1.875**	**937**	**4.204**

3. Ertragslage

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden alle Erträge und Aufwendungen aus der Realisierung von durch die Stadt Halle (Saale) an den EB ZGM übertragenen Aufgaben erfasst. Eine organisatorische Trennung der Aufgaben wurde im Wirtschaftsjahr 2010 nicht vorgenommen. Durch die komplexe Untergliederung der Sachkosten ist es möglich, eine Zuordnung der Aufwendungen im Rahmen der Dienstleistungen für die Stadt Halle (Saale), den EB Kita, für Sportstätten und andere Einrichtungen vorzunehmen, die an die Stadt und an Dritte weiterberechnet werden.

Im Wirtschaftsjahr 2010 führte der Eigenbetrieb keine Baubetreuungstätigkeiten für externe Dritte aus.

Zusammensetzung der Umsatzerlöse/betrieblichen Erträge

	2010		2009		Ergebnis-veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirt-schaftung					
Vermietung von angemietetem Vermögen	1.426	3,8	1.427	3,8	-1
Betriebskostenabrechnung	19.813	52,9	21.007	55,9	-1.194
	21.239	**56,7**	**22.434**	**59,7**	**-1.195**
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit					
aus Baubetreuung	0	0,0	77	0,2	-77
aus verwaltungsmäßiger Betreuung	10.133	27,1	10.365	27,6	-232
	10.133	**27,1**	**10.442**	**27,8**	**-309**
Umsatzerlöse aus anderen Liefe-rungen und Leistungen	**3.273**	**8,7**	**3.834**	**10,3**	**-561**
Bestandsveränderung	-289	-0,8	-1.817	-4,9	1.528
Übrige betriebliche Erträge	3.086	8,3	2.657	7,1	429
	37.442	**100,0**	**37.550**	**100,0**	**-108**

Die Erlöse aus der Vermietung von angemietetem Vermögen haben sich gegenüber dem Vorjahr unerheblich vermindert. Die geringfügige Verminderung resultiert aus der Reduzierung der Anmietflächen. Insgesamt ergibt sich ein monatlicher Durchschnittserlös von EUR/qm 7,29 (Vorjahr: EUR/qm 7,25).

Der Rückgang der Erlöse aus der Betriebskostenabrechnung ist neben einer Verminderung der vermieteten Flächen im Besonderen auf die geringeren Aufwendungen für Fernwärme- und Gasbezug zurückzuführen.

Aufgrund der Rückübertragung der städtischen Objekte in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 werden wie im Vorjahr 2009 keine Erlöse mehr aus der Vermietung von eigenem Vermögen ausgewiesen. Gemäß der Servicevereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) erhält der EB ZGM seit Januar 2008 für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis dahin gelisteten Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten. Diese Erlöse werden im Wirtschaftsjahr 2010 wie 2009 im Posten „Erlöse aus verwaltungsmäßiger Betreuung“ ausgewiesen.

Die daraus erzielten **Erlöse aus verwaltungsmäßiger Betreuung** haben sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 10.365 auf TEUR 10.133 verringert und entfallen mit TEUR 7.946 (Vorjahr: TEUR 8.311) auf Entgelte aus Vermietung an die Stadt sowie mit TEUR 2.187 (Vorjahr: TEUR 2.054) auf Entgelte aus Vermietung an Dritte.

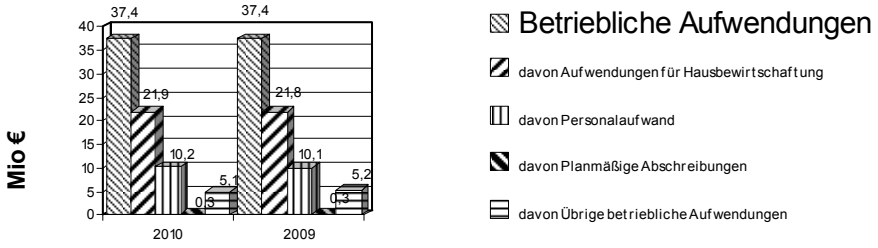
Diese Verminderungen ergeben sich unter anderem aus den Änderungen der Flächennutzungen der Ämter und resultieren vorrangig aus dem Abgang von Gebäuden (Verkauf bzw. Schließung von Schulen).

Insgesamt ergeben sich für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte folgende monatliche Durchschnittserlöse (pro qm):

	2010 EUR	Vorjahr EUR
Vermietung an die Stadt Halle (Saale)	1,76	1,74
Vermietung an Dritte	2,35	2,40

Die Übrigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Investitionskostenzuschüsse in Höhe von TEUR 1.027 (Vorjahr: TEUR 696) sowie Weiterberechnungen an die Stadt in Höhe von TEUR 1.973 (Vorjahr: TEUR 1.880).

Die Zusammensetzung der betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 37.439 (Vorjahr: TEUR 37.380) stellt sich wie folgt dar:



Der Aufwand für Instandhaltung und Instandsetzung betrug im Wirtschaftsjahr 2010 insgesamt TEUR 3.855 (Vorjahr: TEUR 4.119).

Die Personalabrechnung für den EB ZGM wurde wie in den Vorjahren als Dienstleistung durch das Amt für Personalservice der Stadt Halle (Saale) durchgeführt.

Durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl im Wirtschaftsjahr 2010 um 4 MA auf durchschnittlich 253 Mitarbeiter (Vorjahr: 257 Mitarbeiter) konnten die reinen Personalaufwendungen 2010 trotz Tarifsteigerung gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2009 gesenkt werden.

Unter Berücksichtigung der Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen betragen die Personalaufwendungen im Jahr 2010 TEUR 10.247, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von TEUR 98 entspricht.

Die Personalkostenstruktur zeigt folgendes Bild:

	2010	2009	Veränderung
Durchschnittliche Vollzeitstellen	242,70	256,12	-13,42
Löhne und Gehälter (inkl. Altersteilzeitmodelle) in EUR	8.409.740,34	8.208.215,49	201.524,85
je Vollzeitstelle in EUR	36.650,76	32.048,32	4.602,44
Aufwand soziale Abgaben (ohne Altersversorgung) in EUR	1.560.287,60	1.639.710,78	-79.423,18
je Vollzeitstelle in EUR	6.428,87	6.402,12	26,75
Aufwand Altersversorgung in EUR	277.186,30	301.509,85	-24.323,55
je Vollzeitstelle in EUR	1.142,09	1.177,22	-35,13
Summe in EUR	10.247.214,24	10.149.436,12	97.778,12
je Vollzeitstelle in EUR	42.221,73	39.627,66	2.594,07

Fazit:

Die Entwicklung der Ertragslage im Wirtschaftsjahr 2010 ist durch folgende entscheidende Sachverhalte gekennzeichnet:

- Verringerung der **Serviceentgelte/Mieterlöse** insgesamt um TEUR 310 auf TEUR 11.559 (Vorjahr: TEUR 11.869)
- Verringerung der **Erlöse aus Betriebskostenabrechnung** um TEUR 1.194 auf TEUR 19.813 (Vorjahr: TEUR 21.007)
- Verringerung der **Instandhaltungsaufwendungen** um TEUR 264 auf TEUR 3.855 (Vorjahr: TEUR 4.119)
- Erhöhung der **Aufwendungen für Betriebskosten** um TEUR 353 auf TEUR 16.693 (Vorjahr: TEUR 16.340)
- Verringerung der **Abschreibung** des Anlagevermögens um TEUR 16 auf TEUR 225 (Vorjahr: TEUR 241).

4. Voraussichtliche Entwicklung einschließlich Chancen und Risiken

Der Vollzug der 2008 und 2009 begonnenen Restrukturierung des EB ZGM, der u. a. auf den Vorschlägen eines externen Beratungsunternehmens basiert, ist 2010 fortgeführt worden. Nach der Umstellung der Betriebsleitung von vormals zwei Betriebsleitern auf die Leitung des Betriebes durch einen gesamtverantwortlichen Betriebsleiter und der ersten Stufe der Neuausrichtung, bei der die Nichtgebäudemanagementleistungen im Bereich interner Service zusammengeführt worden sind, standen im Jahr 2010 vor allem die Überführung der Nichtgebäudemanagementleistungen in das wieder gebildete Hauptamt, die Qualifizierung und Erweiterung der Nutzung des SAP-Systems und der Aufbau des CAFM-Systems als Arbeitsmittel für die technischen Bereiche und das Immobilienmanagement im Vordergrund.

Darüber hinaus ist die Verbesserung der Arbeitsorganisation und Leistungsabrechnung der Hausmeisterdienste und der Techniker/Havariedienste durch die Auswahl und Vorbereitung der Einführung eines mobilen elektronischen Zeiterfassungssystems und einer ersten Testphase im Dezember 2010 in Angriff genommen worden. Seit Beginn 2011 wird ein umfassender Testbetrieb mit allen zukünftigen Nutzern des mobilen Zeiterfassungssystems durchgeführt.

Die Nichtgebäudemanagementleistungen mit den Aufgaben Zentraler Einkauf, Fuhrpark, Fahrdienste, Telefonzentrale, Post- und Kopierdienst sind vor der Überführung in das Hauptamt weiter konsolidiert worden. Dazu sind unter anderem wesentliche Teile des Fuhrparks durch Ersatz der völlig überalterten Fahrzeuge erneuert worden. Die beschafften Fahrzeuge haben nicht nur dazu beigetragen, dass die Mobilität der städtischen Bediensteten erhöht und der Wartungsaufwand reduziert werden konnte. Ihr Einsatz hat darüber hinaus bewirkt, dass der Gesamtaufwand für die Betreuung der Fahrzeuge vor allem durch die Verminderung des spezifischen Treibstoffverbrauchs der Fahrzeuge erheblich reduziert werden konnte.

Die Überführung der Nichtgebäudemanagementleistungen ist durch die Abordnung der in diesem Bereich tätigen Mitarbeiter in das Hauptamt im letzten Quartal des Jahres 2010 vorbereitet worden. Ab dem 1. Januar 2011 zählen die Nichtgebäudemanagementleistungen nicht mehr zu den Aufgaben des EB ZGM. Diese Leistungen fließen damit nicht mehr in das Ergebnis des Eigenbetriebs ein.

Die organisatorische Trennung der Bereiche Finanzen und kaufmännisches Immobilienmanagement hat die Abstimmung zwischen dem Haupt- und Nebenbuch erschwert. Um dieses grundsätzliche Problem zu überwinden, ist die Verschmelzung der beiden Bereiche im Wirtschaftsjahr 2010 vorbereitet worden. Dabei sind unter anderem die Tätigkeiten in den beiden Bereichen untersucht worden. Der Abschluss dieses Prozesses der Verschmelzung der beiden Bereiche ist für 2011 vorgesehen. Dadurch soll eine höhere Klarheit und Transparenz der Buchführung unter Führung des Unternehmens erreicht werden.

Die Neuausrichtung der technischen Bereiche als weitere Stufe der Restrukturierung ist inhaltlich und konzeptionell vorbereitet worden und wird im Laufe des Jahres 2011 vollzogen. In diesem Zusammenhang sind die Abläufe bei der Projektbearbeitung untersucht worden. Die Ergebnisse sind in die Konzepte für die Ausgestaltung des CAFM-Systems eingeflossen, das 2010 beschafft worden ist und ebenfalls 2011 schrittweise in Nutzung genommen werden soll. Beim Aufbau und der Einführung des CAFM-Systems geht es auch darum, dieses System mit flankierenden DV-Systemen zu koordinieren und zu verknüpfen und so ein ganzheitliches Arbeits- und Kommunikationsmittel für alle Bereiche des Betriebes zu schaffen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die notwendige Strukturierung der Abläufe im Betrieb zu erreichen und den zukünftigen Anforderungen bei weiter reduziertem Personalbestand gerecht werden zu können.

Da es 2010 gelungen ist, das kaufmännische Controlling zu einem effizienten Mittel der Betriebsführung zu entwickeln und ein aussagekräftiges Kennzahlensystem aufzubauen, ist vorgesehen und 2010 begonnen worden, die Erfahrungen aus dem Betriebscontrolling in den Aufbau eines Baucontrollings einfließen zu lassen. Permanente Baukostenverfolgung und Ergebnisprognose sind erste Schritte auf diesem Weg, die bei der Umsetzung der Projekte aus dem Konjunkturpaket II bereits Anwendung gefunden haben.

Aufgrund der großen Zahl in der Vergangenheit geschlossener Altersteilzeitverträge wird in den kommenden Jahren, insbesondere ab 2012, eine Vielzahl von Mitarbeitern die aktive Beschäftigung im Betrieb beenden. Die seit 2008 begonnene konsequente Lehrausbildung ist als Mittel zur Beschaffung geeigneten Personals 2010 fortgeführt worden. Mit der begonnenen Kooperation mit Bildungseinrichtungen, die duale Hochschulbildung anbieten, soll diese Form ausgebaut und qualifiziert werden. Für 2011 sind zwei Stellen im dualen Studiengang für die Ausbildungsrichtung Immobilienmanagement an einer Hochschule in der Region reserviert und nach einem Auswahlverfahren entsprechende Ausbildungsverträge geschlossen worden.

Die mit Betriebsangehörigen in großer Zahl geschlossenen Verträge im Rahmen der Teilzeitinitiative sind 2010 wirksam geworden und haben bereits zu einer Einsparung der Personalkosten beigetragen. Die Verträge sind für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen worden und sind daher auch 2011 wirksam.

Der Wirtschaftsplan sieht für 2011 wieder ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Am 20. Januar 2011 wurde dieser im Betriebsausschuss bestätigt und am 23. Februar 2011 im Stadtrat beschlossen.

Am 2. Mai 2011 wurde dem Vollzug des Planes durch das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt unter Maßgaben zugestimmt. Insbesondere wurde angeordnet, dass durch den Betriebsleiter bis zur Vollziehbarkeit der Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2011 eine Haushaltssperre zur verfügen ist.

Wesentliche **kurzfristige** Chancen und Risiken werden derzeit keine gesehen.

Entgegen den in der Vergangenheit seitens der Stadt Halle (Saale) geführten Diskussionen über die Auflösung des Eigenbetriebes geht die Betriebsleitung von einer Fortführung der Geschäftstätigkeit in der bisherigen Form aus.

Gleichwohl werden in den kommenden Jahren Risiken aufgrund der zu geringen Serviceentgelte entstehen.

Eine kostendeckende Finanzierung der Bewirtschaftung und bedarfsgerechte Instandhaltung/-setzung ist mit den derzeit zu erwartenden Entgelten nicht zu gewährleisten. Die Instandhaltungsmittel werden inzwischen nahezu ausschließlich für Notreparaturen an den städtischen Gebäuden verwendet. Für planmäßige Instandhaltungs- bzw. Instandsetzungsmaßnahmen sind die notwendigen finanziellen Mittel nicht mehr vorrätig.

Mittelfristige Risiken liegen einerseits nach wie vor in der Umsetzung des Umstrukturierungsprozesses und der damit verbundenen Zielrichtung und andererseits im künftigen Bedarf an Immobilienbestand der Stadt und dem daraus resultierenden nicht abschließend bestimmbaren Leistungsumfang für den Eigenbetrieb.

Die Mittel für die Bauunterhaltung der betreuten städtischen Gebäude müssen dem Bedarf an Baureparaturen angepasst werden, um den Gebäudebestand langfristig erhalten zu können. Eine Konzentration auf den Kernbestand an Immobilien ist dabei angezeigt.

Wird zukünftig die bedarfsgerechte Bereitstellung der finanziellen Mittel durch die Stadt Halle (Saale) in Form eines Serviceentgeltes (zur Deckung der Bewirtschaftungskosten) und Auslagenerstattung laut Servicevereinbarung erreicht, wird die Liquidität des EB ZGM gesichert sein.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Bruchsee 14
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 12.782

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	12.782	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kozyk, Jana

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo
stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker
	Dr. Fiedler, Christian
	Dr. Pohlack, Thomas
	Koehn, Gottfried
	Krausbeck, Elisabeth
	Kriedemann, Angelika
	Raschke, Peter
	Schachtschneider, Andreas

** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	15	15

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	303.174	91	308.602	89	308.095	88	-5.428	-2
Umlaufvermögen	31.700	9	36.522	11	42.934	12	-4.823	-13
Rechnungsabgrenzungsposten	61	0	89	0	78	0	-28	-32
Bilanzsumme	**334.934**	**100**	**345.213**	**100**	**351.107**	**100**	**-10.279**	**-3**
Treuhandvermögen	5.632	0	5.589	0	4.296	0	43	1
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	166.025	50	167.704	49	168.630	48	-1.679	-1
Sonderposten für Investitionszulagen	9.177	3	9.483	3	9.774	3	-306	-3
Rückstellungen	6.976	2	12.427	4	13.776	4	-5.451	-44
Verbindlichkeiten	152.265	45	155.108	45	158.759	45	-2.843	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	490	0	490	0	168	0	0	0
Bilanzsumme	**334.934**	**100**	**345.213**	**100**	**351.107**	**100**	**-10.279**	**-3**
Treuhandverbindlichkeiten	5.632	0	5.589	0	4.296	0	43	1

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	45.083	45.136	45.496
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	406	111	197
andere aktivierte Eigenleistungen	146	244	239
sonstige betriebliche Erträge	918	1.398	1.517
Materialaufwand	21.302	20.017	20.248
Personalaufwand	4.806	4.887	4.745
Abschreibungen	6.551	6.201	6.174
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.388	1.401	1.797
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	147	50	6
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	25
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	618	1.166	1.943
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.020	7.373	7.568
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.252	8.225	8.892
außerordentliche Erträge	1.400	1.631	2.877
außerordentliche Aufwendungen	4.729	1.817	2.375
außerordentliches Ergebnis	-3.329	-186	501
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7	383	535
sonstige Steuern	2	2	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.928	7.653	8.855
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.987	187	489
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	293	-264	-11.323
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	4.621	7.075	8.458
Ausschüttung	0	1.029	12.209

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,49	16,96	19,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,81	4,76	5,53	%
Cash-Flow[1)]:	9.478	13.854	15.029	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	448	434	402	T€
Personalaufwandsquote[2)]:	10,32	10,42	10,00	%

[1)] ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen und der Zuschreibungen

[2)] unter Einbeziehung der Mitarbeiter in der Passivphase der Altersteilzeit

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,34	89,22	87,58	%
Eigenkapitalquote:	49,57	48,58	48,03	%
Fremdkapitalquote:	50,43	51,42	51,97	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Wohneinheiten	10.522,00	10.708,00	10.973,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	12,00	13,24	13,33	%
Gewerbeeinheiten	112,00	111,00	113,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	10,71	15,32	18,58	%

e) Lagebericht

Inhalt

1 Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Geschäftsergebnisses

1.1 Rahmenbedingungen

1.2 Geschäftsergebnis und Geschäftsverlauf

1.2.1 Modernisierung im Bestand

1.2.2 Umsetzung des Sanierungskonzeptes nach § 6a Altschuldenhilfegesetz

1.2.3 Monderne Wohnkonzepte

1.2.4 Soziale Verantwortung

1.2.5 Familienfreundliches Unternehmen

1.2.6 Risikomanagement im Konzern

1.3 Darstellung der wirtschaftlichen Lagen der Gesellschaft

1.3.1 Vermögens- und Finanzlage

1.3.2 Ertragslage

2 Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

4 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

5 Finanzinstrumente

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

1.1 Rahmenbedingungen

Die demografische Entwicklung, die zunehmende soziale Spreizung der Gesellschaft, die Klimaschutz- und Energieeffizienzpolitik sowie die wachsende Pluralität der Lebensstile und damit die Vielfalt der Wohnkonzepte stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen.

Das Handeln der wohnungswirtschaftlichen Unternehmen ist stetig steigenden Anforderungen unterworfen.

Der demografische Wandel stellt eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte dar. Seine wesentlichen Aspekte, die Abnahme der Bevölkerungszahl, die Veränderungen der altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung und selektiv wirkende Wanderungsprozesse beeinflussen die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder, Kommunen und Unternehmen.

Durch die Gestaltung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen muss versucht werden, langfristig eine Stabilisierung der Entwicklung zu erreichen.

Für die einzelnen Bundesländer sowie Städte und Gemeinden zeigen sich die demografischen Veränderungen sehr differenziert.

Der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zufolge wird der Osten Deutschlands bis zum Jahr 2060 in viel stärkerem Maße vom Rückgang und der Alterung der Bevölkerung betroffen sein als der Westen. Entsprechend einer Variante dieser Vorausberechnung werden in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) im Jahr 2060 37 % weniger Menschen leben als im Jahr 2008 und jeder dritte Einwohner wird 65 Jahre oder älter sein. Dagegen soll in den westlichen Flächenländern die Bevölkerung nur um 19 % zurückgehen.

Die Alterung der Bevölkerung geht einher mit einer deutlichen Verschiebung der Proportionen zwischen jungen, mittleren und älteren Altersgruppen. Die Verschiebungen in der Altersstruktur werden entsprechend dieser Vorausberechnung bewirken, dass künftig der Bevölkerung im Erwerbsalter immer mehr ältere Menschen gegenüber stehen werden. Entfielen im Jahr 2008 auf 100 Personen im Erwerbsalter 34 Personen, die 65 Jahre oder älter waren, so sollen es im Jahr 2060 doppelt so viele sein.

Sachsen-Anhalt ist das Bundesland mit den stärksten Auswirkungen des demografischen Wandels. Das betrifft hinsichtlich der Veränderungen seit 1990 sowohl die Entwicklung der Einwohnerzahl insgesamt als auch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht. In Sachsen-Anhalt lebten Ende 2008 rund 2,38 Millionen Einwohner. Nach der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird das Land bis zum Jahr 2060 einen Bevölkerungsrückgang auf etwa 1,34 Millionen Einwohner verkraften müssen.

Die 5. regionalisierte Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt prognostiziert dem Land bis zum Jahr 2025 einen Rückgang der Bevölkerung um 18,6 % auf etwa 1,94 Millionen.

Die Veränderungen innerhalb des Landes vollziehen sich jedoch sehr heterogen. Sowohl Intensität, Altersstruktur als auch Verlauf der Bevölkerungsentwicklung variieren deutlich.

Die **Entwicklung in der Stadt Halle (Saale)** als Universitätsstadt wird wie in Magdeburg wesentlich **positiver** verlaufen als in den Landkreisen. Für Halle (Saale) wird ein moderater Rückgang von 10 % bis 2025 erwartet.

Sowohl Halle (Saale) als auch Magdeburg profitieren von dem Rückzug junger Leute und Familien in die Städte.

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Stadt Halle (Saale)	233.874	232.267	230.900	230.377	230.831
dar. Halle-Neustadt	48.931	47.583	46.419	45.770	45.125

Quelle: Fachbereich Bürgerservice der Stadt Halle (Saale)

Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung lag Ende 2008 in Sachsen-Anhalt bei 45,9 Jahren und wird sich bis 2025 auf rund 50,3 Jahre erhöhen. Es wird vorhergesagt, dass der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von ca. 24 % in 2008 auf 31 % in 2025 steigen wird.

Für **Halle (Saale)** wird dieser Anteil mit rund 26 % (23 % in 2008) angegeben. Halle (Saale) hat außerdem nach Informationen des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt derzeit noch die **jüngsten Einwohner** mit einem Durchschnittsalter von **44,6 Jahren**. Im Jahr 2025 wird jedoch auch in Halle (Saale) mehr als die Hälfte der Einwohner über 50 Jahre alt sein.

Das seit 2002 jährlich aufgelegte Programm **„Stadtumbau-Ost“** hat in seiner **Einheit von Aufwertung und Rückbau** erfolgreich dazu beigetragen, eine weitere Anpassung der Stadtstruktur an den veränderten Wohnbedarf sowie eine **wirtschaftliche Stabilisierung** der in diesen Stadtgebieten tätigen Wohnungsunternehmen zu erreichen. Zuallererst kommt es aber den Menschen zugute, die in umzustrukturierenden Stadtteilen leben.

1.2 Geschäftsergebnis und Geschäftsverlauf

Die GWG hat auch im Geschäftsjahr 2010 ihre erfolgreiche Geschäftspolitik der letzten Jahre weiter fortgesetzt.

Die Gesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2010 - trotz des politisch und gesellschaftlich schwierigen Umfeldes sowie der Verpflichtungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) - erneut mit einem **Jahresüberschuss** (T€ 2.928).

Das Ergebnis wurde im Wesentlichen durch die weitere **Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation** sowie die **Senkung** von **Leerstandsverlusten** erzielt.

Wichtige betriebswirtschaftliche Kennziffern konnten positiv gestaltet werden. Das belegen neben dem unternehmensinternen Controllingsystem die betriebswirtschaftlichen Analysen Dritter sowie die seit 2003 jährlich erteilte **Notenbankfähigkeit der Bundesbank**. Die Gesellschaft ist nach diesen Beurteilungen im Vergleich zu anderen Unternehmen der Branche sehr gut aufgestellt.

Die zukunftsorientierte Strategie sowie die leistungs- und motivationsfördernde Unternehmensführung, aber auch die mitarbeiter- und familienfreundliche Unternehmenspolitik sind die maßgeblichen Faktoren für den Erfolg der Gesellschaft.

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2010 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2010		**31.12.2009**	
	Anzahl	Fläche (m^2)	Anzahl	Fläche (m^2)
Wohneinheiten	10.522	594.783	10.708	604.881
Gewerbeeinheiten	112	14.062	111	13.951
	10.634	**608.845**	**10.819**	**618.832**

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag 15 Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) sowie im Seepark Salzmünde mit insgesamt 569 Wohn- und Gewerbeeinheiten auf einer Fläche von 30.903 m^2.

1.2.1 Modernisierung im Bestand

Im Rahmen des Stadtumbaus kommt der Standortaufwertung zentrale Bedeutung zu. Die GWG hat deshalb auch im Geschäftsjahr 2010 ihr **anspruchsvolles Investitionsprogramm** weiter fortgesetzt**. Schwerpunkt war die energetische Sanierung** von fünf Wohngebäuden mit insgesamt 496 Wohnungen, bei der das Unternehmen neue Wege ging. So wird **erstmals Sonnenenergie durch den Einsatz solarer Großanlagentechnik** zur Heizungsunterstützung und zur Warmwasserbereitung genutzt sowie die Wärme der Abluft eines Punkthochhauses zur Erwärmung der Frischluft gewonnen, um den Energiebedarf der Gebäude zu senken. Eines der fünf Wohngebäude (unbewohnt) wurde/wird darüber hinaus schrittweise in zwei Bauabschnitten komplett modernisiert und seniorenfreundlich umgebaut. Der erste Bauabschnitt wurde im Geschäftsjahr 2010 abgeschlossen und alle 20 barrierearmen, an die Bedürfnisse älterer Menschen angepassten Wohnungen der beiden ersten Hauseingänge sind noch in 2010 vermietet worden. Der Umbau der restlichen zwei Hauseingänge soll planmäßig im ersten Halbjahr 2011 beendet sein.

Weiterhin wurden die Angebote für attraktives Familienwohnen durch die Fortführung des Umbaus geeigneter Wohnungen insbesondere im Quartier „An den Weinbergwiesen“ als auch die Angebote von preiswerten Wohnungen mit solider Ausstattung in dafür ausgewählten Objekten in 2010 weiter vergrößert, Ergänzungsinvestitionen in einem Wohngebäude vorgenommen sowie ein Innenhof nach dem Abbruch eines Wohngebäudes neu gestaltet.

Die **Investitionen in den Kernbestand** haben auch im Geschäftsjahr 2010 einen wichtigen Beitrag zur Portfoliooptimierung der GWG geleistet und dazu beigetragen, die Zufriedenheit der Mieter und Interessenten weiter zu erhöhen. Alle Maßnahmen sind verbunden mit einem hohen Maß an sozialer Kompetenz und Engagement am Standort. Die **GWG betreibt** damit aktiv **Stadtteilpolitik**.

Im Geschäftsjahr 2010 durchgeführte Bestandsinvestitionen:

	T€
Modernisierung	4.694
Instandsetzung	7.791
Instandhaltung	1.488
Gesamt	**13.973**

Über 76 % der im Geschäftsjahr 2010 beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen konnten an Firmen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt sowie fast 22 % an Unternehmen aus Sachsen vergeben werden.

Die Investitionsmaßnahmen 2010 wurden zum großen Teil mit zinsgünstigen Darlehen, vor allem KfW-Darlehen, in Höhe von insgesamt T€ 3.684 fremdfinanziert.

Der Kostenanteil, der die Fremdfinanzierung übersteigt sowie alle anderen Investitionen wurden aus Eigenmitteln getragen. **Öffentliche Fördermittel** in Form von Zuschüssen standen für die in 2010 durchgeführten investiven Maßnahmen **nicht zur Verfügung**.

Die Modernisierung und Sanierung des Kernbestandes und die zielgruppenspezifische Produktentwicklung haben sich neben dem Abriss von verlustbringenden Wohnungsbeständen weiterhin mit Erfolg auf die Leerstandsentwicklung ausgewirkt.

Der GWG ist es gelungen, im Geschäftsjahr 2010 eine Wiedervermietungsquote im Gesamtbestand von 105,5 % zu erreichen. Im marktaktiven Kernbestand lag diese bei 121,2 %. Die **Leerstandsquote** im Gesamtbestand **entwickelte sich rückläufig** von 13,3 % per 31. Dezember 2009 auf 11,9 % per 31. Dezember 2010. Im marktaktiven Kernbestand war zum Stichtag 31. Dezember 2010 ein Leerstand von 9,5 % zu verzeichnen. Komplett leer gezogene und nicht mehr bewirtschaftete Gebäude/Wohnungen sind dabei nicht mehr Bestandteil der Betrachtung.

Die durch den Leerstand verursachte **Erlösschmälerung** an der Sollmiete **reduzierte sich** von 11,8 % per 31. Dezember 2009 auf 11,6 % per 31. Dezember 2010.

1.2.2 Umsetzung des Sanierungskonzeptes nach § 6a Altschuldenhilfegesetz

Die nachhaltige Stadtentwicklung ist eine vorrangige sowohl städtebauliche als auch wohnungspolitische Zielstellung. Bei der Bewältigung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Folgen von Schrumpfung und Strukturwandel hat sich das Programm „Stadtumbau-Ost“ sehr bewährt. Es stellt neben der zusätzlichen Entlastung von Altverbindlichkeiten nach § 6a Altschuldenhilfegesetz (AHG) einen elementaren Beitrag zur Bewältigung der Leerstandsproblematik und zur Stabilisierung der Wohnungsunternehmen und der Städte dar.

Bei der Umsetzung der **Stadtentwicklungskonzepte** für Halle-Neustadt leistet die GWG einen Hauptanteil. Sie ist gerade im Prozess der demografischen und sozialen Entwicklung ein zuverlässiger Partner der Kommune und als **Hauptakteur** unverzichtbar. Nur mit kommunalen Wohnungsunternehmen kann in erheblichem Maße die Gestaltung des Stadtumbaus und der Stadtentwicklung beeinflusst werden.

Die GWG realisierte, wie viele andere kommunale und genossenschaftliche Unternehmen, im Zuge der Beseitigung überschüssigen Wohnraums eine **Bereinigung** des **Wohnungsmarktes mit eigener Kostenbeteiligung** und, bezogen auf die jährlichen Investitionen, einen bedeutenden Beitrag im Rahmen des Programms „Stadtumbau-Ost“.

Der Bevölkerungsrückgang in Halle-Neustadt und der einhergehende Rückgang der Wohnungsnachfrage haben dazu geführt, dass sich auch in 2010 die bewirtschaftete Fläche weiter reduziert hat. Der **Reduktionsprozess** stellt für das Wohnungsunternehmen eine **hohe Belastung** dar. Das Förderprogramm „Stadtumbau-Ost“ sowie die zusätzliche Entlastung von Altverbindlichkeiten reduzieren die Kosten der Schrumpfung, sodass die Gesellschaft den Prozess **wirtschaftlich langfristig** darstellen kann.

Im Rahmen des in 2002 aufgestellten **Sanierungskonzeptes gemäß § 6a AHG** liegt der GWG für insgesamt 2.885 Wohnungen (167.504,97 m^2) die Bestätigung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf zusätzliche Entlastung von Altverbindlichkeiten nach dem Abriss vor. Die Gesellschaft wird nach der vollständigen Umsetzung des unternehmerischen Sanierungskonzeptes den ursprünglich per 31. Dezember 2001 vorhandenen eigenen Wohnungsbestand durch den Abriss um mehr als ein Fünftel reduziert haben.

Das entspricht einem Anteil von etwas mehr als der Hälfte des insgesamt von den Eigentümern im Stadtteil Halle-Neustadt vorgesehenen Abbruchvolumens.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde die Förderung für den Abriss aus dem Programm „Stadtumbau-Ost“ für drei Wohngebäude bewilligt. Davon konnte ein Wohngebäude noch in 2010 realisiert werden. Die Teilentlastung der Altschulden (T€ 175) für dieses Gebäude ist noch im Berichtsjahr erfolgt. Ein Teil der bewilligten Fördermittel aus dem Programm „Stadtumbau-Ost“ (T€ 33) konnte noch in 2010 abgerufen werden.

Bis zum 31. Dezember 2010 hat die Gesellschaft bereits 91,2 % der beantragten Wohnungen abgerissen bzw. rückgebaut. Dafür erhielt die Gesellschaft bis zum Berichtszeitpunkt Fördermittel in Höhe von insgesamt T€ 7.745. Der bewilligte Betrag für die Entlastung von Altverbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt T€ 11.819. Die Summe der durch die KfW bisher insgesamt gezahlten Teilentlastung für alle bereits realisierten Abrisse bzw. Rückbauten beläuft sich per 31. Dezember 2010 auf T€ 10.740.

Für den **Abriss von Gebäuden**, für die zum Berichtszeitpunkt die komplette Kostenabrechnung vorlag, **finanzierte die GWG rund 30,8 %** der insgesamt angefallenen Kosten (T€ 11.575) **aus Eigenmitteln**.

Insgesamt ergibt sich ein Kostenfaktor von **ca. € 77 pro m² abgerissener Wohnfläche**. Im Berichtsjahr wendete die Gesellschaft für den Abriss von Wohngebäuden im Rahmen des Sanierungskonzeptes insgesamt T€ 748, für sonstigen Abriss T€ 18 auf.

Die Gesellschaft plant **bis Ende 2011** die **vollständige Realisierung des Abrisses** aller dafür im **Sanierungskonzept gemäß § 6a AHG** vorgesehenen Wohngebäude.

Im Geschäftsjahr 2010 entschieden sich über **92 % der vom Leerzug wegen Abriss betroffenen Mieter wieder für eine Wohnung bei der GWG**.

Ein bemerkenswertes Ergebnis, welches den **vielfältigsten Bemühungen** der Gesellschaft und der **umfangreichen Betreuung** der betroffenen Mieter geschuldet ist. Das dadurch verbesserte Vermietungsergebnis zeigt den Erfolg und die Chance für die Gesellschaft.

Der Trend zu unrealistischen Forderungen und der Rückgang der Kompromissbereitschaft der betroffenen Mieter erschwerten den Leerzug jedoch zunehmend. Lösungen konnten nur mit erheblichem Zeitaufwand erreicht werden. Abstandszahlungen hat die GWG auch in 2010 nicht geleistet.

Der **Koalitionsvertrag** der Bundesregierung **verankert die Fortführung des Stadtumbaus bis 2016**. Für den weiteren Erfolg des Stadtumbaus Ost ist jedoch auch eine flankierende **Anschlussregelung für die Altschuldenentlastung** für zum Abriss vorgesehene Wohngebäude, die nicht Bestandteil des Sanierungskonzeptes nach § 6a AHG sind, unverzichtbar. Diese ist durch die Bundesregierung bislang noch nicht beschlossen worden.

1.2.3 Moderne Wohnkonzepte

Die Kommunikationsmaßnahmen des zurückliegenden Geschäftsjahres waren im Wesentlichen ausgerichtet auf die Steigerung des Bekanntheitsgrades der GWG, einen weiteren Imagegewinn sowie die Unterstützung der zielgruppenspezifischen Marketingaktivitäten. Als besonderes Ereignis nahm das IBA-Jahr 2010 in den Maßnahmen der Unternehmenskommunikation einen wichtigen Platz ein.

Auch im Geschäftsjahr 2010 konzentrierten sich in der Marketingausrichtung die Aktivitäten neben der bereits erfolgreichen Ausrichtung auf die Zielgruppe der Älteren („Service Wohnen 60plus“) sowie der Studenten, Auszubildenden, Schüler („Blockhouse-City“) auf die Profilierung neuer Produkte und die Einbeziehung neuer Zielgruppen. Bei der **zielgruppenspezifischen Produktentwicklung** stand für die Alleinstellung und Vermarktung des Bestandes die **Quartiers- bzw. Viertelbildung** weiterhin im Vordergrund.

Die **zielgruppenorientierte Quartiersbildung, insbesondere die Erhöhung der Attraktivität des Wohnens für junge Menschen und Familien,** war wiederum ein besonderer Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Ziel ist es, für den Standort Halle-Neustadt zu werben und die Wahrnehmung der Gesellschaft als familienfreundliches Unternehmen weiter zu stärken.

Die GWG passt mit dem anspruchsvollen Projekt **„FamilienWohnen“** ihren Bestand schrittweise weiter den geänderten Wohnbedürfnissen an. **Individuelle** und großzügige **Grundrisslösungen** erzeugen bei den Kunden eine hohe Aufmerksamkeit und großes Interesse. Im Rahmen der zielgruppenspezifischen Entwicklung von Produkten ist es der GWG mit diesem Projekt gelungen, erneut eine für die Bestandsentwicklung wichtige Weiterentwicklung der **Qualität und Individualität der Wohnungsangebote** zu erreichen.

Der im Familienquartier „An den Weinbergwiesen“ **familienfreundlich umgestaltete Innenhof** mit Freizeitmöglichkeiten für alle Altersgruppen rundet das Angebot ab. Mit der Einführung der **kinderfreundlichen Hausordnung** im Familienquartier im Geschäftsjahr 2010 leistet die GWG einen wertvollen Beitrag für das Miteinander von Jung und Alt. Sie ergänzt die reguläre Hausordnung im Familienquartier und ruft zu einem verständnisvollen Miteinander aller Altersstufen auf.

Über **1.400 Wohnungen** und damit fast jede siebte Wohnung der Gesellschaft haben bislang **neue Zuschnitte** bekommen. Die großzügigeren und flexibleren Grundrisse entsprechen damit den heutigen Wohnbedürfnissen der Interessenten. Mehr Wohnfläche, größere und getrennte WC- und Badbereiche, zusätzlicher Stauraum und **flexible Nutzungskonzepte** werden nicht nur von Familien gewünscht. Diesen Weg der Produktentwicklung beschreitet die GWG entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten konsequent.

Die große Nachfrage zeigt den hohen Bedarf an derartigen individuellen, auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnittenen Lösungen.

1.2.4 Soziale Verantwortung

Die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus ist ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements. Neben der Bereitstellung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung sieht die GWG ihren sozialen Auftrag auch darin, die Lebensqualität ihrer Mieter zu verbessern.

Aus diesem Grund unterstützt die Gesellschaft nicht nur zahlreiche ausgewählte lokale Projekte, sondern stellt mit zwei Sozialbetreuerinnen und einer Seniorenbetreuerin auch Personal zur Verfügung, das ganz gezielt auf die Bedürfnisse und Probleme der Mieter eingeht.

Dem hohen Stellenwert des **Mietforderungsmanagements** sowie der großen Bedeutung der **präventiven Arbeit** geschuldet arbeiten zwei Sozialbetreuerinnen intensiv mit den Mietern. Kontinuierlich werden einerseits ein Abbau bzw. die Vermeidung von Ertragsausfällen aus der Vermietung für das Unternehmen und andererseits auch der Erhalt der Wohnung für die betreffenden Mieter angestrebt. Auch hier nimmt die Gesellschaft ihre **hohe soziale Verantwortung** wahr.

Durch dieses intensive Forderungsmanagement konnte per 31. Dezember 2010 eine weitere **Senkung der Mietenrückstandsquote auf 0,5 %** erreicht werden (Vorjahr 0,6 %).

Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von T€ 234 (per 31. Dezember 2009 T€ 295) zu verzeichnen. Titulierte Forderungen, deren Vollstreckung im Unternehmen erfolglos blieb, werden an ein Inkassobüro zur weiteren Verfolgung übergeben.

Um noch gezielter auf die Bedürfnisse älterer Mieter eingehen zu können, arbeitet seit Mitte 2010 eine **Seniorenbetreuerin** erfolgreich im Unternehmen. Die Gesellschaft will mit dieser neuen Form der Kundenbetreuung der demografischen Entwicklung in ihrem Bestand Rechnung tragen und sich den daraus ergebenden Anforderungen stellen. Ziel ist es, den Mietern der GWG durch **gezielte Serviceleistungen in Kombination mit Wohnraumanpassungen** so lange wie möglich ein selbstbestimmtes **Altwerden im vertrauten Umfeld** zu ermöglichen und damit die **Kundenbindung** zu erhöhen.

Ein dichtes Netzwerk mit möglichen Service- und Beratungsangeboten (Behörden, Dienstleistungsunternehmen etc.) konnte bereits in 2010 geknüpft werden.

Die GWG als Unternehmen der öffentlichen Wohnungswirtschaft und kommunales Unternehmen beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolges bereits seit 2005 jährlich ihre Leistungen zur Stadtrendite. Die Maßnahmenkomplexe Stadtentwicklung, Finanzen, Soziales, kommunale Leistungen sowie interne Leistungen für eigene Mitarbeiter sind Bestandteil der Ermittlung und werden in ihrer Höhe bewertet. Die Stadtrendite beinhaltet Leistungen, die langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken, aber auch zu einem wesentlichen Anteil **positive Effekte für die Stadt Halle (Saale)** bringen. Insbesondere **finanzielle und soziale Maßnahmen** bzw. geleistete Aufwendungen der GWG in den o. g. Bereichen führen hier zu Folgeeffekten. Im Ergebnis können in der langfristigen Betrachtung Aufwendungen bzw. **Ausgaben bei der Stadt Halle (Saale)** selbst **vermieden** und damit finanzielle Mittel eingespart werden. Die Wirtschaftsförderung regionaler Anbieter von Investitionen sowie die Aufwendungen des Stadtumbaus (Abriss, Quartiersplanung) stellen wertmäßig bedeutende Kostenblöcke dar. Die Stadtrendite in ihrer Ergebnisbewertung ergänzt die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung und geht über eine formale Erfüllung des Wohnraumversorgungsauftrages der kommunalen Gesellschaft hinaus.

Im Geschäftsjahr 2010 sind wiederum eine Vielzahl von Sponsoringprojekten im sozialen und sportlichen Bereich fortgeführt worden. Die GWG unterstützt des Weiteren zahlreiche themenbezogene Projekte/Vorhaben in der Kommune bzw. arbeitet an diesen mit. Dazu zählt insbesondere der von der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) initiierte „Strategiedialog 2025“.

1.2.5 Familienfreundliches Unternehmen

Als **familienfreundliches Unternehmen** konnte die GWG auch im Geschäftsjahr 2010 ihre individuelle Unternehmenskultur in ihrer Vielfältigkeit festigen und weiterentwickeln.

Familienfreundlichkeit ist nicht nur bei der Entwicklung zielgruppenspezifischer Wohnangebote ein Schwerpunktthema für die GWG. Auch im Unternehmen gehört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Unternehmenskultur und ist längst zu einem entscheidenden Standortfaktor geworden. Flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeitkonten, Teilzeitangebote oder die für drei Jahre nach der Geburt eines Kindes geltende Zusage, nicht aus betriebsbedingten Gründen zu kündigen, sind nur einige wenige Beispiele der familienbewussten Personalpolitik. Zudem schafft die GWG mit familienfreundlichen Wohnungszuschnitten und einem entsprechenden Wohnumfeld auch für Mieter Bedingungen, die den heutigen Bedürfnissen von Familien gerecht werden.

Bereits in 2009 wurde die GWG im Rahmen des „**audit** beruf**und**familie®“zum **zweiten Mal erfolgreich als familienfreundliches Unternehmen zertifiziert**. Die Gesellschaft genießt für ihr Engagement gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitern große Anerkennung. Damit nimmt die Gesellschaft eine Vorbildrolle ein, die u. a. auch zu der **Mitwirkung in der Unternehmerinitiative „Familienfreundliches Halle“** geführt hat. Kooperationen wie diese stärken nicht nur das Unternehmen selbst, sondern auch die Region als familienfreundlichen Standortfaktor. Ziel der Initiative ist es, über einen verstärkten Erfahrungsaustausch, eigene Projekte voranzutreiben sowie Erfahrungen an andere Unternehmen weiter zu geben.

Der Personalbestand ist im Berichtszeitraum konstant geblieben, das Modell der Altersteilzeit wurde weitergeführt. Damit setzt die Gesellschaft eine personalpolitische Entwicklung fort, die seit 1999 erfolgreich praktiziert wird und neben dem sozialverträglichen Übergang der älteren Mitarbeiter aus dem Arbeitsleben eine ausgewogene Altersstruktur der Belegschaft sowie ein hohes Maß an Planungssicherheit gewährleistet.
Des Weiteren ermöglicht die Gesellschaft zurzeit acht jungen Menschen die Chance zur Ausbildung im Unternehmen. Die Aus- und Weiterbildung wird außerdem durch zahlreiche interne und externe Seminare sowie Mitarbeiterschulungen forciert. Damit setzt die GWG ihre nachhaltig wirkende Aus-, Fort- und Weiterbildungspolitik fort. Darüber hinaus werden regelmäßig Praktikumsplätze vergeben.

Unternehmerischer Erfolg beruht auf einer **wertebasierten Unternehmenskultur**, die Partnerschaft, Dialog, Transparenz und Leistung fördert.

Seit Jahren arbeitet die Gesellschaft mit Zielvorgaben, die sich als erfolgreiches Führungselement erwiesen haben und damit zum Unternehmenserfolg beitragen. Das Führen nach Zielen, Transparenz und Delegation sind unverzichtbare Motivationselemente im Unternehmen.

1.2.6 Risikomanagement im Konzern

Die Gesellschaft verfügt über ein **Risikomanagementsystem**, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Negative Tendenzen sind damit frühzeitig erkennbar und ermöglichen, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100 %igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen war eine **Neuausrichtung der Tochtergesellschaft** in Richtung einer engeren Bindung an die GWG erforderlich. Die BHT ist daher, entsprechend der grundsätzlichen Ausrichtung ihrer Tätigkeit im Sinne des In-House-Geschäftes, schwerpunktmäßig für die GWG tätig.

Das Tochterunternehmen BHT hat sich stabilisiert und befindet sich in der Optimierungsphase. Die Ausrichtung zum In-House-Geschäft wurde in 2010 weiter intensiviert. Die Tochtergesellschaft beendete das Geschäftsjahr 2010 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 147.

Die beiden kommunalen Wohnungsunternehmen der Stadt Halle (Saale) sollen nach Stadtratsbeschluss vom 21. November 2007 von 2008 bis 2012 **Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushalts von insgesamt Mio. € 214,4** zur Verfügung stellen.

Die zu leistenden Beiträge der Wohnungsgesellschaften entsprechen ihrer Bestandsrelation in der Vermietung/Bewirtschaftung.

Die GWG hat trotz Immobilien-, Wirtschafts- und Finanzkrise und komplizierter Rahmenbedingungen auch im Geschäftsjahr 2010 den von der Stadt Halle (Saale) geforderten Beitrag in Höhe von Mio. € 5,1 und damit **bereits 80 % (Mio. € 34,1) des geforderten Eigenanteils** zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes **bereitgestellt**.

1.3 Darstellung der wirtschaftlichen Lagen der Gesellschaft

1.3.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2009 um rd. 3,0 % auf T€ 334.934 vermindert.

Auf der Aktivseite verringerte sich insbesondere der Wert der Sachanlagen aufgrund geringerer Investitionen sowie erhöhter Abschreibungen. Die flüssigen Mittel sind um T€ 4.271 gesunken. Der Liquiditätsabbau war insbesondere bedingt durch die Ausschüttung an die Gesellschafterin (T€ 5.100) im Jahr 2010. Die Vermögensstruktur hat sich geringfügig mit einem Anteil von 90,6 % (Vorjahr 89,5 %) zugunsten des langfristig gebundenen Vermögens verändert.

Das gezeichnete Kapital blieb mit T€ 12.782 gegenüber dem Vorjahr unverändert. Auf der Passivseite führten die Ausschüttung sowie der aktive Schuldenabbau zu einem Rückgang des Gesamtkapitals. Die Eigenmittelquote erhöhte sich auf 52,3 % am Gesamtkapital. Die Eigenkapitalausstattung liegt über dem branchenüblichen Durchschnitt.

Die langfristigen Fremdmittel verringerten sich um T€ 5.475. Dies ist auf planmäßige Tilgungsleistungen von insgesamt T€ 5.614 zurückzuführen. Neuaufnahmen von langfristigen Finanzierungen wurden in Höhe von T€ 3.860 getätigt. Des Weiteren wirkt sich der Rückgang langfristiger Rückstellungen durch ihre Inanspruchnahme aus. Dem langfristig gebundenen Vermögen stehen ausreichend langfristiges Fremd- und Eigenkapital (94,5 % am Gesamtkapital) gegenüber.

Die Finanzstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 5.232, bedingt im Wesentlichen durch erhöhte Abschreibungen und einem demzufolge geringeren Jahresüberschuss. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von T€ 7.559 reichte aus, um die planmäßigen Tilgungen von T€ 5.614 zu bedienen. Darüber hinaus konnten Investitionen zu einem Teil innenfinanziert werden. Der Finanzmittelfonds beträgt zum 31. Dezember 2010 T€ 14.549.

Die Investitionen haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.548 vermindert. Ursache hierfür sind geringere Ausgaben im Rahmen der Umsetzung des Investitionsprogramms wegen zeitlicher Verzögerung von Genehmigungen.

Die Ausschüttung an die Gesellschafterin sowie die Tilgungen von Kreditverbindlichkeiten führten zu einem Mittelabfluss im Bereich der Finanzierungstätigkeit (T€ 6.843). Gegenüber dem Jahr 2009 zeigt sich eine Verminderung um T€ 5.066. Der Rückgang resultiert aus einer geringeren Erbringung des Beitrages zur Haushaltskonsolidierung der Gesellschaft im Jahr 2010.

Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

1.3.2 Ertragslage

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.061 und schließt mit einem positiven Ergebnis in Höhe von T€ 13.081 ab. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung (T€ 44.921) sind trotz Abrissmaßnahmen gegenüber dem Vorjahr (T€ 44.975) nahezu unverändert. Moderate Mieterhöhungen entsprechend Marktlage und Umlage von Modernisierungskosten sowie die Senkung von Leerstandsverlusten wirkten sich positiv aus. Die durchschnittliche Sollmiete für Wohnungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr 2009. Dem gegenüber stehen erhöhte Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung. Der Anstieg ist insbesondere durch wertintensive Instandsetzungsmaßnahmen im Kernbestand begründet. Zu einem Teil erfolgte die Inanspruchnahme der Bauinstandhaltungsrückstellung für diese Maßnahmen.

Ebenfalls wirkte sich auf das Ergebnis der Hausbewirtschaftung die um T€ 294 gegenüber dem Vorjahr erhöhten Betriebskosten aus.

Das Finanzergebnis ist wesentlich durch den Rückgang der Zinserträge geprägt. Geringere liquide Mittel aufgrund der Abführung an die Gesellschafterin ermöglichen nach derzeitigem Zinsniveau nur begrenzt Zinserträge. Diese Entwicklung führte zu einem Rückgang der Zinserträge um T€ 548. Dem gegenüber ist die Verminderung der Zinsaufwendungen um T€ 353 auf Tilgung von Kreditverbindlichkeiten im Geschäftsjahr zurückzuführen.

Die Erträge aus dem Gewinnabführungsvertrag sind mit T€ 147 höher gegenüber dem Jahr 2009 (T€ 50).

Im außerordentlichen Ergebnis sind insbesondere außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf Wohngebäude (T€ 4.392) wirksam.

Im Jahr 2010 ergeben sich keine Belastungen der GWG mit Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer. Steuerrückstellungen waren nicht zu bilden.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2010 mit einem Jahresüberschuss von T€ 2.928 ab (Vorjahr T€ 7.653). Der Geschäftsverlauf stellt sich insgesamt positiv dar.

2 Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Maßgebend für die Geschäftspolitik der Gesellschaft wird eine wettbewerbsgerechte Gestaltung des eigenen Wohnungsangebotes unter Beachtung der von hoher Fluktuation und stagnierendem Einkommensniveau geprägten Marktsituation sein. Deshalb setzt die GWG zur langfristigen Bindung ihrer Kunden und damit zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolges auch weiterhin auf **zielgruppenorientierte Produkt- und Serviceangebote**. Die **Entwicklung individueller Produkte** ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil der Bestandsentwicklungskonzeption der GWG.

Das Nachfragegefüge auf dem Wohnungsmarkt wird sich aufgrund des demografischen Wandels auch weiterhin nachhaltig verändern, sodass **quantitative und qualitative Anpassungen des Wohnungsangebotes** erforderlich sein werden. Ein stetiges Überprüfen und Anpassen der Bestands- und Unternehmensausrichtung ist daher unerlässlich.

Die Kernkompetenz der Gesellschaft liegt auch weiterhin in der **Sicherung der kommunalen Daseinsfürsorge**. Die GWG leistet mit der sicheren, sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung - dazu gehören auch einkommensschwache Bürger sowie Empfänger von Transferleistungen - einen wichtigen **Beitrag zum sozialen Frieden** in der Stadt und zur **Stabilisierung der Wohnquartiere**.

Die GWG betreibt aktiv Stadtteilpolitik sowohl beim Stadtumbau als auch bei der Schaffung sozialer Netzwerke. Sie agiert als Gestalter und Moderator zwischen vielen beteiligten Akteuren im Stadtgebiet und ist dabei ein stabiler, verlässlicher und kompetenter Partner für die Stadt Halle (Saale). Die Gesellschaft wird ihrem hohen Anspruch, Hauptakteur im Stadtgebiet Halle-Neustadt zu sein, weiter gerecht werden.

Die GWG übernimmt entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten Verantwortung für intakte Wohn- und Lebensräume und damit die Fürsorge für die Entwicklung der Stadt und des Stadtteils sowie seiner Bewohner. **Quartiersgestaltung und Sozialmanagement ergänzen das Kerngeschäft** der Gesellschaft und werden an Bedeutung noch wesentlich zunehmen.

Der Stadtumbau wird aufgrund des gesellschaftlichen Strukturwandels und der demografischen Entwicklung auch in den kommenden Jahren weiter die zentrale Aufgabe bleiben müssen. Mit der kontinuierlichen Fortführung des Programms „Stadtumbau-Ost“ besteht die Chance der Anpassung der Strukturen des Wohnungsbestandes an die sich entwickelnden Bevölkerungsstrukturen.

Die GWG wird als familienfreundliches Unternehmen auch zukünftig ihre individuelle Unternehmenskultur weiterentwickeln und festigen. Die positive Wechselbeziehung zwischen Mitarbeiterzufriedenheit, Kundenorientierung und ökonomischer und sozialer Verantwortung sowie die Orientierung an zentralen Werten wie Selbstverantwortung, Vertrauen, Toleranz, Integrität und Respekt sind Grundlage des Erfolges der GWG und zeigen, dass eine derart gelebte Unternehmenskultur zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil werden kann.

Ein Sechstel der Arbeitnehmer der GWG hat einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen. Dies ermöglicht dem Unternehmen frühzeitig eine positive Entwicklung der Verwaltungskosten einerseits und den Ersatz von Fachkräften andererseits planmäßig und wirtschaftlich zu gestalten. Die GWG hat dafür eine mittelfristige Personalplanung bis 2013 aufgestellt. Erste organisatorische Veränderungen wurden bereits im Jahr 2010 wirksam. Die Gesellschaft plant keinen betriebsbedingten Stellenabbau.

Seit dem Geschäftsjahr 2008 muss die GWG Beiträge zur Sanierung des städtischen Haushalts leisten. Die GWG wird auch im Jahr 2011 planmäßig den zu leistenden Beitrag von T€ 3.900 abführen und damit insgesamt bereits 89 % des bisher geforderten Eigenanteils (T€ 42.600) erbracht haben.

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung wird durch die städtischen Gremien die aktuelle Haushaltslage beraten. Eine Beschlussfassung zur Haushaltskonsolidierung wird in den nächsten Wochen erwartet.

Die GWG wird auch in 2011 ein wertintensives Investitionsprogramm durchführen. Es sieht insgesamt rund Mio. € 16 für größere Bauprojekte und für zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung und Modernisierung des GWG-Bestandes vor.

Die Gesellschaft verfügt als Steuerungsinstrument zur mittelfristigen Prognose des Unternehmenserfolges über eine Bilanz-, Wirtschafts- und Finanzplanung. Auf dieser Grundlage können wesentliche Kennzahlen der zukünftigen Unternehmensentwicklung prognostiziert werden. Diese 3-Jahres-Planung wird jährlich überprüft und an veränderte Rahmenbedingungen sowie an die Entwicklungen der Risikofaktoren angepasst. Die Gesellschaft rechnet mit einem weiteren positiven Geschäftsverlauf im Planungszeitraum.

3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft wird den kontinuierlichen Prozess der **nachhaltigen Pflege und Verbesserung des Wohnungsbestandes** im Rahmen ihrer Ertragskraft weiter fortsetzen, um dessen Marktfähigkeit dauerhaft zu sichern. Der Bedarf an Investitionen wird **auch zukünftig auf hohem Niveau** bleiben müssen.

Neben der gezielten Qualitätsverbesserung der Bestände bilden vielfältige Maßnahmen zur **Verbesserung des Kundenservices und damit zur Verstärkung der Kundenbindung** in den kommenden Jahren Schwerpunkte der Unternehmenstätigkeit.

Wettbewerbsvorteile lassen sich nur mit einer **Ausdifferenzierung der Wohnungsangebote** erzielen. Die bisherigen guten Erfahrungen bei der Entwicklung von Angeboten für Senioren, Studenten oder für Familien werden genutzt, um weitere Angebote für diese und für weitere Zielgruppen zu entwickeln und dabei die Vorzüge des Standortes mit den Wohnwünschen und besonderen Anforderungen zu verbinden. Die **zielgruppenorientierte Quartiersbildung** wird daher auch zukünftig ein besonderer Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sein.

Die sorgfältige Marktbeobachtung ermöglicht es, auf veränderte Anforderungen und Ansprüche zu reagieren. So erhöht die Gesellschaft die Attraktivität der Wohnungen und des Wohnumfeldes durch den weiteren gezielten Ausbau von zielgruppenspezifischen Angeboten und gewährt den Bewohnern darüber hinaus Wohnsicherheit in funktionierenden Nachbarschaften. Dies stärkt in Verbindung mit dem Ausbau von Serviceangeboten für die Mieter das Image der Gesellschaft als Garant für gutes, preiswertes und sicheres Wohnen. Besonders im Hinblick auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung sind soziale Dienstleistungen ein bedeutender Marktfaktor.

Das Engagement der Gesellschaft im Sozial- und Quartiersmanagement trägt ganz wesentlich dazu bei, die Wohnquartiere zu stabilisieren und funktionierende Nachbarschaften zu erhalten.

Energetische Gebäudesanierungen zur Reduzierung der Heizkosten in Wohngebäuden sind bei der GWG in 2010 verstärkt vorgenommen worden und werden auch in den kommenden Jahren fortgeführt. Insbesondere die Einbindung der **Solarthermie** als **regenerative Energiequelle** wird den **Marktvorteil** des Wohnungsbestandes erhöhen und daher als Chance verstanden.

Das Bewahren der Balance zwischen eigenen Ideen, den Trends auf dem Wohnungsmarkt, spezifischen Wohnwünschen und den realen unternehmerischen Möglichkeiten sowie zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Engagement am Standort steht bei allen Vorhaben im Vordergrund.

Neue Potenziale ergeben sich aus dem **Erwerb von Grundstücken und dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien** auch außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt.

Qualitativ hochwertige Wohnungsneubauten sowie die anspruchsvolle Sanierung von Wohngebäuden an ausgewählten Standorten außerhalb des Stadtteils stellen für die GWG eine wichtige Alternative und Ergänzung zu Investitionen in ihre Bestandsimmobilien dar, sofern sie mit nachhaltigen Renditen realisiert werden können. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, den Bestand zu erweitern und zu verjüngen sowie an den Wandel und die Vielfalt der Lebensformen und Ansprüche anzupassen.

Erstmalig wird die GWG im Geschäftsjahr 2011/2012 ein Bauvorhaben realisieren, das außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt liegt. In 2010 hat die Gesellschaft ein zu einem Flächendenkmal gehörendes Grundstück mit einer Bestandsimmobilie angekauft. Das Projekt sieht vor, diese denkmalgerecht zu modernisieren sowie drei 2-geschossige KfW-Effizienzhäuser neu zu errichten. Insgesamt werden 20 hochwertige und modern ausgestattete Wohnungen in einem grünen Umfeld entstehen.

Die Gesellschaft wird diese Strategie auch in den kommenden Jahren konsequent weiter verfolgen.

Der demografische Wandel und die daraus erwachsende große Nachfrage nach selbstbestimmten Wohn- und Lebensformen stellen neue Anforderungen an das **Leben, Wohnen und Arbeiten im Alter**. Der Umgang mit den **Auswirkungen der Alterung** wird eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderung der nächsten Jahrzehnte nicht nur für die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitgeber, sondern auch für die Wohnungswirtschaft sein. Daher stellt speziell das Thema Wohnen im Alter auch künftig eine der **Schwerpunktaufgaben der GWG** dar.

Zur Intensivierung und Erweiterung des Beratungs- und Hilfsangebotes für ältere Mieter plant die Gesellschaft den **weiteren Ausbau der Seniorenbetreuung**. Nachdem bereits in 2010 eine Seniorenbetreuerin ihre Arbeit mit Erfolg aufnahm, sollen ab dem zweiten Halbjahr 2011 zwei Seniorenbetreuer-Assistenten diese unterstützen und zur weiteren Verbesserung des Kundenservices und damit zur Verstärkung der **Kundenbindung** beitragen. Des Weiteren sieht die Gesellschaft aufgrund des umfassenden Services für ältere Menschen eine erhöhte Chance der **Neukundengewinnung**.

Die Bemühungen der GWG sind - neben einem breiten Angebot von Wohnungen, welches auf die besonderen Bedürfnisse älterer und älter werdender Menschen ausgerichtet ist - vor allem auch darauf gerichtet, den Zuzug von jüngeren Menschen/Familien nach Halle-Neustadt bzw. deren Verbleib im Stadtteil zu forcieren, um die gesellschaftlichen Probleme der demografischen Entwicklung abzumildern. Sehr gut ist das der Gesellschaft bislang mit den Angeboten für Studenten, Schüler und Auszubildende unter der Dachmarke „Blockhouse-City“ sowie mit dem Projekt „FamilienWohnen“ gelungen.

Die GWG baut ihr Portfoliomanagementsystem zielgruppenspezifisch unter Berücksichtigung der demografischen Prognosen weiter aus und verfügt damit über eine verlässliche Basis zur Analyse der im Immobilienbestand vorhandenen Chancen und Risiken. Investitions- oder Deinvestitionsentscheidungen werden auf dieser Grundlage mit dem Ziel gesteuert, die nachhaltige Ertragskraft des Unternehmens weiter zu stärken.

Ein Abriss weiterer Wohngebäude im Rahmen des Programms „Stadtumbau-Ost“ wird von der Gesellschaft dann als Chance klassifiziert, wenn die finanzielle Ausstattung des Programms von Bund und Ländern zumindest auf dem bisherigen Niveau verbleibt - flankiert von der Entlastung aller abgerissenen Wohnungen von den Altschulden.

Die GWG hat sich, trotz der oft als besonders innovativ bezeichneten Finanzierungsmöglichkeiten, in der Vergangenheit **konservativ finanziert**. Diese sich als **langfristig erfolgreich zeigende Philosophie** wird auch weiterhin in der Finanzierungspraxis Anwendung finden.

Die Gesellschaft agiert transparent und kommuniziert aktiv mit ihren Finanzierungspartnern, um das entgegengebrachte Vertrauen aufrecht zu erhalten.

Für zwei im Geschäftsjahr 2011 geplante Modernisierungsvorhaben erteilte die Deutsche Kreditbank AG der GWG bereits in 2010 die Zusage für zwei KfW-Darlehen in Höhe von insgesamt T€ 880.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Demografischer Wandel, sozioökonomische Entwicklungstendenzen und die Verstärkung sozialer Ungleichheiten beeinflussen das unternehmerische Umfeld. Sich ändernde politische Rahmenbedingungen, der technische Fortschritt und die Globalisierung stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen.

Nachhaltig unterbunden hat die in den vergangenen drei Jahren bestandene Immobilien-, Wirtschafts- und Finanzkrise die Bestrebungen der Gesellschaft zum Verkauf von Immobilienbesitz zur Refinanzierung der Haushaltsbeiträge an die Gesellschafterin. Bis heute liegen keine Kaufangebote zu akzeptablen Preisen vor. Die Gesellschaft geht davon aus, dass voraussichtlich auch im Jahr 2011 Wohnungsverkäufe nicht oder nur zu nicht vertretbaren Bedingungen realisierbar sein werden.

Entsprechend des Gesellschafterbeschlusses vom 07. Februar 2008 wird die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2008 bis 2012 Konsolidierungsbeiträge für den städtischen Haushalt von der GWG vereinnahmen. Die GWG kann die von der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) geforderten Beiträge zur **Haushaltskonsolidierung** nur unter **hohem Verlust von Liquidität** sowie über erhöhte Darlehensaufnahmen refinanzieren. Dennoch kommt bei der GWG der ursprüngliche Gesellschafterbeschluss zum Tragen. Darüber hinausgehende Beiträge können jedoch nicht geleistet werden. Dies würde zu einer Existenzgefährdung der Gesellschaft führen.

Auf das regelmäßige Tagesgeschäft der Gesellschaft in der Vermietung hatte die Immobilien-, Wirtschafts- und Finanzkrise keine spürbaren Auswirkungen.

Zukünftig sind jedoch aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen negative Folgen für die Nachfrage nach Wohnraum sowie negative Auswirkungen auf das Zahlungsverhalten der Mieter nicht auszuschließen. Insofern erhöhen sich in den nächsten Jahren das **Leerstandsrisiko** und das Risiko steigender Mietausfälle.

Zusätzlichen Einfluss nehmen die demografische Entwicklung und die steigende Zahl älterer und armer Einwohner. Junge Menschen dagegen fehlen am Arbeitsmarkt.

Ebenso könnte es durch Ausfälle von Handwerksfirmen zu Verzögerungen im Bauablauf und zu Verteuerungen von Bau-, Modernisierungs- und Instandhaltungsleistungen kommen.

Die gegenwärtigen sozioökonomischen Entwicklungstendenzen mit einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten und einer Ausdifferenzierung der Lebensstile werden anhalten und sich auch in der Veränderung der sozialräumlichen Strukturen niederschlagen.

Der **zunehmenden sozialen Segregation** entgegenzuwirken ist eine der wichtigsten Aufgaben der GWG und der anderen vor Ort agierenden Unternehmen.

Die **engen finanziellen Grenzen** der Stadt Halle (Saale) für die **Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU)** nach SGB II verstärken die Tendenz zu einer sozialen Segregation zusätzlich. Aufgrund der Herabsetzung der Nettokaltmiete für die KdU auf € 4,10 pro m² Wohnfläche ist die Refinanzierung von notwendigen Investitionen (u. a. energetische Sanierungsmaßnahmen zur weiteren Senkung der Betriebskosten) über die Modernisierungsumlage bei zunehmender Anzahl von Mietern mit Transfereinkommen in verschiedenen Liegenschaften der Gesellschaft kaum oder gar nicht mehr möglich.

Die Investitionsplanung der Gesellschaft wird darauf ausgerichtet. Um ausreichend Wohnraum mittlerer Preisklasse für Transfereinkommensbezieher anbieten zu können, werden daher energetische Sanierungsmaßnahmen in einigen Wohngebäuden nicht mehr geplant.

Um zukünftig dem Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt standhalten zu können, ist es mehr denn je erforderlich, die **Nebenkosten zu senken**. Insbesondere durch energetische Sanierungen lassen sich Heiz- und Warmwasserkosten, welche einen hohen Anteil bei den Betriebskosten einnehmen, reduzieren. **Notwendig** dafür sind aber **gesicherte Rahmenbedingungen**, damit energetische Modernisierungen wirtschaftlich durchführbar sind und bleiben. Immer höher werdende Anforderungen an das energiesparende Bauen und die Einführung von neuen **Nachrüst- und Nutzungspflichten** wirken sich jedoch **gegenteilig** auf die Investitionsplanungen aus.

Die seit 2007 jährlich individuell **reduzierte Abrissförderung** durch die Stadt Halle (Saale) sowie die hohen Verwaltungskosten der Investitionsbank Sachsen-Anhalt **beeinträchtigten** die Wirtschaftlichkeit von Abrissmaßnahmen **in erheblichem Umfang**. Dennoch hat sich die GWG dazu entschlossen, an der **Umsetzung des Sanierungskonzeptes gemäß § 6a AHG** festzuhalten, um die beantragte Teilentlastung von Altschulden zu erhalten und Leerstandsverluste zu senken.

Die demografischen Perspektiven für Halle-Neustadt in den nächsten 15 Jahren stellen der Gesellschaft die Aufgabe, das im Geschäftsjahr 2011 abzuschließende Sanierungskonzept gemäß § 6a AHG aus dem Jahr 2002 weiterzuentwickeln.

Durch die Prognose des Forschungsinstitutes empirica AG Berlin wird ein Bevölkerungsrückgang in Halle (Saale) beschrieben, der für alle Akteure auf dem Wohnungsmarkt Beeinträchtigungen bei der Wohnungsnachfrage zur Folge haben wird.

Für den Stadtteil Halle-Neustadt wird ein Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte zwischen 20 und 30 % prognostiziert. Für die GWG bedeutet das, da sie in fast allen Stadtvierteln der Neustadt vertreten ist, dass sich dieser Nachfragerückgang nahezu proportional auswirken könnte. Aufgrund dieses Szenarios plant die Gesellschaft einen weiteren Rückgang des Wohnungsangebotes in Halle-Neustadt.

Aufgrund der zurzeit noch fehlenden Anschlussregelung zur Behandlung der Altschulden für zum Abriss vorgesehene Gebäude plant die Gesellschaft nur die Stilllegung von Wohnungen und Gebäuden, nicht jedoch deren Abriss. Das komplementäre Förderprogramm „Stadtumbau-Ost“ ist bis zum Jahr 2016 befristet. Die Gesellschaft geht nicht davon aus, dass dieses Programm in seiner jetzigen Form nochmals verlängert wird. Daraus entsteht zusätzlich das Risiko, dass leerstehende Gebäude aufgrund fehlender Fördermittel nicht kostendeckend oder gar nicht abgerissen werden können.

Nach derzeitigem Stand soll die Altschuldenproblematik erst im Jahr 2012 im Rahmen der Zwischenberichterstattung zum Stadtumbau Ost erneut geprüft werden. Damit besteht in der Zwischenzeit die Gefahr, dass der Stadtumbau ins Stocken gerät und der Erfolg des Stadtumbaus Ost insgesamt gefährdet wird.

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

Das niedrige Niveau im Geldmarkt wird sich voraussichtlich auch in 2011 nicht wesentlich verbessern. Grundsätzlich gefährdet sind die Finanzmittel der Gesellschaft nicht, da sie ausschließlich bei inländischen Banken in Euro angelegt wurden. Wechselkursrisiken bestehen nicht.

4 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

Der Antrag auf Teilentlastung gemäß § 6a AHG für den Abbruch eines Gebäudes in Höhe von T€ 380 konnte im Februar 2011 bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gestellt werden. Die Auszahlung der Teilentlastung durch die KfW an das Kreditinstitut erfolgte per 15. März 2011.

5 Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hansering 19
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 102.259

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	102.259	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Wahlen, Heinrich

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter
	David, Dirk
	Ewert, Gertrud
	Haupt, Ute
	Koch, Melanie
	Dr. Meerheim, Bodo
	Rothe, Uwe
	Sänger, Frank
	Sommer, Manfred
	Sprung, Michael
	Wildgrube, Martina

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	25	29

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	466.507	89	451.687	87	449.269	84	14.820	3
Umlaufvermögen	48.281	9	61.845	12	83.113	16	-13.565	-22
Rechnungsabgrenzungsposten	6.646	1	4.379	1	2.080	0	2.267	52
Bilanzsumme	**521.434**	**100**	**517.911**	**100**	**534.462**	**100**	**3.522**	**1**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	242.638	47	244.111	47	247.019	46	-1.473	-1
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	13.253	3	13.595	3	13.936	3	-342	-3
Rückstellungen	4.082	1	5.145	1	6.425	1	-1.064	-21
Verbindlichkeiten	261.460	50	255.059	49	267.080	50	6.401	3
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	0	1	0	-1	-58
Bilanzsumme	**521.434**	**100**	**517.911**	**100**	**534.462**	**100**	**3.522**	**1**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	78.125	79.547	76.795
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-685	-2.763	646
andere aktivierte Eigenleistungen	2.043	1.701	3.123
sonstige betriebliche Erträge	4.424	6.110	7.516
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	34.607	36.591	33.348
Personalaufwand	10.690	10.298	11.568
Abschreibungen	9.387	9.081	9.316
sonstige betriebliche Aufwendungen	9.245	9.400	9.231
Erträge aus Beteiligungen	74	89	90
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	276	968	1.959
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.901	11.238	12.825
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.427	9.045	13.839
außerordentliche Erträge	3.990	4.222	5.099
außerordentliche Aufwendungen	4.355	1.602	3.324
außerordentliches Ergebnis	-365	2.620	1.775
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-171	-20	1.894
sonstige Steuern	5	6	8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9.227	11.678	13.712
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	85	375	3.034
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	923	1.168	1.371
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	8.389	10.885	15.375

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,81	14,68	17,85	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,94	5,01	5,92	%
Cash-Flow:	18.614	20.759	23.028	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	385	390	381	T€
Personalaufwandsquote:	12,74	12,17	13,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,45	87,20	84,05	%
Eigenkapitalquote:	46,53	47,13	46,22	%
Fremdkapitalquote:	53,47	52,87	53,78	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Wohneinheiten	17.150,00	17.676,00	18.346,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	15,60	16,20	17,70	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.244,00	2.243,00	2.243,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	2,50	3,30	4,30	%
Gewerbeeinheiten	298,00	346,00	403,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	19,13	17,60	20,30	%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	15,00	16,00	16,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	0,00	6,30	0,00	%

e) Lagebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise im Vorjahr noch die stärkste Rezession der Nachkriegszeit erlebte, ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2010 wieder kräftig gewachsen. Mit einem Anstieg von 3,6 % entwickelte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) so stark wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Bemerkenswert im Jahr 2010 war, dass die Wachstumsimpulse nicht nur vom Außenhandel, sondern auch aus dem Inland kamen.

Trotz des starken Wirtschaftswachstums stiegen die Verbraucherpreise mit 1,1 % weiterhin nur moderat an. Die Jahresteuerungsrate lag damit im Vergleich seit 1999 weiterhin deutlich unter den jährlichen Teuerungsraten der meisten Jahre.

Die Einwohnerzahl Deutschlands dürfte 2010 nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes leicht gesunken sein. Am Jahresende lebten nach derzeitigem Kenntnisstand 81,7 Millionen Menschen in Deutschland und damit 0,1 Millionen oder 0,1 % weniger als im Vorjahr.

Der demografische Wandel wird 2011 unvermindert weitergehen. Der Osten Deutschlands wird dabei in stärkerem Maße von den Negativprozessen, also vom Rückgang und der Alterung der Bevölkerung, betroffen sein als der Westen. Im Ergebnis der „5. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung Sachsen-Anhalt 2009-2025“ vom Statistischen Landesamt wird in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2025 aufgrund des erwarteten Geburtendefizits und der Wanderungsverluste von einem Bevölkerungsrückgang um 18,6 % ausgegangen.

Auch wenn die Stadt Halle (Saale) in 2010 aufgrund eines positiven Wanderungssaldos einen geringfügigen Bevölkerungszuwachs verzeichnen konnte, ändert dies an der grundsätzlichen Entwicklungstendenz nichts. Nachdem die Stadt Halle (Saale) seit 1990 etwa ein Viertel ihrer Einwohner verloren hat, wird sie gemäß der Bevölkerungsvorausberechnung bis 2025 noch einmal einen Bevölkerungsrückgang von ca. 10 % verkraften müssen. Die Relationen zwischen den Altersgruppen werden sich zugunsten der älteren Bevölkerung ebenfalls verschieben.

Für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft hat dies Folgen sowohl für die Mieterstruktur als auch für die Bestandsentwicklung. Mehr als 20.000 Wohnungen stehen laut aktuellen Erhebungen in der Saalestadt bereits leer. Dies entspricht einer Leerstandsquote von mehr als 14 %.

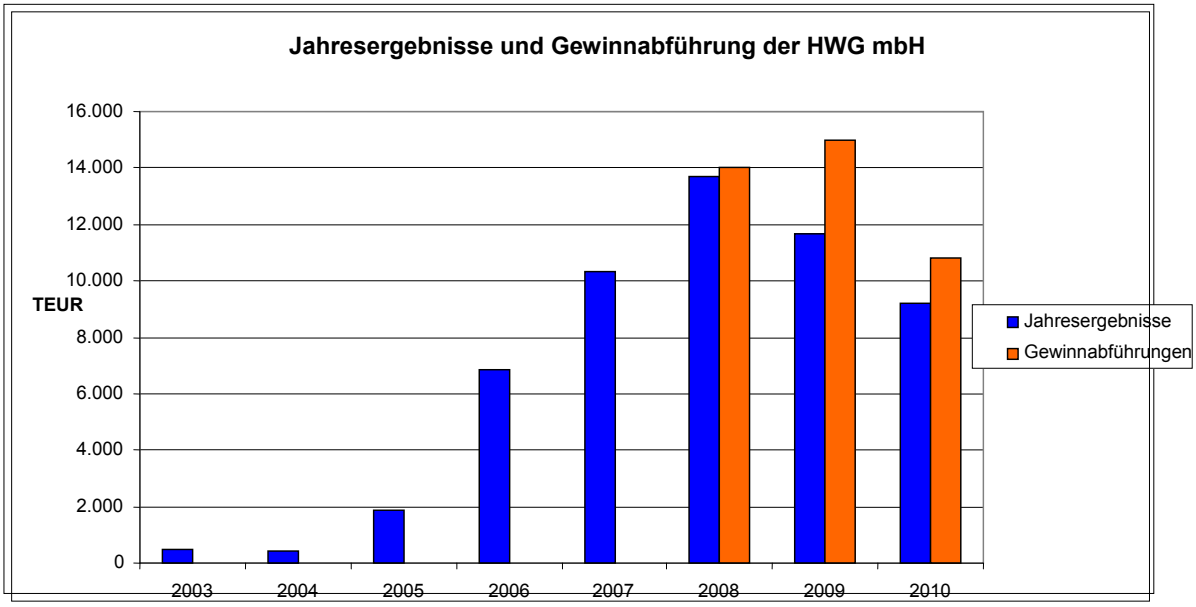
Trotz der deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland sind aufgrund der demografischen Entwicklung und der angespannten Lage des kommunalen Haushaltes in der Stadt Halle (Saale) die Marktbedingungen für die gesamte unternehmerische Wohnungswirtschaft weiterhin schwierig. Die Lage am Wohnungsmarkt ist für die Nachfrager sehr entspannt. Er ist von Angebotsüberhängen geprägt. Die einzelnen Unternehmen haben diese Probleme bisher unterschiedlich bewältigt. Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH hat ihre Marktposition in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert.

1.2. Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Eine konsequente Bereinigung des Portfolios, die Beteiligung am Stadtumbauprozess mit dem Ziel der Verbesserung der Wohnraumversorgung für breite Schichten der Bevölkerung, die eigene Bestandsentwicklung mit einer sozialen Orientierung sowie eine Weiterentwicklung des Mieterservices und eine Anpassung der Verwaltungsstrukturen und -abläufe an die veränderten Rahmenbedingungen waren auch unter den schwierigen Rahmenbedingen die strategischen Eckpfeiler für eine erfolgreiche Unternehmensausrichtung.

Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) hat sich in den letzten Jahren im Hinblick auf ihre Ertrags- und Liquiditätssituation positiv entwickelt.

Dies zeigen die seit acht Jahren in Folge positiven Jahresergebnisse.



Demografische Prozesse, Angebotsüberhänge, Sanierungsrückstau und seit 2007 die Verpflichtung, an der Entschuldung des städtischen Haushaltes mitzuwirken, sind aktuell vielfältige Herausforderungen für die Unternehmensentwicklung.

Der anhaltende demographische Schrumpfungsprozess der Stadt Halle (Saale) einhergehend mit der beschleunigten Veränderung der Altersstruktur führt auch künftig zu Angebotsüberhängen auf dem Wohnungsmarkt. Dabei gewinnt die sich immer deutlicher abzeichnende Unterschiedlichkeit teilräumlicher Entwicklungen zunehmende Bedeutung. Die Erfordernisse des Stadtumbaus, insbesondere die Probleme des strukturellen Leerstandes, bestimmen nach wie vor die strategische Ausrichtung und die Ressourcenverteilung der HWG mbH. Sämtliche Leistungsprozesse stehen seit 2007 nun außerdem unter dem Erfordernis der Erwirtschaftung von Schuldenentlastungsbeträgen für den kommunalen Haushalt.

Seit 2008 führt die HWG mbH Gewinne als Vollausschüttung ab. Im Zeitraum von 2008 bis 2010 wurden dem Gesellschafter insgesamt 39,8 Mio. EUR ausgeschüttet. Dieser Liquiditätsentzug hat die Entwicklung der Gesellschaft verzögert. Die einseitige Gewinnverwendung zur Sanierung des städtischen Haushalts hat die seit 2003 fortwährende und sehr erfolgreiche Konsolidierung der Gesellschaft verlangsamt. Die Gesellschaft hat dennoch die Leistungen im Bereich der laufenden Instandhaltung stabilisieren und auch angemessene Bauinvestitionsprogramme realisieren können.

2. Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und das Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal (HWG KG), einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	Gesellschafter	Anteile	Stammkapital
HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	Stadt Halle (Saale)	100%	102.259.000 EUR
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	Komplementär:		
	Karlo Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Pullach i. Isartal		
	Kommanditisten:		
	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	99,9%	9.990 EUR
	MALIMA Beteiligungs GmbH, Pullach i. Isartal	0,05%	5 EUR
	Christian Zeigermann	0,05%	5 EUR

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

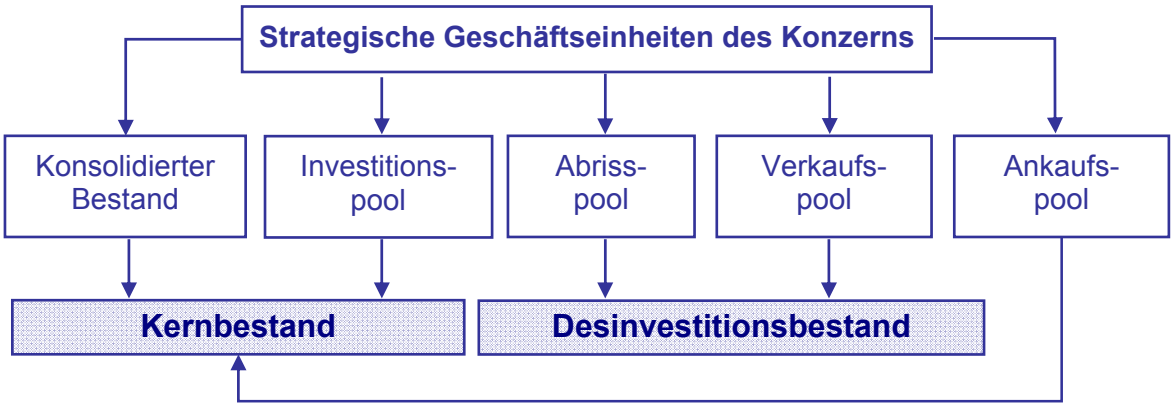
Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bewirtschaftung der Bestände erfolgt durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft, der auch das Ergebnis zufließt.

3. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2010 hat die HWG mbH und der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet.

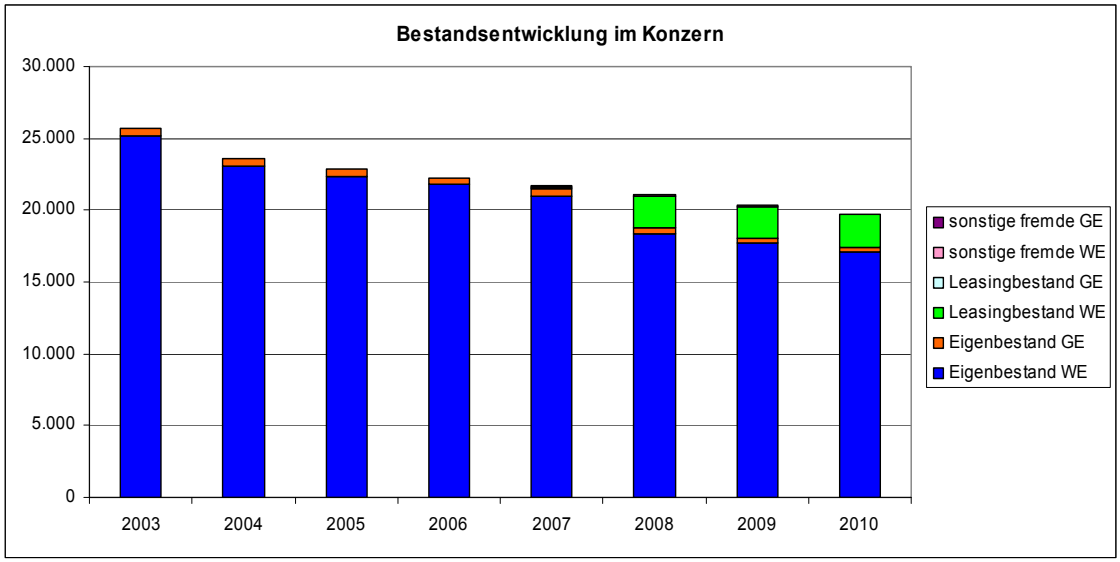
3.1. Strategische Ausrichtung

Die Gliederung des Portfolios in Kern- und Desinvestitionsbestand wird wie in den Vorjahren aufgrund aktueller Marktkenntnisse, Rahmenbedingungen und strategischer Planungsszenarien laufend überprüft und gegebenenfalls angepasst.

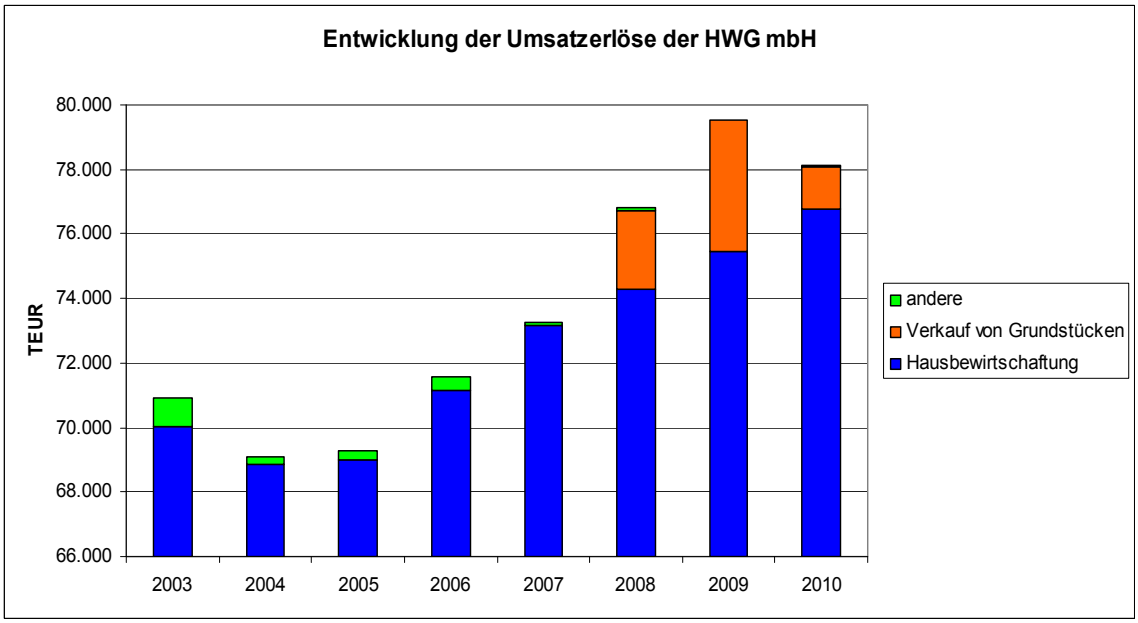


3.2. Hausbewirtschaftung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete eigene Bestand und Leasingbestand im Wesentlichen durch Rückbau, Verkäufe und Sanierungen um weitere 574 Wohn- und Gewerbeeinheiten angepasst. Zum 31. Dezember 2010 verfügt der Konzern über 19.394 Wohneinheiten (VJ 19.919) und 313 Gewerbeeinheiten (VJ 362).



Die Umsatzerlöse der Hausbewirtschaftung entwickeln sich seit Jahren trotz abnehmender Bestände mit steigender Tendenz.



Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Sie ist organisatorisch der Haupt- bzw. Primärprozess. Alle anderen Prozesse sind als Unterstützungs- bzw. Sekundärprozesse zur Verbesserung der Hausbewirtschaftung zu betrachten.

Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den Leasingbeständen im gesamtwirtschaftlichen Risiko.

Für eine Fortschreibung dieser Entwicklungstendenzen ist aufgrund der aktuellen Marktlage mit einem Überangebot an Wohnraum und nicht zuletzt der Auflagen der Gesellschafterin aus der Haushaltskonsolidierung eine stetige Steigerung der Qualitätsanforderungen für das gesamte Unternehmen HWG mbH, insbesondere die Hausbewirtschaftung, erforderlich. Um dem gerecht zu werden, befindet sich die das Kerngeschäft betreuende Abteilung Wohnungswirtschaft in einem ständigen Entwicklungsprozess. So hat sich die Abteilung Wohnungswirtschaft auch im Jahr 2010 neu ausgerichtet und aufgestellt.

Bei dieser Neuausrichtung wurde besonderer Wert auf eine noch kunden- und bestandsorientiertere Bewirtschaftung des Immobilienvermögens gelegt. Durch eine Verstärkung der mittleren Führungsebene konnten die in der Abteilung Wohnungswirtschaft aufgestellten Teams verkleinert und damit eine weitere Spezialisierung hinsichtlich Bestandsart und -qualität erreicht werden. Neben dem klassischen Wohnungsverwalter sind in die Teams auch Fachkräfte für die Bereiche Hausmeister, Technik, Betriebskosten und gerichtliches Mahnwesen integriert, so dass mit dieser Struktur die Wohnungsbestände der Gesellschaft noch zielgerichteter, effektiver und allumfassender bewirtschaftet werden können.

Bereits seit dem Jahr 2009 hat das für den Leasingbestand verantwortliche Team im Sinne der angestrebten Verwaltungsstruktur auch die Vermietungsaufgaben erfolgreich übernommen. Die Leerstandsquote zum Stichtag im Leasingbestand in Höhe von 2,5 % (VJ 3,3 %) zeigt, dass diese Maßnahme zu Ergebnisverbesserungen führt. Für das Geschäftsjahr 2011 ist deshalb als letzter Schritt die Implementierung der gesamten Vermietungsorganisation in die Teams der Abteilung Wohnungswirtschaft geplant.

Etwa 30 % der Umsatzerlöse betreffen Betriebskosten. Im Bereich der Betriebskosten wurden im Berichtszeitraum neue Verträge für die Fernwärmeversorgung und die Stromversorgung abgeschlossen, die ab 1. Januar 2011 gültig sind.

Weiterhin erfolgte die im Jahr 2009 vorbereitete Vergabe von wohnungsnahen Serviceleistungen. Es wurden neue Verträge zur Regelung von Grünflächenpflege, Winterdienst, Hausreinigung und Hausmeisterdienstleistungen abgeschlossen. Hierbei konnten bessere Rahmenbedingungen zum Vorteil der Mieter vereinbart werden.

Der Anbieterwechsel für die multimediale Versorgung der Wohnungsbestände konnte erfolgreich vollzogen werden. Mit dem jetzt angebotenen Leistungsprofil ist bei diesem wichtigen Dienstleistungsbereich die Sicherung zukunftssicherer Standards in der multimedialen Versorgung der Mieter gewährleistet.

Der Gebäudebestand im gesamtwirtschaftlichen Risiko setzte sich zum Stichtag zu 74 % (VJ 73 %) aus industriell und zu 26 % (VJ 27 %) aus konventionell gefertigten Wohnungen zusammen.

Der Anteil der sanierten und teilsanierten Wohnungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4 % auf 61 % (VJ 57 %) erhöht.

Miteigentumsanteile (Anteilsgrundstücke) haben nur noch eine untergeordnete Bedeutung. Bei den noch 7 Anteilsgrundstücken, welche sich zum Berichtsstichtag im Miteigentum der HWG mbH befinden, strebt die Gesellschaft überwiegend den Erwerb der anderen Miteigentumsanteile an. Für die letzten Grundstücke im Bestand mit Restitutionsansprüchen konnten im Jahr 2010 Kaufverträge abgeschlossen werden, so dass mit der Abwicklung dieser Verträge zu Beginn des Jahres 2011 keine restitutionsbehafteten Grundstücke mehr durch die HWG mbH verwaltet werden.

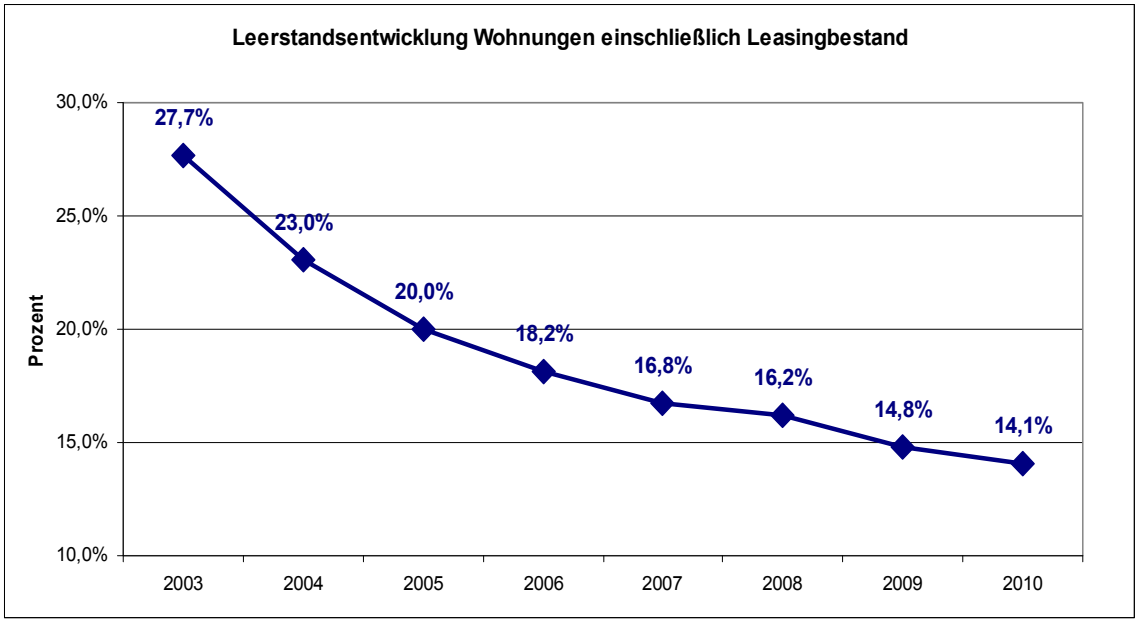
Die Vermietung des sanierten Wohnungsbestandes ist nach wie vor unproblematisch. Die sanierten Bestände sind, soweit sie typische Wohnungsgrößen und -grundrisse aufweisen, unverändert marktgängig und stark nachgefragt.

Im sanierten Bestand wird auch für die Zukunft von einer stabilen Marktposition und nur fluktuationsbedingtem Leerstand ausgegangen.

Im Berichtszeitraum lag die Fluktuationsrate bei 15 % (VJ 13,6 %). Die Anschlussvermietungsquote betrug im Geschäftsjahr 91,2 % (VJ 97,1 %).

Wie in den Vorjahren konnte auch im Geschäftsjahr der Leerstandsabbau erfolgreich weiter fortgeführt werden. Der Abbau betrug im Berichtszeitraum 0,7 % (VJ 1,4 %).

Die leerstandsbedingte Erlösschmälerung lag im Berichtsjahr bei 12,6 % (VJ 13,7 %).

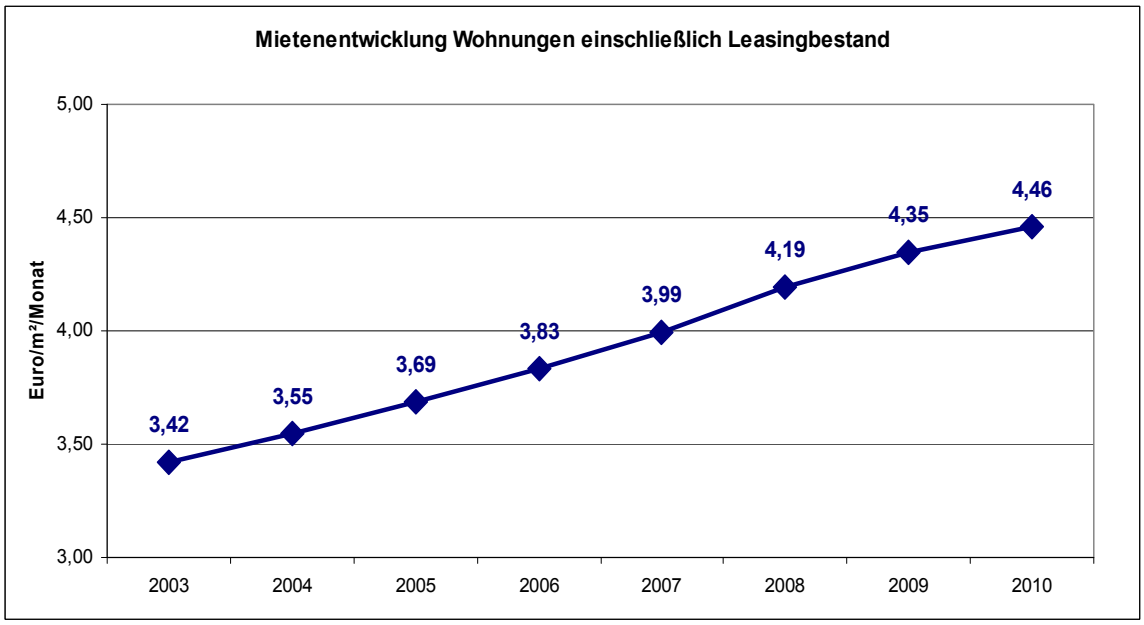


Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr mehr als 300 Mietverhältnisse zur Vorbereitung und Steuerung von Investitions- und Abrissmaßnahmen gezielt beendet. Ein Großteil der Mieter ist nach dem Umzug in den Beständen der Gesellschaft verblieben.

Leerstand senkend wirkten sich auch die Verkäufe von überwiegend leer stehenden Wohnungen sowie der Abgang von Beständen wegen bevorstehendem Abriss aus.

Die Gesellschaft plant einen weiteren Leerstandsabbau. Hierfür sind auch für 2011 und die Folgejahre zielgruppengerechte Investitionen, Verkauf und Rückbau von dauerhaft nicht mehr benötigten Immobilien sowie gezielte Vermietungsstrategien als Leerstand senkende Maßnahmen vorgesehen.

Die Mieten haben sich positiv entwickelt. Die durchschnittlichen Mieten für Wohnungen betrugen im Berichtsjahr 4,46 Euro/m² (VJ 4,35 Euro/m²). Damit wurde die seit Jahren kontinuierlich steigende Tendenz fortgeführt. Hier zeigen sich die Effekte der Produktverbesserung und der Portfoliobereinigung, aber auch die konsequente Orientierung an positiven Teilmarktentwicklungen.



3.3. Stadtumbau und Stadtentwicklung

Investition

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2010 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 25.547 (VJ TEUR 11.365) realisiert und damit das Volumen der Investitionen in den eigenen Bestand gegenüber dem Vorjahr beträchtlich erhöht. Im Rahmen der Bautätigkeit wurde die Sanierung von mehr als 600 Wohnungen abgeschlossen bzw. begonnen.

Die Sanierungsschwerpunkte lagen dabei im Altstadtkern sowie in den innenstadtnahen Stadtteilen.

So wurden im Geschäftsjahr in dem in der Altstadt gelegenen Quartier Schlossgasse / Mühlberg ca. 200 Wohnungen des industriellen Wohnungsbaus in Angriff genommen, deren Fertigstellung für 2011 geplant ist.

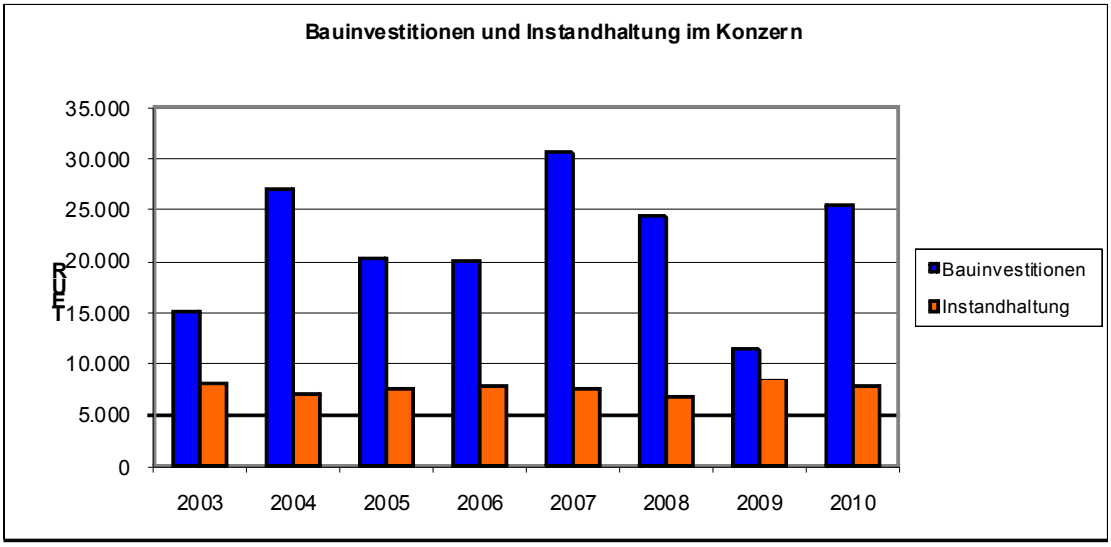
In mehreren Quartieren südlich der Innenstadt stellte die Gesellschaft im Rahmen von Komplexmaßnahmen insgesamt ca. 230 Wohnungen in Alt- und Blockbauten fertig.

In den innerstädtischen nördlichen Stadtteilen der Stadt Halle (Saale) gab es im Geschäftsjahr 2010 ebenfalls Sanierungsaktivitäten. Die bereits im Jahr 2009 begonnene Quartiersentwicklung im Medizinerviertel wurde fortgesetzt. Der erste Bauabschnitt mit ca. 85 Wohnungen in gründerzeitlichen Gebäuden konnte abgeschlossen werden. Weitere ca. 20 Wohnungen im begonnenen zweiten Bauabschnitt werden im Jahr 2011 fertig gestellt.

Die Sanierung im Quartier Reilshof wurde nach der erfolgreichen Investitionsmaßnahme aus dem Jahr 2007 mit dem Baubeginn von weiteren ca. 30 Wohnungen in einem Blockbau fortgesetzt.

Mit der Sanierung von ca. 60 Wohnungen im Baugebiet Landrain startete die Gesellschaft ein neues mehrjähriges Investitionsprojekt in einem Quartier mit Block- und Altbauten.

Eine Besonderheit im Rahmen des Investitionsprogramms 2010 stellte die Sanierung des denkmalgeschützten Altbaus Hermannstraße 7 dar. Die Gesellschaft baute dieses ehemalige Wohngebäude als Spezialimmobilie in einen Kinderhort um. Die Übergabe erfolgte im IV. Quartal 2010 an einen langjährig gebundenen Mieter.



Für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wurden im Berichtsjahr weitere TEUR 7.973 (VJ TEUR 8.506) aufgewendet. Die Gesellschaft hat damit 7,04 EUR/m² (VJ 7,30 EUR/m²) in die Bestände des Konzerns investiert. Die Schwerpunkte lagen wie im Vorjahr in systematischen Instandsetzungen und Instandhaltungen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung.

Für 2011 plant die Gesellschaft erneut umfangreiche Investitionen von mehr als TEUR 20.000 bei der HWG mbH sowie Instandhaltungen von ca. TEUR 10.000 in die Konzernbestände.

Neben dem Abschluss der Investitionsüberhänge aus dem Vorjahr bilden in 2011 Bauinvestitionen in Alt- und Blockbauten in innenstadtnahen Stadtteilen sowie in Plattenbauten im Altstadtkern den Schwerpunkt. Hinzu kommt erstmalig auch die reine energetische Ertüchtigung von Plattenbaubeständen in nördlichen Stadtteilen.

Rückbau

Im Geschäftsjahr 2010 wurde der Komplettrückbau der Hochhäuser Riebeckplatz 10 und Steg 3 begonnen. Am Hochhaus Schülershof 1 erfolgte ein Teilrückbau.

Darüber hinaus werden auch im Stadtumbaugebiet Heide-Nord Rückbaumaßnahmen im II. WK durchgeführt. Hiermit erfüllt die Gesellschaft vertragliche Verpflichtungen aus einer Quartiersvereinbarung.

Damit sind bis Ende 2010 im Rahmen des Stadtumbaus bisher insgesamt 3.221 (VJ 2.973) Wohnungen rückgebaut worden.

Zur Umsetzung der Rückbauplanung werden Fördermittel von Bund und Land genutzt. Eine weitere Unterstützung für die Rückbauvorhaben stellt wie in Vorjahren die Teilentlastung von Altschuldenverbindlichkeiten gemäß § 6a Altschuldenhilfe-Gesetz (AHG) dar.

Für die im Geschäftsjahr realisierten Rückbau-, Verkaufs- und Investitionsobjekte wurden bei der KfW Mittel zur Teilentlastung von Altschulden in Höhe von TEUR 2.254 (VJ TEUR 3.280) beantragt. Davon entfallen auf die Umwidmung gemäß § 4 AHG TEUR 1.850 (VJ TEUR 2.552).

Einschließlich der Mittelabrufe aus den Vorjahren wurden bis zum Bilanzstichtag TEUR 18.346 (VJ TEUR 16.092) gemäß § 6a Altschuldenhilfe-Gesetz (AHG) abgerufen. Die zur Verfügung stehenden Mittel zur Teilentlastung nach § 6a AHG sind mit dem geplanten Abruf im I. Quartal 2011 ausgeschöpft.

Für das Geschäftsjahr 2011 plant die Gesellschaft neben der Beendigung der begonnenen Rückbaumaßnahmen am Riebeckplatz 10, Steg 3 und in Heide-Nord einen weiteren Rückbau von Wohnungen. Dieser umfasst das Hochhaus Riebeckplatz 6 mit 129 Wohnungen sowie weitere Bestände in Heide-Nord mit 150 Wohnungen. Mit dem Abriss dieser Wohnungen in Heide-Nord wird eine zum Zweck des geordneten Stadtumbaus zwischen allen Beteiligten abgeschlossene Quartiersvereinbarung voll umfänglich erfüllt. Es ist davon auszugehen, dass die Rückbaumaßnahmen im Jahr 2011 mit Fördermitteln realisiert werden.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr wurden 27 Grundstücksverkaufsverträge abgeschlossen. Verkauft wurden unrentable und nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte zur Portfoliobereinigung sowie Miteigentumsanteile an Anteilsgrundstücken.

Zur Stärkung des Residualportfolios wurden durch die HWG mbH Kaufverträge für zwei Grundstücke in zukunftsfähigen Innenstadtlagen mit Entwicklungspotential abgeschlossen. Eine erworbene Büroimmobilie befindet sich in direkter Nachbarschaft zum Firmensitz der Gesellschaft und konnte mit Erwerb für einen Zeitraum von mehreren Jahren zum Zwecke der Nutzung durch das Landgericht Sachsen-Anhalt vermietet werden.

Die Immobilien dienen der Arrondierung von Bestandsquartieren und der Qualifikation des Portfolios.

4. Wirtschaftliche Lage des Konzerns

4.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage des Konzerns stellt sich zum 31. Dezember 2010 wie folgt dar:

	31.12.2010		**31.12.2009**	
	TEUR	**%**	**TEUR**	**%**
Vermögen				
Anlagevermögen	540.895	91,8	527.963	89,3
Vorräte	24.761	4,2	28.620	4,8
Kurzfristige Forderungen	6.443	1,1	5.775	1,0
Flüssige Mittel (einschließlich Wertpapiere)	16.164	2,7	27.895	4,7
Übrige Aktiva (RAP)	1.238	0,2	1.049	0,2
Gesamtvermögen	**589.501**	**100,0**	**591.302**	**100,0**

	31.12.2010		31.12.2009	
	TEUR	%	TEUR	%
Kapital				
Wirtschaftliches Eigenkapital	247.285	41,9	251.698	42,6
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	297.480	50,5	293.873	49,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	44.736	7,6	45.731	7,7
Gesamtkapital	**589.501**	**100,0**	**591.302**	**100,0**

Die Vermögenslage der HWG mbH als Muttergesellschaft stellt sich zum 31. Dezember 2010 wie folgt dar:

	31.12.2010		31.12.2009	
	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen				
Anlagevermögen	466.507	89,5	451.687	87,2
Langfristige Forderungen	925	0,2	470	0,1
Vorräte	24.761	4,7	28.619	5,5
Kurzfristige Forderungen	6.431	1,2	4.862	0,9
Flüssige Mittel (einschließlich Wertpapiere)	16.164	3,1	27.895	5,4
Übrige Aktiva (RAP)	6.646	1,3	4.379	0,9
Gesamtvermögen	**521.434**	**100,0**	**517.911**	**100,0**

	31.12.2010		31.12.2009	
	TEUR	%	TEUR	%
Kapital				
Wirtschaftliches Eigenkapital	255.891	49,1	257.706	49,8
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	222.748	42,7	217.144	41,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	42.795	8,2	43.061	8,3
Gesamtkapital	**521.434**	**100,0**	**517.911**	**100,0**

Die Konzern-Bilanzsumme hat sich zum Vorjahr um TEUR 1.801 verringert und beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 589.501. Die Eigenkapitalquote des Konzerns (einschließlich Sonderposten) hat sich im Geschäftsjahr 2010 ebenfalls leicht vermindert. Sie beträgt zum 31. Dezember 2010 41,9 %. Unter Berücksichtigung einer Ausschüttung für 2010 i. H. von TEUR 7.300 ergäbe sich eine wirtschaftliche EKQ von 40,7 %.

Die Bilanzsumme des Einzelabschlusses hat sich um TEUR 3.523 erhöht und beträgt zum 31. Dezember 2010 TEUR 521.434. Die Eigenkapitalquote im Einzelabschluss (einschließlich Sonderposten) hat sich zum Bilanzstichtag um 0,7 %-Punkte auf 49,1 % vermindert. Unter Berücksichtigung der von der Geschäftsführung vorgeschlagenen Ausschüttung für 2010 i. H. v. TEUR 7.300 ergäbe sich eine wirtschaftliche EKQ von 47,7 %.

Die Vermögenslage im Konzern- und Einzelabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Das Anlagevermögen im Einzel- und Konzernabschluss hat sich im Berichtsjahr im Saldo aus Ankäufen und anderen Investitionsmaßnahmen, Verkäufen, Rückbaumaßnahmen, planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen und Zuschreibungen sowie der Umgliederung von Grundstücken aus dem Umlaufvermögen in das Anlagevermögen insgesamt um 12.932 (VJ TEUR 483) auf TEUR 540.895 bzw. um TEUR 14.820 (VJ TEUR 2.418) auf TEUR 466.507 erhöht.

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum wie in den Vorjahren nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Grundstücke, bei denen ein Verkauf im Folgejahr vorgesehen ist, sind auf den erwarteten Verkaufserlös abgeschrieben worden. Rückbauobjekte wurden entsprechend ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben. Verkaufsbestände im mittelfristigen Planungshorizont sind unter Berücksichtigung von aktuellen Rahmenbedingungen strukturiert bewertet.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von TEUR 4.355 (VJ TEUR 1.602) auf Wohn- und Geschäftsbauten gemäß § 253 HGB n. F. auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

	2010 TEUR	2009 TEUR
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke des Anlage- und Umlaufvermögens	537	479
nach Ertragswertverfahren (einschließlich Korrektur fortgeführter AK/HK)	167	0
zum Rückbau vorgesehene Gebäude	1.469	1.123
Bodenabwertung nach Rückbau	2.182	0

Im Geschäftsjahr erfolgten im Ergebnis des Ertragswertverfahrens Zuschreibungen in Höhe von TEUR 1.355 (VJ TEUR 705). Diese betreffen sanierte Objekte, bei denen die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen der Vorjahre entfielen und die langfristig gute Vermietungsprognosen aufweisen.

Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen in Höhe von TEUR 3.000 (Vorjahr: TEUR 897) negativ beeinflusst.

Ursächlich für die Zunahme der Bilanzsumme auf der Passivseite war im Geschäftsjahr 2010 im Wesentlichen die Zunahme der Verbindlichkeiten um TEUR 3.677 auf TEUR 338.134 im Konzernabschluss bzw. um TEUR 6.401 auf TEUR 261.460 im Einzelabschluss, die insbesondere durch die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 2.312 auf TEUR 308.576 im Konzernabschluss und um TEUR 5.036 auf TEUR 231.904 im Einzelabschluss geprägt war.

4.2. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

	2010 TEUR	2009 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	20.255	18.985	1.270
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-23.351	-9.814	-13.537
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-8.635	-25.548	16.913
Zahlungswirksame Veränderungen	-11.731	-16.377	4.646
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	27.895	44.272	-16.377
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**16.164**	**27.895**	**-11.731**

Im Einzelabschluss der HWG mbH zeigt sich folgendes Bild:

	2010 TEUR	2009 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	17.531	18.160	-629
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-23.351	-9.814	-13.537
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-5.911	-24.723	18.812
Zahlungswirksame Veränderungen	-11.731	-16.377	4.646
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	27.895	44.272	-16.377
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**16.164**	**27.895**	**-11.731**

Der Finanzmittelbestand beträgt am 31. Dezember 2010 TEUR 16.164 (VJ TEUR 27.895). Davon entfallen TEUR 2.000 auf eine Termingeldanlage. Weitere TEUR 2.000 sind als Wertpapiere in einem Geldmarktfonds deponiert, die der temporären Mitsicherung des Darlehensmanagements dienen.

Der **Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich um TEUR 1.270 auf TEUR 20.255 erhöht. Begünstigend auf die Entwicklung des Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit im Konzernabschluss wirkte der zum 31. Dezember 2010 höhere Bestand an Verbindlichkeiten sowie der um TEUR 2.103 gestiegene Saldo aus außerordentlichen Zu- und Abschreibungen. Dagegen beeinflusste die Erhöhung des Forderungsbestandes den Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit negativ. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit im Einzelabschluss beträgt TEUR 17.531 und bewegt sich damit in etwa auf Vorjahresniveau.

Der **Cash Flow aus Investitionstätigkeit** hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 um TEUR 13.537 auf TEUR -23.351 vermindert. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der Zunahme der Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen um TEUR 14.059 auf TEUR -26.470.

Der **Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit** im Konzern- und Einzelabschluss verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 16.913 bzw. TEUR 18.812 auf TEUR -8.635 bzw. TEUR -5.911. Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (TEUR 17.744, VJ TEUR 4.613) und den gegenüber dem Vorjahr geringeren Auszahlungen an den Gesellschafter (TEUR 10.800, VJ TEUR 15.000). Während sich im Konzernabschluss die Auszahlungen für die Tilgung von Krediten mit TEUR 15.579 (VJ TEUR 16.049) im Konzernabschluss auf Vorjahresniveau bewegten, wirkten sich im Einzelabschluss die geringeren Auszahlungen für die Tilgung von Krediten (TEUR -12.855, VJ TEUR -14.336) vermindernd auf den negativen Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit aus.

Die Liquidität und die Effektivverschuldung des Konzerns stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2010	**31.12.2009**
Liquidität 1. Grades	36,1%	61,0%
Liquidität 2. Grades	50,5%	73,6%
Effektivverschuldung in TEUR	318.371	304.885

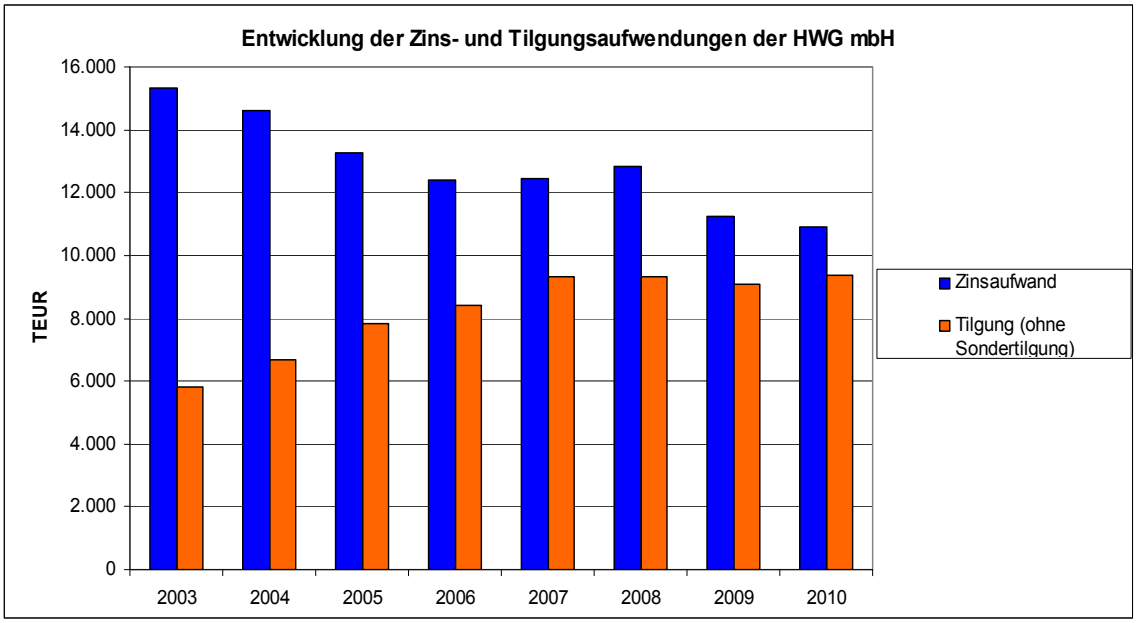
Im Einzelabschluss ergibt sich folgendes Bild:

	31.12.2010	**31.12.2009**
Liquidität 1. Grades	37,8%	64,8%
Liquidität 2. Grades	52,8%	76,1%
Effektivverschuldung in TEUR	235.377	222.601

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 231.891 (Vorjahr: TEUR 225.849). Die Gesellschaft arbeitet mit 5 Hypotheken-, 4 Landesbanken sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und den regionalen Kreditinstituten zusammen. Wo immer möglich finden die KfW-Förderprogramme Anwendung. Gegenüber der Gesellschafterin bestehen Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 308 (Vorjahr: TEUR 456).

Die Zins- und Tilgungsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement trotz Anstieg der Verbindlichkeiten auf nahezu konstantem Niveau gehalten werden.

Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Zu erwartenden Änderungen der Zinskonditionen wurde durch Vereinbarung von Forward-Konditionen mit Darlehensvolumina in Gesamthöhe von TEUR 8.403 entgegengewirkt.



Die Gesellschaft konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Erfolg Mitfinanzierungen für ihre Investitionsvorhaben einwerben und günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen.

Auch über das Geschäftsjahr hinaus sind Darlehen in Höhe von TEUR 12.956 vertraglich vereinbart. Zu weiteren TEUR 1.385 liegt die Zusage der KfW vor. TEUR 10.000 betreffen die Mitfinanzierung der Ausschüttungen an die Gesellschafterin. Diese Fremdmittel wurden wegen noch nicht anstehender Ausschüttungen und auf Grund eigenmittelgestützter Vorfinanzierungen der Baumaßnahmen noch nicht in Anspruch genommen.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug wie in den Vorjahren auch im Geschäftsjahr 2010 TEUR 4.990.

Der Konzern hat **Finanzinstrumente** in Form von Zinsswaps in Anspruch genommen. Die drei Zinsswaps sind nicht spekulativer Natur, sondern wurden zum Zwecke der Absicherung der Zinsänderungsrisiken von drei Bankdarlehen abgeschlossen. Die Bankdarlehen dienen der Finanzierung der dem Mietvertrag zwischen Mutter- und Tochterunternehmen zugrunde liegenden Gesamtinvestitionskosten.

Die Zinsswaps und die Bankdarlehen haben jeweils per 31.12.2010

- ein Nominalvolumen von TEUR 19.575 mit einer Laufzeit bis 28. Juni 2013
- ein Nominalvolumen von TEUR 40.117 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2038
- ein Nominalvolumen von TEUR 16.980 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2015.

Die Zinsswaps und die Bankdarlehen sind Bestandteil von drei Micro-Hedges, bei denen Grund- und Sicherungsgeschäfte hinsichtlich der wertbestimmenden Komponenten, Volumen und Laufzeiten übereinstimmen. Es handelt es sich dabei um Bewertungseinheiten nach § 254 HGB, bei denen auf eine Einzelbewertung nach § 252 HGB verzichtet wurde. Die beizulegenden Zeitwerte der Zinsswaps betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 insgesamt TEUR -13.652 (i. Vj. TEUR -12.609).

Die HWG mbH war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3 Ertragslage

Die Ertragslage des Konzerns zeigt folgendes Bild:

	2010 TEUR	%	2009 TEUR	%	Ergebnis-verände-rung TEUR
Umsatzerlöse	78.125	98,3	79.547	101,3	-1.422
Bestandsveränderung	-685	-0,9	-2.763	-3,5	2.078
Eigenleistung	2.043	2,6	1.701	2,2	342
Gesamtleistung	79.483	100,0	78.485	100,0	998
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-34.595	-43,5	-36.591	-46,7	1.996
Personalaufwand	-10.600	-13,3	-10.286	-13,1	-314
Abschreibungen	-11.276	-14,2	-11.016	-14,0	-260
Sonstiger Betriebsaufwand	-4.776	-6,0	-4.653	-5,9	-123
./. übrige betriebliche Erträge	2.587	3,2	4.074	5,2	-1.487
Steuern (ohne Ertragsteuern)	-6	0,0	-6	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	-58.666	-73,8	-58.478	-74,5	-188
Betriebsergebnis	20.817	26,2	20.007	25,5	810
Finanzergebnis	-15.192	-19,1	-14.898	-19,0	-294
periodenfremdes Ergebnis	1.484	1,9	1.612	2,0	-128
Neutrales Ergebnis	-476	-0,6	2.471	3,2	-2.947
Ergebnis vor Ertragsteuern	6.633	8,4	9.192	11,7	-2.559
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5	0,0	-273	-0,3	268
Jahresergebnis	6.628	8,4	8.919	11,4	-2.291

Die Ertragslage im Einzelabschluss stellt sich wie folgt dar:

	2010		2009		Ergebnis-veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	78.125	98,3	79.547	101,3	-1.422
Bestandsveränderung	-685	-0,9	-2.763	-3,5	2.078
Eigenleistung	2.043	2,6	1.701	2,2	342
Gesamtleistung	79.483	100,0	78.485	100,0	998
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-34.595	-43,5	-36.591	-46,6	1.996
Personalaufwand	-10.600	-13,4	-10.286	-13,1	-314
Abschreibungen	-9.387	-11,8	-9.081	-11,6	-306
Sonstiger Betriebsaufwand	-8.669	-10,9	-8.536	-10,9	-133
./. übrige betriebliche Erträge	2.588	3,3	4.075	5,2	-1.487
Steuern (ohne Ertragsteuern)	-6	0,0	-6	0,0	0
Betrieblicher Aufwand	-60.669	-76,3	-60.425	-77,0	-244
Betriebsergebnis	18.814	23,7	18.060	23,0	754
Finanzergebnis	-10.590	-13,3	-10.192	-13,0	-398
periodenfremdes Ergebnis	1.484	1,9	1.612	2,0	-128
Neutrales Ergebnis	-476	-0,6	2.471	3,2	-2.947
Ergebnis vor Ertragsteuern	9.232	11,7	11.951	15,2	-2.719
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5	0	-273	-0,3	268
Jahresergebnis	9.227	11,7	11.678	14,9	-2.451

Der Konzern erwirtschafte im Geschäftsjahr 2010 ein **Jahresergebnis** in Höhe von TEUR 6.628 (VJ TEUR 8.919). Im Einzelabschluss weist die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 9.227 (VJ TEUR 11.678) aus.

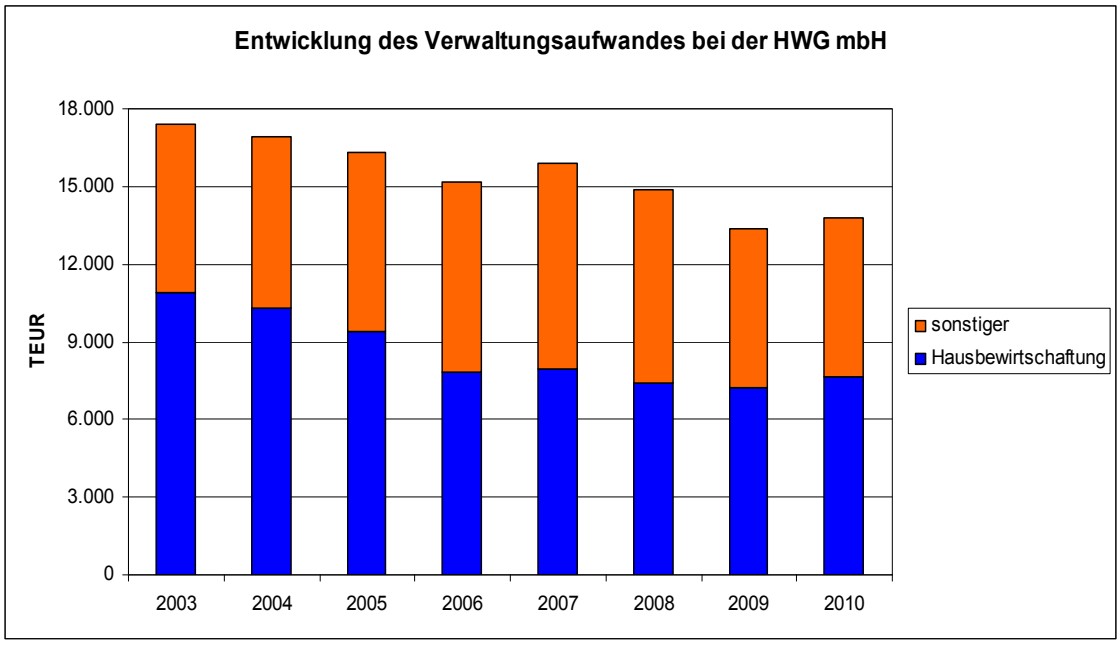
Die **Umsatzerlöse** haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt leicht vermindert. Der Großteil der Umsatzerlöse stammt aus der Hausbewirtschaftung. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung aus Sollmieten konnten trotz gesunkener Bestände im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 220 gesteigert werden. Insgesamt sind die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung um TEUR 1.315 höher als im Vorjahr ausgefallen. Zugleich konnten die Umsätze aus der Betreuungstätigkeit sowie aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 7 bzw. TEUR 2 erhöht werden. Der positiven Entwicklung der Umsatzerlöse der Hausbewirtschaftung, aus der Betreuungstätigkeit und aus Lieferungen und Leistungen stehen im Wesentlichen um TEUR 2.746 geringe Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken entgegen. Darüber hinaus wirkte sich der Rückgang der Umsätze aus Aufwandszuschüssen um TEUR 9 negativ auf die Umsatzerlöse aus.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Konzern- und im Einzelabschluss erhöht. Neben der verbesserten Betriebsleistung durch geringere Bestandsverminderungen (um TEUR 2.078) waren vor allem der Rückgang der Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen ursächlich für das verbesserte Betriebsergebnis. Die geringere Bestandsverminderung ist Ergebnis der Verminderung der Bestände im Hausbewirtschaftungsbereich im Zusammenhang mit den Betriebskosten (TEUR 1.326) und einer Erhöhung im Bereich des Grundstücksverkehrs (TEUR 3.403). Im Bereich der Hausbewirtschaftung zeigen sich hier die Auswirkungen von Leerzug bzw. Rückbau betriebskostenintensiver Objekte. Im Bereich des Grundstücksverkehrs gab es durch die Verringerung der Umsatzerlöse aus Verkauf weniger Bestandsabgänge. Die gesunkenen Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen resultieren vor allem aus geringeren Aufwendungen aus dem Verkauf von Grundstücken (TEUR 2.192). Gegenläufig zur positiven Entwicklung der Bestandsveränderungen und Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen wirkte im Wesentlichen der Rückgang der übrigen betrieblichen Erträge (TEUR 1.487). Der Rückgang ist begründet im Ertrag aus einer Sanierungsvereinbarung mit der Stadt Halle (Saale). Aus diesem Sachverhalt resultierten im Geschäftsjahr 2009 Erträge in Höhe von TEUR 1.764.

Die Verminderung des **neutralen Ergebnisses** um TEUR 2.947 (Konzernabschluss) und um TEUR 2.947 (Einzelabschluss) beruht im Wesentlichen auf um TEUR 2.753 gestiegenen außerplanmäßigen Abschreibungen. Gegenläufig wirkten die um TEUR 650 höheren Zuschreibungen.

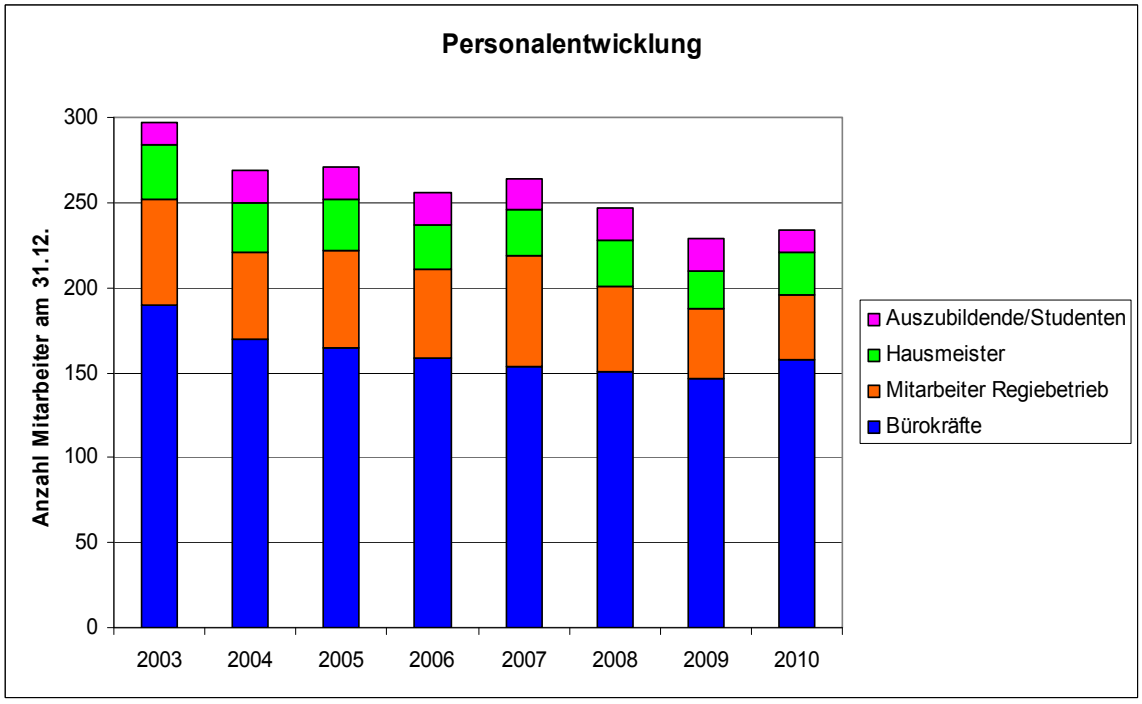
Das **Ergebnis der Hausbewirtschaftung** als wichtigstes Spartenergebnis der Gesellschaft betrug TEUR 9.658 (VJ TEUR 9.819) und ist damit angesichts sinkender Bestandszahlen stabil.

Der **Verwaltungsaufwand** der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr leicht erhöht. Er betrug im Geschäftsjahr insgesamt TEUR 13.759 (VJ TEUR 13.364). Hauptursächlich sind dabei gestiegene Personalkosten durch Mitarbeiterzugänge und tarifliche Gehaltserhöhungen im abgelaufenen Geschäftsjahr.



5. Personal und Organisation

Zum 31. Dezember 2010 waren im Konzern 234 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Diese setzten sich wie folgt zusammen: 158 Bürokräfte, 38 Mitarbeiter im Regiebetrieb, 25 Hausmeister und 13 Auszubildende/Studenten. Diese sind vollständig der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG beschäftigt kein Personal.



Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Seit dem Jahr 2010 werden die Öffnungsklauseln für die Beschäftigten des Regiebetriebes nicht mehr in Anspruch genommen.

Der Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst.

Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch festgehalten, welches laufend ergänzt und aktualisiert wird.

Die in 2009 begonnene Reorganisation der Unternehmensstruktur wurde im Geschäftsjahr fortgesetzt. Im Jahr 2010 fanden organisatorische Veränderungen in der Abteilung Wohnungswirtschaft einhergehend mit Personalverstärkungen statt. Die Verwaltungsbestände wurden in den einzelnen Teams segmentiert. Im Ergebnis ist ein zielgruppenorientiertes Bestandsmanagement zur Stärkung des Kerngeschäftes Hausbewirtschaftung möglich. Aus gleichem Grund begannen im Verlauf des Geschäftsjahres Vorbereitungen zu einer Eingliederung der bisher separaten Vermietungsteams in die Abteilung Wohnungswirtschaft. Im ersten Quartal des Jahres 2011 wurden die Beschlüsse zur Umsetzung und damit einhergehenden Auflösung der Abteilung Vermietung/Verkauf gefasst. Die Mitarbeiter wurden aufgabenbezogen anderen Teams und Abteilungen zugeordnet.

Die Gesellschaft hat nach wie vor Sanierungsaufgaben. Um diesen zukünftig sowohl unter Kostengesichtspunkten als auch im Hinblick auf energetische und ökologische Erfordernisse gerecht zu werden, wurde auch die Organisationsstruktur der Abteilung Technik neu ausgerichtet und ein separates direkt der Geschäftsführung unterstelltes Investitionscontrolling implementiert. Die Teamstrukturen in der Abteilung Technik wurden differenziert. Neue Mitarbeiter wurden eingestellt.

Die gezielte Förderung von Nachwuchskräften innerhalb des Unternehmens hat in einem ersten Abschnitt nach anderthalb Jahren zum Ende des Geschäftsjahres zum erfolgreichen Abschluss geführt. Das Unternehmen konnte aus dem Programm zwei Führungskräfte und eine Fachspezialistin gewinnen.

Die betriebliche kaufmännische Ausbildung findet seit dem Ausbildungsbeginn 2010 nach einer neu erarbeiteten Konzeption statt. Auszubildende werden so gezielt ausgewählt und für den späteren Einsatz im Unternehmen ertüchtigt.

Auch für das Jahr 2011 sind keine Personalreduzierungen geplant.

6. Risikobericht

Die HWG mbH hat ein Risikomanagementsystem installiert, welches die für das Unternehmen branchentypischen wesentlichen Risiken ausweist. Die Kennziffern zu den Risiken werden durch ein regelmäßiges Reporting ermittelt und durch die verantwortlichen Abteilungen interpretiert. Als wichtige Risikofaktoren wurden die Fluktuation, die Vermietungssituation, die Mietenentwicklung, die Bauinvestitionen und das Verkaufsgeschehen identifiziert.

Die Entwicklung der ergebnisrelevanten Risiken wird durch das Controlling des Unternehmens quartalsweise überwacht. Dabei orientiert sich die Gesellschaft sowohl an branchenüblichen als auch an internen Benchmarks. Von den Entscheidungsträgern werden erforderliche Maßnahmen der Gegensteuerung eingeleitet. Zur Steuerung des Risikos Investitionen hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr in der Stabsstelle Finanzierung eigens ein separates Investitionscontrolling implementiert. Der Investitionsprozess wurde im Qualitätshandbuch neu definiert.

Für erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Zukünftige Risiken könnten sich aus der demografischen Entwicklung der Stadt Halle (Saale), damit einhergehenden Handlungserfordernissen von Stadtentwicklungskonzepten und den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Ertragserwartungen des Gesellschafters ergeben. Auch aus der Dynamik von Energie- und Baukostenentwicklungen, knapperen Ressourcen bei Zuschüssen und Fördermitteln und durch allgemeine Zinsänderungsrisiken können zukünftig Risiken erwachsen. Die Gesellschaft beobachtet über ihre Stabsstellen Unternehmensentwicklung und Finanzierung die Entwicklung dieser Risiken und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit. Investitionsentscheidungen werden so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig dauerhaft größtmögliche Erträge erzielen lassen.

7. Nachtragsbericht

Im März 2011 wurde jeweils ein Nachtrag zum Gesellschaftsvertrag der HWG KG und zum Mietvertrag zwischen der HWG mbH und der HWG KG zu bereits mündlich im Geschäftsjahr 2010 getroffenen Vereinbarungen unterzeichnet. Inhalt ist die Splittung von im Ursprungsvertrag vereinbarten Geschäftsführungs- und Verwaltervergütungen für 2011 in die Jahre 2010 und 2011.

8. Künftige Entwicklung der Gesellschaft

Die Stadtrats- und Gesellschafterbeschlüsse vom 21. November 2007, 7. Februar 2008, 25. Februar und 31. März 2009 erlegten der HWG mbH eine kurzfristige, groß dimensionierte Beteiligung an der Tilgung der Schulden des städtischen Haushaltes auf.

Diese Beschlüsse folgten den Empfehlungen eines von der Stadt beauftragten Gutachters, der sich im Sommer 2007 zur Machbarkeit einer solchen Leistung positiv äußerte und auch Wege zu ihrer Realisierung aufwies.

Für den Gutachter zentral und damit auch für den Stadtrat beschlussleitend war die Prognose, größere Wohnungsbestände sowie Anteile an der Muttergesellschaft seien in kurzen Fristen und zu stabilen Preisen sowie mit weitgehender Sozialschutzverpflichtung bei einer genügend großen, auskömmlich finanzierten Anzahl von Investoren platzierbar. Im Kern beruhte dieses Konzept auf dem zu diesem Zeitpunkt investorenfreundlichen Wohnungs- und Grundstücksmarkt.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einem deutlich geänderten Nachfrageverhalten zumindest institutioneller Investoren auf den Grundstücksmärkten und auch zur Zurückhaltung beim Erwerb von Beteiligungen geführt. Die Gesellschafterin hat deshalb mit den Beschlüssen aus dem Jahr 2009 die Verpflichtungen der HWG mbH modifiziert und in Erwartung einer baldigen Markterholung einen Großteil der geforderten Beteiligung an der Schuldentilgung in die Jahre 2011 und 2012 verschoben.

Die bei der Modifizierung der Leistungsverpflichtungen der HWG mbH erwartete baldige Markterholung im Immobiliensektor ist nicht eingetreten. Eine qualifizierte Nachfrage institutioneller Investoren ist nach wie vor nicht erkennbar. Eine vollständige Wiederbelebung der Wirtschaftskraft und der durchgängigen Beseitigung der Marktirritationen ist derzeit noch nicht absehbar. Die vom Gutachter 2007 aufgezeigten Wege führen weiterhin nicht mehr zum Ziel.

Die Gesellschaft plant deshalb auch für das Jahr 2011 nur Verkäufe zur Portfoliobereinigung.

Ziel der HWG mbH ist es nach wie vor, Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes zu leisten und dabei gleichzeitig ihre Kernaufgaben - Stadtumbau und vor allem qualitätsvolle, sozialverträgliche Wohnraumversorgung - zu erfüllen. Sie geht von weiteren Modifizierungen in der Beschlusslage des Gesellschafters aus.

Bisherige Grundlage für die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin waren die Bilanzgewinne der Muttergesellschaft HWG mbH. Die Jahresergebnisse im seit 2008 bestehenden Konzern sind positiv, liegen aber unter denen der Muttergesellschaft HWG mbH. Fortgeführte Ausschüttungen auf hohem Niveau führen perspektivisch dazu, dass der Konzern im Gegensatz zur Muttergesellschaft HWG mbH trotz beachtlicher Jahresergebnisse keinen Bilanzgewinn mehr ausweisen wird und dass sich die Liquiditätssituation weiter verschlechtert.

Die Gesellschaft wird im Rahmen einer Planungsklausur des Aufsichtsrates im zweiten Quartal 2011 die mittelfristige Planung für die HWG mbH und den Konzern überarbeiten. Dabei soll ein langfristig angelegtes Konsolidierungskonzept erarbeitet und der Gesellschafterin vorgeschlagen werden. Neben einer nachhaltigen Erwirtschaftung von Gewinnen und einer anteiligen Ausschüttung an die Gesellschafterin werden monetäre und nicht monetäre Beiträge der Gesellschaft zur Wohnraumversorgung, zum sozialen Quartiersmanagement und zur Stadtentwicklung in Form einer Stadt- und Sozialrendite als kontinuierliche Beiträge zur Erfüllung des Gesellschaftsvertrages und kommunaler Aufgaben angestrebt.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im November 2010 den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan der HWG mbH für das Jahr 2011 beschlossen. Dieser sieht im Hinblick auf die demografische Entwicklung die Fortsetzung der Rückbauaktivitäten vor. Parallel dazu soll eine Vielzahl von Wohnungen auch zukünftig durch Investitionen Wertverbesserungen erfahren. Dabei stehen energetische Verbesserungen im Vordergrund.

Für das Folgejahr wird mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet.

9. Sonstiges

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Einzelabschluss sowie den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:

	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
Christian Zeigermann	0	0,05
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale)) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Berghof, Heiko	(bis 28.07.2010)
Goldbrunner, Christian	
Haigis, Albrecht	(bis 28.07.2010)
Kober, Peter	
Koch, Heimo	(seit 12.07.2010)
Pütz, Helmut	
Soethe, Robert	
Dr. Wahlen, Heinrich	
Zeigermann, Christian	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	77.597	100	78.958	99	80.319	100	-1.361	-2
Umlaufvermögen	12	0	914	1	31	0	-902	-99
Bilanzsumme	**77.609**	**100**	**79.872**	**100**	**80.350**	**100**	**-2.263**	**-3**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	10	0	4	0	7	0	6	150
Rückstellungen					1	0	0	
Verbindlichkeiten	77.599	100	79.868	100	80.342	100	-2.269	-3
Bilanzsumme	**77.609**	**100**	**79.872**	**100**	**80.350**	**100**	**-2.263**	**-3**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.976	6.068	3.091
sonstige betriebliche Erträge	6		
Abschreibungen	1.361	1.361	681
sonstige betriebliche Aufwendungen	12	4	2
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.055	1.281	2.085
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.658	5.988	4.495
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6	-4	-2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6	-4	-2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,10	-0,06	-0,08	%
Eigenkapitalrentabilität:	62,00	-49,75	-24,38	%
Cash-Flow:	1.368	1.358	678	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	98,86	99,96	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,00	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,99	100,00	99,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

2.4 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	13	50,96
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13	49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,

b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,

c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Noll, Sabine
Prof. Dr. Lukas, Wolfgang

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
BIO Mitteldeutschland GmbH	2	2,98

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	10.375	87	9.958	75	11.976	87	417	4
Umlaufvermögen	1.574	13	3.231	24	1.668	12	-1.657	-51
Rechnungsabgrenzungsposten			73	1	79	1	-73	-100
Bilanzsumme	**11.949**	**100**	**13.262**	**100**	**13.724**	**100**	**-1.313**	**-10**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.353	53	6.300	48	6.212	45	53	1
Sonderposten für Investitionszulagen	5.320	45	5.758	43	6.261	46	-438	-8
Rückstellungen	112	1	155	1	210	2	-43	-28
Verbindlichkeiten	164	1	1.049	8	1.041	8	-885	-84
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0					0	
Bilanzsumme	**11.949**	**100**	**13.262**	**100**	**13.724**	**100**	**-1.313**	**-10**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.741	1.686	1.638
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-99	122	125
sonstige betriebliche Erträge	18	15	20
Personalaufwand	94	123	113
Abschreibungen	147	84	164
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.365	1.545	1.422
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	35	75
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	69	106	159
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16	17	52
sonstige Steuern	0	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	53	89	106
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	53	89	106
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,05	5,25	6,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,83	1,41	1,71	%
Cash-Flow:	200	172	270	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	553	456	446	T€
Personalaufwandsquote:	5,65	6,72	6,34	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,43	75,05	77,01	%
Eigenkapitalquote:	53,17	47,50	45,26	%
Fremdkapitalquote:	46,83	52,50	54,74	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Auslastung	100,00	98,47	100,00	%
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m²

e) Lagebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

B. Ertragslage

C. Finanzlage

D. Vermögenslage

E. Nachtragsbericht

F. Risikobericht

G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,

- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,

- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

A.2 Vermietung des Forschungsverfügungsgebäudes

Unter den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität, wobei z. B. die Reduzierung des Raumbedarfs von einer Firma aufgrund der wirtschaftlichen Situation 2010 nicht zu vermeiden war. Die frei gewordenen Flächen konnten an eine andere Firma im Haus weitervermietet werden. Im Laufe des Geschäftsjahres 2010 wurden die offenen Forderungen weiter ausgeglichen.

Es bestehen immer größere Schwierigkeiten, geschlossene Finanzierungsrunden für biotechnologisch ausgerichtete Start-Up-Unternehmen aufzubauen. Als positiv ist zu bewerten, dass für die Probiodrug AG eine weitere Finanzierungsrunde geschlossen wurde, so dass diese Firma für den Zeitraum von zwei Jahren sicher finanziert ist, was in dieser Branche sehr selten ist.

Durch die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist die Finanzierung von Unternehmen in der BIO-NANO-Branche sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet. Da das Land Sachsen-Anhalt bereits Mitte des Geschäftsjahres 2007 die spezielle Förderung für die Biotechnologie ausgesetzt hatte, ist es noch schwieriger geworden, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

Das 1998 fertig gestellte Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH lässt gegenwärtig bauseitig noch keine gravierenden Mängel erkennen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Instandhaltungskosten aufgrund des Dauerbetriebs der Haustechnik kontinuierlich weiter ansteigen und häufiger gesamte Anlagengruppen ausgetauscht werden müssen bzw. bei Nutzerwechsel höhere Aufwendungen für die Weitervermarktung notwendig sind.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen, der neu verhandelt werden muss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 ist kein Leerstand zu verzeichnen, d. h. die Auslastung beträgt 100 %, auch unter Berücksichtigung des in der Daniel-Vorländer-Straße errichteten Erweiterungsbaues.

Für die im Erweiterungsbau von der Firma Log Oil errichteten Pilotanlagen wurden die Genehmigungen für den Betrieb nach Bundesemissionsschutzgesetz erteilt. Da eine Bürgerinitiative gegen die Genehmigungen geklagt hat, ist es gegenwärtig noch offen wie es mit der Entwicklung der thermischen Behandlung von Wertstoffen und damit mit dem Verbleib der Firma Log Oil am Standort weiter geht. Die Klage ist auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch anhängig.

Dabei muss die grundsätzliche Frage der forschungsnahen Produktion für Entwicklungen von neuen Produkten für die Firmen geklärt werden, da diese sowohl für die Firmen als auch für den Standort weinberg campus von existenzieller Bedeutung ist.

Der Bau des Mehrzweckgebäudes schaffte die Voraussetzung, dass die Icon GmbH, die durch den Verkauf an die Bayer AG kein klein- und mittelständisches Unternehmen mehr ist, im Bio-Zentrum verbleiben kann, da ein Flächenausgleich (siehe Bescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 30.01.2008) getätigt wurde. Dieser Weg war zu diesem Zeitpunkt für klein- und mittelständische Unternehmen die einzige Möglichkeit, am Standort „weinberg campus“ zu verbleiben und wurde von allen unterstützt. Ab 2011 ergibt sich für die Bio-Zentrum Halle GmbH ein neuer Sachstand, da durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ´s neu geregelt wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben. Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist. Die aufgeführten Kriterien können sowohl im Punkt (1) und (2) erfüllt werden, wobei bisher noch nicht abgeklärt werden konnte welcher „Leerstand“ an vergünstigten Räumlichkeiten vorgehalten werden müsste.

Mittelfristig ist nicht absehbar, dass sich die Firmen aus dem Haus so stabilisieren, dass mit einem Auszug in eigene Laborgebäude zu rechnen ist. Die geringen erwirtschafteten Überschüsse von Start-Up-Unternehmen werden in der Regel dazu verwendet, neue Forschungsgebiete aufzunehmen und damit die Präsenz am Markt zu sichern. Freie Flächen sind zeitnah im Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH nur zu erwarten, falls Firmen wieder aufgrund fehlender Finanzmittel Insolvenzanträge stellen müssen. Gravierende Auszüge stehen in den Jahren 2012/2013 bevor, da zu diesem Zeitpunkt die Verträge mit der Max-Planck-Gesellschaft auslaufen und der Mietvertrag der Firma Probiodrug AG aus heutiger Sicht bei fehlender Weiterfinanzierung fristgemäß gekündigt wird. Zu diesem Zeitpunkt werden ca. 2.849 m² frei, für die neue Nutzer akquiriert werden müssen. Der Ausfall an Mietzins würde ca. 286 T-€/ p.a. betragen, zuzüglich ca. 240 T€ p.a. Leerstandskosten.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von Start-up’s und die Bestandspflege über intensive Beratungen und Betreuungen im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

<u>Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:</u>

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

<u>Regionale und überregionale Vernetzung:</u>

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit Sommer 2007 keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. der umgegründeten BIO-Mitteldeutschland GmbH ab 2003.

Gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH fanden im Geschäftsjahr 2010 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2010 in Atlanta und der Biotech in Melbourne. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab. Die Stadtwerke Halle, die Bio-Zentrum Halle GmbH und TGZ Halle GmbH veranstalteten Workshop´s zum Thema Biomasse. Die Präsenz hochrangiger Referenten führte zu einer Aufmerksamkeit, die weit über die regionale Ebene hinausging. Diese Veranstaltungsreihe wird nunmehr fortgeführt unter dem neuen Themenkomplex „Klimaschutz“.

Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u. a. nach Dubai und Syrien die durch die Wirtschaftskrise stagnierten, wurden wieder intensiviert.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international publiziert. Der „*weinberg campus e. V.*“ hat inzwischen 93 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen und Umlandgemeinden.

Das gemeinsame Marketing soll weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben und wird durch Förderer und Sponsoren unterstützt. Weiterhin wird aber gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Name *„weinberg campus“* hat sich im regionalen, nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen wieder verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat Mitte des Geschäftsjahres 2010 wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-up’s bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der Mietzins ist im Jahr 2010 im Umfeld, nachdem er bereits 2009 um 9% gesunken war, weiter gesunken, so dass die berechnete Rückflussdauer für Neubauten und Sanierungen nicht mehr eintreten.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein. Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude zu 100 % zum Bilanzstichtag ausgelastet sind.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	822	49,5%	846	46,4%	-24	-2,8%
+ Einnahmen Mietnebenkosten	901	54,3%	751	41,2%	150	20,0%
+ sonstige Dienstleistungen	18	1,1%	89	4,9%	-71	-79,8%
+ = UMSATZERLÖSE	1.741	104,9%	1.686	92,5%	55	3,3%
+ BESTANDSERHÖHUNG	-99	-5,7%	122	7,2%	-221	-181,1%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	18	1,1%	15	0,8%	3	20,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	**1.660**	**100,0%**	**1.823**	**100,0%**	**-163**	**-8,9%**
+ Personalkosten	94	5,7%	123	6,7%	-29	-23,6%
+ Abschreibungen	586	35,3%	587	32,2%	-1	-0,2%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-439	-26,4%	-503	-27,6%	64	-12,7%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	147	8,9%	84	4,6%	63	75,0%
+ Raumkosten / Betriebsführung / Grundstücksaufwendungen	1.143	68,9%	1.292	70,9%	-149	-11,5%
+ Versicherungen / Beiträge	8	0,5%	11	0,6%	-3	-27,3%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	96	5,8%	61	3,3%	35	57,4%
+ Kosten des Fuhrparks	5	0,3%	4	0,2%	1	25,0%
+ Werbe- und Reisekosten	33	2,0%	86	4,7%	-53	-61,6%
+ sonstige Kosten	79	4,8%	91	5,0%	-12	-13,2%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.364	82,2%	1.545	84,8%	-181	-11,7%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	**1.605**	**96,7%**	**1.752**	**96,1%**	**-147**	**-8,4%**
= **BETRIEBSERGEBNIS**	**55**	**3,3%**	**71**	**3,9%**	**-16**	**-22,5%**
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	14	100,0%	35	100,0%	-21	-60,0%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
= **FINANZERGEBNIS**	**14**	**100,0%**	**35**	**100,0%**	**-21**	**-60,0%**
+ PERIODENFREMDER ERTRAG	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	*****
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	**(69)**	**(4,2%)**	**(106)**	**(5,8%)**	**-(37)**	**-(34,9%)**
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	16	23,2%	17	16,0%	-1	-5,9%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = **STEUERERGEBNIS**	**16**	**23,2%**	**17**	**16,0%**	**-1**	**-5,9%**
= **JAHRESÜBERSCHUSS**	**53**	**3,2%**	**89**	**4,9%**	**-36**	**-40,4%**

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2009 um 163 T-€ (= -8,9 %) auf 1.660 T-€ vermindert. Während sich die abgerechneten Mietnebenkosten (+150 T-€) und die sonstigen betrieblichen Erträge (+3 T-€) erhöhten, gab es bei den Mieteinnahmen eine Verminderung um 24 T-€ (-2,8%) und bei den sonstigen Dienstleistungen eine Verminderung um 71 T-€. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 221 T-€.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft haben sich um 29 T-€ auf 94 T-€ vermindert.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 586 T-€ (Vorjahr: 587 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich aufgrund einer im Vorjahr vorgenommenen einmaligen Umstellung um 64 T-€ vermindert und betragen im Berichtsjahr 439 T-€ gegenüber 503 T-€ im Vorjahr.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Vorjahresvergleich um 181 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Raumkosten (-149 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-53 T-€) und die sonstigen Kosten (-12 T-€) vermindert. Die Instandhaltungskosten (+35 T-€) haben sich dagegen erhöht. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2009 um 16 T-€ auf 55 T-€ vermindert.

Das **Finanzergebnis** hat sich aufgrund gesunkener Anlagezinssätze um 21 T-€ auf 14 T-€ vermindert.

Die **Steuern von Einkommen und Ertrag** haben sich um 1 T-€ auf 16 T-€ vermindert und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 23,2 % gegenüber 16,0% im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 36 T-€ auf 53 T-€ vermindert.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 1.268 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen vom kurzfristigen in den langfristigen Anlagebereich i. H. v. 1.000 T-€ haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2010 um rund 863 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2010		Bilanz zum 31.12.2009		Delta z. Vorjahr	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.353,2	53,2	6.300,2	50,9	53,0	0,8
Sonderposten mit Rücklageanteil	5.320,0	44,5	5.758,4	46,5	-438,4	-7,6
Rückstellungen	111,5	0,9	154,8	1,3	-43,3	-28,0
Erhaltene Anzahlungen	118,4	1,0	0,0	0,0	118,4	-
Lieferverbindlichkeiten	39,0	0,3	107,6	0,9	-68,6	-63,8
Sonstige Verbindlichkeiten	6,8	0,1	59,4	0,5	-52,6	-88,6
Summe Verbindlichkeiten	164,2	1,4	167,0	1,3	-2,8	-1,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2	-
Summe Passiva=Gesamtkapital	**11.949,2**	**100,0**	**12.380,4**	**100,0**	**-431,2**	**-3,5**

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2010		Bilanz zum 31.12.2009		Delta z. Vorjahr	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielles Anlagevermögen	1,1	0,0	3,0	0,0	-1,9	-63,3
Sachanlagen	9.371,8	78,4	9.952,9	80,4	-581,1	-5,8
Finanzanlagen	1.002,4	8,4	2,4	0,0	1.000,0	>100,0
Summe Anlagevermögen	10.375,3	86,8	9.958,3	80,4	417,0	4,2
Vorräte	0,0	0,0	72,0	0,6	-72,0	-100,0
Forderungen	150,9	1,3	100,7	0,8	50,2	49,9
Sonstige Vermögensgegenstände	155,4	1,3	118,6	1,0	36,8	31,0
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	1.267,6	10,6	2.130,8	17,2	-863,2	-40,5
Summe Umlaufvermögen	1.573,9	13,2	2422,1	19,6	-848,2	-35,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	**11.949,2**	**100,0**	**12.380,4**	**100,0**	**-431,2**	**-3,5**

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 431,2 T-€ (= -3,5 %) auf 11.949,2 T-€ ermäßigt.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-581,1 T-€) und der Zunahme des Finanzanlagevermögens (+1.000,0 T-€) auf nunmehr 86,8 % (Vorjahr 80,4 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 80,4 % im Vorjahr auf 78,4 % im Berichtsjahr gestiegen, was sich durch die wesentlich stärker zurückgegangene Bilanzsumme begründen lässt.

Die erhebliche Erhöhung des **Finanzanlagevermögens** resultiert aus der Umschichtung von kurzfristigen Geldanlagen in einen langfristigen Sparkassenbrief i. H. v. 1.000 T-€.

Das **Immaterielle Anlagevermögen** hat sich durch planmäßige Abschreibungen leicht um 1,9 T-€ auf 1,1 T-€ vermindert. Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 2,5 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 583,6 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 581,1 T-€ auf einen Betrag von 9.371,8 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 848,2 T-€ oder 35% auf 1.573,9 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert im Wesentlichen aus der Umschichtung von kurzfristigen liquiden Mitteln hin zu langfristigen Geldanlagen i. H. v. 1.000,0 T-€, so dass sich die liquiden Mittel insgesamt um 863,2 T-€ vermindert haben.

Die Verminderung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i. H. v. 50,2 T-€ ist stichtagsbedingt.

Erstmalig wurden die erhaltenen Anzahlungen von den **Vorräten** abgesetzt. Als Saldo wird ein Rückerstattungsbetrag von 118,3 T-€ ausgewiesen.

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 36,8 T-€ ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der sonstigen Forderungen EVH (+37,0 T-€) und die Erhöhung der Lieferantenguthaben (+19,8 T-€) zurückzuführen. Steuererstattungsansprüche gab es am Bilanzstichtag i. H. v. 97,8 T-€ gegenüber 118,4 T-€ (-20,6 T-€) im Vorjahr. Die übrigen Posten blieben nahezu unverändert.

Die **liquiden Mittel** betrugen am Bilanzstichtag 1.267,6 T-€ und nahmen zum Vorjahr um 863,2 T-€ ab, was hauptsächlich an der Umschichtung in langfristige Finanzanlagen liegt.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** verminderten sich aufgrund den geänderten Bilanzierungsvorschriftengegenüber gegenüber dem Vorjahr um insgesamt um 73,1 T-€. In den Vorjahren wurde unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten unter anderem abgegrenzte Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen ausgewiesen. Im Berichtsjahr erfolgte dieser Ausweis erstmalig aufgrund der Aufhebung des § 250 Absatz 1 Satz 2 HGB durch das BilMoG nicht.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet:

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Zentrum, die Bio-Zentrum Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben:

- Könnte es zu einem Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch übertriebene politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle kommen.

- Übertriebene restriktive Festlegungen des in Vorbereitung befindlichen neuen Bebauungsplans für Heide-Süd führen dazu, dass der weinberg campus für Firmenansiedlungen im Standortranking immer mehr an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinken wird.

- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?

- Dass dem Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.

- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten werden.

- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.

Die dargestellte Problematik kann zu erheblichen Mietausfällen der Bio-Zentrum Halle GmbH mittelfristig führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen im letzten Jahr weiter gesunken ist. Diesem Mietdumping kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden. Es wäre ein großer Erfolg, wenn die zuständigen Seiten der Verwaltung angebotene Vorträge (Lange Nacht der Wissenschaften) wahrnehmen würden und damit auch ein erster Schritt für ein gemeinsames inhaltliches Zueinander gefunden würde.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma Bio-Zentum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2011 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2012 bis 2016 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen * Miete u.a.* T-EURO	Erlöse sonstige T-EURO	T-EURO	Finanz-ergebnis T-EURO	Ergebnis T-EURO
2011	900	800	20	20	-60
2012	848	800	0	12	-36
2013	910	800	20	12	-78
2014	910	810	20	20	-60
2015	910	810	20	20	-60
2016	910	810	20	20	-60

* Die umlagefähigen Mietnebenkosten sind weder in den Aufwendungen noch in den Mieterträgen enthalten, da sich Aufwendungen und Erlöse hieraus jeweils ausgleichen

Es können weitere Risiken entstehen, die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die Bio-Zentrum Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit in Betracht gezogen werden.

Weiter vorausschauend zeichnet sich ab 2015 durch die Umstrukturierung der Forschungsstelle „Protein“ der Max-Planck-Gesellschaft und durch die offene Weiterfinanzierung der Probiodrug AG ein nicht definierbarer Leerstand ab. Es ist zum heutigen Tage nicht voraussehbar mit welchem Flächenbedarf welche Einrichtung mit welchen Themen weitergeführt wird oder inwieweit beide nicht weiter bestehen.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk weinberg campus. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie bis 2011, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsgebäudes durch die Gesellschaft, welches voraussichtlich ab 2012 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Das Erfolgsrezept für die Entwicklung des weinberg campus, der einer Stadt / Region kann nur sein: Bildung - Grundlagenforschung, + Angewandte Forschung + Produkt- und Dienstleistungsentwicklung + Produktion / Umsetzung = Gewerbesteuereinnahmen = Wohlstand - Demographischer Wandel.

Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z. B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2011 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark weinberg campus und damit die Bio-Zentrum GmbH nimmt.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadteigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Götte, Dieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	0	0					0	
Umlaufvermögen	19.085	100	20.929	100	17.608	100	-1.844	-9
Bilanzsumme	**19.085**	**100**	**20.929**	**100**	**17.608**	**100**	**-1.844**	**-9**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	16.802	88	16.983	81	17.131	97	-181	-1
Rückstellungen	140	1	142	1	287	2	-3	-2
Verbindlichkeiten	2.071	11	3.666	18	189	1	-1.595	-44
Rechnungsabgrenzungsposten	72	0	138	1			-66	-48
Bilanzsumme	**19.085**	**100**	**20.929**	**100**	**17.608**	**100**	**-1.844**	**-9**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	413	95	
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	36	310	715
sonstige betriebliche Erträge	102	104	49
Materialaufwand	410	315	715
Personalaufwand	180	219	114
Abschreibungen	1		85
sonstige betriebliche Aufwendungen	137	127	259
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		5	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	0	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-180	-148	-403
sonstige Steuern	0	0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-181	-149	-403
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-181	-149	-403

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-43,78	-155,92		%
Eigenkapitalrentabilität:	-1,06	-0,87	-2,30	%
Cash-Flow:	-179	-149	-318	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	276	170	382	T€
Personalaufwandsquote:	32,68	43,04	14,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00			%
Eigenkapitalquote:	88,04	81,14	97,29	%
Fremdkapitalquote:	11,96	18,86	2,71	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	343,90	345,70	353,64	ha
davon verkaufte Fläche	1,80	7,94	0,00	ha

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der B-Planung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14" die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadteigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

In der Folgezeit wurden alle Anstrengungen unternommen, einen rechtskräftigen Bebauungsplan zu erwirken. Dieser lag im Jahr 2002 vor.

Die Vermarktung des Areals erfolgte auf der Grundlage dieses Bebauungsplanes und im Einklang mit den grundsätzlichen Intensionen der in einem, eigens für das Industriegebiet gegründeten Planungsverband vereinten Gebietskörperschaften, aktuell der Stadt Halle, der Gemeinde Peißen, der Stadt Landsberg und der Einheitsgemeinde Kabelsketal.

Auf dieser Grundlage war die Stadt Halle in der Lage, bei Großprojekten, die mit Beginn des Jahres 2007 bei der Stadt Halle und ihrer Gesellschaft bezüglich einer Ansiedlung im Industriegebiet verstärkt nachgefragt wurden, ein wettbewerbsfähiges Standortangebot unterbreiten zu können.

Die überwiegend reaktiven Ansprachen von Investoren seit dem Jahr 2007 bilden sich zum einen aus direkten Anfragen von Unternehmen und zum anderen aus Anfragen von Unternehmen, die von Kooperationspartnern wie German Trade and Invest (GTaI) und der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) begleitet wurden.

Es handelt sich dabei um Standortanfragen von Unternehmen aus dem Bereich der verarbeitenden Industrie.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Anfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge, haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt. Gleichzeitig wurde zwecks Beschleunigung des Vorhabens ein Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gestellt. Diese Ausnahmegenehmigung lag mit Wirkung ab dem 31. Januar 2008 vor. Seitdem konnte mit der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes begonnen werden.

Ein Zuwendungsbescheid der beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattet unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst ein Gesamterschließungsvolumen in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.
Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltet, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Nachdem sich in den Jahren 2009 und 2010 die Nachfrage potentieller Investoren in der Tendenz deutlich zu Flächengrößen von 5 bis 30 ha entwickelten, in den Jahren 2007/2008 lagen die Nachfragen mehrheitlich bei größer als 30 ha, waren in 2010 Überlegungen anzustellen, wie diesem veränderten Nachfrageverhalten zu entsprechen ist. Die bisher betriebene Erschließung ging für das Kernareal von 230 ha von einer Ansiedlung von zwei bis drei Unternehmen aus. Dementsprechend wurde nur eine Erschließungsstraße entlang der südwestlichen Begrenzung des Industriegebietes errichtet.
Um die Möglichkeit zu haben, kleinflächigere Ansiedlungen vorzunehmen, ohne die Zugänglichkeit größerer Flächenanteile zu beschneiden und einen größeren Flächenverschnitt (nicht vermarktungsfähige Restflächen) zu verhindern, wurde ein Konzept einer weitergehenden, inneren Erschließung entwickelt und vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden.
Der darauf bezogene Änderungsantrag wurde von der Stadt Halle am 12. Oktober 2010 bei der Investitionsbank gestellt, ein entsprechender Bescheid ist am 8. März 2011 ergangen.

Der Änderungsantrag begründet keine Erhöhung des bisher veranschlagten und beschiedenen Budgets in Höhe von 76,8 Mio. €, sondern baut auf positiven Vergabeeffekten und nicht mehr weiter zu verfolgenden Ausbaumaßnahmen im Bereich der Stromerschließung auf.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass entsprechend rechtlicher Vorschriften nur noch Gebietskörperschaften und ihnen gleichgestellte Verbände Fördermittel beantragen und erhalten können. So ist auch im Fall des Erschließungsprojektes Industriegebiet an der A 14 die Stadt Halle Antragstellerin und Bezieherin der Fördermittel.

Die erhaltenen Fördermittel und die städtischen Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung, ausgenommen die durch die EgIG gemäß Stadtratsbeschlüssen selbst beizusteuernden Mittel, sind entsprechend des Ablauf- und Finanzplanes zur Erschließung in den jährlichen Haushalt der Stadt Halle eingestellt und werden der EgIG als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss entsprechend des Anfalls zu begleichender Rechnungen zur Verfügung gestellt. Über das gesamte Geschäftsjahr 2010 war dieser Prozess so organisiert, dass die Gesellschaft jeweils rechtzeitig vor Fälligkeit der Rechnungen aus der Erschließung mit der erforderlichen Liquidität ausgestattet war.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A 14 ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgt seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil sind in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestranchen als Einnahmen und Ausgaben in den städtischen Haushalt eingestellt und werden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses zur Verfügung gestellt.

Organisatorische Regelungen zur korrekten und termingerechten Abwicklung des Erschließungsvorhabens wurden und werden durch entsprechende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung getroffen. So wurde zunächst der über Jahre ruhende Vertrag zur Projektleitung und -steuerung sowie zur Generalplanung mit der Obermeyer Albis-Bauplan GmbH aktiviert. Die bis zum 15. April 2008 in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH als Nebentätigkeit ausgeübte Geschäftsführung wurde in eine Vollzeittätigkeit in der Gesellschaft umgewandelt.

Dies war notwendig, um zum einen die akquisitorischen Aktivitäten um Ansiedlungen fachgerecht zu begleiten und zum anderen die sich aus der beschlossenen Erschließung ergebenden planerischen Aktivitäten in Angriff zu nehmen und die sich aus dem Projekt selbst ergebenden Organisations- und Steuerungsprozesse in die Hand zu nehmen.

Die sich daraus ergebenden Aufwendungen schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2010 entsprechend in der Position Materialaufwand/ Bezogene Leistungen nieder. Da diese Leistungen Bestandteil des Erschließungsprojektes und dem entsprechend auch förderfähig sind, tragen sie zur Wertsteigerung des in der Bilanz unter Vorräte ausgewiesenen, noch unerschlossenen Industriegebietes bei. Da jedoch sowohl die von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bereitgestellten Fördermittel als auch der sich aus der Antragstellung auf diese Fördermittel begründende Eigenanteil der Stadt Halle der Gesellschaft als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss zur Verfügung gestellt werden, mindern diese Zuschüsse die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen, tatsächlichen Erschließungsaufwendungen in erheblichem Umfang. Offen ausgewiesen wird danach nur jener Erschließungsaufwand, korrespondierend dazu demgemäß auch die Bestandserhöhung des Vorratsvermögens, der dem von der Gesellschaft gemäß Stadtratsbeschluss vom September 2007 eigenständig beizusteuernden Eigenanteil entspricht.

In Höhe der im Geschäftsjahr 2010 planmäßig und in Übereinstimmung mit dem städtischen Haushalt erfolgten Finanzierung der Erschließungsmaßnahmen aus nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen, wird demgemäß keine Wertsteigerung im Umlaufvermögen verbucht.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen hatten auch im Jahr 2010 Bestand. Aufgrund der erschließungs-bedingten Eingriffe in die verpachteten Flächen mussten jedoch Einbußen bei den erzielten Pachteinnahmen in Kauf genommen werden, deren Ausweis unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt.

Mit dem Verkauf einer ersten Teilfläche von 1,8 ha an den norwegischen Investor Innotech Solar wurde ein erster Ansiedlungserfolg erzielt. Für weitere 3,5 ha wurde ein Kaufvertrag angeboten (Optionsvertrag). Im Oktober 2010 begann dieser Investor mit seiner Investition, die sich auf ca. 45 Mio. € beläuft und knapp 50 Arbeitsplätze schaffen soll.

Ein weiteres Ansiedlungsgeschäft für eine Fläche von 6,6 ha, auch hier stehen Optionen auf den Erwerb weiterer 8,4 ha in Rede, wurde in 2010 soweit konkretisiert, dass eine Standortentscheidung für Halle vorliegt. Aktuell laufen hier bereits die konkreten Werksplanungen. Mit der notariellen Beurkundung des Kaufvertrages wird im 1. Quartal 2011 zu rechnen sein.

Einschließlich der erzielten Umsatzerlöse aus der Veräußerung einer Industriegebietsfläche sowie der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen, nicht förderfähigen Aufwendungen wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 181 T€ ausgewiesen.

Das Jahr 2010 war insbesondere geprägt durch die forcierte öffentliche Erschließung des Industriegebietes mit folgenden Schwerpunkten:

Maßnahme -Mio. €-	Gesamtbudget	Zahlungsstand 31.12.2010	Status
Wasser u. Abwasser	8,9	7,2	betriebsbereit
Regenentwässerung	9,0	5,7	Südabschnitt fertig Nordabschnitt begonnen
Umverlegungen	14,5	11,2	abgeschlossen
Elektroerschließung	19,3	10,4	40 MVA Leistung liegen an, MS-/NS-Erschließung fertig
Gaserschließung	1,5	1,5	Gasanschluss fertig
Straßenbau	10,2	8,2	1. BA fertig 2. BA begonnen

Es ist ein Erschließungsstand erreicht, der einen jederzeitigen Baubeginn eines Ansiedlungsunternehmens sicherstellt. Bisher im Rahmen von Standortanfragen bekannt gewordene Bedarfe an Versorgungs- und Entsorgungsleistungen können vollständig abgesichert werden.

Mit der Fertigstellung einzelner Erschließungsanlagen stellte sich in 2010 vermehrt die Frage, wer die diversen Anlagen künftig betreibt und unterhält. Die Gesellschaft geht davon aus, dass die fertig gestellten Anlagen gemäß des ihr erteilten Erschließungsauftrages an die Stadt Halle übertragen werden. Ein dementsprechendes Unternehmenskonzept wurde der Gesellschafterversammlung in der Sitzung am 15. November 2010 vorgestellt und von dieser bestätigt. Danach entwickelt sich die Gesellschaft nach Abschluss der Erschließungsmaßnahme, deren Ende gegenwärtig per 31. Dezember 2012 zu erwarten ist, zu einer reinen, allein die vermarktungsfähigen Industriegebietsflächen umfassenden „Besitzgesellschaft“. Eigenes Personal soll in der Gesellschaft nicht beschäftigt sein. Für die Erschließung bedient sich die Gesellschaft der Dienste der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft, die Verwertung der Industriegebietsflächen erfolgt unter Federführung der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle.
Sämtliche, geschaffenen Erschließungsanlagen sind nebst der zugehörigen Flächen an die Stadt Halle oder von dieser an ohnehin bereits für das Stadtgebiet eingesetzte städtische Unternehmen (Wasser/Abwasser an die HWS GmbH) unter Beachtung förderrechtlicher Bestimmungen und auferlegter Zweckbindungskriterien zu übertragen.

Die Gesellschaft hat diesbezüglich bereits in 2010 starke Aktivitäten entfaltet. So gibt es für die Aufnahme der Strom-, Gas- und TK-Anlagen die mit den Stadtwerken abgestimmte Absicht zur Gründung einer separaten, nur für das Industriegebiet tätig werdenden Netzgesellschaft. Eine endgültige Klärung der hierfür geltenden Modalitäten wird bis Ende 1. Quartal 2011 erwartet.
Das Wasser- und Abwasseranlagevermögen soll auf der Grundlage des zwischen Stadt Halle und HWS GmbH bestehenden Konzessionsvertrages von der HWS GmbH übernommen werden.
Straßen, Gewässer und die Ersatz- und Ausgleichsflächen gehen an die Stadt Halle über. Eine dementsprechende Vorlage wird gerade erarbeitet und wird der Stadt Halle in Kürze übergeben.
Grundsätzlich bedarf es zur zügigen und konsequenten Umsetzung des vor genannten der Federführung des Auftraggebers der öffentlichen Erschließung und Maßnahmeträgers, der Stadt Halle.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage der mit der Stadt Halle getroffenen Regelungen während des gesamten Geschäftsjahres 2010 gesichert. Für die förderfähigen Erschließungskosten aus dem Industriegebiet an der A 14 waren dies die vor genannten Stadtratsbeschlüsse und die darauf basierenden Berücksichtigungen im städtischen Haushalt 2010. Für nicht förderfähige, eigene Verwaltungs- und Organisationsaufwendungen der Gesellschaft fasste der Finanzausschuss des Stadtrates in seiner Sitzung am 20. Oktober 2009 den Beschluss, der Gesellschaft aus städtischen Mitteln ein Zwischenfinanzierungsdarlehen von bis zu 551 T€ und bis zum 30. Juni 2012 zu gewähren. Die Tilgung soll aus erzielten Veräußerungserlösen erschlossener Industriegebietsflächen erfolgen. Ein entsprechender Darlehensvertrag mit der Stadt Halle ist inzwischen mit den konkreten Bedingungen zur Darlehensgewährung und -auszahlung sowie zur Verzinsung und Tilgung abgeschlossen worden. Die kumulierte Inanspruchnahme dieses Darlehens beziffert sich per 31. Dezember 2010 auf 310 T€.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Das im Besitz der Gesellschaft befindliche Industriegebiet ist bezüglich der daraus erzielbaren und erzielten Verwertungserlöse Gegenstand einer speziellen Vereinbarung zwischen der Stadt Halle und dem Land Sachsen-Anhalt.
Die Stadt Halle als Gesellschafterin der Gesellschaft ist danach gehalten, Teile dieser Verwertungserlöse, die zunächst allein der Gesellschaft zufließen, an das Land abzutreten.

Im Zusammenhang mit der beschlossenen und bereits in der Umsetzung befindlichen Erschließung des Industriegebietes hat sich die Stadt Halle als Gesellschafterin verpflichtet, die Gesellschaft so auszustatten, dass sie insbesondere ihren finanziellen Verpflichtungen aus der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die Erschließungsträgerschaft ist der Gesellschaft über einen Erschließungsvertrag von der Stadt Halle übertragen worden.

Nicht förderfähige Aufwendungen der Gesellschaft, wie Geschäftsführungs- und sonstige Verwaltungskosten, grundstücksnahe Aufwendungen sowie Kosten der eigenen Projektleitung müssen zunächst durch die Gesellschaft separat aufgebracht werden. Dieser Aufwand wäre bei der durch die Stadt Halle im Zuge der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt geplanten Kapitalentnahme nach Eingang von Verwertungs- bzw. Veräußerungserlösen aus dem Verkauf erschlossener Teilflächen des Industriegebietes angemessen zu berücksichtigen.

Der sich aus der Vollerschließung für das Industriegebiet ergebende, höhere Eigenanteil der Stadt Halle (Aufstockung von 48 Mio. € auf 76,8 Mio. €) in Höhe von zusätzlich 2,8 Mio. € ist nach Beschluss des Stadtrates vom 29. Oktober 2008 (IV/2008/07494) durch die Gesellschaft selbst aufzubringen. Grundlage dafür bilden die in Aussicht stehenden Grundstücksveräußerungen an potentielle Ansiedler. Bleiben diese temporär aus, ergeben sich bei Weiterführung der öffentlichen Erschließung auf Vollerschließung Finanzierungsengpässe, die wiederum nur von der Stadt Halle überbrückt werden können.
Diese konkrete Situation ist nach dem gegenwärtigen Stand der Verwertung des Industriegebietes im Jahr 2010 eingetreten. Der Wirtschaftsplan der Gesellschaft sah für 2010 erzielbare Erlöse aus der Veräußerung von bis zu 5 ha an einen Investor vor, der mit notarieller Urkunde vom 09. Februar 2010 inzwischen auch ca. 1,8 ha Fläche erworben hat.

Weitere Ansiedlungsgeschäfte sind in Anbahnung, konnten allerdings nicht als sichere Einnahme im Wirtschaftsplan 2011 berücksichtigt werden.

Aufgrund objektiver Umstände sind Verzögerungen im Erschließungsablauf eingetreten, so dass ein Abschluss aller ursprünglich konzipierten Erschließungsleistungen bis zum bisher genehmigten Ende des Bewilligungszeitraumes am 31. Dezember 2010 nicht mehr sichergestellt war.
Daneben war, wie bereits erläutert eine Reaktion auf das veränderte Nachfrageverhalten potentieller Investoren erforderlich, die, vom Stadtrat gebilligt, einen unter Datum 12. Oktober 2010 gestellten Änderungsantrag zur Folge hatte, der auch eine Verlängerung des Investitionszeitraumes bis Ende 2012 beinhaltet.

Die Gesellschaft bemüht sich intensiv darum, die bereits fertiggestellten und weiter fertig werdenden Erschließungsanlagen so wie es ihr Unternehmenskonzept und darauf aufbauend der Wirtschaftsplan 2011 vorsehen, an die Stadt Halle oder von dieser zu betreuende Unternehmen zu übertragen. In der Gesellschaft sind weder personelle und finanzielle Voraussetzungen für deren Betreibung und Unterhaltung vorhanden noch geplant. Zuständigkeiten für die darauf bezogenen Aufgaben (Straßenunterhaltung, Grünflächenpflege, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Energieversorgung) sind auf der anderen Seite für das Stadtgebiet eindeutig geklärt. Da das Industriegebiet gemarkungsübergreifend beplankt wurde und inzwischen auch erschlossen wird, bedarf es diverser Regelungen zwischen der Stadt und den betroffenen Gemeinden (Landsberg, Kabelsketal), die es für den Bereich Wasser/Abwasser bereits gibt. Eingemeindungen wie aktuell zwischen der Stadt Halle und der Stadt Landsberg bereits vereinbart, stellen insofern wesentliche Erleichterungen dar. Grundsätzlich hat die Stadt Halle die betroffenen Gemeinden in einer gesonderten Vereinbarung von der Beteiligung an den Erschließungskosten und den Folgekosten der Erschließung freigestellt. Dafür stehen ihr auch die aus den Ansiedlungen zu erwartenden Steuereinnahmen zu.

Die von der Gesellschaft erwarteten und aktiv betriebenen Übergänge der Erschließungsanlagen bedürfen insgesamt einer wesentlich aktiveren Unterstützung des Maßnahmeträgers Stadt Halle.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind über die oben genannte bevorstehende Veräußerung einer weiteren Teilfläche von 6,6 ha sowie der Eingang des Bewilligungsbescheids am 8. März 2011 nicht eingetreten.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadteigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Götte, Dieter

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Neumann, Wolfram
stellv. Vorsitzender	Röder-Kolberg, Tobias
	Bonan, Robert
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar
	Kapetsis, Janis
	Sprung, Michael

	31.12.2010 T€
Aufsichtsrat	8

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1	1	2	2	2	3	-1	-34
Umlaufvermögen	118	97	89	96	72	96	29	33
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	2	3	1	1	0	0
Bilanzsumme	**122**	**100**	**93**	**100**	**75**	**100**	**29**	**31**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	60	49	55	59	53	71	5	9
Rückstellungen	41	34	30	32	18	24	12	39
Verbindlichkeiten	21	17	8	9	4	5	12	148
Bilanzsumme	**122**	**100**	**93**	**100**	**75**	**100**	**29**	**31**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	58	49	49
Personalaufwand			2
Abschreibungen	1	1	265
sonstige betriebliche Aufwendungen	56	47	42
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	0	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5	2	-259
sonstige Steuern			0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5	2	-259
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5	2	-259

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	8,60	3,16	-83,00	%
Cash-Flow:	5	2	6	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:			3,31	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,98	1,92	3,17	%
Eigenkapitalquote:	48,88	58,97	70,61	%
Fremdkapitalquote:	51,12	41,03	29,39	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes „An der A14“ die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet. Die Oberbürgermeisterin wurde bevollmächtigt, hierfür sämtliche erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Industriegebietes Halle-Saalkreis „An der A14“ einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wurde beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH die Änderungen des Gesellschaftsvertrages vorzunehmen.

Die Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH mit Sitz in Halle (Saale) hat mit Datum vom 17. Juli 2002 diverse Änderungen beschlossen.
Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A14 auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Gesellschaft nimmt als Komplementärin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG deren Geschäftsführung war, vertritt diese und haftet für sie. Im Zuge der begonnenen und während des Geschäftsjahres 2010 weiter vorangeschrittenen öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A14 erfolgte mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 die Genehmigung zur Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2010 insgesamt viermal und fand sich zu dem zu einem Strategie-Workshop zusammen.

B. Darstellung der Lage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Komplementärin der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG und damit in Ausübung der Geschäftsführung für diese Gesellschaft, war im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres 2010 geprägt von der weiteren Durchführung der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A14.
Die Stadt Halle beauftragte die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co.KG (EgIG) mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A 14. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget i. H. v. EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor.

Die Umfänge der Erschließung und die einzuhaltenden Maßgaben der Förderrichtlinien, insbesondere jedoch die Bedeutung dieses Projektes für den angestrebten Ansiedlungserfolg großer Industrieunternehmen, erforderten auch die Schaffung entsprechend handlungsfähiger organisatorischer Voraussetzungen.
Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde die vorherige, in Nebentätigkeit ausgeübte Anstellung des bestellten Geschäftsführers mit Wirkung ab 16. April 2008 in eine Vollzeit- und ausschließlich für die Gesellschaft auszuübende Tätigkeit umgewandelt.

Weitere Beschlüsse der Gesellschafterin Stadt Halle führten zum Aufbau einer, das Wirken der Geschäftsführung unterstützenden, übersichtlichen Unternehmensorganisation, wobei die sich daraus ergebenden Anstellungsverträge und sonstigen Verträge bis Ende 2010 mit der EgIG als der eigentlichen Projektgesellschaft abgeschlossen wurden.

Sowohl der Gesellschaftsvertrag der EVG als auch der der EgIG sowie die aus beiden Unternehmen bestehende Gesamtkonstruktion stellen das Tätig werden beider Unternehmen neutral, nicht vordergründig und ausschließlich bezogen auf die Erschließung des Industriegebietes an der A14 heraus. Sehr wohl sind beide Gesellschaften und die darin inzwischen geschaffene Ablauforganisation aktuell mit dieser einen Erschließung befasst und im Grunde auch kapazitiv voll ausgelastet.

Mit der Einrichtung eines Dezernates für Wirtschaft und Arbeit und dem Amtsantritt des Beigeordneten für dieses Dezernat am 01. Januar 2008 wurden durch die Verwaltung der Stadt Halle, aufsetzend auf den zuvor gewonnenen Erkenntnissen, die Bestrebungen zur Schaffung eines effizient arbeitenden Flächenmanagementsystems in einem städtischen Beteiligungsunternehmen aufgegriffen. Im Einklang mit den Belastungen aus dem konkreten Erschließungsprojekt Industriegebiet an der A14 wurde der Geschäftsführung der EVG der Auftrag erteilt, ein entsprechendes Unternehmenskonzept zu erarbeiten, das die Inhalte und Zielstellungen für ein durch das Unternehmenskonstrukt EVG/EgIG zu verwirklichendes Flächenmanagement ebenso beschreibt wie die dafür in den Unternehmen zu schaffenden organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen.
Dieses Unternehmenskonzept liegt seit Ende des Jahres 2009 als Entwurf vor und wurde im Verlauf des Jahres 2010, insbesondere auch im Ergebnis des mit dem Aufsichtsrat durchgeführten Strategie-Workshop konkretisiert und letztendlich sowohl vom Aufsichtsrat als auch der Gesellschafterversammlung, jeweils in den Sitzungen am 15.11.2010 gebilligt. Danach wird die EVG, ihrem satzungsgemäßen Zweck folgend Flächenmanagementaufgaben für die Stadt Halle, vordergründig im Hinblick auf Gewerbe- und Industriegebietsflächen, wahrnehmen.
Organisatorische, personelle und finanzielle Ressourcen bzw. Voraussetzungen für diese Aufgabenwahrnehmung sollen allein in der EVG vorgehalten werden. Soweit dies die Größe und Bedeutung eines Einzelprojektes rechtfertigt, können die Projekte an sich, wie im Fall der Entwicklung und Erschließung des Industriegebietes A 14, in speziellen Objektgesellschaften realisiert werden, für die die EVG als Komplementärin auftritt und u. a. über entsprechende Dienstleistungsverträge mit den bei ihr vorhandenen Ressourcen tätig wird. Die EVG wird sich ab 2011 dementsprechend, Grundlage ist der bestätigte Wirtschaftsplan, aufstellen und zunächst weiter die Erschließung des Industriegebietes A 14 für die EgIG betreiben, sich für erste Ansiedlungsunternehmen als „Kümmerer“ vor Ort verstehen und das vom Stadtrat in seiner Sitzung im Juni 2009 (IV/2009/08035) beschlossene Pilotvorhaben „Revitalisierung von Industriebrachen“ im Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost, für das seit 29.06.2010 ein Zu-wendungsbescheid über die beantragten Fördermittel vorliegt, forcieren.
Für das Geschäftsjahr 2010 galten jedoch noch die zuvor beschlossenen, allein auf die Wahrnehmung der Geschäftsführung der EgIG bezogenen Abläufe.
Personal war insofern ausschließlich in der EgIG beschäftigt.

Der Jahresabschluss 2010 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 5 (im Vorjahr: TEUR 2) aus. Die Gesellschaft legte auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EgIG begründenden, Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EgIG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um. Da der EVG zudem gemäß Gesellschaftsvertrag der EgIG eine Vergütung für die EgIG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 1 zusteht, wird aus der operativen Geschäftstätigkeit ein positives Ergebnis in Höhe von TEUR 5 erwirtschaftet.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 7 (Vorjahr TEUR 12). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2010 gesichert.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EgIG die Geschäftsführung dieses Unternehmens. Im Zuge der beschlossenen Erschließung des Industriegebietes an der A14 und dessen Vermarktung wurde angesichts der damit in Zusammenhang stehenden Management-, Kontroll- und Überwachungstätigkeiten anders als noch im Jahr 2007 eine, diesen enorm gestiegenen Anforderungen angepasste, personelle und auch ansonsten organisatorische und finanzielle Ausstattung geschaffen. Die Gesellschafterversammlung hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst. Insbesondere auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 12. März 2008 wird die Geschäftsführung der eingetretenen Entwicklung Rechnung tragend, mit Wirkung ab 16. April 2008 als ausschließliche Tätigkeit durch den bestellten Geschäftsführer ausgeübt.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EgIG auch direkt zugeordnet werden. Dies betraf in 2010 insbesondere die Anstellungsverträge der Mitarbeiter, Miet- und sonstige Verträge, die zu Kostenbelastungen führen.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EgIG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EgIG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, gegenwärtig somit der Erschließung des Industriegebietes an der A14.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EgIG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EgIG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden Aufwendungen nachkommen kann. Um dies zu gewährleisten, wurde durch den Finanzausschuss des Stadtrates der Stadt Halle auf entsprechenden Antrag am 20. Oktober 2009 eine Liquiditätshilfe für die EgIG bis zu einer Höhe von TEUR 551 beschlossen. Diese betrifft insbesondere die eigenen, nicht förderfähigen Verwaltungs- und Organisationsaufwendungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes an der A14, bis es gelingt, aus der Vermarktung der erschlossenen Industriegebietsflächen die Liquidität eigenständig sicherzustellen.

Im Zuge der ab 2011 umzusetzenden, neuen Unternehmenskonzeption wurden die finanziellen Mittel zur Wahrnehmung der Flächenmanagementaufgaben über das Projekt Industriegebiet A 14 hinaus im städtischen Haushalt verankert. Die Gesellschaft soll mittelfristig eigene Einnahmen aus der Veräußerung zuvor entwickelter Flächen erzielen und insofern haushaltsneutral agieren. Für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 werden jeweils Umsatzerlöse in Höhe von ca. TEUR 300 sowie Jahresüberschüsse in Höhe von jeweils ca. TEUR 10 prognostiziert.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Mansfelder Straße 56
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Hagen, Katerina

Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Dr. Pohlack, Thomas	(bis 25.11.2010)
stellv. Vorsitzender	Engelmann, Dieter	
	Bossmann, Claus Peter	
	Dr. Fikentscher, Rüdiger	
	Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
	Dr. Wünscher, Ulrike	
	Krischok, Marion	
	Neumann, Wolfram	(seit 25.11.2010)
	Rohnke, Achim	
	Vogel-Jahn, Jürgen	

** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.

	31.12.2010
	T€
Aufsichtsrat	9

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	27.681	95	29.028	94	30.348	92	-1.347	-5
Umlaufvermögen	1.484	5	1.971	6	2.543	8	-487	-25
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	9	0	33	0	-8	-93
Bilanzsumme	**29.166**	**100**	**31.008**	**100**	**32.925**	**100**	**-1.842**	**-6**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	7.690	26	6.291	20	6.793	21	1.399	22
Sonderposten mit Rücklagenanteil			21.604	70	22.618	69	-21.604	-100
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	20.591	71					20.591	
Rückstellungen	160	1	215	1	171	1	-55	-26
Verbindlichkeiten	725	2	2.883	9	3.343	10	-2.158	-75
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	14	0			-14	-97
Bilanzsumme	**29.166**	**100**	**31.008**	**100**	**32.925**	**100**	**-1.842**	**-6**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	833	936	906
sonstige betriebliche Erträge	327	1.377	1.312
Materialaufwand	2		
Personalaufwand	388	358	294
Abschreibungen	356	1.368	1.366
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.019	985	1.182
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	3	39
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	36	84
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-633	-431	-669
außerordentliche Erträge	213		357
außerordentliche Aufwendungen	146	36	86
außerordentliches Ergebnis	67	-36	271
sonstige Steuern	35	35	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-601	-501	-399
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-601	-501	-399

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-72,16	-53,57	-44,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	-7,25	-7,38	-5,55	%
Cash-Flow:	-246	866	967	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	166	289	444	T€
Personalaufwandsquote:	33,40	15,50	13,26	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,91	93,61	92,17	%
Eigenkapitalquote:	26,37	20,29	20,63	%
Fremdkapitalquote:	73,63	79,71	79,37	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
vermietbare Fläche	6.432,90	6.432,90	6.432,90	m²
Auslastung	96,30	98,50	95,40	%

e) Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Gesamtentwicklung

Im Geschäftsjahr 2010 hat die Gesellschaft die in den Vorjahren gelegten Grundlagen zum Aufbau einer inhaltlichen Profilbildung und Netzwerkarbeit umgesetzt. Das besondere Augenmerk lag in der Entwicklung und Umsetzung branchenspezifischer Veranstaltungsformate und dem Herausarbeiten relevanter und wahrnehmbarer Alleinstellungsmerkmale für den Standort.

Die seit Eröffnung des MMZ insgesamt zufriedenstellende Vermietung an überwiegend junge Existenzgründerunternehmen erhielt durch die aktivierte überregional wahrgenommene Netzwerk- und Innovationsarbeit der Gesellschaft einen positiven Schub. Leider konnte mit dieser erfreulichen Entwicklung der Produktionsbereich im Multimediazentrum im Berichtszeitraum nicht Schritt halten. Das Unternehmen wurde in 2010 mit verzögert eintreffenden Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise aus dem Vorjahr konfrontiert, die einen deutlichen Auftragseinbruch im Bereich der Produktionsdienstleistungen zur Folge hatte.

Der Jahresabschluss 2010 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 601 TEUR ab.

Hierzu haben folgende Entwicklungen beigetragen:

Im Geschäftsjahr 2010 erzielte die Gesellschaft ein gegenüber dem Vorjahr um 339 TEUR gesunkenes Betriebsergebnis in Höhe von -720 TEUR. Der Rückgang des Betriebsergebnisses ist neben der Umstellung der Erfassung des Zuschusses der Stadt Halle (Saale) (-90 TEUR) insbesondere auf den Anstieg der betrieblichen Aufwendungen (183 TEUR) und den Rückgang der Umsatzerlöse um 103 TEUR zurückzuführen.

Ursächlich für den Umsatzrückgang waren im Wesentlichen die um 144 TEUR gesunkenen Umsatzerlöse im Bereich der Studiovermietung. Der Rückgang ist insbesondere auf verzögerte Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zurückzuführen, durch welche zahlreiche Finanzierungen nicht geschlossen werden konnten und Aufträge daher nicht umgesetzt wurden. Die Umsatzerlöse im Bereich der Vermietung von Büro- und Arbeitsflächen sowie die Umsatzerlöse aus Betriebskosten beliefen sich trotz einer Skontierung von Betriebskosten an die Mieter des MMZ von 54 TEUR im Berichtsjahr mit 566 TEUR nahezu auf Vorjahresniveau (582 TEUR). Dies korrespondiert mit der Auslastung (96,3 %) in diesem Bereich. Der Anstieg der betrieblichen Aufwendungen resultiert v. a. aus gestiegenen Projektkosten (+103 TEUR).

Das Betriebsergebnis ist wie in Vorjahren zudem im Wesentlichen beeinflusst durch die nicht liquiditätswirksamen Abschreibungen (nach Saldierung mit der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse 356 TEUR; Vj.: 354 TEUR) sowie die Gebäudebewirtschaftungskosten, von denen die Gesellschaft aufgrund des Flächenzuschnitts einen erheblichen Anteil selbst zu tragen hat.

Der Jahresfehlbetrag von -601 TEUR (Vj.: -501 TEUR) ist neben der Entwicklung des Betriebsergebnisses v. a. durch Einmaleffekte, wie dem Erlass der Zinsen des Gesellschafterdarlehens (213 TEUR) und einen geschlossenen Vergleich (-146 TEUR) beeinflusst. Die Verluste aus den Vorjahren und dem laufenden Geschäftsjahr betragen nunmehr insgesamt 2.163 TEUR.

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr einen Cash Outflow aus laufender Geschäftstätigkeit von -316 TEUR (Vj.: -8 TEUR). Der Finanzierungsbedarf für Investitionen in das Anlagevermögen (43 TEUR) sowie der Cash Outflow aus laufender Geschäftstätigkeit konnten vollständig aus dem Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit (1.089 TEUR) gedeckt werden, welcher im Wesentlichen auf die Restauszahlung des Investitionszuschusses durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt in Höhe von 999 TEUR zurückzuführen ist. Im Ergebnis erhöhte sich der Finanzmittelfonds um 730 TEUR auf 1.094 TEUR.

Der Liquiditätsstatus zeigt stichtagsbezogen eine Überdeckung der kurzfristigen Aktiva über die kurzfristigen Passiva (638 TEUR; Vj.: Unterdeckung von -899 TEUR). Dies ist neben dem Anstieg des Finanzmittelfonds im Wesentlichen auf die Umwandlung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 2.000 TEUR in einen Eigenkapitalzuschuss sowie den Erlass der aufgelaufenen Zinsen (213 TEUR) zurückzuführen.

Jahresdurchschnittlich beschäftigte die Gesellschaft im Berichtszeitraum einschließlich der Geschäftsführerin acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2. Abschluss der Investitionstätigkeit und Verwendungsnachweisführung

Im Berichtszeitraum konnten die in den vergangenen Jahren andauernden Arbeiten der Gesellschaft zum Bau des spezialisierten Gebäudes sowie die Nachweisführung zur Verwendung der erhaltenen Fördermittel und Eigenkapitalzuschüsse zum Zweck der Errichtung des MMZ abgeschlossen werden.

Der Rat der Stadt Halle (Saale) hatte am 27. Oktober 1999 die Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle beschlossen, um die Entwicklung der regionalen Medienwirtschaft am Standort Halle (Saale) voranzutreiben. Zu diesem Zweck wurde die Gesellschaft gegründet. Finanziert wurde das Vorhaben zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe der Europäischen Union und der Stadt Halle (Saale).

Endverwendungsnachweisführung und Gesellschafterdarlehen:

Im Rahmen der Zwischenfinanzierung des durch den Fördermittelgeber bis zum Ende der abgeschlossenen Verwendungsnachweisprüfung zurückgehaltenen Sicherheitseinbehaltes sowie bis zur endgültigen Ermittlung des tatsächlichen Eigenmittelbedarfs zur Finanzierungsschließung der Investition unterstützte die alleinige Gesellschafterin das MMZ mit einem bedingt rückzahlbaren Darlehen in Höhe von 2 Mio. Euro gemäß der Stadtratsbeschlüsse vom 18. Juli 2007 und 30. Januar 2008.

Nach Fertigstellung des Gebäudes und Schlussrechnung zu den Bau- und Architektenleistungen hatte die Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH über die entstandenen Aufwendungen der Investitionstätigkeit einen umfangreichen und verschiedenen Prüfungen unterzogenen Verwendungsnachweis erstellt. Der Bescheid des Fördermittelgebers über das Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung zu nachgewiesenen Aufwendungen für die Errichtung eines Technologie- und Gründerzentrums (MMZ) - Tonstudiokomplex für die Film- und Fernsehproduktion erging am 4. Februar 2010. Die Auszahlung des Sicherheitseinbehaltes erfolgte am 12. Februar 2010. Die Verwendungsnachweisprüfung seitens des Fördermittelgebers zum Fördervorhaben Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle wurde im Berichtszeitraum damit abgeschlossen.

Auf der Grundlage des Bescheides durch den Fördermittelgeber erfolgte die Abrechnung der Investitionstätigkeit gegenüber der alleinigen Gesellschafterin. Im Zusammenhang mit der Finanzierung der Investitionstätigkeit zur Errichtung des MMZ waren 31.892.928 Euro zur Verfügung gestellt worden. Dagegen standen Investitionsaufwendungen von insgesamt 33.108.455 Euro. Aus dem Verwendungsnachweis der Aufwendungen zur Errichtung des MMZ resultierte demzufolge eine Unterdeckung der Investitionsmaßnahme in Höhe von 1.215.527 Euro. Mit Hilfe des ausgereichten Gesellschafterdarlehens konnten die Aufwendungen sowie der bis zum Ende der Verwendungsnachweisprüfung zurückgehaltene 5%ige Sicherheitseinbehalt zwischenfinanziert werden. Die für die Unterdeckung verantwortlichen Kostenbestandteile stellen allerdings nicht förderfähige Kosten sowie außerplanmäßige Mehraufwendungen der Gesamtinvestition dar, für die eine abschließende Finanzierung aus Eigenmitteln der Gesellschaft nur mit Hilfe der alleinigen Gesellschafterin darstellbar war.

Das MMZ ist ein Unternehmen der Wirtschaftsförderung und erzielt ihre Einnahmen mehrheitlich durch die Vermietung geeigneter Räumlichkeiten und der Infrastruktur an kleine und mittelständische Unternehmen sowie Existenzgründer. Der Gesellschaft war es aus diesem Grund nicht möglich, im Rahmen ihrer regulären Ertragslage die nachgewiesenen, nicht finanzierten Investitionsmehr- bzw. -folgekosten ohne eine entsprechende Aufstockung der erforderlichen Eigenmittel zu tragen.

Nachinvestitionen zur Gebäudeoptimierung und Entlastung der betriebswirtschaftlichen Situation im MMZ:

Für die teilweise Tilgung des Gesellschafterdarlehens standen nach Abzug der Mehraufwendungen und nicht förderfähigen Kostenbestandteile rund 800 TEUR zur Verfügung. Ausgehend von der wirtschaftlich deutlich erschwerenden Bewirtschaftungssituation hatte die Gesellschaft in den vergangenen Berichtszeiträumen in Zusammenarbeit mit erfahrenen Fachunternehmen eine Optimierungsstrategie entwickelt, die darauf basierte, die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft nachhaltig zu verbessern und durch geeignete investive Maßnahmen, die Betriebs- und Bewirtschaftungssituation zu entspannen. Die Maßnahmen betrafen vor allem die infrastrukturelle Ertüchtigung und Energieoptimierung des Hauses, die Korrektur konservativer Investitions- und Betreibungskonzepte (z. B. Contracting) und hatten die deutliche Absenkung der Nebenkosten des Gebäudes zum Ziel. Damit dienen die Maßnahmen auch der infrastrukturellen Verbesserung des MMZ, der Anhebung der Wirtschafts- und Investitionskraft der Unternehmen im Haus sowie der Steigerung der Standortattraktivität, die zuletzt unter der Diskussion um vertretbare Betriebskosten gelitten hatte.

Das Investitionsvolumen für diese Maßnahmen lag insgesamt bei rund 800 TEUR und wurde dem Aufsichtsrat erstmals am 9. November 2009 vorgestellt und am 23. Februar 2010 weiter konkretisiert. Der Aufsichtsrat hat das vorgestellte Maßnahmenpaket befürwortet und die Geschäftsführung beauftragt, die Beschlussvorlage für den Rat der Stadt um die Absicherung des Nachinvestitionsbedarfes um rund 800 TEUR zu erweitern.

Der Stadtrat folgte der Beschlussvorlage und beschloss in seiner Sitzung am 24. November 2010 die vollständige Umwandlung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von 2.000 TEUR in einen Eigenkapitalzuschuss und den Erlass der bis dahin angefallenen Zinsen (213 TEUR).

3. Vermietungsgeschäft

Das Mitteldeutsche Multimediazentrum ist ein modernes, vielfältig nutzbares Gebäude und wichtiger mitteldeutscher Postproduktionsstandort. Das Gebäude war im Berichtszeitraum Geschäftsadresse von insgesamt 52 Unternehmen und Institutionen mit bis zu 600 Beschäftigten. Die Vermietungsarbeit der Gesellschaft stellt die Kerngeschäftstätigkeit des Unternehmens dar und unterliegt dem Anspruch der kommunalen Wirtschaftsförderung. Das Multimediazentrum ist ein auf die Ansprüche der Multimedia- und IT-Branche ausgerichteter, spezialisierter Verfügungsbau. Er bietet den eingemieteten Unternehmen optimale Raumstrukturen sowie Effekte aus der räumlichen Nähe und daraus resultierenden Optionen der Zusammenarbeit und Kooperationen. Aufgrund der längerfristigen Vertragslaufzeiten stellte die Vermietung von Arbeits- und Bürobereichen in den vergangenen Jahren die Basis einer kontinuierlichen Umsatzerlösentwicklung der Gesellschaft dar. Mit der Vermietung von Studiokapazitäten und Veranstaltungsbereichen bietet das Unternehmen seine Leistungen auch in einem risikobehafteten Marktsegment an und unterliegt in der Auslastung dieser Bereiche starken Schwankungen.

Der Berichtszeitraum ist einerseits geprägt durch die seit Jahren kontinuierlich gute Auslastung der Bürobereiche und der andererseits in 2010 erstmals deutlich rückläufigen Erlöse aus der Vermietung der Postproduktionsbereiche im MMZ.

3.1 Arbeits- und Büroflächen (65 % der Hauptnutzfläche)

Die Arbeits- und Büroflächen nehmen insgesamt 3.392,00 m^2 der gesamten Hauptnutzfläche (gemäß DIN 277 neu) im MMZ ein. Die durchschnittliche Auslastung im Geschäftsjahr 2010 lag bei 96,3 %. Seit dem Start der Vermietungsarbeit im MMZ im Jahr 2005 hatten und haben insgesamt über 80 Firmen, Institutionen und Projektgruppen im MMZ ihren Arbeits- und Unternehmenssitz. Die Mieterstruktur im MMZ besteht gemäß der geltenden Fördergrundlagen vorrangig aus kleinen und mittelständischen Unternehmen, die sich noch in der Phase der Existenzgründung befinden. Mit durchschnittlich rund 65 m^2 angemieteter Fläche ist die Raumstruktur im MMZ branchentypisch sehr kleinteilig und betreuungsintensiv.

Die hohe Auslastung der Büro- und Arbeitsbereiche im MMZ ist für die Gesellschaft wichtige wirtschaftliche Basis und die Grundlage aller aufbauender strategischen Ausrichtungen. Die qualifizierte Unternehmensbetreuung und Bestandspflege sind wichtige Arbeitsschwerpunkte der Gesellschaft und erforderten eine angemessene Personalstruktur. In diesem Zusammenhang hat es sich als vorteilhaft erwiesen, dass die Gesellschaft in den vergangenen Jahren das hauseigene Gebäudemanagement deutlich verstärkt hat, um auf die zahlreichen und differenzierten Bedürfnisse der Mietparteien eingehen zu können.

Dennoch bleibt die erfolgreiche Vermietungsarbeit der Gesellschaft auch im Berichtszeitraum durch die hohen Aufwendungen für die Bewirtschaftung und Betreibung des Gebäudes weiter belastet. Die entstandenen Aufwendungen waren nicht nur für die Gesellschaft selbst eine enorme Belastung, sondern stellten vor allem für die häufig unterkapitalisierten Existenzgründer im MMZ eine enorme wirtschaftliche Herausforderung dar. Die Durchsetzung und Argumentation der ermittelten Aufwendungen führten in den vergangenen Jahren immer wieder zu gelegentlichen Auseinandersetzungen mit den Mietparteien. Insbesondere nach den ersten Betriebskostenabrechnungen 2007/2008 musste sich die Gesellschaft und die Gesellschafterin mit der Frage auseinandersetzen, welche Mietkosten für ein Gründerzentrum angemessen sind und in wie weit eine politisch motivierte Begleitung dieser Herausforderung erforderlich ist. Im Berichtszeitraum ist es gelungen, durch intensive Mieter- und Unternehmensgespräche gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden oder gütlich beizulegen.

3.2 Produktionsbereiche (16 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Die Produktionsbereiche im MMZ stellen mit der auftragsbezogenen Studiovermietung einen wichtigen Umsatzschwerpunkt für das Unternehmen dar. In den vergangenen Berichtszeiträumen standen Vermarktungs- und Akquisearbeiten im Vordergrund, um das MMZ als Produktionszentrum mit Schwerpunkt in der auditiven Postproduktion am Markt zu positionieren. Nachdem im Geschäftsjahr 2009 die Umsatzerlöse aus dem Mischtonstudio ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatten, brachen diese im Berichtszeitraum um rund 60 % ein. Hintergrund dieser Entwicklung waren die mit Verzögerungen auf die Medienbranche eintreffenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise aus dem Vorjahr, in Folge dessen für zahlreiche Produktionen die Finanzierungen nicht geschlossen werden konnten und anvisierte Aufträge nicht umgesetzt werden konnten. Der außerplanmäßige Umsatzeinbruch konnte durch andere Geschäftsbereiche der Gesellschaft nicht kompensiert werden und hat damit unmittelbaren Einfluss auf das Jahresergebnis.

3.3 Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche (15 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Die Vermietung der Veranstaltungs- und Konferenzbereiche im MMZ stand in den vergangenen Jahren hinter den Aufgaben der Investitionstätigkeit und -abrechnung sowie den Bemühungen um eine Bestands- und Vermietungssicherung der Büro- und Arbeitsbereiche zurück. Nachdem die Gesellschaft in den vergangenen Jahren vom externen Facility Management auf ein internes Objekt- und Servicemanagement umgestellt hatte, konnte die Vermietung der Veranstaltungs- und Meetingbereiche ausgebaut werden. Damit verbunden ist die Etablierung eines hochwertigen Services bei der Betreuung und Begleitung externer Veranstaltungen.

3.4 Cafeteria (4 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Die Cafeteria des MMZ ist seit Februar 2008 unter dem Namen Mat's dauerhaft vermietet und konnte sich als wichtige Ergänzung zu dem Veranstaltungsangebot im MMZ entwickeln. Die Cafeteria ist verlässlicher Partner für die Gesellschaft bei der Umsetzung von Veranstaltungs-, Caterings- und Serviceangeboten.

3.5 Tiefgarage im MMZ

Das Unternehmen verfügt über 3 Tiefgaragenebenen im Gebäude mit insgesamt 218 Stellplätzen. Davon stehen 132 Stellplätze zu Zwecken des hauseigenen Bedarfs der Mieter und ihrer Gäste zur Verfügung und 86 Tiefgaragenstellplätze in der 3. Ebene für die öffentliche Nutzung. Ende 2010 waren 124 Tiefgaragenstellplätze dauerhaft vermietet, jahresdurchschnittlich immerhin 114 Tiefgaragenstellplätze. Die Umsätze konnten im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um rund 15 % gesteigert werden.

Die öffentlichen Tiefgaragenstellplätze im MMZ wurden in das dynamische Parkleitsystem der Stadt Halle eingebunden. Damit sollen die Wahrnehmung und die damit verbundene Auslastung der öffentlichen Tiefgaragenstellplätze verbessert werden. Die Vermietungsarbeit der Tiefgaragenstellplätze, insbesondere die Vermietung von Kurzzeitparkplätzen war im Berichtszeitraum allerdings auch stark beeinflusst durch die sich hinziehenden Umbau- und Sanierungsarbeiten der Mansfelder Straße.

4. Netzwerkarbeit sowie innovative Projektentwicklung

Das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle konnte sich in 2010 im Bereich der Veranstaltungs- und Projektarbeit erfolgreich etablieren. Nach dem Abschluss der Verwendungsnachweisführungen zu erhaltenen Mitteln für die Errichtung des Gebäudes wurden seit 2009 verstärkt die konzeptionellen Grundlagen für die Umsetzung eines wachsenden Veranstaltungs- und Projektbereiches gelegt. Die in den vergangenen Berichtsjahren betriebene Akquisearbeit konnte in 2010 in Form von profil- und netzwerkbildenden Projekten umgesetzt werden.

Im Fokus stand die branchenweite Einführung des stereoskopischen 3D in der Medienunterhaltung, vor allem im Kinobereich. Damit verbunden war gleichzeitig auch die Diskussion um die flächendeckende Digitalisierung der deutschen Kinolandschaft. Im Wettbewerb der Regionen um diese innovative Entwicklung konnte das MMZ ein wahrnehmbares und effektives Netzwerk aus den im Hause angesiedelten Unternehmen und gezielt hinzugezogenen externen Branchenexperten aufbauen und damit für die Medienregion Sachsen-Anhalt wahrnehmbare Akzente setzen.

Im Rahmen der Initiative Unternehmen Region des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde unter fachlicher und organisatorischer Leitung der Gesellschaft im Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis 31. Oktober 2010 das Innovationsforum *3D-Cinema und Stereoskopische Medienproduktionen* durchgeführt. Das Innovationsforum bediente ein rasant wachsendes 3D-Netzwerk und beschäftigte sich vor allem mit den Optionen erweiterter Verwertungen für Medienproduktionen sowie mit der Entstehung neuer, innovativer Geschäftsmodelle. Dabei ging es der Gesellschaft vor allem um die Stärkung der im Hause ansässigen Unternehmen sowie die Bindung entstehender Startup-Unternehmen an den Standort. Im Ergebnis des Innovationsforums kann festgehalten werden, dass sich das entstandene Netzwerk in Halle (Saale) gegenüber anderen Standorten einen wesentlichen Zeitvorteil und Wissensvorsprung sichern konnte. Im 3D-Innovationsforum unter Leitung des MMZ arbeiteten über 50 Unternehmen, Forschungsinstitutionen und Projektgruppen mit.

In Zusammenarbeit mit dem Sachsen-Anhalt Medien e.V. konnte die erfolgreiche Arbeit des Innovationsforums im Herbst 2010 um das Kongressformat *Forward2Business* erweitert werden. Nachdem sich die öffentlichen Investoren im Berichtszeitraum vom bisherigen Organisationsbüro des Forward2Business Zukunftskongresses getrennt hatten, wurde das MMZ mit der Umsetzung eines neuen, innovativen Konzeptes des erfolgreichen Kongressformates beauftragt. Der Zukunftskongress, der traditionell branchenübergreifend Vertreter der Filmwirtschaft und -politik, Musikindustrie und TV-Wirtschaft zusammenbringt, ist Sachsen-Anhalt einziger Medienfachkongress. Vom 27. bis 29. September 2010 wurde unter der fachlichen und organisatorischen Leitung Deutschlands innovativster 3D-ThinkTank im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle durchgeführt unter dem Motto *Forward2Business 2010: Die Magie der dritten Dimension.* An dem Kongress nahmen über 200 Branchenexperten, Fachjournalisten und Gäste teil, die sich mit den anstehenden Aufgaben und Auswirkungen von 3D auf die gesamte Medienunterhaltung beschäftigten und Entwicklungsprognosen auch für andere mediale Bereiche erarbeiteten. Höhepunkt war die weltweit erste 3D-Liveübertragung eines Musikkonzertes der bekanntesten deutschen HipHop-Band *Die Fantastischen Vier* via Satellit in 91 europäische Kinos in fünf verschiedenen Ländern. Der Kongress erfuhr ein bemerkenswertes Medienecho in der gesamten deutschen Tages- und Fachpresse, in Hörfunk und Fernsehen. Damit dürfte Forward2Business 2010 der bislang erfolgreichste Zukunftskongress in Halle gewesen sein.

Aufbauend auf der exzellenten Visitenkarte und dem etablierten Kompetenzbereich 3D wurde die Gesellschaft auch in 2011 *Forward2Business* umzusetzen und an dem Erfolg des Vorjahres anzuknüpfen.

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung und Risiken

1. Gesamtentwicklung

Nach dem Abschluss des Auftrages zur Errichtung des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle im Berichtszeitraum fand eine deutliche Risikoverlagerung von der Investition der Gesellschaft auf die Betreibung der Immobilie sowie die Gewährleistung der Auslastung der vermietbaren Bereiche statt.

Für eine erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft ist die konsequente Fortsetzung des Ausbaus aller Geschäftsbereiche im MMZ von entscheidender Bedeutung. Entsprechend der lebhafteren Geschäftsaktivitäten und der wachsenden Aufgabenbereiche ist in den vergangenen Berichtszeiträumen insbesondere die notwendige personelle Infrastruktur aufgebaut worden, welche die differenzierten, hoch spezialisierten Geschäftsbereiche der Gesellschaft abbilden. Um den anstehenden Aufgaben wie die weiter zu verstärkende Akquisearbeit sowie eine angemessene Unternehmensbestandspflege und Betreuung gewährleisten zu können, muss bei künftigen Überlegungen zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Unternehmens auf den vorhandenen Kompetenzen des Unternehmens aufgebaut werden. Ein Abbau der Kompetenzen führt zu Einschränkungen beim Ausbau der vorhandenen Geschäftspotentiale und -bereiche und erhöht das Auslastungsrisiko.

Das MMZ ist ein Unternehmen mit dem Ziel der Unternehmensansiedlung und Existenzgründerförderung im Bereich der Medien- und Kreativwirtschaft. Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Gesellschaft damit in einem risikobehafteten Marktumfeld bewegt, das starken wirtschaftlichen Schwankungen unterworfen ist. Da die Gesellschaft bislang aus der eigenen Geschäftstätigkeit heraus nicht in der Lage ist, diese branchen- und zielgruppenspezifischen wirtschaftlichen Schwankungen auszugleichen, wird ohne eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, d. h. vor allem die Erzielung kostendeckender Entgelte, auch in Zukunft eine enge finanzielle Begleitung und Unterstützung der alleinigen Gesellschafterin, der Stadt Halle (Saale), zur Unternehmenssicherung erforderlich bleiben (Zuschüsse, Kapitaleinlagen).

In seiner letzten Sitzung am 27. Januar 2011 beschloss der Aufsichtsrat der Gesellschaft die Durchführung einer Strategiesitzung, um die künftige Ausrichtung und wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft im Kontext der regionalen und nationalen Marktbedingungen zu beraten und gegebenenfalls Schlussfolgerungen für ein künftiges Engagement der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) zu ziehen. Die Geschäftsführung erwartet, dass die zu fassenden Beschlüsse im Rahmen der Strategiesitzung des Aufsichtsrates für die weitere Unternehmensentwicklung entscheidende Bedeutung haben werden. Flankierend wurde eine externe Beratung zur Unterstützung bei der Analyse des Unternehmens sowie der Erstellung von umsetzungsfähigen Unternehmenskonzepten beauftragt.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklungen und mögliche Risiken

Das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle hat als landes- und kommunalpolitisches Instrument der Kreativ- und Medienwirtschaftsförderung nach wie vor große Bedeutung. Vor über zehn Jahren war es die gemeinsame strategische Entscheidung der Stadt Halle (Saale) und des Landes Sachsen-Anhalt, den Raum Halle zu einem zukunftsfähigen Medienstandort auszubauen. Basierend auf dieser regionalen Allianz wurde die Gesellschaft gegründet, um eine branchengeeignete, dienstleistungsorientierte Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig als Produktionszentrum überregional aktiv zu werden. Heute spielt das MMZ eine wichtige Rolle bei der Ansiedlung von Medienunternehmen und der Betreuung von Produktionen in der Region. Dabei liegt der Schwerpunkt der Unternehmen im MMZ deutlich auf dem Bereich der Filmproduktionen und die vorgehaltenen technischen Infrastrukturen auf dem Bereich der Postproduktion.

Die bislang erreichten Ansiedlungs- und Produktionserfolge sind nicht zuletzt auf die kontinuierliche Medienpolitik des Landes Sachsen-Anhalt seit 1998 zurückzuführen. Für die weitere Entwicklung der Rahmenbedingungen und damit auch die Entwicklung des Unternehmens wird es daher entscheidend sein, dass auch die neue Landesregierung Sachsen-Anhalts an den Clusterpotentialen der Medien- und Kreativwirtschaft festhält und konsequent umsetzt. Es ist von existentieller Bedeutung für den Fortbestand der Gesellschaft, dass auch weiterhin der Standort Halle (Saale) als zentraler Medienstandort durch die neue Landesregierung anerkannt und mit geeigneten Maßnahmen unterstützt wird.

Da das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle sowohl landes- als auch kommunalpolitische Bedeutung trägt, wird für die weitere erfolgreiche Entwicklung eine noch engere qualitative Zusammenarbeit und strategische Abstimmung von Stadt und Land erforderlich sein. Die Gesellschaft kann im Orchester des gesamten Pakets wirtschaftsfördernder Maßnahmen ihrem Zweck nur gerecht werden, wenn ein optimales Zusammenspiel ermöglicht wird.

Dabei ist die Gesellschaft auch an die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der alleinigen Gesellschafterin gebunden. Die Handlungsspielräume der Kommune sind künftig mit deutlichen Einschränkungen verbunden. Für das Unternehmen ist die weitere Entwicklung mit einem erhöhten wirtschaftlichen Risiko verbunden, wenn es zu Einschnitten oder dem Wegfall der finanziellen Unterstützung der alleinigen Gesellschafterin kommen sollte.

Im Berichtszeitraum ist darüber hinaus eine zunehmende Konkurrenzsituation im unmittelbaren lokalen Umfeld festzustellen. Derzeit haben Existenzgründer der Kreativ- und Medienwirtschaft die Auswahl unter einer wachsenden Zahl öffentlicher und privater Immobilienkonzepte mit dem Fokus auf die Medien- und Kreativwirtschaft. In diesem Kontext ist die künftige Auslastung der Büro- und Arbeitsbereiche im MMZ mit einem deutlich erhöhten Risiko verbunden, insbesondere aufgrund der Fördereinschränkung, die vorschreibt, dass die Unternehmen höchstens bis zu acht Jahren Mieter im MMZ bleiben dürfen.

Konjunkturelle und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Für die weitere Unternehmensentwicklung gewinnen die allgemeinen konjunkturellen sowie branchenspezifischen Rahmenbedingungen an Bedeutung und stellen das MMZ mit dem öffentlichen Gesellschaftszweck der kommunalen Wirtschaftsförderung vor neue Herausforderungen.

In 2010 trafen die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise des Vorjahres auf die nationale und regionale Medienwirtschaft ein. Geplante Projekte konnten im Berichtszeitraum ihre Finanzierung nicht schließen und wurden nicht durchgeführt mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen auf die im MMZ schwerpunktmäßig angesiedelten Dienstleistungsunternehmen. Die Geschäftstätigkeiten der Firmen im und um den Standort MMZ sind von dieser Entwicklung stark betroffen. Im Berichtszeitraum war am Standort eine erhöhte Zahl von Firmeninsolvenzen festzustellen.

Für die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist zu berücksichtigen, dass die im MMZ eingemieteten Unternehmen zu einer besonders gefährdeten Zielgruppe zählen. Existenzgründer im Kreativ- und Medienbereich sind nicht selten unterkapitalisierte Unternehmer, die mit ihrem Einzug in das MMZ unter anderem auch die Erwartung auf eine verstärkte Unterstützung eines Technologie- und Gründerzentrums verbinden. Die eingeschränkte Wirtschaftskraft und erhöhte Risikosituation der betreuten Unternehmen im MMZ bilden sich derzeit auch auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft ab, die selbst nicht über ausreichende Rücklagen verfügt, eine stabilisierende Basis für die junge Unternehmensstruktur im Haus anzubieten.

In diesem Zusammenhang haben sich auch die spürbar angezogenen Sparmaßnahmen der ARD für die weitere Entwicklung der Medienunternehmen im und um den Standort MMZ und damit auch für die Gesellschaft zu einem erhöhten Risiko entwickelt. Der Mitteldeutsche Rundfunk, der als Finanzierungspartner an zahlreichen regionalen Film- und TV-Produktionen beteiligt ist, hat angekündigt, bis 2016 rund 116 Mio. Euro einsparen zu müssen. Es steht zu erwarten, dass sich dies sowohl auf die Anzahl zu vergebender Produktionsaufträge an kleine und mittelständische Unternehmen auswirkt sowie auf die Möglichkeiten der Finanzierungsbeteiligungen bei Produktionen. Im Falle der Auftragsverlagerung von kleinen und mittleren Produktionsunternehmen auf Konzernbeteiligungen bestehen für die Gesellschaft darüber hinaus die Einschränkungen durch die Förderrichtlinien, die eine Vermietung der Produktionskapazitäten an Konzernbeteiligungen strikt ausschließen.

Vor diesem Hintergrund nimmt die regionale Medienförderung für die weitere Entwicklung der Gesellschaft und des Medienstandortes Halle (Saale) eine wachsende Bedeutung ein. Der Schwerpunkt Sachsen-Anhalts auf der Förderung der Postproduktionsprozesse muss künftig noch stärker herausgearbeitet werden und sich deutlich bei der Umsetzung geförderter Medienprojekte im Land Sachsen-Anhalt abbilden. Darüber hinaus wird die künftige Entwicklung der Gesellschaft davon abhängen, wie die im vergangenen Berichtszeitraum erweiterten Angebote des Landes Sachsen-Anhalt zu Unternehmens- und Medienprojektfinanzierungen in der Branche Fuß fassen und durch die Firmen angenommen werden können. Die bislang positive Entwicklung der noch verhältnismäßig jungen Kreativ- und Medienwirtschaft im Land Sachsen-Anhalt darf nicht davon ablenken, dass auch künftig weiterer Handlungsbedarf besteht, um auf den bisherigen Ergebnissen weiter aufzubauen und diese nachhaltig regional zu verankern.

Bislang liegt der konzeptionelle Schwerpunkt des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle auf den Produktionsprozessen in den Bereichen Film und Multimedia. Bereits im 2. Bericht zur Kreativwirtschaft in Sachsen-Anhalt wurde zur nachhaltigen Stabilisierung und Erneuerung der vorhandenen unternehmerischen Basis die Verstärkung der branchenbezogenen Nachwuchsarbeit angemahnt. Die Ansiedelungsbemühungen am Standort konzentrieren sich vor allem auf Unternehmensausgründungen und eine aktive Akquise in anderen Regionen. Für eine Entwicklung der Medienlandschaft bedarf es allerdings einer geeigneten regional verorteten Generation von Existenzgründungen. Dabei spielen geeignete marktausgerichtete Hochschulangebote eine entscheidende Rolle. Für die weitere Entwicklung der Gesellschaft ist der weitere Aufbau einer kritischen Masse an Medienunternehmen am Standort entscheidend. Bislang noch fehlende Standortfaktoren müssen deshalb in den kommenden Jahren stringent aufgebaut werden. Dazu zählen Qualifizierung und Professionalisierung des regionalen Mediennachwuchses.

Für den Erhalt und die Stabilisierung des Medienstandortes Halle (Saale) ist es entscheidend, die Ansiedelungsreize im MMZ und am Medienstandort Halle (Saale) durch die Optimierung der Förder- und Finanzierungsperipherie zu unterstützen. Entscheidend sind dafür messbare Kriterien wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region und die regionalen wirtschaftlichen Effekte.

3. Betriebswirtschaftliche Risiken aus dem Vermietungsgeschäft

Risiken aus dem Vermietungsgeschäft durch bestehende Förderrestriktionen

Auch in 2010 stellt die erfreulich hohe Auslastung der Büroräume und Arbeitsbereiche im MMZ von durchschnittlich 96,3 % eine wesentliche wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft dar. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der künftigen Vermietungsarbeit des Unternehmens eine wachsende Bedeutung zukommen wird.

Für die Vermietung des MMZ gelten einschränkend die Förderbedingungen der Europäischen Union für Technologie- und Gründerzentren. Das MMZ kann aus diesem Grund Interessenten aus folgenden Bereichen nicht mit eigenen Angeboten bedienen:

- Unternehmen aus Unternehmensverbünden (Konzernbeteiligungen)
- Großunternehmen
- Institutionen und Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung
- Träger medienwirtschaftsnaher Infrastruktur
- Unternehmen, die bereits mehr als acht Jahre in einem TGZ eingemietet waren.

Ebenso sehen die Förderrichtlinien der Europäischen Union zwingend vor, dass die Vermietungsdauer im MMZ nicht mehr als höchstens acht Jahre betragen darf. Das bedeutet, dass die im MMZ derzeit angesiedelten Unternehmen perspektivisch ihren Firmensitz im MMZ aufgeben müssen. Die ersten Unternehmen betrifft dieser Auszugszwang bereits zum 31. Dezember 2011. Nahezu die Hälfte aller derzeit im MMZ eingemieteten Unternehmen müssen spätestens 2013/2014 das MMZ verlassen. Damit kommt auf die Gesellschaft ein deutlich erhöhtes Auslastungsrisiko zu, welches weiter verschärft wird durch eine wachsende Zahl an Immobilienangeboten für die Kreativ- und Medienwirtschaft im unmittelbaren lokalen Umfeld sowie die erschwerte konjunkturelle Situation.

In diesem Zusammenhang gilt die besondere Aufmerksamkeit der Bestandssicherung vorhandener Arbeitsplätze im MMZ sowie der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Im Rahmen des Grundstückskaufvertrages vom 12. Januar 2001 hat sich die Gesellschaft verpflichtet, gemäß des Investitionsvorrangbescheides mindestens 125 Arbeitsplätze zu schaffen. Bei einer Unterschreitung der Arbeitsplätze um mehr als 25 ist für jeden nicht vorhandenen Arbeitsplatz eine Vertragsstrafe in Höhe von 5.090 Euro zu entrichten.

Risiken aus der Vermietung der Produktionsbereiche

Mit der Betreibung des Kinotonmischstudios bewegt sich die Gesellschaft in einem Marktsegment mit hohem Risikopotenzial. Nachdem die Auslastung der Mischung in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert werden konnte, erlebte die Umsatzentwicklung im Berichtszeitraum einen empfindlichen Einbruch. Neben den zeitlich verzögert eintreffenden Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 ist darüber hinaus eine Veränderung des Produktionsverhaltens festzustellen. Die technologischen Entwicklungen lassen umfangreiche Vormischungen bereits in einfacheren Tonstudios zu und beschränken die Nutzung der Kinotonmischung vor allem auf die Phase der Hauptmischungen.

Im Vergleich zu den Vorjahren wurden darüber hinaus auch deutlich weniger Postproduktionen mit Finanzierungsbeteiligung der regionalen Medienförderung in Sachsen-Anhalt und im MMZ umgesetzt. Im Interesse einer auch weiterhin guten Auslastung der Kinotonmischung ist zudem die konsequentere Einbindung der Gesellschaft in periphere Förderstrukturen anzumahnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich beim MMZ um ein Dienstleistungszentrum mit einem regionalen Schwerpunkt auf der Postproduktion handelt. Eine diskontinuierliche Umsetzung regionaler wirtschaftlicher Effekte in diesem Produktionsbereich birgt für die Sicherung von Arbeitsplätzen im MMZ sowie für die betriebswirtschaftliche Situation der Gesellschaft erhebliches Risikopotential. Ein andauernder Rückgang der Produktionsaktivitäten im MMZ ist darüber hinaus mit einem deutlichen Attraktivitätsverlust als Produktionszentrum verbunden. Negative Auswirkungen auf die dauerhafte Auslastung der Büro- und Arbeitsbereiche in Folge des Rückgangs von Produktionen im und um das MMZ können nicht ausgeschlossen werden.

Betriebswirtschaftliche Risiken durch die Bewirtschaftung der Immobilie

Bedauerlicherweise war die erfolgreiche, branchenorientierte Arbeit des Mitteldeutschen Multimediazentrums in den vergangenen Jahren durch die aufwändigen und kostenintensiven Bewirtschaftungsanforderungen der Immobilie stark belastet. Seit der in 2008 aufgenommenen uneingeschränkten Betreibung des Gebäudekomplexes MMZ stehen die u. a. dem Architekturentwurf geschuldeten, bewirtschaftungstechnisch ungünstigen Flächennutzungsverhältnisse sowie ein auf die Entwurf- und Planungsphase zurückzuführendes, konservatives Energie- und Investitionskonzept (Contracting) der wirtschaftlichen Betreibung des Gebäudekomplexes entgegen. Diese Belastung gibt das auf die Multimedia- und Kulturwirtschaft spezialisierte Technologie- und Gründerzentrum anteilig über umlagefähige Aufwendungen in den Betriebs- und Nebenkosten auch an die im Hause eingemieteten Unternehmen weiter. Für die zum Teil unterkapitalisierten jungen Unternehmer im MMZ führten die Nebenkosten als zweite Miete zu einer starken betriebswirtschaftlichen Belastung. In 2009 hatte die Geschäftsführung dazu ein Optimierungskonzept vorgelegt, welches zu Beginn des Jahres 2011 zur Umsetzung freigegeben wurde. Eine spürbare Entlastung kommt demnach frühestens in 2012 bei den Unternehmen an. Die sich hinziehende Betriebskostenbelastung führte in den vergangenen Jahren zu einem wahrnehmbaren Attraktivitätsverlust des Standortes MMZ und wird sich unter Umständen auf eine künftige Vermietungssituation auswirken.

4. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

Im Berichtszeitraum konnten die in den vergangenen Jahren aufgezeigten Risiken aus der andauernden Investitionstätigkeit der Gesellschaft durch den Abschluss der Errichtungsarbeit, die Abrechnung und der Beendigung des Prüfprozesses des Verwendungsnachweises zu den erhaltenen Fördermitteln weiter deutlich minimiert werden. Insbesondere bestehen die Risiken bezogen auf die Bausubstanz vor allem im Bereich der Instandhaltung und Mangelbeseitigung. Mit der Gewährleistungsverfolgung im Rahmen der Architektenleistungsphase 9 gemäß HOAI ist der Eigenbetrieb ZGM der Stadt Halle (Saale) beauftragt.

Gewährleistung und Mangelbeseitigung nach baulicher Fertigstellung

Nach wie vor bestehen erhebliche betriebswirtschaftliche Risiken in der fortgesetzten Gewährleistungsverfolgung und Mangelbeseitigung aufgrund von Ausführungs- oder Planungsmängeln aus der Errichtung des Gebäudes. Eine konsequente und fachlich kompetente Mangelverfolgung bleibt auch in Zukunft zwingend erforderlich. Dafür stehen der Gesellschaft allerdings nur eingeschränkte fachliche und keine geeigneten finanziellen Ressourcen zur Verfügung.

Zwar hat das Unternehmen die Möglichkeit, im Rahmen der Gewährleistungsansprüche entsprechende Kosten beim Verursacher geltend zu machen, doch sind die Ansprüche nur mit entsprechenden Rechtsmitteln durchsetzbar und zu großen Teilen durch die Gesellschaft vorzufinanzieren. Dies gilt u. a. für den notwendigen Einsatz von Sachverständigen und die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen. Weiterhin sind sogenannte Sowieso - Kosten, also ohnehin aufgetretene Kosten - zu berücksichtigen, die dem Verursacher nur bedingt als Forderung angelastet werden dürfen, sowie weiterhin die Bewertung geltend gemachter Schadenersatzforderungen durch die Gerichte.

Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

Das nach wie vor größte Risiko durch anhängige Bauprozesse besteht für die Gesellschaft im Rahmen der Auseinandersetzung mit einem insolventen Bauunternehmen aus dem so genannten LOS 1.

2006 hatte der Insolvenzverwalter der Firma beim Landgericht Halle Klage unter Vorlage einer bislang unbekannten Schlussrechnung vom 12. September 2005 gegen die Gesellschaft eingereicht wegen angeblich offener Werklohnforderung in Höhe von 1.314 TEUR. Im Frühjahr 2007 fand ein erster mündlicher Verhandlungstermin vor dem Landgericht Halle statt. Das Gericht erörterte die streitgegenständlichen Positionen, die sich vor allem mit der Frage beschäftigen, ob dem insolventen Unternehmen die Schuld für die entstandene Bauzeitverlängerung während der Tiefbauphase zugewiesen werden kann. Hier wird derzeit mit Unterstützung der verantwortlichen Projektsteuerung geklärt, in welchem Maße die Firma rechtsverbindlich für die verzögerte Arbeit unter Verzug gesetzt wurde und ob gegebenenfalls die vereinbarte Vertragsstrafe gegen die noch offenen Forderungen der Schlussrechnung in Höhe von 348 TEUR aufgerechnet werden können. Das Verfahren befindet sich weiterhin in der Beweisführung. Mit einem Gerichtsurteil kann frühestens Ende 2011 gerechnet werden.

Ein ebenso großes Risiko aus laufenden Verfahren umfasst den vor Gericht anhängigen Streit mit dem Architekturbüro.

Nachdem in 2008 die Gesellschaft wegen angeblich ausstehendem Restwerklohn durch den in 2006 gekündigten Architekten verklagt wurde, hatte das MMZ im Zuge der Verwendungsnachweisführung eine unabhängige Honorarermittlung in Auftrag gegeben. Das klagende Architektenbüro beansprucht eine Schlusszahlung in Höhe von 400 TEUR, wobei die vorliegende Aufstellung dazu vom MMZ als nicht prüffähig zurückgewiesen worden war. Die vorgelegten Ergebnisse der unabhängigen Tiefenprüfung der Resthonoraransprüche des Architekten gehen hingegen von einer Überzahlung in Höhe von 245 TEUR aus, die konsequenterweise durch die Gesellschaft widerklagend geltend gemacht wurden. Auch hier befindet sich das Verfahren in der Beweisaufnahme. Mit einem Urteil ist nicht vor 2012/2013 zu rechnen.

Darüber hinaus befindet sich die Gesellschaft mit dem Architekten auch zu zahlreichen Baumängeln aufgrund von Planungs- und Ausführungsfehlern in Streit. Zu einem gravierenden Mangel zählen die nicht ausreichenden Kippfenster im Gebäudeteil Schwebekörper, die aufgrund des zu geringen Öffnungsquerschnitts für nicht ausreichend Be- und Entlüftung sorgen. Die dort eingebauten Fenster weisen nicht die erforderliche Schlagregendichte und die entsprechend der Arbeitsstättenrichtlinie vorgeschriebene Fensteröffnung vor. Auch hier befindet sich das Verfahren in der Beweisaufnahme. Ein erstes vorgelegtes Gutachten des vom Gericht bestellten Sachverständigen bestätigte den vom MMZ vorgeworfenen Planungs- und Ausführungsfehler. Das Gutachten wird derzeit umfassend hinterfragt. Ein Urteil ist ebenfalls nicht vor 2012 zu erwarten.

Ebenfalls gerichtsanhängig ist das Verfahren um mangelhafte Bauausführung bei der Verlegung des Terrazzoestrichs im Gebäude. Die deutliche Schäden und Abnutzungserscheinung ließen auf eine zum Teil mangelhafte Bauausführung schließen. Die ausführende Firma bestreitet dies und führt die Schäden auf mangelhafte Wartung und Reinigung zurück. Das Landgericht hat dazu ein Beweissicherungsverfahren auf den Weg gebracht. Das Ergebnis des vom Gericht bestellten Gutachters sieht beide Parteien in der Verantwortung und wird derzeit hinterfragt. Mit einem Urteil wird in 2011 gerechnet.

Im Berichtszeitraum beigelegt wurden die gerichtlichen Auseinandersetzungen um das Unternehmen, das nach VOB-Verfahren zunächst mit dem LOS 40 - Akustikausbau beauftragt worden war. Die Gesellschaft folgte damit dem Vergleichsvorschlag des Landgerichtes Halle sowie der im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 27. Januar 2011 geforderten raschen Beendigung der Bauprozesse. Es ist zu berücksichtigen, dass der im LOS 40 abgeschlossene Vergleich das vorgelegte Jahresergebnis außerplanmäßig mit 145 TEUR belastet.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Buchwert der Sachanlagen abzüglich korrespondierender Sonderposten (7,1 Mio. EUR) niedriger ist als die aktuellen Wiederbeschaffungskosten.

Die Gesellschaft wird in den kommenden Jahren nach Ablauf der Gewährleistungsfristen jedoch mit weiteren Aufwendungen für die Bestandssicherung und Instandhaltung der Immobilie rechnen müssen. Unter Berücksichtigung dessen, dass gegenwärtig die Abschreibungen für die Immobilie nicht erwirtschaftet werden, verfügt das Unternehmen dafür über keine angemessene Mittelausstattung. Mittelfristig bedeutet das eine nicht unbeträchtliche Wertminderung sowie das Risiko eines erhöhten Verschleißes der Immobilie. Damit verbunden ist unter Umständen auch die Gefahr des Attraktivitätsverlustes des MMZ als Wirtschafts- und Innovationsstandort. Die Gesellschaft ist auch mittelfristig auf die Unterstützung der Gesellschafterin angewiesen.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Marktplatz 13
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Voß, Stefan

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	22	9	32	12	39	12	-10	-31
Umlaufvermögen	210	87	236	86	302	88	-26	-11
Rechnungsabgrenzungsposten	10	4	6	2	1	0	4	63
Bilanzsumme	**242**	**100**	**274**	**100**	**343**	**100**	**-32**	**-12**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	107	44	107	39	141	41	1	1
Sonderposten für Investitionszulagen					14	4	0	
Rückstellungen	42	18	50	18	55	16	-9	-17
Verbindlichkeiten	92	38	117	43	133	39	-25	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0					1	
Bilanzsumme	**242**	**100**	**274**	**100**	**343**	**100**	**-32**	**-12**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	581	420	380
sonstige betriebliche Erträge	1.194	1.215	1.236
Materialaufwand	108	120	119
Personalaufwand	724	694	608
Abschreibungen	11	12	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	931	846	874
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	-35	6
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	-35	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	-35	6

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,14	-8,29	1,46	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,77	-24,62	4,07	%
Cash-Flow:	12	-23	20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	71	62	73	T€
Personalaufwandsquote:	40,79	42,42	37,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	8,28	9,55	9,23	%
Eigenkapitalquote:	44,40	38,86	41,24	%
Fremdkapitalquote:	55,60	61,14	58,76	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	13,00	11,00	13,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	63,00	51,00	56,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	31.514,00	31.812,00	35.081,00	Anzahl

e) Lagebericht

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Die Wahrnehmung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) in der Stadt Halle ist ein weites Feld. Für die eigene und die Fremdwahrnehmung innerhalb des großen Verantwortungsspektrums hat sich die SMG im Jahr 2010 klare Konturen gegeben: Wir sind quasi die Gärtner.

Marketingprozesse sind stets einer ganzheitlichen Herangehensweise unterworfen. Um im Bild zu bleiben: Von der Vision nach innen und außen strahlender Blüten über die Bestellung des Beetes, die Aussaat, deren Pflege, Ernte und Kontrolle. Dies gilt nicht nur für einzelne Projekte, sondern auch für die Struktur, das Betriebsklima und die Arbeitsweisen der SMG.

Unter diesen verbindlichen Gesichtspunkten stand das Jahr 2010 für die SMG auch im Zeichen struktureller und personeller Veränderungen, der Neudefinition von Zielen und dem Aufbau und Ausbau fruchtbringender Erfolgsfelder. Zu Beginn des Jahres 2011 lässt sich konstatieren: Der Frühling kann kommen - allen Wetterlagen zum Trotz.

Alles ist Marke

Wie soll der Garten aussehen? Welchen Glanz, welche Ausstrahlung darf er haben? Wen wollen wir einladen? Konsequenter Image-Aufbau der Stadt gelingt nur durch konsequente Markenführung. Auf die Kreation der neuen Stadtmarke im Jahr 2009 folgte ein intensiver Prozess der inhaltlichen und stilistischen Ausrichtung, die neben der grafischen Darstellung auch Kommunikationsweisen, Auftreten und Produktangebote umfasst.

Hier leistete und leistet die SMG für die Stadtverwaltung umfangreiche Service-Dienstleistungen sowie fachliche Beratung und Betreuung. Neben dem ursprünglichen Auftrag, die Richtlinien für ein neues, modernes und sympathisches Auftreten zu definieren, stehen wir den Fachbereichen und Ressorts der Stadtverwaltung seit der Verwaltungsvorschrift zur Einführung der Stadtmarke seit Anfang 2010 mit Know-how und praktischem Rat zur Seite. Hier gibt es immer wieder Unsicherheiten, die die SMG zwingen, Arbeitsdateien und Baukastensysteme für Layouts zu erstellen und Beispiele für eine authentische - bei werblichen Aktivitäten auch charmante und witzige Sprache - anzubieten.

Bei wichtigen Ereignissen und Großveranstaltungen wie dem Laternenfest oder dem Weihnachtsmarkt übernahm die SMG in 2010 die Gesamtvermarktung inklusive der Gestaltung und Mediaplanung. Dies bedeutet zum einen viel Arbeit auf wenigen Schultern, stärkt aber auch die gewünschte Stellung der SMG als Kompetenzzentrum bei der Vermarktung Halles; mit kreativer Lust, die Ziele im Blick, geleitet von dem *einen* Interesse.

Diese Saat ist aufgegangen und muss nun so weit gepflegt werden, dass es das einzige und über Jahre währende Gehölz wird.

Unsere Kommunikationsziele fußen auf vier wesentlichen Standortfaktoren:

- Lebensqualität/ Wohlfühlatmosphäre
- kreatives Umfeld/ studentisches Flair
- vielfältige Kultur- und Bildungsangebote
- touristische Anziehungskraft

Gesicht zeigen: Kräftemessen auf Messen

Messeauftritte der SMG für die Stadt Halle erfüllen vor allem den Zweck der Positionierung und der Image-Bildung der Stadt im Wettbewerb um auswärtige Besucher. Auch hier gilt das Prinzip der Nachrangigkeit von Einzelaktivitäten gegenüber einer Gesamtstrategie. Die erwähnten Kommunikationsziele werden in Kampagnen, Veröffentlichungen oder konkreten touristischen Angeboten kompakt verarbeitet und auf Messen mit relevanten Zielgruppen „feilgeboten“. Solche Kostproben der vorzeigbaren Früchte der Stadt Halle sind die Visitenkarte zum Erntefest in der Händelstadt. Messeauftritte werden immer verknüpft mit Geschäftsterminen, der Partner-Akquise und Konkurrenzbeobachtung. Idealerweise werden Partner aus Halle und der Region in die Auftritte eingebunden (auf Verbrauchermessen etwa die Halloren Schokoladenfabrik mit einem Chocolatier; auf touristischen Messen zählt die SMG auf Hotels und touristische Leistungsträger; bei der Tagungs-Akquise auf Hotels und Anbieter von Special-Locations.).

Zur Wiedererkennung und größtmöglichen Flexibilität bei Messepräsentationen entwickelte die SMG zu Jahresbeginn 2010 ein neues und unverwechselbares Messesystem für Marketing-Auftritte, Lounges, Bühnenpräsenzen, touristische Messen. Damit erfüllen wir das Credo der Markentreue und sind nicht länger auf standardisierte Mietstandsysteme angewiesen. Der Messestand ist größenvariabel, Mindestmaße sind nunmehr festgelegt. Die Kosten wurden anteilig aus dem Budget für Messen, sonstige Werbung und Projektmitteln bestritten und werden sich schnell amortisieren. Ziel ist es, bei jeder Messebeteiligung der SMG mit der „hallesaale-Lounge*“ eine größtmögliche Wiedererkennung bei den Besuchern zu erreichen.

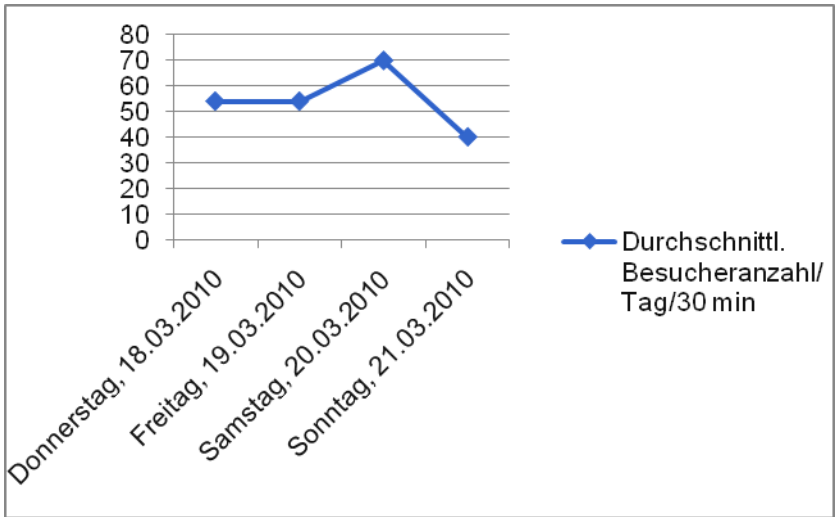
Mit dem knappen Budget von 20.000 € (tatsächliche Ausgaben 2010: 21.551,71 €) wurden 13 Messeauftritte realisiert:

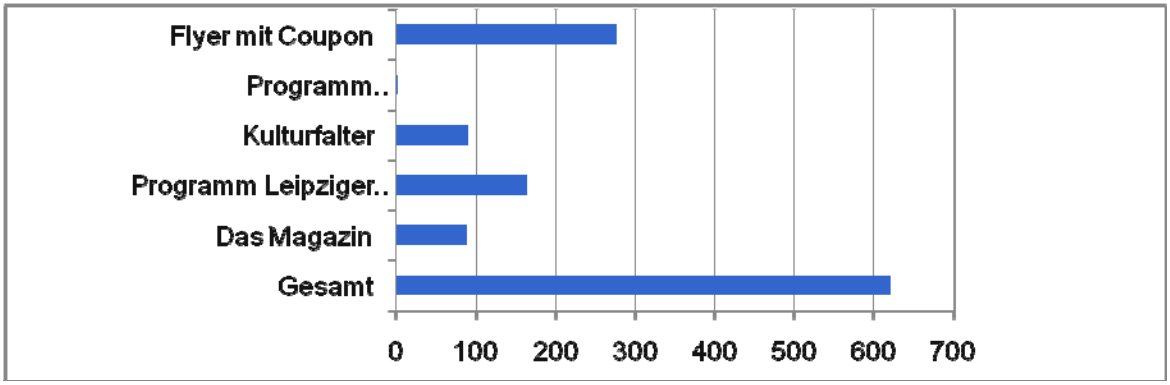
- Ferien Messe Wien / Reisemesse Linz
- RFC Halle (Saale) / Leipziger Buchmesse
- Reisen Hamburg / ITB Berlin
- GTM Mainz / Reisebörse Wien
- Sachsen-Anhalt-Tag Weißenfels
- RDA Köln / Workshop Zürich
- T&C Leipzig / Saalemesse Halle(Saale)

Marketingerfolge sind kaum zu messen

Die Händelstadt Halle bzw. die SMG begleitete im März 2010 erstmals sieben hallesche Verlage auf die Leipziger Buchmesse. Diese Aktivität war Anlass für die Kampagneneinführung „Halle liest mit“ und zugleich Auftakt für die jährliche überregionale Vermarktung „nur bei uns.“. Das kreative, reichhaltige Verlagsangebot aus Halle darstellend, erhielten die Verlage so eine kostenfreie Zweitpräsenz, was besonders für die Newcomer-Verlage wichtig ist. Zu vielen Verlagen besteht eine enge Kooperation mit der Tourist-Information (touristische Veröffentlichungen, Bücher mit Halle-Bezug, Bildbände, Kalender). Die Beziehungen ergänzen sich zudem zu inhaltlichen Themen, welche u. a. zu Kooperationen bei Stadtführern führen können.

Die Leipziger Buchmesse eröffnete die Möglichkeit, sich dem Messepublikum mit einer eigenen 48 Quadratmeter großen „hallesaale*-Lounge“ zu präsentieren und auf die geballte Kernzielgruppe - das lesefreudige, kulturinteressierte und überwiegend überregionale Publikum der Buchmesse - zu treffen. Nach Angaben der Buchmesse nimmt das Messepublikum eine Anreise von im Schnitt 200 km auf sich und hat eine hohe Kulturaffinität. Im Fokus der Direktmarketingmaßnahmen standen so die kulturellen Höhepunkte der Händelstadt mit der Kampagne „KULTURHÄUPTLINGE. nur bei uns“. Halle ist die einzige Stadt auf der Buchmesse mit diesem Engagement: die Betreuung einer städtischen Delegation mit Stadträten, Halles Oberbürgermeisterin und lokalen Entscheidungsträgern, des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers von Sachsen-Anhalt, von Abgeordneten verschiedener Landtage sowie von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker. Die Evaluierung solch aufwändiger Engagements durch stetige Erfolgskontrolle ist dabei unerlässlich. Mit einem Coupon für einen Gratis-Kaffee in der „hallesaale*-Lounge“ wurden die Standbesucher gezählt und Marketing- bzw. Werbemaßnahmen geprüft. Neben Presseauswertungen, Internet-Traffic und dem „Bauchgefühl“ der SMG-Marketer werden statistische Kontrollmechanismen ab 2011 auf alle touristischen Messeteilnahmen der SMG übertragen, um bei künftigen Messeauftritten nach Effizienz und Kundenkontakten zu sondieren. Wo gibt es Anknüpfungspunkte und Potenziale? Kurzum: Die SMG setzt mit ihrer kleinen Gießkanne effektiv an der richtigen Stelle an und wässert nur jene Pflanzen, die groß und stark werden.





Publikationen	Auflage / Reichweite
Das Magazin	65.000
Programm zur Leipziger Buchmesse	40.000
Kulturfalter	15.000
Programm zu Women in Jazz	1.000
Programm zu Happy Birthday Händel	1.000

Werbemittel	Anzahl
Plakate (zwei Motive)	
A 1	100
A 0	250
Flyer mit Kaffeecoupon	1.000
Flyer ohne Coupon	10.000
Kaffeebecher	10.000
Stadtbegrüßungsanlagen	5

Bündelung statt Gießkannenprinzip

Mit der Kürzung des städtischen Zuschusses an die SMG um 100.000 Euro ab 01.2011 war klar, dass sich die SMG noch mehr auf seine Kernaufgaben Markenbildung, Tourismus, Tagungen und Kongresse fokussieren muss. Wenn die Zuflüsse zur Bewässerung des weiten Feldes nicht reichen, gilt es die Stärken zu stärken; das heißt, den Markenkern bestehender Stadtfeste zu stärken, damit diese eine überregionale, ggf. auch bundesweite Ausstrahlung erlangen. Nicht die Quantität der Veranstaltungen, sondern deren Qualität ist die Richtschnur des Gärtners.

Dieser Mittel- und Maßnahmenkürzung fällt 2011 eine junge Pflanze zum Opfer, die in 2010 mit spärlichem Zufluss notdürftig herangezüchtet wurde: das Citymanagement. Die Stelle des Citymanagers innerhalb der SMG war zwar bereits bei Firmengründung 2003 angedacht, aber seither weder ausfinanziert noch je mit einem echten Citymanager besetzt, da weder ausreichende Personal- noch Projektmittel zur Verfügung standen und stehen. Citymanager werden in der Mehrzahl der deutschen Städte über Vereine und deren Mitgliedsbeiträge finanziert, in anderen Städten auch über Public-Private-Partnerships von Vereinen, Städten und Privatwirtschaft. Die Mindest-Budgets liegen dabei meist deutlich oberhalb von 100.000 Euro, was ca. 70 Prozent des verbliebenen städtischen Projektbudgets der SMG entspräche.

Citymanagement besteht auch nicht etwa aus Veranstaltungsmanagement von Stadtfesten, über das die SMG ja verfügt, sondern aus Werbe-, Finanzierungs- und Maßnahmenkonzepten, der Organisation von Trägerschaften, der Erstellung von City-Angeboten (Branchenmix, Funktionsvielfalt, Dienstleistungsangebote, Gastronomie, Beratungsqualität), der Verbesserung der City-Erreichbarkeit (ÖPNV, Leitsystem, Parkplätze, Parkraummanagement, Vergütungssysteme), der City-Gestaltung (Plätze, Grünanlagen, Leerstände, Brunnen, Beleuchtung, Stadtbild, Fassaden, Schaufenster) und des City-Erlebnisses (Aktionen, Events, Sauberkeit, Sicherheit).

Am Markt positioniert: Lockstoff attraktive Innenstadt

Mit Beratung, Wissenstransfer und konkreter Hilfe für Veranstaltungen auf dem Marktplatz wird die SMG gegenüber der Stadtverwaltung, der City-Gemeinschaft Halle e.V. oder der Firma Fest-Event („Salzfest“) aktiv, sobald die jeweilige Veranstaltung aus SMG-Sicht über genug Potenzial resp. potenzielle Strahlkraft für eine Binnen- oder gar Außenbewerbung verfügt. In Einzelfällen führt das sogar zur Entwicklung von Veranstaltungsinhalten wie beim halleschen Weihnachtsmarkt, der mit unverwechselbaren Erlebniswerten wie den finnischen Rentieren, einer Krippe, Schneekugel und einem Kulturprogramm inhaltlich aufgewertet wird.

2010 wurden die vier Sondermärkte des Veranstaltungsservice‘ der Stadt Halle (Töpfer-, Blumen-, Blumen- und Bauernmarkt) durch die SMG frisch und emotional aufgeladen. Diese Frischekur führte sofort zu messbaren Erfolgen: mehr Marktteilnehmer, Aufbruchsstimmung unter den Händlern, Anspruch an besondere und qualitative Sortimente und positive Presse.

Ostermarkt, Maibaumsetzen, Oldtimer-Rallye, Salzfest, City-Beach, City-Jazz, City-Klassik, Klassik im Advent: Überall gilt es, bekannte Anpflanzungen zu prüfen, gegebenenfalls durch neue zu ergänzen - gern auch exotischer Natur - um sich vom Mainstream anderer Städte abzugrenzen. Die Wahrnehmbarkeit der Zielgruppen, die Publikumsrelevanz und vor allem die Alleinstellung und die Authentizität für die Stadt Halle sind das Non-plus-ultra für das Veranstaltungsmanagement der SMG. Der Kern der SMG liegt nicht in der Durchführung einer Veranstaltung, sondern in der Beratung von deren Organisatoren und deren Einbettung in einen ganzheitlichen Marketing-Prozess.

Pflegeanleitung: Nichts ist besser, als dass Gewächse künftig ohne viel Pflege und Betreuung gedeihen und somit automatisiert und eigenständig im gegenseitigen Nutzen ihren Beitrag zur Image-Pflege leisten.

Step by step to the top: Hallescher Weihnachtsmarkt 2010

Die Erfolgsstory 2009 und 2010 ist die unter günstigen Witterungsbedingungen neubelebte Marke „Hallescher Weihnachtsmarkt“. Abgestimmte Marketingmaßnahmen sowie die begleitende Pressearbeit der SMG führen im Binnen- und Außenmarketing zu einer starken Wahrnehmung und zu positivem Feedback bei Beteiligten und Besuchern. Dies ist möglich, da die beteiligten Partner des Marktes in stetigem Austausch und in Abstimmung sind. Die regelmäßigen Treffen der „Koordinierungsrunde Weihnachtsmarkt” mit dem Veranstaltungsservice der Stadtverwaltung, der City-Gemeinschaft Halle e.V. sowie beteiligten Händlern sind 2008 auf Initiative der SMG entstanden.

Die beiden Comic-Rentiere Finni und Rudi - 2009 als Markenführer und Sympathieträger des halleschen Weihnachtsmarktes von der SMG entwickelt - haben einen hohen Wiedererkennungswert und schmücken das stetig wachsende Merchandising-Sortiment mit Adventskalender (in Kooperation mit Halloren Schokoladenfabrik, Auflage 3.000 Stück, im Nu ausverkauft), Schneekugel, Badesalz (in Kooperation mit dem Saline-Museum), Weihnachtsmarktassen (Auflage 33.000, 25.000 verkauft), Malbüchern und Holzfiguren (in Kooperation mit der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft Halle-Saalekreis e.V.).

Erstmalig 2010 wurde auf Initiative der SMG auf dem gesamten Weihnachtsmarkt Glühwein in einheitlichen Weihnachtsmarkttassen ausgeschenkt. Die roten Tassen mit Finni und Rudi sind als Pfandtassen konzipiert und wurden von 25.000 Weihnachtsmarktbesuchern als Andenken mit nach Hause genommen. Neben der guten Nachfrage nach den Tassen ist die Markenbildung entscheidend. Da eine Glühweintasse im Schnitt durch zehn Hände geht, bevor das Symbol des halleschen Weihnachtsmarktes in Privathaushalten weiter wirbt, wird klar: Diese Reichweite wäre durch keine Flyer-Verteilung so kostengünstig und nachhaltig zu leisten. Die roten Tassen mit den Comic-Rentieren waren das Motiv in Fernsehbeiträgen und Zeitungen und wurden entsprechend thematisiert: eine gelungene Produkteinführung mit großem Markenwert und Werbeeffekt, die nun zur Tradition wird.

131 Medienauftritte konnten zum halleschen Weihnachtsmarkt 2010 gezählt werden: 90 Artikel in Tages- und Wochenzeitungen sowie Kunden- oder Stadtmagazinen, davon 64 Beiträge mit Fotos, 24 Artikel in Online-Medien, 12 Fernsehbeiträge (RTL, MDR und TV Halle), Radiobeiträge bei MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt, Radio Brocken, Radio SAW. Ein Hörfunkwerbespot wurde auf Radio Brocken geschaltet.

Gleich drei Unterhaltungsformate von ARD und MDR wurden größtenteils auf dem halleschen Weihnachtsmarkt produziert. Ein 30-minütiges, 90-minütiges und 180-minütiges Unterhaltungsformat: „Wähle Madeleine", „Der singende, klingende Weihnachtsmarkt". Die überregionale Wahrnehmung und der so erzielte Reichweitengrad sind das Ziel der SMG und wären mit einer Werbekampagne unbezahlbar. Medienanstalten und SMG gehen hier eine perfekte Symbiose ein, die unsererseits großen personellen Aufwand, Sorgfalt und individuelle Pflege verlangt, uns aber neben der SMG-Produktqualität als kompetenten Bodenbereiter empfiehlt.

Tatsächlich Gärtnern? Grüne Verweilqualitäten.

Seit 2009 besetzt die SMG das Thema „temporäre Begrünung der halleschen Innenstadt" sehr erfolgreich. Hierfür standen jeweils nur bescheidene Projektmittel zur Verfügung. Das Händel-Festjahr anlässlich des 250. Todestages von Georg Friedrich Händel bot der SMG den Anlass. Das Händel-Denkmal - umgeben vom eher grauen Marktplatzpflaster - verwandelte sich in eine grüne, leuchtende Oase. Eigentlich sollte diese grüne Installation nur während der Händel-Festspiele Touristen und Hallenser erfreuen. Doch war der Zuspruch seitens der lokalen Presse, des Stadtrates und der Hallenser auf diese Idee des Stadtmarketings so groß, dass der Händel-Rasen sechs Monate - von Mai bis Oktober 2009 - zu Füßen des Barockmeisters lag. Witterungsbedingt wurde der Rasen zurückgebaut und gegen eine Spende an interessierte Hallenser versteigert. Diese sympathische Aktion setzte und setzt Diskussionsprozesse in Gang.

Auch 2010 war der Wunsch groß, wieder grüne Aufenthaltsqualität auf dem Markt zu schaffen. Grüner Rasen und grüne Liegewiesen um das Händel-Denkmal, am Roten Turm und um den Brunnen „Goldsole" - initiiert durch die SMG - setzten das Erfolgsprojekt fort. Gäste, Touristen und Hallenser gleichermaßen erfreuten sich an diesen grünen Akzenten und nutzten die Einladung, sich auf den Grashügeln niederzulassen, um die Stimmung des halleschen Marktplatzes auf sich wirken zu lassen.

Die grüne Händel-Oase und die Liegewiesen auf dem Marktplatz schufen Sympathiewerte bei Besuchern, trugen zur Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt bei und waren eine Anregung zur seit 2006 geführten Diskussion zwischen Hallensern und der Stadtverwaltung über das fehlende Grün auf Halles Marktplatz. Der SMG ist es gelungen, mit diesem Grün ein freundliches Image zu schaffen. Hallenser wurden so zu Fürsprechern ihrer Stadt.

Nach zwei erfolgreichen Aktionen auf dem Marktplatz lässt die SMG auch fortan grüne Oasen durch die Stadt mäandern. Es gibt noch genügend Plätze und Orte, die einer Verschönerung bedürften; wobei es nicht Aufgabe der SMG ist, städteplanerische Platzgestaltungen zu bewerten oder Fehlleistungen auszumerzen. Vielmehr versteht sich die SMG als Ideenschmiede, die zum gesellschaftlichen Diskurs anregt.

Die SMG legt auch künftig den sprichwörtlichen „Finger in die Wunde" und setzt unbequeme Themen auf die Agenda. Angestoßene Prozesse tragen bereits Früchte, wie das Begrünungskonzept der Stadt Halle für den Marktplatz und die lebhafte Diskussion um die Einfriedung des Händel-Denkmals.

Brachland: Leerstandsmanagement „Liebding“, „Adventslabor“ und Co.

Halles Geistermeile wird Galerie-Meile

Rezept gegen Leerstand: Studenten-Galerie in Leipzig

Stadtmarketing-Chef Stefan Voß (42) will den Kummer auf dem Boulevard mit Kunst ankurbeln

So will Stadtmarkting-Chef Voß die Leerstands-Misere beenden

Von JAN WÄTZOLD

Der Boulevard ondet für viele Passanten am Leipziger Turm, eine Galeriemeile soll das ändern

Die Leerstandsquote am Oberen Boulevard ist mit 15 der 62 Läden im oberen Teil der Leipziger Straße verbunden mutige Gegenmaßnahmen: „Die Hauptmieter sollen die Ladenflächen an Künstler und Studenten und Kunstvereine kostenlos zur Verfügung stellen.“

Weil ist vom positiven Dreipeilerfeldt an Mode-Kunstmarkt überzeugt. Eine Garantie wird man auf einen Schlag die die primäreinden Mieten nicht senken können. Sie verschenken. Gleichzeitig würde eine Galeriemeile ein Publikum anziehen, dass dem Boulevard jenseits der Leipziger Turms fehlen hofft. „Es Weg zum Bahnhof Geistern Gerthe verlohnt sich darauf ist sächlich nur ein Viertel der 3500 Passanten, die pro Stunde auf dem Unteren Boulevard gezählt werden (BILD berichtete).

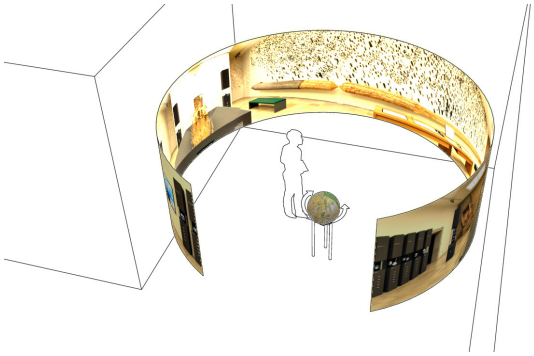
Um das Projekt anzuschieben, mit dem in anderen Städten bereits gute Erfahrungen gemacht wurden, plädiert Voß für einen Runden Tisch von Hauseigentümern und Stadt. „Man könnte sich über Zahlungsmodalitäten einigen.“ Die Burg-Doktor Ulrich Klieber (54) ist begeistert von der Idee: „Bei den Studenten unserer Kunsthochschule gibt es eklatanten Bedarf an Galerie- und Ateliervorhaben.“ Mit der HWG arbeite man auf Ebene der Geschäftsführer. Standorte seien schon hinreichend erfolgreich zusammen. „Es ist eine Galeriemeile wie oder eine besonders lohnende Sache.“

Im Juli 2009 (siehe Artikel rechts) fasste die SMG den Entschluss, aus dem Makel ein Spektakel zu machen und den Leerstand am Oberen Boulevard mit Galerien aufzupolieren. Seit März 2010 hat die SMG hierzu einen Mitarbeiter angeleitet, auf der oberen Leipziger Straße mit spartanischem Budget, aber großem Engagement die Vermieter über eine zentrale Hausverwaltung mit Interessenten für ein Zwischennutzungskonzept zu vernetzen.

Die SMG will auch weiterhin attraktive Zwischennutzungen wie die lebendige Kunst- und Kulturmeile auf dem Oberen Boulevard anbieten. Vor allem Absolventen und Studierenden der renommierten Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle (Saale) wurden leere Ladenflächen als Ateliers, Ausstellungs- und Verkaufsräume angeboten. Junge Kunst braucht Raum für Ideen, der finanzierbar ist und Publikum erreicht. Beides bieten die Geschäfte am Oberen Boulevard. Für die temporäre Nutzung sind lediglich die Nebenkosten der leeren Ladenflächen zu tragen. Das Zwischennutzungskonzept stößt auf großes Interesse unter den Künstlern. Aber auch die Vorteile für die Hausverwaltungen bzw. Eigentümer liegen auf der Hand. Die schön gestalteten Geschäfte der Künstler lassen sich besser - auch dauerhaft - vermieten als leere Geschäfte mit verschmutzten und plakatierten Schaufenstern.

Erfolgreiche Zwischenmieter waren / sind: das Mode-Label „Betonkind“, die Nähschule und ein Atelier im Leipziger Hof, eine Ausstellungsfläche für das „Wohn-Zentrum Lührmann“, Aktionskunst im „Adventslabor“ sowie „Liebding“. „Liebding“, das innovative und kreative Projekt zur etwas anderen Partnersuche - initiiert von zwei Studentinnen der Burg Giebichenstein - zeigt, wie erfolgreich sich tolle Ideen trotz knapper Mittel umsetzen lassen. Die deutschlandweite Presseresonanz macht den Erfolg messbar. Über „Liebding“ wurden fünf Fernsehbeiträge gesendet (u. a. ZDF und SWR); außerdem 40 Online-Artikel (u. a. ein spanischer Artikel der Deutschen Welle, Süddeutsche-Zeitung, Focus, Stern), zehn Artikel in Printmedien (u. a. Süddeutsche Zeitung) und acht Hörfunkbeiträge.

Die Künstler des Adventslabors (siehe links) überzeugten mit ihrer Halle-Videoperformance das Fachforum Politik zur Bewerbung „Stadt der Wissenschaft 2012“. Das 360-Grad-Panoptikum wird Ende März 2011 die Bewerbung n Mainz 2011 unterstützen.



Solche kreativen Ideen braucht es mehr! Diese temporären Aktionen können aber nicht von großen strukturellen Defiziten auf dem Oberen Boulevard und dem anliegenden Riebeckplatz ablenken. Hier sind Stadtplaner und Wirtschaftsförderer Halle gefragt. Aber es ist dem Stadtmarketing auch hier gelungen, eine Diskussion und Debatten zu entfachen; in der Hoffnung, dass weitere Schritte mit Nachhaltigkeit und Konsequenz verfolgt werden. Neue Triebe!

Event, Event - ein Lichtlein brennt

Veranstaltungen von hohem Niveau sind aufwändig, riskant und benötigen eine eigene Struktur aus Verantwortlichen, Subdienstleistern und kreativen Köpfen. Mit Events verhält es sich mithin wie mit einer Kerze: Sie sind nicht dazu da, sich selbst zu bescheinen. SMG-unterstützte Events müssen sich deshalb dem strategischen Marketing unterordnen und sind nie nur singuläre Ereignisse. Die Zielsetzungen gehen weit über die Bedürfnisbefriedigung des Publikums hinaus. Erst wenn Events als Mittel des Marketings gezielt eingesetzt werden, bieten sie die beabsichtigte Aufmerksamkeit für ein bewusst platziertes Thema (Händelstadt, Hanse, Kulturstadt, Innovation, Wissenschaft, Kreativität usw.).

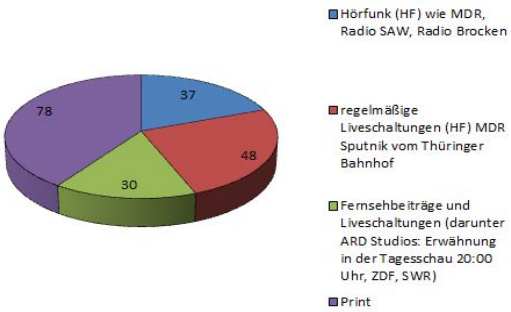
Öffentliches Schauen - Stattfinden und Stadt finden

Und nochmal Rasen: Nicht nur für die deutsche Nationalmannschaft bedeutete die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 einen Kraftakt. In Kooperation mit der Jugendwerkstatt Frohe Zukunft e.V. entwickelte und organisierte die SMG ein neues, bundesweit singuläres Veranstaltungsformat: ein interkulturelles Fußball-WM-Fest unter dem Label „Weltfest des Fußballs“.

Dies überzeugte Medienpartner, Sponsoren, das Präsidium des DFB und zehntausende Gäste, die überwiegend aus Halle und der Region auf das Gelände am Thüringer Bahnhof strömten. Auch für die schwierige Refinanzierung erwies sich die Kombination zweier authentischer Inhalte als hilfreich. Durch die Verbindung aus Gastgeberland Südafrika, guter interkultureller Arbeit von Stadt Halle und Jugendwerkstatt, erfolgreichem Abschneiden der Löw-Elf sowie prächtigem Wetter erlebte Halle ein friedliches WM-Fest mit hoher Aufenthaltsqualität. Bemerkenswert waren auch der sehr hohe Anteil an Frauen und Familien - auch und gerade mit Migrationshintergrund. Das „Weltfest des Fußballs“ war gewaltfrei, gut gelaunt und entspannt. Fußball in Halle kann so schön sein!

Projekte dieser Art sind im Lichte der Finanzausstattung der SMG künftig nicht mehr zu bewältigen, da die zu akquirierenden Drittmittel noch dringender für die markenbildenden Kernaufgaben und -Projekte der SMG nötig sind. Dies wird am Projektvolumen des Public Viewing von ca. 160.000 Euro deutlich (bei 10% planmäßigem Eigenanteil). Allein dieses Projekt erklärt die starken Abweichungen vom Wirtschaftsplan 2010, indem die Ausgaben für Projekte um ca. 64% überschritten wurden (442.192,09 Euro statt 270.000 Euro). Auch die Werbungskosten fielen 23,5 % höher aus als geplant. Andererseits übertrafen die akquirierten Projektgelder den Plan um 137 % (261.787,37 Euro statt 110.000 Euro), die akquirierten Marketinggelder vielen um 93 % höher aus (46.321,63 Euro statt 24.000 Euro). Selbst wenn sich Ausgaben und Erlöse unter dem Strich die Waage halten, so kommt die Kleinarbeit der Querfinanzierung doch der mühevollen Neubestellung eines Ackers gleich.

Die Erfolgskontrolle des „Weltfests des Fußballs“ basiert vor allem auf der Anzahl der Besucher deutlich oberhalb von 40.000. Aber auch die positive mediale Wahrnehmung Halles in Verbindung mit Fußball setzte einen Kontrapunkt zu den Fan-Ausschreitungen und der Ausländerfeindlichkeit vergangener Tage. Ungewohnt war auch die Bandbreite des halleschen Fußballsommers 2010 mit der Open-Air-Übertragung sämtlicher Fußballspiele, dem Fest der Kulturen, mit Live-Konzerten zur MZ-Music-Zone und dem Sputnik-Sportsday. Das „Weltfest des Fußballs“ auf dem Thüringer Bahnhof war mehr als drei Monate (von März bis Juli 2010) in den Medien präsent. Bilder und Interviews vom Fußballfest in Halle schafften es zudem in der „Primetime“ in die 20-Uhr-Nachrichten der Tagesschau (und die dritten Programme der ARD).



Die SMG organisierte mit den 15 Partnern drei gemeinsame Pressegespräche, verfasste elf Pressemitteilungen und beantwortete 52 Presseanfragen.

78 Artikel in Printmedien, 30 Fernsehberichte, 37 gezählte Hörfunkbeiträge sowie 48 regelmäßige Liveschaltungen (Hörfunk und Fernsehen) vom Thüringer Bahnhof mündeten in einem 2,5 Zentimeter dicken Pressespiegel.

Einzigartig, nachhaltig und nachverwertbar: „Hochzeit auf der Magistrale“

Zu den von der SMG in 2010 entwickelten und organisierten Events, die auf das strategische Marketing einzahlen, zählte auch die Sperrung der Hochstraße am 30. Mai 2010 - als Abschlussveranstaltung und Höhepunkt der Internationalen Bauausstellung (IBA) 2010 in Halle. Die Kunst bestand darin, die kopflastige, höchst akademisch anmutende Thematik „ Balance-Akt Doppelstadt“ - Halles Schwerpunktthema 2010 - in ein massentaugliches Event mit einem Maximum an Bürgerbeteiligung zu übersetzen. Mit der „Hochzeit auf der Magistrale“ gelang der SMG der Ritt durchs Rosenbeet, nämlich die stadtplanerischen, trockenen IBA-Inhalte habituell erlebbar zu machen. Dazu mussten die komplexen Inhalte auch für die Medien anschaulich werden. Bei der Pressekonferenz im Dachgeschoss eines leerstehenden Hochhauses am Glauchaer Platz konnten die Journalisten mit Blick auf die Franckeschen Stiftungen, die Hochstraße und Halle-Neustadt erspüren, wie bedeutsam die Hochstraße nicht nur für den UNESCO-Welterbe-Titel ist.

Trotz Schauerwetters strömten am 30. Mai 2010 innerhalb weniger Stunden zwischen 30.000 und 50.000 Besucher auf die für Fahrzeuge gesperrte Hochstraße. Den Höhepunkt bildete der aus 5.000 Bürgern gestellte Schriftzug „hallesaale*“, zu dem die SMG für eine Luftbildaufnahme auf Google-Maps aufgerufen hatte; die daraus entstandene Bilderreihe ist seither tausendfach online fremdverwertet worden. Weitere Highlights waren zehn - teils von der Oberbürgermeisterin geschlossene - Ehen als Symbol für Hochzeit und den Bund fürs Leben (Halle und Halle-Neustadt). Darüber hinaus bildete das Event die Brücke zu verwandten Themen der Kulturhauptstadt „Ruhr 2010“, indem Oberbürgermeisterin Szabados in luftiger Höhe Halles Beitrag zur Europäischen Kulturhauptstadt, den Europäischen Stadtbrief, an die Stadt Karlsruhe überreichte. Das Event half zugleich, die neue Stadtmarke in der Bevölkerung zu etablieren.

Die „Hochzeit auf der Magistrale“ der SMG dokumentierte einmal mehr, dass Public Events einzigartig, nachhaltig und nachverwertbar sein können und müssen. In Online-Foren, in Essen, Karlsruhe, Halle und Magdeburg hatte man sich vor, während und nach dem 30. Mai 2010 viel zu erzählen über die „Hoch-Zeit“ auf Halles Hochstraße. Genau wie beim „Weltfest des Fußballs“ bestand für die SMG die größte Herausforderung darin, die unzähligen Beteiligten des IBA-Projekts, aber auch die Menschenmassen auf der Hochstraße zu koordinieren und steuern. Die Presse berichtete mit 40 Print-Artikeln, 20 Online-Berichten, Trailern auf Radio Brocken, zehn der SMG bekannten Radiobeiträgen sowie vier zum Teil überregionalen Fernsehberichten.

Blüten aus der Pressearbeit

Die Pressestelle der SMG verzeichnete in 2010 einen Rekord: 161 Presseaussendungen (PresseMailings) mit 189 Pressemitteilungen. Die SMG-Pressestelle vermittelte 25 Pressegespräche und Fototermine und betreute sechs Pressereisen mit insgesamt 63 Journalisten, deren zwei zur Internationalen Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ (IBA). Zu den IBA-Pressereisen zählten Journalisten aus den USA (New York), Japan (Tokio), Rumänien (Bukarest), Polen (Krakau), Dänemark (Kopenhagen), der Schweiz (Zürich), Tschechien (Prag) und Italien (Mailand). Zur IBA-Abschlusspressekonferenz in Halle betreute die SMG 30 Fachtouristen. Weitere Journalisten reisten aus der GUS, Finnland, Schweden und Dänemark an. An den Pressereisen beteiligt waren die Investitions- und Marketinggesellschaft mbH (IMG), die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT), das Pressenetzwerk für Jugendthemen (PNJ) sowie die Agentur„sally below cultural affairs“.

Des Weiteren verbuchte die SMG-Pressestelle 15 individuelle Journalistenbesuche zu touristischen Themen, darunter zwei britische Journalisten des Magazins „Food & Travel“; weitere Recherchen betrafen den Saale-Radwanderweg, den DuMont Bildatlas Leipzig, Halle, Magdeburg sowie das Reisemagazin „Sehnsucht Deutschland“. Außerdem betreute die Pressestelle zwei Nachwuchsjournalistinnen der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie einen kanadischer Fachjournalisten zum Stadtumbau in Halle.

Die SMG unterstützte sechs Film- und Fernsehproduktionen, davon drei Formate des MDR: „Waehle Madeleine" (Ausstrahlung am 22.12.2010), die MDR-Abendshow „Der singende klingende Weihnachtsmarkt" (Ausstrahlung am 17.12.2010) sowie das MDR-Unterhaltungsmagazin „Unterwegs in Sachsen-Anhalt"; außerdem für die ARD „Verstehen Sie Spaß?" (April 2010), einen Dokumentarfilm über das Mittelalter auf „Discovery Europe" sowie ein Filmprojekt zur Arbeiter- und Bauernfakultät einer Berliner Produktionsfirma.

Starkes Netzwerk: Stadtmarketing - Wissenschaft - Universität

Schlagkraft entsteht erst durch die Bündelung von Einzelinteressen. Nur einem kräftigen und vernetzten Wurzelwerk gelingen blühende Erfolge. Die SMG baut und moderiert deshalb Netzwerke und sperrt sich gegen Partikularinteressen, die nicht der Markenbildung dienen.

Die Stadt Halle hat im Jahr 2009 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile veräußert, um die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) als Gesellschafterin an der SMG zu beteiligen und aktiv am Markenbildungsprozess als „Stadt der Wissenschaft" einzubeziehen. Seither sind innerhalb der SMG eine Vielzahl von erfolgreichen Partnerschaftsprojekten entstanden. So gewannen MLU, SMG und Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle mit ihrem Partnerkonzept zum Hochschulinformationstag 2011 („OpenUniverCity") am 17.03.2010 in Berlin den Hauptpreis des Hochschulwettbewerbes „Campus und Stadt erleben", der Bestandteil der Kampagne „Studieren in Fernost" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist. Am Wettbewerb beteiligt hatten sich 44 ostdeutsche Hochschulen. Die gelebte Partnerschaft von MLU, Burg Giebichenstein und SMG ein dasselbe Ziel: die Vermarktung der Lebensqualität der Stadt Halle (Saale). Auch im Prozess der Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft 2012" wird dieses gelebte Networking von entscheidender Bedeutung sein.

OPEN UNIVER CITY.de

Ruhr 2010: National Heroes

Das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas stand 2010 ohne Zweifel im Fokus der Öffentlichkeit. Die SMG vertrat die Stadt Halle (Saale) als Mitbewerberin um diesen Titel im Verbund von elf Städten („National Heroes") auf mehreren Treffen der Ruhr-Region. Der Austausch mit anderen Städten wie auch mit der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland (bcsd) der bleibt eine wichtige Richtungsbestimmung für das Wirken (in) der eigenen Stadt, aber auch für die Vernetzung untereinander. Besonders zur Stadt Münster wurden durch die Übergabe des Europäischen Stadtbriefes im Mai 2010 die Beziehungen verstärkt.

Die Sperrung der Hochstraße in Halle war zwar nur zufällig eine Reminiszenz an die Sperrung der Autobahn A40, dennoch gelang so eine gelungene inhaltliche Verknüpfung von Regionen mit ähnlichen Problematiken. Ende 2010 war die SMG zur großen Abschlussveranstaltung der Ruhr 2010 GmbH und sammelte weitere Erkenntnisse aus dem bewegten Jahr der Ruhr-Region.

Kulturhäuptlinge. nur bei uns

Die Kampagne „nur bei uns", die ihren Fokus auf den Kultur- und Städtetourismus legt, war auch 2010 Instrument und Blüte des überregionalen Marketings der Stadt Halle. Mit der gemeinsamen Heraushebung der Flaggschiffe der halleschen Kulturlandschaft erreichte die Kampagne abermals eine erhöhte Werbewirksamkeit, die der Stadt Halle (Saale) und jeder der beteiligten Einrichtungen zu Gute kam. Die Kampagne wird jährlich neu aufgelegt und zahlt vor allem auf Image-Effekte ein, bewirbt aber auch die Jahres-Highlights der Institutionen. Dies verlangt eine zweigeteilte Kampagnenführung: einerseits geht es um Image-Aufbau vor allem durch überregionale Plakatierung (Hauptaussage: reiches Kulturangebot in der Saalestadt), andererseits um die Kommunikation überregional relevanter Veranstaltungen / Ausstellungen (vor allem: Flyer, Anzeigen, Broschüren-Einleger). 2010 hat die SMG u. a. 50.000 Papiertüten an Buchläden und Reformläden in ganz Deutschland versandt, Anzeigen im Kulturspiegel geschaltet, die Videowall am Flughafen Leipzig/ Halle belegt sowie 20.000 Beilagen an Abonnenten der ZEIT im Ruhrgebiet versandt.

Im Überblick:

- Imagebroschüre mit Terminübersicht als Einleger
- 11 regionale sowie überregionale Anzeigen
- Plakatierung in 8 Städten
- www.nurbeiuns.de
- ZEIT REISEN-Newsletter, DIE ZEIT-Sonderbeilage
- Lesefutter-Tüten
- Flughafen-Werbung
- Präsentation auf touristischen Messen
- 2.000 Plakate (Standorte siehe Karte)

Die Kampagne wird 2011 fortgesetzt. Die Planung und Abwicklung läuft auch weiterhin über die SMG.

Strategiedialog mit dem Stadtrat: SMG-Fachforum Politik

Der 1. Juli 2010 war die Geburtsstunde des SMG-Fachforums Politik, das aus Delegierten der Stadtratsfraktionen und - themenbezogen - den relevanten Ausschussvorsitzenden als höchsten Repräsentanten der Bürgerschaft besteht, um die SMG bei wesentlichen Themenstellungen zu beraten. Die ersten sechs Fachforen, die alle vier bis sechs Wochen tagen, befassten sich vor allem mit der Bewerbung der Stadt Halle als „Stadt der Wissenschaft 2012“. Ihnen gehörten die Vorsitzenden des Kulturausschusses, des Jugendhilfeausschusses, des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses, des Bildungsausschusses, des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung sowie - als nicht politisch besetztes Gremium - des Lenkungsausschusses „Stadt der Wissenschaft“ an. Das Fachforum Politik zum Thema „Stadt der Wissenschaft“ erwies sich dabei als fachlich kompetentes, sehr lösungsorientiertes politisches Gremium, dass bewiesen hat, dass sich die Diskussion über die Errichtung und Zusammensetzung eines SMG-Beirates auch ganz undogmatisch führen und lösen lässt.

Die Hanse als Tourismus- und Wirtschaftsfaktor

Seit dem Wiedereintritt der Stadt Halle (Saale) in den Städtebund der Hanse, der seit 1980 mit inzwischen 187 Mitgliedsstädten an den mittelalterlichen Hansebund anknüpft, haben sich in Halle eine Reihe von Hanseaktivitäten entfaltet. So wurde 2010 der Hanseverein Halle e.V. gegründet, dessen Mitglieder bereits seit 2008 das hallesche Hansefest ausrichten. Ebenfalls seit 2008 engagierte sich die SMG auf den Internationalen Hansetagen in Salzwedel (2008), Welicki Novgorod/Russland (2009) und Pärnu/Estland (2010). In Pärnu konnte die Salzwirker-Bruderschaft der Halloren mit der Hansestadt Neuss den ersten Salzvertrag unter Hansestädten abschließen. Seit Herbst 2010 bereitet die SMG mit Unterstützung des Präsidiums der Hanse und unseres Hansebeauftragten Dr. Wilfried Fuchs die Neugründung des historischen Sächsischen Hansebundes vor (geplante Gründung: Juni 2011), dem ehemals 40 Hansestädte aus den Territorien der heutigen Bundesländer Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Sachsen angehörten. Deren 16 Hansestädte liegen in Sachsen-Anhalt. Seit Herbst 2010 laufen bei der SMG ferner die Vorbereitungen zur ersten halleschen Hanse-Tour zum Hansetag 2011 in Kaunas/ Litauen.

Gelungener Auftakt: Wassertourismus Halle im Visier

Die Eröffnung des Stadthafens als städtebaulicher Schwerpunkt im Rahmen der Internationalen Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ (IBA) verdeutlicht, welche Anforderungen die SMG an sich selbst stellt. Mit einem zeitlichen Vorlauf von nur sechs Wochen plante die SMG die Eröffnung als eine Veranstaltung für Hallenser und die lokale Politik. Während der Stadthafen vorher allenfalls städtebaulich wahrgenommen wurde, gelang es der SMG, ihn als sympathische, kostbare Bereicherung des Binnenmarketings mit touristischer Ausrichtung und Perspektive ins Bewusstsein zu rücken.

Aufgrund der fehlenden Einbindung des Stadtmarketings bei den strategischen Vorplanungen lässt der Stadthafen mit Blick auf die künftige touristische Infrastruktur des Hafens aus heutiger Sicht kaum eine touristische Vermarktung zu.

Die SMG hat die Saale und die Nutzung des Stadthafens 2010 gleichwohl oben auf ihre Agenda gesetzt und die Vernetzung und Bündelung der verschiedenen „Player“ auf der Saline-Insel vorangetrieben mit dem Ziel, die Insel mit Saale und naturnahen Auen touristisch zu vermarkten.

Die SMG hat den Anspruch, die Anforderungen für die zu ergänzende Infrastruktur aufzuzeigen, um die wassertouristische Nutzung der Insel und der Saale zu verbessern. Die hauseigene Potenzialanalyse hat ergeben, dass der Wassertourismus als touristisches Schwerpunktthema großes Potential für Halle bietet. Im Oktober 2010 organisierte die SMG einen zweitägigen Wassertourismus-Workshop mit 150Teilnehmern. Hier wurde deutlich, welche Potentiale vorhanden sind und wo sich Lücken auftun. Seither erarbeitet die SMG in verschiedenen Arbeitsgruppen die mittelfristige Strategie für die kommenden fünf Jahre.

Reisende soll man aufhalten - Veränderungen im Tourismus

Trotz leicht ansteigender Besucherzahlen in 2010 bleibt das Kulturland Sachsen-Anhalt noch immer hinter den Erwartungen zurück. Die SMG hat in 2010 ihre Strukturen optimiert und die bis dato getrennten Abteilungen Kongresse/Tagungen sowie Gruppentourismus aufgrund großer Schnittmengen zum Ressort „Tourismus- und Tagungsservice“ (TTS) zusammengefasst. Durch den Erwerb eines Reiseveranstalterstatus‘ zum Jahresende vermag die SMG nunmehr auch Pauschalreisen, die mehr als zwei Reiseleistungen beinhalten, zu entwickeln und selbst zu vermarkten. Dadurch liegt zugleich die Kalkulation der Pauschalen und Reiseleistungen erstmalig in den Händen der SMG. Im Zuge dessen schließt die SMG nunmehr mit allen Leistungsträgern Kooperationsverträge und -Vereinbarungen.

Seit Herbst 2010 hat die SMG außerdem ihre allzu umfangreichen Individual- und Gruppenangebote reduziert und den Fokus verstärkt auf Besuchermagneten und berühmte Persönlichkeiten der Stadtgeschichte gelegt. Hierzu zählen zum einen etwa die Hausmannstürme oder der Nachtschwärmer-Rundgang, zum anderen Kardinal Albrecht von Brandenburg, Martin Luther, August-Hermann Francke und natürlich Georg Friedrich Händel.

Ebenfalls seit Spätherbst 2010 entwickelt die SMG die Anforderungen für einen optimierten Internetauftritt und den Aufbau eines touristischen Informationssystems. Damit kann sich der Nutzer der Webseite künftig Tages- und Mehrtagestouren über die interaktive Plattform zusammenstellen und im Idealfall buchen. Das touristische Informationssystem dient zugleich als Basis für den interaktiven Sales-Guide (Tagungsplaner).

Als Erfolg erwies sich auch die von der SMG entwickelte „Welcome Card“, die über die Touristinformation sowie mit Hilfe digitaler Bilderrahmen und Kooperationsverträgen mit Leistungsträgern beworben und verkauft wird. Hiervon konnte die SMG in 2010 insgesamt 910 Karten verkaufen.

Zuwachs bei den Übernachtungen von 2,5 %

Von Januar bis November 2010 besuchten laut Statistischem Landesamt 151.351 Gäste die Stadt Halle (Zuwachs im Vergleich zu 2009: 3,3 %). Mit 279.426 Übernachtungen erzielte Halle einen Zuwachs von 2,5 % gegenüber dem Vorjahr. Ein positiver Trend ist dabei bei Touristen aus dem Ausland erkennbar: Bis Oktober 2010 reisten 12,2 Prozent mehr ausländische Gäste in die Händelstadt. Die meisten internationalen Besucher kamen aus Amerika, den Niederlanden und dem asiatischen Raum. Der Anteil der US-Besucher an den Übernachtungen stieg um 5 %, bei den Tagesgästen sogar um 11,1 %. Dies verdeutlicht, welch wichtiger Markt die USA etwa mit Blick auf die Luther-Dekade, Henry Melchior Mühlenberg und Graf Luckner sind. Jeder zehnte Halle-Gast stammte nicht aus Deutschland. Im Schnitt verweilten die Gäste zwei Tage in Halle.

Maßgeblich für den Besucheranstieg waren die spannenden Ausstellungen der halleschen Museen und Veranstaltungen mit großer Strahlkraft wie die Händel-Festspiele, die Himmelsscheibe zu Nebra und die Elefantenausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte. Darüber hinaus werben die Investitions- und Marketinggesellschaft mbH Sachsen-Anhalt sowie die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) seit 2008 auf dem US-amerikanischen Markt verstärkt für den Luthertourismus und die Lutherdekade 2017.

Dürftig bleibt weiterhin die Bettenauslastung in Halle mit 35,9 %. Sie liegt damit noch über dem Landesdurchschnitt in Sachsen-Anhalt (28,5 %). Die Sommermonate entpuppten sich dabei auch für den Städtetouristen in Halle als die beliebteste Reisesaison - speziell im Juni mit den internationalen Händel-Festspielen.

Die SMG bot 2010 insgesamt 2328 Führungen an, an denen 31.514 Besucher teilnahmen. Die am stärksten frequentierten Monate waren Juni, September und Oktober mit durchschnittlich 4.700 Gästen. Großer Beliebtheit mit 1.813 Gästen erfreuten sich die insgesamt 76 öffentlichen Rundfahrten mit der historischen Straßenbahn, die kostümierten Führungen des Nachtschwärmers sowie von Kardinal Albrecht. Die SMG zählt zurzeit 25 aktive Gästeführer, die Rundgänge auf Deutsch, Englisch, Russisch, Französisch und Chinesisch leiten. Die Angebotsbroschüre „Halle für Alle“ enthält hierzu alle touristischen Angebote zu Stadtführungen und Pauschalreiseangeboten.

Bei den Erlösen in der Gruppentouristik waren 2010 leichte Steigerungen von 127.805,36 auf 129.158,14 Euro zu verbuchen, die vor allem auf Einsparungen bei den Honoraren für Gästeführer zurückzuführen sind, da ein fester Mitarbeiter der Touristinformation ca. 90 Prozent der öffentlichen, werktäglichen Führungen übernimmt.

Alles neu in der Touristinformation

In 2010 nutzten 59.783 Interessierte die vielfältigen Angebote der Touristinformation (TI) im Marktschlösschen (gegenüber 66.888 im Jahre 2009). Die Verkaufserlöse für Souvenirs blieben gegenüber dem Vorjahr konstant. Mit der Einstellung einer neuen Leiterin der TI im August 2010 erfolgte - in enger Abstimmung mit dem Marketing - eine Umstellung auf zeitgemäße, „angesagte“ Waren und ein stärkerer Abverkauf eigener Lagerbestände. Zugleich hat die TI zum Jahreswechsel 2010/2011 ein neues Warenwirtschaftssystems eingeführt. Das neue Kassensystem inklusive Scanner, Software und Barcodes erlaubt eine optimale Erfassung der Waren sowie deren problemlosen Verkauf. Neue Mitarbeiterinnen, Warenwirtschaftssystem und neue Technik machen die TI zum professionellen „Point of sale“: produkt- und absatzorientiert, besser vernetzt sowie jederzeit im Bilde über Lagerbestände, Verkaufsschlager und Ladenhüter. Hinzu kamen ein Etikettendrucker und ein großer Flachbildschirm, der den Gästen die Angebotspalette der SMG plakativ näher bringt. Außerdem hat die TI ihre Sortimente ausgedünnt und die Platzierung eigener Produkte in Abstimmung mit dem Uni-Shop optimiert.

Abschied vom Tagungsdreieck Magdeburg - Halle (Saale) - Dessau

Innerhalb des „Tagungsdreiecks Magdeburg. Halle. Dessau.“ präsentierte sich die SMG 2010 auf der IMEX in Frankfurt, auf der gemeinsamen Roadshow in Leipzig, auf einem 24-Stunden-Fam-Trip mit der Deutschen Bahn sowie auf einem Rundflug mit der „Tante Ju“ für potentielle Tagungs- und Kongressveranstalter und Pressevertreter, die vom Flughafen Leipzig/Halle aus über die drei Städte flogen. Innerhalb des Tagungsdreiecks konnten die SMG und die halleschen Tagungspartner ihre Kontakte zu potentiellen Veranstaltern ausbauen, neu knüpfen und nachhaltig nutzen. Auf diese Weise wurden Tagungen und Kongresse wie der Braunkohletag, die 9. Qigong-Tage und der Workshop „Pharmazeutische Betreuung der Apothekenkammer Sachsen-Anhalt (KDÖR)“ akquiriert. Um die Tagungsdestination weiter zu bewerben, hat die SMG 2010 in der Kundenzeitschrift CGB (German Convention Bureau), in der Zeitschrift CIM (Conference & Incentive Management) sowie in der DB Mobil PR-Anzeigen in Verbindung mit redaktionellen Beiträgen geschaltet.

Ende 2010 haben sich die Beteiligten des Tagungsdreiecks gleichwohl dazu entschieden, die bestehende Kooperation in 2011 nicht weiter fortzuführen. Ursächlich dafür war vor allem der seit 2007 bestehende Kooperationsvertrag mit der Investitions- und Marketinggesellschaft (IMG) des Landes Sachsen-Anhalt, der für das Jahr 2011 von bisher jährlich 38.000 € auf 7.800 € gekürzt werden sollte und das Tagungsdreieck in seiner Substanz gefährdete. Hinzu kamen verwaltungsinterne Umstrukturierungen in Dessau-Roßlau, so dass es dort zuletzt keinen Ansprechpartner für das Tagungsdreieck mehr gab. Von den 27 festen Partnern (Hotels sowie Special-Event-Locations) wollten überdies vier der renommiertesten und mit Blick auf ihre Kongresskapazitäten maßgeblichen Partner wie das Dormero Gold Inn Halle (Saale) oder das Herrenkrug Hotel Magdeburg aus dem Verbund austreten. Und auch die Evaluierung der Rückläufe aus den Veranstaltungen des Tagungsdreiecks erwies sich als schwierig.

Stadtsprung bleibt stärkstes touristisches Städtenetzwerk des Landes

Die Arbeit der touristischen Kooperation „Stadtsprung - Städte zwischen Harz und Elbe“ - mit den acht touristisch bedeutenden Städten Magdeburg, Halle(Saale), Dessau, Naumburg, Wittenberg, Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode - war auch in 2010 fester Bestandteil der touristischen Arbeit im Bereich Kultur- und Städtetourismus auf Landesebene. Als Kooperationspartner der IMG übernahm die Kooperation Stadtsprung für das Land Sachsen-Anhalt im vierten Jahr in Folge die komplette Quellmarktbearbeitung in der Schweiz und in Österreich. Die Mitarbeit innerhalb des Netzwerkes bedeutet für die Stadt Halle einen großen Mehrwert bei geringem Personal- und Finanzaufwand.

Die SMG war bis einschließlich 2010 verantwortlich für die Buchhaltung und Förderanträge der Kooperation Stadtsprung. Neu in 2010 waren ein Workshop zum Thema „Stadtsprung barrierefrei“, der Ausbau gemeinsamen Internetseite sowie der Abschluss einer Medienkooperation mit der Deutschen Bahn.

Tagungen mit SMG-Handschrift

Im Jahr 2010 hat das Ressort Tagungen / Kongresse die Zimmervermittlung und Organisation des Rahmenprogramms für folgende Veranstaltungen übernommen: den Braunkohletag vom 05. bis 07.05.2010 mit 600 Personen, den IQ-Innovationspreis am 02.07.2010 im Biologicum des Weinberg-Campus, die 9. Qigong-Tage vom 24.-26.09.2010 mit 400 Personen, die Tagung der Deutschen Gesellschaft zum Studium des Schmerzes e.V. in der Martin- Luther-Universität vom 07. bis 10.10.2010 mit 150 Teilnehmern, federführend den internationalen EuroIndia-Summit vom 10. bis 12.10.2010 mit 120 Teilnehmern sowie die Tagung „Pharmazeutische Betreuung“ der Apothekenkammer Sachsen-Anhalt (KDÖR)“ am 13./14.11.2010 mit 200 Personen.

Für das Jahr 2011 ist der Tourismus- und Tagungsservice der SMG bereits für folgende Veranstaltungen gebucht: Amyloid (Moleküle für gezielte Intervention), die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V., die HIT-Netzwerktagung der Kinderkrebshilfe, den 40. Dt. Lebensmittel-Chemiker-Tag, den IQ-Innovationspreis in Halle. Ferner ist die SMG für die komplette Organisation des Kongresses für die Universitätsklinik Gynäkologie sowie die SKDUN-World-Championship verantwortlich.

Die SMG strukturiert sich um

Um alle Pflanzen der SMG am Leben zu erhalten, bedurfte es zur Jahreswende 2010/11 einiger struktureller und personeller Veränderungen. Die Mittelkürzungen durch die Stadt Halle (Saale) in 2011 in Höhe von 100.000 € sowie durch den Förderverein Pro Halle e.V. in 2010 (10.000 €) schmälern den Gesamtzuschuss der SMG um 10 %. Dadurch sind nicht mehr alle Aufgaben des Gesellschaftervertrages zu erfüllen. Auf ihrer Gesellschafterversammlung vom 02.11.2010 hat die SMG die Gesellschafter darüber unterrichtet, dass der SMG für Personal und Projekte aller Ressorts weit mehr als nur die gekürzten 110.000 € fehlen. Im Wirtschaftsplan 2011 wurden deshalb sowohl Personal (1,5 befristete Stellen der Ressorts Marketing und Citymanagement) als auch Projekte gestrichen. Die SMG-Geschäftsführung forderte die City-Gemeinschaft e.V. sowie den Förderverein Region Halle (Saale) e.V. dazu auf, das für ihre Belange tätige Personal künftig selber zu tragen. Der Förderverein Region Halle (Saale) e.V. kommt dieser Forderung inzwischen nach.

Die City-Gemeinschaft sieht sich selbst außerstande, einen Mitarbeiter für Citymanagement einzustellen. Fazit: Die für aktives Citymanagement erforderlichen Mittel für Personal- und Projektausstattung von deutlich mehr als 100.000 € für eine Stadt der Größenordnung von Halle lassen sich nur durch eine Public Private Partnership zwischen City-Gemeinschaft, der Stadt und der SMG aufbringen.

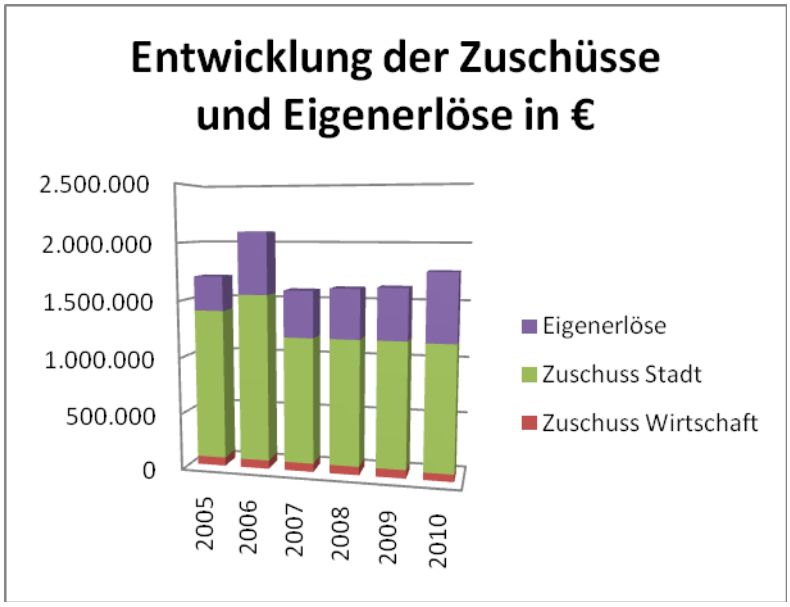
Der Zweck der SMG besteht jedoch laut Gesellschaftervertrag vor allem in der Markenbildung und Profilierung der Stadt Halle im bundesdeutschen und internationalen Kontext, um mehr Touristen, Tagungen und Kongresse nach Halle zu holen und in der überregionalen Presse bekannter zu werden. Gerade unter wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen hat das Kerngeschäft des Außenmarketings deshalb Priorität gegenüber dem kostspieligen, ehedem unterfinanzierten Citymanagement.

Weitere strukturelle Veränderungen waren - wie gesagt - die Zusammenlegung der bis dato getrennten Abteilungen Kongresse/Tagungen sowie Gruppentourismus zum Ressort „Tourismus- und Tagungsservice“ (TTS).

Da das Volontariat in der Presseabteilung der SMG im März 2010 endete, wurde die Leiterin der Presseabteilung für den Rest des Jahres nur von zwei Praktikanten für jeweils drei Monate unterstützt. Auch für eine zusätzliche, fachlich qualifizierte Kraft neben der Abteilungsleitung fehlen die Mittel, so dass in 2011 wieder ein Volontariat angestrebt wird.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Berichtsjahr 2010

Aus dem Jahresabschluss 2009 resultierte ein Gewinnvortrag in Höhe von 81.566,48 €, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Die Höhe des institutionellen Zuschusses von der Stadt Halle betrug wie in den Vorjahren 1.111.300,00 €. Jedoch verringerte sich der institutionelle Zuschuss des Gesellschafters „Förderverein Pro Halle e.V.“ um 10.000,00 € auf 65.000,00 €. Die Eigenerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr auf 133,15% (446.442,87 in 2009 und 594.440,84 in 2010).



Sehr großen Anteil an der Erwirtschaftung der Eigenerlöse hatten die Einnahmen aus projektbezogenen Maßnehmen, die mit 237,99% über der geplanten Größe lagen(Plan 110.000,00€; Ist 261.787,37€). Für diese Einnahmen waren hauptsächlich abgeschlossene Werbevereinbarungen mit wirtschaftlichen Partnern die Grundlage. Insbesondere bei den Projekten „Public Viewing“ (142.350,88 €) und Weihnachtsmarkt (31.210,25 €) wurden hohe Erlöse, die von kulturellen und wirtschaftlichen Partnern eingeworben wurden, erzielt. Da sich die Projekte in jedem Jahr ändern und somit zeitlich total verschieden angesiedelt sind, ist der Finanzbedarf für die Projekte in keinem Jahr gleichmäßig auf die vier Quartale eines Jahres verteilt. Die SMG erhält jedoch in jedem Jahr den institutionellen Zuschuss in vier gleichen Teilen pro Quartal. Daraus resultiert, dass es bei erhöhtem Finanzbedarf durch z. B. Realisierung mehrerer Projekte gleichzeitig, die sich auch zeitlich nicht verlagern lassen, in einem Quartal durchaus zu finanziellen Engpässen (Barmittel) kommen kann. Dies war z. B. Ende des II. Quartals 2010 kurzfristig der Fall. Weiterhin wurden auch für die hergestellten Druckerzeugnisse verstärkt finanzielle Mittel(Position „sonst. Werbung“) eingeworben, so dass statt der geplanten 24.000,00 € tatsächlich 46.321,63 € als Einnahmen zu verzeichnen waren. Während in der Gruppentouristik eine positive Entwicklung der Erlöse gegenüber dem Vorjahr (Entwicklung auf 101,06%) zu verzeichnen ist, konnte das Ziel bei den Verkaufserlösen (Entwicklung zum Vorjahr auf 98,43 %) nicht ganz erreicht werden. Um diesem Trend entgegen zu wirken, wurde das gesamte Sortiment der Tourist-Information in Richtung Umschlagsgeschwindigkeit analysiert, so dass Ende 2010 Sortimente mit geringer Umschlagszahl aus dem Angebot entfernt und neue, attraktivere Artikel (z. B. Händelspieluhren, aktuelle Merchandising-Produkte) in das Angebot aufgenommen wurden.

Kostenseitig wurden die geplanten Personalkosten im Jahr 2010 mit rund 13.000 € überschritten, was zu einem erheblichen Anteil an dem zusätzlich mit der AIESEC abgeschlossenen Praktikantenvertrag über ein bezahltes Praktikum einer jungen Chinesin in Vorbereitung auf ihr Studium resultiert. Dafür wurden aber die Kosten für Aushilfen und Pauschalkräfte mit rund 9.000 € und die Kosten für Personalkosten projektbezogen mit rund 12.000 € nicht ausgelastet.

Die Überschreitung in der Position Leasing Geräte hängt mit der Verschrottung alter eigener Computer zusammen und damit die notwendige Erweiterung des Leasingvertrages um die neu zu ersetzenden Computer.

Bedingt durch die bereits erwähnten wesentlich höheren Einnahmen in den Positionen „Projektbezogene Maßnahmen“ und „sonstige Werbung“ konnten natürlich auch weit über den Wirtschaftsplan hinaus Ausgaben in diesen Positionen getätigt werden, ohne dass sich die höheren Ausgaben negativ auf das Gesamtbetriebsergebnis auswirkten.

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsleitung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen erläutert.

Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH gibt folgende Übersicht mit Kennziffern aus den Jahren 2007 bis 2010:

Kennziffer	2010	2009	2008	2007
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	581	420	380	361
sonst. betriebliche Erträge	1.194	1.215	1.236	1.242
Materialaufwand	108	120	119	122
Personalaufwand	724	694	608	593
Abschreibungen	11	12	15	20
sonst. betriebliche Aufwendungen	932	846	874	853
sonst. Zinsen u. ä. Erträge	0	2	7	4
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	-35	6	20
sonst. Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1	-35	6	20
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	-35	6	20

Da ein positives Jahresergebnis erzielt wurde hat sich auch die Ertragslage gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert:

Kennzahlen der Ertragslage:

Kennziffer	2010	2009	2008	2007	Angaben in
Umsatzrentabilität	0,14	-8,29	1,46	5,5	%
Eigenkapitalrentabilität	0,77	-24,62	4,07	17,12	%
Cash-Flow	12	-23	20	39	T€

Aus der Kennziffer „Cash-Flow“ ist ersichtlich, dass die Selbstfinanzierungskraft der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH nach dem Jahr mit dem negativen Betriebsergebnis wieder angestiegen ist, aber den Stand von 2008 und 2007 noch nicht erreicht hat, da die Jahresüberschüsse in diesen Jahren höher waren.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Kennziffer	31.12.2010	31.12.2009	13.12.2008	31.12.2007
Sachanlagenintensität	8,28	9,55	9,23	10,72
Eigenkapitalquote	44,40	38,86	41,24	40,07
Fremdkapitalquote	55,60	61,14	58,76	59,93

Mit der sinkenden Sachanlagenintensität 2010 verringert sich die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. In der Regel sinken damit auch die Fixkosten. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote 2010 sagt aus, dass der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gestiegen ist. Damit ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital gesunken.

Im Jahresabschluss wurden alle dem Unternehmen bekannte Vorgänge, die das Jahr 2010 betreffen, erfasst. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag (2010 betreffend) existieren nicht.

Ausblick auf das Jahr 2011

Strategische Kernprojekte für 2011 sind die Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft 2012“, die Implementierung des interaktiven, elektronischen touristischen Informationssystems sowie des Sales-Guide, das „Leben an der Saale“/ der Wassertourismus sowie die Neugründung des historischen „Sächsischen Hansebundes“, um umfangreiche, hanseatische Tourismusströme für Halle zu gewinnen. Hinzu kommen die Stärkung erfolgreicher Stadtfeste wie Internationale Händelfestspiele und Laternenfest sowie die Verbindung von Festen, die auf ähnliche Markenwerte einzahlen (wie etwa „Hallesches Hanse-, Saline- und Salzfest“).

Der hallesche Weihnachtsmarkt soll noch stärker die Handschrift der SMG in punkto Markenbildung / Alleinstellung (4 Themendörfer, Krippe mit Rentiergehege, Rentierrundfahrten, Bühnenprogramm, Schneekugel und Vermarktung (Plakate, Anzeigen, Weihnachtsmarktbroschüre, Verkaufsstände und einheitliche Weihnachtstassen) tragen.

Priorität der SMG hat eindeutig die Vermarktung von Sonderstellungsmerkmalen der Stadt Halle, die letztere als lebendige Stadt der Bildung und Wissenschaft für junge Menschen und Familien ausweist.

Chancen und Risiken 2011

Selbst wenn die SMG durch die gravierenden Mittelkürzungen nicht in ihrem Bestand gefährdet ist, so sind die in die SMG gesetzten Erwartungen und strategischen Ziele hinsichtlich ihres Portfolios (aller Geschäftsbereiche inklusive Citymanagement), ihrer Personalstärke und ihrer Schlagkraft bei der Vermarktung der Stadt Halle (Saale) nicht zu erfüllen. Da auch die Sponsoren-Quellen knapp bemessen sind, zwingt dies überall zu teilweise eklatanten Einsparungen. Großprojekte wie das „Pilic Viewing“ zur Fußball-Weltmeisterschaft 2010 haben überdies aufgezeigt, wie prekär die Lage der SMG ist, wenn in einem Quartal ein außerordentlicher, hoher Finanzmittelbedarf besteht, aber keine liquiden Rücklagen mehr verfügbar sind. Derlei kurzfristige liquide Engpässe sind bei Großereignissen wie der Kulturhauptstadt-Bewerbung, Halles 1200-Feier, „Theater der Welt“ oder dem 250. Todestag von Georg Friedrich Händel immer zu erwarten und stellen ein Risiko dar.

Des Weiteren bergen die für die Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft 2012“ eingestellten projektbezogenen Mittel der Stadt Halle (Saale) und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg das Risiko, dass Leistungen nicht von der SMG beauftragt, aber bezahlt werden, wodurch das Controlling 1. der vergaberechtlich erforderlichen Mindeststandards und 2. der für den Prozess beauftragten Leistungen schwierig ist. Hier erweisen sich die komplexen Beauftragungen und die Vielzahl der Mitverantwortlichen als schwer beherrschbar.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Geschäftsführung: Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Postanschrift: Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

(2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

(3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.

(4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

(5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.

(6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Noll, Sabine
		Prof. Dr. Lukas, Wolfgang
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Engelmann, Dieter
		Dr. Andrick, Jürgen
		Dr. Bergner, Annegret
		Dr. Eismann, Wolfgang
		Dr. Sitte, Petra
		Felke, Thomas
		Schröder, Barbara

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	3	3

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	36.682	90	38.479	87	44.173	92	-1.797	-5
Umlaufvermögen	3.828	9	5.774	13	3.464	7	-1.946	-34
Rechnungsabgrenzungsposten	24	0	216	0	196	0	-192	-89
Bilanzsumme	**40.533**	**100**	**44.468**	**100**	**47.832**	**100**	**-3.935**	**-9**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.124	35	13.915	31	13.783	29	208	1
Sonderposten für Investitionszulagen	24.805	61	27.379	62	30.423	64	-2.574	-9
Rückstellungen	575	1	596	1	480	1	-21	-3
Verbindlichkeiten	1.004	2	2.495	6	2.940	6	-1.491	-60
Rechnungsabgrenzungsposten	25	0	83	0	206	0	-58	-69
Bilanzsumme	**40.533**	**100**	**44.468**	**100**	**47.832**	**100**	**-3.935**	**-9**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.456	3.456	2.817
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	241	218	487
sonstige betriebliche Erträge	316	187	268
Personalaufwand	500	490	519
Abschreibungen	631	737	690
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.698	2.480	2.400
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	31	117	281
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	16	50
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	214	255	194
außerordentliche Erträge	45		
außerordentliches Ergebnis	45		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	50	96	32
sonstige Steuern	0	1	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	208	158	160
Gewinnvortrag/Verlustvortrag			-25
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	208	158	135
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,03	4,58	5,67	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,48	1,14	1,16	%
Cash-Flow:	840	895	850	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	669	483	447	T€
Personalaufwandsquote:	12,45	12,68	14,53	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,03	83,83	84,61	%
Eigenkapitalquote:	34,84	31,29	28,82	%
Fremdkapitalquote:	65,16	68,71	71,18	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Auslastung	100,00	99,15	98,80	%
vermietbare Fläche	15.000,00	13.531,00	13.531,00	m²

e) Lagebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

B. Ertragslage

C. Finanzlage

D. Vermögenslage

E. Nachtragsbericht

F. Risikobericht

G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Rahmen werden z.B. in die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden TGZ Halle bezeichnet) aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hochqualifizierte Fachkräfte, die sich in der Wirtschaftsregion Halle selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen,
- Absolventen der in der Region Halle ansässigen Hochschulen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen (besonders spin-off-Betriebe).

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen:

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
- ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln.

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark[1] *„weinberg campus“* in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zum Max-Planck-Institut und zur Fraunhofer-Gesellschaft, erwarb die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher fünf Neubauten entstanden sind, wobei die Fertigstellung des bisher letzten Projektes zum 01.04.2009 erfolgte. Zudem wurde ein Altbau saniert. Für einen weiteren Neubau wurde am 09.12.2009 der Bauantrag gestellt.

Aufgrund des Risikos inwieweit seitens der Baubehörde die vorgesehene Nutzung genehmigt wird, wurde der Bauantrag zurückgenommen. Nach weiteren klärenden Gesprächen mit dem Stadtplanungsamt und Präzisierung der Nutzung, wurde der Bauantrag am 31.05.2010 neu gestellt und nach erteilter Teilbaugenehmigung Ende August mit der Realisierung begonnen.

Am 19.11.2010 war der Rohbau fertig (Richtfest), so dass die Zielstellung erreicht wurde, im Winterbau den Innenausbau zu realisieren.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 59,5 Mio. € wurden 15.000 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikumsräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für material- wissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die BIO- und NANO Technologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Insgesamt zeichnet sich aber auf dem *„weinberg campus“* in Halle eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außer universitären Einrichtungen wie z.B. das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft. Ein neues Gebäude wurde Ende 2007 durch das Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik eröffnet.

Wesentliche Impulse kommen auch durch das geplante neue Gebäude der Fraunhofer Gesellschaft, welches speziell für die angewandte Forschung auf den Gebieten der Photovoltaik, Nano- und Solartechnologien ausgerichtet sein wird. Dadurch sind entgegen der momentanen konjunkturellen Situation in Deutschland wenigstens einige Anfragen zu Gründungen / Ansiedlungen für den Standort zu verzeichnen, wobei deren Realisierung dabei vollkommen offen bleibt.

Insgesamt ist das TGZ im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 96,7 % ausgelastet gewesen, wobei die Leerstandszeiten zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt wurden. Zum Bilanzstichtag ist eine Auslastung von 100 % zu verzeichnen, wobei zu vermerken ist, dass außer einem alle bisherigen Seminarräume als Büroräume umgenutzt wurden und gegenwärtig dauervermietet sind. Insgesamt erfolgten im Geschäftsjahr 7 Existenzgründungen, davon alle aus dem akademischen Bereich und 1 Ansiedlung (Dienstleister).

Bis zum heutigen Zeitpunkt sind weitere 2 Gründungen in Vorbereitung. Für 2011 ergibt sich weiterhin für die TGZ Halle GmbH der Sachstand, dass durch das Protokoll des „ Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ´s neu geregelt wurde.

Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben.

Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Für die Verweildauer der Scil Proteins Production GmbH wurde davon ausgehend am 04.10.2010 ein entsprechender Antrag zum Verbleib bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt gestellt, der mit Schreiben der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 11.01.2011 positiv entschieden wurde. Die aufgeführten Kriterien können sowohl im Punkt (1) und (2) erfüllt werden, wobei bisher noch nicht abgeklärt werden konnte welcher „Leerstand“ an vergünstigten Räumlichkeiten vorgehalten werden müsste.

[1] EU-Definition für Technologiepark (technology park):
Ein Technologiepark ist eine Entwicklungsmaßnahme zur Ansiedlung von Unternehmen, die sich mit der kommerziellen Anwendung von Hochtechnologie beschäftigen und deren Tätigkeit FuE, Produktion, Vertrieb und Kundendienst umfasst. In der Betonung der Produktion liegt der Unterschied zu einem Wissenschaftspark bzw. Forschungspark. Die Einbeziehung von Hochschuleinrichtungen ist kein wesentliches Merkmal.

Die Mieterstruktur im TGZ und Bio-Zentrum Halle setzt sich wie folgt zusammen:

41 %	Biotechnologie
16 %	Biomedizin
4 %	Verfahrenstechnik
3 %	Technologieentwicklung
20 %	Nanotechnologie
5 %	Softwareentwicklung
4 %	Umwelttechnik
7 %	Querschnitts- und Servicebereiche

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Im TGZ Halle fanden im Geschäftsjahr 2010 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2010 in Chicago und der Biotech Melbourne. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab.

Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u. a. nach Dubai und Syrien die durch die Wirtschaftskrise stagnierten, wurden wieder intensiviert.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international publiziert. Der „*weinberg campus e. V.*“ hat inzwischen 93 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen und Umlandgemeinden.

Das gemeinsame Marketing soll weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben und wird durch Förderer und Sponsoren unterstützt. Weiterhin wird aber gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Namen *„weinberg campus“* hat sich im regionalen, nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

Die TGZ Halle GmbH ist selbst verantwortlich für die Projekte:

- Akquisition und Finanzierung von Firmen in den eigenen Gebäuden sowie für die Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren Verwaltung
- Unterstützung des technologieorientierten Gründungsgeschehens, insbesondere auf den Gebieten der BIO-NANO-Technologien und angrenzender Gebiete
- NEMO - Netzwerkmanagement - Ost des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit ; Themen: Cell Tech Bio Reaktor und INBAS (Balsampappel)
- Koordinierung der Verbundprojekte „Balsampappel“ und „CellTech BioReaktor“
- Bearbeitung der Projekte "Existenzgründerqualifizierung" und "Ego-Pilot".

Die Projekte beziehen sich ausschließlich auf eingeworbene Projektmittel von den Projektträgern Verein Deutscher Ingenieure, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsgemeinschaften, Investitionsbank Sachsen-Anhalt u. ä., die in der Regel nur wissenschaftlich-technisch Projekte begleiten. Dabei ist in den letzten Jahren ein Absinken auf ein Niveau von jährlich unter 150 T€ festzustellen. Die Spitzenwerte Anfang 2000 resultieren aus Projektverschiebungen / Nachzahlungen Ende der 90-iger Jahre, durch Anlaufschwierigkeiten in der neuen Förderperiode, was sich auch 2004 periodisch wiederholte.

Jedoch ist gegenwärtig bedingt sowohl durch die Förderrichtlinien als auch durch die parallel laufenden Projekte Univations und Scidea nicht mit erhöhten Einnahmen zu rechnen - eher mit einem weiteren Absinken. Außerdem wird mittelfristig (2012/2013) auch damit zu rechnen sein, dass Projektmittel vorrangig an Einrichtungen vergeben werden, die Kriterien von klein- und mittelständischen Unternehmen erfüllen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu.

Aus diesem Grunde wurde durch die Geschäftsleitung eine Kooperationsvereinbarung mit der Univations GmbH vorbereitet und soll 2011 unterzeichnet werden, die durch ein gemeinsames agieren rückläufige Projektumsätze verhindert und die notwendige Personalvorhaltung in diesem Geschäftszweig in Grenzen hält, damit die Projektarbeit wenigstens in den innovativen Projekten wieder Kostendeckend wird.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen wieder verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat Mitte des Geschäftsjahres 2010 wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der Mietzins ist im Jahr 2010 im Umfeld, nachdem er bereits 2009 um 9% gesunken war, weiter gesunken, so dass die berechnete Rückflussdauer für Neubauten und Sanierungen nicht mehr eintreten.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude auch unter Einbeziehung des Neubaus in der Blücherstraße 26 zu 100 % zum Bilanzstichtag ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Bedingt durch die momentan komfortable Auslastung der Gebäude der TGZ Halle GmbH und der Bio-Zentrum Halle GmbH wurde durch die Gesellschafter der TGZ Halle GmbH der Bau eines weiteren Mehrzweckgebäudes in der Blücherstraße beschlossen (Hauptnutzfläche ca. 2.000 m² / Gesamtkosten ca. 2,2 Mio. € netto). Die Fertigstellung des Gebäudes erfolgt bis Juni 2011, wobei 50 % der Fläche durch die msu solution GmbH angemietet werden. Ein Teil der Flächen wird für start up´s freigehalten, um den Forderungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Verweildauer von Firmen in TGZ´s gerecht zu werden (siehe A2 Seite 107)

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	2.988	74,5%	2.905	75,2%	83	2,9%
+ Einnahmen Projektleistungen	388	9,7%	495	12,8%	-107	-21,6%
+ sonstige Dienstleistungen	80	2,0%	56	1,5%	24	42,9%
+ = UMSATZERLÖSE	3.456	86,1%	3.456	89,5%	0	0,0%
+ BESTANDSERHÖHUNG	241	6,1%	218	5,6%	23	10,6%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	316	7,9%	187	4,8%	129	69,0%
= BETRIEBSLEISTUNG	**4.013**	**100,0%**	**3.861**	**100,0%**	**152**	**3,9%**
+ Personalkosten	500	12,5%	490	12,7%	10	2,0%
+ Abschreibungen	3.205	79,9%	3.761	97,4%	-556	-14,8%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-2.574	-64,1%	-3.024	-78,3%	450	-14,9%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	631	15,7%	737	19,1%	-106	-14,4%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	1.986	49,5%	1.771	45,9%	215	12,1%
+ Versicherungen / Beiträge	26	0,6%	28	0,7%	-2	-7,1%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	291	7,3%	255	6,6%	36	14,1%
+ Kosten des Fuhrparks	29	0,7%	29	0,8%	0	0,0%
+ Werbe- und Reisekosten	83	2,1%	122	3,2%	-39	-32,0%
+ sonstige Kosten	282	7,0%	275	7,1%	7	2,5%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	2.697	67,2%	2.480	64,2%	217	8,8%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	**3.828**	**95,4%**	**3.707**	**96,0%**	**121**	**3,3%**
= BETRIEBSERGEBNIS	**185**	**4,6%**	**154**	**4,0%**	**31**	**20,1%**
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	31	106,9%	117	115,8%	-86	-73,5%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	-2	-6,9%	-16	-15,8%	14	-87,5%
= FINANZERGEBNIS	**29**	**100,0%**	**101**	**100,0%**	**-72**	**-71,3%**
+/- AO AUFWAND BILMOG	**45**	**17,4%**	**0**	**0,0%**	**45**	*****
(ERGEBNIS VOR STEUERN)	**(259)**	**(6,5%)**	**(255)**	**(6,6%)**	**(4)**	**(1,6%)**
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	50	19,3%	96	37,6%	-46	-47,9%
+ SONSTIGE STEUERN	1	0,4%	1	0,4%	0	0,0%
= STEUERERGEBNIS	**51**	**19,7%**	**97**	**38,0%**	**-46**	**-47,4%**
JAHRESÜBERSCHUSS	**208**	**5,2%**	**158**	**4,1%**	**50**	**31,6%**

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2009 um 152 T-€ (= +3,9 %) auf 4.013 T-€ erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Mieteinnahmen und Mietnebenkosten (+83 T-€) durch die erstmalig durchgehenden Vermietung des Mehrzweckgebäudes II.

Die Einnahmen aus Projektleistungen verminderten sich um 107 T-€, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen stiegen im Vorjahresvergleich um 24 T-€ auf nunmehr 80 T-€. Die Bestandserhöhung an nicht abgerechneten Leistungen (EVH) wurde im Berichtsjahr um 23 T-€ erhöht und betrug damit 241 T-€. Dies liegt insbesondere an den weiter gestiegenen Energiekosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 129 T-€ auf nunmehr 316 T-€.

Die **Personalkosten** erhöhten sich leicht um 2,0% (+10 T-€) auf 500 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 3.205 T-€ (Vorjahr: 3.761 T-€). Die Abschreibungen auf den gesamten Gebäudekomplex TGZ III betrugen im Berichtsjahr 2.364 T-€ gegenüber 2.839 T-€ im Vorjahr. Die übrigen Abschreibungen verminderten sich um 81 T-€ auf 841 T-€. Dies liegt insbesondere an der im Vorjahr vorgenommenen Abschreibung i. H. v. 79 T-€ auf die im Vorjahr erwirtschafteten vergeblichen Planungskosten für ein weiteres Mehrzweckgebäude. Ansonsten blieben die weiteren Abschreibungen nahezu unverändert. Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 450 T-€ auf 2.574 T-€. Darin ist die Auflösung des Investitionszuschusses für den Gebäudekomplex TGZ III mit einem Betrag von 2.115 T-€ (Vorjahr 2.550 T-€) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** wurden im Berichtsjahr um einen Betrag von 217 T-€ auf 2.697 T-€ erhöht. Zunahmen gab es bei den Raumkosten (+215 T-€), den Reparaturen- und Instandhaltungen (+36 T-€) sowie den sonstigen Kosten (+7 T-€). Dagegen nahmen Werbe- und Reisekosten um 39 T-€ ab. Die übrigen Kosten blieben nahezu unverändert.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2009 um 31 T-€ auf 185 T-€ verbessert.

Das **Finanzergebnis** hat sich dagegen um 72 T-€ vermindert, was im Wesentlichen an der Investitionstätigkeit und dem damit zusammenhängenden Liquiditätsabfluss liegt. Die Zinsaufwendungen haben sich aufgrund der Rückzahlung der Darlehensverbindlichkeit gegenüber der Stadt Halle (Saale) deutlich um 14 T-€ auf nur noch 2 T-€ vermindert.

Durch die Anpassung an die neuen Rechnungslegungsvorschriften nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz ergab sich ein **AO Aufwand** i. H. v. 45 T-€.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 46 T-€ auf 50 T-€, die **Sonstigen Steuern** blieben nahezu unverändert.

Der **Jahresüberschuss** ist mit 208 T-€ gegenüber dem Vorjahr mit 158 T-€ verbessert.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 2.965 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen vom langfristigen in den kurzfristigen Anlagebereich i. H. v. 200 T-€ und getätigter Investitionen haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2010 um rund 757 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2010 T€	%	Bilanz zum 31.12.2009 T€	%	Delta z. Vorjahr T€
Eigenkapital	14.123,6	34,8	13.915,1	31,3	208,5
Sonderposten mit Rücklageanteil	24.805,1	61,2	27.379,4	61,6	-2.574,3
Rückstellungen	575,2	1,4	596,0	1,3	-20,8
Erhaltene Anzahlungen	0,0	0,0	27,6	0,1	-27,6
Lieferverbindlichkeiten	864,1	2,1	185,0	0,4	679,1
Sonstige Verbindlichkeiten	140,0	0,3	492,9	1,1	-352,9
Summe Verbindlichkeiten	1.004,2	2,5	2.494,7	5,6	-1.490,6
Rechnungsabgrenzungsposten	25,4	0,1	83,0	0,2	-57,6
Summe Passiva=Gesamtkapital	**40.533,4**	**100,0**	**42.679,1**	**100,0**	-2.145,6

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum 31.12.2010 T€	%	Bilanz zum 31.12.2009 T€	%	Delta z. Vorjahr T€
Immaterielles Anlagevermögen	0,2	0,0	0,8	0,0	-0,6
Sachanlagen	35.682,1	88,0	37.278,1	87,3	-1.596,0
Finanzanlagen	1.000,0	2,5	1.200,0	2,8	-200,0
Summe Anlagevermögen	36.682,3	90,5	38.478,1	90,1	-1.796,6
Vorräte	118,7	0,3	0,0	0,0	-118,7
Forderungen	20,4	0,0	131,8	0,3	-111,4
Sonstige Vermögensgegenstände	723,5	1,8	336,4	0,8	387,1
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	2.964,9	7,3	3.722,5	8,8	-757,6
Summe Umlaufvermögen	3.827,6	9,4	4.190,7	9,8	-363,1
Rechnungsabgrenzungsposten	23,6	0,1	9,4	0,0	14,2
Summe Aktiva = Gesamtvermögen	**40.533,4**	**100,0**	**42.679,0**	**100,0**	-2.145,6

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.145,6-€ (= -5,0 %) auf 40.533,4 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-1.596,0 T-€), der Finanzanlagen (-200,0 T-€), der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-111,4 T-€) sowie der flüssigen Mittel (-757,6 T-€). Eine Erhöhung gab es bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+387,1 T-€) und den Vorräten (+119,0 T-€).

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 90,1 % auf 90,5 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 1.609,0 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 3.205,7 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 35.682,3 T-€ (-1.596,6 T-€) vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 363,1 T-€ vermindert, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen verminderte sich dadurch auf 9,4% gegenüber 9,8% im Vorjahr.

Während sich die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** stichtagsbedingt i. H. v. 111,4 T-€ verminderten, ist die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 387,1 T-€ im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus Mieterdirektabrechnung (+255,9 T-€) sowie die Erhöhung von Steuererstattungsansprüchen (+123,5 T-€) und die Erhöhung aus Zuschussforderungen (+9,4 T-€) zurückzuführen. Die übrigen Positionen verminderten sich geringfügig um 1,7 T-€.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 14,2 T-€. In den Vorjahren wurde unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten unter anderem abgegrenzte Umsatzsteuer auf erhaltene Anzahlungen ausgewiesen. Im Berichtsjahr erfolgte dieser Ausweis erstmalig aufgrund der Aufhebung des § 250 Absatz 1 Satz 2 HGB durch das BilMoG nicht.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet:

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und NANO-Technologie spezialisierte Zentrum, die TGZ Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben :

- Könnte es zu einem Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch übertriebene politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle kommen.

- Übertriebene restriktive Festlegungen des in Vorbereitung befindlichen neuen Bebauungsplan für Heide-Süd führen dazu, dass der weinberg campus für Firmenansiedlungen im Standortranking immer mehr an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinken wird.

- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?

- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.

- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten werden.

- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio- und NANO-Technologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.

Die dargestellte Problematik kann zu erheblichen Mietausfällen der TGZ Halle GmbH mittelfristig führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen im letzten Jahr weiter gesunken ist. Diesem Mietdumping kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden. Es wäre ein großer Erfolg, wenn die zuständigen Seiten der Verwaltung angebotene Vorträge (Lange Nacht der Wissenschaften) wahrnehmen würden und damit auch ein erster Schritt für ein gemeinsames inhaltliches Zueinander gefunden würde.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2011 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2012 bis 2016 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen*	Erlöse aus Vermietung* u.a.	Projektleistung	Finanzergebnis	Ergebnis
	T-€	T-€	T-€	T-€	T-€
2011	1.786	1.369	310	38	-69
2012	1.866	1.458	280	38	-90
2013	1.866	1.458	280	38	-90
2014	1.880	1.500	280	30	-70
2015	1.880	1.500	280	30	-70
2016	1.923	1.413	280	30	-20

*Die umlagefähigen Mietnebenkosten sind weder in den Aufwendungen noch in den Vermietungserlösen enthalten, da sich die Aufwendungen und Erlöse hieraus ausgleichen.

Es können weitere Risiken die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die TGZ Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit in Betracht gezogen werden.

Weiter vorausschauend zeichnet sich für 2016 eine zusätzliche Minderung der Mietzinseinnahmen von 87 T€ verbunden mit zusätzlichen Leerstandskosten i. H. v. von 43 T€ und ab 2017 eine Minderung der Mietzinseinnahmen von 348 T€ verbunden mit zusätzlichen Leerstandskosten i. H. v. 172 T€ ab, da obwohl die Investitionsbank Sachsen-Anhalt einem unbefristeten Mietvertrag zugestimmt hat, ein notwendiger, durch den Mieter finanzierten, Erweiterungsbau nur schwierig zu planen und realisieren ist. Die Ursachen dafür werden durch eine eventuelle Änderung der B-Pläne 32.3 und 32.4. bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelegt.

Die zukünftigen Projektleistungen sind nicht planbar, da diese erst im kommenden Wirtschaftsjahr z.B. durch das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 2011-2013 vertraglich bestätigt werden, wobei es sich abzeichnet, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die klein- und mittelständischen Status haben. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit einem entsprechenden Partner bearbeitet werden kann. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Univation GmbH ist in Vorbereitung.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk *weinberg campus*. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie bis 2011, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsgebäudes durch die Gesellschaft, welches ab 2012 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Das Erfolgsrezept für die Entwicklung des *weinberg campus*, der einer Stadt / Region kann nur sein: Bildung - Grundlagenforschung, + Angewandte Forschung + Produkt- und Dienstleistungsentwicklung + Produktion / Umsetzung = Gewerbesteuereinnahmen = Wohlstand - Demographischer Wandel.

Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z.B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2011 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die TGZ Halle GmbH nimmt.

2.5 Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

ARGE SGB II Halle GmbH***

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Neustädter Passage 6
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	13	50,40
Agentur für Arbeit Halle	12	49,60

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand der ARGE ist die Wahrnehmung von Aufgaben der Grundsicherung der Arbeitssuchenden für die Agentur und die Stadt, die der ARGE durch Gesetz zugewiesen sind oder ihr von den Gesellschaftern auf der Grundlage einer gesonderten Vereinbarung übertragen werden.

(2) Weitere Aufgaben können der Gesellschaft durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung übertragen werden, sofern die Übertragung der Aufgabe gesetzlich zulässig ist. Die der Gesellschaft durch die Übertragung weiterer Aufgaben entstehenden Kosten sind vom jeweiligen Aufgabenträger zu übernehmen.

(3) Die ARGE ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der ARGE fremd sind und/oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der GmbH ergibt sich aus dem Gründungszweck der Gesellschaft (s. Gesellschaftsvertrag und § 44 b SGB II). Er besteht in der Gewährleistung einer Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie der Unterstützung der Hilfebedürftigen bei deren Bemühungen, einen eigenverantwortlichen und von staatlichen Zuschüssen unabhängigen Lebensunterhalt zu sichern.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Radig, Christine	(bis 31.12.2010)
		Tempel, Sylvia	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Krause, Johannes	
		Bauer, Antje	(seit 18.06.2010)
		Böhme, Ingeborg	
		Bratzke, Petra	(seit 01.03.2010)
		Dr. Diaby, Karamba	
		Edner, Sabine	(bis 31.01.2010)

*** Ein geprüfter Jahresabschluss 2010 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2009.

Aufsichtsrat:	Fleischer, Beate	(seit 25.08.2010)
	Haupt, Ute	
	Hildebrandt, Roland	
	Neumann, Wolfram	
	Raab, Katja	(bis 25.08.2010)
	Schröter, Reinhard	(bis 18.06.2010)
	Schubert, Helga	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2009		2008	
Aktiva	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	67	22	44	19
Umlaufvermögen	241	78	186	80
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	1	1
Bilanzsumme	**310**	**100**	**232**	**100**

Passiva	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25	8	25	11
Sonderposten für Investitionszulagen	67	22	44	19
Rückstellungen	6	2	6	3
Verbindlichkeiten	210	68	156	67
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1		
Bilanzsumme	**310**	**100**	**232**	**100**

bb) GuV

	2009	2008
	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	12.702	12.050
Personalaufwand	7.500	7.257
Abschreibungen	16	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.187	4.783
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0
sonstige Steuern	0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:			%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	16	9	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	28	26	T€
Personalaufwandsquote:	59,04	60,23	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	21,56	19,19	%
Eigenkapitalquote:	8,05	10,79	%
Fremdkapitalquote:	91,95	89,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Bedarfsgemeinschaften	22.175,00	22.103,00	Anzahl
Integration in 1. Arbeitsmarkt	5.969,00	6.733,00	Personen
Kundenvorsprachen Eingangszone	121.695,00	124.233,00	Anzahl
Leistungsempfänger ALG II	29.039,00	29.460,00	Personen
Leistungsempfänger Sozialgeld	8.168,00	9.773,00	Personen

e) Lagebericht

I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Gesellschaftszweck

Die ARGE SGB II Halle GmbH nimmt die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Halle (Saale) als Leistungsträgerin nach dem SGB II im Rahmen eines gesetzlichen Auftrags nach § 93 SGB X wahr (§ 44b Abs. 3 Satz 1 SGB II).
Ziel ist die Gewährleistung einer Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie die Unterstützung dieser Hilfsbedürftigen bei deren Bemühungen, einen eigenverantwortlichen und von staatlichen Zuschüssen unabhängigen Lebensunterhalt zu sichern.

Rechtsform

Die ARGE SGB II Halle GmbH ist eine juristische Person des Privatrechts. Sie ist beim Amtsgericht Stendal unter HRB 215208 ins Handelsregister eingetragen.

Geschäftsanteile

Die Stadt Halle (Saale) hält Geschäftsanteile in Höhe von 50,4 % des Stammkapitals (12.600,00 €), die Agentur für Arbeit Halle 49,6 % (12.400,00 €).

Geschäftsergebnis

Die ARGE SGB II Halle GmbH schloss das Berichtjahr mit einer Bilanzsumme von 310.428,18 € und einem Jahresüberschuss von 0,00 € ab. Dabei standen den erzielten Erträgen in Höhe von 12.702.413,19 € Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber.

Erläuterung zum Jahresüberschuss: Die Gesellschaft verfügt über ein Bankguthaben in Höhe der eingezahlten Stammeinlage von 25.000,00 €. Alle Mittel, die die Gesellschaft verwendet, werden dieser durch Mittelbereitstellung auf BA-eigenen Konten (Kapitel 7005, 0912, 8807) bzw. über Konten der Stadt Halle (Saale) zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt, ohne dass hierbei ein Vermögenszuwachs im Sinne des HGB bei der Gesellschaft zu verzeichnen ist.
Allen Aufwendungen der Gesellschaft stehen Forderungen dieser gegen die Kapitel 7005, 0912 oder 8807 des Bundeshaushaltes und der Stadt Halle (Saale) gegenüber, sodass nach Abschluss eines jeden Geschäftsvorfalles den generierten Aufwendungen Erträge in gleicher Höhe gegenüberstehen. Ein Jahresüberschuss (>0) bzw. Jahresfehlbetrag ist damit nicht zu besorgen.

Mittelbewirtschaftung / Buchführungspflicht

Mit Erlass der *Geschäftsanweisung der BA zur Bewirtschaftung Verwaltungskostenbudgets zur Umsetzung des SGB II ab dem Haushaltsjahr 2006 05/2006* vom 10.02.2006 (aktuelle Fassung 10.12.2008), der Einführung der modifizierten Verwaltungskostenabrechnung im Jahre 2006 (VKA-BA) sowie dem Abschluss eines Vertrages über die Einsetzung eines Beauftragten für den Haushalt (BfdH) wurde der Gesellschaft mehr Eigenverantwortung bei der Mittelbewirtschaftung eingeräumt.

Darüber hinaus wurde 2006 das zunächst rein interne Abrechnungssystem (Rechnungslegung und Rechnungsempfang ausschließlich über die Agentur für Arbeit Halle) mit Einführung des neuen Dienstleistungskataloges der Bundesagentur für Arbeit (BA) insoweit auf die Doppelte Buchführung nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) umgestellt, als die ARGE SGB II Halle GmbH nunmehr nach außen als Rechnungssteller bzw. Rechnungsempfänger auftrat. Die Buchführungspflicht ergibt sich aus der Rechtsform der Gesellschaft gemäß § 13 Abs. 3 GmbHG i. V. m. §§ 6 Abs. 1, 238 HGB.

Der vorliegende Jahresabschluss bildet aus diesem Grund nur die Geschäftsvorfälle ab, bei denen nach Handelsrecht eine Buchführungspflicht bestand. Sie spiegelt damit nicht die wirtschaftlichen Vorgänge wider, die als rein interne Abrechnungen zu werten sind. Eine Aufnahme dieser Vorgänge in den Jahresabschluss ist nicht möglich.

Kommunaler Finanzierungsanteil

In der Gesellschafterversammlung vom 20.04.2006 haben sich die Gesellschafter zunächst auf einen vorläufigen KFA von 10,28 % verständigt. Ab 01.01.2010 wird durch die Stadt Halle (Saale) ein Anteil von 12,6 % an den Kosten der Verwaltung übernommen.

Personalstruktur

Die ARGE SGB II Halle GmbH verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Diese werden der Gesellschaft von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellt. Entsprechende Personalgestellungsverträge sind am 24.01.2006 mit der Agentur für Arbeit Halle und am 31.03.2006 mit der Stadt Halle (Saale) abgeschlossen worden.

Im Januar 2009 waren 465 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gesellschaft tätig. Diese Zahl reduzierte sich bis 31.12.2009 auf insgesamt 455 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon sind 308 Mitarbeiter der Bundesagentur (hiervon befristet Beschäftigte: 113) und 147 kommunale Mitarbeiter, davon 10 Mitarbeiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung Halle (insgesamt 5 kommunale Mitarbeiter befristet).

Die Personalkosten für alle Mitarbeiter beliefen sich im Berichtszeitraum auf 21.524.973 €, wovon für Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit 14.197.265 €, für kommunale Mitarbeiter 7.500.139 € aufgewendet wurden.

Geschäftssitz

Die ARGE SGB II Halle GmbH hat seit Beginn ihrer Tätigkeit in der Neustädter Passage 6 ihren Geschäftssitz.

Controlling/Statistik

Folgende Ausgaben hat die Gesellschaft im Berichtsjahr getätigt:

Verwaltungskosten	25.373 T€
Eingliederungsleistungen	41.794 T€
Grundsicherung für Arbeitssuchende	91.571 T€
Leistungen für Unterkunft+Heizung, e. B.	74.620 T€

Gemäß der Ausführungen unter Punkt 1 (Mittelbewirtschaftung/ Buchführungspflicht) werden buchhalterisch in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft für das Berichtsjahr insgesamt 12.702 T€ ausgewiesen.

Der durch die Stadt Halle für das Jahr 2009 gezahlte Kommunale Finanzierungsanteil betrug insgesamt 2.804.987,72 €.
Im Rahmen der Betreuung konnten trotz Wirtschafts- und Finanzkrise insgesamt 5.969 Kunden wieder in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden. Zur Vorbereitung der Kunden auf den ersten Arbeitsmarkt wurden bspw. insgesamt 2.348 Förderungen der beruflichen Weiterbildung (+272 ggü. Vj.) und 3.630 Arbeitsgelegenheiten (Entgeltvariante und Mehraufwandvariante; +982 ggü. Vj.) vermittelt.

Bedarfsgemeinschaften

Zu Jahresbeginn wurden durch die ARGE SGB II Halle GmbH 22.034 Bedarfsgemeinschaften betreut. Bis Dezember 2009 erhöhte sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften trotz Wirtschafts- und Finanzkrise nur marginal um +141 auf 22.175. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb) jedoch von 29.336 um -297 auf 29.039.

Zielnachhaltung

Zwischen der Gesellschaft und der Agentur für Arbeit Halle wurden Ziele zur Senkung der passiven Leistungen und der Erhöhung der Integrationen für das Berichtsjahr definiert. Unter Berücksichtigung der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden zentrale Erwartungswerte vorgegeben, die sich in den folgenden Planwerten (korrigierte Ziele) widerspiegeln.
Die Erreichung dieser Ziele wurde in den regelmäßig stattfindenden Zielnachhaltedialogen sowie im Rahmen der Gesellschafterversammlungen besprochen und die Eckdaten an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

Passive Leistungen Bund (in T€)

Plan	Ist	Differenz (abs.)	Quote in %
93.866	91.571	- 2.295	**- 2,5**

Passive Leistungen Kommune (in T€)

Plan*	Ist	Differenz (abs.)	Quote in %
71.900	73.579	+ 1.679	**+ 2,3**

* die Ausgaben des Vorjahres wurden jedoch deutlich unterschritten. In 2008 wurden für Passive Leistungen der Kommune insgesamt 75.989 T€ ausgegeben.

Integrationen gesamt

Plan	Ist	Differenz (abs.)	Quote in %
5.537	5.969	+ 432	**+ 7,8**

Kunden im Kundenkontakt > 24 Monate

Plan	Ist	Differenz (abs.)	Quote in %
8.777	7.487	- 1.290	**-14,7**

II. Risikobewertung

finanzielles Risiko

Durch die gewählte Vertragsgestaltung (s.a. Pkt. I Mittelbewirtschaftung/Buchführung) sind die finanziellen Risiken der Gesellschaft als minimal anzusehen.
Die ARGE SGB II Halle GmbH erwirtschaftet weder Gewinne noch Verluste nach handelsrechtlichen oder steuerrechtlichen Vorschriften. Dies begründet sich darin, dass alle Aufwendungen für die Gesellschaft zunächst von der Bundesagentur für Arbeit / dem Bund getragen werden. Durch Abrechnung nach einem vorgegebenen Schlüssel werden diese Aufwendungen der Stadt Halle (Saale) im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung in Rechnung gestellt (s.a. Erläuterungen zum *Kommunalen Finanzierungsanteil* Abschnitt I, S.3)

Bestandsrisiko

Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 20.12.2007 (Az: 2 BvR 2433/04 u. 2434/04) wurde festgestellt, dass die ARGEn in der bestehenden Form verfassungswidrig sind. Es wurde dem Gesetzgeber aufgegeben, bis Ende 2010 eine verfassungskonforme Regelung zu erlassen. Damit ist der Fortbestand der Gesellschaft in der derzeitigen Form gefährdet. Es bleibt abzuwarten, welche Strukturen der Gesetzgeber für eine künftige zielführende und kundennahe Arbeit vorgibt.
Die Gesellschaft stellt sich jedoch den Herausforderungen einer Umgestaltung des Bereiches SGB II und ist bestrebt, alles Notwendige zu unternehmen, diesen Prozess für die Kunden und Mitarbeiter so reibungslos wie möglich zu gestalten.

III. Ausblick und Prognose

effiziente Eingliederung

Für das Jahr 2010 wird vorrangig das Ziel verfolgt, Leistungen zur Eingliederung so effizient und punktgenau zu erbringen, dass erwerbsfähige Hilfebedürftige unter Berücksichtigung des Grundsatzes Fördern und Fordern in die Lage versetzt werden, den eigenen Lebensunterhalt sowie den der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nachhaltig aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln aufzubringen und somit deren Hilfebedürftigkeit zu verringern bzw. zu überwinden. Besonderer Schwerpunkt soll hierbei auf die Kundengruppen Alleinerziehende, Jugendliche und Bedarfsgemeinschaften mit Kindern gelegt werden.

Durch aktive Arbeitsförderungsmaßnahmen sollen die passiven Leistungen an die Kunden gesenkt werden.
Hierbei stellt sich die ARGE SGB II Halle GmbH den derzeit schwierigen welt-, national- und regionalwirtschaftlichen Bedingungen und ist bestrebt, die Folgen dieser Entwicklung durch einen effektiven Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel entgegenzuwirken.

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit den Fachämtern der Stadt Halle (Saale), den zuständigen Bereichen der Agentur für Arbeit Halle sowie den anerkannten Trägern der Freien Wohlfahrt und weiteren Marktpartnern soll weiter vertieft und optimiert werden.
Bei den Integrationsleistungen wird die Gesellschaft zu einem wichtigen Teil durch anerkannte Bildungsträger unterstützt.
Selbstverständlich hierbei ist die permanente Überprüfung der Effektivität und der Rechtmäßigkeit der eingeleiteten Eingliederungsmaßnahmen.
Durch Fortsetzung und Intensivierung der gemeinsamen Aktivitäten zwischen der ARGE SGB II Halle GmbH und den Kammern und Verbänden sind weitere Ressourcen zu erschließen, die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in eine dauerhafte Beschäftigung zu überführen.

Prüfung Zielerreichung

Die Wirksamkeit der Maßnahmen und Arbeitsweisen ist durch das eingeführte Prozess- und Finanzcontrolling genau zu überwachen, um die Arbeitsmarktinstrumente und die bereitgestellten Mittel zielgenau einsetzen zu können. Interne Zielvereinbarungen und Zielvorgaben wurden und werden zur effizienten Steuerung genutzt. Die teamgenaue Betrachtung der Ergebnisse und deren Auswertung sollen weiter ausgebaut werden.

Personal

Die Tendenzen in den Zahlen der Bedarfsgemeinschaften und Kundenzahl macht eine permanente Überprüfung der Personalstärke notwendig, die neben der zielgenauen Betreuung der Kunden auch einen ent- bzw. belastenden Effekt auf das zur Verfügung stehende Verwaltungsbudget hat.

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH
Stammkapital in T€:	300

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der hallesche Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badbetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badbetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.
Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Gaudig, Lutz	(seit 01.04.2010)
		Hackbart, Jens	(seit 01.04.2010 bis 07.07.2010)
		Horn, Torsten	(bis 31.03.2010)
Aufsichtsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
		Böcker, Udo	
		Bönisch, Bernhard	

Aufsichtsrat:

Gärtner, Steffen
Junghans, Torsten
Kley, Gerry
Kocian, Burkhard
Koppitz, Erhard
Krause, Johannes
Lange, Hendrik
Mahlert, Eckard
Müller, Raik
Nagel, Elisabeth
Richter, Ulrich
Weihrich, Dietmar

Beirat:

Dr. Diaby, Karamba
Embacher, Frank
Friedrich, Holger
Haupt, Ute
Hülsbusch, Peter
Kocian, Burkhard
Mehlis, Marion
Misch, Werner
Neumann, Wolfram
Walther, René

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	254	5					254	
Umlaufvermögen	4.441	95	33	100	32	100	4.408	13.407
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0					3	
Bilanzsumme	**4.698**	**100**	**33**	**100**	**32**	**100**	**4.666**	**14.190**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	326	7	30	91	30	91	296	989
Rückstellungen	89	2	2	5	2	5	87	5.273
Verbindlichkeiten	4.284	91	1	4	1	4	4.282	339.862
Bilanzsumme	**4.698**	**100**	**33**	**100**	**32**	**100**	**4.666**	**14.190**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	441		
sonstige betriebliche Erträge	2.306	3	3
Materialaufwand	1.810		
Personalaufwand	739		
Abschreibungen	10		
sonstige betriebliche Aufwendungen	125	3	3
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30	0	1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	20	0	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	20	0	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,63			%
Eigenkapitalrentabilität:	6,68	1,35	2,76	%
Cash-Flow:	30	0	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	89			T€
Personalaufwandsquote:	26,92			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	5,04			%
Eigenkapitalquote:	6,94	91,15	91,21	%
Fremdkapitalquote:	93,06	8,85	8,79	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Besucher	229.839,00[1)]	0,00	0,00	Anzahl

[1)] seit Übernahme der Bäder am 01.05.2010

e) Lagebericht

1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigten -5,0 % im Jahr 2009 verzeichnete Deutschland in Folge der globalen Finanzkrise die stärkste Rezession seit der Nachkriegszeit.

Aufgrund vielfältiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahre 2010 sehr deutlich und zudem robust entwickeln. Dies schlug sich auf den Arbeitsmarkt durch, sodass 2010 die geringste Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik seit 1992 zu verzeichnen war. Dies gilt auch für Sachsen-Anhalt.

Auch die Bevölkerungsentwicklung in der Saalemetropole Halle verlief günstiger als die Langzeitstudien vermuten ließen. Dennoch wird der Rückgang in der Bevölkerung besonders in den soziodemografischen Daten sichtbar. Während entsprechend dem Trend immer mehr junge Menschen die Stadt und die Umgebung verlassen, steigt der Anteil der über 45-jährigen. Der Anteil der Einwohner unter 18 Jahre blieb annähernd konstant. Zudem leben über 80 % der halleschen Bevölkerung in 1-2 Personenhaushalten.

2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Public Services GmbH, eine seit dem Geschäftsjahr 2010 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH, hat mit Wirkung zum 1. Mai 2010 die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt EUR 6,00.

Am 20. Juli 2010 wurden der Gesellschaftsvertrag, der Name der Firma und das Stammkapital der Gesellschaft geändert. Die Gesellschaft firmiert seitdem als Bäder Halle GmbH.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Dieser regelt in § 3 die „Allgemeine Fehlbetragsfinanzierung“. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft für die Jahre 2010 bis 2012 in einem Volumen von insgesamt Mio. EUR 9,45 (netto).

In einer Klarstellung zum Bäderfinanzierungsvertrag vom 14. März 2011 haben die BHG und die Stadt Halle (Saale) klargestellt, dass sich für die Jahre 2010 bis 2012 der endgültige Zuschuss jedes betreffenden Jahres letztlich nach dem tatsächlichen bzw. abzusehenden Bedarf der BHG richten wird. Für die einzelnen Jahre wurden nunmehr folgende Zuschüsse (netto) festgelegt:

- 2010: EUR 2.300.000,00
- 2011: EUR 3.650.000,00
- 2012: EUR 3.500.000,00.

Ab 2013 kann die Fehlbetragsfinanzierung je nach Entwicklung wesentlicher Kostengruppen angepasst werden. Ein Ausgleich erfolgt jedoch maximal bis zu einer Höhe von Mio. EUR 4,0 jährlich. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden. Über die Fehlbetragsfinanzierung nach dem 10. Betriebsjahr werden die Parteien neu verhandeln.

Unter Berücksichtigung der genannten Parameter weist das Entwicklungskonzept der BHG für die Jahre 2011 bis 2020 bei gegebener Liquidität positive Jahresergebnisse aus.

Die Bäder Halle GmbH begann am 1. Mai 2010 das operative Geschäft mit 28 Mitarbeitern und zwei Auszubildenden, die von der Stadt Halle (Saale) übernommen wurden. Diese Mitarbeiter stellen lediglich das Personal für den Hauptprozess dar. Bereiche, die Nebenprozesse, vornehmlich in der Verwaltung, abgedeckt haben, wurden nicht von der Stadt Halle (Saale) übernommen.

Die Bäder Halle GmbH entschied sich, diese Bereiche nicht selbst aufzubauen und die Leistungen über Dienstleistungsverträge mit Schwesterunternehmen aus dem Stadtwerkekonzern zu binden.

Insofern wurden folgende Dienstleistungsverträge geschlossen:

- Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
  Vertrag über kaufmännische Dienstleistungen
  Betriebsführungsvertrag Arbeitssicherheit

- W + H Wasser- und Haustechnik GmbH
  Vertrag über technische Betriebsführung

- Stadtwerke Halle GmbH
  Personalmanagementvertrag

- Maya mare GmbH & Co. KG
  Operative Betriebsführung.

Das Risikomanagement der Bäder Halle GmbH ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert. Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor. Für die Bäder Halle GmbH sind jedoch auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich ansonsten zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) entsprechend den Regelungen im Bäderfinanzierungsvertrag notwendig.

3 Geschäftsverlauf

Grundlage für die Geschäftstätigkeit für das Geschäftsjahr 2010 war das „Konzept zur Übernahme der kommunalen Bäder der Stadt Halle (Saale) durch eine Bäderbetriebsgesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH“ vom 25. Februar 2010, das am 25. März 2010 durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bestätigt wurde. Daraus wurden die Kennzahlen für den Wirtschaftsplan 2010 abgeleitet.

Die Situation in den Hallenbädern war gekennzeichnet durch die fast vollständige Nutzung durch Vereine und den Olympiastützpunkt, da die „Robert-Koch-Halle“ wegen des erforderlichen Neubaus für diese Klientel nicht zur Verfügung stand. Daher standen für den kommerziellen Privatsport kaum noch Bahnzeiten zur Verfügung.

Die Freibadsaison war dadurch gekennzeichnet, dass alle drei Freibäder (nach anfänglichen technischen Problemen besonders im Nordbad) pünktlich zu Saisonbeginn Mitte Mai öffnen konnten. Die Schönwetterperiode im Juni und Juli führte zu sehr guten Besucherzahlen.

Die Umsätze im Geschäftsjahr können aus den genannten Gründen nur bedingt mit den Angaben der Stadt Halle (Saale) bei der Übertragung verglichen werden.

Die **Umsatzerlöse** aus dem Freibadbereich betrugen TEUR 184. Die Umsatzerlöse aus den Hallenbädern inkl. Schul- und Vereinsschwimmen betrugen TEUR 203 (Plan insgesamt: TEUR 300).

Im Posten **Sonstige betriebliche Erträge** ist der Betriebskostenzuschuss (TEUR 2.300) der Stadt Halle (Saale) erfasst.

Unter den Aufwendungen für **Material und bezogene Leistungen** sind Aufwendungen für Wasser, Strom und Fernwärme (TEUR 943) sowie für Instandhaltung (TEUR 225) und fremdes Personal (TEUR 228) enthalten.

Die **Personalaufwendungen** betrugen TEUR 740. Von der Stadt Halle (Saale) wurden insgesamt 28 Mitarbeiter und zwei Auszubildende durch Personalüberleitung nach § 613a BGB übernommen. Das Personal für die Freibadsaison wurde durch die Maya mare GmbH & Co. KG gestellt, ebenso zwei Bäderfachangestellte.

In 2010 wurden **Investitionen** vorrangig in die Betriebsfähigkeit der Bäder (TEUR 61) und die Planung und teilweise zur Neugestaltung des Nordbades (TEUR 203) getätigt (Plan: TEUR 540). Durch den späteren Beginn der Neugestaltung des Nordbades verschieben sich für 2010 geplante Investitionen in das Geschäftsjahr 2011. Für 2011 sind Investitionen in Höhe von TEUR 3.275 vorgesehen, zu deren Finanzierung Darlehen aufgenommen werden. Entsprechende Verträge wurden 2010 unterzeichnet.

4 Finanzlage der Gesellschaft

Im Jahr 2010 konnte ein Jahresergebnis vor Steuern von TEUR 30 erwirtschaftet werden.

Das positive Jahresergebnis 2010 zeigt, dass die Geschäftstätigkeit der Bäder Halle GmbH im Jahr 2010 erfolgreich war, jedoch der Betrieb der Einrichtung ohne Betriebskostenzuschüsse der Stadt Halle (Saale) nicht möglich ist.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 598. Der kurzfristige Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva - kurzfristige Schulden) ergibt stichtagbedingt ein Netto-Geldvermögen von TEUR 77.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben. Die Gesellschaft nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Es besteht innerhalb des Cash Pools eine Kontokorrentkreditlinie von TEUR 300.

5 Ausblick

Um die positive Geschäftsentwicklung auch im Jahr 2011 und in den folgenden Jahren fortzusetzen, muss sich das Unternehmen weiter stabilisieren und die Besucherzahlen erhöhen. Dafür sollen die Aktivitäten im Bereich krankenkassenfinanzierte Rehabilitations- bzw. Präventionskurse verstärkt aufgebaut werden. In den Freibädern Saline, jedoch besonders im Nordbad, sollen abendliche Events Umsatzsteigerungen zum normalen Badebetrieb generieren. Die Sanierung der übernommenen Bäder soll 2012 abgeschlossen werden und zur Akzeptanz der Einrichtungen bei der Bevölkerung beitragen.

Darüber hinaus gibt es Überlegungen zur Errichtung einer Ballsporthalle. Über die damit verbundenen gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen hat der Aufsichtsrat der SWH in seiner Sitzung am 2. Dezember 2010 beraten.

Für die Jahre 2011 und 2012 werden Jahresergebnisse in ähnlicher Höhe wie 2010 erwartet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ereignet.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Bugenhagenstraße 30
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH

Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:

	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	10	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	7	22,00
Stadt Halle (Saale)	5	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Etwaige Überschüsse werden nur für die vertragsgemäßen Zwecke verwendet. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat:

Vorsitzender	Prusko, Norbert
	Bahn, Wolfgang
	Baumeister, Lutz
	Buschke, Birgit
	Dr. Danek, Simone
	Dr. Fischer, Toralf

Verwaltungsrat:

Dr. Streibelt, Marco
Gering, Horst (ab September 2010)
Hagemann, Karl-Heinz
Hederich, Gerd (bis September 2010)
Ideker, Thomas
Kehl, Peter
Krahl, Hans-Joachim
Laux, Jens
Springer, Klaus-Dieter
Szabados, Dagmar

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	17.389	76	17.694	74	17.941	73	-305	-2
Umlaufvermögen	5.527	24	6.331	26	6.574	27	-805	-13
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0					1	
Bilanzsumme	**22.916**	**100**	**24.025**	**100**	**24.515**	**100**	**-1.109**	**-5**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.985	26	5.682	24	5.460	22	302	5
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	6.345	28	6.561	27	6.777	28	-216	-3
Rückstellungen	346	2	971	4	1.124	5	-625	-64
Verbindlichkeiten	10.240	45	10.606	44	11.154	45	-367	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	205	1			-203	-99
Bilanzsumme	**22.916**	**100**	**24.025**	**100**	**24.515**	**100**	**-1.109**	**-5**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.182	5.800	5.397
sonstige betriebliche Erträge	604	596	529
Materialaufwand	900	848	813
Personalaufwand	3.724	3.663	3.654
Abschreibungen	840	767	714
sonstige betriebliche Aufwendungen	767	753	675
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	27	27	45
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	93	175	226
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	352	343	359
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	323	225	-19
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14		
sonstige Steuern	7	3	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	302	222	-22
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	302	222	-22

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,89	3,83	-0,40	%
Eigenkapitalrentabilität:	5,32	4,07	-0,39	%
Cash-Flow:	1.143	988	692	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	86	83	79	T€
Personalaufwandsquote:	54,88	57,27	61,67	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	71,41	69,69	69,29	%
Eigenkapitalquote:	26,12	23,65	22,27	%
Fremdkapitalquote:	73,88	76,35	77,73	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Abrechnungstage	46.369,00	44.283,00	41.811,00	Tage
Zusatzmaßnahmen DRV	1.040,00	2.441,00	3.611,00	Tage

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlaufs

Die strategische Ausrichtung des BFW Halle als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ sowie die Umsetzung des Neuen Reha-Modells standen 2010 im Mittelpunkt der Arbeit des BFW Halle.

Die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr. So nahmen durchschnittlich 129 Teilnehmer (i. Vj. 123 Teilnehmer) an diesen Maßnahmen teil. Die Belegung im Bereich des Reha-Assessment sowie bei den Einzelmaßnahmen gestaltete sich 2010 marginal unter Plan. Seit Mitte des Jahres war in den klassischen Arbeitserprobungen ein Rückgang der Anmeldungen zu verzeichnen. Stabilisiert haben sich die Maßnahmen Funktionelle Belastungserprobung (FBE) sowie Berufsbezogene Sehhilfenerprobung (BSE).

Für das Jahr 2010 erfolgten die Preisverhandlungen auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 120 Teilnehmern zuzüglich drei Teilnehmer in der Geschäftsstelle Berlin. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde für das Geschäftsjahr 2010 von einem geplanten Verlust in Höhe von TEUR 25 ausgegangen, welcher durch die überdurchschnittliche Belegung kompensiert werden konnte.

Die Einnahmen aus den Sondermaßnahmen für Versicherte der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland in Höhe von TEUR 188 (i. Vj. TEUR 329) trugen zu dem positiven Ergebnis bei.

Die Zinsen zur Bedienung der für die Baufinanzierung aufgenommenen Darlehen betrugen im Jahr 2010 TEUR 327. Dies führt bei 46.369 Belegungstagen (i. Vj. 44.283) zu einer Belastung des Kostensatzes durch Darlehenszinsen in Höhe von EUR 7,05 pro Tag und Rehabilitand (i. Vj. EUR 7,74). Im Berichtsjahr erfolgte eine Tilgung der Darlehen in Höhe von TEUR 551.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung stellen die Grundlage für unabwendbare hohe Fixkosten dar, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit anderen Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Die strategische Bündelung der Bereiche Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb in einer Abteilung hat sich bewährt und hatte eine Intensivierung und Ausweitung der Marketing-/ Vertriebsaktivitäten zufolge. Dies erweist sich als immer wichtiger, da aufgrund von Organisationsänderungen bei den Rehabilitationsträgern eine zentrale Steuerung von Informationen über das Angebot des BFW Halle immer schwieriger wird und eine wachsende Vervielfachung der Entscheidungsträger zu beobachten ist.

Die wohnortnahen Beratungsangebote für blinde und sehbehinderte Menschen in Mitteldeutschland und Berlin-Brandenburg haben sich gut etabliert. Seit Juni 2010 sind Mitarbeiter monatlich in den Beratungsstellen Masserberg, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg sowie Gera präsent, um eine gewisse Kontinuität zu erreichen und den Bekanntheitsgrad weiter in der Fläche zu erhöhen. Gleichzeitig hat das BFW Halle die Integrationsfachdienste in den neuen Bundesländern, die Arbeitsagenturen in Rostock, Stralsund und Schwerin sowie die DRV Nord im Außendienst kontaktiert und das Leistungsspektrum vorgestellt.

Das Hauptziel des Marketings, die Erhöhung des Bekanntheitsgrades des BFW Halle, wurde somit im Jahr 2010 weiter verfolgt. Die Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit waren sehr vielfältig. „20 Jahre BFW Halle - Kompetenzzentrum ‚Rund um das Sehen‘, für die Arbeit von morgen“ war das Motto, unter dem eine Vielzahl von Veranstaltungen in diesem Jahr stand.

Hervorzuheben sind insbesondere:

- Vorstellung des Projektes „Sensorische Welt“ beim Rehawissenschaftlichen Kolloquium der DRV in Leipzig
- Tag der offenen Tür mit dem Thema „Hilfsmittel der modernen Arbeitswelt von gestern bis morgen“.
- Teilnahme an der Sight City, der größten Hilfsmittelmesse für blinde und sehbehinderte Menschen sowie dem WOC® 2010, dem XXXII. International Congress of Ophthalmologie
- Schulungsveranstaltungen für Redakteure des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. (DBSV)
- Weiterbildungsveranstaltungen im BFW Halle für die Rehafachberater der DRV Bund, Bereich Sachsen und Thüringen
- Weiterbildungsveranstaltung in der Geschäftsstelle Berlin für die Führungsakademie der Bundesagentur für Arbeit (BA)

- Besuch der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der BA im BFW Halle
- Besuch der Personalberater verschiedener Arbeitsagenturen Sachsen-Anhalts im BFW Halle
- Unterstützung des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen
- Arbeitsbesuch beim Blinden- und Sehbehindertenverband Brandenburg (BSVB) sowie Teilnahme am Wissenschaftlichen Symposium anlässlich 20 Jahre BSVB in Cottbus
- Besuch von Frau Lampersbach, Ministerialdirektorin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales im BFW Halle
- Durchführung des 5. Behindertenpolitischen Forums des Landes Sachsen-Anhalt im BFW Halle unter Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt

Hierbei erhielt das BFW Halle den Preis „Pro Engagement 2010“ eine Auszeichnung für Unternehmen mit besonderem Engagement für Menschen mit Behinderung.

Die Geschäftsstelle Berlin hat den Bekanntheitsgrad des BFW Halle im Ballungsraum Berlin weiter erhöht. Die Reaktionen der Rehaträger als auch der Betroffenen auf die Präsenz des BFW mit seinem Angebot in Berlin sind durchweg positiv. Die Maßnahmen in Berlin laufen, wenn auch etwas abweichend vom Konzept, im Rahmen der geplanten Größen. Zurzeit finden neben Integrationsmaßnahmen betreute integrative Schulungen statt.

Wie im Konzept beschrieben, stellen sich entsprechende Folgeeffekte ein. So kamen aufgrund der Beratungen in Berlin durchschnittlich 55 % der kontaktierten Teilnehmer zu einer Reha-Assessmentmaßnahme und weitergehend durchschnittlich 20 % Teilnehmer zu Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen ins BFW Halle, Tendenz steigend. Damit trägt die Geschäftsstelle zur wirtschaftlichen Stabilität im Haus bei.

Die systematische Vernetzung mit Betrieben und die Kooperation mit Unternehmen wurden im Jahr 2010 weiter vorangetrieben. So schlossen das BFW Halle und die Stadt Halle eine Vereinbarung zur praktischen Qualifizierung im Rahmen der Umschulung zum Verwaltungsfachangestellten bei der Stadt Halle ab.

Im September 2010 hat das BFW Halle eine Kooperationsvereinbarung mit dem BG-Kliniken Bergmannstrost abgeschlossen. Das Kooperationsprojekt dient der Unterstützung und Konkretisierung der sozialmedizinischen Leistungsbeurteilung bei visuellen Einschränkungen bzw. bei Erkrankungen, bei denen die visuellen Basisleistungen gestört sind. Darüber hinaus wird Unterstützung in den Fällen gewährt, in denen das Leistungsbild nicht ausschließlich vom medizinischen Befund ableitbar ist. Das BFW Halle stellt in diesen Fällen den konkreten Berufsbezug her und berät über mögliche Wege in die berufliche Rehabilitation oder Möglichkeiten der beruflichen Rehabilitation. Das BFW erhält im Gegenzug bei Bedarf Aussagen zum sozialmedizinischen Leistungsbild der Rehabilitanden.

Maßgebliche Effekte für die Öffentlichkeitsarbeit erzielten im Jahr 2010 die nationalen und internationalen Projekte, Arbeitsgruppen und Tagungen, bei denen Mitarbeiter und Rehabilitanden des BFW tätig waren. Besonders hervorzuheben sind dabei die Aktivitäten des Assessmentbereiches bei Augenärztetagungen und LowVision-Veranstaltungen mit Verbänden und Universitäten.

Das Projekt „Sensorische Welt“ wurde 2010 letztmals durch die DRV Mitteldeutschland finanziell gefördert. Diese hochfrequentierte Anlauf- und Beratungsstelle rund um das Sehen, welches zu einem Netzwerk zwischen Fachleuten und Ratsuchenden herangewachsen ist, ist ein wichtiges Marketinginstrument und unverzichtbarer Bestandteil des Marketing- und Qualifizierungskonzeptes des BFW Halle. Die notwendigen Mittel zur Fortführung des Projektes wurden deshalb in den Haushalt 2011 aufgenommen. An einer Konzeption unter den veränderten finanziellen Voraussetzungen wird derzeit gearbeitet. Das internationale Projekt „Xpress Your Vision“, welches durch die EU gefördert wird, ist planmäßig 2010 gestartet und läuft zwei Jahre.

Neue Qualifizierungskonzepte für blinde und sehbehinderte Menschen zu entwickeln, stellt das BFW Halle immer wieder vor neue Herausforderungen. So hat die Qualifizierung zur Medizinischen Tastuntersucherin (MTU) im Rahmen des gleichnamigen Projektes stattgefunden. Dieses Qualifizierungsangebot bleibt im BFW Halle über den Projektzeitraum 2010 erhalten und ergänzt das Qualifizierungsangebot ebenso wie die Fortbildung zur Bürofachkraft. Die Qualifizierung zum Polsterer/in lief im Januar 2011 aus. Damit verbunden waren personelle und räumliche Veränderungen. Die freiwerdenden Räumlichkeiten im Haus 2 werden weiterhin für die Qualifizierung genutzt und im Hinblick auf die Umsetzung des Neuen Reha-Modells im BFW Halle sukzessive umgestaltet.

Die Kernbereiche der Umsetzung des Neuen Reha-Modells sind die noch zielgerichtetere und intensivere Berücksichtigung von Aspekten der Individualisierung und Integrationsorientierung bei der Gestaltung von Prozessen der beruflichen Rehabilitation.

Als Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes wurde ein mittelfristiges Entwicklungskonzept für die Jahre 2011 bis 2015 erarbeitet. Dieses schließt ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept für diesen Zeitraum ein.

Ein Mitarbeiter ging 2010 in die Passivphase der Altersteilzeit. 2010 waren durchschnittlich 74 (i. Vj. 71) Angestellte sowie fünf (i. Vj. sechs) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle beschäftigt. Drei Zivildienstleistende unterstützten die Stammbelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 25,67 %. Acht Mitarbeiter befinden sich in der Altersteilzeit.

Im Februar 2010 erfolgte die erfolgreiche Re-Zertifizierung des Qualitätsmanagementsystems nach DIN ISO 9001:2008 sowie die Wiederholung der Trägerzulassung nach § 84 SGB III/ §§ 7, 8 AZWV. Die Prüfer kamen überwiegend zu einer positiven Einschätzung. Es wurde die hohe Qualität der Prozesse und des Qualitätsmanagements, insbesondere auch im Vergleich mit den anderen Bildungseinrichtungen, betont. Das BFW Halle erhält das ISO-Zertifikat und erneut die Trägerzulassung für eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren. Neu aufgenommen in das Zertifikat wurden das Betriebliche Eingliederungsmanagement des BFW Halle sowie die Geschäftsstelle Berlin.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

a) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft im auch im Geschäftsjahr 2010 wiederum dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgt im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Bilanzsumme des BFW Halle hat sich um TEUR 1.109 vermindert. Auf der Aktivseite ist die Verminderung insbesondere auf das um TEUR 305 gesunkene Anlagevermögen zurückzuführen, wobei den Investitionen in das Sachanlagevermögen von TEUR 440 Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 819 gegenüberstehen.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus den gesunkenen Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen (im Zusammenhang mit der nach § 246 Abs. 2 Satz 1 HGB geforderten Saldierung mit den korrespondierenden Forderungen aus Insolvenzsicherung) und Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sowie den um TEUR 216 verminderten Sonderposten aus Zuwendungen. Die Investitionsdarlehen sind aufgrund der planmäßigen Tilgung um TEUR 551 gesunken.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich um den ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 302 erhöht. Der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens sinkt in Höhe des Wegfalls der Zweckbindung (jährliche Abschreibung des geförderten Teils) um TEUR 216.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2010 TEUR 12.329, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 53,8 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle weiterhin durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2010 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 683 (i. Vj. TEUR 912) gekennzeichnet. Die Ursachen für den Rückgang liegen in den gesunkenen Rückstellungen und den gestiegenen Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens.

Der Finanzmittelfonds sinkt damit um TEUR 265 im Vergleich zum Vorjahr. Die Gesellschaft verfügt weiterhin über eine gute Liquiditätsausstattung.

c) Ertragslage

Die Ertragslage des BFW Halle stellt sich anhand einer betriebswirtschaftlichen Analyse wie folgt dar:

	2010		2009		Ergebnis-verände-rung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	6.182	91,1	5.800	90,7	382
Andere laufende betriebliche Erträge	604	8,9	596	9,3	8
Betriebsleistung	6.786	100,0	6.396	100,0	390
Materialaufwand	900	13,2	848	13,3	52
Personalaufwand	3.724	54,9	3.663	57,3	61
Planmäßige Abschreibungen	840	12,4	767	12,0	73
Betriebsaufwendungen	767	11,3	752	11,8	15
Gewinnunabhängige Steuern	7	0,1	3	0,0	4
Aufwendungen für die Betriebsleistung	6.238	91,9	6.033	94,4	205
Betriebsergebnis	548	8,1	363	5,6	185
Finanzerträge	120	1,8	202	3,2	-82
Finanzaufwendungen	352	5,2	343	5,4	9
Finanzergebnis	-232	-3,4	-141	-2,2	-91
Außerordentliche Aufwendungen	14	0,2	0	0,0	14
Jahresergebnis	302	4,4	222	3,4	80

Im Berichtsjahr fielen mit 46.369 Abrechnungstagen (i. Vj. 44.283) ca. 4,7 % mehr Maßnahmentage im Vergleich zum Vorjahr an. Die Tageskostensätze für die Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen stiegen 2010 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 %, die Anpassungs- und Integrationsmaßnahmen, der Internatszuschlag sowie die Spezialmaßnahmen um 2,0 %.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 382 resultiert daher im Wesentlichen aus dem Anstieg der durchschnittlichen Belegung von 123 auf 129 Rehabilitanden. Gleichzeitig sanken die Umsätze aus den Maßnahmen für die DRV MD, die der Integration von nicht blinden und sehbehinderten Menschen dienen, im Jahr 2010 um TEUR 141. Die anderen betrieblichen Erträge, ausgenommen der Sondereffekt aus Preisgeldern in Höhe von TEUR 20, blieben 2010 nahezu konstant. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug im Jahr 2010 wie im Vorjahr TEUR 216. Die Betriebsleistung stieg somit um TEUR 390.

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung stiegen im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 205. Ursache für den Anstieg bei den Aufwendungen ist unter anderem die erhöhte Belegung im Berichtsjahr. Die Personalkosten sind im Jahr 2010 nur TEUR 61 höher als im Vorjahr. Dies ist in erster Linie dem dämpfenden Effekt der Altersteilzeit geschuldet.

Das Betriebsergebnis konnte so im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 185 gesteigert werden.

Die negative Entwicklung des Finanzergebnisses im Vergleich zum Vorjahr um TEUR -91 resultiert zum Einen aus der gegenwärtig niedrigen Zinslage und dem rückläufigen Finanzmittelbestand sowie zum Anderen aus dem Abzinsungseffekt für langfristige Rückstellungen nach BilMoG.

d) Finanzinstrumente

Wesentliche originäre Finanzinstrumente für die Gesellschaft stellen die Wertpapiere des Anlagevermögens, die kurzfristigen Forderungen, liquiden Mittel sowie die Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger dar. Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht genutzt. Das Bonitäts- oder Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und dadurch Vermögensverluste entstehen. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgt die Anlage nahezu vorwiegend im eigenen Währungsraum, so dass kein Währungsrisiko besteht. Ein Zinsrisiko - d.h. mögliche Wertschwankungen eines Finanzinstrumentes aufgrund von Bewegungen des Marktzinssatzes - liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, jedoch bei den Wertpapieren des Anlagevermögens und der Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind ausschließlich fest verzinslich angelegt, sodass ein Zinsänderungsrisiko besteht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart. Im Berichtsjahr wurde bei den Wertpapieren eine Zuschreibung in Höhe von TEUR 52 bis zum Kurswert vorgenommen.

3. Zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die hohen Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Obwohl sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im Jahr 2010 stabilisierte, ging bei den klassischen Arbeitserprobungsmaßnahmen seit Mitte des Jahres die Teilnehmerzahl zurück. Ursachen sieht das BFW Halle in den sich verändernden Rahmenbedingungen der beruflichen Rehabilitation, organisatorischen Veränderungen sowie Sparzwängen bei den Rehabilitationsträgern. Eine weitere verstärkte Arbeit im Bereich Marketing und Vertrieb ist daher in Zukunft unerlässlich, um eine kontinuierliche Belegung zu gewährleisten.

Entsprechend der Haushaltsplanung 2011 bilden durchschnittlich 127 Rehabilitanden (davon sieben Teilnehmer in der Geschäftsstelle Berlin) die Grundlage für die geplanten Umsatzerlöse.

Anfang März 2011 befanden sich 110 Teilnehmer im BFW Halle und fünf Teilnehmer in der Geschäftsstelle Berlin in der beruflichen Rehabilitation. Von dem Belegungsrückgang in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen waren schwerpunktmäßig die DRV Mitteldeutschland sowie die Bundesagentur für Arbeit betroffen. Zu beiden Rehabilitationsträgern wurde der Kontakt aufgenommen. Bei der Bundesagentur wechselten zum Jahresbeginn auf Grund der Entwicklungen im Zusammenhang mit der Entstehung neuer Optionskommunen sowie der gleichzeitig stattgefundenen Kreisgebietsreform (Schwerpunkt Sachsen-Anhalt und Sachsen) die Zuständigkeiten für die berufliche Rehabilitation in der Praxis.

Gleichzeitig werden gegenwärtig die klassischen Assessmentmaßnahmen, die in der Regel die Indikatoren für die Folgemaßnahmen sind, nur mäßig belegt. Im Durchschnitt befinden sich gegenwärtig anstelle der geplanten acht Teilnehmer nur durchschnittlich vier Teilnehmer in diesen Maßnahmen.

Bei einer anhaltenden Belegung auf diesem niedrigen Niveau führt das bei der Spezialisierung und Größe des BFW Halle zu massiven finanzielle Auswirkungen und stellt ein beträchtliches Risiko für die Haushalte der kommenden Jahre dar.

Der Wegfall der Förderung des Projektes „Sensorische Welt“ wird den Haushalt des BFW im Jahr 2011 zusätzlich belasten. Das BFW Halle sieht die „Sensorische Welt“ als unverzichtbaren Bestandteil des Marketing- und Qualifizierungskonzeptes und erarbeitet gegenwärtig ein Konzept zum Erhalt über das Jahr 2011 hinaus. Gleichzeitig bedingen die sanierten denkmalgeschützten Baulichkeiten hohe Instandhaltungs- und Energiekosten. Diese Kosten, zu denen gleichfalls die Abschreibungen und Zinszahlungen gehören, belasten das künftige Jahresergebnis weiterhin.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle, die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für eine Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallorientierten und effizienten Rehabilitation „Rund um das Sehen“ unerlässlich. Gleichzeitig ermöglicht sie, Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung der Angebote setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein.

Für die Mitarbeiter des BFW Halle bedeutet dies Arbeiten in veränderten Teamstrukturen, mit veränderten Steuerungsinstrumenten, übergreifenden Strukturen und zunehmend modularen Qualifizierungskomplexen. Grundlage dafür bildet das im Jahr 2010 erarbeitete Entwicklungskonzept, welches ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept einschließt.

Im Jahr 2010 konnte als Ergebnis der Preisverhandlungen der Rehabilitationsträger mit dem BFW Halle eine Erhöhung der Tageskostensätze um 1,8 % für die Haupt-, Vorbereitungs- und Anpassungsmaßnahmen sowie Unterbringung erzielt werden. Diese Preiserhöhung ist maßgeblich der Spezialisierung der Einrichtung geschuldet.

Dies stellt sich wie folgt dar:

	2011	2010
Tageskostensätze berufliche Rehabilitation	EUR/Tag	EUR/Tag
Haupt- und Vorbereitungsmaßnahmen	92,04	90,41
Anpassungsmaßnahmen	91,59	89,97
Spezialmaßnahmen	426,57	426,57
Eignungsabklärung/Arbeitserprobung	121,76	121,76
Internatszuschlag	30,56	30,02

Trotz dieser Preissteigerung wird es 2011 kaum möglich sein, den sich abzeichnenden Belegungsrückgang zu kompensieren.

Das BFW Halle in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen, sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren wird in den nächsten Jahren weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reporting quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV. Halbjährlich wird dem Verwaltungsrat ein Zwischenabschluss vorgelegt, aus welchem die Geschäftsentwicklung zu ersehen ist. Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems ist somit gegeben und die Gesellschaft hat deshalb festgelegt, die Belegungsgröße von durchschnittlich 120 Teilnehmern sowie sieben Teilnehmern in der Geschäftsstelle Berlin für das Geschäftsjahr 2011 als Basis einzusetzen. Aus derzeitiger Sicht ist diese Größenordnung nicht zu erwarten. Der Wirtschaftsplan für 2011 sieht Umsatzerlöse von TEUR 6.230 und ein Jahresergebnis von TEUR -36 vor.

Es wird weiter intensiv an einer Erweiterung der Angebotspalette gearbeitet. Netzwerke werden zukünftig hierbei eine größere Rolle als bisher spielen. Zunehmend sollen künftig verstärkt präventive Angebote „Rund um das Sehen“ am Markt positioniert werden. Ein Schwerpunkt wird die Intensivierung der Schnittstelle zur medizinischen Rehabilitation darstellen. Eine bessere Vernetzung mit dem Arbeitsmarkt wird angestrebt, die Veränderungen in der Arbeitswelt müssen wahrgenommen und die Angebote entsprechend angepasst werden. Auf diese Weise lassen sich neue Kundengruppen und neue Finanzierungsquellen erschließen.

Die zielgerichtete Auswahl der ambulanten Beratungen an verschiedenen Standorten in Mitteldeutschland sowie die Etablierung der Geschäftsstelle in Berlin unterstützen diese Tendenz.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Hibiskusweg 15
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: Eigenbetrieb
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jungendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung: van Rissenbeck, Goswin

Betriebsausschuss:

Vorsitzender	Neumann, Wolfram	
	Dr. Diaby, Karamba	
	Hildebrandt, Roland	
	Kley, Gerry	(seit 25.08.2010)
	Raab, Katja	(bis 25.08.2010)
	Schmeil, Birgit	
	Trömel, René	

** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Betriebsausschuss	0	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	28	0	12	0	11	0	16	133
Umlaufvermögen	6.171	100	3.816	100	3.660	100	2.355	62
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	3	0	5	0	0	0
Bilanzsumme	**6.202**	**100**	**3.831**	**100**	**3.676**	**100**	**2.371**	**62**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	37	1	37	1	37	1	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	22	0	4	0	5	0	18	450
Rückstellungen	200	3	187	5	312	9	13	7
Verbindlichkeiten	5.943	96	3.603	94	3.322	90	2.340	65
Bilanzsumme	**6.202**	**100**	**3.831**	**100**	**3.676**	**100**	**2.371**	**62**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.596	6.036	5.426
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.161	403	799
sonstige betriebliche Erträge	918	887	719
Materialaufwand	1.480	1.203	1.072
Personalaufwand	6.009	6.003	5.733
Abschreibungen	8	3	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	178	115	139
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	1	1
sonstige Steuern	0	1	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	8	3	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	17	17	13	T€
Personalaufwandsquote:	78,29	81,94	82,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,41	0,22	0,24	%
Eigenkapitalquote:	0,60	0,97	1,01	%
Fremdkapitalquote:	99,40	99,03	98,99	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Entgelt	48,00	62,00	57,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung	8,00	7,00	13,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	70,00	71,00	37,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs für das Wirtschaftsjahr 2010

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2010 erfüllen.

Seit dem Februar 2008 ist der Beigeordnete für Wirtschaft und Arbeit, Herr Wolfram Neumann, Vorsitzender des Betriebsausschusses.

Der Unterzeichner ist seit dem 01.07.2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Im Mai 2010 wurde der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2009 des EfA durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinische Treuhand GmbH geprüft.

Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben.

Der Jahresabschluss 2009 wurde am 24.11.2010 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung die Entlastung erteilt.

Schon im Februar des Jahres 2010 hat der EfA vorfristig die Genehmigung zum Vollzug des Wirtschaftsplanes 2010 durch das Landesverwaltungsamt erhalten.

Vor diesem Hintergrund konnte das Wirtschaftsjahr entsprechend der im Vorjahr vorgelegten Planungen umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit mit der ARGE SGB II Halle GmbH (ARGE) hat sich im Wirtschaftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme werden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung der ARGE und der Betriebsleitung gibt es regelmäßige Zusammenkünfte.

Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung der ARGE und der Betriebsleitung des EfA war im Wirtschaftsjahr 2010 bis ins Jahr 2011 hinein geprägt von der Novellierung des SGB II und dem damit verbundenen Trägerschaftswechsel von der ARGE SGB II Halle GmbH zum Jobcenter.

Das interne Controlling System (IKS) nach dem 6-Augen-Prinzip, das in Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt im Vorjahr implementiert wurde, hat sich als nützliches und effektives Steuerungsinstrument erwiesen.

Mit den geschaffenen Arbeitsbereichen Eigene Projekte, Trägerberatung und Service sowie Finanzen und EDV ist der EfA so strukturiert, dass er jederzeit kommende oder zusätzliche Aufgaben wie die mit Stichtag zum 15.01.2011 gestartete Bürgerarbeit ohne Gefährdung der bestehenden übernehmen und realisieren kann.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2010 nachfolgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen.

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung Entgelt nach § 16 d SGB II
  (8 bis 12 Monate).

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Jobs) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II
  (8 bis 12 Monate).

- „Aktiv in Rente“ - Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü 50 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds
  (36 Monate).

- „Kommunal-Kombi“ - Tarifgebundenes Förderprogramm des Bundes mit Beteiligung des Landes und der Stadt für Langzeitarbeitslose mit einer um 100 € erhöhten Förderung für Arbeitnehmer Ü 50.
  (36 Monate).

- Tarifgebundene Arbeitsplatzförderung des Bundes nach § 16 e SGB II für Langzeitarbeitslose mit zwei weiteren Erwerbshemmnissen
  (24 Monate).

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2010 nachfolgende Arbeitsverträge in den entsprechenden Förderinstrumenten realisiert.

Entgelt*	201 Arbeitnehmer	
Aktiv in Rente	116 Arbeitnehmer	(davon 71 als Entgelt, 45 als 1 € Job)
Mehraufwand	45 Arbeitnehmer	
Kommunal-Kombi	57 Arbeitnehmer	
§16 e SGB II	5 Arbeitnehmer	
Ohne Förderung	37 Arbeitnehmer	
Gesamt:	461 Arbeitnehmer	mit Arbeitsvertrag beim EfA

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit. Daher Mehrfachbesetzung

Darüber hinaus hat der EfA bei Dritten weitere 135 Arbeitnehmer im Förderprogramm Kommunal-Kombi finanziert. Im Rahmen der Förderung Halle 500 konnten insgesamt 386 Arbeitsstellen mitfinanziert werden in denen ca. 600 Jugendliche* gefördert wurden.

Unter Berücksichtigung der unterjährigen Laufzeit konnten **ca. 1.300 Leistungsempfänger in Arbeit gebracht** werden.

Besonders hervor zu heben ist dabei, dass mit den Förderprogrammen „Aktiv in Rente“, „Kommunal-Kombi“ und Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II für **313 Arbeitnehmer Arbeitsplätz für 3 Jahre** eingerichtet werden konnten. 268 davon waren sozialversicherungspflichtig.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten, bei annähernd gleichem Gesamtbudget, weniger Leistungsempfänger in Arbeit gebracht werden. Ursächlich dafür sind die Veränderungen im Bereich der Förderinstrumente Mehraufwand (1€ Job) und Entgelt. Mit 90 Plätzen in einer Förderung durch Mehraufwand hat gegenüber den Vorjahren eine deutliche Verschiebung zu den auch kommunal teureren Finanzierungen von Entgeltmaßnahmen stattgefunden.

Diese Verschiebung hat vor allem Auswirkungen auf die Reduzierung der Passivleistungen des Grundsicherungsträgers gehabt. Diese Tendenz hat sich mit Einführung der Bürgerarbeit fortgesetzt.

Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hat es dabei **eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses** weg von der ARGE (Jobcenter) hin zu Bund, Land und Kommune gegeben. Dies ist auch bei zukünftigen Maßnahmeplanungen wie derzeit die Bürgerarbeit zu berücksichtigen. Die damit einhergehende Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen durch den Bund setzt eine deutlich höhere kommunale Beteiligung voraus.

Zur Durchführung der Projekte wurden folgende Mittel eingesetzt:

	EURO
Zuschüsse der Stadt	2.351.000
Mittel des Bundes	528.972
Mittel des Landes	727.852
Mittel der ARGE SGB II Halle GmbH	4.011.456
Summe	7.619.280

Damit beteiligt sich die Stadt Halle mit ca.30 % an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

2 Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2010	2009	2008
TEUR			
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/ -verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2009	Inanspruch-nahme	Auflösung	Zuführung	2010
TEUR					
Sonstige Rückstellungen	35,1	29,5	5,6	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	11,3	11,3	0,0	11,1	11,1
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	51,8	0,1	0,0	37,1	88,8
Aufwandsrückstellungen	88,7	49,0	0,0	60,0	99,7
	186,9	**89,9**	**5,6**	**108,2**	**199,6**

2.3 Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2010	2009
	TEUR	TEUR
a Zuschüsse ARGE	3.475,2	4.193,2
b Zuschüsse Land / ESF	170,7	101,7
c Zuschüsse Stadt	950,3	1.741,1
d Sonstige betriebliche Erträge	912,7	885,6
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	5,5	1,3
	5.514,4	**6.922,9**

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2010	2009
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	5.010,7	4.983,4
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	998,6	1.020,1
- davon für die Altersversorgung	45,8	64,9
	6.009,3	**6.003,5**

3. Aufgaben und Entwicklung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2011

Auch im Jahr 2011 hat der Eigenbetrieb den Auftrag des Stadtrates, Beschäftigungs-maßnahmen für langzeitarbeitslose Empfänger von Arbeitslosengeld II zu beantragen oder zu bearbeiten und durchzuführen.

Es sollen Maßnahmen sein, bei denen die Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag mit dem EfA oder anderen Arbeitgebern abschließen und dadurch aus dem passiven Leistungsbezug von „Arbeitslosengeld II“ und „Kosten der Unterkunft“ ausscheiden bzw. diese zu reduzieren. Die dabei erzielte Einsparungen bei den Kosten der Unterkunft entlasten den kommunalen Haushalt. Allerdings werden bei den Berechnungsmodalitäten des SGB II zunächst die Leistungen nach dem „Arbeitslosengeld II“, also die Mittel des Bundes und dann erst die Mittel der Kommune in den Leistungen für die „Kosten der Unterkunft“ entlastet. Hier muss es zu einer besseren Verteilungsgerechtigkeit kommen, z. B. durch eine jeweilig anteilige Entlastung. Dieser Forderung ist vor allem vor dem Aspekt steigender kommunaler Anteile an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Nachdruck zu verleihen.

Neben den bereits dargestellten Effekten zur Reduzierung der kommunalen Kosten im Leistungsbereich wird außerdem eine Wertschöpfung und sozialpolitische Effekte für die Stadt erzielt.

Auch unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es **weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand**, die im kommunalen Haushalt nicht zu Effekten führen, zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt und zur Sicherung des so genannten „sozialen Friedens“ durchzuführen.

Da das arbeitsmarktpolitische Programm in der Umsetzung im Wirtschaftsjahr 2011 schon mehrfach angepasst werden musste, sind regelmäßige monatliche Planungsgespräche mit dem Jobcenter unumgänglich.

Dies bedeutet z. B. dass Beantragungen aus dem Jahr 2010 aus formalen oder inhaltlichen Gründen wiederholt erneuert werden müssen.

Gleiches trifft das **Förderprogramm Bürgerarbeit**. Das Bundesverwaltungsamt hat in den ersten Monaten seiner Bearbeitung des Förderprogrammes deutlich gemacht, dass ein arbeitsmarktpolitischer Konsens in der Stadt Halle oder gar im Land Sachsen-Anhalt über förderfähige Projekte kein Kriterium darstellt. Aus der Bewilligungspraxis könnte abgeleitet werden, wenn der Bürger will, dass es schön und sauber ist, dann soll er auch dafür zahlen und Arbeitsplätze schaffen. Abweichend vom Wirtschaftsplan sieht derzeitige Umsetzungsplanung für die Bürgerarbeit vor, dass der EfA mit Verzicht auf andere Maßnahmen insgesamt 613 Arbeitsplätze umsetzt, davon 353 mit direkter arbeitsvertraglicher Bindung und 260 in Kooperation mit anderen Trägern. Die Tätigkeitsschwerpunkte sind dabei in der Prävention, der Schulwegsbegleitung, der gesunden Ernährung und der unterstützenden Betreuung an Grundschulen und Kitas, im Sport und der städtischen Infrastruktur.

Seit Oktober 2008 wird das **Förderprogramm Kommunal-Kombi** des Bundes mit Beteiligung des Landes und der Stadt umgesetzt. Hierbei hat der EfA für die Stadt Halle die Bewirtschaftung sowohl der kommunalen als auch der Landesmittel übernommen.

Der EfA konnte alle durch die Landesbudgetierung vorgegebenen 192 Stellen realisieren.

Im Rahmen der Bewilligungsverfahren hat die Stadt Halle vom Land ein Budget erhalten, das sie im Auftrag des Landes zu bewilligen bzw. bescheiden und abzurechnen hat. Da auch hier im Rahmen der Bundesmittel ESF-Mittel eingesetzt werden, ist die Verwendungsnachweisprüfung genauso aufwendig wie beim kommunalen Rahmenprogramm. Im EfA wird diese Verwendungsnachweisprüfung schon seit dem Tag der Bewilligung durch die Stadt an den freien Träger so umgesetzt, dass mit Abschluss des Programms nur noch die letzten Monate zu prüfen sind. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Effizienz wird sich auch das Rechnungsprüfungsamt jetzt schon zu diesem Zeitpunkt beteiligen. Nützliches Steuerungselement ist dabei das in den Jahren 2008 und 2009 eingeführte interne Controlling (IKS).

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind im Haushalt der Stadt Halle für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2011 Zuschüsse in Höhe von

2.890.000 EURO.

eingeplant. Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen in Höhe von

7.203.000 EURO

im Wirtschaftsplan enthalten.

Da derzeit 2/3 aller Maßnahmen mit einer Laufzeit von 3 Jahren bewilligt wird, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen für die Jahre 2011 bis 2014 sich wie folgt darstellt.

2011	1.290 Maßnahmeplätze
2012	1.200 Maßnahmeplätze
2013	1.100 Maßnahmeplätze
2014	850 Maßnahmeplätze

Vor diesem Hintergrund sind mit dem Blick auf das Jahr 2015 und die sich abzeichnende Entwicklung am Arbeitsmarkt Personalentwicklungsmaßnahmen für die Mitarbeiter des Eigenbetriebes zu entwickeln und eine inhaltliche Neuausrichtung des Betriebes anzugehen.

Eigenbetrieb Kindertagesstätten**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Stadion 5
06122 Halle (Saale)

Rechtsform: Eigenbetrieb
Stammkapital in T€: 0

Gesellschafter:	**T€**	**%**
Stadt Halle (Saale)		100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweck des Eigenbetriebes ist der Betrieb und die Bewirtschaftung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung: Kreisel, Jens

Betriebsausschuss:
Vorsitzender: Kogge, Tobias
Dr. Brock, Inés
Haupt, Hanna
Haupt, Ute
Knöchel, Swen
Kovacs, Gabriele
Scholtyssek, Andreas
Weiß, Silvia
Wolff, Sabine

** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.
(Die Schlussberichterstattung des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt steht noch aus.)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	34.846	81	29.592	78	29.711	81	5.254	18
Umlaufvermögen	8.209	19	8.302	22	7.139	19	-93	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	35	0	29	0	-25	-71
Bilanzsumme	**43.065**	**100**	**37.929**	**100**	**36.879**	**100**	**5.136**	**14**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	21.555	50	19.883	52	19.370	52	1.672	8
Sonderposten für Investitionszulagen	9.968	23	6.135	16	4.710	13	3.833	62
Rückstellungen	5.220	12	5.150	14	5.426	15	70	1
Verbindlichkeiten	6.106	14	6.676	18	7.169	19	-570	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	216	1	85	0	204	1	131	154
Bilanzsumme	**43.065**	**100**	**37.929**	**100**	**36.879**	**100**	**5.136**	**14**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse[1)]	30.700	5.831	5.059
sonstige betriebliche Erträge	738	23.966	20.868
Materialaufwand	40		
Personalaufwand	22.666	22.184	20.117
Abschreibungen	988	2.272	1.289
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.384	5.020	4.369
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	33	86
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	415	261	187
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.957	93	50
außerordentliche Aufwendungen	285		
außerordentliches Ergebnis	-285		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.672	93	50
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.672	93	50

[1)] Im Berichtsjahr wurden die Zuschüsse unter den Umsatzerlösen ausgewiesen, in den Vorjahren unter sonstige betriebliche Erträge.

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität[2]:	5,45	1,59	0,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	8,41	0,47	0,26	%
Cash-Flow:	2.659	2.365	1.339	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	48	46	42	T€
Personalaufwandsquote:	72,10	74,45	77,59	%

[2] Im Berichtsjahr wurden die Zuschüsse unter den Umsatzerlösen ausgewiesen, in den Vorjahren unter sonstige betriebliche Erträge. Ein Vergleich mit 2009 und 2008 kann daher nur eingeschränkt erfolgen.

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	80,82	77,94	80,52	%
Eigenkapitalquote:	50,05	52,42	52,52	%
Fremdkapitalquote:	49,95	47,58	47,48	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Betreuungsstunden	9.120.375,00	8.711.724,00	8.337.827,00	Std.
Betreuungskosten[3]	3,19	3,26	3,11	€/Std.
davon Personalkosten	2,45	2,55	2,43	€/Std.
davon Sachkosten	0,73	0,71	0,69	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.128,00	5.007,00	4.900,00	Anzahl

[3] Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

e) Lagebericht

Vorausschauende Aussagen

Dieser Lagebericht enthält unter Umständen zukunftsorientierte Aussagen. Diese beruhen auf unseren Ansichten und Annahmen, die ihrerseits auf verfügbaren Informationen basieren.

Sämtliche im Lagebericht enthaltenen Aussagen, die keine vergangenheitsbezogenen Tatsachen darstellen, sind vorausschauende Aussagen. Diese zukunftsbezogenen Aussagen resultieren aus aktuellen Erwartungen sowie unseren darauf basierenden Annahmen, die wir unter anderem bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen und branchenbezogenen Entwicklung getroffen haben. Wörter wie „erwarten“, „glauben“, „rechnen mit“, “fortführen“, „schätzen“ beabsichtigen“, davon ausgehen“, „planen,“ sollen“, „sollten“, „können“, und „werden“ sowie ähnliche Begriffe in Bezug auf den Lagebericht des Eigenbetriebes Kindertagesstätten sollen solche vorausschauenden Aussagen kennzeichnen.

Sämtliche vorausschauenden Aussagen unterliegen unterschiedlichen Risiken und Unsicherheiten, durch die die tatsächlichen Ergebnisse von den Erwartungen abweichen können. Die vorausschauenden Aussagen geben die Sicht zum Zeitpunkt wieder, zu dem sie getätigt wurden.

Wir übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit vorausschauende Aussagen auf Grund von neuen Informationen, künftigen Ereignissen oder anderen Gründen zu aktualisieren oder zu korrigieren.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Geschäftsentwicklung

Im Berichtsjahr 2010 erhöhte sich die Bilanzsumme um 13,5 Prozent bzw. 5,1 Mio EUR auf nunmehr 43 Mio EUR.

Darüber hinaus steigerte der Eigenbetrieb sein Betriebsergebnis nach Risiko und Bewertung im Vergleich zum Jahr 2009 um 1,6 Mio EUR. Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

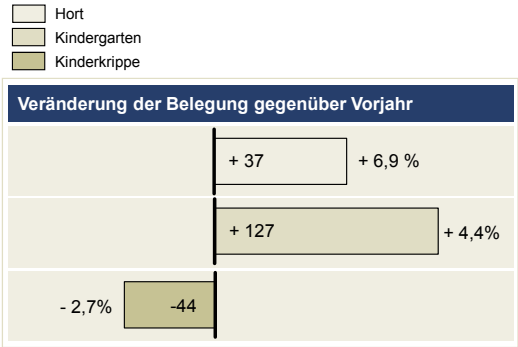
Im Berichtszeitraum wurde seitens der Stadt Halle (Saale) die Finanzierung des Eigenbetriebes umgestellt. Nunmehr erhält der Eigenbetrieb die Zuschüsse nach Ablauf des Monats und nicht wie in vorangegangen Berichtszeiträumen im Voraus. In Folge dessen muss die laufende Geschäftstätigkeit durch den Eigenbetrieb vorfinanziert werden, was Auswirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit hat.

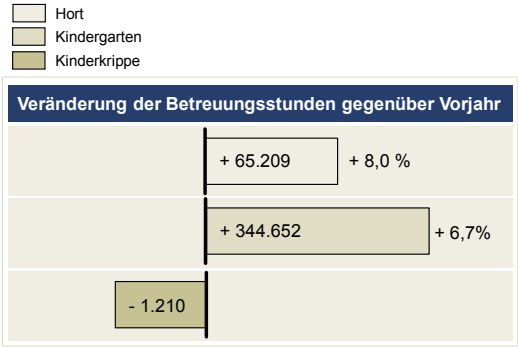
Auf Grund der Umstellung der Finanzierung erhielt der Eigenbetrieb die Zuschüsse für Dezember 2010 am 30.12.2010 wodurch sich ein Kassenbestand zum 31.12. von 2,7 Mio EUR ergibt. Dieser Kassenbestand dient jedoch im Wesentlichen zur Zwischenfinanzierung der Verbindlichkeiten des Folgemonats Januar 2011 in Höhe von 2,4 Mio EUR, da durch die Umstellung der Finanzierung der Eigenbetrieb nunmehr monatlich in Vorleistung gehen muss.

Das gestiegene Jahresergebnis ist insbesondere auf geringeren Personalaufwand gegenüber der Planaufstellung zurückzuführen. Die Gründe dafür liegen im Einzelnen in:

- nicht erfolgter Ost-West-Anpassung bei der Jahressonderzahlung
- nicht erfolgter tariflicher Anhebung der Leistungszulage von 1,0% auf 2,0%
- Unterschreitung der geplanten Anzahl Mitarbeiter infolge von Krankheit und Elternzeit
- geringerer Auswirkung der geplant tariflichen Veränderungen für den Sozial- und Erziehungsdienst.

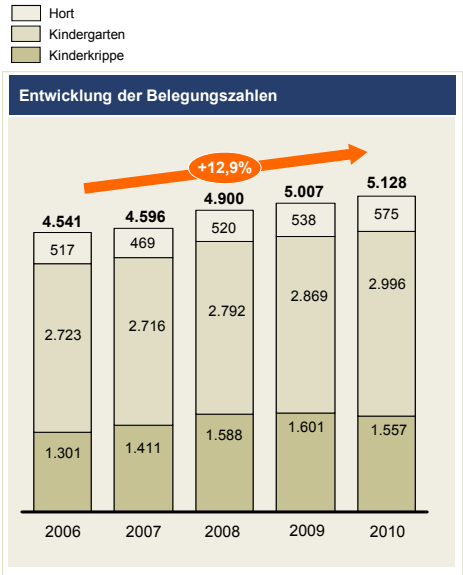
Die Belegung der zur Verfügung stehenden Kindertagesstättenplätze ist auch im Berichtszeitraum weiterhin ansteigend. Lediglich im Bereich der Kinderkrippen ist ein geringer Rückgang zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergab sich folgende Entwicklung:



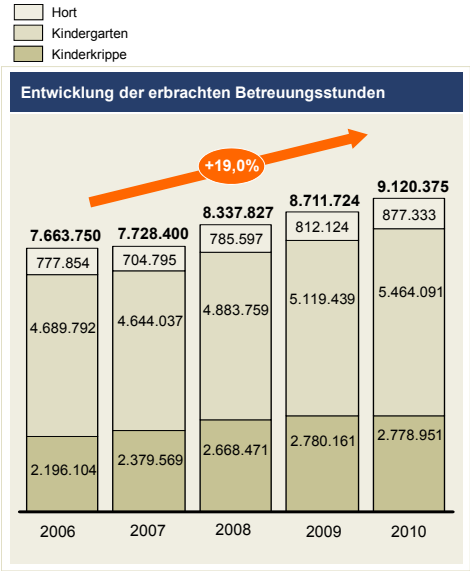


Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 12,9 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,4 Prozentpunkte – absolut um 121 Plätze.

Im Vergleich zum Gründungsjahr betreute der Eigenbetrieb Kindertagesstätten damit im Jahresdurchschnitt 2010 absolut 587 Kinder mehr.



Bei den erbrachten Betreuungsstunden konnte der Eigenbetrieb im Berichtszeitraum eine Steigerung um 9,3 Prozent zum Vergleichszeitraum 2009 verzeichnen. Seit Gründung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stiegen die erbrachten Betreuungsstunden damit um 19 Prozent.



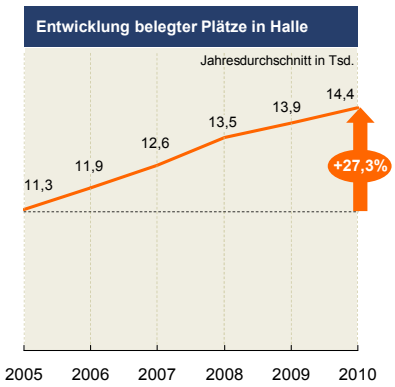
Weiterhin positive Entwicklung

In der Stadt Halle (Saale) vollzieht sich gegenwärtig eine positive Entwicklung: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Geburtenrate im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erneut leicht an. Bereits im Geschäftsjahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 um 3,2 Prozent.

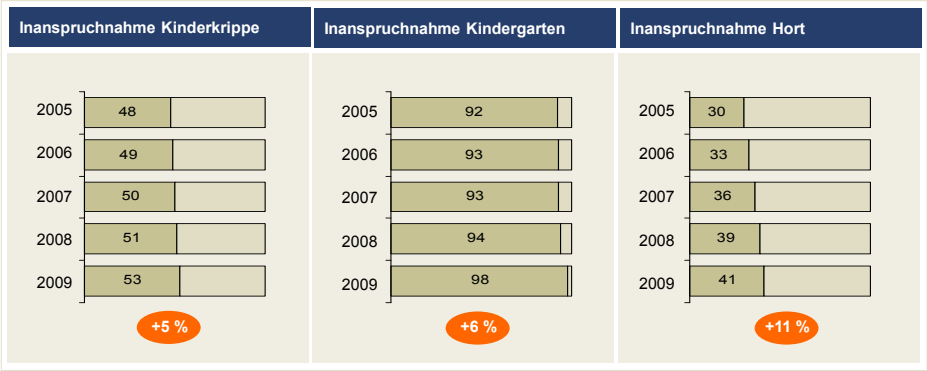
Parallel dazu verzeichneten die Stadt Halle (Saale) und der Eigenbetrieb ein verändertes Nutzungsverhalten welches sich weiterhin auch positiv auf die Auslastung der Kindertageseinrichtungen auswirkt:

In den kommenden Jahren geht der Eigenbetrieb Kindertagesstätten von einem weiteren Anstieg der Zahlen in den Kinderkrippen und einer gegenüber den anderen Bereichen stärker ansteigenden Nachfrage nach Hortplätzen aus. Im Zeitraum 2015 bis 2025 wird derzeit eine sinkende Nachfrage im Bereich der Kinderkrippen prognostiziert. Für den Bereich der Kindertagesstätten gehen wir davon aus, dass eine steigende Nachfrage bis 2020 zu verzeichnen sein wird.

Im gesamten Stadtgebiet stiegen die Belegungszahlen gegenüber dem Gründungsjahr um 27 Prozent. Wurden im Jahr 2006 in Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale) 11.294 Kinder betreut, so waren es im Jahresmittel des Berichtsjahres 2010 bereits 14.370 Kinder. Absolut 3.076 belegte Plätze mehr gegenüber dem Ausgangsjahr.

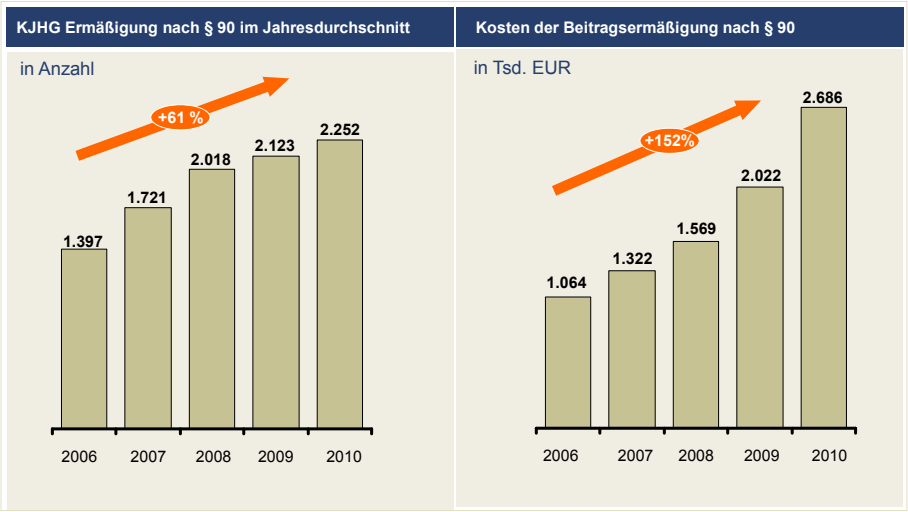


Für die Produktbereiche Kinderkrippe und Hort zog die Nachfrage in den vergangenen Jahren spürbar an. Diese verteilt sich auf die Stadtgebiete dabei sehr unterschiedlich. Bevorzugte Gebiete sind vor allem Innenstadtlagen und daran angrenzende Stadtviertel. In allen Produktbereichen (Kinderkrippe, Kindergarten, Hort) stieg demnach auch die Rate der Inanspruchnahme.



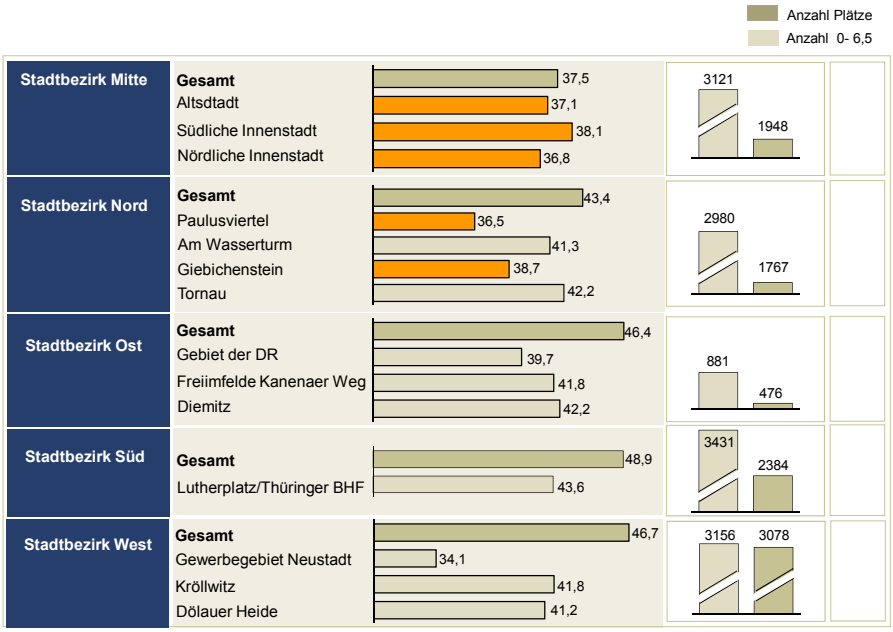
Voraussichtliche Entwicklung

Die Auslastung und die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes werden im Wirtschaftsjahr 2011 weiter ansteigen. Wir gehen derzeit davon aus, dass wir gegenüber dem Berichtszeitraum die durchschnittliche Belegungszahl um weitere 200 Kinder steigern werden können.
Diese Entwicklung führt zu Erlössteigerungen bei den platzbezogenen Zuschüssen. Der Planwert der Benutzungsgebühren wird im Wirtschaftsjahr 2011 voraussichtlich erreicht werden können.
Parallel dazu prognostizieren wir Mehreinnahmen bei KJHG-Ermäßigungen. Hauptursache dafür ist, dass in den vergangenen Jahren zunehmend Eltern Anspruch auf Ermäßigungen haben und diesen geltend machen.
Der dann eintretende Mechanismus sind sinkende Erlöse aus Benutzungsgebühren und steigende Erlöse aus Ermäßigungen. Diese Unter- /Überschreitungen werden sich unterjährig jedoch nicht abbilden, sondern erst im Rahmen von Nachforderungen nach Erstellung des Jahresabschlusses 2011. Auch gegenüber dem Berichtszeitraum 2010 verzeichnet der Eigenbetrieb Kindertagesstätten einen ansteigenden Trend in der Quote der KJHG-Ermäßigungen.



Diese gesetzliche Ermäßigung dient letztlich auch dazu, Einkommensunterschiede auszugleichen und somit den Zugang zu frühkindlicher Bildung jedem zu ermöglichen.

In den kommenden Jahren wird es nach Auffassung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten zu einem Umbau der vorhandenen Platzkapazitäten im Stadtgebiet kommen müssen. Dabei wird insbesondere von einer weiterhin anziehenden Nachfrage in Stadtteilen ausgegangen, die unter dem durchschnittlichen Lebensalter der Stadt Halle (Saale) liegen. Schon heute sind das die Stadtteile aus denen Eltern und Kinder in einem erheblichen Maße in Stadtbezirke mit ausreichenden Kapazitäten ausweichen.



* Altersdurchschnitt 1993 bis 2009, Stadtteile unter dem Gesamtdurchschnitt von 45,6

Mitarbeiter

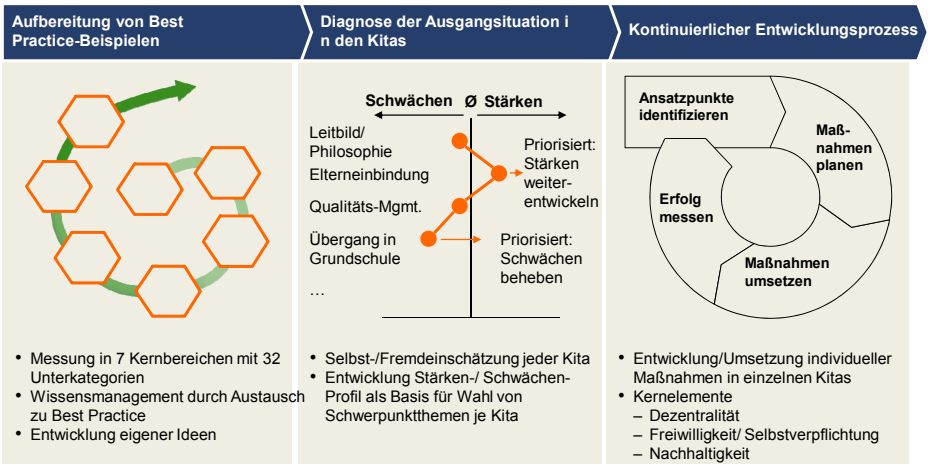
Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 624 und konnte damit gegenüber dem Vorjahr trotz steigender Kinderzahlen leicht gesenkt werden. Grund dafür waren das Auslaufen des Tarifvertrages zur Absenkung der Arbeitszeit und der Abschluss von Einzelverträgen mit allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Kindertagesstätten.

Auch im Jahre 2010 wurden umfangreiche Aktivitäten zur Erhaltung und kontinuierlichen Qualifikation der Mitarbeiter fortgesetzt. Beispielhaft sind hier die Ausbildungen zur Kinderschutzfachkraft und zu Sprachstandsfeststellung zu nennen.

Qualitätsentwicklung

Neben dem Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten mit dem Ziel, bundesweit ab dem Jahr 2013 jedem Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres die Möglichkeit der Betreuung in einer Einrichtung oder in der Tagespflege zu garantieren, rücken zunehmend auch qualitative Aspekte und vor allem die frühkindliche Bildung in den Fokus der interessierten Öffentlichkeit. Bund und Länder haben deshalb in der Qualifizierungsinitiative für Deutschland auch qualitative Verbesserungen hinsichtlich des Betreuungspersonals und der Sprachförderung zum Ziel erklärt.

Mit dem Projekt Kita-Frühling ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle (Saale) bereits seit dem Jahr 2007 aktiv um ein wissenschaftlich fundiertes, ganzheitliches System zur Evaluierung und Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität bemüht und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Sachen Qualitätsmanagement im Bereich Kinderbetreuung ein.



Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine deutlich höhere Aufmerksamkeit gegenüber der Institution Kindertagesstätten auf der Nutzerseite zu verzeichnen ist und Konsens zur Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern besteht. Denn in kaum einem anderen Land haben sowohl die soziale als auch die kulturelle Herkunft der Kinder einen so großen Einfluss auf ihre Bildungskarriere wie in Deutschland.

Chancen und Risiken

Die Bildungslandschaft ist vielfältigen Veränderungsprozessen ausgesetzt, von denen beispielhaft zu nennen seien:

- Gesamtgesellschaftlich höhere Aufmerksamkeit für Bildungsthemen in Kindertagesstätten, damit verbunden kritischere Betrachtung von Institutionen auf der Nutzerseite
- Gesellschaftlicher Konsens zur Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern sowie als Voraussetzung für den Arbeitsmarkt
- Demographischer Wandel führt zu Rückgang der Zielgruppen, damit verbunden Bedeutung des Marketing zunehmend erkannt
- Fachkräftemangel insbesondere in den Erzieherbereich
- Steigender Konkurrenzdruck zwischen Bildungseinrichtungen durch Vergleichstests, sowie zwischen ganzen Bildungssystemen durch z.B. internationale Vergleichsstudien (z.B. PISA)

Vor dem Hintergrund dieser und anderer Entwicklungen sehen sich alle Akteure der Bildungslandschaft vielfältigen Herausforderungen gegenüber gestellt: z.B.

- Einführung/Anpassung von Finanzsystemen zur Verbesserung der Anreiz- und Steuerungswirkung
- Schaffung leistungsfähiger, flexibler Strukturen
- Aufbau eines professionellen Marketing
- Einführung von Strategien zur Personalgewinnung und kontinuierlichen –entwicklung
- Professionelles Qualitäts-Management
- Anpassung des eigenen Engagements an die verringerten finanziellen Möglichkeiten

Aus diesen Herausforderungen lassen sich folgende Chancen und Risiken ableiten:

Professionalisierung und Akademisierung:

Den Erkenntnissen der Hirnforschung zur Bedeutung der ersten Lernphase entsprechend steigen die Ansprüche an die Ausbildung von Erzieherinnen. Während die Ausbildung von Nachwuchskräften schrittweise an Hoch- bzw. Fachhochschulniveau herangeführt wird, bleibt das Problem der Weiterqualifizierung der bereits im Beruf stehenden Fachkräfte weitgehend ungelöst. Konventionelle Wege der Weiterbildung können angesichts des massiven Qualifizierungsbedarfs und der Größe des Berufsstands nicht ausreichen.

Versorgungsgrad:

Die Angebotslage ist in vielen Randregionen geprägt von Überversorgung angesichts kontinuierlich zurückgehender Kinderzahlen einerseits und einem deutlichen Nachfrageüberhang insbesondere in guten Wohn- und zentrumsnahen Lagen andererseits.

Bildungsanspruch:

In allen Bundesländern liegen seit einigen Jahren erstmals verbindliche Bildungspläne für Kitas vor, die Kindertagesstätten eindeutig als Bildungseinrichtungen begreifen. Erzieherinnen müssen ihr Selbstverständnis entsprechend ändern und sich primär als Lehrkräfte verstehen, sind aber zugleich auf diese Aufgabe nur unzureichend vorbereitet.

Qualität:

Ähnlich wie im Gesundheitsbereich wird auch die Kindertagesbetreuung schrittweise von einem bisher kaum ausgeprägten Qualitätsbewusstsein durchdrungen, das alle relevanten Bereiche von Betreuung, Bildung und Erziehung umfasst. Eltern wählen Kitas immer stärker primär nach Qualitätsgesichtspunkten aus.

Kommerzialisierung:

Privatwirtschaftlich agierende Betreiber von Kindertagesstätten drängen in den Markt und verändern die Landschaft; diese Tendenz wird durch die Einbindung kommerzieller Kita-Träger in die öffentliche Finanzierung in den nächsten Jahren zusätzlich verstärkt. EU- und Bundesgesetzgebung werden zukünftig darauf ausgerichtet.

Bestehende Risiken werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten mit folgenden Maßnahmen gemindert:

Dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist daran gelegen, Chancen zu nutzen und Risiken zu begrenzen. Demzufolge ist das Risikomanagement integraler Bestandteil unserer Unternehmensführung.
Es basiert auf einem systematischen, den gesamten Betrieb umfassenden Prozess der Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung. Ein dafür notwendiges Controlling und Reporting wurde aufgebaut und etabliert. Auf diese Weise können wir ungünstige Entwicklungen frühzeitig erkennen und rasch gegensteuern.

Wesentliche Maßnahmen und Ereignisse im Wirtschaftsjahr 2010

Personalentwicklung

Im Berichtszeitraum lief der Tarifvertrag zur Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit in Kindertagesstätten des Eigenbetriebes aus. In Folge dessen hätten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eine von 30 auf 40 Wochenstunden erhöhte regelmäßige Arbeitszeit leisten müssen.

Da für Kindertagesstätten der Personalbedarf durch das KIFÖG festgelegt wird, hätte sich so ein Überhang von 150 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ergeben. Auf Grund der Tatsache, dass die Gewerkschaften das Fortführen solcher Tarifverträge auf Bundesebene nicht weiter unterstützen und insbesondere auf Grund der in den kommenden Jahren entstehenden Entwicklung, hat sich der Eigenbetrieb Kindertagesstätten entschieden mit den Gewerkschaften zur Fortführung nicht zu verhandeln.

In mehreren Veranstaltungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurde gemeinsam mit der Personalvertretung des Eigenbetriebes eine stufenweise Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit von 30 auf 34 Stunden vereinbart. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit eingeräumt, weiterhin eine wöchentliche Arbeitszeit von 30 Wochenstunden oder geringer zu vereinbaren. In Folge der Veranstaltungen und der Informationspolitik des Eigenbetriebes konnten so 624 Einzelverträge geschlossen werden.

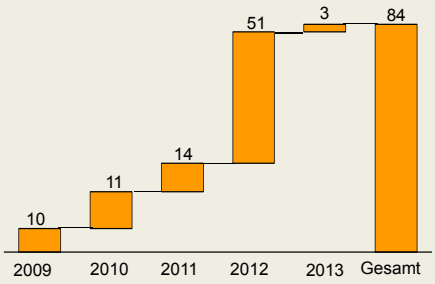
Bereits mit Gründung des Eigenbetriebes zeichnete sich ein erheblicher Umbaubedarf ab:

- drohende Überalterung der Belegschaft,
- kaum junge Fachkräfte im Eigenbetrieb,
- massive Austrittswelle durch Verrentung bis 2012 und darüber hinaus,
- Halbierung der Schulabgängerzahlen / fehlender Nachwuchs an Fachkräften.

Diese festgestellten Bedarfe für Personalentwicklung werden den Eigenbetrieb auch in den kommenden Jahren beschäftigen. Bis 2015 werden weitere Mitarbeiterinnen in Altersrente bzw. ATZ gehen. Gleichzeitig erreicht der Eigenbetrieb Kindertagesstätten in den Belegungszahlen die Kapazitätsgrenze. Daher steht der Eigenbetrieb in Zukunft vor großen Herausforderungen.

Für die Einrichtungen und den Eigenbetrieb ergibt sich die Problemlage, dass die Aufgaben mit begrenzten Mitteln und einer älter werdenden Belegschaft bewältigt werden müssen.

IST Situatation Abgänge (Altersrente)



Im Zeitraum 2009 bis 2012 werden den Eigenbetrieb Kindertagesstätten weiterhin hochqualifizierte Fachkräfte in Größenordnungen (89 Mitarbeiterinnen) durch das Erreichen der Altersgrenze verlassen. Es ergibt sich im Jahr 2012 allerdings ein rasanter Anstieg der Verrentungen.

Herausforderungen für die Personalentwicklung

Teamstruktur entsprechend der planbaren Abgänge anpassen (Umsetzungen) um betriebliche Abläufe sicherzustellen.

Damit einhergehende Teamentwicklungsprozesse planen und steuern.

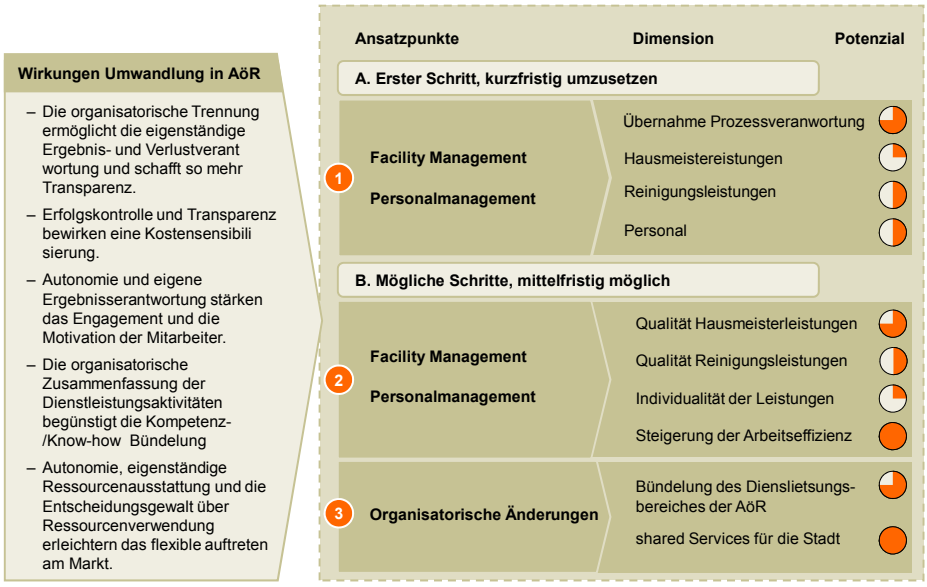
Einstellung von jungen Nachwuchskräften um eine „gesunde“ Altersstruktur zu erreichen und zu halten.

Um diese Herausforderungen anzunehmen, wurde ein Personalentwicklungskonzept erstellt welches sich derzeit in Umsetzung befindet.

Umwandlung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Im Berichtszeitraum wurde durch die Betriebsleitung die Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in eine Anstalt des öffentlichen Rechts geprüft. In der Folge dessen wurde durch die Gremien und abschließend am 24.11.2010 vom Stadtrat die Umwandlung beschlossen. Gegen den Beschluss des Stadtrates erließ das Landesverwaltungsamt eine Verfügung und stoppte zunächst die Umwandlung.

Potentiale & Maßnahmen in einer Anstalt des öffentlichen Rechts



Aktuell wird eine entsprechende Widerspruchsbegründung vorbereitet, Wir gehen derzeit von einer positiven Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes aus. Eine Umwandlung könnte demnach zum 01.01.2012 erfolgen.

Maßnahmen im Konjunkturpaket

Neben der im Berichtszeitraum eröffneten internationalen Kindertagesstätte in der Herwegh Straße wurden über das Konjunkturpaket II die Kindertagesstätten Taubenhaus in der Heinrich-Pera-Straße und die Kindertagesstätte Welt – Entdecker im Böllberger Weg saniert und neu errichtet.

Kita Welt - Entdecker

Kita Welt - Taubenhaus

<u>Die einzelnen Investitionen betrugen:</u>

Kindertagesstätte Herweghstraße:	1,3 Mio EUR
Kindertagesstätte Welt Entdecker:	3,5 Mio EUR
Kindertagesstätten Taubenhaus:	2,5 Mio EUR

Für die o. g. Investitionen in Höhe von insgesamt 7,3 Mio EUR wurden Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von ca. 5,4 Mio. EUR eingesetzt. Die darüber hinaus gehenden Investitionen von 1,9 Mio. EUR wurden somit aus Eigenmitteln realisiert.

Beide letzteren Gebäude wurden von der Europäischen Union als Greenbuilding zertifiziert. Damit unterschreiten beide Gebäude die nationalen Standards im Energieverbrauch um 25 Prozent.

Im Berichtszeitraum entstanden so 120 zusätzliche Plätze durch den Eigenbetrieb in der Innenstadt. Damit wurden seit Gründung des Eigenbetriebes im Innenstadt-Bereich 400 zusätzliche Plätze geschaffen.

Dies wirkt sich auch in der Anzahl bewirtschafteter Plätze deutlich aus. Wurden bei Gründung noch 4.500 Plätze bewirtschaftet, so sind es heute auch durch eine verbesserte Auslastung weit über 5.200 Plätze.

EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kantstraße 1
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:

	T€	%
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	72	72,50
Bauverein Halle & Leuna eG	28	27,50

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens sind die Unterstützung und Pflege hilfsbedürftiger, alter und behinderter Personen insbesondere durch Zurverfügungstellung und Organisation von betreutem Wohnen und das Errichtenlassen von Wohnraum, der für die zuvor genannten Zwecke tauglich ist.

Öffentlicher Zweck:

Gegenstand des Unternehmens sind die Unterstützung und Pflege hilfsbedürftiger, alter und behinderter Personen insbesondere durch Zurverfügungstellung und Organisation von betreutem Wohnen und das Errichtenlassen von Wohnraum, der für die zuvor genannten Zwecke tauglich ist. Der öffentliche Zweck ist daher in der Gesundheitsvorsorge zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Fritschek, Andreas

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	Dr. Schädlich, Michael
	MR Greuel, Mechtild
	Schunke, Michael
	Töpper, Gernot

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
Aufsichtsrat	1	1	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	9.053	96	9.229	96	9.403	96	-176	-2
Umlaufvermögen	377	4	378	4	355	4	-1	-0
Bilanzsumme	**9.430**	**100**	**9.607**	**100**	**9.758**	**100**	**-177**	**-2**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	2.501	27	2.439	25	2.382	25	62	3
Sonderposten für Investitionszulagen	107	1	109	1	112	1	-2	-2
Rückstellungen	34	0	54	1	46	0	-20	-37
Verbindlichkeiten	6.787	72	7.004	73	7.217	74	-217	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	**9.430**	**100**	**9.607**	**100**	**9.758**	**100**	**-177**	**-2**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	868	880	779
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	9	5	83
sonstige betriebliche Erträge	8	4	3
Materialaufwand	264	267	251
Personalaufwand	24	24	23
Abschreibungen	179	179	179
sonstige betriebliche Aufwendungen	60	55	61
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	297	307	315
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	62	57	38
außerordentliche Erträge	0		
außerordentliches Ergebnis	0		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	62	57	38
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	62	57	38

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,19	6,50	4,84	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,56	2,40	1,61	%
Cash-Flow:	241	236	216	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	2,71	2,70	2,63	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,00	96,07	96,36	%
Eigenkapitalquote:	26,52	25,39	24,41	%
Fremdkapitalquote:	73,48	74,61	75,59	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Wohnungsbestand	141,00	141,00	141,00	Anzahl
Stand der Vermietung	99,80	99,90	99,58	%

e) Lagebericht

1. Allgemeines

Die Gesellschaft verwaltet und vermietet die von ihr errichteten bzw. sanierten altengerechten und behindertenfreundlichen Wohnungen im Bereich der südlichen Innenstadt von Halle (Saale).

In dem Wohnungsbestand der Gesellschaft befinden sich unverändert 141 Wohnungen. Davon werden 5 Wohnungen an 4 Gewerbetreibende vermietet.

2. Tätigkeit der Gesellschaft

Im Jahr 2010 war wiederum, wie schon im Vorjahr, ein hoher Vermietungsgrad zu verzeichnen. Die Wohnungen waren durchschnittlich über das Jahr zu 99,8 % vermietet (Vorjahr 99,9 %). Die Wohnungsverwaltung und damit verbunden die soziale Betreuung der Mieter obliegt der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale. Diese Leistungen werden durch Mitarbeiter der Stiftung erbracht. Die Abrechnung erfolgt über einen gesonderten Dienstleistungsvertrag mit der Stiftung.

Im vergangenen Jahr war zu verzeichnen, dass zunehmend Mieter mit Pflegebedarf die Angebote der ewia GmbH nachfragen. Hier hat es sich als positiv für die Gesellschaft erwiesen, dass die Aktivitäten der Mieterbetreuung und der ambulanten Pflege in der Stiftung innerhalb einer Abteilung neu strukturiert wurden. Hierdurch kann es auch Mietern mit Pflegebedarf ermöglicht werden, dass sie so lange wie möglich in der eigenen Wohnung leben. Den Mietern ist es dabei freigestellt, ob sie die Leistungen der Stiftung oder eines anderen Pflegedienstes in Anspruch nehmen.

Durchschnittlich nehmen 14 % der Mieter der Wohnungen der ewia GmbH die Leistungen des ambulanten Pflegedienstes der Paul-Riebeck-Stiftung in Anspruch. Darüber hinaus versorgt die Stiftung bei Bedarf die Mieter mit Mahlzeiten und bietet weitere Serviceleistungen wie Hausmeisterdienste und Reinigung an. Auch hier ist eine verstärkte Nachfrage der Mieter zu verzeichnen.

Die Möglichkeit, dass die verschiedenen Hilfeleistungen durch die mit der Mieterbetreuung betrauten Mitarbeiter der Stiftung organisiert werden, stellt für viele der Mieter ein wichtiges Kriterium für eine Entscheidung zum Abschluss eines Mietvertrages dar.

Hierdurch kann die gute Auslastung der Angebote der ewia dauerhaft sichergestellt werden.

3. Finanzielle Situation der Gesellschaft

Die Ertragslage der Gesellschaft ist durch die gute Auslastung der Wohnungen weiterhin sehr stabil. Im Jahr 2010 waren hier keine signifikanten Schwankungen zu verzeichnen. Die Eigenkapitalquote belief sich 2010 auf 26,5 %. Im Vorjahr lag sie bei 25,4 %. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote ist in der planmäßigen Tilgung der Kredite, die für die Errichtung bzw. Sanierung der Wohnungen aufgenommen wurden, bei gleichzeitiger Verringerung des Verlustvortrages durch den Jahresüberschuss 2010, begründet.

Die Gesellschaft hat im Jahr 2010 Zinsen von 287 TEUR für die aufgenommen Bankdarlehen gezahlt. Die Tilgung der Darlehen belief sich 2010 auf 197 TEUR.

Am 01.12.2010 wurden zwei Gesellschafterdarlehen, welche die Paul-Riebeck-Stiftung im Jahr 2007 an die ewia gewährt hatte, durch ein Darlehen der Bank für Sozialwirtschaft über 252 TEUR abgelöst. Die Gesellschafterdarlehen wurden der Stiftung zurückgezahlt.

Der Bedarf an Instandhaltungen steigt im Vergleich zu den Vorjahren leicht. So wurden im Jahr 2010 hierfür 32 TEUR aufgewandt; im Vorjahr waren dies noch 28 TEUR.

Der Bestand an liquiden Mitteln ist im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert.

Die Umsatzrendite belief sich im Jahr 2010 auf 7,2 %. Im Vorjahr lag sie noch bei 6,5 %.

Das Ergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr noch einmal geringfügig gesteigert werden. Die Gesellschaft erzielt einen Jahresüberschuss von 62 TEUR (Vorjahr 57 TEUR). Hier ist festzustellen, dass das Ergebnis in den kommenden Jahren nicht weiter zu steigern sein wird, wenn nicht neue Angebote geschaffen werden.

4. Chancen und Risiken in der künftigen Entwicklung

Die mit dem demographischen Wandel der Gesellschaft einhergehenden Veränderungen bieten für die ewia GmbH eine Vielzahl von Chancen.

Die Gesellschaft ist im Bereich der südlichen Innenstadt fest als Anbieter von altengerechten Wohnungen etabliert und hat einen guten Ruf. Dieser gute Ruf ist insbesondere in der Zusammenarbeit mit der Paul-Riebeck-Stiftung und dem hier vorhandenen Leistungsspektrum verbunden.

Es ist in den nächsten Jahren davon auszugehen, dass auch im Bereich der südlichen Innenstadt weitere Wohnungsunternehmen in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Objekten der ewia Angebote für altengerechte Wohnungen schaffen. Hier ist der Markt sorgsam zu beobachten und es muss sichergestellt werden, dass die Qualität der Angebote der ewia weiterhin das jetzige hohe Niveau hat. Hierzu gehört auch, dass das Budget für Instandhaltungen der Wohnung in den nächsten Jahren kontinuierlich angehoben wird. Im Jahr 2011 sind hierfür im Wirtschaftsplan der Gesellschaft 44 TEUR vorgesehen. Dies sind 11 TEUR mehr als im Geschäftsjahr 2010.

In diesem Zusammenhang soll auch die Kooperation mit dem Bauverein Halle & Leuna eG verstärkt werden.

Die bisherige erfolgreiche Praxis, eng mit der Stiftung bei der Öffentlichkeitsarbeit zusammenzuarbeiten, soll beibehalten werden. So wird sich die ewia wiederum an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen der Stiftung beteiligen.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist auskömmlich. Es muss allerdings festgestellt werden, dass aufgrund der jetzigen Struktur der Angebote der Gesellschaft keine großen Liquiditätszuflüsse zu erwarten sind. Daraus folgt, dass die Gesellschaft eine Erweiterung des Wohnungsbestands nur mit Unterstützung der Gesellschafter durchführen könnte.

Nach Einschätzung der Geschäftsführung gibt es derzeit keine Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden oder seine Entwicklung beeinträchtigen könnten.

Die Gesellschaft hat keine Zweigniederlassungen und betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:
Dr. Gaudig, Lutz
Hackbart, Jens (bis 07.07.2010)

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
	Böcker, Udo
	Bönisch, Bernhard
	Gärtner, Steffen
	Junghans, Torsten
	Kley, Gerry
	Kocian, Burkhard
	Koppitz, Erhard
	Krause, Johannes
	Lange, Hendrik
	Mahlert, Eckard
	Müller, Raik

Aufsichtsrat:

Nagel, Elisabeth
Richter, Ulrich
Weihrich, Dietmar

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	57	100	54	100	50	99	3	5
Rechnungsabgrenzungsposten					1	1	0	
Bilanzsumme	**57**	**100**	**54**	**100**	**51**	**100**	**3**	**5**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	46	80	44	82	43	84	1	3
Rückstellungen	3	6	2	5	2	4	1	39
Verbindlichkeiten	8	13	7	13	6	12	0	7
Bilanzsumme	**57**	**100**	**54**	**100**	**51**	**100**	**3**	**5**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6	7	6
sonstige betriebliche Erträge		0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	5	6	5
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	2	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	2	2
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	2	2

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	22,42	21,67	33,38	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,22	3,69	5,17	%
Cash-Flow:	1	2	2	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	80,41	82,05	83,73	%
Fremdkapitalquote:	19,59	17,95	16,27	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH - als deren alleinige Gesellschafterin - gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Risiken der Geschäftsentwicklung

Trotz der Leistung von Betriebskostenzuschüssen der Hauptgesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH (2010: 1.017 TEUR; Vorjahr: TEUR 1.117) erwirtschaftete die Maya mare GmbH & Co. KG im Geschäftsjahr 2010 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 656 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 489). Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2010 nicht kostendeckend. Aus diesem Grund waren auch im Berichtsjahr entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafterin notwendig.

Ausblick

Das Maya mare soll seine führende Position im Freizeit- und Bädermarkt in Mitteldeutschland weiter ausbauen und sich deutlicher von seinen unmittelbaren Mitbewerbern Sachsentherme (Leipzig), Riff (Bad Lausick), Toskana-Therme (Bad Sulza), Bulabana (Naumburg) absetzen. Dank kontinuierlicher Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen präsentiert sich das Maya mare als einer der wichtigsten Erholungs- und Freizeitstandorte in Halle (Saale) und im südlichen Sachsen-Anhalt.

Durch den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR-Fernsehen) wurde ein Vergleich der größeren Spaßbäder der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vorgenommen. Das Maya mare konnte hier den Titel „Bestes Spaßbad Mitteldeutschlands“ erringen.

Mit einer kontinuierlichen, jährlichen Besucherzahl von über 300.000 Gästen unterstreicht das Maya mare seine führende Rolle auf dem halleschen Freizeit- und Bädermarkt. Für das Geschäftsjahr 2011 ist es für das Maya mare das Ziel, die guten Besucherzahlen des Berichtsjahres wieder zu erreichen bzw. zu übertreffen.

Die Entwicklung im Freizeit-, Bäder- und Wellnessmarkt zeigt, dass es eine deutliche Verschiebung der Nachfrage hin zum Wellness-, Fitness- und Gesundheitsbereich gibt.

Die Saunalandschaft im Maya mare, die zu den größten und schönsten in Mitteldeutschland zählt, wird mit ihren innovativen Anwendungen den bisherigen positiven Entwicklungstrend ausbauen.

Mit über 1.000 Mitgliedern ist das Viva mare einer der größten Fitness- und Gesundheitsclubs in Halle (Saale). Das Viva mare zeichnet sich durch einen hohen Qualitätsanspruch in der Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Betreuung der Kunden aus. Im Bereich der Präventions- und Gesundheitskurse ist der Club führender Anbieter in Halle. Die Verbindung mit dem Bad und der Saunalandschaft stellt ein Alleinstellungsmerkmal dar, welches dem Unternehmen die Generierung hoher Umsatzbeiträge ermöglicht. Im Fitnessclub Viva mare besteht 2011 das Ziel, dauerhaft einen Mitglieder-Schnitt von deutlich über 1.000 Mitgliedern zu registrieren. Dabei muss das Augenmerk darauf gelegt werden, wieder mehr Mitglieder von der Saunanutzung zu überzeugen.

Im Badbereich konnte in den letzten Jahren eine Stabilisierung der jährlichen Besucherzahlen erreicht werden. Die Geschäftsführung verfolgt das Ziel, im Geschäftsjahr 2011 die Besucherzahlen auf Vorjahresniveau zu halten und ggf. auszubauen. Dieser Bereich hat nach wie vor die größte Besucherfrequenz in der Anlage.

Der im Jahr 2006 neu eröffnete Wellnessbereich konnte sich innerhalb von nur drei Jahren am Markt etablieren. Hier wird eine kontinuierliche Steigerung der Umsätze angestrebt. Dabei wird im Geschäftsjahr 2011 und in den nächsten Jahren stärker die Verbindung zum Viva mare gesucht und ein ganzheitlicher Ansatz für den Bereich Fitness/Gesundheit und Prävention sowie Wellness geschaffen.

Das Maya mare hat sich als moderner Dienstleister im Wellness- und Freizeitmarkt dauerhaft etabliert. Schwerpunkte bilden künftig das Qualitätsmanagement, die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Ausbau und die Entwicklung neuer Segmente und Produkte. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und junge Familien (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnessorientierten Kunden - sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe - (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Der marketingstrategische Ansatz verschiebt sich zukünftig von der plakativen Imagewerbung hin zum zielgruppenorientierten Direktmarketing. Damit wird der breiten Produktpalette und den Kompetenzen in den Bereichen Fitness, Gesundheit, Prävention, Kurssystem, Wellness u. a. Rechnung getragen. Dabei rücken auch moderne Kommunikationsformen (Internetpräsenz, Networking, Kundenbindungsprogramme, Ausbau Kundenbetreuungs- und Direct-Sales-Management u. a.) stärker in den Mittelpunkt.

Der Erlebnisbadbereich soll stärker kommuniziert werden als Angebot für die ganze Familie. Ob junge Familien mit Kindern oder auch die mobilen und jung gebliebenen Großeltern mit Enkelkindern, das Erleben im Familienverband soll in der Kommunikation wieder deutlicher hervorgehoben werden.

Im Bereich der Investitionen sind im Jahr 2011 vor allem Ersatzinvestitionen im Bereich der Technik vorgesehen. Diese sollen in der Zukunft zu weiteren Einsparungen bei den Energie- und Wasserverbräuchen führen.

Im Jahr 2011 wird die Geschäftsführung das Projekt Soleförderung und deren energetischer und balneologischer Nutzung im Rahmen eines zukunftsorientierten Gesamtkonzeptes zur Entscheidung vorlegen.

Hierzu ist durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH im Jahr 2009 für vorbereitende Planungen ein Budget in Höhe von TEUR 80 freigegeben worden. Ende des Jahres 2010 wurde durch das Bergamt Sachsen-Anhalt die Aufsuchungserlaubnis erteilt.

Durch Gesellschafterbeschluss vom 7. Juli 2010 wurde der Geschäftsführer Jens Hackbart von seiner Geschäftsführerfunktion entbunden.

Zur Senkung der Personalkosten wird durch die Geschäftsführung, beginnend mit dem Jahr 2011, ein neues Personalentwicklungskonzept erarbeitet.

Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden schwer zu erreichen sein, will man nicht die Qualität des Angebotes Maya mare einschränken. Die deutlichen Kostensteigerungen für Wasser und Wärme werden das Ergebnis zukünftig jedoch belasten.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig nur über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können.

Darüber hinaus bietet die erfolgte Übernahme der städtischen Bäder der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtwerke Halle Konzern eine Reihe von Potenzialen und Synergien für die Maya mare GmbH & Co. KG.

Durch den Abschluss eines Betriebsführungsvertrages mit der Bäder Halle GmbH vom 10. August 2010 konnte die Maya mare GmbH & Co. KG ein kostengünstiges Betriebsmanagement für die Bäder installieren und dadurch Kompetenzen auf den gesamten Bäderbetrieb der Saalestadt übertragen und gleichzeitig eigene Kapazitäten besser auslasten.

Die Steigerung der Umsatzerlöse im Maya mare und Synergieeffekte im Zusammenhang mit dem Betrieb der städtischen Bäder sollen dauerhaft zur Verringerung der notwendigen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH führen.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2011 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von TEUR 1.417 durch die Hauptgesellschafterin gewährleistet. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH am 2. Dezember 2010 gefasst. Zwischen der Maya mare GmbH & Co. KG und der Stadtwerke Halle GmbH wurde am 12. Januar 2011 eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Im Ergebnis erwartet die Geschäftsführung bei gegebener Liquidität einen Jahresverlust für 2011 in Höhe von TEUR 284.

Da die FTZ ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Maya mare GmbH & Co. KG tätig ist, ergeben sich erhebliche Unternehmensrisiken aus deren Geschäftstätigkeit.

Bei der Maya mare GmbH & Co. KG sind auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Gesellschafter notwendig, die die FTZ aus eigenen Mitteln zu leisten nicht in der Lage wäre. Das Ausbleiben ausreichender Zuschüsse der Gesellschafter kann die FTZ in ihrem Bestand bedrohen. Wesentliche Chancen sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Sie können sich allenfalls mit einer u. U. in der Zukunft erfolgenden Verbesserung der Situation der Maya mare GmbH & Co. KG ergeben.

Maya mare GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Am Wasserwerk 1
06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:

	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:
Dr. Gaudig, Lutz
Hackbart, Jens (bis 07.07.2010)

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar
	Böcker, Udo
	Bönisch, Bernhard
	Gärtner, Steffen
	Junghans, Torsten
	Kley, Gerry
	Kocian, Burkhard
	Koppitz, Erhard
	Krause, Johannes
	Lange, Hendrik
	Mahlert, Eckard
	Müller, Raik

Aufsichtsrat:

Nagel, Elisabeth
Richter, Ulrich
Weihrich, Dietmar

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Anlagevermögen	14.083	97	15.161	95	16.263	93	-1.078	-7
Umlaufvermögen	445	3	842	5	1.271	7	-397	-47
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0			17	0	4	
Bilanzsumme	**14.532**	**100**	**16.003**	**100**	**17.551**	**100**	**-1.472**	**-9**

Passiva	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**	**T€**	**%**
Eigenkapital	3.739	26	4.396	27	4.887	28	-658	-15
Sonderposten für Investitionszulagen	5.808	40	6.368	40	7.048	40	-560	-9
Rückstellungen	171	1	134	1	156	1	37	28
Verbindlichkeiten	4.814	33	5.105	32	5.459	31	-291	-6
Bilanzsumme	**14.532**	**100**	**16.003**	**100**	**17.551**	**100**	**-1.472**	**-9**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.112	3.902	3.706
andere aktivierte Eigenleistungen			4
sonstige betriebliche Erträge	906	785	1.165
Materialaufwand	1.906	1.834	1.763
Personalaufwand	2.523	2.056	1.920
Abschreibungen	1.344	1.538	2.346
sonstige betriebliche Aufwendungen	661	592	585
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	5	31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	218	240	280
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.631	-1.568	-1.988
außerordentliche Erträge	1.017	1.117	1.881
außerordentliche Aufwendungen	3		
außerordentliches Ergebnis	1.015	1.117	1.881
sonstige Steuern	40	38	38
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-656	-489	-145
Belastung auf Kapitalkonten	-656	-489	-145
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-15,96	-12,53	-3,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	-17,55	-11,13	-2,98	%
Cash-Flow:	688	1.049	2.201	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	43	41	46	T€
Personalaufwandsquote:	50,27	43,86	39,38	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,78	94,67	92,60	%
Eigenkapitalquote:	25,73	27,47	27,85	%
Fremdkapitalquote:	74,27	72,53	72,15	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Besucher	330.239,00	316.650,00	310.878,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von preisbereinigten -5,0 % im Jahr 2009 verzeichnete Deutschland in Folge der globalen Finanzkrise die stärkste Rezession seit der Nachkriegszeit. Aufgrund vielfältiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahre 2010 sehr deutlich und zudem robust entwickeln. Dies schlug auf den Arbeitsmarkt durch, sodass 2010 die geringste Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik seit 1992 zu verzeichnen war. Dies gilt auch für Sachsen-Anhalt.

Auch die Bevölkerungsentwicklung in der Saalemetropole Halle verlief günstiger als die Langzeitstudien vermuten ließen. Dennoch wird der Rückgang in der Bevölkerung besonders in den sozio-demografischen Daten sichtbar. Während entsprechend dem Trend immer mehr junge Menschen die Stadt und die Umgebung verlassen, steigt der Anteil der über 45-jährigen. Der Anteil der Einwohner unter 18 Jahre blieb annähernd konstant.

Im Berichtsjahr 2010 zeigte sich, dass die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch durch den Bäder- und Freizeitmarkt überwunden wurden. So stiegen im Jahr 2010 die Besucherzahlen des Maya mare erfreulicherweise um 13.589 Besucher auf insgesamt 330.239 Besucher an, das ist ein Plus von 4,3 % zum Jahr 2009. Gegenüber der Planung verbesserte man sich um 18.036 Besucher (+5,8 %). Damit erzielte das Maya mare die zweithöchste Besucherzahl seit der Eröffnung der attraktiven Freizeitanlage im Süden der Stadt Halle (Saale).

Im Badebereich erhöhte sich die Besucheranzahl im Vergleich zum Vorjahr um 5.191 auf 190.467. Die Gesamtzahl der Mitglieder im Fitnessclub Viva mare stieg weiter an. Am 31. Dezember 2010 waren 1.018 Mitglieder im Fitnessclub gemeldet.

Der Aufwärtstrend bei der Nachfrage in der attraktiven Saunalandschaft des Maya mare hielt auch 2010 ungebrochen an. Insgesamt lösten 65.421 Gäste (+10,9 %) im Geschäftsjahr ein Saunaticket.

Die positive Entwicklung der Gesamtumsatzerlöse hielt auch im Jahr 2010 an. Die Umsatzerlöse stiegen um 210 T€ auf 4.112 T€ an.

Die Kosten für Strom, Wärme und Wasser/Abwasser stellten den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Der Materialaufwand ist insgesamt um 3,9 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dabei stiegen die Kosten für den Wärmebezug um 38 T€ (10,5 %). Die Aufwendungen für den Strombezug betrugen 441 T€ und lagen damit um 45 T€ (11,4 %) über dem Vorjahr.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 467 T€, das entspricht 22,7 %. Diese Erhöhung ist zu einem großen Teil auf die Tarifentwicklung im Rahmen des vereinbarten Haustarifvertrages Maya mare zurückzuführen. Zudem ist die Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um zehn VbE gestiegen.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 7. Juli 2010 wurde der Geschäftsführer Jens Hackbart von seiner Geschäftsführerfunktion entbunden und fristlos gekündigt.

Die Abschreibungen haben sich planmäßig auf insgesamt 1.344 T€ vermindert.

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2010 nicht kostendeckend. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse des Hauptgesellschafters notwendig sein.

Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2010 Investitionen in einer Gesamthöhe von 281 T€ getätigt.

Liquidität

Die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG war im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert. Dies erfolgte unter Inanspruchnahme eines ertragswirksamen Betriebskostenzuschusses des Hauptgesellschafters Stadtwerke Halle GmbH in Höhe von 1.017 T€ (Vj.: 1.117 T€).

Ausblick

Das Maya mare soll seine führende Position im Freizeit- und Bädermarkt in Mitteldeutschland weiter ausbauen und sich deutlicher von seinen unmittelbaren Mitbewerbern Sachsentherme (Leipzig), Riff (Bad Lausick), Toskana-Therme (Bad Sulza) und Bulabana (Naumburg) absetzen. Dank kontinuierlicher Erweiterungs- und Erneuerungsinvestitionen präsentiert sich das Maya mare als einer der wichtigsten Erholungs- und Freizeitstandorte in Halle (Saale) und im südlichen Sachsen-Anhalt.

Durch den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR-Fernsehen) wurde ein Vergleich der größeren Spaßbäder der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vorgenommen. Das Maya mare konnte hier den Titel „Bestes Spaßbad Mitteldeutschlands“ erringen.

Durch die neue Therme in Thale, welche im März 2011 eröffnet wird, erhöht sich jedoch auch der Wettbewerbsdruck.

Mit einer kontinuierlichen, jährlichen Besucherzahl von über 300.000 Gästen unterstreicht das Maya mare seine führende Rolle auf dem halleschen Freizeit- und Bädermarkt. Für das Geschäftsjahr 2011 ist es für das Maya mare das Ziel, die guten Besucherzahlen des Berichtsjahres wieder zu erreichen bzw. zu übertreffen.

Die Entwicklung im Freizeit-, Bäder- und Wellnessmarkt zeigt, dass es eine deutliche Verschiebung der Nachfrage hin zum Wellness-, Fitness- und Gesundheitsbereich gibt.

Die Saunalandschaft im Maya mare, die zu den größten und schönsten in Mitteldeutschland zählt, wird mit ihren innovativen Anwendungen den bisherigen positiven Entwicklungstrend ausbauen.

Mit über 1.000 Mitgliedern ist das Viva mare einer der größten Fitness- und Gesundheitsclubs in Halle (Saale). Das Viva mare zeichnet sich durch einen hohen Qualitätsanspruch in der Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Betreuung der Kunden aus. Im Bereich der Präventions- und Gesundheitskurse ist der Club führender Anbieter in Halle. Die Verbindung mit dem Bad und der Saunalandschaft stellt ein Alleinstellungsmerkmal dar, welches dem Unternehmen die Generierung hoher Umsatzbeiträge ermöglicht. Im Fitnessclub Viva mare besteht 2011 das Ziel, dauerhaft einen Mitglieder-Schnitt von deutlich über 1.000 Mitgliedern zu registrieren. Dabei muss das Augenmerk darauf gelegt werden, wieder mehr Mitglieder von der Saunanutzung zu überzeugen.

Im Badbereich konnte in den letzten Jahren eine Stabilisierung der jährlichen Besucherzahlen erreicht werden. Die Geschäftsführung verfolgt das Ziel, im Geschäftsjahr 2011 die Besucherzahlen auf Vorjahresniveau zu halten und ggf. auszubauen. Dieser Bereich hat nach wie vor die größte Besucherfrequenz in der Anlage.

Der im Jahr 2006 neu eröffnete Wellnessbereich konnte sich innerhalb von nur drei Jahren am Markt etablieren. Hier wird eine kontinuierliche Steigerung der Umsätze angestrebt. Dabei wird im Geschäftsjahr 2011 und in den nächsten Jahren stärker die Verbindung zum Viva mare gesucht und ein ganzheitlicher Ansatz für den Bereich Fitness/Gesundheit und Prävention sowie Wellness geschaffen.

Das Maya mare hat sich als moderner Dienstleister im Wellness- und Freizeitmarkt dauerhaft etabliert. Schwerpunkte bilden künftig das Qualitätsmanagement, die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Ausbau und die Entwicklung neuer Segmente und Produkte. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und junge Familien (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnessorientierten Kunden - sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe - (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Der marketingstrategische Ansatz verschiebt sich zukünftig von der plakativen Imagewerbung hin zum zielgruppenorientierten Direktmarketing. Damit wird der breiten Produktpalette und den Kompetenzen in den Bereichen Fitness, Gesundheit, Prävention, Kurssystem, Wellness u. a. Rechnung getragen. Dabei rücken auch moderne Kommunikationsformen (Internetpräsenz, Networking, Kundenbindungsprogramme, Ausbau Kundenbetreuungs- und Direct-Sales-Management u. a.) stärker in den Mittelpunkt.

Der Erlebnisbadbereich soll stärker kommuniziert werden als Angebot für die ganze Familie. Ob junge Familien mit Kindern oder auch die mobilen und jung gebliebenen Großeltern mit Enkelkindern, das Erleben im Familienverband soll in der Kommunikation wieder deutlicher hervorgehoben werden.

Im Bereich der Investitionen sind im Jahr 2011 vor allem Ersatzinvestitionen im Bereich der Technik vorgesehen. Diese sollen in der Zukunft zu weiteren Einsparungen bei den Energie- und Wasserverbräuchen führen.

Im Jahr 2011 wird die Geschäftsführung das Projekt Soleförderung und deren energetischer und balneologischer Nutzung im Rahmen eines zukunftsorientierten Gesamtkonzeptes zur Entscheidung vorlegen.

Hierzu ist durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH im Jahr 2009 für vorbereitende Planungen ein Budget in Höhe von TEUR 80 freigegeben worden. Ende des Jahres 2010 wurde durch das Bergamt Sachsen-Anhalt die Aufsuchungserlaubnis erteilt.

Zur Senkung der Personalkosten wird durch die Geschäftsführung, beginnend mit dem Jahr 2011, ein neues Personalentwicklungskonzept erarbeitet.

Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden schwer zu erreichen sein, will man nicht die Qualität des Angebotes Maya mare einschränken. Die deutlichen Kostensteigerungen für Wasser und Wärme werden das Ergebnis zukünftig jedoch belasten.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig nur über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können.

Darüber hinaus bietet die erfolgte Übernahme der städtischen Bäder der Stadt Halle (Saale) durch den Stadtwerke Halle Konzern eine Reihe von Potenzialen und Synergien für die Maya mare GmbH & Co. KG.

Durch den Abschluss eines Betriebsführungsvertrages mit der Bäder Halle GmbH vom 10. August 2010 konnte die Maya mare GmbH & Co. KG ein kostengünstiges Betriebsmanagement für die Bäder installieren und dadurch Kompetenzen auf den gesamten Bäderbetrieb der Saalestadt übertragen und gleichzeitig eigene Kapazitäten besser auslasten.

Die Steigerung der Umsatzerlöse im Maya mare und Synergieeffekte im Zusammenhang mit dem Betrieb der städtischen Bäder sollen dauerhaft zur Verringerung der notwendigen Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH führen.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2011 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.417 T€ durch die Hauptgesellschafterin gewährleistet. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH am 2. Dezember 2010 gefasst. Zwischen der Maya mare GmbH & Co. KG und der Stadtwerke Halle GmbH wurde am 12. Januar 2011 eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Im Ergebnis erwartet die Geschäftsführung bei gegebener Liquidität einen Jahresverlust für 2011 in Höhe von 284 T€.

Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge werden auch zukünftig Zuschüsse der Gesellschafter, namentlich der Kommanditisten, notwendig sein.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Glauchaer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 287

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	287	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
   a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
   b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Cremer, Manfred

Stiftungsvorstand:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
	Kogge, Tobias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	287	53	287	55	287	56	0	0
Umlaufvermögen	250	47	232	45	221	44	18	8
Bilanzsumme	**536**	**100**	**518**	**100**	**508**	**100**	**18**	**3**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	536	100	518	100	508	100	18	3
Bilanzsumme	**536**	**100**	**518**	**100**	**508**	**100**	**18**	**3**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	15	16	127
sonstige betriebliche Aufwendungen	7	4	34
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	10	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18	22	94
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	18	22	94
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	8	10	100
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	10	13	-7

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	3,43	4,41	18,17	%
Cash-Flow:	18	22	94	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	53,45	55,31	56,43	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	220.361,00	m²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m²
Verkehrsfläche	799,00	799,00	7.697,00	m²
Waldfläche	557,00	557,00	0,00	m²

e) Lagebericht

Die Oelhafe-Zeysesche-Stiftung unterstützt sozial benachteiligte Einwohner der Stadt Halle (Saale). Der Stiftungszweck wird durch die Verpachtung und Verwaltung des Grundbesitzes verwirklicht.

Die Jahresrechnung zur Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben wurde durch die Stiftungsverwaltung erstellt und durch das Landesverwaltungsamt, Referat Stiftungen, vorab geprüft.
Die Feststellung des Jahresberichtes 2010 und Entlastung des Geschäftsführers erfolgte in der Vorstandssitzung vom 05.04.2010.

Ertragslage

Die Ertragslage der Stiftung ist gefestigt und aus dem operativen Geschäft heraus als stabil zu bezeichnen.

Aus den Pachtverträgen wurden im Jahr 2010 Pachteinnahmen in Höhe von 14.578,37 € erzielt. Die Pachtzahlungen erfolgten pünktlich zu den vertraglich vereinbarten Fälligkeiten.

Da der Grundbesitz der Stiftung längerfristig verpachtet ist, kann auch für die nächsten Jahre von einer konstanten Pachteinnahme ausgegangen werden.

Aus Wertpapieren wurden Zinsen in Höhe von 10.448,75 € erwirtschaftet. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 25.270,22 €.

Betrieblicher Aufwand

Die Gesamtaufwendungen erhöhten sich unwesentlich auf 7 T€ durch satzungsmäßige Ausgaben im ideellen Bereich. Die Ausgaben im Verwaltungsbereich blieben nahezu unverändert.

Vermögenslage

Die Stiftung kann gemäß § 58 Nr. 7a AO ein Drittel des Überschusses aus der Vermögensverwaltung einer freien Rücklage zuführen.

Bei einem Überschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von 24.856,37 € wurde eine Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO in Höhe von 8.285,46 € eingestellt, d. h. ein Drittel der Mittel wurden regelungskonform verwendet.

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten. Die freie Rücklage beträgt nunmehr insgesamt 52.128,29 €.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Kantstraße 1
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungskapital in T€: 12.629

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand:		Fritschek, Andreas	
Stiftungsrat:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	
		Dr. Brockmann, Justus	(bis 18.09.2010)
		Dr. Wend, Detlef	(seit 19.09.2010)
		Kogge, Tobias	
		MR Greuel, Mechtild	
		Töpper, Gernot	

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	0	1	1

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH	73	72,50
Serva GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	49.959	94	51.239	94	52.420	94	-1.280	-2
Umlaufvermögen	3.325	6	3.535	6	3.618	6	-210	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	22	0	13	0	21	0	9	69
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	46	0					46	
Bilanzsumme	**53.352**	**100**	**54.787**	**100**	**56.059**	**100**	**-1.435**	**-3**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	16.200	30	16.066	29	15.758	28	134	1
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	23.162	43	23.842	43	24.536	44	-680	-3
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	937	2	976	2	1.017	2	-39	-4
Rückstellungen	788	1	1.102	2	1.339	2	-314	-28
Verbindlichkeiten	11.782	22	12.354	23	12.918	23	-572	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	483	1	447	1	491	1	36	8
Bilanzsumme	**53.352**	**100**	**54.787**	**100**	**56.059**	**100**	**-1.435**	**-3**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	16.359	15.615	15.486
sonstige betriebliche Erträge	1.621	1.875	1.084
Materialaufwand	3.462	3.168	2.981
Personalaufwand	11.385	11.012	11.639
Abschreibungen	1.544	1.558	1.612
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	719	735	786
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.785	1.798	1.413
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	10	1	
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	11	13	14
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30	23	113
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens	3	8	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	444	421	399
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	128	298	-569
außerordentliche Erträge	18	17	5
außerordentliche Aufwendungen	12	7	10
außerordentliches Ergebnis	6	11	-5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	134	308	-575
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	134	308	-575
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,82	1,97	-3,71	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,83	1,92	-3,65	%
Cash-Flow:	1.681	1.874	1.045	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	45	49	50	T€
Personalaufwandsquote:	63,32	62,96	70,24	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,29	89,74	89,75	%
Eigenkapitalquote:	30,36	29,32	28,11	%
Fremdkapitalquote:	69,64	70,68	71,89	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Altenpflegeplätze	424,00	424,00	413,00	Anzahl
Kurzzeitpflegeplätze	0,00	0,00	9,00	Anzahl
Pflegeplätze für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung	221,00	217,00	214,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Allgemeines

Die Stiftung hat ihre erfolgreiche Arbeit im Jahr 2010 fortgesetzt. Durch die Umsetzung des Zukunftsprogramms konnte erreicht werden, dass sich das Ergebnis der Stiftung weiter stabilisiert hat und auch im Jahr 2010, wie schon im Jahr 2009, wieder ein positives Ergebnis erzielt werden konnte.

Der im Bereich der Altenpflege begonnene Umstrukturierungsprozess wurde fortgesetzt. Ziel des Prozesses ist es, die Arbeit in diesem Bereich so zu verbessern, dass in einer Zeit größer werdenden Wettbewerbs- und Kostendrucks dauerhaft sinnvolle und kundenorientierte Angebote gemacht werden können.

Das positive Jahresergebnis konnte, anders als im Vorjahr, in dem es noch durch viele Sondereinflüsse geprägt war, durch die positive Entwicklung der laufenden Geschäftstätigkeit erreicht werden.

2. Entwicklung 2010

Altenhilfe

Die Ertragslage der Stiftung hat sich weiter stabilisiert. Durch eine verbesserte Auslastung im Bereich Altenpflege konnte das Ergebnis, anders als im Vorjahr, aus der laufenden Geschäftstätigkeit erzielt werden. Die begonnenen Umstrukturierungen im Bereich Altenpflege haben mit dazu beigetragen, dass sich das Ergebnis verbessert hat. Die Auslastung in den vier Altenpflegeheimen konnte von 94,97 % im Jahr 2009 auf 96,3 % im Jahr 2010 verbessert werden. Dabei war die Auslastung in dem Altenpflegeheim Haus der Generationen und den Hausgemeinschaften für Menschen mit Demenz, die mit 90 Plätzen über 21,4 % der Gesamtkapazität auf dem Gebiet der stationären Altenpflege verfügen, im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen konstant. Die beiden großen Altenpflegeheime Riebeckpark und Akazienhof, die mit 298 Plätzen über 78,6 % der Gesamtkapazität verfügen, konnten ihre Auslastung verbessern. Die im Jahr 2009 vollzogene Umnutzung der Kurzzeitpflege zu einer Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz hat sich als positiv erwiesen. Die Wohngemeinschaft für Menschen mit Demenz ist durchschnittlich mit 96,3 % ausgelastet.

Problematisch im Bereich der Altenpflege ist nach wie vor die Finanzierung der beiden Tagespflegeeinrichtungen im Akazienhof und im Haus im Park. Es ist nicht gelungen, für diese Einrichtungen kostendeckende Pflegesätze zu vereinbaren. Hierzu ist festzustellen, dass sich die beiden Einrichtungen mit den vereinbarten Pflegesätzen schon jetzt im oberen Bereich bewegen und die Vereinbarung von kostendeckenden Pflegesätzen ausgeschlossen ist. Hier muss dringend die inhaltliche Arbeit und die Kostenstruktur insbesondere im Bereich der Personalkosten verändert werden.

Der Bereich der altengerechten Wohnungen zeichnet sich durch eine stabile Auslastung aus. Diese lag im Jahr 2010 bei 100 %.
Im Juni 2010 wurde die ambulante Pflege dem Bereich Wohnen zugeordnet. Ziel der Neustrukturierung war, dass die Leistungen für die Mieter der Stiftung besser vernetzt werden und die Aktivitäten der Bereiche ambulante Pflege und Wohnen besser miteinander abgestimmt werden. Diese Umstrukturierung hatte den gewünschten Effekt. Durch die engere Zusammenarbeit wird sichergestellt, dass den Mietern die Leistungen der ambulanten Pflege bei Bedarf zur Verfügung gestellt wurden. Die ambulante Pflege, die über viele Jahre defizitär gearbeitet hat, kann inzwischen ein ausgeglichenes Ergebnis vorweisen.

Die Paul-Riebeck-Stiftung hat zum 01.01.2010 die Betreuung von zwei sog. Musterwohnungen des Bauvereins Halle & Leuna e.G. übernommen. Die Paul-Riebeck-Stiftung erbringt hier Beratungsleistungen zur Wohnraumanpassung, zum barrierefreien Wohnen, zum Notruf, zu Betreuungs- und Hilfeleistungen für die Mieter. Dazu zählen auch Vorortbesuche bei Mietern, die eine Wohnraumanpassung wünschen sowie die Beantragung eines finanziellen Zuschusses bei der Krankenkasse/Pflegekasse.

Behindertenhilfe

Der Bereich der Behindertenhilfe ist weiterhin der Garant für das positive Ergebnis der Stiftung. Durch die außerordentlich gute Auslastung im Bereich des Förderwohnheims für Menschen mit geistigen Behinderungen (durchschnittlich 99,9%), der Tagesstätte (durchschnittlich 100%) und der betreuten Wohnungen (durchschnittlich 98,8%) konnte hier ein positives Ergebnis erzielt werden, welches wesentlich zum Gesamterfolg des Unternehmens beiträgt. Dies gilt auch für den Bereich Wohnheim für Menschen mit seelischen Behinderungen.

Baumaßnahmen

Die Sanierung der Aufenthaltsbereiche und Wohnbereiche im Altenpflegeheim Riebeckpark wurde 2010 wie geplant fortgesetzt. Hierfür wurden 287 TEUR aufgewandt.

Im August 2010 begannen nach einer knapp halbjährigen Vorbereitungszeit die Arbeiten zur Errichtung einer Kindertagesstätte in den Räumen der ehemaligen Küche im Altenpflegeheim Riebeckpark. Hier entsteht eine Kindertagesstätte, die an die Outlaw gGmbH, einem bundesweit tätigen Träger der freien Jugendhilfe, vermietet wurde. Zur Finanzierung der Umbauten wurde bei der Bank für Sozialwirtschaft ein Darlehen über 500 TEUR im Jahr 2010 zugesagt, aber noch nicht abgerufen. Die Arbeiten zur Errichtung der Kita verliefen planmäßig.

Vorangetrieben wurden im Jahr 2010 die Planungen für die Sanierung des Altenpflegeheims Akazienhof. Hier sollen die Flure, die Aufenthaltsbereiche, die Bäder und die Dienstzimmer grundlegend verändert werden. Außerdem erhält das Haus eine flächendeckende Brandmeldeanlage. Die Arbeiten beginnen im Mai 2011.

Die Instandhaltungsmaßnahmen wurden auf dem hohen Niveau von 2009 weiterhin fortgeführt. Es zeigt sich, dass nach zum Teil 15jähriger Nutzung ein höherer Bedarf an Instandhaltung und Ersatzbeschaffung, insbesondere im Bereich der technischen Gebäudeausrüstung, besteht.

Finanzielle Situation der Stiftung

Die wirtschaftliche und damit auch die finanzielle Situation der Stiftung hat sich aufgrund der oben beschriebenen Entwicklungen in den letzten beiden Jahren positiv entwickelt. Nicht zuletzt durch große Einsparungen im Bereich der Personalkosten, die durch die Vereinbarung des betrieblichen Bündnisses für Arbeit erzielt wurden, kann wieder ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden.

Die Stiftung hat sich mit dem Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband verpflichtet, mit dem Betriebsrat über eine neue Arbeitsordnung und die Zahlung eines Erfolgsentgeltes zu verhandeln. Nach dreijährigen Verhandlungen konnten diese Anfang 2011 abgeschlossen werden. Neben einer Arbeitsordnung für die bei der Stiftung beschäftigten Mitarbeiter wurde mit dem Betriebsrat die Zahlung eines freiwilligen Erfolgsentgelts vereinbart. Die Zahlung des freiwilligen Erfolgsentgelts beeinflusst das Ergebnis der Stiftung wesentlich. Die Zahlung des Erfolgsentgelts wird durch den Vorstand jedoch als angemessen und richtig erachtet, haben es doch die Mitarbeiter mit ihrem Verzicht auf die Einmalzahlungen nach TVöD erst ermöglicht, dass die Stiftung wieder ein positives Ergebnis erzielen kann.

Die Eigenkapitalquote liegt 2010 bei 30,3 %. 2009 lag sie noch bei 29,3 %.

Die Stiftung verzeichnet einen Zuwachs des Finanzmittelfonds zum Ende 2010 von 169 TEUR.

Das Anlagevermögen hat sich durch planmäßige Abschreibungen von 1.536 TEUR auf 49.959 TEUR verringert.

Das Stiftungskapital konnte mit 12.629 TEUR unverändert erhalten werden.

Der Umsatz der Stiftung konnte durch höhere Einnahmen bei den Pflegesätzen und der besseren Auslastung im Vergleich zum Jahr 2009 um 744 TEUR auf 16.359 TEUR im Jahr 2010 erhöht werden.

3. Beteiligungen

3.1 ewia GmbH

Die Paul-Riebeck-Stiftung war auch im Jahr 2010 mit einem Gesellschaftsanteil von 72,5 % an der ewia GmbH beteiligt. Die ewia erzielt im Jahr 2010 ein Ergebnis von 62 TEUR. Der Umsatz der Gesellschaft belief sich 2010 auf 868 TEUR.

Die ewia ist Eigentümerin von 136 altengerechten und behindertenfreundlichen Wohnungen.

Außerdem vermietet sie vier Gewerbeeinheiten. Die Wohnungen waren im Jahr 2010 durchschnittlich zu 99,79 % vermietet.

Die Betreuung der Mieter im pflegerischen, hauswirtschaftlichen und sozialen Bereich wird auf deren Wunsch hin durch Mitarbeiter der Stiftung erbracht.

Die Darlehen, die die Stiftung der ewia gewährt hat, wurden im Jahr 2010 vollständig zurückgezahlt.

3.2 serva GmbH

Die „Akazienhof“ gGmbH wurde zum 01.01.2009 in die serva GmbH umfirmiert. Die Stiftung ist alleiniger Gesellschafter. Die serva GmbH erbringt Reinigungs- und sonstige hauswirtschaftliche Leistungen für die Stiftung. Der Umsatz der Gesellschaft belief sich 2010 auf 299 TEUR.

Die serva GmbH erzielt im Jahr 2010 ein Ergebnis von 10 TEUR.

Die serva GmbH erbringt seit Januar 2009 die Unterhaltsreinigung für die Paul-Riebeck-Stiftung. Um eine fachliche Anleitung und Führung der Mitarbeiter zu gewährleisten, wurde die Gegenbauer Holding SA & Co. KG, Halle (Saale), mit dem Management für die Reinigungs- und Hauswirtschaftsleistungen beauftragt.

4. Entwicklung im Jahr 2011

Im Bereich der Altenpflege und zunehmend auch im Bereich der Vermietung von altengerechten Wohnungen ist unverändert festzustellen, dass immer mehr Marktteilnehmer mit immer neuen Angeboten auf dem Markt vertreten sind. Diese Entwicklung wird weniger von der tatsächlichen Bedarfssituation, als vielmehr von Phantasien über die möglichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Bedarf an Hilfeleistungen gedeckt.

Zunehmend erkennen auch die in Halle tätigen Wohnungsunternehmen, dass es hier einen Markt gibt und erschließen sich ihn, in dem sie eigene Angebote an altengerechten Wohnungen errichten.

Die Zunahme der Angebote ist auch im Bereich der stationären und teilstationären Angebote für die Altenpflege zu verzeichnen.

Dass es der Stiftung trotz des höheren Wettbewerbsdrucks gelingt, die Angebote gut auszulasten, zeigt, dass die Stiftung einen guten Namen hat, und dies ist gerade in einem Markt, in dem es um Hilfeleistungen in sehr persönlichen Lebensbereichen der Nutzer geht, ausgesprochen wichtig.

Ziel der Arbeit muss es sein, diesem guten Namen durch eine weiterhin qualitativ hochwertige Arbeit gerecht zu werden.

Hierzu trägt auch die verstärkte Kooperation in der inhaltlichen Arbeit z. B. mit der Katholischen Wohltätigkeitsanstalt zur heiligen Elisabeth und dem Bauverein Halle & Leuna e. G. bei.

Die Stiftung hat im Jahr 2010 damit begonnen, verstärkt ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen. Hierfür wurde eine eigene Stelle in der Stiftung geschaffen. Dieser Weg soll auch im kommenden Jahr konsequent fortgesetzt werden. Denn nur wenn es der Stiftung gelingt, das Umfeld im Bereich der südlichen Innenstadt in ihre Arbeit einzubeziehen, kann sichergestellt werden, dass eine dauerhaft gute Auslastung gewährleistet ist. Die Öffnung der stationären Angebote der Altenhilfe in das Wohnumfeld wird deshalb einer der Schwerpunkte der Arbeit sein.

Auch die Schaffung neuer und in Verbindung mit einem Altenpflegeheim möglicherweise ungewöhnlicher Angebote wie das eines Kindergartens, wird dazu beitragen, dass sich die Attraktivität der Angebote erhöht.

Im Bereich der Behindertenhilfe wird sich im Land Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren ein Wandel vollziehen. Die Tendenz ist, dass es einen Wandel von stationären hin zu ambulant betreuten Wohnformen geben wird.

Hintergründe dafür sind zum einen die Tatsache, dass ambulante Angebote den Bedürfnissen der meisten der behinderten Menschen eher gerecht werden, zum anderen wird aber der Druck seitens der Kostenträger, die Angebote günstiger als bisher zu erbringen, mit Sicherheit zunehmen.

Die Paul-Riebeck-Stiftung wird für diesen Prozess der Veränderung, der sicher mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, ein Konzept erarbeiten und sich dieser neuen Herausforderung stellen.

Durch das Instandhaltungsprogramm für die beiden großen Altenpflegeheime Riebeckpark und Akazienhof, in dem bis Mitte 2012 2,2 Mio. Euro eingesetzt werden, wird sichergestellt, dass die Angebote auch von den räumlichen Bedingungen her wettbewerbsfähig sind. Die Lage der Altenpflegeheime in der südlichen Innenstadt, in großen Parkanlagen mit einer ausgezeichneten Verkehrsanbindung soll somit auch weiter als Vorteil genutzt werden, um hochwertige und auch hochpreisige Angebote auf dem Gebiet der Altenpflege im Markt zu platzieren.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Beesener Straße 15
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:

	T€	%
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Eisner, Sylvia	(seit 19.11.2010)
Makiola, Stefan	(bis 18.11.2010)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	3	2	0	0			3	
Umlaufvermögen	122	98	142	100	101	100	-20	-14
Bilanzsumme	**125**	**100**	**142**	**100**	**101**	**100**	**-17**	**-12**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	81	64	81	57	80	79	0	0
Rückstellungen	7	6	9	6	9	9	-2	-22
Verbindlichkeiten	37	30	52	37	12	12	-15	-29
Bilanzsumme	**125**	**100**	**142**	**100**	**101**	**100**	**-17**	**-12**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	299	264	
sonstige betriebliche Erträge	4	0	15
Materialaufwand	30	36	
Personalaufwand	187	152	
Abschreibungen	0	0	
sonstige betriebliche Aufwendungen	76	76	16
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10	1	3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	0	
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	10	1	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	3
Gewinnvortrag/Verlustvortrag		-11	-15
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen		-11	
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	-11

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,47	0,38		%
Eigenkapitalrentabilität:	12,85	1,26	3,43	%
Cash-Flow:	11	1	3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	14	15		T€
Personalaufwandsquote:	61,65	57,54		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,81	0,23		%
Eigenkapitalquote:	64,50	56,81	79,46	%
Fremdkapitalquote:	35,50	43,19	20,54	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Glauchaer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 12.372

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	12.372	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.

(2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:

a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,

b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.

(3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

(4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).

(5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.

(6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulativ festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

** Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 erfolgt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred	
Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 28.01.2010 und seit 01.10.2010)
	stellv. Vorsitzender	Kogge, Tobias	(bis 28.01.2010 und seit 01.10.2010; seit 29.01.2010 bis 30.09.2010 Vorsitzender)
		Haupt, Hanna	
		MR Greuel, Mechtild	
		Scholtyssek, Andreas	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	27.654	86	28.211	93	29.053	94	-557	-2
Umlaufvermögen	4.502	14	2.000	7	1.818	6	2.502	125
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	23	0	21	0	-10	-43
Bilanzsumme	**32.169**	**100**	**30.235**	**100**	**30.892**	**100**	**1.934**	**6**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	18.869	59	18.867	63	18.800	61	2	0
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	3.809	12	3.954	13	4.099	13	-145	-4
Rückstellungen	123	0	111	0	290	1	12	11
Verbindlichkeiten	9.337	29	7.287	24	7.681	25	2.050	28
Rechnungsabgrenzungsposten	31	0	16	0	22	0	15	94
Bilanzsumme	**32.169**	**100**	**30.235**	**100**	**30.892**	**100**	**1.934**	**6**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	3.997	4.098	4.231
sonstige betriebliche Erträge	1.368	1.332	1.427
Materialaufwand	1.863	1.991	1.615
Personalaufwand	2.192	1.962	2.424
Abschreibungen	623	648	646
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	145	145	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	536	657	802
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	100	110	102
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	24	81
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufsvermögens			16
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	404	374	323
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15	77	160
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			2
sonstige Steuern	12	11	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	66	147
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3	66	147

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,06	1,62	3,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,01	0,35	0,79	%
Cash-Flow:	625	715	810	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	130	144	118	T€
Personalaufwandsquote:	40,85	36,14	42,84	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,55	84,46	84,06	%
Eigenkapitalquote:	58,66	62,40	60,86	%
Fremdkapitalquote:	41,34	37,60	39,14	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Altenpflegeplätze	198,00	198,00	224,00	Anzahl
Wohnungen	61,00	61,00	61,00	Anzahl
Auslastung Betreutes Wohnen	92,90	100,00	87,40	%
Auslastung Pflegeplätze	97,70	98,30	94,90	%

e) Lagebericht

Die Stiftung erwirtschaftete auch im Berichtsjahr 2010 ein leicht positives Jahresergebnis.

Sie befand sich jedoch noch das gesamte Berichtsjahr in der Umstrukturierung und Umstellung auf Einzelunterbringung. Die organisatorische und strukturelle Umstellung wurde in diesem Jahr abgeschlossen. Somit stehen gute individuelle Bedingungen für die Bewohner zur Verfügung.

Mit der geplanten Baumaßnahme zur Errichtung von 50 Pflegewohnungen und 7 stationären Pflegeplätzen am Standort Unterplan 10, wurde im März 2011 begonnen. Die Fertigstellung ist für das Frühjahr 2012 geplant. Damit ist ein weiterer wesentlicher Schritt für die Entwicklung der Stiftung erfolgt.

Im Rahmen der Bestandsbaulichkeiten werden im IV./2011 noch 3 zusätzliche Einzelzimmer geschaffen. Darüber hinaus werden wir im Jahr 2012 noch weitere Einzelzimmer durch Umbaumaßnahmen schaffen. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, dass die Ertragslage der Stiftung verbessert wird.

Im Jahr 2011 konnten wir in das Modellprojekt "Bürgerarbeit" aufgenommen werden. Hier erhalten erwerbsfähige Hilfebedürftige, einen versicherungspflichtigen Arbeitsplatz befristet auf 3 Jahre in unseren dafür geschaffenen Projekten. Da wir bereits gute Erfahrungen mit unseren AGH-Massnahmen hatten, ist die Bürgerarbeit für unsere Stiftung und insbesondere für die Bewohner der Stiftung eine große Bereicherung. Es kann so individueller auf die Bedürfnisse der Heimbewohner eingegangen werden.

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Glauchaer Straße 68
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 344

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	344	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
   a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
   b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Dr. Cremer, Manfred
Stiftungsvorstand:	Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert
		Kogge, Tobias

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	344	68	344	70	344	72	0	0
Umlaufvermögen	160	32	147	30	134	28	12	8
Bilanzsumme	**503**	**100**	**491**	**100**	**478**	**100**	**12**	**2**
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	503	100	491	100	478	100	12	2
Bilanzsumme	**503**	**100**	**491**	**100**	**478**	**100**	**12**	**2**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	10	13	13
sonstige betriebliche Aufwendungen	5	6	34
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	6	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12	14	-20
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	12	14	-20
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	6	6	3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	7	7	-23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,47	2,80	-4,09	%
Cash-Flow:	12	14	-20	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	68,29	69,99	71,98	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m²

e) Lagebericht

Die Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung unterstützt sozial benachteiligte blinde und sehschwache Einwohner der Stadt Halle (Saale).
Der Stiftungszweck wird durch die Verpachtung und Verwaltung des Grundbesitzes verwirklicht.

Die Jahresrechnung zur Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben wurde durch die Stiftungsverwaltung erstellt und durch das Landesverwaltungsamt, Referat Stiftungen, vorab geprüft.

Die Feststellung des Jahresberichtes 2010 und Entlastung des Geschäftsführers erfolgte in der Vorstandssitzung vom 05.04.2011.

Ertragslage

Die Ertragslage der Stiftung ist gefestigt und aus dem operativen Geschäft heraus als stabil zu bezeichnen.

Aus den Pachtverträgen wurden im Jahr 2010 Pachteinnahmen in Höhe von 10.485,58 € erzielt. Die Pachtzahlungen erfolgten pünktlich zu den vertraglich vereinbarten Fälligkeiten. Da der Grundbesitz der Stiftung längerfristig verpachtet ist, kann auch für die nächsten Jahre von einer konstanten Pachteinnahme ausgegangen werden.

Aus Wertpapieren wurden Zinsen in Höhe von 6.356,25 € erwirtschaftet. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 17.023,72 €.

Betrieblicher Aufwand

Die Ausgaben im ideellen Bereich sind im Wesentlichen im Vergleich zum Jahr 2009 konstant geblieben. Die Ausgaben im Verwaltungsbereich blieben ebenfalls weitestgehend unverändert. Die Gesamtausgaben im Jahr 2010 belaufen sich auf ca. 5 T€.

Vermögenslage

Die Stiftung kann gemäß § 58 Nr. 7a AO ein Drittel des Überschusses aus der Vermögensverwaltung einer freien Rücklage zuführen.

Bei einem Überschuss aus der Vermögensverwaltung in Höhe von 16.730,49 € wurde eine Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO in Höhe von 5.576,83 € eingestellt, d. h. ein Drittel der Mittel wurden regelungskonform verwendet.

Die Vermögenslage der Stiftung ist stabil, das Stiftungsvermögen wird durch die jährliche Rücklagenbildung gesichert und erhalten. Die freie Rücklage beträgt nunmehr insgesamt 42.239,72 €.

2.6 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Große Nicolaistraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung
Stiftungsvermögen in T€: 6.454

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	6.454	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

a) Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,

b) Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie

c) Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktorium: Birnbaum, Clemens

Kuratorium:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Prof. Dr. Olbertz, Jan-Hendrik (bis 01.06.2010)
stellv. Vorsitzende	Prof. Dr. Wolff, Birgitta (seit 02.06.2010)
	Dr. Bergner, Annegret
	Froboese, Klaus
	Hoberg, Uwe
	Prof. Neven DuMont, Alfred

Fachbeirat:	Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff
		Dr. Latcham, Michael
		Klausing, Ronald (bis 25.11.2010)
		Prof. Dr. Ruf, Wolfgang
		Prof. Steffens, Karl-Heinz
		Quäschning, Bettina
		Voß, Stefan
	Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Ausstehende Einlagen	15.769	60	16.387	62	18.540	67	-617	-4
Anlagevermögen	8.781	33	8.830	33	7.353	27	-49	-1
Umlaufvermögen	1.806	7	1.319	5	1.577	6	487	37
Bilanzsumme	**26.356**	**100**	**26.536**	**100**	**27.469**	**100**	**-180**	**-1**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	25.910	98	25.809	97	26.776	97	101	0
Rückstellungen	427	2	551	2	683	2	-124	-22
Verbindlichkeiten	12	0	175	1	10	0	-163	-93
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0					6	
Bilanzsumme	**26.356**	**100**	**26.536**	**100**	**27.469**	**100**	**-180**	**-1**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	63	16	4
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4	-11	-2
sonstige betriebliche Erträge	3.816	5.177	5.049
Materialaufwand	22		2
Personalaufwand	1.092	1.124	1.158
Abschreibungen	214	129	52
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.844	2.769	2.289
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	10	14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	717	1.171	1.565
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	717	1.171	1.565
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	717	1.171	1.565

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1.142,14	7.331,23	40.013,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,85	4,75	6,21	%
Cash-Flow:	931	1.300	1.617	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	155	288	281	T€
Personalaufwandsquote:	28,13	21,69	22,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	33,30	33,25	26,76	%
Eigenkapitalquote:	98,31	97,26	97,48	%
Fremdkapitalquote:	1,69	2,74	2,52	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Auszug aus dem Tätigkeitsbericht
des Direktors der Stiftung Händel-Haus für das Kalenderjahr 2010
über die Aktivitäten der Stiftung im Kalenderjahr 2010

erstellt am 2. Mai 2011 (Auszug erstellt am 16.08.2011)

Inhalt

1. Ausstellungen
2. Veranstaltungen
2.1. Händel-Festspiele 2010
2.2. Weitere Konzertveranstaltungen
3. Wilhelm-Friedemann-Bach-Jahr
4. Wissenschaft und Forschung
5. Bildung
6. Sonstige Aktivitäten der Stiftung

1. Ausstellungen

In der **Dauerausstellung „Händel - der Europäer“** sowie im Museumsshop wurden diverse Nachbesserungen, Vervollständigungen und Korrekturen durchgeführt. Die Ausstellung selbst wird vom Publikum weiterhin sehr positiv angenommen. Große Probleme bereiten die schweren Buchvitrinen, die selbst aus Ziegelwänden plötzlich herausbrechen. Hier ist seitens der Stiftung an einen Statiker der Auftrag erteilt worden, statische Berechnungen für eine Anbringung vorzulegen, die für alle Buchvitrinen sowie den unterschiedlichen Wandzusammensetzungen (Ziegelwand, Trockenbauwand, Lehmwand etc.) eine gleiche optische Lösung bieten. Auch an die Ausstellungsgestalter wurde der Auftrag erteilt, sich über eine neue Konstruktion Gedanken zu machen. Ungeachtet der Tatsache wurde juristisch geprüft, inwiefern hierbei eine Gewährleistung gegenüber Dritten geltend gemacht werden kann.

Die Dauerausstellung „Händel - der Europäer“ wurde im Herbst 2010 mit zwei bedeutenden, internationalen Designpreisen ausgezeichnet: dem „iF communication design award 2010” und dem „best architects 11“-Preis.

In der **Dauerausstellung „Historische Musikinstrumente“** wurde im Jahr 2010 mit neuester Technik ein „Klingendes Klaviermodell“ realisiert. Ein digitales Klavier birgt die gesampelten Klänge von sechs historischen Sammlungsstücken in sich und kann nun von den Ausstellungsbesuchern jederzeit gespielt werden. Durch eigenes Spielen lernt der Besucher Händels, Mozarts und Beethovens Klaviere kennen. Anhand von sechs Beispielen vermittelt sich über den reinen Klang hinaus eine zweite Erkenntnisebene: Das Phänomen der schrittweisen Klaviaturerweiterung. Das Klaviermodell wurde erstmalig im Rahmen der Langen Nacht der Wissenschaften am 2. Juli 2010 der Öffentlichkeit vorgestellt und erläutert.
Als besonderes Angebot für den Ausstellungsbesucher der „Historischen Musikinstrumente“ finden seit Oktober 2010 jeweils am ersten Sonntag im Monat ein Instrumentenanspiel unter dem Motto **„Authentischer Klang“** statt, die in Kooperation mit der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik durchgeführt wird. Im Jahr 2010 hat die Stiftung Händel-Haus **4 Sonderausstellungen** im Händel-Haus umgesetzt (s. Anlagen). In der Schatzkammer sowie dem sich darin anschließenden Raum wurden die Ausstellungen „Hallesche Händel-Dokumente“ (19.02.-09.05.2010), „Orlando furioso: Ludovico Ariosts Dichtung und Händels Musik“ (04.06.-29.08.2010) und „Fleißmaschinen. Übungsapparate im Zeitalter des Virtuosentums“ (11.09.2010-02.01.2011) präsentiert. Darüber hinaus war in den beiden Sonderausstellungsräumen in der 1. Etage, die im Jahr 2010 nach den Brandschutzbestimmungen hergerichtet wurden und deshalb nun auch entsprechend genutzt werden können, die Ausstellung „Menschenbilder bei Johann Mattheson“ zu sehen (24.04.-30.12.2010). Letztere Ausstellung entstand inhaltlich in Zusammenhang mit der Landesinitiative „Sachsen-Anhalt und das 18. Jahrhundert. Über die 4 Sonderausstellungen wurde in den lokalen Medien (Mitteldeutsche Zeitung, MDR u.a.) ausführlich berichtet und wurden positiv angenommen.

Seit Anfang des Jahres 2010 wurde das **W. F. Bach-Haus** vom Eigentümer HWG umgebaut. In der ersten Etage entstand durch die Stiftung auf etwas mehr als 100qm eine Dauerausstellung über die **„Musikstadt Halle“**, die am 1. Juni 2010 für geladene Gäste und bei den Händel-Festspielen 2010 (3. bis 13. Juni) anlässlich des Wilhelm-Friedemann-Bach-Jahres (300. Geburtstag) der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Das Vorhaben und die Ausstellung selbst hat ein breites und sehr positives Echo in den Medien hervorgerufen. In den verschiedenen kleinen Räumen wird über die für Halle und überregional bedeutenden Komponisten informiert (Scheidt, Händel, Bach, Reichardt, Loewe und Franz). Nach den Händel-Festspielen wurde das Haus für die Öffentlichkeit aufgrund der weiteren Baumaßnahme geschlossen und die Ausstellung in Teilen abgebaut (zum Schutz der historischen Möbel und Musikinstrumente). Die Ausstellung selbst ist als Dauerausstellung angelegt und wird erst im Jahr 2011 nach Fertigstellung der Baumaßnahme wieder zugänglich sein.

2. Veranstaltungen

2.1. Händel-Festspiele 2010

Vom 3. bis 13. Juni besuchten insgesamt mehr als 40.000 Gäste die 130 Festspiel-Veranstaltungen in der Geburtsstadt des Komponisten. Allein am Samstag, dem 12. Juni, konnte die Stiftung Händel-Haus, Veranstalter der Händel-Festspiele, bei den beiden großen Abendveranstaltungen, dem Festkonzert mit Cecilia Bartoli und dem Open-Air-Konzert in der Galgenbergschlucht „Bridges to Classics“, über 5.000 Gäste zählen. Rund 1.300 Mitwirkende aus 25 Ländern gestalteten ein facettenreiches und hochkarätiges Programm, um Georg Friedrich Händel in seiner Geburtsstadt zu feiern.

Trotz einiger Absagen von Reiseveranstaltern aufgrund fehlender Hotelkapazitäten - parallel fand in der Leipziger Messe die „Interschutz“ statt, die einen Großteil der Bettenkapazität in der Region belegte - ist die gute Auslastung ein Beleg dafür, dass über die überregionalen und internationalen Gäste hinaus in verstärktem Maße auch Hallenser und Besucher aus der Region die Händel-Festspiele angenommen haben.

Zu Gast bei den Händel-Festspielen in Halle waren renommierte Künstler der Barockmusikszene. Allein fünf ECHO Klassik-Preisträger traten während der Händel-Festspiele 2010 in Halle auf. Ihr Debüt beim Händelfest gaben Opernstar Cecilia Bartoli, der Countertenor Andreas Scholl, Christina Pluhar mit „L’Arpeggiata“, „l’arte del mondo und das A-capella-Ensemble „Singer Pur“. Für musikalischen Hochgenuss sorgten darüber hinaus die Pianistin Ragna Schirmer, die Sängerinnen Karina Gauvin und Maria Riccarda Wesseling, der Sänger Ahmet Özhan mit dem „Pera-Ensemble“ aus Istanbul, „Al Ayre Español“ unter Eduardo Lopéz Banzo, die „Akademie für Alte Musik Berlin“ unter Marcus Creed und die „Accademia Bizantina“ unter Ottavio Dantone u. v. a. m.

Mit minutenlangem Applaus und stehenden Ovationen wurde Cecilia Bartoli bei ihrem Festkonzert am Samstag, dem 12. Juni, in der ausverkauften Georg-Friedrich-Händel HALLE gefeiert. Im Anschluss an ihren mitreißenden Auftritt wurde ihr von Dagmar Szabados, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle, der Händel-Preis 2010 verliehen und sie für ihre Verdienste um Händels Werk geehrt. „Cecilia, Sie sind einfach einzigartig, und eine verantwortungsbewusste Künstlerin. Sie sind ein Leuchtturm in ihrem Fach. Ein himmlisches Geschenk für uns alle“, sagte Klaus Froboese, Laudator und Kuratoriumsmitglied der Stiftung Händel-Haus, bei der Preisverleihung.

Anstelle eines Generalmottos setzten die Festspiele 2010 auf eine inhaltlich stringente thematische Reihe, die das Festspielprogramm geprägt hat. Ausgehend von der Premiere der Händel-Festspiel-Produktion 2010 mit der Oper Halle „Orlando“ (HWV 31) bezogen sich zwölf Veranstaltungen, darunter Konzerte, Vorträge und Familienveranstaltungen sowie eine Sonderausstellung in der Schatzkammer des Händel-Hauses auf Ludovico Ariosts Versepos „Orlando furioso“ aus dem Jahr 1516.

Mit verschiedenen „Brückenschlägen“ im Programm gelang es den Händel-Festspielen 2010, einen Diskurs anzuregen, wie Händels Musik in der heutigen Zeit interpretiert und wie zukünftig mit Barockopern umgegangen werden kann. So setzte Nicola Hümpel vom Berliner Theaterensemble Nico and the Navigators bei der Händel-Festspiel-Produktion 2010 mit der Oper Halle „Orlando“ (HWV 31) erstmalig ein geschlossenes Opernwerk von Georg Friedrich Händel in Szene. Mit großem Beifall würdigte das Publikum die Herangehensweise an das Werk. Wiederaufnahmen von Orlando an der Oper Halle sind für Februar 2011 und zu den Händel-Festspielen 2011 im Juni geplant.

Als weitere szenische und halbszenische Aufführungen erlebten die Händel-Festspiel-Besucher die Händel-Oper „Siroe, Re di Persia“, als Gastspiel im Goethe-Theater Bad Lauchstädt, die Wiederaufnahme der Festspielproduktion 2009 und selten aufgeführte Oper „Floridante“, und mit „4 Elemente - 4 Jahreszeiten“ das vielfach gerühmte choreografische Konzert der Akademie für Alte Musik Berlin. Dass das Zusammenspiel von barocker Musik und moderner Tanzsprache ein richtungweisender Weg sein kann, zeigte ebenfalls „Maria XXX“, ein Tanzoratorium von Heike Hennig, dessen Uraufführung bei den Händel-Festspielen gefeiert wurde. Auch in der „Barock Lounge“, in der Barock-Musiker mit einem DJ interagierten und dem Gastspiel von Cocoondance mit „Orlando scrapped“ gelang es zunehmend, ein anderes und neues Festspielpublikum anzusprechen und zu begeistern.

Die jüngsten Händel-Fans hatten bei zahlreichen Kinder-Veranstaltungen die Möglichkeit, den Barockkomponisten und seine Musik kennen zu lernen, darunter das Konzert des Stadtsingechors „Die Kinder des Mister Handel“ oder das Familienfest im Hof des Händel-Hauses mit Workshops, Konzerten und Klangexperimenten. Sogar ihre eigenen Kinder-Händel-Festspiele feierten die jungen Festspielbesucher vom 4. bis 11. Juni in Kooperation mit der SKV Kita GmbH.

Die beiden großen Open-Air-Konzerte des Abschluss-Wochenendes „Bridges to Classics“ mit dem ehemaligen Survivor-Sänger Jimi Jamison und das Abschlusskonzert am Sonntag mit dem Bariton Timothy Sharp unter der Gesamtleitung des Wiener Dirigenten Markus Landerer (in Verbindung mit dem Förderprogramm „Maestro von Morgen“ des Deutschen Musikrats) lockten tausende Besucher in die atmosphärische Galgenbergschlucht.

Parallel zu den Händel-Festspielen fand am 7. und 8. Juni die wissenschaftliche Konferenz mit Referenten aus dem In- und Ausland statt. Sie widmete sich dem Komponisten Wilhelm Friedemann Bach (1710-1784), dessen 300. Geburtstag am 22. November gefeiert wird. Aus diesem Anlass eröffnete die Stiftung Händel-Haus eigens zu den Händel-Festspielen in seinem Wohnhaus eine neue Dauerausstellung zur „Musikstadt Halle“ (weiteres hierzu s. unter Ausstellungen sowie unter Wissenschaft und Forschung).

Folgende kleine Auswahl von Pressestimmen dokumentieren den Erfolg, der auch medial wahrgenommen wurde:

MDR Figaro, 14. Juni 2010: Resümeegespräch
A. Sittner: Eine Modernisierung der Festspiele, die war notwendig und eine gewisse Radikalität tut da gut. Das ist das spannende an einem solchen Festival, dass es auch Foren öffnet, dass man sich über die bloße Rezeption hinaus Gedanken macht, machen muss, auch über Aufführungen, die Musik und ihre Umsetzung. (…) Das muss nicht immer gleichgerichtet sein. Man kann sich auch austauschen, kann verschiedene Meinungen haben. Und das, glaube ich, hat bei diesem Jahrgang geradezu exemplarisch funktioniert.

Mitteldeutsche Zeitung, 7. Juni 2010:
„Das Programm der halleschen Barock-Musiktage entfaltet (…) seinen Reiz zwischen bewährten Formen und geglückten Experimenten.“ (Andreas Hillger)

Mitteldeutsche Zeitung, 11. Juni 2010
Überschrift: „Die Kunst der Balance“
„Und dass neben den Rundfunk-Mitschnitten (…) auch ein neu eröffnetes Musikmuseum in Halle zu den bleibenden Zeugnissen des Jahres 2010 gehört, kann man nicht hoch genug bewerten. (…) Und wenn es den Festspielen wie in diesem Jahr gelingt, neben internationalen auch heimische Stars (…) zu platzieren, ist die Balance im Namen des Barock perfekt.“ (Leitkommentar Andreas Hillger)

Neues Deutschland, 9. Juni 2010:
Überschrift: „Endlich mit szenischem Wagemut“
„Zum musikalischen Niveau kommt diesmal auch ein in Halle schon etwas überfälliger szenischer Wagemut.“ (Roberto Becker über „Orlando“)

Opernwelt Ausgabe Juli/2010
Ein „Ergebnis, das tatsächlich taugen könnte, der Händel-Welt einen Weg aus den Einbahnstraßen von Barockverspaßung und plattem Bühnenrealismus zu weisen.“ (Jörg Königsdorf über „Orlando“)

Berliner Tagesspiegel, 6. Juni 2010:
„Und weil Hümpels entspannt abstrahierender Ansatz tatsächlich über ganze drei Stunden trägt, könnte es den Hallenser Händel-Festspielen mit dieser Produktion tatsächlich einmal gelingen, frischen Wind in die Barockopernszene zu bringen.“ (Jörg Königsdorf über „Orlando“)

Westdeutsche Zeitung, 11. Juni 2010
„Die diesjährigen Händelfestspiele beeindrucken durch zahlreiche neue Produktionen, die Händel in den Rang eines zeitgenössischen Komponisten und Fachmanns subtiler Seelenprozesse heben.“ (Dr. Torsten Enge)

Im Rahmen einer Evaluierung der Händel-Festspiele 2008-2010 vom 7. Juli 2010, die gemäß der Vereinbarung zwischen der Stadt Halle, der Stiftung Händel-Haus und dem Land Sachsen-Anhalt erstellt und dem Kuratorium zugesandt wurde, wurden für die Händel-Festspiele 2010 folgende Zahlen ermittelt:

53 Kauf-Veranstaltungen
Platzkapazität: 27.650
Verkaufte Plätze (ohne Ehren- Presse- und Freikarten): 20.731
Besucher (geschätzt mit allen kostenfreien Openair-Veranstaltungen): ca. 40.000
Auslastung netto: 72,2%
Einnahmeerlös: 652.148 €
Akkreditierte Journalisten 74
Konzertausstrahlungen 4
Nennungen in Printmedien: 582

2.2. Weitere Konzertveranstaltungen

Am 19. September 2009 fand das erste von insgesamt acht Konzerten der in Eigenverantwortung der Stiftung angebotenen Konzertreihe **„Musik im Händel-Haus“** der Spielzeit 2009/2010 statt, wobei in das Jahr 2010 vier Konzerte fielen. Im Jahr 2010 waren renommierte Musiker wie Hille Perl oder Jos van Immerseel zu Gast. Am 25. September 2010 begann die neue Konzertspielzeit 2010/2011 der Reihe „Musik im Händel-Haus“ mit vier Konzerten im Kammermusiksaal. International anerkannte Musiker und Ensembles wie das Collegium 1704 aus Prag, Armonico Tributo aus Österreich oder die französische Top-Barockgeigerin Hélène Schmitt gastierten dabei im Händel-Haus.

Darüber hinaus gab es im Jahr 2010 vier **Gesprächskonzerte „Das besondere Instrument“ in Kooperation mit dem Händel-Festspielorchester**, bei denen neben der Musikdarbietung die Kustodin oder ein Restaurator der Stiftung Händel-Haus ein besonderes Musikinstrument der eigenen Sammlung vorstellt. Für diese Kammerkonzerte wurde ein Kooperationsvertrag mit der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle Kooperationsverträge geschlossen.

Im Jahr 2010 wurde als neuer Veranstaltungsort mit zwei exquisiten Kammerkonzerten die attraktive Bohlenstube des Händel-Hauses integriert (**„Focus Bohlenstube“**). Es handelt sich hierbei um eine eigene Konzertreihe für die Saison 2010/2011 mit insgesamt vier Matineekonzerten jeweils sonntags. Ein Vorkonzert dieser neuen Konzertreihe fand am 8. Mai 2010 mit dem Cembalisten Miklós Spányi statt, das in Kooperation mit dem Grassi-Museum für Musikinstrumente Leipzig durchgeführt wurde.

Beginnend mit der Konzertsaison 2010/11 werden in einem Faltblatt die selbst oder in Kooperation mit dem Händel-Festspielorchester veranstalteten Konzertreihen der Stiftung Händel-Haus angekündigt. Dabei werden dem Publikum drei verschiedene Anrechte angeboten. Den Konzertbesuchern wird eingeräumt, die Ausstellungen des Museums am Konzerttag kurz vor dem Konzert zu besuchen. Dies ist ein attraktives Instrument, um die Verbindung zwischen Musikausstellung und Musikpraxis herzustellen.

In den Sommermonaten 2010 fanden im Großen Hof des Händel-Hauses fünf Jazz-Konzerte openair statt (**„It’s session time! - Jazz-Sommer im Händel-Haus“**). Die mitreißenden Programme wurden vom Publikum und lokaler Presse sehr gut angenommen. Neben lokalen Musikern traten auch renommierte Jazz-Interpreten u.a.
aus Berlin auf. Die Reihe wurde mit einer zweckgebundenen Spende von der Volksbank Halle (Saale) eG unterstützt. Gewisse Schwierigkeiten bereiteten die akustischen Überlagerungen der benachbarten Gastronomie, weshalb im Jahr 2010 u.a. im Kuratorium über die Errichtung einer Akustikwand nachgedacht wurde.

Darüber hinaus gab es im Jahr 2010 noch zwei **Sonderkonzerte** im Rahmen der Wilhelm-Friedemann-Bach-Ehrung (s. unter Wilhelm Friedemann Bach) bzw. in Zusammenhang mit dem Symposium „In aller Öffentlichkeit. Konservierung und Restaurierung wirkungsvoll vermitteln“ der Bundeskulturstiftung (s. unter Wissenschaft und Forschung).

3. Wilhelm-Friedemann-Bach-Jahr

Anlässlich des 300. Geburtstages von Wilhelm Friedemann Bach, dem ältesten Sohn von Johann Sebastian Bach der über mehrere Jahre in Halle lebte und wirkte, wurde im Jahr 2010 im ehemaligen Wohnhaus von W. F. Bach eine neue Dauerausstellung über die „Musikstadt Halle“ erstellt (s. unter Ausstellungen). Das Wilhelm-Friedemann-Bach-Jahr wurde in mehrfacher Hinsicht durch die Stiftung Händel-Haus thematisiert: Durch eine wissenschaftliche Konferenz im Rahmen der Händel-Festspiele (s. unter Wissenschaft und Forschung), durch Konzertprogramme bei den Händel-Festspielen 2010 sowie durch mehrere Veranstaltungen im November 2010, dem Geburtstag W.F. Bachs: Am 18. November 2010 wurde das W.F. Bach-Haus für ein Konzert mit der bekannten Schweizer Flötistin Eva Oertle nochmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht; darüber hinaus wurde W.F. Bach mit einem Konzert in der Bohlenstube im Händel-Haus am 28. November 2010 geehrt; des Weiteren hielt PD Dr. habil Peter Wollny (Leiter des Referats Forschung am Bach-Archiv Leipzig) einen Vortrag im Händel-Haus unter dem Titel „Wilhelm Friedemann Bach - wissenschaftliche Ergebnisse des Jubiläumsjahres“ und ein Seniorenkolleg wurde am 2. und 25. November 2010 abgehalten. Im Schweizer Rundfunk wurde ein einstündiges Feature über W. F. Bach in Halle gesendet. Dabei war die Journalistin in Halle und hat u.a. mit Irénée Peyrot (Organist Marktkirche) und Dr. Konstanze Musketa (Stiftung Händel-Haus) Interviews geführt. Halle als bedeutende Wirkungsstätte W. F. Bachs wurde in diesem Zusammenhang im Schweizer Rundfunk gewürdigt.

4. Wissenschaft und Forschung

Pünktlich zum 325. Geburtstag des Komponisten Georg Friedrich Händel am 23. Februar 2010 schaltete die Stiftung Händel-Haus eine **neue Datenbank** zu einer vollständigen **Händel-Bibliographie und -Diskographie** auf www.haendelhaus.de online. Mit der neuen Funktion sind weitreichende Recherchen in dem Internetverzeichnis von Printpublikationen, Audio-, Film-, und Onlineveröffentlichungen zu Georg Friedrich Händel möglich. Die Datenbank umfasst alle Händel-Neuerscheinungen zunächst der letzten zehn Jahre (1.722 Einträge) und soll künftig bis ins 18. Jahrhundert zurückgehen. Über die Online-Stellung der Datenbank wurde in den Medien deutschlandweit berichtet (z.B. Hauptnachrichten bei MDR Figaro, Süddeutsche Zeitung).

Gemeinsam u.a. mit dem Institut für Musik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V. sowie dem Bach-Archiv Leipzig wurde eine **Internationale Wissenschaftliche Konferenz** zum Thema „Wilhelm Friedemann Bach und die protestantische Kirchenkantate nach 1750“ durchgeführt. Der 1. Teil der Konferenz fand im Händel-Haus vom 7. bis 8. Juni und der 2. Teil vom 20. bis 21. November in Leipzig statt.

Durch eine Baumaßnahme wurden bis Ende September 2010 zwei Büroräume in der zweiten Etage des Funktionshauses geschaffen. Hier wurde am 1. Oktober 2010 eine **Forschungsstelle zur „Rezeption Händels in den Diktaturen Deutschlands des 20. Jahrhunderts“** eingerichtet. Dieses Rezeptionsforschungsprojekt wird durch den BKM finanziell unterstützt und soll drei Jahre lang dauern. Nach einer Ausschreibung bewarben sich 27 größtenteils sehr qualifizierte Personen um die Positionen der wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen aus dem gesamten Bundesgebiet, aus den Niederlanden und Österreich. Nach den Bewerbungsgesprächen, bei denen auch Prof. Dr. Wolfgang Hirschmann (Vorsitzender des Fachbeirats der Stiftung, Professor für Musikwissenschaft am Institut für Musik der MLU Halle-Wittenberg und Präsident der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft) beratend teilnahm, wurde von der Findungskommission eine Aufteilung der 2 Planstellen laut Stellenplan auf 3 Personen im Sinne von 1 Vollzeitbeschäftigter und 2 Teilzeitbeschäftigte (jeweils 50%) beschlossen. Durch diese Vorgehensweise können die unterschiedlichen wissenschaftlichen Qualifikationen für das Forschungsprojekt am besten genutzt werden. Mit Beginn 1. Oktober 2010 respektive 1. November 2010 begannen Dr. Lars Klingberg, Dr. Juliane Riepe (Teilzeit 50%) und Susanne Spiegler M.A. (Teilzeit 50%) als wissenschaftliche Mitarbeiter ihre Arbeit an dem Forschungsprojekt. Hinzu kommt Katrin Gerlach M.A. als wissenschaftliche Hilfskraft mit 19 Wochenstunden.

Von der DOW Olefinverbund GmbH erhielt die Stiftung eine zweckgebundene Spende für ein **restauratorisches Forschungsprojekt**, bei der der Einsatz mobiler Reinigungstechnologien historischer Tasteninstrumente erprobt wird. Instrumente der Stiftung sind aufgrund der Verwendung eines Holzschutzmittels zur DDR-Zeit mit DDT kontaminiert. Im Rahmen des Forschungsprojekts wird es u.a. auch zur Zusammenarbeit mit Frauenhofer Instituten in Dresden, Oberhausen und Stuttgart kommen. Das Problem kontaminierter Hölzer mit Lackoberflächen besteht nicht nur für Musikinstrumente. Auch Möbel und Inneneinrichtungen sind hiervon betroffen, weshalb die Forschungserkenntnisse einen wichtigen Beitrag zur ökologischen Bewahrung des kulturellen Erbes darstellen. Der Direktor der Stiftung Weimarer Klassik bekundete in einem Gespräch bereits großes Interesse an den Forschungsergebnissen.

Das Forschungsprojekt **„Statische Untersuchungen an historischen Tasteninstrumenten“** in Kooperation mit der TU Dresden und gefördert im KUR-Programm zur Konservierung und Restaurierung von mobilem Kulturgut der Kulturstiftung des Bundes wurde im Jahr 2010 weiter fortgeführt. In diesem Zusammenhang beteiligte sich die Stiftung Händel-Haus aktiv am Symposium „In aller Öffentlichkeit. Konservierung und Restaurierung wirkungsvoll vermitteln“ der Kulturstiftung des Bundes am 13. und 14. Oktober 2010 in Halle. Neben der Teilnahme am Symposium wurde auch im Rahmen einer Exkursion über das KUR-Projekt der Stiftung Händel-Haus informiert; darüber hinaus veranstaltete die Stiftung am 14. Oktober 2010 im Kammermusiksaal ein Sonderkonzert mit der Cembalistin Cornelia Osterwald, die auf einem Hammerflügel spielte, an dem im Rahmen des KUR-Projektes statische Untersuchungen vorgenommen werden.

In den von der Stiftung Händel-Haus zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten wurde auch im Jahr 2010 in Kooperation mit dem Institut für Musik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Georg-Friedrich-Händel-Gesellschaft e.V. die Arbeit an der kritischen Gesamtausgabe der Werke Händels (**„Hallische Händelausgabe“**) fortgesetzt.

5. Bildung

Seit dem 13. Januar 2010 findet ein offenes museumspädagogisches Angebot unter dem Titel **„Schallspiele“** regelmäßig mittwochs um 15 Uhr statt. Hier können Eltern/Großeltern mit ihren Kindern oder Gruppen unangemeldet zum Händel-Haus kommen. Je nach Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen findet eine altersgerechte Führung durch Teile der Dauerausstellungen statt oder es werden Klangexperimente durchgeführt bzw. Klanggeschichten erfunden. Dieser offene Nachmittagstermin wird in der Regel sehr gut angenommen.

Im Herbst 2010 wurde ein neues **kulturelles Vermittlungsprojekt** zur barocken Operngeschichte unter dem Titel **„Händels Oper Ottone im musikalischen, historischen und geographischen Kontext“** gestartet. Seitens der BKM wurde es als modellhaftes Projekt eingestuft, weshalb es durch den Bund finanziell unterstützt wird. In verschiedenen Themen- und Wissensblöcken erschließen sich Schüler der 4. bis 10. Klassen, die bislang kaum oder wenig von den Angeboten kultureller Einrichtungen Gebrauch gemacht haben, den Kosmos der Barockoper und der darauf basierenden Kulturgeschichte. Im Kalenderjahr 2010 fand am 7. und 8. Oktober ein Workshop mit Konzert in der Stiftung Händel-Haus zum Thema „Die Musik und ihre Instrumente vom Mittelalter bis zum Barock“ statt. Hierauf folgte eine Mittelalterwerkstatt mit Exkursion in die ottonische Kaiserpfalz nach Memleben am 14. und 28. Oktober. Das Projekt findet seinen Abschluss zu den Händel-Festspielen 2011, in deren Kontext „Ottone“ in Koproduktion mit der Oper Halle als Neuproduktion aufgeführt werden wird. Zwischen dem 8.12.2010 und 30.01.2011 wurde im Foyer des Händel-Hauses das Projekt im Rahmen einer öffentlichen Präsentation vorgestellt.

Einen Blick hinter die Museums- und Redaktionskulissen bietet das im September 2010 in Zusammenarbeit mit der Mitteldeutschen Zeitung begonnene Jugendprojekt des **„Schülerpressereferenten“** bzw. „Kulturreporter junior“. Jugendliche erhalten dabei über drei Monate hinweg individuelle Einblicke in die Arbeit einer Kultureinrichtung und eines Mediums und berichten hierüber.

In Verbindung mit der Musikbibliothek der Stadt Halle fanden im Händel-Haus sehr erfolgreich zwei **Projekttage Musik** für Schulkinder der Klassenstufen 3 und 4 (12. Mai und 8. Dezember) sowie in Kooperation mit Studenten des Instituts für Grundschulpädagogik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein 5-tägiger **Sommerworkshop für Kinder** von 7 bis 12 Jahren unter dem Motto „Halle verändert? Halle verändert!“ statt (29. Juni bis 3. Juli). Im Rahmen der Händel-Festspiele fand am 12. Juni im Hof, im Kammermusiksaal und in der Glashalle des Händel-Hauses ein **„Fest für die ganze Familie“** statt mit kreativen Angeboten wie eine Druckwerkstatt oder eine Instrumentenbauwerkstatt und einem Familienkonzert „Georg Friedrich Superstar“.

Für den Museumsshop wurde von der Museumspädagogik ein eigenes Memo-Spiel entwickelt und produziert. Es wird im Shop zum Kauf angeboten.

Seit September 2010 finden die Vortragsreihe **„Musik hinterfragt“** und das **Seniorenkolleg** als Eigenveranstaltungen der Stiftung statt. In der Reihe „Musik hinterfragt“ vermittelten sowohl namhafte Wissenschaftler Forschungserkenntnisse in eher populärer Form (z.B. Prof. Silke Leopold, Dr. Peter Wollny) als auch werden in Gesprächen musikpraktische oder ähnliche Fragen erörtert. Auch die Mitarbeiter/innen der Stiftung treten hier in Erscheinung. Das Seniorenkolleg richtet sich in Aufbereitung und Veranstaltungszeit an Senioren/innen. Das Seniorenkolleg ist so populär, dass immer 2 Termine für 1 Thema angesetzt werden.

Nach Gesprächen beginnend im November 2009 mit ausgewählten Schulen und Kindertagesstätten wurden mit einigen Institutionen Halles **Kultur-Bildungspartnerschaften** vertraglich eingegangen. Mit der Kita Georg Friedrich Händel und mit der Humboldt-Sekundarschule in Halle wurden 2010 entsprechende Verträge unterzeichnet. Ziel dieser Partnerschaften ist es, dass auf der einen Seite das Museum pädagogische Vermittlungsleistungen erbringt und dass auf der anderen Seite Themen des Museums auch in der jeweiligen Partnerinstitution vor Ort behandelt werden.

Am 2. Juni 2010 wurde ein **Kooperationsvertrag mit der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik** geschlossen. Dabei wird „auf der Grundlage bereits bestehender Beziehungen“ ein Vertrag geschlossen mit dem Ziel, „einen gemeinsamen Beitrag zur Musikvermittlung und -pflege, insbesondere der Barockmusik, zu leisten“. Dabei ist geregelt, dass Studenten der Kirchenmusikhochschule in den Semesterzeiten am ersten Sonntag des Monats ein Instrumentenanspiel zwischen 15.00 und 15.20 Uhr auf einem spielbaren Instrument der Stiftung Händel-Haus durchführen werden. Auch die gegenseitige Nutzung der Bibliotheken ist geregelt.

6. Sonstige Aktivitäten der Stiftung

Neuerwerbungen
Für das Jahr 2010 sind einige Neuerwerbungen des nicht veräußerbaren Kunstgutes der Stiftung Händel-Haus zu konstatieren. Besonders erwähnenswert sind wertvolle Erst- und Frühdrucke von Werken Georg Friedrich Händels, die käuflich erworben wurden bzw. deren Erwerb durch zweckgebundene Spenden ermöglicht wurde:

- Aetius, an opera as it is Perform'd at the Kings Theatre in the Hay Market / Compos'd by Mr. Handel. - [Partitur]. - London : Walsh, [1723]
- The choice of Hercules / Set to Musick by Mr. Handel. - [Partitur]. - London: Walsh, [1751 oder später].
- Alexander Balus an Oratorio / Set to Musick by Mr. Handel. - [Partitur]. - London: Walsh, [1748 oder später].
- [Rodelinda: an opera] / [compos'd by Mr. Handel]. - [Partitur]. [London]: [Cluer], [1725 oder 1728].
- Judas Macchabaeus an Oratorio, in Score, as it was Originally Perform'd / Composed by Mr: Handel, with his Additional Alterations. - [Partitur]. London: Randall, 1769.
- Saul : an Oratorio / Set to Musick by Mr. Handel. - [Partitur]. -London : Walsh, [1748 oder später].
- Händel, Georg Friedrich: Flavius for a flute: the overture, symphonys, songs & ariets for a single flute and the duets for two flutes of that celebrated opera / compos'd by Mr. Handel. - [Musikdr.]. - London : Walsh & Hare, [1723]
- Händel, Georg Friedrich: Radamistus for a flute: containing the overture songs symphonys and aditional aires curiously transpos'd and fitted to the flute in a compleat manner; the whole fairly engraven and carefully corected / [Georg Friedrich Händel]. - [Musikdr.]. - London: Walsh & Hare, [1722].
- Händel, Georg Friedrich: Tamerlane for a flute: the ariets with their symphonys for a single flute and the duets for two flutes of that celebrated opera / compos'd by Mr: Handel. - [Musikdr.]. - London: Walsh & Hare, [1724].

Außerdem konnten 8 Brief-Dokumente der Händel-Forscher Jacob Maurice Coopersmith, Johannes Wolf, Arnold Schering und J. J. Arnold aus den Jahren 1931 bis 1937 erworben werden, durch die die rezeptionsgeschichtliche Sammlung der Stiftung erweitert wird.

Die Stiftung ersteigerte 2010 bei einer Auktion 3 gut erhaltene Kupferstiche von G.J. Schneider aus dem Jahr 1679 mit großformatigen Ansichten des Dresdner Schlosses, wie es Händel bei seinem Dresdner Besuch 1719 kennen gelernt hat:

- Kupferstich „Orthographia des Churfl. Sächs. Residentz-Schloss Dresden auf der Seite welche sich gegen Mittag in Hoffkehret“
- Kupferstich: großes Blatt mit Darstellungen der barocken Fassade.
- Kupferstich: „Das Churfürstl. Sächss. Residentzhauß zu Dresden“.

Für die Musikinstrumentensammlung wurden folgende Instrumente bzw. Apparate, die teilweise bereits bei Sonderausstellungen ausgestellt wurden, erworben oder wurden als Schenkung der Stiftung übergeben:

- Pianino Hölling und Spangenberg, Zeitz
- Koffer-Harmonium, Firma Gustav Liebig, Zeitz ca. 1935 (inklusive einiger historischer Broschüren und Werbepostkarten)
- Ochydactyl
- Stumme Klaviatur von Wilhelm Gertz, Hannover um 1950
- Konvolut des in Halle lebenden Walther Jahn, u.a. mit einer Violine des Halleschen Geigenbauers Richard Hunger (um 1910) mit zwei Streichbögen der Firma Hammig und Geigenkasten und diversen Noten, Fotografien u.a.m.

Im Kalenderjahr 2010 wurden diverse Brandschutzbestimmungen im Händel-Haus umgesetzt, darunter die noch fehlenden zwei Brandschutztüren im Ausstellungsbereich und Arbeiten in den Sonderausstellungsräumen, die hierdurch erst öffentlich nutzbar wurden. Außerdem wurde die dringend notwendige Erneuerung der Elektro- und Brandschutzanlage in den Verwaltungsbereichen der Stiftung fortgesetzt. Vor der Vermietung der Brasserie im Händel-Haus mussten diverse Ausbesserungen des eigenen Mobiliars, Reparatur- und Renovierungsarbeiten sowie die Verkachelung eines Raumes durchgeführt werden. Für das Rezeptions-Wissenschaftsprojekt wurden drei Räume im Verwaltungstrakt zu zwei Büroräumen umgebaut und renoviert. Diverse Reparaturen mussten 2010 realisiert werden, beispielsweise Reparaturen aufgrund von Schäden durch den harten Winter 2010 und 2011 (weiteres hierzu s. unter Diverses) oder die Heizungs- bzw. Lüftungsanlage betreffend.

Die Stiftung Händel-Haus beteiligte sich im Jahr 2010 u.a. bei der 11. Museumsnacht in Halle / Leipzig am 24. April, beim Internationalen Museumstag am 16. Mai, bei der Langen Nacht der Wissenschaften am 2. Juli mit diversen Vorträgen und am Tag des offenen Denkmals am 12. September mit einer Präsentation des Romanischen Gewölbes.

Auf Initiative der Stiftung Händel-Haus wurde im Jahr 2010 in Zusammenarbeit u.a. mit dem Stadtmarketing Halle zwei Arrangements für Individual- und Gruppenreisen außerhalb der Händel-Festspiele unter dem Titel „Georg Friedrich Händel - Komponist und Organist, Vollender des Barocks und Halles berühmtester Sohn“ ganzjährig außerhalb der Händel-Festspiele erstellt. Diese werden über Stadtmarketing sowie als Information auf der eigenen Homepage angeboten und schließen Übernachtungsleistungen, Führungen, Museumsbesuch (Händel-Haus und Franckesche Stiftungen) und ein Händel-Menü in der Brasserie im Händel-Haus mit ein.

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 24
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

(1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.

(2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.

(3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Stiska, Rolf

Aufsichtsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
stellv. Vorsitzender	Range, Stefan
	Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
	Dr. Wünscher, Ulrike
	Ewert, Gertrud
	Heinemann, Jens
	Schramm, Rudenz
	Stromberg, Kay
	Wolff, Sabine

	31.07.2010	31.07.2009	31.12.2008
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	3	1	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	28.628	93	28.460	82			168	1
Umlaufvermögen	2.041	7	6.122	18	530	100	-4.081	-67
Rechnungsabgrenzungsposten	252	1	78	0			175	225
Bilanzsumme	**30.921**	**100**	**34.660**	**100**	**530**	**100**	**-3.739**	**-11**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	28.127	91	28.233	81	30	6	-107	-0
Rückstellungen	1.547	5	1.076	3	2	0	471	44
Verbindlichkeiten	1.031	3	1.658	5	495	93	-627	-38
Rechnungsabgrenzungsposten	217	1	3.693	11	3	1	-3.476	-94
Bilanzsumme	**30.921**	**100**	**34.660**	**100**	**530**	**100**	**-3.739**	**-11**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	37.466	22.124	
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	6	13	
sonstige betriebliche Erträge	327	374	100
Materialaufwand	3.473	2.370	
Personalaufwand	29.687	17.641	53
Abschreibungen	1.632	928	
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.115	2.100	42
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	16	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-97	-512	5
sonstige Steuern	10	1	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-107	-513	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-107	-513	5

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,29	-2,32		%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,38	-1,78	20,79	%
Cash-Flow:	1.525	416	5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	66	38		T€
Personalaufwandsquote:	78,54	78,37	52,79	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2010	31.7.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	92,48	81,99		%
Eigenkapitalquote:	90,96	81,46	5,69	%
Fremdkapitalquote:	9,04	18,54	94,31	%

ee) Leistungsdaten

	31.7.2010	31.7.2009	31.12.2008	Angaben in
Besucher	245.621,00	139.358,00	0,00	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.620,00	957,00	0,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Am 25.06.2008 beschloss der Stadtrat mit sofortiger Wirkung die Gründung eines Mehrspartenhauses in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital von 25.000 € unter der Firma „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, in die die Kultureinrichtungen Verbund Oper Halle, Staatskapelle, Kulturinsel und Thalia Theater überführt werden sollten. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester.

Zum Geschäftsführer der neuen Gesellschaft wurde Herr Rolf Stiska bestellt.

Die Gründungsphase erstreckte sich im Wesentlichen auf das erste Rumpfgeschäftsjahr.

Das erste Rumpfgeschäftsjahr umfasste den Zeitraum von der Eintragung im Handelsregister am 22.07.2008 bis zum 31.12.2008.

Die Überführung der städtischen Kultureinrichtungen in die Gesellschaft erfolgte mit Geschäftsjahr zum 1.1.2009 auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 26.11.2008.

Vom 01.01.2009 bis zum 31.07.2009 schloss sich das zweite Rumpfgeschäftsjahr an.

Die GmbH trat in die Arbeits-, Dienst- und Ausbildungsverhältnisse mit Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden ein, die bis zum 31.12.2008 in den zu überführenden Betrieben der Stadt beschäftigt waren.

Mit 600 Mitarbeitern und 12 Auszubildenden nahm die GmbH ihre eigentliche Geschäftstätigkeit zum 01. Januar 2009 auf.

Mit der notariellen Beurkundung des Ausgliederungsvertrages am 10.08.2009 sowie der fristgerechten Eintragung der Ausgliederung im Handelsregister des Amtsgerichts Stendal am 03.09.2009 erfolgte die Übertragung des unbeweglichen sowie des beweglichen Vermögens der Einrichtungen auf die GmbH.

Damit wurde der Gründungsprozess erfolgreich abgeschlossen.

Innerbetrieblich sah es die Geschäftsführung mit Beginn der Geschäftstätigkeit als ihre entscheidende Aufgabe an, einerseits die künstlerische Arbeit und die Leistungsangebote uneingeschränkt fortzuführen, andererseits die Betriebsstrukturen und die Arbeitsaufgaben neu zu organisieren.

Mit dem Geschäftsjahr 2009/2010 gelang erstmals eine Koordinierung von Premierenterminen. Es begann ein wechselseitiger Einsatz von Ensemblemitgliedern sowie die gegenseitige Nutzung von Proben- und Spielstätten.

Die Fertigung von Inszenierungsausstattungen erfolgte nahezu ausschließlich in den theatereigenen Werkstätten.

In Technik, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und in der Theaterpädagogik wurde der Zentralisierungsprozess erfolgreich realisiert. Die hierbei beabsichtigten Spareffekte durch Abbau von Personal wurden erreicht.

2. Leistungsentwicklung

Nach zwei vorausgegangenen Rumpfgeschäftsjahren absolvierte die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle im Zeitraum vom 01.08.2009 bis zum 31.07.2010 ihr erstes volles Geschäftsjahr.

Im Verlauf dieses Geschäftsjahres sind folgende Leistungen erbracht worden:

Vorstellungen und Besucher nach Sparten

	Spielzeit 2008/2009	Spielzeit 2009/2010	
	Ist	Plan	Ist
Opernhaus			
Vorstellungen	278	245	344
Besucher	70.117	76.992	72.623
Schauspiel/einschl. Puppentheater			
Vorstellungen	625	541	660
Besucher	62.596	68.300	68.964
Thalia Theater			
Vorstellungen	549	425	447
Besucher	47.975	31.880	39.841
Staatskapelle			
Konzerte	149	118	169
Besucher	73.056	66.500	64.193
Gesamt			
Vorstellungen	1.601	1.329	1.620
Besucher	253.744	243.672	245.621

Die Oper Halle erarbeitete 13 Neuinszenierungen, deren Premieren entsprechend dem Spielplan termingerecht stattfanden.

Edgar Allan Poe - Musical	28. August 2009
Die Arabische Nacht - Oper	11. September 2009
Der Graf Ory - Oper	17. Oktober 2009
Die Geschichte vom Soldaten/ Carmina Burana - Ballett	14. November 2009
La Bohème - Oper	28. November 2009
Die Weihnachtsgans Auguste - musikalisches Märchen	09. Dezember 2009
Du musst die Männer schlecht behandeln -musik. Programm	17. Januar 2010
Tannhäuser - Oper	30. Januar 2010
Falstaff - Oper	20. März 2010
Nijinsky - Ballett	17. April 2010
Das Wunderhorn - Oper	23. April 2010
Die Blume von Hawai - Operette	08. Mai 2010
Orlando - Oper	04. Juni 2010

Außerdem wurden im Verlaufe der Spielzeit 13 Inszenierungen aus den Vorjahren wieder in den Spielplan aufgenommen.

Damit stand dem Publikum ein Angebot von insgesamt 26 Inszenierungen zur Verfügung. Davon entfielen 17 auf das große Haus und 9 auf die kleinen Spielstätten des Opernhauses oder andere Spielstätten.

Das Werk „Die arabische Nacht“ wurde im neuen theater aufgeführt, die Vorstellungen von „Weihnachtsgans Auguste“ fanden im Thalia Theater, „Das Wunderhorn“ fand in der neuen Residenz statt.

12 Vorstellungen führte die Oper Halle im Goethe-Theater Bad Lauchstädt durch.

Für die Oper sind im Ergebnis der Spielzeit 2009/2010 344 Vorstellungen und Veranstaltungen abzurechnen. Von dieser Zahl entfallen 165 auf Veranstaltungen im großen Haus, 58 auf Operncafe und Opernfoyer, 34 auf Kulturinsel, Thalia Theater und Residenz, 15 auf Gastspiele und 72 auf theaterpädagogische Veranstaltungen. Hiermit wurden 72.623 Besucher erreicht.

Dies stellt eine leichte Steigerung gegenüber den 70.117 Besuchern in der Spielzeit 2008/2009 dar, jedoch liegt die Besucherzahl unter dem Planziel von 76.992 Besuchern.

Insgesamt muss weiterhin eine unbefriedigte durchschnittliche Auslastung der Vorstellungen im Opernhaus konstatiert werden, die erwartete Verbesserung wurde nicht erzielt. Dies ist neben der allgemeinen Zurückhaltung des Publikums unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass Inszenierungen wie „Graf Ory“ und „Tannhäuser“ in der szenischen Realisierung nicht den Erwartungen gerecht wurden und auch das Musical „Edgar Allen Poe“ im Besucherzuspruch nicht die hochgesteckten Ziele erfüllte.

Die Staatskapelle gab in Halle 91 Konzerte vor 45.271Besuchern.

Außerhalb der Stadt Halle fanden 33 Konzerte in Sachsen-Anhalt, 43 in anderen Städten Deutschlands und 2 im Ausland statt.

Diese Gastspiele fanden insgesamt 19.105 Besucher.

Kern der Konzerttätigkeit bilden die Sinfoniekonzerte in der Stadthalle. Dank überzeugender künstlerischer Leistungen konnte ein wachsendes Interesse des Publikums registriert werden 16.929 Besucher erlebten 16 Sinfoniekonzerte. Die Auslastung erreichte einen Durchschnittswert von 75 %.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der Staatskapelle stellten die Konzerte für Schüler und Jugendliche dar, wovon 14 in Halle (Saale) und 16 in Sachsen-Anhalt stattfanden. Hinzu kam 13 Schulaktivitäten (Instrumentendemonstrationen (8 in Halle (Saale) und 5 in Sachsen-Anhalt)).

Auf der Kulturinsel sind in der Spielzeit 2009/2010 660 Vorstellungen vor 68.964 Zuschauern gespielt worden.

Davon entfielen 449 Vorstellungen mit 48.393 Zuschauern auf das neue theater und 211 Vorstellungen mit 20.571 Zuschauern auf das Puppentheater.

Künstlerisch stand der Beginn der Spielzeit 2009/2010 im Zeichen des 20. Jahrestages des Mauerfalls. Nach 37 Jahren ist Plenzdorfs Stück „Die neuen Leiden des jungen W.“ inszeniert worden. Das Stück ist in Halle (Saale) uraufgeführt worden und mit dem damaligen Edgar Wibeau Reinhard Straube, der noch heute im Ensemble spielt, konnte in der aktuellen Inszenierung eine Brücke zurück zur Uraufführung geschlagen werden. Außerdem ist es gelungen, die Uraufführungsrechte an dem Filmmanuskript „Novemberkind“ nach Halle (Saale) zu holen.

Der weitere Schwerpunkt der Spielzeit beschäftigt sich mit Werken des größten Dramatikers der Weltliteratur William Shakespeare. Im Saal in der Werft und auch im Puppentheater wurden Stücke von ihm zur Premiere gebracht.

Die Erfolgsgeschichte der Ausbildung von Schauspielstudenten der Hochschule Felix Mendelssohn Bartholdy ist mit Studioinszenierung „DNA“ fortgesetzt worden. Die Aufführung, die von jungen Leuten gespielt, vor allem die Konflikte junger Leute behandelt, hat in Halle für Furore gesorgt und ist von Studenten und Schülern begeistert aufgenommen worden.

Im Puppentheater wurde der Spielplan für Kinder und Familien mit den Inszenierungen „Der kleine Vampir“ und „Der erste Traum des Leuchtturmwärters“ verstärkt. Gastspielreisen nach Paris, Madrid, Luxemburg, Reims und Neuchatel sind Zeugnisse dafür, dass das Puppentheater seit 15 Jahren für diese Altersgruppe überaus erfolgreich spielt und über ein hohes Maß an Erfahrungen und internationaler Reputation verfügt.

Im Abendspielplan hat die Koproduktion mit der Volksbühne und dem Staatstheater Stuttgart „Virgin Queen“ deutschlandweit Aufmerksamkeit erreicht. Die Hauptdarstellerin Sandra Hüller ist für ihre Rolle in der Hallenser Produktion für den Theaterpreis „FAUST“ als beste Darstellerin vorgeschlagen. Mit der Uraufführung des Stückes „Männer am Rande des Nervenzusammenbruchs“ von Falk Richter ist es gelungen, die Uraufführung eines Autors nach Halle (Saale) zu holen, dessen Uraufführungen gewöhnlich in Berlin an der Schaubühne oder in München, Hamburg oder Wien herauskommen. Das Puppentheater stärkt so seinen Ruf, ein innovatives, international agierendes und genreübergreifend arbeitendes Theater zu sein.

Das Thalia Theater erreichte in 447 Vorstellungen 39.841 Besucher, davon entfielen 10.562 auf die Kinderstadt 2010 und 6.568 auf Vorstellungen im großen Saal des Thalia Theaters. Es konnte im Berichtszeitraum 15 Premieren an unterschiedlichen Spielorten, 1 Festival, die 5. Kinderstadt 2010 „Halle an der Saale“, 5 Projekte sowohl im Theater als auch im Stadtraum zum Jahresschwerpunkt „Familie“ innerhalb des 3. Stipendiatenprogramms „Format - neue Wege in der Kultur“ sowie, mehrere Inszenierungen mit Jugendlichen in Kooperation mit „Arbeit und Leben“ ausrichten.

Zu nennen sind die umstrittene Uraufführung von „Ultras“ von Dirk Laucke, „Das fliegende Klassenzimmer 2“, „Alarm im Museum“ in Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum für Vorgeschichte, „Das fliegende Klassenzimmer 3“, „Die Jagd nach dem schwarzen Geld“ in Zusammenarbeit mit dem Botanischen Garten der Martin-Luther-Universität. Hier setzte das Thalia Theater wiederum ein modellartiges Zeichen dafür, wie Vermittlungsformen kultureller Bildung in Zukunft aussehen könnten.

Mit der 7. Französischen Woche nahm die Theaterpartnerschaft innerhalb des aus dem Fond „Wanderlust“ der Kulturstiftung des Bundes geförderten Projektes ihre Arbeit auf. In den folgenden Spielzeiten werden sowohl in Frankreich als auch hier vor Ort Stücke in Doppelkooperation geschrieben und zur Aufführung gebracht.

Mit einer neuen Inszenierung von William Shakespeares „Romeo und Julia“ knüpfte das Thalia Theater an seine erfolgreiches Sommertheater auf dem Universitätsplatz an. Die Aufführung fand speziell auch bei einem jungen Publikum uneingeschränkte Zustimmung.

Die „5. Kinderstadt 2010 Halle an der Saale“ verzeichnete einen Besucherrekord.

3. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 01.08.2010 bis zum 31.07.2011 sieht der Wirtschaftsplan der GmbH Erlöse aus dem Theaterbetrieb (eigener Umsatz) in Höhe von 2.400.000 Euro vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2009/2010 sind Umsatzerlöse von 2.699.825,43 Euro erwirtschaftet worden.

Davon entfallen auf

Einnahmen aus dem Kartenverkauf	1.787.691,23 Euro
Einnahmen aus Gastspielen	544.078,97 Euro
Einnahmen aus dem Verkauf von Druckerzeugnissen	36.128,73 Euro
Zuschüsse für Projekte	258.012,85 Euro
Einnahmen aus Vermietungen	73.913,65 Euro
Summe Erlöse aus dem Theaterbetrieb	2.699.825,43 Euro

Die Erlöse lassen sich wie folgt den Sparten zuordnen:

	Erlöse	
	Plan	**Ist**
Oper	1.047.340	1.031.243
Staatskapelle	648.000	665.713
neues theater	380.000	389.824
Puppentheater	180.000	179.772
Thalia Theater	145.000	127.338
Gesamt	**2.400.340**	**2.393.890**

Erlöse aus Ticket- und Vorverkaufsgebühren	9.659 Euro	
Programme/Plakate	36.128 Euro	
Einnahmen, Spenden, Fördergelder Projekte	260.148 Euro	305.935 Euro

Im Unterschied zum vorangegangenen Rumpfgeschäftsjahr, bei dessen Abrechnung sich erhebliche Differenzen zwischen Plan und Ist zeigten, konnte im Geschäftsjahr 2009/2010 ein hohes Maß an Übereinstimmung von Planwerten und Ergebnissen in den Besucherzahlen und Erlösen erzielt werden. Das betrifft sowohl die Resultate der gesamten GmbH als auch ihrer einzelnen Sparten. Die ausgewiesenen Mehreinnahmen sind vor allem auf die Einnahmen, Spenden und Fördergelder für Projektarbeit zurückzuführen, die nicht Bestandteil der Planung waren.

Neben den Umsätzen aus dem eigenen Umsatz waren für das Geschäftsjahr 2009/2010 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 436 T€ geplant.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres belaufen sich die sonstigen betrieblichen Erlöse auf 326.684,96 Euro. Diese setzen sich zusammen aus:

Mieten Wohnungen und Geschäftsräume	75.478 Euro
Zuschüsse Dritter - Arbeitsräume	20.797 Euro
periodenfremde Erträge	76.370 Euro
Sponsoring, Fördergelder	20.750 Euro
Erstattung Personalkosten	35.000 Euro
Ablöse Kopierer	37.000 Euro
Sonstige Erträge	61.289 Euro

In den periodenfremden Erträgen sind vor allem Erstattungen der Künstlersozialkasse aufgrund zuviel gezahlter Beiträge (T€ 17) und Aufwandserstattungen der Stadt (T€ 33) für Aufwendungen der Gesellschaft, welche noch die Regiebetriebe Oper und Staatskapelle betrafen, enthalten.

Für das Geschäftsjahr 2009/2010 stand der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ein Zuschuss in Höhe von 34.766 T€ zur Verfügung. Dieser Zuschuss ist planmäßig in Anspruch genommen worden.

Die Ertragsentwicklung stellt sich im Plan-Ist-Vergleich somit wie folgt dar:

	Plan in Euro	**Ist in Euro**
Umsatzerlöse	2.400.000	2.699.825
Bestandsveränderung	0	6.019
sonstige betriebliche Erträge	436.000	326.684
Zwischensumme	2.836.000	3.032.528
Zuschuss	34.766.000	34.766.000
Zwischensumme	37.602.000	37.798.528
Zinsen und ähnliche Erträge	4.000	12.216
Summe Erträge	37.606.000	37.810.744

Den planmäßigen Gesamterträgen von 37.606.000 Euro standen im Wirtschaftsjahr 2009/2010 planmäßig Aufwendungen in Höhe von 37.597.000 Euro gegenüber. Einschließlich 9.000 Euro planmäßiger Steuern ergab sich ein ausgeglichenes Betriebsergebnis.

Im Ist des Wirtschaftsplanes belaufen sich die Ausgaben auf 37.917.598 Euro.

Bei den Erträgen von 37.810.744 Euro entstand der GmbH damit im Geschäftsjahr 2009/2010 ein Fehlbetrag von 106.554 Euro.

Die Aufwendungen schlüsseln sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt auf:

in T€	**Plan**	**Ist**
Materialaufwand	4.553	3.474
Davon		
bezogenes Material	3.008	876
bezogene Leistungen	1.545	2.598
Personalkosten	29.608	29.687
Abschreibungen	1.600	1.632
sonst. Betr. Aufwendungen	1.836	3.115
Zwischensumme	**37.597**	**37.908**
sonstige Steuern	9	10
Gesamtaufwendungen	**37.606**	**37.918**

Der Plan-Ist-Vergleich zeigt in der Gesamtsumme Mehraufwendungen von 312 T€.

Diese lassen sich pauschal vor allem mit Ausgaben für Projekte (Gesamtaufwendungen hierfür: Materialaufwand T€ 76, bezogene Leistungen T€ 285 und sonstige betriebliche Aufwendungen T€ 50)erklären.

Ebenso wie die Einnahmen aus Projekten waren die Kosten dafür mit Ausnahme von Eigenanteilen nicht Planbestandteil.

Insgesamt wurden für Projekte 413 T€ einschließlich der Eigenanteile aufgewendet.

Bei den Projekten handelt es sich um Kinderstadt, Französische Woche, Ultras, Niemandshaus, Format, Grenzgänger und das Gastspiel Rummelplatz, die in Verantwortung des Thalia Theaters stattfanden sowie um Wanderlust des Puppentheaters.

In den Kostenpositionen Materialaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen stellt sich im Plan-Ist-Vergleich ein hoher Grad von Abweichungen dar. Dies ist im Wesentlichen ein Problem der buchhalterischen Zuordnung der Kosten.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2009/2010 war in den ersten Wochen des Kalenderjahres 2009 aufgenommen und es waren noch keinerlei Abstimmungen über die Zuordnung der Aufwandspositionen zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt. Erst im Zusammenhang mit der Prüfung der Jahresabschlüsse zum Rumpfgeschäftsjahr 01.01. bis 31.07.2009 sowie zum Geschäftsjahr 2009/2010 erfolgte eine endgültige Klärung der Zuordnung.

Die Planzahlen in den obigen Aufwandspositionen werden dem in keiner Weise gerecht.

Ein besseres Vergleichsbild ergibt sich bei der Gegenüberstellung von Ist und Budgetplanung der GmbH für die einzelnen Aufwandspositionen.

Materialaufwendungen T€	**Plan**	**Ist**
Neuninszenierungen	591	553
lfd. Inszenierungen	196	199
Werkstätten	30	34
Ballettschuhe	14	13
bezogenes Material	831	799
zuzüglich Projekte	0	76
Gesamt	**831**	**875**
Fremdleistungen Inszenierungen	0	6
Instrumentenreparatur	105	146
Honorare inkl. Reisek./Übernachtg.	2.334	1.490
Urhebergebühren	216	221
Notenleihgebühren	50	51
Miete Spielstätten	160	130
Feuerwache	67	71
Gastspiele	150	197
bezogene Leistungen	**3.082**	**2.312**
zuzüglich Projekte	0	286
	3.082	**2.598**

Wie ersichtlich ist, bewegten sich die Aufwendungen für Inszenierungen im Rahmen des Planes.

Bei den Aufwendungen für Instrumentenreparaturen handelt sich es sich zum überwiegenden Teil um Kosten für die Instandsetzung privater Musikinstrumenten der Musiker zu deren Übernahme der Arbeitgeber gemäß Tarifvertrag verpflichtet ist. Die Höhe der jährlichen Aufwendungen ist seitens der Geschäftsführung kaum beeinflussbar.

Wesentliche Abweichungen zwischen Plan und Ist bestehen vor allem bei den Honoraren. Die Differenz entsteht, da alle Honorarausgaben unter dieser Position geplant werden, die Aufwendungen jedoch nur zu einem Teil, soweit es sich um selbständige Arbeit handelt, hier verbucht werden. Ein anderer Teil, die Honorarkosten für Gäste in abhängiger Arbeit, werden unter dem Posten „Personalaufwand“ ausgewiesen. Die Summe der Honorare, die im Ist der Personalausgaben enthalten ist, beträgt 672 T€.

Die Überschreitung bei den Gastspielaufwendungen korrespondiert mit entsprechenden Erlösen.

Diese betrifft das Gastspiel Rummelplatz im Thalia, dessen Kosten von Dritten getragen wurden.

Bei der Planung der Personalaufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2009/2010 war von einer durchschnittlichen Beschäftigungszahl von 584 Personen ausgegangen worden.

Die Hochrechnung der Personalaufwendungen hatte einen Planansatz in Höhe von 29.608 T€ ergeben.

Diese Summe, die in den ersten Monaten des Jahres 2009 ermittelt worden war, berücksichtigte in keiner Weise Tariferhöhungen. Nachdem zu Beginn des Jahres 2010 die Tariferhöhungen des Jahres 2010 bekannt wurde, ergab sich daraus ein zusätzlicher Budgetbedarf in Höhe von knapp 400 T€.

Im Verlauf des Geschäftsjahres konnte gegenüber diesen Planberechnungen eine deutliche Kostensenkung erreicht werden. Dies ist maßgeblich auf einen beschleunigten Personalabbau zurückzuführen. Anstelle der geplanten 584 Personen waren im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2009/2010 nur 575 Personen vollbeschäftigt. Daraus ergab sich eine Einsparung von 531 T€. Weitere Einsparungen von Personalaufwendungen gelangen durch verringerten Einsatz von Aushilfen, Schließern und Kleindarstellern sowie durch verringerte Beiträge für die Unfallumlage.

Insgesamt sind dadurch gegenüber der ursprünglichen Planung Einsparungen von über 600 T€ entstanden.

Außerdem führte die Auflösung von Personalkostenrückstellungen in Höhe von 337 T€ zu einer deutlichen Entlastung.

Der Einsparung stand ein Mehraufwand bei den Personalaufwendungen, da die Honorare der abhängig Beschäftigten unter diesem Posten auszuweisen sind und dies so nicht geplant war, entgegen.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle war im Wirtschaftsplan für 2009/2010 von einer durchschnittlichen Beschäftigungszahl von 584 Personen ausgegangen. Der Planerstellung im März 2009 lag die Erwartung einer Zahl von 602 Beschäftigten zu Beginn des Wirtschaftsjahres und von 589 am Ende des Wirtschaftsjahres zugrunde.

Durch schnelleren Abbau von Personal wurde bereits mit nur 593 Mitarbeitern in das Wirtschaftsjahr gestartet und am 31.07.2010 eine Zahl von 566 Beschäftigten erreicht.

Durchschnittlich waren im Laufe des Geschäftsjahres anstelle der geplanten 584 nur 575 Personen vollbeschäftigt.

Von dieser Zahl entfielen 372 Personen auf die künstlerischen Tarifbereiche, 189 Personen auf Beschäftigte nach Tarifvertrag öffentlicher Dienst und 14 auf Auszubildende.

Der überplanmäßige Abbau des Personals bildete die Grundlage für die erheblichen Einsparungen bei den Personalkosten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

Aufwendungen T€	**Plan**	**Ist**
Werbung	350	330
Instandhaltung Gebäude	285	284
Wartung Anlagen	161	143
Bewachung	168	175
Reinigung/Abfallentsorgung	197	283
Miete	98	93
Arbeitsschutz	18	19
Betriebskosten (Heizung, Strom, Wasser)	658	776
Fahrzeuge	65	64
Versicherungen	31	41
Beiträge	161	125
Verwaltung	445	556
sonstige	0	176
	2.539	2.972
Projekte	0	50
gesamt	**2.637**	**3.115**

In der Kostenposition sonstige betriebliche Aufwendungen bestehen erhebliche Abweichungen zwischen Planung und Ergebnis.

Die Probleme konzentrieren sich auf Reinigungsleistungen, Betriebskosten, Ausgaben der Verwaltung sowie periodenfremde Aufwendung und Leasingkosten.

Die Mehraufwendungen bei Reinigungsleistungen erklären sich durch die komplette Vergabe aller Reinigungsleistungen an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH mit Wirkung ab 01.03.2010.

In diesem Zusammenhang trat eine Senkung der Personalkosten durch Überführung des eigenen Reinigungspersonals an den Auftragnehmer ein.

Bei den Betriebskosten war die Planung von den Ist-Kosten der Vorjahre ausgegangen. Im Kalenderjahr 2008 betrugen die Betriebskosten der TOO-Immobilien 643 T€. Die Steigerung der Kosten auf 776 T€ im Ist 2009/2010 erklärt sich aus Preis- und Verbrauchserhöhungen. Die Entwicklung wird im Einzelnen genau analysiert.

Im Bereich der Verwaltung entstanden Mehrkosten gegenüber dem Plan von 141 T€. Davon entfallen ca. 40 T€ auf die Ablösung von Leasingverträgen für Kopierer, denen entsprechende Erlöse gegenüberstehen. Außerdem lagen die *Kosten für Leistungen von* IT-Consult sowie für Rechts- und Beratungskosten, Abschluss und Prüfungskosten im Zusammenhang mit dem Gründungsvorgang deutlich höher als geplant. Hier wird künftig eine Kostenverringerung erreicht werden.

Die sonstigen Aufwendungen, die nicht geplant waren und im Ist-Vergleich 176 T€ betragen, beinhalten vor allem periodenfremde Aufwendungen von 108 T€ sowie Kosten für Leasing von 53 T€. Letztere waren bei der Planung außeracht gelassen worden.

Die periodenfremden Aufwendungen umfassen vor allem Nachzahlungen an IT-Consult für Mietkosten von EDV-Hard- und Software sowie Buchführungsleistungen im Rumpfgeschäftsjahr von 43 T€ und Nachzahlungen aus Betriebsprüfung zur Sozialversicherung für Zeiträume bis 2008 von Höhe von 33 T€, die von der Stadt erstattet werden.

4. Investitionen

Maßnahme	Plan in €	Ist in €	Überhänge aus 2009 in €
Oper			
Brandmeldeanlage	300.000	319.095	20.464
Veranstaltungstechnik/-anlagen	345.000	269.044	
Behinderten-WC	40.000	40.036	
Malerarbeiten	100.000	76.024	
EDV Hard-/ Software	22.000	11.992	
Akustik Saal	10.000	14.677	
Ostfassade	125.000	82.447	
Metallatelier/Kostümwerkst.	260.000	301.160	
GwG	40.000	40.338	
Planungskosten Ostfassade		12.983	
Instandsetzung Hof/sonst.		43.000	
Betriebsbedingte Geschäftsausg.		21.416	
Telefonanlage		74.526	59.500
Lagerhalle Diemitz		45.439	37.411
	1.242.000	**1.352.177**	**117.375**
Staatskapelle			
Instrumente/Zubehör	49.000	51.996	
Kulturinsel			
Veranstaltungstechnik	40.000	63.998	
Bestuhlung	166.000	129.479	
Umbau Tintenfass	65.000	62.303	
Personenversenkung		23.473	13.628
Instandsetzung		14.962	
GWG		17.746	
Betriebs- u. Geschäftsausstattung		17.544	
	271.000	**329.505**	**13.628**
Thalia			
Veranstaltungstechnik	33.400	21.370	
GWG	4.600	5.202	
Betriebs- u. Geschäftsausstattung		5.732	
Instandsetzung Sanitär/Kantine		38.486	
	38.000	**70.790**	
Gesamt	**1.600.000**	**1.804.468**	**131.003**

Im Rahmen des Wirtschaftsplanes 2009/2010 waren Investitionen von 1.600 T€ aus Mitteln der GmbH geplant. Bis zum Ende des Geschäftsjahres wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 1.804 T€ realisiert und finanziert.

Die Überschreitung erklärt sich zu einem Teil aus Überhängen des vergangenen Rumpfgeschäftsjahres in Höhe von 131 T€, des Weiteren vor allem aus der Zuordnung von baulichen Instandsetzungen in die Investitionen im Wertumfang von 96.448 T€.

Diese buchmäßige Zuordnung war bei der Planung nicht absehbar.

In der Plansumme von 1.600 T€ waren Eigenanteile für die Schwerpunktvorhaben-Neubau Metallatelier/ Kostümwerkstatt in Höhe von 260.000 € - und - Erneuerung Ostfassade Opernhaus in Höhe von 125.000 € - enthalten.

Die Investitionsanteile für diese Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm und aus dem Stadtförderungsprogramm waren nicht Bestandteil der Investitionsplansumme.

Auch sind im Verlaufe des Wirtschaftsjahres noch keine Mittel aus diesen Sonderprogrammen geflossen.

Bei beiden Vorhaben entstanden Verzögerungen im Baubeginn und Bauablauf. Im Wirtschaftsjahr 2009/2010 waren für die Werkstätten 301 T€ und für die Ostfassade 82 T€ finanziert.

Die Fertigstellung verschiebt sich innerhalb des Geschäftsjahres 2010/2011 und ist nun für die Ostfassade im Februar 2011, für den Neubau der Werkstätten im Juni 2011 geplant.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt bildete die Weiterführung der Erneuerung der Brandmeldeanlage im Opernhaus einschließlich der Instandsetzung und Erneuerung weiterer Anlagen, Leitungen und Einrichtungen im Bühnen- und Zuschauerbereich.

Damit ist Wesentliches zur Erhöhung der Sicherheit im Opernhaus geleistet worden. Zugleich verbesserten sich durch die Neugestaltung des Parkett-Foyers die Attraktivität und die Aufenthaltsbedingungen für das Publikum.

Auf der Kulturinsel ist in der Spielpause 2010 der Austausch der Bestuhlung des großen Saales erfolgt. In den Monaten zuvor war der Umbau des Tintenfasses abgeschlossen und im neuen theater eine Personenversenkung eingebaut worden.

Im Thalia Theater waren bereits während der Theaterferien 2009 umfangreiche Instandhaltungen zur besseren Nutzung des Kantinenraumes realisiert worden. Im Jahr 2010 erfolgten längst überfällige Sanierungsmaßnahmen der Sanitäranlagen im Mitarbeiterbereich.

5. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31.07.2009 in Höhe von 28.460 T€.

Das Anlagevermögen erhöhte sich zum 31.07.2010 auf 28.628 T€, das Stammkapital (25 T€) und die Kapitalrücklage (28.717 T€) werden zum Bilanzstichtag in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Infolge des Verlustvortrages aus dem Vorjahr und des Jahresfehlbetrages verringerte sich das Eigenkapital von 28.234 T€ im Vorjahr auf 28.127 T€ zum 31.07.2010.

Die Bilanzaktivseite beinhaltet Forderungen gegen die Gesellschafterin in Höhe von 708 T€. Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31.07.2010 auf 1.234 T€.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag in Höhe von 107 T€ ab.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Saale) war im Geschäftsjahr 2009/2010 einer besonderen Belastung durch die ab 01.01.2010 wirksam gewordenen Tariferhöhungen ausgesetzt. Außerdem wirkten sich Gründungsaufwendungen durch notwendige betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Begleitung und Beratung, Prüfung zusätzlicher Abschlüsse, die Sicherung der verwaltungstechnischen Voraussetzungen durch Konzipierung und Ausrüstung mit neuer Hard- und Software weiterhin auf das Ergebnis aus.

Hinsichtlich der Planung bestand die Schwierigkeit, dass zum Zeitpunkt der Plangestaltung nur lückenhafte Erkenntnisse über die Entwicklung von Aufwendungen und Erträgen in den Einzelbetrieben vorlagen und zudem die Zuordnung der Aufwendungen zu den Posten des Wirtschaftsplanes (Ergebnisplan) teilweise ungeklärt war.

Zudem besteht die Erschwernis, dass sich ein ausreichendes Kontrollsystem auch im abgelaufenen Geschäftsjahr noch in Aufbau befand.

6. Zukunft

Die Theater, Oper und Orchester GmbH mit ihren fünf künstlerisch eigenständigen Sparten sowie einem Schauspielstudio mit einem landesweit einmaligen Ensemble stellt ein großartiges Potential in der Kulturhauptstadt Halle (Saale) und im Land Sachsen-Anhalt dar. Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (Saale) verfügt mittelfristig über ein relativ hohes Maß an Planungssicherheit, da bis einschließlich 2012 die Landeszuschüsse und die städtischen Zuschüsse festgeschrieben sind. In diesem Rahmen bestehen Risiken zum einen in der Besuchergewinnung und der darauf basierenden Erlösentwicklung, zum anderen in der Sicherung des notwendigen Personalabbaus zur Einhaltung der von Jahr zu Jahr sinkenden Zuschüsse.

Ein besonderes Risiko ergibt sich durch zusätzliche Kostenbelastungen infolge von Tariferhöhungen. Bei der Zuschussplanung für die GmbH bis 2012 sind Tariferhöhungen nicht berücksichtigt worden.

Da eine Erhöhung der planmäßigen Zuschüsse weder durch die Stadt noch durch das Land möglich ist, bestehen zur Sicherung der Liquidität der Gesellschaft nur die Alternativen, die Kosten durch Veränderung der Strukturen nachhaltig zu senken oder durch Abschluss von Haustarifverträgen eine zeitlich befristete Überbrückungsfinanzierung zu sichern. Der im Juni 2010 vom Stadtrat bestätigte Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2010/2011 geht davon aus, dass es zum Abschluss von Haustarifverträgen kommt, mit denen die Mehrkosten aus den Tariferhöhungen in den Geschäftsjahren 2010/2011 und 2011/2012 aufzufangen sind.

Die Geschäftsführung hat die Tarifpartner bereits im Mai 2010 um Aufnahme entsprechender Verhandlungen gebeten. Am 01. Juli 2010 und am 02. September 2010 fanden dazu Sondierungsgespräche statt. Sie gestalteten sich schwieriger als erwartet, da die Arbeitnehmervertreter sehr unentschieden waren, ob der Abschluss von Haustarifverträgen als zeitliche Zwischenlösung vor früher oder später notwendigen Strukturmaßnahmen sinnvoll sei.

Angesichts dieser Lage hat der Aufsichtsrat am 08. Oktober 2010 die Schließung des Thalia Theaters zum 31. Juli 2011 einschließlich der Auflösung des Ensembles mit einem Vorbehalt beschlossen. Der Vorbehalt besagt, dass beim Abschluss eines Haustarifvertrages, das Thalia Theater nicht geschlossen wird.

Weitere Gesprächsrunden der Tarifpartner führten zu einer Einigung über mögliche Haustarifverträge bis zum Jahre 2016 mit weitgehenden Verzichtleistungen der Beschäftigten bei Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen durch den Arbeitgeber.

Mit dem Abschluss dieser Haustarifverträge wäre der Fortbestand der GmbH in ihren gegenwärtigen Strukturen langfristig gesichert. Voraussetzung ist die Beibehaltung der Zuschüsse durch Stadt und Land auf dem Niveau des Jahres 2012.

Zoologischer Garten Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Fasanenstraße 5a
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:		**T€**	**%**
	Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung:		Jacob, Andreas	
Aufsichtsrat:	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	
	stellv. Vorsitzender	Töpper, Gernot	
		Andrä, Erwin	
		Dr. Schmidt, Andreas	(bis 27.04.2010)
		Hajek, Andreas	(seit 15.01.2010)
		Hopfgarten, Klaus	(seit 28.04.2010)
		Paulsen, Oliver	(seit 15.01.2010)

	31.12.2010	**31.12.2009**	**31.12.2008**
	T€	**T€**	**T€**
Beirat	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	31.107	98	34.307	98	37.188	97	-3.200	-9
Umlaufvermögen	777	2	595	2	945	2	181	30
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0	13	0	34	0	-2	-16
Bilanzsumme	**31.895**	**100**	**34.915**	**100**	**38.166**	**100**	**-3.020**	**-9**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.031	19	7.512	22	9.371	25	-1.480	-20
Sonderposten für Investitionszulagen	13.903	44	14.919	43	15.678	41	-1.015	-7
Rückstellungen	511	2	891	3	786	2	-380	-43
Verbindlichkeiten	11.404	36	11.557	33	12.268	32	-153	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	45	0	37	0	63	0	8	20
Bilanzsumme	**31.895**	**100**	**34.915**	**100**	**38.166**	**100**	**-3.020**	**-9**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.205	1.350	1.328
sonstige betriebliche Erträge	5.474	5.145	5.174
Materialaufwand	1.006	974	936
Personalaufwand	2.969	2.914	2.866
Abschreibungen	1.794	1.830	1.928
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.006	802	930
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	13	58
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	587	491	578
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-677	-502	-678
außerordentliche Erträge			797
außerordentliche Aufwendungen	793	1.346	
außerordentliches Ergebnis	-793	-1.346	797
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-0
sonstige Steuern	11	11	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.480	-1.859	109
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.480	-1.859	109

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-122,81	-137,74	8,18	%
Eigenkapitalrentabilität:	-19,71	-19,84	1,17	%
Cash-Flow:	314	-30	2.037	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	91	89	88	T€
Personalaufwandsquote:	44,45	44,86	44,08	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	97,50	96,71	96,16	%
Eigenkapitalquote:	18,91	21,51	24,55	%
Fremdkapitalquote:	81,09	78,49	75,45	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Besucher	263.343,00	303.538,00	328.795,00	Anzahl
Tierbestand	1.656,00	1.710,00	1.466,00	Anzahl

e) Lagebericht

Die Gesellschaft, eigenständig in der Rechtsform einer GmbH seit dem 01.01.1995, dient dem Zweck nach dem Betrieb und der Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie der Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Rahmenbedingungen für den Betrieb einer kulturellen Einrichtung waren auch 2010 als schwierig einzuschätzen.

Dies scheint zunächst im Widerspruch zu den volkswirtschaftlichen Kennzahlen des Jahres 2010 zu stehen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 3,6 %, der Export nahm um 14,6 % zu und mit rund 40,5 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland waren 0,5 % mehr Personen als 2009 beschäftigt.

Hinsichtlich der Konsumtion, der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, zeigt sich jedoch, dass die staatlichen Konsumausgaben, mit 2,2 % im Plus gegenüber 0,5 % Steigerung der privaten Konsumausgaben, die Hauptnachfrage der Steigerung darstellen. Diese Aussage wird verstärkt durch die Feststellung, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,6 % gestiegen sind. Die Sparquote, schon 2009 mit 11,1 % eine der höchsten in Europa, ist im Jahr 2010 nochmals leicht gestiegen.

Die Ereignisse der Jahre 2008 und 2009 sind durch die Wirtschaft im Jahr 2010 in großen Teilen überwunden, in den Köpfen vieler Menschen aber noch nicht vollständig verarbeitet. Es ist zu konstatieren, dass die gefühlte wirtschaftliche Lage das persönliche Konsumtionsverhalten stark beeinflusst, somit auch die Nutzung von kulturellen und freizeitgeprägten Einrichtungen.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2010 konnte der Bergzoo die 300.000-Besucher-Grenze nicht erreichen. Mit 263 343 Besuchern wurde das langjährige Mittel von 303.000 Besuchern nur mit 87 % erreicht. Diese Entwicklung bedarf der Interpretation. Grundsätzlich gelten die in der Vergangenheit getroffenen Kernaussagen immer noch unverändert:

1. Zoologische Einrichtungen sind der Witterungsabhängigkeit unterworfen.
2. Es bedarf einer stetigen Steigerung der Attraktivität, um die Besucherzahlen zu steigern bzw. zu stabilisieren.

Witterungsseitig war 2010 ein sehr extremes Jahr. Im langjährigen Mittel war es durchschnittlich um 1°C kälter. Januar und Februar 2010 wichen hier nochmals extrem ab und sind auch durch eine geschlossene Schneedecke gekennzeichnet gewesen. Diese Niederschlagsanomalität war auch in den Monaten Mai, August, September und November gegeben. Und eine weitere Besonderheit des Jahres 2010 lag in der Tatsache, dass es an den Feiertagen und Sonntagen mehr geregnet hat, als im Vorjahr.

Hinsichtlich der Attraktivität der Anlagen war 2010 ein schwieriges Jahr für die Zoo Halle GmbH. Zum einen liegt die letzte Eröffnung einer attraktiven Großanlage im Jahr 2006 schon lange Zeit zurück. Zum anderen musste das Totenkopfaffenhaus, ein Besuchermagnet und für die Gesamteingangssituation des Zoos ein Hauptbestandteil, geschlossen werden, da eine grundlegende Sanierung in Angriff genommen werden musste.

Bei den Umsatzerlösen wurde die Plankennziffer nur mit 73 % erreicht. Hier liegt die Ursache in den fehlenden Besuchereinnahmen bzw. den Besuchern selbst. Hinsichtlich der durchschnittlichen Erlöserzielung wurde gegenüber dem Vorjahr mit 3,92 Euro pro Besucher eine geringe Steigerung von 1,1 % erreicht. Die Einbußen bei den Umsatzerlösen von insgesamt 415 000 Euro wurden kompensiert durch Mehreinnahmen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen von 262 000 Euro. Hier sind im Wesentlichen zwei Erbschaften und die zusätzliche Spende der Saalesparkasse in der Höhe von 100 000 Euro zu benennen.

Durch die Einsparung im Bereich des Materialaufwandes mit 85 000 Euro, hier allein 75 000 Euro bei Wasser, Gas und Elektroenergie und außerdem 63 000 Euro bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, konnte ebenfalls ein Ausgleichsbeitrag geleistet werden.

Der Personalbestand der Gesellschaft orientierte sich an der Planvorgabe, die strikt eingehalten wurde. Die zahlungswirksamen Aufwendungen für Löhne und Gehälter blieben auch 2010 gegenüber den Vorjahren unverändert. Hier leistete die Belegschaft wiederum einen aktiven Beitrag zu Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle.

Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurden einzelne Vorschriften im Handelsgesetzbuch angepasst Diese geänderten Vorschriften wendet der Zoo Halle seit dem Jahr 2010 an. Durch die Änderung der Bewertung bei den Pensions- und Jubiläumsrückstellungen entstand ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von 73 T€.

Des Weiteren wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf das Wittekind in Höhe von 719 T€ (im Vorjahr 1.346 T€ auf die ReilVila) vorgenommen.

Insgesamt konnte das Ergebnis von -1.859 T€ auf -1.480 T€ verbessert werden.

Die Investitionstätigkeit der Gesellschaft ist im Jahr 2010 von der Sanierung des Totenkopfaffenhauses im Wesentlichen bestimmt. Die Zuschüsse der Stadt Halle konnten im Jahr 2010 nicht zur Gänze investiert werden, da bedingt durch den Witterungsverlauf Verzögerungen aufgetreten sind.

Die Aufwendungen für die Betriebs- und Geschäftsausstattungen erfolgten den planerischen Ansätzen entsprechend.

Risikobericht

Wie im Wirtschaftsbericht erläutert, hatte die Gesellschaft im Jahr 2010 mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Wie schon wiederholt dargelegt, wurde der Beeinflussungsgrad durch Witterungsverlauf und das Tourismus- und Freizeitverhalten der Bevölkerung in ihrer Bedeutung für Besucherzahlen und Umsatz verdeutlicht. Die alte Aussage, dass das Gesamtpaket stimmen muss, hat sich im Jahr 2010 in exemplarischer Weise bewahrheitet. Das Totenkopfaffenhaus war im gesamten Jahresverlauf geschlossen, der Weg der Besucher in den Zoo dadurch deutlich beeinträchtigt.

Die gastronomische Situation des Jahres 2010 wurde durch zwei wichtige Punkte bestimmt und auch perspektivisch verändert. Die Reilvilla sollte Basis und Hauptschwerpunkt einer künftigen Gastronomieversorgung werden. Der Kerngedanke, die Reilvilla als eine Lösung für die Versorgung der bustouristischen Besucher, der übrigen Tagesgäste sowie einer vom Zoobetrieb unabhängigen Abendgastronomie mit einem Biergarten zu installieren, wurde aufgegeben. Die Zoo Halle GmbH hat von der Gesellschafterin den Auftrag erhalten, eine Interessenbekundung zur Reilvilla im Jahr 2011 durchzuführen. Hinsichtlich der internen Zoogastronomie, also der Bergterrasse und dem Biergarten bei den Bären, ist nach dem Auslaufen des Pachtvertrages eine Neuausschreibung der Objekte erfolgt. Die Abgabefrist der Angebote war der 31.12.2010. Ziel ist es, die Gastronomie in modernisierter und sanierter Form zum Saisonbeginn 2011 den Zoobesuchern zu übergeben.

Grundsätzlich hat das Jahr 2010 in großer Deutlichkeit gezeigt, dass die Aufgaben nur mit einem ganzheitlichen Lösungsansatz zu bewältigen sind. Die Zoo Halle GmbH stellt sich dieser Herausforderung und erarbeitet derzeit ein Marketingkonzept. Hauptorientierungspunkte sind darin der Naturschutz, die Bildung, die Forschung und die Erholung, wobei die Handlungsfelder Erholung und Bildung im besonderen Maße im Brennpunkt stehen, da hier die höchste Wertschöpfung zu erreichen ist. Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsführung damit begonnen, die Produkte und Leistungsvorteile der Zoo Halle GmbH zu kommunizieren. Hier sind die Lage und die Topografie zu nennen, um aus dieser Besonderheit Vorteile für künftige Partner zu entwickeln.

Angestrebt wird dabei eine strategische Partnerschaft mit Kreditinstituten, Wirtschaftsunternehmen und Partnern der Medienbranche. Erste Anfänge sind hier getätigt und müssen in 2011 weiterentwickelt werden.

Die Zoo Halle GmbH hat seit dem Jahr 2010 einen Aufsichtsrat. Die allgemeinen Regularien der städtischen Beteiligungen werden damit eingehalten. Seit dem 3. Tertial des Jahres 2010 ist der Geschäftsführer und Zoodirektor Herr Jacob aus gesundheitlichen Gründen verhindert. Zur Sicherung der Vertretung der Gesellschaft wurde den Herren Spretke, stellvertretender Zoodirektor, und Knorpp, Verwaltungsleiter, Gesamtprokura erteilt.

In den Betriebsablauf ist ein integriertes Risikomanagementsystem installiert. Dadurch werden Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit etc. rechtzeitig erkannt und die Möglichkeit zum Gegensteuern wird gewährleistet. Darüber hinaus sind im Rahmen des Risikomanagements alle Mitarbeiter angehalten, die Geschäftsführung zu informieren, sofern ihnen grundsätzliche Risiken bekannt werden. Dazu finden Belegschaftsversammlungen statt und im 14tägigen Rhythmus Dienstberatungen. Im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit werden derzeit kurze Beratungen wöchentlich abgehalten.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert. Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung entstehen nur durch höhere Gewalt oder behördliche Anordnung zur Schließung wegen einer auftretenden Seuche.

Die monatliche Planbetrachtung und die quartalsweise Unterrichtung der BMA führen ebenfalls zu einer regelmäßigen Risikoabschätzung und zur Einleitung geeigneter Gegenmaßnahmen. Wir danken der Gesellschafterin, dem Aufsichtsrat, dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und der Saalesparkasse für die im Berichtszeitraum erwiesene Unterstützung und Hilfestellung.

Weitere Risiken für die künftige Geschäftsführung existieren nach Auffassung der Unterzeichnenden nicht. Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht bekannt.

Für das Jahr 2011 wird ein signifikant besseres Jahresergebnis als in 2010 erwartet. Insbesondere die Schaffung neuer Attraktivitäten, soll das Ergebnis dauerhaft verbessert werden.

2.7 BETEILIGUNGSMANAGEMENT

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährsträgerin:

	T€	%
Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 118 Absatz 4 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 118 Abs. 4 GO-LSA. Danach hat eine geeignete Stelle das Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist diese geeignete Stelle.

b) Besetzung der Organe

Vorstand: Lork, Heinrich

Verwaltungsrat:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar
	Bönisch, Bernhard
	Dr. Brock, Inés
	Geier, Egbert
	Hintz, Katharina
	Kley, Gerry
	Knöchel, Swen

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	31.12.2008 T€
Verwaltungsrat	7	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2010		2009		2008		Verände-rungen 2010 zu 2009	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	184	40	170	34	202	42	14	8
Umlaufvermögen	266	59	318	65	276	57	-52	-16
Rechnungsabgrenzungsposten	5	1	4	1	6	1	1	25
Bilanzsumme	**455**	**100**	**492**	**100**	**484**	**100**	**-37**	**-8**

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	143	31	62	13	62	13	81	131
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	97	21	95	19	130	27	2	2
Rückstellungen	175	39	167	34	161	33	8	5
Verbindlichkeiten	40	9	168	34	131	27	-128	-76
Bilanzsumme	**455**	**100**	**492**	**100**	**484**	**100**	**-37**	**-8**

bb) GuV

	2010	2009	2008
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	807	834	783
Materialaufwand	0	0	11
Personalaufwand	567	509	489
Abschreibungen	32	43	55
sonstige betriebliche Aufwendungen	125	150	149
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	6	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	85	138	87
außerordentliches Ergebnis	-7	0	0
Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen	0	138	87
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	78	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2010	2009	2008	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	110	181	142	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	115	139	130	T€
Personalaufwandsquote:	70,25	61,00	62,48	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	Angaben in
Sachanlagenintensität:	17,68	12,76	17,01	%
Eigenkapitalquote:	31,42	12,64	12,87	%
Fremdkapitalquote:	68,58	87,36	87,13	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftjahr 2010 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Strukturierte Geschäftsprozesse in Beteiligungs-Angelegenheiten

Durch die strukturierte Modellierung von Geschäftsprozessen in Beteiligungs-Angelegenheiten wurden unter der **BMA-Perspektive** Ansatzpunkte zur **Prozessverbesserung** identifiziert und umgesetzt sowie eine **schnellere Einarbeitung** bei wechselnden Verantwortlichkeiten bzw. Akteuren ermöglicht.

Nach der Entscheidung für das Modellierungs-Konzept ARIS (**AR**chitektur Integrierter **I**nformations-**S**ysteme) wurden die definierten Kernprozesse

- Erstellung des Beteiligungs-Berichts
- Erstellung des Beteiligungs-Reports
- Betreuung der Mandatsträger in Aufsichtsgremien
- Führung der Gesellschafterakten

analysiert, modelliert und dokumentiert.

Für die **Perspektive des Konzerns Stadt** sind die Projektergebnisse ebenfalls geeignet.

Als unterstützendes Werkzeug kann das Modellierungs-Konzept ARIS bei der Umsetzung des konzeptionellen Ansatzes „Konzern Stadt Hale (Saale)“ in den Aktionsfelder „Shared Service Center“ und „Reorganisation“ eingesetzt werden. Bei der Modellierung ausgewählter Konzern-Prozesse lassen sich Ansatzpunkte für konzernorientierte Optimierungen ermitteln.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2009

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2009 **im Sinne von § 118 GO-LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2011 liegt er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

Ein **Beteiligungsbericht in Kurzform** wurde erstmals konzipiert.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der Regelungen nach § 118 GO-LSA soll das Interesse der BürgerInnen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Eröffnungsbilanz wird die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt.

Mit der Verifizierung der Bilanzansätze im **Jahr 2010** wurden die in Vorjahren prognostizierten Wertansätze bestätigt **(Bewertungsstetigkeit)**.

Die **prüffähigen Unterlagen** zur Bewertung wurden laufend ergänzt.

Auswirkungen von getroffenen/ bevorstehenden Entscheidungen zur **Unternehmensstrategie auf** den **Ertragswert** wurden erstmals für die ertragszielorientierten Beteiligungen dargestellt.

4. Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung (Public Corporate Governance Kodex der Stadt)

Die „Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung in der Stadt Halle (Saale)" (**Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)**) wurden von der BMA konzipiert.

Vorbilder für den Kodex sind die Regelungen

- für börsennotierte Gesellschaften (nach dem Transparenz- und Publizitätsgesetz vom 26.07.2002) und
- des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (für Mehrheits-Beteiligungen des Bundes vom 01.07.2009).

Die **Ziele** bestehen in der Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen.

Inhaltlich festgelegt werden sollen

- die Aufgaben, Rechte und Pflichten der gesellschaftsrechtlich vorgesehenen Organe und
- Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung von städtischen Beteiligungen.

Letztlich handelt es sich um eine **Durchführungs-Verordnung** zur Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale). Darin werden Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

Für den **Entscheidungsprozess in den städtischen Gremien** steht der Kodex zur Verfügung.

5. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Übrige Aufgabenschwerpunkte wurden neben den Zielvorgaben des Verwaltungsrates verfolgt.

Im Rahmen des **strategischen Beteiligungsmanagements** wurde die Stadt bei diversen Projekten unterstützt.

Einen **neuartigen Entschuldungsansatz für den Haushalt der Stadt** hat die Anstalt der Oberbürgermeisterin und den Vorsitzenden der Fraktionen im Stadtrat vorgestellt. Der Lösungsansatz zielt vornehmlich auf die Hebung von Potenzialen im Konzern der Stadt Halle (Saale), auf die Erzielung von Synergien mit Kooperationspartnern und auf Wachstum im Zusammenhang mit der Entwicklung von Wirtschaftsstandorten in der Stadt und in der näheren Umgebung ab.

Wesentlicher Baustein des Entschuldungsansatzes ist das **„Shared Service Projekt"**, mit dem Synergie-Effekte im Konzern der Stadt Halle (Saale) gehoben werden sollen. Mit der Fachbezeichnung „Shared Services" wird umschrieben, dass eine Dienstleistung nur von einer organisatorischen Einheit angeboten und dann im Konzern gemeinsam genutzt wird.

Die Zuführung von **Konsolidierungsbeiträgen der Wohnungswirtschaft** für den städtischen Haushalt 2010 über insgesamt 15,9 Mio. EUR hat das städtische Beteiligungsmanagement auf Bitten der Stadt controllt.

Zum **Verkauf des Psychiatrischen Krankenhauses Halle** obliegt das Vertragscontrolling insbesondere zu Melde- und Informationspflichten dem Dezernat „Sicherheit, Gesundheit und Sport" der Kernverwaltung. Dazu leistet die BMA fachliche Unterstützung.

Für das **Haushaltskonsolidierungskonzept der Stadt** hat die Anstalt Renditevorgaben an die mit Gewinnerzielungsabsicht tätigen städtischen Beteiligungen auf Basis von Ertragswerten ermittelt.

Zur **Vergütung von Mitgliedern in Aufsichtsgremien** städtischer Beteiligungen hat die Anstalt einen strukturierten Vorschlag unterbreitet sowie einen Beschluss des Stadtrats herbeigeführt.

Möglichkeiten einer (gesellschaftsrechtlichen) **Zusammenarbeit der beiden städtischen Wohnungsunternehmen** hat die BMA analysiert und die Prüfergebnisse dem Stadtrat vorgelegt.

Die **Mandatsbetreuung** erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch standardisierte Reports an und durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien.

Lage der Anstalt

Die **Finanzierung** der Anstalt wird durch Investitions- bzw. Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale) **abgesichert**.

Im Wirtschaftsjahr 2010 hat die Anstalt die **Betriebskostenzuschüsse** von 770 TEUR in Höhe von 78 TEUR nicht verbraucht.

Nach dem Allgemeinen Haushaltsgrundsatz für die Gemeindewirtschaft aus § 90 Abs. 2 GO-LSA, die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen, wurden Personal- und Sachkosten eingespart. Planungsseitig wurde die strategische Ausrichtung künftiger Personalkostenanpassungen berücksichtigt.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen wird ferner auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2010 ganzjährig gesichert.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2010 im Sinne von § 118 GO-LSA
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2010 in Kurzform
- Erstellung der Beteiligungs-Reports
- Fachberatung/Training der Modellierungswerkzeuge und -methoden zur Unterstützung des Shared-Service-Projekts
- Bestandsaufnahme der Strukturen und Prozesse für Teilprojekte des Shared-Service-Projekts
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Eröffnungsbilanz der Stadt nach Doppik

Im folgenden Wirtschaftjahr wird ein **ausgeglichenes Ergebnis erwartet**. Nicht mehr benötigte Ertragszuschüsse sollen an die Stadt Halle (Saale) zurückgezahlt werden.

Risikomanagement

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger wird als Risiko und Chance zugleich bei der BMA gesehen.

Steuerliche Verhältnisse

Die Anstalt ist unter der Steuer-Nummer 111/149/01948 beim Finanzamt Halle-Nord registriert. Sie gilt ausschließlich für die Lohnsteuer.

Die **Umsatzsteuer**-Identifikationsnummer lautet DE 240278977.

Mit Bescheid vom 02. Februar 2006 über den Antrag der BMA auf Erteilung einer allgemeinen Rechtsauskunft hat das Finanzamt Halle-Nord ausgeführt, dass körperschaftsteuerlich die BMA mit dem „reinen Beteiligungsmanagement“ keinen Betrieb gewerblicher Art führe. Sie betreibe nur eine Vermögensverwaltung für die Stadt.

Umsatzsteuerlich sei die BMA insoweit kein Unternehmer. Die Leistungen der BMA seien nicht umsatzsteuerbar.

Von der **Kapitalertragsteuer** ist die Anstalt befreit.

Das Finanzamt hat der BMA mit Datum vom 07.09.2009 die Bescheinigung nach § 44a Abs. 4 EStG ausgestellt. Damit sind Kapitalerträge im Zeitraum vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2012 nicht steuerpflichtig.

Wirtschaftliche Grundlagen

Zu dem Beteiligungsportfolio zählen 88 Eigenbetriebe, Stiftungen, Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Finanziert wird die Tätigkeit der BMA über Investitions- und Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale).

Vorstand

Der Vorstand ist für die Zeit ab dem 1. Juni 2011 für weitere fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt worden. Über eine anschließende individuelle Altersteilzeit ist er langfristig an die Stadt gebunden worden.

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden sieben Personen in Vollzeit beschäftigt. Dazu waren zwei Personen geringfügig angestellt.
Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungsgesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS comfort V. 9.2“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 01.01.2006 das Programm „Lexware buchhalter plus V 16.0“ ein.